

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
1979 · Teil III

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hans-Heinrich Müller, Helga
Nussbaum, Hans Radandt, Hans Müller, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum,
Jörg Roesler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1979 · TEIL III

Drei Aufsätze zur Rückschau

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Zwei 30. Jahrestag der DDR

Jörg Hoerster

Die Lenkung des
Nationalplanungsprozesses im sozialistischen
Staat (in der DDR 1950 bis 1982)

11

Günther Rüdiger

Die Politik der SED nach den Aufbruch zum
Entwicklungsprozess sozialistischen Aufbauplanes der DDR (1949 bis 1953)

17

Renate Schmitt

Der erste Fünfjahresplan. Gedanken zur Heran-
bildung der Grundlagen der Sozialökonomie in
der DDR

61

Conrad Eber

Die Entwicklung der statistischen Daten-
Regulierung der Wirtschaft in Österreich

75

Achim Gollberg

Aspekte der Grundbesitzverteilung in
Frankreich nach der Revolution. Eine
Teiluntersuchung zur Vorgeschichte und Mo-
dellierung der Aufhebung des Feudalismus
im Jahre 1763

81

DISKUSSIONEN

Wolfgang Ruppel

Ansatz der Kapitaltheorie zur
Kapitaltheorie. Ein Beitrag zur
Kritik im Ausgangspunkt der
Kritik an der Kapitaltheorie
von J. A. C. de Vries (1977)



Redaktionsschluß: 15. 12. 1978

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1979

Lizenznummer: 202 · 100/77/79

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 753 693 7 (2103/79/3) · LSV 0305

Printed in GDR

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

Inhalt

Mitteilung über die Verleihung des René-Kuczynski-Preises 1978

Drei Anlässe zur Rückschau

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Zum 30. Jahrestag der DDR

Jörg Roesler

Die Lenkung des betrieblichen Akkumulationsprozesses durch den sozialistischen Staat in der DDR (1956 bis 1962)

Günter Möschner

Die Politik der SED für den Aufbau und die Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR (1949 bis 1955)

Renate Schultze

Der erste Fünfjahrplan. Beginn der Herausbildung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR

Lembit Ebre

Zur Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft in Dänemark

Achim Gottberg

Aussagen der ökonomischen Aufklärung in Frankreich über die Toiles peintes. Eine Teiluntersuchung zu Vorgeschichte und Motivationen der Aufhebung des Privilegs der französischen Indienkompanie im Jahre 1769

DISKUSSIONEN

Heidemarie Ruppel

Jahrbuch-Forum: "Wege zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas"

LITERATURKRITIK

Wolfgang Mühlfriedel

Zur Geschichte der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit (Jörg Roesler. Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR)

- Lotte Zumpe Zwei Autobiographien und ihr Aussagewert für die Erforschung des deutschen Faschismus. Unter besonderer Berücksichtigung staatsmonopolistischer Aspekte (Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott; Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich) 137
- Jürgen Kuczynski Großartige Pflege eines marxistischen Erbes (Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte 1922 - 1939) 155
- Peter Thal Bürgerliche Elemente im Denken deutscher Ökonomen des 17. und 18. Jahrhunderts. Voraussetzungen, Grenzen, Resultate (Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland) 165
- Manfred Straube Zur Stellung der Leipziger Messen im überregionalen Warenverkehr zu Beginn des 16. Jahrhunderts 185
- Hagen Fischer Sklaven und Sklavereigesellschaft im Altertum - Probleme und Gedanken zu Veröffentlichungen über die Sklaverei (Blavatskaja, T. V. / Golubcova, E. S. / Pavlovskaja, A. I., Rabstvo v éllinističeskich gosudarstvach v III - I vv. do n. é.; Welwei, Karl-Wilhelm, Unfreie im antiken Kriegsdienst; Bibliographie zur antiken Sklaverei; Welskopf, Elisabeth Charlotte, Probleme der Sklaverei als Privateigentumsverhältnis in der Antike) 207

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Michael Elle *A 130* Inhaltliche und methodologische Probleme einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus (20. bis 24. November 1978 in Frankfurt/Oder) 221
- Heike Reishaus Philosophische und historische Fragen der technischen Wissenschaften (10. bis 13. Oktober 1978 in Dresden) 227
- Helga Schultz *148*
932 Das soziale Wesen des Städtebürgertums im Feudalismus (28. bis 30. 9. 1978 in Sellin) 233
- Edith Schönert-Geiß Die Abwertungen im Rom der republikanischen und kaiserzeitlichen Epoche (19. bis 21. Oktober 1978 in Gdańsk) 241

QUELLEN UND MATERIALIEN

Raimo Pullat	Bevölkerungszahlen und Sozialstruktur der Sowjetunion bis 1974. Unter besonderer Berücksichtigung der baltischen Sowjetrepubliken, der sechziger Jahre und der Urbanisierung	245
Willibald Gutsche	Die Deutsche Bank und die Entstehung der Stahlwerks-Verband AG 1904. Dokumentation zum Verhältnis zwischen Industriemonopolen und Großbanken im deutschen Finanzkapital	271

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)	285
Autorenverzeichnis	303
Содержание, Contents, Contenu, Sumario	305
Nachruf für Elisabeth Charlotte Welskopf	309

Mitteilung
über die Verleihung
des "René-Kuczynski-Preises" 1978

Das Kuratorium zur Verleihung des "René-Kuczynski-Preises" beschloß am 30. 3. 1979,
den Preis für den wissenschaftlich wertvollsten Beitrag des Jahrgangs 1978 des Jahrbuchs
für Wirtschaftsgeschichte an

Ernst Kluwe

für seinen Artikel

"Handwerk und Produktion in der frühgriechischen Polis"
(1978, Teil 4)

zu verleihen.

Zusammensetzung des Kuratoriums gemäß der Ordnung über die Verleihung des
"René-Kuczynski-Preises": Helga Berndt, Rudolf Berthold, Heinz Kreißig, Helga
Nussbaum (Vorsitzende), Jan Peters (Sekretär), Alfred Schröter, Rolf Sonnemann.

Frühere Preisträger:

1976: Helga Nussbaum
1977: Hartmut Harnisch

Im Redaktionskalender des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte sind Ende 1979 zwei Jahrestage und ein Geburtstag kräftig unterstrichen: dreißig Jahre Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober, zwanzig Jahre Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte und 75. Geburtstag von Jürgen Kuczynski am 17. September. Wer den Werdegang der Wirtschaftsgeschichtsforschung in der DDR miterlebt hat, erkennt unschwer den inneren Zusammenhang zwischen diesen drei Anlässen zu einer knappen Rückschau.

Unser Jahrbuch entstand und wuchs als Ausdruck für die Förderung, die die Wirtschaftsgeschichte durch die sozialistische Gesellschaft erfuhr, und es verstand und versteht sich seinerseits als Mitgestalter jenes noch immer jungen Staates, der nun im dreißigsten Jahr seines Bestehens das dynamische Bild einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft verkörpert. Jürgen Kuczynski aber, dessen Geburtstag durch seinen Freund S. I. Tjul'panov im vorangegangenen Band die wohlverdiente Würdigung erfuhr, war unser "Vater". Er hat uns mit guten Ratschlägen stets betreut, unsere eigenständige Entwicklung jedoch niemals in Frage stellen wollen - wie es bei einem guten Eltern-Kind-Verhältnis nun einmal üblich ist. Wohl wissen wir, daß das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte nur eine von vielen Schöpfungen seines tätigen wissenschaftspolitischen Interesses ist und daß seine zahlreichen Beiträge in unseren Bänden nur einen kleinen Teil seiner immensen Forscherproduktion darstellen. Wir glauben aber, daß ihm das Jahrbuch besonders nahe steht, und unser Glückwunsch zu seinem Geburtstag ist voller Herzlichkeit. Möge er noch viele, viele Jahre der willkommene "Störenfried" bleiben, der er infolge seiner Gewohnheit, in unsere Redaktionsberatungen schöpferisch hineinzuplatzen, für uns ist.

Der Beginn des Jahrbuchs führt in die Zeit zurück, als die Schülerzahl Jürgen Kuczynskis noch relativ klein war. Das erste Drittel der blau-weißen Bände, die insgesamt inzwischen über einen Regalmeter hinausgewachsen sind, gestalteten noch die erste und zweite Generation marxistisch-leninistischer Wirtschaftshistoriker in der DDR. Sie waren gering an Zahl, jedoch hervorragende Spezialisten und Bahnbrecher auf verschiedenen Gebieten. Ihnen ist es zu danken, daß die von den Klassikern betonte Grundfunktion der Wirtschaftsgeschichte im Ensemble der Gesellschaftswissenschaften der DDR zur Geltung kam, daß die Erkenntnis wuchs, wonach die Entwicklung der jeweiligen Produktionsweise nicht nur die Voraussetzung für das Verständnis des gesamtgeschichtlichen Ablaufs bildet, sondern auch ganz aktuelle Fragen zu beantworten vermag, die aus der sozialistischen Umgestaltung unserer Gesellschaft erwachsen. Die anfänglichen Entwicklungsbedingungen waren, wie Wolfgang Jonas in einem Rückblick im Teil IV/1969 hervorhob, ungewöhnlich günstig.

Die Selbstverständigung der Wirtschaftshistoriker der DDR über grundlegende Probleme, oft von großer thematischer Breite, stand anfangs noch im Vordergrund, wuchs jedoch mit der Zeit in mehr spezialisierte und differenzierte Ar-

beiten über, die zugleich nach einer neuen Stufe der Kooperation zwischen den Fachkollegen aus den sozialistischen Ländern verlangten. Gleichzeitig blieb die große, schöpferische Kraft der Einzelleistung - wie sie besonders Jürgen Kuczynski vertrat - erhalten. Später, wenn einmal die Geschichte unserer Wirtschaftshistoriographie geschrieben werden sollte, wird auch die internationale Wirkung jener Anfangsjahre eine gründliche Bewertung erfahren müssen, und das Jahrbuch war von Anbeginn nicht nur publizistische Heimat, sondern auch weltweites Ausstrahlungszentrum der DDR-Wirtschaftsgeschichtsforschung.

Schon Ende der sechziger Jahre und dann auf dem Hintergrund neuer Entwicklungsimpulse am Anfang der siebziger Jahre weitete sich der Kreis der DDR-Autoren beträchtlich. Die Produktivität stieg allgemein an, einzelne Forschungsgebiete erhielten ein klareres Profil, und die Gemeinschaftsarbeit nahm zu. Die seit Teil IV/1972 halbjährlich veröffentlichten Bibliographien über die gesamte in der DDR erscheinende wirtschaftshistorische Literatur weisen diesen Trend deutlich aus. Die Wirtschaftsgeschichtsforschung, die sich beileibe nicht konfliktlos entwickelte, hatte nunmehr feste Wurzeln im gesellschaftswissenschaftlichen Boden geschlagen, und neue Triebe und Zweige bildeten jetzt ein dichteres Geäst um den Hauptstamm. Eine wachsende Zahl von Beiträgen auch aus nicht-wirtschaftshistorischen Institutionen, mehr Diskussionsartikel, spezielle Jahrbuchforen, größerer Informationsgehalt - das waren einige neue Merkmale unserer Zeitschrift in den siebziger Jahren, die diese Entwicklung spiegelten. Sie erfuhren ihre notwendige Ergänzung durch eine planmäßige Zusammenarbeit der Redaktion mit Wirtschaftshistorikern der sozialistischen Länder und durch bewußte Förderung des beginnenden Integrationsprozesses der Wissenschaften.

Einen Kontinuitätsbruch hat es zwischen den sechziger und siebziger Jahren allerdings nicht gegeben. In Wirklichkeit ist es erstaunlich, wie viele Probleme, die in den ersten Bänden des Jahrbuchs angepackt wurden, heute noch aktuell sind - zwanzig Jahre sind eben wissenschaftsgeschichtlich keine lange Zeit, auch wenn Jürgen Kuczynski inzwischen mehrere Nachfolgenerationen hat heranwachsen sehen.

Die Möglichkeiten einer Redaktion, den Gehalt einer Zeitschrift wie der unsrigen zu heben, sind begrenzt.

Der wissenschaftliche Ertrag von den achtzig Bänden (außer Sonderbänden), die nun nach zwanzig Jahrgängen vorliegen (und die 1980 in einem Gesamtinhaltsverzeichnis bibliographisch erschlossen werden sollen), ist das Resultat ebenso vieler Jahre Wissenschaftspolitik in der DDR und das Ergebnis des Wirkens einer großen Zahl begabter Wissenschaftler. Der internationale Ruf, den das Jahrbuch genießt, ist das Werk seiner Autoren - allen voran natürlich Jürgen Kuczynski. Ihnen gilt unser Dank, wenn wir nun ins dritte Jahrzehnt gehen.

Jan Peters

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Die Lenkung des betrieblichen Akkumulationsprozesses
durch den sozialistischen Staat in der DDR
(1956 bis 1962)

von Jörg Roesler

1. Die Verwendung der betrieblichen Akkumulationsmittel während des ersten Fünfjahrplanes
2. Die Verwendung der betrieblichen Akkumulationsmittel in der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre
 2. 1. Die 21. Tagung des ZK der SED zur Frage der Eigenwirtschaftung der Mittel
 2. 2. Die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel
 2. 3. Die Planung und Finanzierung der Amortisationen
 2. 4. Über die Verwendung des Betriebsgewinnes
3. Schlußbemerkungen

Der Rolle, die Planung und Leitung der Volkswirtschaft beim sozialistischen Aufbau spielen, hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stets große Aufmerksamkeit geschenkt. In dem auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 angenommenen Parteiprogramm wird hervorgehoben: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wirkt für die ständige Vervollkommnung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung entsprechend den konkreten Bedingungen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und orientiert sie auf die effektivste Verwendung der materiellen und finanziellen Ressourcen.

Senkung der Kosten, Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten sowie strikte Verwirklichung des Sparsamkeitsprinzips sind unumstößliche Grundsätze der Wirtschaftsführung des sozialistischen Staates."¹

In diesen Grundsätzen widerspiegeln sich die schon von Lenin entwickelten Prinzipien der sozialistischen Planwirtschaft ebenso wie die mehr als dreißigjährigen Erfahrungen der SED bei der Leitung der sozialistischen Wirtschaft sowie die theoretischen und praktischen Erkenntnisse, die auf dem Gebiet der Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Sowjetunion und anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft gewonnen wurden.

1 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, IX. Parteitag der SED, Berlin, 18 bis 22. Mai 1976, Berlin 1976, S. 34.

Das Parteiprogramm nennt einerseits grundlegende Aufgaben und Zielstellungen, die zu allen Zeiten und unter allen Umständen Grundsätze der sozialistischen Wirtschaftsführung waren und bleiben werden. Andererseits läßt sich aus dem hier zitierten Abschnitt des Programms erkennen, daß das Leitungs- und Planungssystem nicht starr und unbeweglich sein darf, sondern jeweils entsprechend den konkreten Bedingungen zu modifizieren ist, einen Prozeß der ständigen Vervollkommnung durchlaufen muß.

Bekanntlich befinden sich die durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, durch die jeweilige politische und ökonomische Situation charakterisierten objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung in ständiger Veränderung. Das Tempo dieser Veränderungen der Basis kann in den einzelnen Jahren recht unterschiedlich sein, dementsprechend ist auch der erforderliche Umfang bzw. das Tempo der Umgestaltungen im System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung.

Nachdem in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre der Wirtschaftsmechanismus einer Reihe tiefgreifender Wandlungen unterworfen worden war, erfolgte in den fünfziger Jahren im wesentlichen der Ausbau des auf überwiegend extensives Wirtschaftswachstum orientierten Leitungs- und Planungssystems. Unter dem Blickwinkel der Leitung und Planung waren die fünfziger Jahre "ruhiger". Auf jeden Fall waren sie weniger bewegt als die sechziger Jahre, in denen der Übergang von der vorwiegend extensiven zur überwiegend intensiven erweiterten Reproduktion erforderlich wurde. Die Beschleunigung der Veränderungen in der Ökonomik zog die Notwendigkeit einer raschen Vervollkommnung der Wirtschaftsleitung nach sich, die die SED mit der Verkündung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Leitung und Planung (NÖS) auf dem VI. Parteitag in Angriff nahm.²

Dieser Entwicklung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in der DDR wurde in der BRD-Literatur in zahlreichen Veröffentlichungen Aufmerksamkeit gewidmet, aber in allen diesen Publikationen wird ein verzerrtes, verfälschtes Bild von den tatsächlichen Zusammenhängen gegeben, und zwar verfälscht in zweifacher Hinsicht:

Erstens stellen viele bürgerliche Autoren - statt die entsprechend den konkreten Bedingungen mit unterschiedlicher Intensität durchgeführte ständige Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus zu betrachten - mechanistisch die fünfziger und sechziger Jahre hinsichtlich der Dynamik der Leitungs- und Planungsprozesse einander gegenüber. So behauptet zum Beispiel Krol, daß es in den fünfziger Jahren lediglich "mehrere Änderungen des hierarchischen Aufbaus der Wirtschaftsorganisation" gegeben habe. Dagegen sei "1963 erstmals der Lenkungsmechanismus selbst in die Reform einbezogen" worden.³

Zweitens setzen BRD-Autoren oft schematisch den Zeitraum 1950 bis 1962 und die Jahre der Wirtschaftsreform hinsichtlich des Inhalts bzw. der Zielstellungen

2 Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 100 ff.; Kanzig, Helga/Reißig, Karl, Zur Geschichte der DDR vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zum VIII. Parteitag der SED, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 9/1974, S. 772 f.

3 Krol, Gerd-Jan, Die Wirtschaftsreform in der DDR und ihre Ursachen, Tübingen 1972, S. 117.

auf dem Gebiet der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung einander entgegen. So spricht Schwartau für "die Zeit von der Einsetzung der zentralen staatlichen Plankommission (1950) bis zum Beginn der sechziger Jahre" von einer "Mißachtung der ökonomischen Größen wie Kosten, Umsatz, Preis und Gewinn".⁴ Den Übergang zum NÖS charakterisiert er wie folgt: "Der erste Schritt der Reformen bestand darin, die Mengenplanung durch die Planung von Kosten (Lohnkosten, Vorleistungskosten, Abschreibungen), variablen Preisen, Umsätzen, Gewinnen, Kosten der Kreditfinanzierung usw. zu ersetzen."⁵ Dem Leser wird auf diese Weise suggeriert, daß mit dem NÖS an die Stelle der Mengenplanung die Kostenplanung trat.

Derartige Verfälschungen - wengleich oft in sachlichem Ton verfaßt, wie zum Beispiel bei Krol und Schwartau - liefern anderen, offen antikommunistischen "Ostexperten" die notwendige Munition für ihre unmittelbar gegen die Partei der Arbeiterklasse gerichteten Angriffe, die dann etwa in solche Behauptungen münden, wie: Die SED habe solange auf dem sowjetischen Modell der Wirtschaftsplanung beharrt, bis die DDR-Wirtschaft in eine Krise geriet, aus der sie nur durch gewisse marktwirtschaftliche Anleihen herausgekommen sei.⁶

Außerdem sind Behauptungen, wie man sie bei Krol und Schwartau über den Wirtschaftsmechanismus in der DDR findet, dazu angetan, unter den aufrichtig um eine Orientierung bemühten Lesern Verwirrung zu stiften, weil sich bei oberflächlicher Betrachtung durchaus plausible Einzelbeispiele zu einer scheinbaren "Beweisführung" anbringen lassen.

Die Partei der Arbeiterklasse hat jedoch - wie im folgenden am Beispiel der Leitung des betrieblichen Akkumulationsprozesses durch den sozialistischen Staat während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nachgewiesen wird - bereits vor dem NÖS die Planung und Finanzierung der Amortisationen, der Umlaufmittel und des Gewinns als Instrument der Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes genutzt und dieses Instrumentarium entsprechend den konkreten Anforderungen ständig weiter vervollkommenet.

1. Die Verwendung der betrieblichen Akkumulationsmittel während des ersten Fünfjahrplanes

Die großen Aufgaben, die zu Beginn der fünfziger Jahre sowohl auf dem Gebiet der Umstrukturierung der Volkswirtschaft entsprechend den Anforderungen der sozialistischen Industrialisierung in der DDR als auch bei der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen zu lösen waren, fanden ihren Niederschlag in den hohen Zielen, die im ersten Fünfjahrplan abgesteckt waren.⁷ Nach Abzug des für die Erweiterung des Konsumtionsfonds vor-

⁴ Schwartau, Cord, Von Plan zu Plan. 25 Jahre ökonomische Entwicklung der DDR, Herford/Berlin 1974, S. 21 f.

⁵ Ebenda, S. 25.

⁶ Das behauptet als erster Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin(West) 1964, S. 27 ff., 45 ff., 130 f.

⁷ Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955, in: Unser Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus, o. O. o. J., S. 12 ff.; vgl. auch Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Me-

gesehenen Teils des Nettoprodukts blieben 1950 nur 8 Prozent des Nationaleinkommens für Akkumulationszwecke übrig.⁸

Unter diesen Bedingungen waren die im Bereich der Produktion vorgesehenen Aufgaben nur zu verwirklichen, wenn die relativ geringen Akkumulationsmittel zunächst konzentriert für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen zum Wiederaufbau von wenigen Betrieben der Schwerindustrie eingesetzt wurden. Das verlangte eine Zusammenfassung der Verfügungsgewalt über die in den Betrieben erwirtschafteten Mittel bei den zentralen wirtschaftsleitenden Organen. Dementsprechend wurde bis Anfang 1955 die Verwendung von Amortisationen, Umlaufmitteln und Gewinn so geplant, daß die Betriebe diese Mittel fast vollständig an den Staatshaushalt zu überweisen hatten. Diejenigen Betriebe, für die eine extensive Erweiterung der Produktionskapazität geplant war, erhielten danach einen Teil, die gesamten oder auch noch zusätzliche Mittel aus dem Staatshaushalt zurück.⁹ Ein sehr großer Anteil der zentralisierten Mittel diente jedoch der dringend notwendigen "Ausdehnung des Produktionsfeldes", das heißt, er wurde für Neubauten, für die "Großvorhaben des ersten Fünfjahrplanes" verwendet. Diese Art der Planung der Amortisationen, Umlaufmittel und des Gewinns trug wesentlich dazu bei, daß die hohen Zielstellungen des ersten Fünfjahrplanes erreicht werden konnten.¹⁰

Durch das rasche Wachstum der Industrie erhöhten sich im Laufe des Perspektivplanzeitraumes die Einnahmen des Staates aus der volkseigenen Wirtschaft beträchtlich.

Tabelle 1

Einnahmen des Staatshaushaltes der DDR aus der volkseigenen Wirtschaft 1950 bis 1955⁺

Jahr	Einnahmen des Staatshaushaltes		
	insgesamt in Mrd. M	aus der volkseigenen Wirtschaft in Mrd. M	in %
1950	24,4	9,5	38,9
1951	25,5	11,1	43,5
1952	29,4	13,9	47,3
1953	34,8	18,6	53,4
1954	36,2	20,0	55,2
1955	38,4	21,1	54,9

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 529; Rzesnitzek, Friedrich, Theorie und Entwicklung der Staatseinnahmen in der DDR, Berlin 1959, S. 29, 136.

thoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1977, S. 15, 23.

8 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973, Berlin 1973, S. 26.

9 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (GBl.) 1952, S. 288, 290; GBl. 1954, S. 521.

10 Vgl. dazu ausführlich Roesler, Jörg, Zur Charakteristik der ökonomischen Ergebnisse in der Industrie der DDR im ersten Fünfjahrplan (1951 - 1955), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 3, S. 31 ff.

Die Situation auf dem Gebiet der Akkumulation verbesserte sich gegen Ende des ersten Fünfjahrplanes zusätzlich durch die uneigennützigte Hilfe der Sowjetunion. Sie verzichtete im Januar 1954 auf ihr noch aus dem Potsdamer Abkommen zustehende Wiedergutmachungsleistungen im Werte von 2,5 Milliarden Dollar (zu Vorkriegspreisen).¹¹ Zum gleichen Zeitpunkt übergab sie der DDR unentgeltlich 33 modern ausgerüstete und rentabel arbeitende Großbetriebe.¹²

Das Anwachsen der Akkumulationsmittel erlaubte es der SED, sich gegen Ende des ersten Fünfjahrplanes vorausschauend mit dem Abbau der Maßnahmen zur äußersten Einschränkung der Eigenerwirtschaftung von Mitteln in den Betrieben zu befassen. Bereits auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 erklärte Walter Ulbricht: "Die Finanzierung des Wachstums der einzelnen Betriebe, das heißt ihre Investitionen und die Erhöhung der Umlaufmittel muß aus den bei ihnen selbst erwirtschafteten Mitteln erfolgen, zu denen bei großen Investitionen staatliche Zuschüsse kommen."¹³

Bei der Festlegung dieses Zieles hatte die Partei der Arbeiterklasse zweifellos die Überwindung jener Nachteile der bisherigen Regelung im Auge, die ihr zwar von Anfang an innewohnten, aber unter den konkreten Bedingungen des Akkumulationsmittelmangels Anfang der fünfziger Jahre gegenüber den Vorteilen der äußersten Zentralisierung der Mittel für die erweiterte Reproduktion kaum ins Gewicht gefallen waren: Der betrieblichen Initiative zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit Hilfe der Kleinmechanisierung und anderer wenig Aufwand erfordernder Rationalisierungsvorhaben fehlte der materielle Anreiz, die finanzielle Basis.

Um die Situation zu verändern, mußten die bestehenden Richtlinien über die Mittelzuführung an den Staatshaushalt überprüft werden, sobald die Lage auf dem Investitionssektor nicht mehr die Zentralisierung buchstäblich aller Überschüsse erforderte. Dieser Zeitpunkt war Mitte der fünfziger Jahre gekommen.

Die Partei der Arbeiterklasse nahm auf der 21. Tagung des ZK der SED im November 1954 zu den herangereiften Fragen Stellung.¹⁴

2. Die Verwendung der betrieblichen Akkumulationsmittel in der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre

2. 1. Die 21. Tagung des ZK der SED zur Frage der Eigenerwirtschaftung der Mittel

Die 21. Tagung des ZK der SED nimmt in der Geschichte der Wirtschaftspolitik der SED während der Übergangsperiode einen hervorragenden Platz ein. Sie erörterte herangereifte Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer konkreten Anwendung beim planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus

11 Vorwärts (Montagsausgabe des Neuen Deutschland) Nr. 34, 24. 8. 1953.

12 Kraszon, Paul, Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Übergabe der 33 SAG-Betriebe an das deutsche Volk, in: Einheit, Nr. 1/1954, S. 66 ff.

13 Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 4: 1950 - 1954, Berlin 1958, S. 438.

14 Ulbricht, Walter, Fragen der Politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955, S. 7 ff

in der DDR. Dabei stützte sie sich auf die Leninschen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung und die Erkenntnisse und Erfahrungen der KPdSU. Die Tagung erklärte die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu einer Grundfrage der Parteiarbeit /und/ unterbreitete Vorschläge für eine wirksamere Planung und Leitung der Volkswirtschaft".¹⁵

Im Mittelpunkt der Ausführungen Walter Ulbrichts auf dem Plenum stand die Vereinigung der zentralisierten Leitung mit der operativen (=relativen) Selbständigkeit der Betriebe. Sie ziele darauf ab, "dem Betrieb, seiner Belegschaft und dem leitenden Personal bei der Erfüllung der Planaufgaben weitgehende Initiative zu ermöglichen"¹⁶

Zur Gewinn- und Amortisationsverwendung wurde im Referat ganz konkret Stellung genommen: "Die wirtschaftliche Rechnungsführung verlangt, daß ein Teil des Amortisationsfonds zur Finanzierung der Generalreparaturen und von Maßnahmen des Arbeitsschutzes im Betrieb verbleibt und daß dieser Betrag vom Werkleiter ins nächste Jahr übernommen werden kann, wenn durch gute Maschinenpflege usw. die Lebensdauer verlängert bzw. die Generalreparaturkosten eingespart werden. Bei uns dagegen kassiert die Deutsche Investitionsbank am Jahresende alle Mittel dieses Fonds ein, um sie zentral zu verwenden. Diese Praxis muß sofort geändert werden, weil sie der Sparsamkeit durch sorgfältige Maschinenpflege und Verhinderung der Reparaturen direkt entgegenwirkt ...

Die wirtschaftliche Rechnungsführung verlangt, daß ein Teil der erarbeiteten Einnahmen (d. h. des Gewinns) im Betrieb verbleibt, zur Finanzierung der beständigen Investitionen und zur Auffüllung der Umlaufmittel. Bei uns ist das nicht der Fall. Die Gewinne werden an den Staatshaushalt abgeführt, die Investitionen und die Erhöhung der Umlaufmittel werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Der Betrieb hat also gar kein Interesse daran, daß die Gewinne in vollem Umfang und rechtzeitig zur Finanzierung der Aufgaben, die ihn selbst betreffen, zur Verfügung stehen. Deshalb müssen unseres Erachtens die der wirtschaftlichen Rechnungsführung entgegenstehenden Bestimmungen schnellstens beseitigt werden."¹⁷

Die 21. Tagung des ZK der SED bildete den Ausgangspunkt für eine Reihe von Umgestaltungen in der Planung und Finanzierung der Umlaufmittel, Amortisationen und Gewinne in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, die in den drei folgenden Abschnitten behandelt werden. Dabei wird noch mehrmals auf die bedeutsamen Beschlüsse des Plenums sowie auf die von der Tagung kritisierten Regelungen aus der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zurückzukommen sein.

2.2. Die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel

Umfang und Verwendung der dem Betrieb zur Verfügung stehenden Umlaufmittel hatten die zentralen wirtschaftsleitenden Organe seit 1948 über den Richtsatzplan geregelt. Auf der Grundlage technisch-wirtschaftlicher Kennziffern der Materialwirtschaft, des Produktionsdurchlaufs und der Absatzfähigkeit ermittelten sie die Zahl der "Richttage", das heißt die Anzahl von Tagen, für die aus produktions-technischer und versorgungsmäßigen Gründen Umlaufmittel vorhanden sein muß-

15 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 314.

16 Ulbricht, Walter, a. a. O., S. 17.

17 Ebenda, S. 19 f.

ten, um eine kontinuierliche Produktion zu sichern. Im Richtsatzplan wurden als wichtigste Umlaufmittelpositionen Roh-, Hilfs- und Brennstoffe sowie Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse unterschieden. 18

Die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel hatte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre das Ziel, den Betrieben nur die für die Sicherung eines kontinuierlichen Reproduktionsprozesses unbedingt notwendigen Umlaufmittel zur Verfügung zu stellen. Sobald durch Strukturveränderungen im Erzeugnisprogramm des Betriebes bzw. im Ergebnis sparsameren Materialverbrauchs oder rationalerer Vorratshaltung Umlaufmittel - sei es nun insgesamt oder bei einzelnen Positionen - für die Aufrechterhaltung des betrieblichen Reproduktionsprozesses nicht mehr unbedingt benötigt, "überschüssig" wurden, waren sie an den Staatshaushalt abzuführen. Sie konnten dann zentral entweder als Akkumulationsmittel oder als Umlaufmittel in denjenigen Betrieben eingesetzt werden, die zum Beispiel durch Planänderungen einen gerechtfertigten zusätzlichen Bedarf an Material usw. aufwiesen.

Die Umlaufmittel hatten die volkseigenen Betriebe im Zusammenhang mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung Anfang der fünfziger Jahre überwiegend aus dem Staatshaushalt erhalten ("Eigenmittel"). Einen bestimmten Teil ihres Bedarfs an Umlaufmitteln mußten die Betriebe mit Bankkrediten abdecken (vgl. Tabelle 2).

Die Vorteile dieses Verfahrens hinsichtlich der Maximierung der volkswirtschaftlichen Akkumulation lagen auf der Hand. Gewisse Nachteile mußten zunächst in Kauf genommen werden. Sie betrafen sowohl die Anfälligkeit des Richtsatzplanes gegenüber Störungen in der Materialversorgung und Planänderungen als auch das geringe Interesse der Betriebe an der Einsparung von Umlaufmitteln; denn die eingesparten Mittel mußten fast vollständig abgeliefert werden.

Zur Beseitigung dieser Unzulänglichkeiten beschloß der Ministerrat im Jahre 1956 unter Berücksichtigung der veränderten Akkumulationsbedingungen und in Auswertung der Beschlüsse der 21. Tagung des ZK der SED eine großzügigere Handhabung des Richtsatzplanes, der die Anlage einer betrieblichen Störreserve von zweckgebundenen Ersatzteillagern durch die Betriebe usw. ermöglichte. 19

Eine weitere wesentliche Erhöhung des Einflusses der Betriebe auf die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel brachte dann das Jahr 1957:

Erstens wurde der Anteil der "Eigenmittel" an den betrieblichen Umlaufmitteln heraufgesetzt. Die Betriebe der chemischen und der metallurgischen Industrie, des Bergbaus, der Energieerzeugung und teilweise der Leicht- und Lebensmittelindustrie wurden voll mit Eigenmitteln ausgestattet.

Zweitens erhielten die Betriebe das Recht, freie (eingesparte) Umlaufmittel bestimmter Richtsatzplanpositionen zur Abdeckung anderer Positionen, für die die planmäßigen Umlaufmittel nicht ausreichten, zu verwenden. 20

Mit diesen und einigen weiteren Maßnahmen²¹ des Jahres 1957 wurden die damals gegebenen Möglichkeiten der Eigenerwirtschaftung der Mittel voll ausge-

18 Vgl. Anordnung über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 19. 1. 1959, in: GBl. II, 1959, S. 46 ff.

19 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), E - 1, Nr. 3210.

20 Anordnung über die Grundsätze der Planung und Finanzierung der Umlaufmittel der volkseigenen Industrie vom 19. 6. 1957, in: GBl. I, 1957, S. 367.

21 Vgl. Anordnung vom 7. 1. 1957, in: GBl. II, 1957, S. 37 f.

schöpft. Wie sich bald zeigte, hielt die Qualifizierung der Methoden zur zentralen Steuerung der Umlaufmittelverwendung nicht mit der Entfaltung der relativen Selbständigkeit der Betriebe Schritt. Denn die zentralen wirtschaftsleitenden Organe waren bald nicht mehr in der Lage, die durch den gewonnenen Spielraum gestiegenen betrieblichen Aktivitäten beim Einsatz der Umlaufmittel in volkswirtschaftlich günstige Bahnen zu lenken. In den voll mit eigenen Umlaufmitteln ausgestatteten Betrieben wurde deren verbesserte Dispositionsmöglichkeit vielfach für die Abdeckung von Überplanbeständen, das heißt zur Verschleierung schlechter Leitungstätigkeit, mißbraucht.²²

Die dadurch eintretende Verringerung der "Kontrolle durch die Mark" widersprach generell den Grundsätzen sozialistischen Wirtschaftens. Die geschilderten Regelungen vertrugen sich spätestens ab 1958/59 nicht mehr mit den erhöhten Anforderungen, die ein strengeres Sparsamkeitsregime notwendig machten. Zwar verbesserte sich die Akkumulationssituation bis Anfang der sechziger Jahre kontinuierlich, doch wuchs während der Vorbereitung und Durchführung des Siebenjahrplanes auch der Investitionsbedarf in beschleunigtem Tempo.

Das 1957 beschlossene Kohle- und Energieprogramm und das 1958 verabschiedete Chemieprogramm trugen wesentlich zur Verringerung der volkswirtschaftlichen Disproportionen und zur beschleunigten Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei. Gleichzeitig lenkten sie aber in den Folgejahren das Gros der Investitionen in Wirtschaftsbereiche mit relativ langer Investitionsdauer und hoher Investitionsintensität. Dadurch entstand vorübergehend erneut eine angespannte Situation auf dem Investitionssektor, die durch Störmaßnahmen des BRD-Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet 1960/61 noch verschärft wurde. Jedoch trat eine ähnliche Situation wie Anfang der fünfziger Jahre auf dem Akkumulationssektor weder hinsichtlich der Knappheit noch der Konzentration der Mittel ein. Mit Beginn des Siebenjahrplanes wurde deshalb die Freizügigkeit der Betriebe bei der Verwendung der Umlaufmittel wieder eingeschränkt. Die erneute Zentralisation der Entscheidungsbefugnisse über die Umlaufmittel und die Stärkung der Kontrolle durch die Mark fanden ihren sichtbaren Ausdruck in der Zunahme des Kreditanteils am Richtsatzplan.²³ Der im Zusammenhang mit der zunehmenden Störtätigkeit des BRD-Imperialismus auftretende Materialmangel bestärkte die wirtschaftsleitenden Organe darin, den einmal eingeschlagenen Weg der Aufstockung des Kreditanteils 1960 und 1961 weiter zu verfolgen.²⁴ (Siehe Tabelle 2 auf der nächsten Seite.)

Die in Tabelle 2 angegebenen Prozentsätze stellen die zentral vorgegebenen Richtwerte dar, um die die tatsächliche Aufteilung der Mittel schwankte. So betrug zum Beispiel 1959 der durch Bankkredite gedeckte Teil der betrieblichen Umlaufmittel 24,3 Prozent.²⁵ Grundsätzlich zeigte sich aber auch in der realen Bewe-

²² ZStA, E - 1, Nr. 12 - 9 - 59.

²³ Generell zu diesem Problem vgl.: Butakov, D. D., Kredit i intensifikacija proizvodstva v stranach SEV, Moskau 1976, S. 20 f.

²⁴ Vgl. dazu die Anordnung /Nr. 1/ über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 19. 1. 1959, in: GBl. II, 1959, S. 46; die Anordnung Nr. 2 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 31. 12. 1959, in: GBl. II, 1960, S. 19; Anordnung Nr. 3 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel der volkseigenen Wirtschaft vom 1. 11. 1960, in: GBl. III, 1960, S. 28.

²⁵ Financy promyšlennych predprijatii stran SEV, Moskau 1964, S. 138.

gung der Umlaufmittel der Rückgang der Kreditfinanzierung bis 1958 und die erneute Zunahme seiner Bedeutung ab 1959. Dabei bedeutete - wie aus Tabelle 3 ersichtlich - die zu Beginn des Siebenjahrplanes unternommene Korrektur nicht etwa die Rückkehr zu den Finanzierungsverhältnissen der ersten Hälfte der fünfziger Jahre.

Tabelle 2

Umlaufmittelfinanzierung in der DDR 1949 bis 1963 entsprechend den finanztechnischen Verordnungen⁺ (in %)

		1948 - 1956	1957 - 1958	1959	1960	1961 - 1963
Eigene Mittel des Betriebes	1. Produktionsvorräte	70				
	2. Fertigerzeugnisse	33,3	100 ⁺⁺	80	70	>70
	3. sonstige Umlaufmittel	100				
Kredite	1. Produktionsvorräte	30				
	2. Fertigerzeugnisse	66,7	0 ⁺⁺	20	30	<30
	3. sonstige Umlaufmittel	0				

+ Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 12. 5. 1948, in: Zentralverordnungsblatt 1948, S. 148; Die Wirtschaft, Nr. 1/1957, S. 307; Anordnung Nr. 3 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 1. 11. 1960, in: Gesetzblatt der DDR III 1969, S. 28; Anordnung Nr. 5 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel in der volkseigenen Wirtschaft vom 19. 5. 1961, in: ebenda 1961, S. 193 f.

++ Für den Maschinenbau, die Textilindustrie und bestimmte Teile der Leicht- und Lebensmittelindustrie wurde die anteilige Finanzierung beibehalten.

Tabelle 3

Entwicklung der Umlaufmittel 1954 bis 1959⁺ (in %)

	1958 : 1954 (1954 = 100)	1959 : 1958 (1958 = 100)	1959 : 1954 (1954 = 100)
Normative Umlaufmittel insgesamt	138,3	107,4	148,5
Davon:			
eigene Umlaufmittel	167,9	95,7	160,8
Bankkredite	89,9	143,2	128,7

+ Berechnet nach Capkin, N., Financy i kredit Germanskoj Demokratičeskoj Respubliki, Moskau 1959, S. 62.

Die Finanzierung der Umlaufmittel in der DDR während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre entsprach grundsätzlich den in allen übrigen RGW-Ländern angewandten Verfahren.

Einen Überblick über die Entwicklung in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei vermittelt die folgende Tabelle:

Tabelle 4

Anteil der Bankkredite an der Abdeckung der Umlaufmittel in der UdSSR und der ČSSR 1952 bis 1962⁺
(in %)

	1952	1958	1959	1960	1962
UdSSR	36,6	38,6	38,4	39,2	38,9
ČSSR		55,8	6,0	21,6	28,3

+ Tatur, S. K., Wirtschaftliche Rechnungsführung in der Industrie, Berlin 1971, S. 239; Financy promyšlenných podniků stran SEV, Moskau 1964, S. 41, 314.

Während in der Sowjetunion das Verhältnis von Eigenmitteln zu Kreditanteilen in den fünfziger Jahren fast unverändert blieb, wurde in der ČSSR im Zusammenhang mit den im Jahre 1959 vorgenommenen Veränderungen in der Leitung und Planung der durch Kredite finanzierte Anteil des Richtsatzplanes - ähnlich wie in der DDR ein Jahr vorher - stark gekürzt. Aber auch in der ČSSR zwangen die zunehmende zweckentfremdete Verwendung der Mittel durch die Betriebe sowie die notwendige Anspannung aller Kräfte bei der Realisierung der hohen Aufgaben des Fünfjahrplanes 1961 bis 1965 erneut zur Erhöhung des Kreditanteils.²⁶

2. 3. Die Planung und Finanzierung der Amortisationen

Ebenso wie auf dem Gebiet der Umlaufmittel waren auch im Bereich der Amortisationen Mitte der fünfziger Jahre die bis dahin gültigen Regelungen zu überprüfen. Die "Verordnung über die Verwendung der Amortisationen in den Betrieben der volkseigenen Industrie" vom Januar 1955²⁷ entsprach der Forderung des 21. Plenums nach größerem Mitspracherecht der volkseigenen Betriebe bei der Verfügung über die betrieblichen Fonds. Die Verordnung zählte folgende Verwendungsmöglichkeiten auf:

- Zuführung zum Fonds für betriebliche Investitionen
- Zuführung zum Fonds für Generalreparaturen des Betriebes
- Abführung des Restbetrages an die zuständige Hauptverwaltung zur Finanzierung zentraler Investitionsvorhaben

Für Generalreparaturen und Investitionen wurden den Betrieben in der Bank Sonderkonten eingerichtet, so daß die Bank Einfluß auf die planmäßige Verwendung der Mittel durch die Betriebe nehmen konnte.

Das Ministerium der Finanzen ergriff jedoch bis Ende 1955 noch nicht die notwendigen Maßnahmen, um die Verordnung voll wirksam zu machen. Daher blieb

²⁶ Vgl. ebenda, S. 314 ff.

²⁷ Vgl. Verordnung vom 6. 1. 1955, in: GBl. I, 1955, S. 21.

der Anteil der aus Eigenmitteln finanzierten (Ersatz-) Investitionen auch im letzten Jahr des ersten Fünfjahrplanes gering²⁸ und das Verfügungsrecht der Betriebe über ihre Amortisationen noch recht formal.²⁹

Beträchtlich weiter als die Verordnung vom Januar 1955 ging der "Beschluß des Wirtschaftsrates über die Trennung des Investitionsplanes in einen Plan der Erhaltung und einen Plan der Erweiterung der Grundmittel" vom 17. April 1957,³⁰ Er überließ den Betrieben ab Januar 1958 die Entscheidung über die Verwendung des gesamten Amortisationsaufkommens, das heißt, die Betriebe durften nunmehr die Aufteilung des Amortisationsfonds auf Generalreparaturen und Ersatzinvestitionen selbständig vornehmen. Der Beschluß erlaubte den volkseigenen Betrieben in gewissen Grenzen sogar die Durchführung von Neuinvestitionen. Die Betriebe konnten nunmehr - im Rahmen des Planes - nominell über ihre gesamte einfache Reproduktion, faktisch über einen beträchtlichen Teil derselben, eigenverantwortlich entscheiden.

Prinzipiell ähnlich verlief die Entwicklung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in der Sowjetunion und in der ČSSR, wo die Betriebe seit 1956³¹ bzw. 1959³² über ihre Amortisationen verfügten.

Die für die DDR konstatierte Differenz zwischen dem Umfang des nominellen und realen Entscheidungsbereiches der Betriebe in der einfachen Reproduktion bezieht sich darauf, daß in der Mehrzahl der Industriezweige und Betriebe die Amortisationen im Verhältnis zum physischen und moralischen Verschleiß rechnerisch zu gering ausgewiesen wurden. Es gab dafür im wesentlichen zwei Ursachen:

- eine zu niedrige Ansetzung der Abschreibungssätze
- eine zunehmende Differenz zwischen Anschaffungs- und Wiederbeschaffungskosten für Grundmittel.

Die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gültigen Amortisationsnormen gingen auf eine im Januar 1951 herausgegebene "Liste der Abschreibungssätze für Anlagengegenstände" zurück.³³ Diese berücksichtigte entsprechend den damaligen politökonomischen Erkenntnissen nicht den moralischen Verschleiß, setzte die Abschreibungsnormen also zu niedrig an.³⁴ Die durchschnittlichen Abschreibungssätze in der Industrie der DDR betragen 4, 56 Prozent im Jahre 1953, 4, 07

28 Nach Lange wurden bei einer Gesamtsumme der Investitionen während des ersten Fünfjahrplanes von 20, 18 Mrd. DM 2, 34 Mrd. DM, d. h. 11, 6 %, aus Eigenmitteln und Krediten finanziert, wobei der Kreditanteil an dieser Summe der geringere war. (Lange, Alfred, Die Investitionen in der volkseigenen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik im ersten Planjahr fünf, Berlin 1958, S. 61, 159.)

29 ZStA, E - 1, Nr 4667.

30 GBl. I, 1957, S. 517.

31 Financy promyšlennych predprijatii stran SĚV, a. a. O., S. 278 f.

32 Ebenda, S. 324 f.

33 Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Abschluß, Vorschriften über das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft, 1. Halbbd, Berlin 1951, S. 89 ff.

34 Da die Abschreibungssätze jedoch auf den Erfahrungswerten vergangener Jahre beruhten, wurden teilweise unbeabsichtigt auch Einflüsse des moralischen Verschleißes erfaßt. (Vgl. Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes, Ökonomik der sozialistischen Industrie, Berlin 1956, S. 449.)

Prozent 1954 und 4 Prozent 1955 und 1956.³⁵ Daß die Amortisationen im Verhältnis zum Verschleiß zu gering ausgewiesen wurden, war auch an der Entwicklung der Kostenstruktur der volkseigenen Industrie ablesbar. Der Anteil der Amortisationen an den Kosten wuchs generell erheblich langsamer, als das aufgrund des schnellen Anwachsens der Grundmittelfonds in der Industrie während des ersten Fünfjahrplanes zu erwarten gewesen wäre. Auch die etwas günstigeren Werte für die bevorzugt mit modernen Grundmitteln ausgerüstete zentralgeleitete volkseigene Industrie änderten daran prinzipiell nichts.

Tabelle 5

Anteil der Amortisationen an den Selbstkosten der Industrie⁺
(in %)

	1951	1952	1953	1954	1955
Gesamte Industrie	2,0	2,0	2,1	2,2	2,3
Volkseigene zentralgeleitete Industrie	2,4	2,7	2,6	2,7	3,1

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, Berlin 1958, S. 158 f.; Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes, Ökonomik der sozialistischen Industrie, Berlin 1958, S. 583.

Die Nichtanerkennung des moralischen Verschleißes übte jedoch - entgegen den Behauptungen bürgerlicher DDR-Kritiker, wie zum Beispiel denen Krols³⁶ - in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre keinen ungünstigen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Der tatsächlich vorhandene objektive Zwang zur Konzentration der Akkumulationsmittel ließ alle anderen Reproduktionsprobleme zweitrangig werden.

Ausgehend von der Sowjetunion, setzte sich dann Mitte der fünfziger Jahre auch in der DDR die Auffassung durch, daß der moralische Verschleiß bei der Planung und Finanzierung der Grundmittel zu berücksichtigen sei.³⁷ Das geschah zu einem Zeitpunkt, als die veränderte Situation auf dem Akkumulationssektor die Amortisationsfrage erstmals für die Praxis relevant machte.

Eine Überprüfung der Amortisationsnormen hatte bereits die 25. Tagung des ZK der SED im Oktober 1955 gefordert. Die daraufhin 1956 durchgeführte Ersetzung der Einzel-Abschreibungssätze von 1951 durch pauschale Amortisationsnormen für den gesamten Betrieb brachte keine wesentliche Verbesserung, da die neuen betrieblichen Abschreibungssätze aus den Amortisationen des Vorjahres berechnet wurden.³⁸ Die Neufestlegung der Abschreibungssätze wurde im Jahre 1958 durch eine Kommission von Mitarbeitern des Ministeriums der Finanzen und der Staatlichen Plankommission in Angriff genommen.³⁹ Im Laufe der Untersuchungen stellte sich jedoch heraus, daß sich das Problem der unzulänglichen Amorti-

35 Capkin, N., Financy i kredit Gernanskoj Demokratičeskoj Respubliki, Moskau 1959, S. 60.

36 Vgl. Krol, Gerd-Jan, a. a. O., S. 111.

37 Vgl. zu dieser Problematik Pawlow, P., Der technische Fortschritt und der moralische Verschleiß der Maschinen im Sozialismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 6/1956, S. 539 ff.

38 Ebenda, S. 451.

39 ZStA, E-1. Nr. 16 - 360.

sationsmittel besser durch die Erhöhung der Grundmittelwerte als durch die Steigerung der Abschreibungssätze lösen ließ. Die Abschreibungsproblematik wurde deshalb folgerichtig mit der Grundmittelumbewertung verknüpft, die für 1960 geplant war, aber erst 1964 nach der Überwindung der Folgen des Wirtschaftskrieges der BRD gegen die DDR erfolgen konnte. Diese Umbewertung brachte dann tatsächlich eine beträchtliche Erhöhung des Grundmittelwertes (auf das 1,6fache) und damit auch des Amortisationsvolumens (auf das 1,6- bis 1,8fache)⁴⁰ - bei insgesamt wenig veränderten Abschreibungssätzen. Sie betrug nunmehr für die Grundstoffindustrie 4,8 Prozent, für die übrigen Bereiche 3,2 Prozent und in der zentralgeleiteten Industrie insgesamt 3,6 Prozent.⁴¹

Für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre blieben allerdings aus den eben genannten Gründen erst einmal die nur als Übergangslösung gedachten Berechnungsverfahren vom Jahre 1956 bestehen. Die mittlere Abschreibungsquote in der Industrie der DDR, die 1956 4 Prozent betragen hatte, stieg bis zum Ende der Übergangsperiode nur geringfügig (auf 4,2 Prozent) an.⁴² Sie lag damit beträchtlich unter der durchschnittlichen Abschreibungsnorm der sowjetischen Industrie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre (5,4 Prozent). Der Abstand wuchs noch mehr, als Ende der fünfziger bzw. zu Beginn der sechziger Jahre die UdSSR, Polen, Ungarn und die ČSSR ihre Abschreibungssätze neu festlegten und sie dabei zum Teil beträchtlich erhöhten (die Sowjetunion zum Beispiel auf 7,1 Prozent)⁴³. Noch besser als die Abschreibungsraten, deren Vergleichbarkeit durch eine - in den fünfziger Jahren allerdings geringe - unterschiedliche Festlegung bzw. Entwicklung der Grundmittelpreise in den verschiedenen sozialistischen Ländern beeinträchtigt wird, eignet sich die Kennziffer "Anteil der Amortisationen an den Selbstkosten der Industrie" für internationale Vergleiche, sofern Industrialisierungsgrad und Industriezweigstruktur der Vergleichsländer, wie im Falle der DDR und ČSSR, ähnlich sind.

Tabelle 6

Anteil der Amortisationen an den Selbstkosten der Industrie und in ausgewählten Industriezweigen in der DDR und ČSSR 1961/62⁺

	DDR 1962	ČSSR 1961
Gesamte Industrie		6,8
Kohleindustrie	15,1	14,4
Chemische Industrie	7,5	10,4
Lebensmittelindustrie	1,6	3,1
Textilindustrie	1,5 ⁺⁺	6,7
Berg- und Hüttenwesen	5,4	8,6

+ Financy promyšlennych predprijatii stran SĚV, Moskau 1964, S. 125, 197

++ Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie

40 Die Finanzen der Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1966, S. 194.

41 Hurtig, Hans-Jürgen, Was brachte die Umbewertung der Grundmittel?, in: Deutsche Finanzwirtschaft. Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen, Nr. 6/1964, S. 5 f.

42 Financy promyšlennych predprijatii stran SĚV, a. a. O., S. 149.

43 Ebenda, S. 275.

Ungeachtet der geschilderten Einschränkungen bedeutete die vom Wirtschaftsrat im April 1958 verfügte eigenverantwortliche Nutzung der Amortisationen durch die Betriebe vorübergehend eine beträchtliche Erhöhung der betrieblichen Klein- und Rationalisierungsinvestitionen. Der Beschluß des Wirtschaftsrates fixierte gewissermaßen die obere Grenze der Eigenerwirtschaftung der Betriebe auf dem Gebiet der Investitionen. Er lag - angesichts der relativen Knappheit der materiellen und finanziellen Investitionsmittel - an der Grenze des in dieser Richtung Möglichen. Der Beschluß enthielt daher einen - zunächst als Übergangsregelung vorgesehenen - Passus, der in Ausnahmefällen die Umverteilung der Amortisationen im Rahmen einer Hauptverwaltung möglich machte. Damit behielten die zentralen wirtschaftsleitenden Organe einen Hebel in den Händen, der sie in die Lage versetzte, bei einer Komplizierung der Akkumulationssituation regulierend einzugreifen. Eine solche Situation zeichnete sich bereits Ende 1958 ab.

Die "Richtlinie für die Ausarbeitung langfristiger Rekonstruktionspläne" vom Oktober 1958 brachte daher die faktische Aufhebung des Wirtschaftsratsbeschlusses, bestimmte die langfristige Finanzierung von Rekonstruktionsmaßnahmen aus dem Amortisationsaufkommen des gesamten Zweiges und ermächtigte die den Betrieben übergeordneten Organe, die erforderliche Umverteilung der Investitionen verbindlich festzulegen. Dieser Beschluß war eine notwendige Wirtschaftsorganisatorische Voraussetzung für die Finanzierung der Großvorhaben des Siebenjahresplanes, wie zum Beispiel des Petrolchemischen Kombinats Schwedt und der Großkraftwerke Lübbenau und Vetschau.

2. 4. Über die Verwendung des Betriebsgewinnes

Bis zum Jahre 1955 wurde der Gewinn der volkseigenen Betriebe über verschiedene Steuern und Abgaben vollständig zentralisiert. Der Betrieb war unter diesen Umständen an der Höhe des von ihm erwirtschafteten Reineinkommens materiell nicht interessiert. Eine Veränderung trat mit der "Verordnung über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft" vom Januar 1955 ein. Der Betrieb behielt nun entsprechend der Verordnung einen Teil des Gewinns ein, der Rest wurde über die Nettogewinnabführung an die übergeordnete Hauptverwaltung weitergeleitet. Den ihm verbleibenden Gewinnanteil hatte der Betrieb entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bzw. der Planaufgabe (Investitionsplan) für die Bildung des Direktorfonds, die Finanzierung der Umlaufmittelerhöhung und der Investitionen, die Rückzahlung von Rationalisierungskrediten usw. ⁴⁴ zu verwenden.

Die Reihenfolge, nach der der Gewinn den verschiedenen Verwendungszwecken zugeführt wurde, war so festgelegt, daß zunächst die Verpflichtungen gegenüber dem Staat (zum Beispiel Kreditzurückzahlung) und erst danach die unmittelbar den Betrieb berührenden Verwendungszwecke (zum Beispiel Umlaufmittelerhöhung) wahrzunehmen waren. Wurde der Gewinnplan nicht hundertprozentig erfüllt, so hatte als erster der Betrieb selbst davon den Nachteil. Somit konnte einerseits die "Kontrolle durch die Mark" besser als bisher gesichert werden, andererseits wurde der Betrieb materiell daran interessiert, den Gewinnplan zu erfüllen. Die in einer Anzahl von Verordnungen vom März 1958 bis September 1959 vorgenommenen Veränderungen in der Reihenfolge der Gewinnverwendung be-

⁴⁴ Vgl. Verordnung vom 6. 1. 1955, in: GBl. I, 1955, S. 23.

zweckten eine weitere Verstärkung der "Kontrolle durch die Mark" und eine Erhöhung der materiellen Interessiertheit. 45

Insgesamt hatte sich der Einfluß der Betriebe auf die Gewinnverwendung und damit ihr materielles Interesse an der Erfüllung des Gewinnplanes in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erhöht. Ihre Verfügungsgewalt blieb aber - verglichen mit den Befugnissen, die die Betriebe zwischen 1955 und 1958 über die Amortisationen gewannen - gering:

- Erstens erhielten die Betriebe stets nur über einen relativ kleinen Teil des Gewinns Entscheidungsbefugnisse (1958 über 21,7 Prozent, 1963 über 18,6 Prozent)⁴⁶.
- Zweitens konnten die volkseigenen Betriebe nicht selbständig die Proportionen zwischen den einzelnen aus dem Gewinn zu finanzierenden Aufwendungsarten festlegen bzw. verändern.

Im Jahre 1958 wurde der von den 1743 rentabel arbeitenden Betrieben der zentralgeleiteten Industrie erwirtschaftete Gewinn wie folgt verwendet:

Tabelle 7

Gewinnverwendung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie 1958⁺

	Gewinn in Mill. M	Gewinn in %	Gewinn in %
Summe der Gewinne	3 109	100,0	
Davon: Abführungen an den Staatshaushalt	2 435	78,3	
Zur Verfügung der Betriebe	674	21,7	100,0
- Zahlung von Zinsen und Tilgungskrediten für die Rationalisierung der vor- handenen und die Einfüh- rung neuer Technik	117		17,4
- Bildung von Prämien-, Kultur- und Sozialfonds	417		61,8
- Erweiterung der Grund- und Umlaufmittel der Betriebe	140		20,8

+ Capkin, N., Financy i kredit Gernanskoj Demokratičeskoj Respubliki, Moskau 1959, S. 71.

45 Vgl. Anordnung /Nr. 1/ über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 31. 3. 1958, in: GBl. II, 1958, S. 41; Anordnung Nr. 2 über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft vom 25. 9. 1959, in: GBl. II, 1959, S. 272.

46 Financy promyšlennych predprijatij stran SEV, a. a. O., S. 25; Capkin, N., a. a. O., S. 71.

Im gleichen Jahr beliefen sich die Zuwendungen aus dem Staatshaushalt zur Deckung der Ausgaben der 188 geplanten Verlustbetriebe auf 871 Millionen Mark. 47

Die Beibehaltung einer relativ starken Konzentration der Entscheidungsbefugnisse über die Gewinnverwendung bei den zentralen wirtschaftsleitenden Organen war Ausdruck dessen, daß der Gewinn wichtigste Quelle der Investitionsfinanzierung (Erweiterungsinvestitionen) war, durch die die volkswirtschaftlichen Proportionen wesentlich mitbestimmt wurden. Die materiellen und finanziellen Mittel für die strukturbestimmenden Investitionen mußten weiterhin in hohem Maße zentral bilanziert und ausgegeben werden.

Diese Feststellung traf für alle sozialistischen Länder zu: das unterstreicht auch die Tabelle 8.

Tabelle 8

Aufteilung des von den Betrieben erwirtschafteten Gewinns zwischen Betrieb und übergeordneten Organen 1962/63⁺ in einigen RGW-Ländern (in %)

Land	Verbleibt im Betrieb	Wird abgeführt
DDR	16,6	83,4
ČSSR	21,5	78,5
Polen	18,6	81,4
UdSSR	29,0	71,0
Bulgarien	12,0	88,0

+ Financy promyšlenných predprijatí stran SĚV, Moskau 1964, S. 25.

Die DDR nahm unter den aufgeführten Ländern eine mittlere Position ein.

3. Schlußbemerkungen

Die Entwicklung der Planung und Finanzierung der Umlaufmittel, der Amortisationen und des Gewinns beweist schlüssig,

- daß die Partei der Arbeiterklasse in den fünfziger Jahren nicht nur der Mengen-, sondern auch der Finanzplanung gebührende Aufmerksamkeit widmete,
- daß sie das Sparsamkeitsprinzip als Hebel zur Regulierung der volkswirtschaftlichen Akkumulation entsprechend den konkreten Bedingungen zu nutzen und zu verändern verstand,
- daß sie sich in der Finanzplanung auf internationale, insbesondere sowjetische Erfahrungen stützte und sich die Veränderungen in der Planung der Umlaufmittel und des Gewinns im Rahmen der in den RGW-Ländern üblichen Normen hielt.

Die im Parteiprogramm von 1976 angeführten Grundsätze der Planung, Leitung und ökonomischen Stimulierung sind also die Frucht der Erkenntnis einer mehr als dreißigjährigen Tradition auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung, in denen sich die Kontinuität der Wirtschaftspolitik der SED widerspiegelt.

47 Capkin, N., a. a. O., S. 71.

Die Politik der SED für den Aufbau und die Entwicklung
des sozialistischen Außenhandels der DDR
(1949 bis 1955)

von Günter Möschner

1. Der Kampf der SED für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse im Außenhandel 1949 bis 1952

Die Gestaltung und Nutzung des Außenhandels als eine Kommandohöhe der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse ist ein gesetzmäßiger und unerläßlicher Bestandteil der sozialistischen Revolution in jedem Lande. Aufgrund der ersten Erfahrungen, die die junge Sowjetmacht dabei sammelte, den Außenhandel beherrschen zu lernen und ihn zielstrebig für den sozialistischen Aufbau zu nutzen, schrieb Lenin im Jahre 1922: "Vom Standpunkt des Proletariats und seiner Industrie ist ... dieser Kampf von ganz grundlegender, prinzipieller Bedeutung."¹

Mit dem Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung der Völker von den imperialistischen Aggressoren begann auch in der Geschichte des deutschen Volkes und der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse ein neues Kapitel.² Das deutsche Volk erhielt die Chance, einen grundlegenden Umbruch in seiner Geschichte insgesamt herbeizuführen und dabei auch den Außenhandel, der in den Händen des faschistischen deutschen Imperialismus ein Mittel des Raubes, der Gewalt, der Aggression und der Ausplünderung anderer Völker gewesen war, in den revolutionären Prozeß einzubeziehen.

Die totale Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg hatte seine internationalen Wirtschaftsbeziehungen unterbrochen. Festlegungen der Antihitlerkoalition untersagten deutschen Organen und Personen vorerst, selbständig Außenhandel zu betreiben. Dem deutschen Volk sollte die Möglichkeit gegeben werden, mit der Errichtung demokratischer Verhältnisse und einer Friedenswirtschaft auch Voraussetzungen für neue, dem Frieden und dem Fortschritt dienende außenpolitische und Außenwirtschaftsbeziehungen zu schaffen.

Die KPD wies in ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 Ziel und Weg zur Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals. Sie zog die Lehren aus der

1 Lenin, W. I., Über das Außenhandelsmonopol, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1973, S. 444.

2 Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 72.

Geschichte und "orientierte auf die Schaffung antiimperialistisch-demokratischer Verhältnisse mit der Möglichkeit, dem deutschen Volk den Weg zum Sozialismus zu öffnen".³ Dadurch sollten zugleich die Bedingungen geschaffen werden, damit das deutsche Volk wieder einen geachteten Platz unter den friedliebenden Völkern einnehmen konnte. Vor allem war es entscheidend, jegliche Feindschaft und Hetze gegenüber der Sowjetunion auszumerzen. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 war die wichtigste Voraussetzung, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in einem einheitlichen revolutionären Prozeß zu vollziehen. Eine der in den "Grundsätzen und Zielen der SED" erhobenen Gegenwartsforderungen bestand darin, die innen- und wirtschaftspolitischen Grundlagen für einen von den demokratischen Kräften getragenen deutschen Außenhandel zu schaffen.⁴ Die SED wandte damit eine von der KPD bereits Anfang der dreißiger Jahre formulierte programmatische Zielstellung auf die nach 1945 eingetretene konkrete Situation an, beim Aufbau der neuen Gesellschaft zugleich den Außenhandel um- und neuzugestalten.

In harter Klassenauseinandersetzung gelang es in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, diese Ziele zu verwirklichen. Mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem mit der Schaffung neuer demokratischer Machtorgane und des volkseigenen Wirtschaftssektors, wurde auch der Grundstein für eine neue Außenhandelspolitik im Interesse des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts gelegt. Die für die deutsche Bevölkerung und ihre Wirtschaft lebensnotwendigen Außenhandelsgeschäfte wurden zunächst von Organen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) durchgeführt. Von Anfang an zog die SMAD dabei zur Mitarbeit deutsche Antifaschisten, vor allem aus den Reihen der Arbeiterklasse, heran. Zu den neu geschaffenen demokratischen Verwaltungsorganen zählten auch solche, die im Auftrage der SMAD bestimmte Aufgaben auf dem Gebiete des Außenhandels und des Handels mit den westlichen Besatzungszonen, der sich auf der Grundlage von Festlegungen der Alliierten vollzog, lösten. Bewährte Mitglieder und Funktionäre der revolutionären deutschen Arbeiterpartei und andere konsequente Antifaschisten bekleideten darin wichtige Funktionen.⁵

In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands dagegen konnten mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte, insbesondere der USA, imperialistische Kreise ihre Kräfte neu gruppieren. Dabei nutzten sie auch ihre zeitweilig unterbrochenen, aber keinesfalls zerschlagenen internationalen Wirtschaftsbeziehungen aus und begannen, diese wieder zu beleben. Mit allen Mitteln wurde dem Streben der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte entgegengewirkt, Einblick in die Außenhandelsgeschäfte zu nehmen und diese zu kontrollieren.

Wichtige Entscheidungen im Kampf der SED, die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Außenhandel durchzusetzen, fielen Mitte 1948, als der Parteivorstand den Halbjahrplan 1948 und den Zweijahrplan 1949/1950 beschloß.

3 Honecker, Erich, Auf sicherem Kurs, in: Einheit, Nr. 4/1976, S. 408.

4 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 204.

5 Hofmann, Leopold, Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und die Problematik der Herausbildung des sozialistischen Außenhandelsmonopols als wirtschaftlicher Kommandohöhe der Arbeiterklasse, Diss. Berlin 1973, S. 187 ff.

Darin wurde berücksichtigt, daß die für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau unerläßliche Ausdehnung des Imports und Exports mit prinzipiellen Fragen der inneren und internationalen Entwicklung verbunden war. Mit den großen sozial-ökonomischen Umwälzungen, die eine ganze Gruppe europäischer und asiatischer Völker nach der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion eingeleitet hatte, war der weltrevolutionäre Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in eine neue Etappe eingetreten. Immer enger schlossen sich die volksdemokratischen Staaten um die Sowjetunion zusammen, weiteten auch den Warenaustausch untereinander aus und ließen sich dabei von den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und der völligen Gleichberechtigung leiten. Um diese revolutionäre Bewegung aufzuhalten, eröffnete der Imperialismus den "kalten Krieg" gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie. Mit dem gleichen Ziel verschärfte er seine Politik zur Spaltung Deutschlands. Der Parteivorstand der SED erklärte, daß diese Situation eine klare Orientierung auf das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus erfordere. Das schloß ein, den Außenhandel vorrangig "mit der Blickrichtung nach dem Osten und Südosten Europas" zu entwickeln.⁶

Die Organe der SMAD kamen dem Ersuchen der Parteiführung der SED nach, den Außenhandel in diesem Sinne auszudehnen und besonders umfangreiche Vereinbarungen mit der Regierung der UdSSR zu treffen. Die deutschen Verwaltungsorgane für den Außenhandel wurden in die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) eingegliedert. Nachdem ihnen die SMAD das Recht übertragen hatte, in gewissem Umfang Außenhandelsgeschäfte selbständig durchzuführen, kam es zu festen Übereinkommen mit den europäischen volksdemokratischen Staaten und mit Handelsunternehmen aus einer Reihe kapitalistischer Länder. Zur Durchführung der Außenhandelsgeschäfte im Auftrage der DWK wurden Mitte 1949 die ersten vier volkseigenen Außenhandelsunternehmen geschaffen.⁷

So fand die Politik der SED, durch schöpferische Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie die antifaschistisch-demokratische Umwälzung mit dem Kampf um den Sozialismus zu verbinden und die erste Etappe der Revolution Schritt für Schritt in die zweite hinüberzuleiten,⁸ auch in ihrem Ringen um die Neugestaltung des Außenhandels ihren praktischen Niederschlag.

Die Gründung der DDR, die Bildung und Festigung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als eine Form der Diktatur des Proletariats war die entscheidende Zäsur im einheitlichen revolutionären Prozeß, die wichtigste Voraussetzung für den Übergang zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. "Mit diesem Staat schuf sich die Arbeiterklasse unter Führung der SED das wichtigste Instrument, um die sozialistische Gesellschaft zu errichten, sich selbst und damit zugleich alle anderen werktätigen Klassen und Schichten von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Als Hauptinstrument des sozialistischen Aufbaus stand der Arbeiter-und-Bauern-Staat vor der Aufgabe, sozialistische Produktionsverhältnisse zu entwickeln und die Produktivkräfte allseitig zu entfalten."⁹

6 Der deutsche Zweijahrplan für 1949 - 1950, Berlin 1948, S. 138.

7 Sie trugen die Namen: Deutscher Außenhandel (Anstalt öffentlichen Rechts/ A. ö. R.), Deutscher Außenhandel Holz (A. ö. R.), Deutscher Außenhandel Metall (A. ö. R.), Deutscher Außenhandel Maschinen (A. ö. R.). (Siehe Hofmann, Leopold, a. a. O., S. 164.)

8 Honecker, Erich, a. a. O., S. 411.

9 Geschichte der SED, a. a. O., S. 221.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet entstanden mit der Gründung der DDR Voraussetzungen, eine höhere Qualität der Leitung und Planung zu erreichen und dadurch eine ständige Aufwärtsentwicklung ohne Krisen und Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Die neugebildeten wirtschaftsleitenden Organe trugen dafür eine besonders hohe Verantwortung. Dem volkseigenen Wirtschaftssektor konnte mehr und mehr das Gepräge sozialistischen Eigentums gegeben werden.

In der Antrittsrede des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck vom 11. Oktober 1949 und in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 12. Oktober 1949 war der Platz des neugegründeten Staates in der Welt klar umrissen. Als einen obersten Grundsatz erklärte die Regierung die enge Freundschaft der DDR zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Staaten. Damit wurden Grundprinzipien des proletarischen Internationalismus in den Rang offizieller Staatspolitik erhoben. Gleichzeitig bekundete die Regierung der DDR ihren festen Willen, friedliche und gleichberechtigte Beziehungen zu allen Völkern der Welt zu pflegen und mit ganzer Kraft für die Erhaltung und Sicherung des Friedens einzutreten.¹⁰

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten erkannten die DDR als selbständigen Staat und als Subjekt des Völkerrechts diplomatisch an. Sie bekundeten ihre Solidarität mit der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR, gaben ihr internationalen Rückhalt und bekräftigten die Rechtmäßigkeit des Kampfes der DDR um gleichberechtigte Stellung in der Welt. Die Gründung der DDR markierte insgesamt einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes. Für die weitere Umgestaltung der Außenwirtschafts- und insbesondere der Außenhandelsbeziehungen stellten der Charakter der Staatsmacht, die neuen Möglichkeiten zur einheitlichen Leitung und Planung der Volkswirtschaft, der sich stärker entwickelnde sozialistische Charakter des Volkseigentums sowie die von Prinzipien des proletarischen Internationalismus geprägte gesamte Außenpolitik des Staates qualitativ neue Grundlagen dar.

Eng mit diesen neuen Voraussetzungen verbunden, als deren Bestandteil oder Ergebnis, wurden mit der Gründung der DDR zugleich entscheidende Veränderungen vollzogen, die die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse im Außenhandel speziell und unmittelbar betrafen.

Neue staats- und wirtschaftsleitende Organe wurden geschaffen, zu denen auch das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung gehörte. Es war mit den notwendigen staatlichen Befugnissen ausgestattet, und seine Stellung im System des staats- und wirtschaftsleitenden Apparates bot wichtige Garantien, den Außenhandel in Einheit mit der innen- und außenpolitischen Gesamtkonzeption des Staates und als Teil der Volkswirtschaft planmäßig zu gestalten. Kurze Zeit später wurden ihm die bestehenden vier volkseigenen Außenhandelsunternehmen unterstellt¹¹ und damit die Durchführung von Außenhandelsoperationen im Auftrage und im Sinne des Staates gesichert.

10 Siehe Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Berlin 1954, S. 16 f., 24.

11 Siehe Wagner, Hellmut, Die rechtliche Entwicklung unserer Außenhandelsorgane, in: Der Außenhandel. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Außenhandels (mit amtlichen Mitteilungen), Nr. 7/1952, S. 214.

Die wichtigsten Leitungsfunktionen im Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung wurden durch bewährte Mitglieder der SED besetzt, die sich durch ihre Tätigkeit in den antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorganen bereits Kenntnisse und erste Erfahrungen auf dem Gebiet des Außenhandels angeeignet hatten. Als Minister für diesen Bereich wurde der erfahrene Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, das Mitglied der SED, Georg Handke, berufen. Ihm stand eine Reihe weiterer bewährter Mitglieder der SED zur Seite, so zum Beispiel Josef Orlopp, der als Regierungsbevollmächtigter für den Handel mit der BRD verantwortlich war, ebenso Erich Freund, Hermann Makower, August Groel und andere.

In das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung wurden gleichzeitig auch andere bewährte Antifaschisten berufen. Einer ihrer hervorragenden Repräsentanten war Staatssekretär Hans-Paul Ganter-Gilmans, ein führender Funktionär der CDU. Er hatte großen persönlichen Anteil an der Entwicklung der freundschaftlichen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten. Das war um so bedeutsamer, als es innerhalb der CDU auch Kräfte gab, die den freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion entgegenwirkten.

Unmittelbar nach der Gründung der DDR löste die Sowjetregierung die SMAD auf und bildete die Sowjetische Kontrollkommission (SKK). Mit der Erklärung ihres Vorsitzenden, Armeegeneral W. I. Tschuikow, daß "die auswärtigen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Außenhandel in den Zuständigkeitsbereich der deutschen Behörden fallen",¹² erhielt die DDR das Recht, Außenhandel als selbständiger Staat auf der Grundlage des Völkerrechts zu betreiben und entsprechende Verträge abzuschließen.

Die Regierung der DDR übernahm die Verpflichtung, auch im Außenhandel strikt von den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens auszugehen und eine entsprechende Kontrolle des Außenhandels zu übernehmen. So wurden mit der Gründung der DDR wichtige Maßnahmen zur Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols eingeleitet.

In seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 führte Otto Grotewohl aus: "Den Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit uns auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, sieht die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an. Besonders wichtig sind für uns die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und mit den Volksdemokratien, die in den letzten Jahren bereits einen beachtlichen und erfreulichen Umfang erreicht haben."¹³ Damit wurde die handelspolitische Konzeption des neugegründeten Staates klar umrissen. Ihrer Realisierung kamen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten entgegen: Sie führten die Handelsbeziehungen, die bereits vorher zur Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bestanden hatten, auf staatlicher Ebene weiter und betrachteten die entsprechenden Vereinbarungen als weiterhin voll gültig. In ihren diplomatischen Vertretungen in der DDR richteten sie handelspolitische Abteilungen ein und verstärkten dadurch ihre Kontakte zu den Außenhandelsorganen der DDR. Ebenso verfuhr die DDR in ihren diplomatischen Vertretungen in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern.

¹² Dokumente zur Außenpolitik ..., a. a. O., S. 237.

¹³ Ebenda, S. 30.

Der Außenhandel der DDR erreichte 1949 ein Gesamtvolumen von 2702 Millionen Valutamark. Davon entfielen etwa 65 Prozent auf den Handel mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten. Die UdSSR war bereits 1949 der wichtigste Handelspartner für die DDR.¹⁴

Zu den Lieferungen, die die DDR den geltenden Vereinbarungen gemäß im Laufe des Jahres 1949 bzw. Anfang 1950 aus der Sowjetunion erhielt, zählten vor allem Gußeisen, Walzwerkerzeugnisse, Hütten-Koks, außerdem Mangan und Chromerz, Kupfer, Zink, Blei, Nickel, Aluminium und andere Primärrohstoffe, Wolle, Baumwolle, Fleisch, tierische und pflanzliche Fette und Getreide, schwere LKWs und jene 1000 Traktoren, die zum Symbol der tiefen Wandlung des Verhältnisses zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion wurden. Einen Teil dieser Waren lieferte die UdSSR auf Kredit. Die Gegenlieferungen der DDR bestanden vorwiegend aus Maschinen, optischen und feinmechanischen Geräten sowie Chemikalien.¹⁵

Die Entstehung und Konsolidierung der DDR war Bestandteil des revolutionären Weltprozesses, dessen Hauptkennzeichen Ende der vierziger Jahre die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems war. Der Außenhandel wurde zu einem wichtigen Bindeglied gleichberechtigter souveräner sozialistischer Staaten, zu einem Instrument der Realisierung ihrer im proletarischen Internationalismus begründeten gegenseitigen Hilfe. Nachdem die Sowjetunion als erster und zunächst einziger sozialistischer Staat eine Bresche in den bis dahin ausschließlich von den imperialistischen Mächten beherrschten Welthandel geschlagen hatte, entstand nunmehr auf einem Teil der Erde ein sozialistischer Weltmarkt. Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten Europas, die den Übergang zur sozialistischen Revolution bereits vollzogen hatten, gründeten im Januar 1949 den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Sie nutzten ihn zur Gestaltung ihrer sozialistischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, deren Hauptform zunächst der Außenhandel war.

Für die meisten nunmehr zum Sozialismus übergehenden Staaten war der Außenhandel mit der Sowjetunion und untereinander eine entscheidende Grundlage zur Lösung von Hauptaufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus und des Widerstandes gegen die Politik des Imperialismus, der seine zeitweilige wirtschaftliche Überlegenheit zur Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen und damit zur Unterwanderung der sozialistischen Entwicklung in diesen Staaten zu nutzen suchte.

Das traf in vollem Umfang auch für die DDR zu. Als relativ kleines Land war und ist die DDR naturgemäß in starkem Maße auf den Außenhandel angewiesen. Außerdem wurde die Außenhandelsabhängigkeit der DDR durch die konkreten historischen Bedingungen noch verstärkt. Die in der DDR vom Kapitalismus hinterlassenen wirtschaftlichen Disproportionen wurden durch die imperialistische Spaltung des ehemals einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes noch vertieft. Die DDR verfügte nur über eine völlig unzureichende Rohstoffbasis. Auch Lebensmittel konnten zunächst nicht in genügender Menge produziert werden. Viele Industriekapazitäten konnten nur ausgelastet werden, wenn entsprechende Rohstoffimporte und der Absatz der Erzeugnisse im Außenhandel gesichert waren. Ein umfangreicher Außenhandel war für die DDR von Anfang an eine Existenzfrage und daher ein Politikum ersten Ranges.

14 Statistisches Jahrbuch 1978 der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1978, S. 22.

15 Dokumente zur Außenpolitik ..., a. a. O., S. 247 f.; Neues Deutschland, Ausg. B, 14. 4. 1950.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten boten der DDR Handelsbeziehungen auf der Basis der solidarischen Hilfe und der völligen Gleichberechtigung. Der Handel mit diesen Staaten war ein wichtiger Faktor der Stabilisierung und internationalen Verankerung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse der DDR. Er bot zugleich die Möglichkeit des Warenaustausches mit einem krisenfreien und sich planmäßig entwickelnden Wirtschaftsgebiet. Für die planmäßige Gestaltung des Außenhandels der DDR und damit die Wirtschaftsplanung insgesamt war das ein außerordentlich wichtiger Faktor.

Die SED strebte Handelsbeziehungen der DDR auch zu den kapitalistischen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils an, wobei der Warenaustausch mit der BRD eine besonders große Rolle spielte.

Der Imperialismus zerriß mit seiner Spaltungspolitik einen auf ehemals einheitlichem Territorium historisch gewachsenen wirtschaftlichen Organismus. Das Ringen der SED, auch nach der Entstehung der zwei deutschen Staaten den Warenaustausch zwischen ihnen aufrechtzuerhalten und auszudehnen, entsprach einem dringenden Erfordernis der Wirtschaft der DDR und war zugleich Bestandteil ihres antiimperialistischen Kampfes, mit dem Ziel, trotz der erschwerten Bedingungen dennoch zu einem einheitlichen demokratischen deutschen Staat zu gelangen.

Auf Betreiben der Regierung der BRD und unter dem Druck des USA-Imperialismus verweigerten die imperialistischen Staaten der DDR jedoch gleichberechtigte Handelsbeziehungen. Selbst die bereits bestehenden Handelsvereinbarungen wurden nach der Gründung der DDR von ihnen nicht auf staatlicher Ebene weitergeführt. Die imperialistischen Mächte unterstützten die Alleinvertretungsanmaßung der Regierung der BRD. Den politischen Boykott begannen sie mit wirtschaftlichen und mit diskriminierenden Handelsbedingungen zu verbinden.

Als der Parteivorstand der SED auf seiner 24. Tagung am 10. und 11. Januar 1950 die Hauptaufgaben für den Volkswirtschaftsplan 1950 beschloß, berücksichtigte er auch die reale Lage, in der sich die DDR hinsichtlich ihres Außenhandels befand. Seinen Vorgaben gemäß legte der Volkswirtschaftsplan 1950 die vorrangige Entwicklung des Außenhandels mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staates gesetzekräftig fest und präziserte sie in entsprechenden Planzahlen.¹⁶

Zum Teil waren die Handelsvereinbarungen, die im Vorjahr mit einer Reihe sozialistischer Länder abgeschlossen worden waren, noch gültig, zum Teil wurden sie Anfang 1950 erneuert und erweitert. Das war ein solides Fundament für die Handelspolitik der SED.

Dagegen wurden die Schwierigkeiten im Handel mit den kapitalistischen Ländern immer größer. Im Februar 1950 errichtete die BRD-Regierung im Komplott mit den imperialistischen Westmächten ein Stahlembargo gegen die DDR. Sie brach damit die im Oktober 1949 zwischen der DDR und der BRD getroffenen Vereinbarungen über den Warenaustausch und wollte den Beweis erbringen, daß die DDR ohne den Warenbezug aus der BRD nicht existenzfähig sei. Die DDR sollte gezwungen werden, von ihrer handelspolitischen Orientierung auf die Sowjetunion

¹⁶ Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1952, S. 424 ff.; Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl. der DDR), Nr. 8/1950; Nr. 34/1950.

und die anderen sozialistischen Staaten abzurücken und sich dem Imperialismus unterzuordnen. Darauf lief auch das Streben einiger reaktionärer Politiker der CDU und der LDPD in der DDR hinaus, die "Neutralität gegenüber den Weltmächten" forderten.

Die SED und die Regierung der DDR wiesen die Erpressungsversuche des Imperialismus mit aller Entschiedenheit zurück. Sie erläuterten den Werktätigen, daß es in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auch für die Handelspolitik keine "Neutralität" geben kann. Durch die prinzipienfeste Haltung der SED konnten die reaktionären Elemente in der CDU und in der LDPD weiter zurückgedrängt und der vorherrschende Einfluß jener Kräfte weiter gestärkt werden, die sich zur Politik der SED und der Regierung der DDR bekannten und für freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR eintraten.

Die UdSSR, die Volksrepublik Polen und die ČSR übernahmen einen großen Teil der Lieferungen an die DDR, die nach dem Stahlembargo aus der BRD ausblieben. Am 12. April 1950 wurde zwischen der DDR und der UdSSR das erste offizielle Handels- und Zahlungsabkommen geschlossen. Während der Verhandlungen dafür erklärte sich die Sowjetunion bereit, die ohnehin sehr hohen Lieferungen an Stahl, Kohle, Erzen und anderen Roh- und Brennstoffen an die DDR noch weiter zu steigern. Einen Teil der Waren lieferte die UdSSR wiederum auf Kredit.

Im Sommer 1950 fundierten Besuche von Partei- und Regierungsdelegationen der DDR in den meisten sozialistischen Ländern Europas und dabei geschlossene Verträge die gleichberechtigten Beziehungen der DDR zu diesen Staaten. Dabei erlangte der Staatsvertrag mit der Volksrepublik Polen über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze größte Bedeutung. Die bereits bestehenden Handelsvereinbarungen wurden durch Zusatzabkommen erweitert, wobei der DDR umfangreiche Kredite gewährt wurden. Gleichzeitig schloß die DDR mit mehreren sozialistischen Staaten Abkommen über wissenschaftlich-technische sowie über kulturelle Zusammenarbeit ab.¹⁷

Der III. Parteitag der SED im Juli 1950 erarbeitete eine umfassende Analyse der neuen internationalen und inneren Bedingungen, die nach der Gründung der DDR im Kampf der SED für Frieden, Demokratie und Sozialismus eingetreten waren. Die Sowjetunion hatte die Friedenswirtschaft im wesentlichen wieder errichtet und weitere Fortschritte bei der Entwicklung der sozialistischen Ordnung erzielt. Eine Reihe volksdemokratischer Staaten hatte mit Beginn der sozialistischen Etappe des revolutionären Prozesses langfristige Pläne für den sozialistischen Wirtschaftsaufbau in Angriff genommen. In der DDR, so stellte Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag fest, "hat die Arbeiterklasse die entscheidenden Positionen inne".¹⁸ Der Beschluß über den ersten Fünfjahrplan steckte wesentliche Ziele für die Schaffung von Grundlagen des Sozialismus in der DDR ab. Der III. Parteitag beschloß: "Dieser friedliche wirtschaftliche und kulturelle Aufbau der Republik wird ohne ausländische Verschuldung, ohne Krisen und Arbeitslosigkeit

17 Siehe Ackermann, Anton, Die Bedeutung der außenpolitischen Abkommen der Deutschen Demokratischen Republik, in: Einheit, Nr. 8/1950, S. 693.

18 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1951, 1. - 3. Verhandlungstag, S. 20.

keit durch die eigene Kraft des Volkes mit Hilfe der freundschaftlichen Beziehungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der großen Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie durchgeführt." ¹⁹

Der Fünfjahrplan berücksichtigte, daß in der DDR mit jeder Steigerung der Produktion eine Erhöhung der Importe und Exporte einhergehen mußte. Der Außenhandelsumsatz der DDR sollte 1955 250 Prozent der Höhe von 1951 erreichen. Als Grundlinie der gesamten Außenhandelspolitik wurde die ständige Erweiterung des Warenaustausches mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten bestimmt. Das war ein entscheidender Ausgangspunkt für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der DDR im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes.

Am 25. September 1950 wurde die DDR Mitglied des RGW. Da der Außenhandel zunächst die Hauptform der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten war, hatte in diesem Bereich der Beitritt zum RGW auch die unmittelbarsten Auswirkungen für die DDR. Auf diesem Gebiet tauschten die Mitgliedsländer umfangreiche Informationen aus, klärten sie Verfahrens-, Preis- und Transportfragen, gingen sie erste Schritte der Planabstimmung. Erste gemeinsame Erfahrungen verallgemeinernd, gab die III. Ratstagung im November 1950 die Empfehlung, zwischen den Mitgliedsländern langfristige Verträge für den gegenseitigen Warenaustausch zu schließen. Das entsprach zutiefst auch den Interessen der DDR.

Angeregt durch das Zentralkomitee der SED, leitete die Regierung der DDR 1950 eine Reihe von Maßnahmen ein, um den Außenhandel straffer zu leiten, ihn vor Anschlägen des Imperialismus und reaktionärer Kräfte in der DDR zu schützen und die Abwicklung von Außenhandelsverfahren mit den sozialistischen Ländern zu erleichtern. Dabei erlangten das "Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels" (April 1950) und eine gesetzliche Verordnung über die Durchführung von Exportverfahren (Juni 1950) besonders große Bedeutung. ²⁰ Weitere staatliche Maßnahmen bauten das Valutamonomopol des Staates aus und förderten die bereits eingeleiteten Schritte, den Außenhandel mit allen sozialistischen Ländern auf Rubelbasis zu verrechnen. Die Zahl der bestehenden volkseigenen Außenhandelsbetriebe wurde bis Mitte 1950 auf zwölf erhöht. ²¹ Damit festigte sich die materiell-technische Grundlage für die Durchführung von Außenhandelsoperationen im Auftrage des Staates.

Im Herbst 1950 wurde das bisherige Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung in das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) umgebildet. Seine Aufgaben wurden klarer von denen anderer Bereiche abgegrenzt. Gleichzeitig wurde seine Struktur den vom Außenhandel zu erfüllenden politischen und ökonomischen Aufgaben besser angepaßt. ²²

¹⁹ Ebenda, 4. und 5. Verhandlungstag, S. 277.

²⁰ GBL der DDR, Nr. 43/1950; Nr. 76/1950.

²¹ Am 1. April bzw. 1. Juli 1950 wurden u. a. volkseigene Handelsbetriebe (DAHA /Deutscher Außenhandel/-Fachanstalten) für die Bereiche Chemie, Nahrung, Textil, Papier und Druck, Bergbau, Kulturwaren und Glas und Keramik gegründet. Im Sommer 1950 bestanden insgesamt zwölf volkseigene Handelsbetriebe, zu denen auch die Fachdirektion "Deutscher Außenhandel", die speziell Kompensationsgeschäfte erledigte, und die "Gesellschaft Innerdeutscher Handel" gehörten. (Siehe Wagner, Hellmut, a. a. O., S. 215.)

²² Siehe GBL der DDR, Nr. 127/1950.

Diese Maßnahmen zeigen, wie die SED mit der Durchsetzung ihrer dem Aufbau des Sozialismus dienenden Außenhandelspolitik bis zum Ende des Jahres 1950 im wesentlichen zugleich das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates errichtete. Es kann festgestellt werden, daß die Staatsmacht der DDR Ende 1950 weitestgehend in der Lage war, den Außenhandel in seinen Grundzügen entsprechend den konkreten Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus zu beherrschen und zu benutzen. Der Außenhandel wurde vom Staat zentral geleitet, geplant, durch spezielle staatliche Institutionen realisiert und kontrolliert. Er war Bestandteil des volkseigenen Wirtschaftssektors und diente zu dessen Festigung und Ausdehnung. Zielstrebig wurden im Außenhandel mit den sozialistischen Staaten die Prinzipien des proletarischen Internationalismus angewandt. Es war gewährleistet, daß der Außenhandel weder durch reaktionäre Kräfte im Innern noch durch den Imperialismus von außen dazu mißbraucht werden konnte, die Macht der Arbeiterklasse zu erschüttern.

Die sozialistischen Staaten unterstützten die Wahrung des staatlichen Außenhandelsmonopols in der DDR, indem sie sich bei der Abwicklung von Außenhandelsoperationen strikt an die in der DDR geltenden Bestimmungen hielten. Dagegen versuchten imperialistische Mächte immer wieder, das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates in der DDR zu durchbrechen, indem sie danach strebten, unter Umgehung der staatlichen Organe der DDR, direkte Kontakte zu einzelnen Betrieben herzustellen, dort Einfluß zu gewinnen, illegale Geschäfte durchzuführen und so die Planwirtschaft der DDR zu stören. Um das staatliche Außenhandelsmonopol zu vervollkommen, zu festigen und zu wahren, mußten die Organe der DDR auch deshalb noch einen harten Kampf führen, weil Schieber und Spekulanten immer wieder versuchten, die offenen Grenzen zur BRD und zu Westberlin für Devisen- und Warenschmuggel zu nutzen.

Als mit dem Jahre 1951 der erste Fünfjahrplan der DDR begann, konnte davon ausgegangen werden, daß auf dem Gebiete des Außenhandels die Zielstellungen des Jahres 1950 weitgehend erreicht worden waren. Das Volumen des Warenaustausches mit den sozialistischen Ländern hatte sich 1950 auf 2659,9 Millionen Valutamark (rund 150 Prozent des Vorjahres) erhöht. Davon entfielen 55 Prozent auf den Handel mit der Sowjetunion. Durch die Boykottmaßnahmen der imperialistischen Staaten konnte dagegen der Außenhandel mit den Ländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes 1950 kaum erhöht werden.²³

Die volkswirtschaftliche Bedeutung, die der Außenhandel bereits erreicht hatte, veranschaulichen folgende Fakten: 1950 waren zum Beispiel 16,1 Prozent aller Bergbau- und 30,6 Prozent aller metallurgischen Erzeugnisse, die in der DDR verarbeitet wurden, Importwaren, von den verbrauchten Lebensmitteln waren es 10,9 Prozent und bei vielen wichtigen Rohstoffen 100 Prozent. Zur Deckung dieser Importe hatte die DDR unter anderem 18,1 Prozent aller Erzeugnisse der feinmechanisch-optischen Industrie, 19,6 Prozent ihrer Bergbauerzeugnisse, vor allem Kalisalze, 5,3 Prozent der Erzeugnisse des Maschinenbaus, 5,3 Prozent der Chemieproduktion und 4,2 Prozent ihrer elektrotechnischen Erzeugnisse exportiert.²⁴

23 Statistisches Jahrbuch 1978 der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 232.

24 Zentrales Staatsarchiv.

Trotz der erzielten Fortschritte waren von seiten der DDR 1950 jedoch nicht alle Exportverpflichtungen gegenüber den sozialistischen Ländern erfüllt worden. Es zeigte sich, daß gerade in dieser Hinsicht größere Anstrengungen notwendig wurden.

Um die Leitung, Planung und Organisation des Außenhandels auf das erforderliche Niveau zu heben, beschlossen das Politbüro des Zentralkomitees im März und der Ministerrat im Mai 1951 konkrete Maßnahmen für die Koordinierung des Außenhandels mit den anderen Wirtschaftsbereichen sowie zur Verbesserung der Arbeit des Außenhandelsministeriums. Dabei konnten auch Hinweise und Ratschläge aus RGW-Staaten berücksichtigt werden, die dem ständigen Vertreter der DDR im Büro des RGW vermittelt wurden. Durch eine strukturelle Veränderung der staatlichen Außenhandelsbetriebe wurden die volkseigenen Handelsbetriebe Deutscher Innen- und Außenhandel (DIA) geschaffen.²⁵ Sie blieben während der gesamten fünfziger Jahre die Hauptform volkseigener Außenhandelsbetriebe. Ihr Netz wurde weiter ausgebaut und die Qualität ihrer Arbeit verbessert.

Weitere wichtige Impulse zur Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR gingen von der 6. und der 7. Tagung des ZK der SED (Juni und Oktober 1951) aus. Die hier gefaßten Beschlüsse - vor allem die zur sozialistischen Wirtschaftsführung und zur ideologischen Arbeit - trugen zur Festigung der Grundlagen des sozialistischen Außenhandels bei und waren zum Teil direkt auf dessen Entwicklung gerichtet. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten vollbrachten in dieser Zeit hervorragende Leistungen im Kampf um die Steigerung der Produktion und bei der Errichtung neuer Produktionskapazitäten, womit zugleich neue Möglichkeiten und neue Anforderungen für den Außenhandel entstanden.

Die herausragendsten Ereignisse in der Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR im zweiten Halbjahr 1951 und zu Beginn des Jahres 1952 waren die erstmalig getätigten Abschlüsse langfristiger Außenhandelsverträge mit der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten - jeweils für den Zeitraum 1952 bis 1955 -, und zwar am 27. September 1951 mit der UdSSR, am 10. November 1951 mit der Volksrepublik Polen, am 1. Dezember 1951 mit der ČSR, am 23. Januar 1952 mit der Rumänischen Volksrepublik und am 7. März mit der Ungarischen Volksrepublik. Mit Albanien unterzeichnete die DDR am 2. Februar 1952 ein langfristiges Kreditabkommen. In diesen langfristigen Abkommen wurden hohe Steigerungsraten für den gegenseitigen Warenaustausch vereinbart. Die DDR erhielt für die im Fünfjahrplan festgelegte Erhöhung der Rohstoffimporte und die Ausfuhr ihrer Industrieprodukte ein festes Fundament.²⁶

Da etwa zur gleichen Zeit auch die meisten der anderen RGW-Staaten untereinander ähnliche langfristige Handelsvereinbarungen trafen oder bereits bestehende erneuerten, entstand zwischen ihnen ein ausgedehntes Netz gegenseitiger Verpflichtungen, die - obwohl sie auf bilateralen Abkommen fußen - in ihrer Gesamtheit miteinander verflochten waren.

²⁵ Siehe Wagner, Hellmut, a. a. O., S. 215.

²⁶ Siehe Möschner, Günter, Die Herausbildung des sozialistischen Außenhandels nach der Gründung der DDR (1949 - 1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 3/1974, S. 305.

Der Außenhandelsumsatz der DDR erreichte 1951 eine Höhe von etwa 5545, 2 Millionen Valutamark. Das bedeutete gegenüber 1950 eine Steigerung auf rund 150 Prozent. Die DDR realisierte 1951 etwa 76 Prozent ihres Außenhandelsumsatzes mit sozialistischen und 24 Prozent mit Entwicklungsländern sowie mit kapitalistischen Industrieländern.²⁷ Diese Relation war lange Zeit für den sozialistischen Außenhandel der DDR charakteristisch.²⁸

Auf Erfolge der sozialistischen Staaten, die nicht zuletzt auch durch ihr Zusammenwirken im Außenhandel erzielt wurden, reagierte der Imperialismus mit erhöhter Aggressivität. 1950 war er zum offenen Aggressionskrieg gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik übergegangen. Die imperialistischen Mächte begannen, die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten wirtschaftlich zu boykottieren, und errichteten 1951 gegen sie ein nahezu vollständiges Warenembargo. Sie trachteten danach, den Sozialismus gegen einen militärischen Überfall widerstandsunfähig zu machen. In allen sozialistischen Staaten wurden große Anstrengungen unternommen, die durch das imperialistische Embargo erlittenen Verluste auszugleichen und die Abhängigkeit der Betriebe von Importen aus imperialistischen Staaten zu mindern. Dazu trugen wesentlich die erhöhten gegenseitigen Lieferungen der sozialistischen Länder bei.

In der Wirtschaft der DDR verursachte der imperialistische Wirtschaftskrieg empfindliche Störungen. Die SED gab die Orientierung, auf längere Sicht und besonders in Schwerpunkten der Wirtschaft die Abhängigkeit von Importen aus kapitalistischen Ländern abzubauen.

Die Mitgliedsländer des RGW begannen, ihre Außenhandelspolitik gegenüber den kapitalistischen Ländern und insbesondere ihre Maßnahmen zur Durchbrechung des imperialistischen Embargos umfassender zu koordinieren. Ein Höhepunkt dabei war die von den sozialistischen Staaten gemeinsam vorbereitete Weltwirtschaftskonferenz im Frühjahr 1952 in Moskau, an der Vertreter aus 49 Ländern teilnahmen. Die Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern unterbreiteten konkrete Vorschläge, wie die Handelsbeziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgedehnt und zum gegenseitigen Vorteil entwickelt werden konnten. Viele Sprecher kapitalistischer Firmen und Handelsunternehmen bestätigten, daß das auch ihren Interessen entsprach. Die von ihnen zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit mit der Embargopolitik ihrer Regierungen war ein wichtiger Ansatzpunkt, um den von den imperialistischen Mächten gegen den Sozialismus geführten Wirtschaftskrieg zu entschärfen.

2. Probleme der Außenhandelspolitik der SED Mitte 1952 bis Ende 1955

Im Juli 1952 fand die 2. Parteikonferenz der SED statt. Die SED entwickelte hier ihre strategische Konzeption für die Fortführung des Übergangs zum Sozialismus weiter und präzierte sie. Die Macht der Arbeiterklasse war bis zu dieser Zeit bedeutend gefestigt, das sozialistische Eigentum gemehrt und qualitativ entwickelt worden. Die Arbeiterklasse der DDR stützte sich in ihrem Kampf um die Verwirklichung sozialistischer Zielstellungen auf die Hilfe und die Erfahrungen der UdSSR sowie auf die enge Verbundenheit der DDR mit der Sowjetunion

27 Statistisches Jahrbuch 1978 der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 22.

28 Ebenda.

und den anderen sozialistischen Staaten. Die 2. Parteikonferenz erklärte, daß der planmäßige Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden war, und steckte in der Gesamtheit sowie auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens dafür die nächsten Ziele ab.²⁹ Auf wirtschaftlichem Gebiet galt es vor allem, die Schwer- und Grundstoffindustrie weiter auszubauen, den Übergang zur genossenschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft zu vollziehen und dem Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bewußt den Weg zu bahnen.

Die ausdrückliche Orientierung der 2. Parteikonferenz der SED auf die Verwirklichung sozialistischer Prinzipien in allen Bereichen des Lebens festigte auch das Fundament für die Weiterentwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR. Gleichzeitig erwuchs dem Außenhandel die Aufgabe, einen aktiven Beitrag vor allem zur Erfüllung der wirtschaftlichen Schwerpunktaufgaben zu leisten.

Auf der 2. Parteikonferenz wurde mitgeteilt, daß nach Absprachen zwischen den Parteiführungen der SED und der KPDSU (B) vereinbart worden war, der DDR über die geltenden Abkommen hinaus moderne Bergbau- und Bauausrüstungen sowie Landmaschinen zu liefern. Nachdem die UdSSR der DDR bereits 1949 und 1950 Kredite gewährt hatte, stellte sie ihr jetzt erneut einen Kredit für den Bezug dieser Waren zur Verfügung.³⁰ Für die Erhöhung der Förderleistungen im Bergbau, den Auf- und Ausbau neuer Industrieanlagen und die beginnende genossenschaftliche Arbeit in der Landwirtschaft waren die zusätzlichen Importe aus der UdSSR von großer Bedeutung. Gleichzeitig erhöhte die UdSSR - den Wünschen der DDR entsprechend - ihre Exporte in die DDR vor allem bei Kohle, Rohstahl, Eisenerz und Buntmetallen. Auch die anderen sozialistischen Staaten kamen der Bitte der DDR nach, ihr in gesteigertem Umfang vor allem Kohle, Koks und andere wichtige industrielle Grundstoffe zur Verfügung zu stellen. Dadurch wurde die Abhängigkeit von Importen aus kapitalistischen Staaten weiter gemindert. (Siehe Tab. 1.)

Die DDR verstärkte ihre Anstrengungen, durch Export von Maschinen und Ausrüstungen in die sozialistischen Länder zu deren wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen. Von 1950 bis 1952 erhöhte sie beispielsweise den Export in die sozialistischen Staaten bei Schwermaschinen von 79,5 auf 291,4 Millionen Rubel, bei Erzeugnissen des allgemeinen Maschinenbaus von 137,5 auf 452 Millionen Rubel, bei elektrotechnischen Erzeugnissen von 77 auf 344,8 Millionen Rubel und bei feinmechanisch-optischen Erzeugnissen von 75,8 auf 154,9 Millionen Rubel.³¹ Die DDR erweiterte ihr Exportprogramm um solche wichtigen Positionen wie schwere und komplizierte Werkzeugmaschinen. Schmiede- und Preßausrüstungen, Energiemaschinen, Kühlanlagen und elektrische Schienenfahrzeuge. Auch zum Export kompletter Anlagen konnte die DDR allmählich übergehen. Die UdSSR bezog aus der DDR 1950 zum Beispiel Ausrüstungen für komplette Chemieanlagen im Werte von 6,2 Millionen Rubel, 1952 dagegen schon im Werte von 55 Millionen

²⁹ Geschichte der SED, a. a. O., S. 271 ff.

³⁰ Siehe Protokoll der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952, S. 78; Hänisch, Werner, Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Bd. 1: 1949 bis 1955, Berlin 1972, S. 171.

³¹ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 244.

Entwicklung des Imports der DDR von Grundstoffen und Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie 1950 bis 1952⁺

	Jahr	Summe in Mill. Rubel	Anteil am Gesamt- import in %	Anteil des Imports dieser Waren aus sozialistischen und kapitalistischen Staaten in %
Import aus sozialistischen Staaten	1950	669,6	47,9	67,5
	1951	820,6	46,2	72,6
	1952	1026,5	44,2	75,8
Import aus kapitalistischen Staaten	1950	322,8	71,3	32,5
	1951	309,0	47,1	27,4
	1952	327,5	42,5	24,2

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 242 f.

Rubel. In Bulgarien wurden 1952/53 mit Hilfe der DDR die Baumwollspinnereien "Ernst Thälmann" und "Balkan" sowie das Textilkombinat "Mariza" erbaut. Auch nach Rumänien und Polen begann die DDR komplette Fabrikaurüstungen zu liefern.

Um den erhöhten Anforderungen an den Außenhandel entsprechen zu können, wurden im Herbst 1952 das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs, die Kammer für Außenhandel und das Institut für Marktforschung gebildet. Diese Organe spielten in den folgenden Jahren eine wichtige Rolle bei der Sicherung des staatlichen Außenhandelsmonopols, bei der Werbung des Außenhandels sowie im Kampf gegen das imperialistische Embargo.

Im Frühjahr 1953 wurde mit der ersten Außenhandelskonferenz die gute Tradition ins Leben gerufen, Probleme des Außenhandels mit einem größeren Kreis von Partei- und Staatsfunktionären sowie Mitarbeitern von Außenhandelsbetrieben zu beraten.

Die Funktion des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel übernahm im Herbst 1952 Kurt Gregor (SED).

Während sich in der DDR insgesamt im zweiten Halbjahr 1952 und Anfang 1953 eine rasche Aufwärtsentwicklung vollzog, stellten sich gleichzeitig neue große Schwierigkeiten ein.

Der Imperialismus, dessen Niederlage im Aggressionskrieg gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik sich abzeichnete, konzentrierte seine Angriffe gegen den Sozialismus noch stärker auf Europa, insbesondere auf die DDR. Von der BRD aus organisierte er in immer größerem Ausmaß Sabotage- und Terrorakte und schürte über den Rundfunk und durch Flüsterpropaganda in der DDR antisozialistische und antisowjetische Stimmungen.

In seine konterrevolutionäre Strategie bezog der Imperialismus auch den Außenhandel ein. Die BRD-Regierung verursachte immer neue Schwierigkeiten im Wa-

renaustausch mit der DDR. Mit einem Volumen von nur noch 262, 8 Millionen Mark erreichte der Warenaustausch zwischen der DDR und der BRD 1952 einen absoluten Tiefpunkt.³² Am 11. März 1953 teilte das Schatzamt der USA-Regierung mit, daß "zwecks Wahrung der Staatsinteressen" die Dollarguthaben der DDR in allen Banken der USA gesperrt seien. Gleichzeitig wurden einer holländischen Handelsfirma die Bankguthaben in den USA storniert, weil sie Handelsbeziehungen zur DDR unterhielt. Sich unverhohlen in die souveränen Rechte anderer Staaten einmischend, drohte die USA-Regierung mit ähnlichen Maßnahmen gegen die Handelsunternehmen aller kapitalistischen Länder, falls sie sich nicht an die Embargopolitik hielten. Am 11. April 1953 wurde in den USA eine Bestimmung erlassen, nach der aus der DDR eingeführte Erzeugnisse die diskriminierende Markierung "made in soviet occupied Germany" tragen sollten. Anmaßend verlangte die USA-Regierung von den sozialistischen Staaten Erklärungen, daß die von ihnen in kapitalistische Länder exportierten Waren nicht aus Betrieben der DDR stammten.

Der Druck, den der Imperialismus auf die DDR ausübte, wurde im Frühjahr 1953 immer stärker. Mittels massenhaft in die DDR eingeschleuster Agenten wurde unmittelbar auf einen konterrevolutionären Umsturz hingearbeitet. Skrupellos nutzten die konterrevolutionären Kräfte objektiv vorhandene Widersprüche und Schwierigkeiten in der DDR sowie die Tatsache aus, daß sich einige von Partei und Regierung gefaßte Beschlüsse als fehlerhaft erwiesen und Unverständnis und Unzufriedenheit bei vielen Werktätigen hervorgerufen hatten.³³

Am 8. und 9. Juni 1953 faßte das Politbüro des Zentralkomitees der SED wichtige Beschlüsse zur Lösung vorhandener Widersprüche im politischen und wirtschaftlichen Leben und vor allem zur raschen und spürbaren Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Zur Realisierung dieser Aufgaben wurde unter anderem festgelegt, zusätzlich große Mengen von Lebensmitteln und Konsumgütern zu importieren und dazu erneut die Sowjetunion um entsprechende Warenkredite zu ersuchen.

Die Exponenten des Imperialismus erkannten sehr wohl, daß die Beschlüsse der Partei- und Staatsführung der DDR ihre aggressiven und konterrevolutionären Pläne durchkreuzten. Noch ehe sie wirksam werden konnten, inszenierte der Imperialismus von der BRD und Westberlin aus am 17. Juni 1953 den seit langer Zeit vorbereiteten konterrevolutionären Putschversuch in der DDR. Die Pläne des Imperialismus scheiterten jedoch an der Haltung der klassenbewußten Arbeiter in der DDR unter Führung der SED sowie an dem besonnenen und entschlossenen Auftreten der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte an der Seite der bewaffneten Organe der DDR. Die SED führte einen harten und schweren Kampf, um die Folgen des konterrevolutionären Putschversuches zu überwinden.³⁴ Dabei erhielt sie umfangreiche politische, ideologische und vor allem auch materielle Hilfe durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Bereits am 20. Juli 1953 faßte die Sowjetregierung einen Beschluß über die zusätzliche Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln in die DDR im Werte von 231 Millionen Rubel während des zweiten Halbjahres 1953, darunter zum Beispiel 27 000 Tonnen Butter, 8500 Tonnen tierische Fette und 20 000 Tonnen Fleisch. Zusammen mit den im Jahresprotokoll zum langfristigen Abkommen ohnehin vereinbarten Lieferungen exportierte die UdSSR 1953 in die DDR insge-

³² Siehe ebenda, S. 242.

³³ Geschichte der SED, a. a. O., S. 292 f.

³⁴ Ebenda, S. 295 - 298.

samt allein Lebensmittel und Rohstoffe für die Konsumgüterproduktion im Wert von 1130 Millionen Rubel.³⁵

Vom 20. bis 22. August 1953 weilte eine große Partei- und Regierungsdelegation der DDR in Moskau. Die Sowjetregierung unterbreitete ein umfangreiches Programm zur politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der DDR. So erließ sie der DDR alle noch zu entrichtenden Reparationen, übergab mit Wirkung vom 1. Januar 1954 die letzten 33 SAG-Betriebe unentgeltlich in das Eigentum der DDR und verzichtete auf alle Zahlungen, die durch die frühere Übergabe von SAG-Betrieben noch zu tilgen waren. Die UdSSR erließ der DDR damit insgesamt Zahlungen in Höhe von 13,48 Milliarden Mark. Darüber hinaus gewährte sie der DDR einen Kredit von 350 Millionen Rubel und einen weiteren Kredit in Höhe von 135 Millionen Rubel in freier Währung.³⁶

Die anderen sozialistischen Staaten leisteten der DDR ebenfalls große Hilfe, indem sie mit ihr Abkommen über einen zusätzlichen Warenaustausch abschlossen, insbesondere über die Lieferung von Rohstoffen für die Konsumgüterproduktion, von Lebensmitteln und Brennstoffen.³⁷

Die Hilfe der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten trug wesentlich dazu bei, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern sowie der Industriebetriebe mit Roh- und Brennstoffen rasch verbessert werden konnte.

In der Politik der SED und der Regierung der DDR zur Überwindung der Folgen des konterrevolutionären Anschlages kamen dem Außenhandel wichtige Aufgaben zu. In erster Linie hatten die Außenhandelsorgane der DDR eine umfangreiche Arbeit zu leisten, um die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten gewährte materielle Hilfe, die weit über den Rahmen normalen Außenhandels hinausging, technisch-organisatorisch zu realisieren. Gleichzeitig wurde damit begonnen, nach neuen Exportmöglichkeiten zu suchen, um zumindest einen Teil der zusätzlichen Importe durch entsprechende Gegenlieferungen abzudecken.

Auf Empfehlung des Zentralkomitees der SED wurden im Herbst 1953 einige Positionen des Fünfjahrplanes geändert. Im Interesse der Lebensmittel- und Konsumgüterproduktion war es erforderlich, das sehr hohe Entwicklungstempo der Grundstoff- und Schwerindustrie zu verringern und einige große Investitionsvorhaben zurückzustellen. Auf seiner 16. Tagung im September 1953 begründete das Zentralkomitee der SED, daß die Hauptkennziffern des Fünfjahrplanes dennoch erreicht werden können. Die Erfahrungen hatten gezeigt, welche gewaltigen Reserven die Arbeiter und die anderen Werktätigen durch ihre Initiativen zu erschließen vermochten.

Die Veränderung des Volkswirtschaftsplanes schloß auch den Außenhandel ein. Es wurde berücksichtigt, daß trotz eigener großer Anstrengungen auch künftig der Importbedarf der DDR für Rohstoffe, Produktionsmaterialien, Konsumgüter und dafür erforderliche Grundstoffe sowie für Lebensmittel sehr stark ansteigen würde. Gerade deshalb bezeichnete es das Zentralkomitee der SED als eine

35 Siehe Dokumente zur Außenpolitik ..., a. a. O., S. 273 ff.

36 Siehe Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik - 1953/1954 - I. Teil: Sitzungsprotokolle, Berlin 1954, S. 983 ff.

37 Dokumente zur Außenpolitik ..., a. a. O., Bd. 1, S. 421, 446, 467 f.; Neues Deutschland, Ausg. B, 30. 1. 1954.

vorrangige Aufgabe, alle vorhandenen Exportkapazitäten voll auszunutzen und neue zu erschließen.³⁸ Es wurde deutlich, daß in den kommenden Jahren die Anforderungen an den Außenhandel weiter zunehmen würden, daß er noch größere volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen würde.

In ihrem Kampf gegen die imperialistische Aggressionspolitik und für eine Entspannung der internationalen Beziehungen erzielten die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten im zweiten Halbjahr 1953 sichtbare Erfolge.

Der Aggressionskrieg des Imperialismus gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik war abgewehrt worden. Am 27. Juli 1953 wurde hier ein Waffenstillstandsabkommen erzwungen. Mit der Niederschlagung des konterrevolutionären Anschlages gegen die DDR hatte die imperialistische Politik des "roll back" auch in Europa eine Niederlage erlitten. Die DDR erwies sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit als unlösbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Fehlgeschlagen waren die imperialistischen Spekulationen, daß in der UdSSR der Tod Stalins am 5. März 1953 schwerwiegende innenpolitische Erschütterungen auslösen würde. Die sozialistische Ordnung in der UdSSR war stabil, ihre wirtschaftliche und militärische Macht wuchs unaufhörlich. Die solidarische Verbundenheit der sozialistischen Staaten hatte bedeutsame Bewährungsproben bestanden.

Angesichts dieser Tatsachen begriffen in Frankreich, Großbritannien und in den USA einflußreiche Kreise des politischen und wirtschaftlichen Lebens mehr und mehr die Sinnlosigkeit der imperialistischen Embargopolitik. Sie gingen auf die von der Sowjetunion ständig wiederholten Vorschläge ein, die Handelsbeziehungen zu normalisieren. Das imperialistische Embargo begann zusammenzubrechen.

Um die Niederlage ihrer Embargopolitik zu vertuschen, versuchten imperialistische Politiker und Ideologen, die Schuld für den Rückgang des Außenhandels zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern Anfang der fünfziger Jahre der angeblichen "Bedrohung aus dem Osten" sowie den von ihnen postulierten "Autarkiebestrebungen" vor allem der Sowjetunion zuzuschreiben. Verschiedentlich modifiziert und wissenschaftlich drapiert, zeichnen auch in jüngster Zeit "Ostforscher" der BRD auf solche Weise ein verzerrtes Bild der sozialistischen Außenhandelspolitik.

Die Geschichte beweist jedoch unwiderlegbar, daß es stets die sozialistischen Staaten waren, die entgegen den Machenschaften des Imperialismus für normale, umfangreiche und friedliche Handelsbeziehungen auch zu kapitalistischen Ländern eintraten, und die Gegenwart zeigt besonders beeindruckend, daß dieser Kampf erfolgreich war.

Obwohl die Adenauer-Regierung der BRD und auf ihr Betreiben auch andere kapitalistische Staaten die Diskriminierungspolitik gegenüber der DDR fortsetzten, konnte die DDR ihre Handelsbeziehungen zu Ländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes von Ende 1953 an ständig ausweiten. Während die Außenhandelsorgane der DDR den Hauptteil dieser Geschäfte mit einzelnen Handelsunternehmen, Betrieben oder Konzernen direkt abwickelten, gelang es auch, zu einigen kapitalistischen Ländern Handelsbeziehungen auf offizieller staatlicher Ebene

³⁸ Vgl. Ulbricht, Walter, Der Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand. Referat auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED am 17. September 1953, Berlin 1953, S. 30.

ne (Finnland), auf der Ebene der Außenhandelskammern (Österreich) oder auf der Ebene der Staatsbanken (Frankreich und Griechenland) herzustellen. Trotz der imperialistischen Störmanöver konnte im zweiten Halbjahr 1953 auch eine merkliche Belebung des Handels zwischen der DDR und der BRD durchgesetzt werden. Erstmals konnte die DDR Ende 1953 auch offizielle Handelsbeziehungen zu jungen Nationalstaaten (Ägypten und Libanon) herstellen.

In hartem Kampf gelang es der DDR, in den Jahren 1954 und 1955 diese Erfolge weiter auszubauen, so daß Ende 1955 feste Handelsbeziehungen zu 22 Staaten des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes bestanden, darunter zu einer Reihe junger Nationalstaaten. Der Warenaustausch der DDR mit Staaten des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes erreichte 1955 ein größeres Volumen, als zu Beginn des ersten Fünfjahresplanes zu erwarten gewesen war.

Entscheidend blieben für die DDR jedoch auch weiterhin die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und den anderen RGW-Staaten.

Die SED leistete eine umfangreiche ideologische Arbeit, um die Arbeiter, die anderen Werktätigen und vor allem auch die Leiter sowie das ingenieurtechnische Personal in den Betrieben von der Richtigkeit ihrer Außenhandelspolitik zu überzeugen. Dabei mußte sie berücksichtigen, daß die Umstellung der Wirtschaft der DDR auf den Einsatz von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Produktionsmaterialien, die aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern eingeführt wurden, zum Teil echte technische, technologische und ökonomische Probleme aufwarf. Die imperialistische Propaganda und reaktionäre Kräfte in der DDR bauschten diese auf und benutzten sie als ein Argument ihrer Antisowjethetze. Unter einem Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz war die Meinung verbreitet, daß die Produktionsumstellungen, die sich aus der Verwendung von Rohstoffen aus den sozialistischen Ländern und der Berücksichtigung ihres Importbedarfs ergaben, ökonomisch nicht vertretbar seien.

Konsequent und beharrlich erläuterte die SED ihren Standpunkt, daß auch im Außenhandel von dem Leninschen Prinzip des Primats der Politik ausgegangen werden muß, daß heißt in erster Linie von den gemeinsamen Interessen der sozialistischen Länder und den Erfordernissen der Klassenseinwanderung mit dem Imperialismus.

In diesem Zusammenhang mußte die SED auch einseitigen Betrachtungen der Tatsache entgegentreten, daß die DDR aus den meisten sozialistischen Ländern vorrangig Rohstoffe importierte und ihnen dafür industrielle Fertigwaren lieferte. Während die sozialistischen Staaten der DDR gewaltige Hilfe leisteten, indem sie deren ständig steigenden Importbedarf an Rohstoffen deckten, rangen sie zugleich darum, ihre Stellung als Rohstoff- und Lebensmittellieferanten, in die sie durch die ungleichmäßige Entwicklung des Imperialismus während der vergangenen Jahrzehnte gedrängt worden waren, zu überwinden. Ihre Fortschritte bei der sozialistischen Industrialisierung führten zu einem größeren Eigenverbrauch an Rohstoffen und ermöglichten, manche Industrieerzeugnisse, die sie früher importieren mußten, selbst herzustellen und zum Teil für den Export bereitzustellen.

Die SED begründete in ihrer ideologischen Arbeit, daß die von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus getragene gegenseitige Hilfe und Unterstützung die sichere Gewähr bietet, auch alle ökonomischen Probleme des Warenaustausches mit den sozialistischen Ländern zu lösen, und daß gerade dadurch dem Außenhandel der DDR in der Gemeinschaft der sozialistischen Länder eine große Perspektive gegeben ist.

Für die weitere Politik der SED zur Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR war es außerordentlich wichtig, daß die Ratstagungen des RGW im März, Juni und Dezember 1954 sowie im Mai 1956 erste Schritte festlegten, um die Produktions- und Exportprogramme der Mitgliedsländer in einzelnen Industriezweigen aufeinander abzustimmen. Zwar zeigte sich, daß die damit verbundenen Probleme sehr kompliziert waren und zu ihrer Lösung über längere Fristen neue theoretische Erkenntnisse und praktische Erfahrungen gewonnen werden mußten; es deutete sich aber bereits an, daß künftig durch internationale Planabstimmung, sozialistische Arbeitsteilung und Kooperation dem Außenhandel der DDR völlig neue Möglichkeiten erwachsen.

Die Politik der SED zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR verflocht sich in den Jahren 1954 und 1955 immer enger mit den Problemen, die von den im RGW vereinigten Staaten gemeinsam zu lösen waren.

Das verdeutlichte auch der IV. Parteitag der SED. Er stellte heraus, daß die weitere Festigung des Kampfbündnisses der SED mit der KPdSU sowie die Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten die entscheidende Grundlage für die Stärkung der DDR und im Kampf gegen die aggressive Politik des Imperialismus war.

Der IV. Parteitag entwickelte die wirtschaftspolitische Konzeption der SED für die Übergangsperiode weiter und trug dabei auch der wachsenden Rolle des Außenhandels Rechnung. Er charakterisierte die Entwicklung des Außenhandels als eine Hauptaufgabe der politischen Führungstätigkeit der SED sowie der staats- und wirtschaftsleitenden Organe und orientierte auf die weitere Erhöhung der Exportproduktion insgesamt sowie auf die stärkere Berücksichtigung des Bedarfs der anderen sozialistischen Staaten im besonderen.³⁹ Die großzügige Unterstützung, die die sozialistischen Staaten trotz eigener Schwierigkeiten der DDR gewährten, machten die Erfüllung der Exportverpflichtungen der DDR gegenüber diesen Ländern zu einer Hauptaufgabe der internationalistischen Politik der SED. Otto Grotewohl erklärte dazu: "Jedes andere Verhalten ist eine Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und den Ländern der Volksdemokratie. Vertragstreue in unseren Handelsbeziehungen ist erstes und oberstes Gesetz und muß von jedem einzelnen unter Aufbietung aller Kräfte bis zum letzten i-Tüpfelchen erfüllt werden."⁴⁰

Nach dem IV. Parteitag beschloß das Sekretariat des Zentralkomitees Maßnahmen zur weiteren politischen und fachlichen Qualifizierung der Mitarbeiter und zur Ausbildung neuer Kader für den Außenhandel. Es gelang, den Parteieinfluß in den Organen des Außenhandels zu erhöhen. Die Parteiorganisationen in den Betrieben übten eine strenge Kontrolle über die Einhaltung der Exportverpflichtungen aus.

Im April 1955 wurde der international bekannte Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Heinrich Rau, zum Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel ernannt. Auch darin kam die wachsende Gewichtung zum Ausdruck, die Partei- und Staatsführung dem Außenhandel beimaßen.

³⁹ Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 4. Verhandlungstag, Berlin 1954, S. 146 - 148.

⁴⁰ Ebenda, S. 662.

Die zunehmende Bedeutung des Außenhandels im gesamten gesellschaftlichen Leben fand auch in der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs ihren Niederschlag. Vom zweiten Halbjahr 1953 an nahm die Zahl jener Betriebskollektive ständig zu, die die quantitäts- und qualitäts- und termingerechte Erfüllung der Exportaufträge in ihre Wettbewerbsverpflichtungen aufnahmen. Im Herbst 1953 hatten die Werkstätigen der SAG-Maschinenfabrik Dessau einen großen Wettbewerb zur Erfüllung und Übererfüllung der Exportaufträge ausgelöst. Im Jahre 1954 ging die Initiative von der Ersten Maschinenfabrik Karl-Marx-Stadt aus. Dadurch angespornt, erreichte auch der sozialistische Wettbewerb der Mitarbeiter in den Außenhandelsorganen eine neue Qualität. Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs erreichten sie allein im Jahre 1954 eine Einsparung von Kosten und Devisen im Werte von 100 Millionen Mark und zeigten damit, daß sie lernten, im Leninschen Sinne als Kommunisten Handel zu treiben.

In der Mitte der fünfziger Jahre zeichneten sich bedeutsame Veränderungen in der weltpolitischen Lage ab. Aus der gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Kraft der sozialistischen Staaten waren neue Möglichkeiten zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entstanden. Dem versuchte der Imperialismus durch eine erneute Verschärfung seines Aggressionskurses entgegenzuwirken. Deutlichster Ausdruck dafür war die Einbeziehung der BRD in die NATO, wodurch gleichzeitig endgültig die Möglichkeiten zunichte gemacht wurden, einen einheitlichen demokratischen Staat zu schaffen. Die sozialistischen Staaten Europas schlossen den Warschauer Vertrag und gingen damit einen entscheidenden Schritt, ihr politisches, wirtschaftliches und militärisches Bündnis zu festigen. Die Beteiligung der DDR daran sowie der Staatsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR von 1955 besiegelten die Stellung der DDR als gleichberechtigter souveräner Staat und unlösbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Der Kampf der SED um die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens trat in eine neue Entwicklungsphase, in der auch dem Außenhandel neue Aufgaben erwuchsen.

Mit dem Jahre 1955 wurde der erste Fünfjahrplan der DDR erfolgreich abgeschlossen. In der positiven Bilanz nahm der Außenhandel einen würdigen Platz ein und entwickelte sich in hohem Tempo. (Siehe Tab. 2 und 3.)

Diese rasche Entwicklung war vor allem auf den ständig steigenden und planmäßig gestalteten Warenaustausch mit den sozialistischen Staaten zurückzuführen. Während des gesamten Zeitraumes war allein der Außenhandelsumsatz der DDR mit der UdSSR bedeutend höher, zeitweilig doppelt so hoch, wie der Warenaustausch der DDR mit allen Staaten des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes zusammengenommen.

Die vorgesehenen Volumen der langfristigen Handelsverträge, die mit den meisten RGW-Staaten geschlossen worden waren, wurden übertroffen.

Bei solch entscheidenden Grundstoffen wie Steinkohle, Koks, Eisenerz, Walzmaterial, Blei, Kupfer, bei Brotgetreide, Fleisch, Pflanzenöl, Baumwolle und vielen anderen Waren wurde der Importbedarf der DDR zu 90 bis 100 Prozent aus sozialistischen Ländern gedeckt. Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten hatten der DDR umfangreiche Kredite gewährt.

Die DDR entwickelte sich während ihres ersten Fünfjahrplanes zu einem der wichtigsten Handelspartner für die anderen Mitgliedsstaaten des RGW. Am Gesamtaußenhandel der UdSSR betrug 1950 der Handel mit der DDR 10,6 Prozent,

Tabelle 2

Außenhandelsumsatz der DDR während des ersten Fünfjahrplanes⁺
(in %)

	1950	1955
Insgesamt	100	282,5
Mit sozialistischen Ländern	100	281,7
Mit Entwicklungsländern	100	2231,6
Mit kapitalistischen Industrieländern	100	258,0

+ Statistisches Jahrbuch 1978 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1978, S. 22.

Tabelle 3

Struktur des Gesamtaußenhandelsumsatzes der DDR
(in %)

	1950	1955
Sozialistische Länder	72,3	72,2
Entwicklungsländer	0,4	2,9
Kapitalistische Industrieländer	27,3	24,9

+ Statistisches Jahrbuch 1978 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1978, S. 22.

1955 war die DDR bereits mit 15,1 Prozent am Außenhandel der UdSSR beteiligt. Am Außenhandel der ČSR machte 1948 der Anteil der DDR 1,4 Prozent aus, 1953 betrug er 6,5 Prozent, und 1955 waren es 8,0 Prozent. Auch für die Volksrepublik Polen wurde die DDR 1955 nach der Sowjetunion der zweitgrößte Handelspartner. Im Außenhandel mit der Ungarischen Volksrepublik stand die DDR 1955 nach der Sowjetunion und der ČSR an dritter Stelle. In die gleiche Entwicklungsrichtung verlief der Außenhandel der Volksrepublik Bulgarien mit der DDR.⁴¹ Besonders mit Hilfe des Außenhandels hatte sich die DDR fest im sozialistischen Weltwirtschaftssystem verankert.

Die SED hatte gelernt, den Außenhandel als ein wichtiges Instrument zu handhaben, das der wirtschaftlichen Festigung der DDR, der Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen und der Verwirklichung ihrer mit den Interessen des Weltsozialismus übereinstimmenden außenpolitischen Konzeption diene. Sie hatte einen großen Teil der Arbeiterklasse befähigt, den neuen Charakter des Außenhandels im Sozialismus zu verstehen und aktiv für die Erfüllung der damit ver-

⁴¹ Solotarev, V. I., Mirovoj socialističeskij rynek, Moskau 1961, S. 42, 92, 101, 110, 119, 121.

bundenen internationalen Verpflichtungen zu kämpfen. Aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Kader hatten gelernt, auf sozialistische Weise Außenhandel zu betreiben.

Der Handel mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten schuf die Voraussetzungen, die imperialistische Embargopolitik gegen die DDR zu durchbrechen und in den folgenden Jahren auch zu Ländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes Handelsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln.

Die Ergebnisse des Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in der DDR unter Führung der SED auf dem Gebiete des Außenhandels waren zugleich gute Positionen, um, eng verbunden mit den anderen sozialistischen Staaten, weiter auf dem Wege wirtschaftlichen Zusammenschlusses und des gemeinsamen Aufstiegs voranzuschreiten. Sie bilden ein wichtiges historisches Fundament für die heutige Politik der SED, zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten an der Meisterung der sozialistischen ökonomischen Integration teilzunehmen.

Der erste Fünfjahrplan

Beginn der Herausbildung der Grundlagen
des Sozialismus in der DDR

von Renate Schultze

1. Der historische Platz des III. Parteitagess der SED und sein wirtschaftspolitisches Programm
2. Zum Problem der sozialistischen Industrialisierung
3. Die Ziele und Aufgaben des ersten Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR

"Die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplanes zeugten davon, daß in der DDR eine neue geschichtliche Etappe begonnen hatte: der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus", heißt es in der "Geschichte der SED".¹ Wie in den anderen sozialistischen Bruderländern stand auch die Arbeiterklasse der DDR nach der Errichtung ihrer politischen Macht und der Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel vor der Notwendigkeit, planmäßig eine dem Sozialismus entsprechende Volkswirtschaft aufzubauen.

Die Eroberung und Beherrschung der Kommandohöhen der Volkswirtschaft durch die Arbeiterklasse ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, daß sie ihre politische Macht zur Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode nutzen kann. Das heißt, die Arbeiterklasse muß zur "politischen Macht die ökonomische Macht hinzufügen",² um "die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren"³ und erfolgreich den Sozialismus aufbauen zu können.

Zu den Kommandohöhen der Volkswirtschaft gehören⁴:

- feste Positionen der marxistisch-leninistischen Partei in Staat und Verwaltung;
- die Großindustrie als Kern der materiellen Produktion und der Volkswirtschaft, besonders die Schwerindustrie;
- ein Mindestmaß an staatlichen Unternehmen in der Landwirtschaft;

1 Geschichte der SED, Abriß, Berlin 1978, S. 246.

2 Lenin, W. I., X. Parteitag der KPR (B), 8. - 16. März 1921, Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, 15. März, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 221.

3 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

4 Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 110.

- die wichtigsten Zweige des Transport-, Post- und Fernmeldewesens;
- das Währungs- und Finanzwesen einschließlich der Banken;
- die wichtigsten Zweige des Großhandels;
- das Außenwirtschaftsmonopol.

Diese Kommandohöhen der Volkswirtschaft befanden sich 1949/50 in den Händen der Arbeiterklasse der DDR. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in diesen wichtigsten Bereichen der Volkswirtschaft stellt aber nur dann Kommandohöhen als Schlüsselpositionen der politischen Macht in den Händen der Arbeiterklasse dar, wenn es von ihr unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei wirkungsvoll geleitet, geplant und im Interesse der gesamten Gesellschaft genutzt wird. Nach der Eroberung der Kommandohöhen der Volkswirtschaft wird ihre Beherrschung und ihr Ausbau, wird die Entwicklung einer sozialistischen Leitung und Planung der Volkswirtschaft und ihre ständige Vervollkommnung zu einer Hauptaufgabe beim sozialistischen Aufbau.

Ein entscheidender Grundsatz der Wirtschaftspolitik des Staates der Arbeiter und Bauern in der DDR war das Prinzip der Wirtschaftsplanung. Es beruhte auf der Erkenntnis und Nutzung der objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktionsweise, die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus bereits begründet worden waren und beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und den Volksdemokratien ihre Allgemeingültigkeit bewiesen hatten. "Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft", formulierte Engels, wird "die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation"⁵, "tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie des einzelnen."⁶ Auch Lenin sah in der Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft als Planwirtschaft die einzige Möglichkeit der gesellschaftlichen Organisation der Wirtschaft entsprechend den Anforderungen und der Dynamik der Produktivkräfte und dem Ziel der sozialistischen Produktion.⁷

Die SED ging in ihrer Wirtschaftspolitik davon aus, daß eine sozialistische Leitung und Planung der Volkswirtschaft auf der Grundlage Leninscher Prinzipien der Wirtschaftsführung nur schrittweise aufgebaut werden konnte. In Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte, von den Bedingungen des Klassenkampfes sowie vom Reifegrad des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen und von den Erfahrungen in der Leitung und Planung der Volkswirtschaft mußten die Formen und Methoden der sozialistischen Leitung und Planung entwickelt und vervollkommen werden.

5 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 264.

6 Ebenda, S. 261.

7 Vgl. Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf des Artikels "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 192 ff.; derselbe, Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ebenda, S. 332; derselbe, Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei (Rede auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der KPR /B/, 21. November 1920), in: ebenda, Bd. 31, Berlin 1959, S. 402 ff.; derselbe, VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, 22. - 29. Dezember 1920, Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare, 22. Dezember, in: ebenda, S. 483 ff.; derselbe, Über den einheitlichen Wirtschaftsplan, in: ebenda, Bd. 32, a. a. O., S. 132 ff.

Während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entwickelten sich aus den ersten Ansätzen der Wirtschaftsplanung in Gestalt der Produktionsbefehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf der Grundlage der Beschlüsse des II. Parteitages (1947) und der 1. Parteikonferenz der SED (1949) mit dem Halbjahrplan 1948 und dem Zweijahrplan 1949/50 die Pläne zunehmend zu einem zentralen Steuerungsinstrument der volkseigenen Wirtschaft. In diesem Prozeß wurden wichtige Erfahrungen in der Planungstätigkeit gesammelt, zentrale und territoriale Leitungs- und Planungsorgane gebildet, und aus den Reihen der Arbeiterklasse gingen neue Wirtschaftskader hervor. So wurde schließlich der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung möglich und notwendig und mit dem Fünfjahrplan 1951 bis 1955 eingeleitet. Die Voraussetzungen für die Ausarbeitung eines alle Bereiche der Volkswirtschaft umfassenden Planes waren mit der Entstehung eines breiten gesellschaftlichen Sektors der Wirtschaft, mit der Herausbildung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der führenden Rolle ihrer Partei geschaffen.

Jetzt galt es, eine stabile sozialistische Volkswirtschaft aufzubauen. Die Entwicklung der Arbeiterklasse aus einem Objekt der kapitalistischen Ausbeutung zum Gestalter und Beherrscher der ökonomischen Prozesse war eine unbedingte Voraussetzung dafür, daß sie den Aufbau des Sozialismus leiten und planen, neue sozialistische Beziehungen gestalten und das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen entwickeln konnte.

Die Lösung dieser objektiven Aufgaben wurde nach der Gründung der DDR in Angriff genommen und auf der Grundlage des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses und der festen Verankerung der DDR in dem sich herausbildenden sozialistischen Weltsystem erfolgreich eingeleitet. Ausgehend von den Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, gestützt auf die Erfahrungen und die Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, nutzte die Arbeiterklasse als herrschende Klasse und Hauptproduktivkraft unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei die großen Potenzen der neuen gesellschaftlichen Ordnung, überwand zahlreiche Schwierigkeiten und Hemmnisse, vereitelte alle Versuche des Klassegegners, ihre Macht zu stürzen, und schuf grundlegende Voraussetzungen, auf denen heute die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestaltet wird.

1. Der historische Platz des III. Parteitages der SED und sein wirtschaftspolitisches Programm

Der III. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. Juli 1950 in Berlin tagte, war der erste nach der Gründung der DDR. Er konnte in seinem Bericht eine erfolgreiche Entwicklung des sozialistischen Weltsystems verzeichnen, in die die DDR eingeschlossen war. Gleichzeitig fand er in einer Situation zugespitzter internationaler Spannungen statt, die durch die USA-Intervention in Korea und den verstärkten aggressiven Kurs der herrschenden Kreise in der BRD ausgelöst wurden.

Unter den Bedingungen der Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger deutscher Staaten und des sich verschärfenden internationalen Klassenkampfes arbeitete die SED auf dem III. Parteitag die Politik der konsequenten Weiterführung der revolutionären Umwälzung in der DDR aus. Sie beschloß mit dem Entwurf des ersten Fünfjahresplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR für 1951 bis 1955 das entscheidende Dokument zur allseitigen Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht. Der III. Parteitag stellte mit seinen weitreichenden Beschlüs-

sen auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet nach der Gründung der DDR das wichtigste Ereignis im Prozeß des Übergangs von der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution in der DDR dar. Mit der Lösung der auf diesem Parteitag beschlossenen Aufgaben wurde der Weg zur Herausbildung der Grundlagen des Sozialismus beschritten. Auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 wurde diese Strategie des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus präzisiert und danach konsequent weiter in die Tat umgesetzt.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes in eineinhalb Jahren bis zum III. Parteitag, die dank der Anstrengungen der Werktätigen und mit Hilfe und Unterstützung der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten erreicht wurde, schufen wichtige Voraussetzungen für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR und damit für die Stärkung des Sozialismus in der internationalen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus.

Der Fünfjahrplan orientierte auf die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, auf die Sicherung und den Ausbau der Diktatur des Proletariats und damit auf die Lösung der Frage "Wer wen?". Dieser Plan war der Plan der sozialistischen Industrialisierung. Dabei stand im Mittelpunkt die Aufgabe, die materielle und sozialökonomische Basis für die Friedenspolitik weiter auszubauen, durch eine teilweise Rekonstruktion und Erweiterung der alten und den Aufbau neuer Produktionskapazitäten die schwerwiegendsten Disproportionen schrittweise zu überwinden und eine planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft zu ermöglichen. Diese Aufgaben dienen letztendlich dem Ziel, die materielle Lage der Werktätigen weiter grundlegend zu verbessern, den Vorkriegslebensstandard zu erreichen und bedeutend zu überschreiten.

2. Zum Problem der sozialistischen Industrialisierung

Die Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Im Leninschen Plan der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus nahm dieses Problem einen wichtigen Platz ein. Lenin verwies darauf, daß der Sozialismus durch die maschinelle Großproduktion erzeugt wird und daß deshalb der Weg zur Reorganisation der ökonomischen Ordnung Rußlands der Weg des Übergangs zu den auf der maschinellen Industrie aufgebauten Großbetrieben ist.⁸

Hier muß darauf verwiesen werden, daß es zu dem Problem der sozialistischen Industrialisierung auch in Lehrbüchern und Standardwerken der politischen Ökonomie unterschiedliche Auffassungen gibt.

Eine davon bestimmt das Wesen der Industrialisierung "schlechthin als den Prozeß der Schaffung und Entwicklung der Industrie, durch die sie zum Hauptzweig der Wirtschaft wird".⁹ Damit würde aber die sozialistische Industrialisierung als Nachvollzug der industriellen Revolution des Kapitalismus betrachtet, wie sie - wenn auch unter entgegengesetzten sozialen Vorzeichen - in Agrar- bzw.

8 Vgl. Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf ..., a. a. O., S. 197, 202.

9 Das sozialistische Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, Berlin 1967, S. 148; Politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1974, S. 74.

Agrar-Industrie-Staaten vor sich geht, in denen sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht.

Eine andere Auffassung, die auch die Verfasserin vertritt, betrachtet die sozialistische Industrialisierung weiter, als "Prozeß der Schaffung einer maschinellen Großindustrie, die es gestattet, alle Volkswirtschaftszweige auf der Grundlage modernster Technik zu organisieren, das Land in ein fortgeschrittenes Industrieland zu verwandeln und den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus zu gewährleisten".¹⁰ Damit wird die sozialistische Industrialisierung als die entscheidende Aufgabe bei der Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus charakterisiert, als eine entscheidende Voraussetzung, um eine einheitliche sozialistische Volkswirtschaft zu schaffen, in der die ökonomischen Gesetze des Sozialismus uneingeschränkt wirken und die Leninschen Prinzipien der Leitung der sozialistischen Wirtschaft in vollem Maße angewandt werden.

Eine dritte Auffassung, die zum Beispiel von Frank Hoffmann und Michael Laschke in einem Beitrag im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" vertreten wird, geht von einer noch umfassenderen Begriffsbestimmung aus und schließt in den Prozeß der sozialistischen "Industrialisierung im weiteren Sinne" auch die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus ein.¹¹ Letzterem kann man sicher nicht zustimmen, weil damit jede Veränderung und Entwicklung in der materiell-technischen Basis als sozialistische Industrialisierung charakterisiert und die Spezifik dieses Prozesses in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus verwischt wird.

Die oben genannten Ausgangspositionen über die Wesensbestimmung der sozialistischen Industrialisierung führen zu unterschiedlichen Antworten auf die Frage, ob auch in industriell entwickelten Ländern - und damit in der DDR - die sozialistische Industrialisierung ein notwendiges Stadium des Aufbaus des Sozialismus darstellt und darstellen wird. Soll die Industrie, auch wenn sie bereits Hauptzweig der Wirtschaft ist, das grundlegende Element der materiell-technischen Basis des Sozialismus bilden, so ergeben sich doch daraus spezifische Anforderungen, denen die Produktion in keinem kapitalistischen Land entspricht. Es ist deshalb überall notwendig, wesentliche Veränderungen in der Wirtschaft vorzunehmen, die

1. vorhandene Disproportionen in der Produktionsstruktur überwinden und Proportionen herstellen, die ein hohes Entwicklungstempo ermöglichen;
2. die Wirtschaftsstruktur der Verwirklichung des Ziels der sozialistischen Produktion, der Bedürfnisbefriedigung der Werktätigen, unterordnen;
3. die materiellen Bedingungen für die ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus schaffen;
4. zu einer rationellen Standortverteilung führen, die höchste volkswirtschaftliche Rationalität mit der Entwicklung der Arbeiterklasse sowie der allseitigen ge-

10 Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin 1974, S. 448; vgl. Wörterbuch der Ökonomie - Sozialismus, Berlin 1973, S. 810 f.; Politische Ökonomie, Bd. 3, Berlin 1973, S. 84; Hauk, Roland, Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1977, S. 65.

11 Vgl. Hoffmann, Frank/Laschke, Michael, Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 40 ff.

sellschaftlichen Entwicklung im Territorium sichert;

- unter den Bedingungen der Existenz des sozialistischen Weltwirtschafts-systems den Möglichkeiten und Erfordernissen der internationalen Arbeitsteilung in dessen Rahmen entsprechen.

"Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen", schrieb Lenin, "das ist unausbleiblich, aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen."¹² Das trifft auch auf den Prozeß der sozialistischen Industrialisierung zu. Wege, Tempo und Formen werden in den einzelnen Ländern bestimmt durch den Kapitalismus erreichten Industrialisierungsgrad, die Gesamtheit der politischen, sozialökonomischen und materiellen Bedingungen in dem betreffenden Land, die Stärke des Sozialismus im Weltmaßstab und den Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik. Zu den Faktoren, die die sozialistische Industrialisierung in den Ländern, die nach der UdSSR den Weg zum Sozialismus beschritten, positiv beeinflussen, zählt die Existenz des sozialistischen Weltsystems. Daraus erwachsen die Möglichkeiten, die Erfahrungen und die Hilfe der UdSSR zu nutzen, das Tempo der Industrialisierung nicht noch mehr forcieren zu müssen und sich auch auf äußere Akkumulationsquellen im Rahmen der sozialistischen internationalen Zusammenarbeit stützen zu können.

In der DDR, die ebenso wie die ČSR im Vergleich zur UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern vor der Revolution bereits ein relativ hohes industrielles Entwicklungsniveau aufwies, wurde die sozialistische Industrialisierung durch die zu überwindenden Disproportionen modifiziert, die sich aus den Folgen des Krieges, der Spaltung Deutschlands und aus dem "kalten Krieg" des Imperialismus gegen die DDR ergaben. Auch das relativ geringe Arbeitskräfte-reservoir und die hohen Anforderungen durch Wissenschaft und Technik charakterisierten den Verlauf dieses Prozesses. So nahm in der DDR die sozialistische Industrialisierung den Charakter einer grundlegenden Umgestaltung der Industrie durch Neuaufbau und Rekonstruktion an. Eine Reihe von Industriezweigen, zum Beispiel der Energiemaschinen-, Chemieanlagen- und Schiffbau, wurden völlig neu geschaffen. Andere, wie Metallurgie, Energie-, Brennstoff- und Baumaterialienindustrie, wurden wesentlich ausgebaut und teilweise neu ausgerüstet. Dagegen wurde die Produktion in der Leicht-, Textil- und Lebensmittelindustrie vorwiegend durch die Einführung rationeller technologischer Verfahren und die Ausnutzung vorhandener Maschinen und Ausrüstungen erhöht.

"Wie die marxistisch-leninistischen Parteien in den anderen sozialistischen Ländern", heißt es in der "Geschichte der SED", "so sah auch die SED das Hauptziel der sozialistischen Industrialisierung darin, die materiell-technische Basis des Sozialismus zu errichten und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zügig zu entwickeln, um mit der vollen Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise die wachsenden materiellen und kulturell-geistigen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen immer besser zu befriedigen und die Positionen des Weltsozialismus im Klassenkampf gegen den Imperialismus unablässig zu stärken ... Eine solche maschinelle Großindustrie, in erster Linie eine Schwerindustrie, mußte geschaffen werden, die es ermöglichte,

¹² Lenin, W. I., "Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den "imperialistischen Ökonomismus", in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 64.

die gesamte Volkswirtschaft auf der Grundlage der modernen Technik sozialistisch umzugestalten.¹³

Kommt man auf die Ausgangsfrage zurück, analysiert die konkreten Entwicklungsprozesse und betrachtet die sozialistische Rekonstruktion nicht als Alternative zur sozialistischen Industrialisierung, sondern als eine spezifische Form derselben, so muß man die sozialistische Industrialisierung als eine allgemeine Gesetzmäßigkeit anerkennen, die auch in entwickelten Industriestaaten beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf der Tagesordnung steht. Die SED entsprach mit ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption dieser Gesetzmäßigkeit, wandte sie schöpferisch auf die konkret-historischen Bedingungen in der DDR an und leitete mit dem ersten Fünfjahrplan den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus ein.

3. Die Ziele und Aufgaben des ersten Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR

In einem demokratischen Prozeß, in den breite Kreise von Werktätigen aus allen Bereichen, zahlreiche Wissenschaftler und Techniker, alle Parteien und Massenorganisationen des demokratischen Blocks einbezogen waren, wurde auf der Grundlage des Planvorschlages der SED der Fünfjahrplan ausgearbeitet und am 31. Oktober 1951 von der Volkskammer der DDR zum Gesetz erhoben.¹⁴ Er sah vor, die Industrieproduktion zu verdoppeln, die Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Industrie und das Volkseinkommen um jeweils 60 Prozent zu erhöhen; eine eigene metallurgische Basis zu schaffen, den Schwermaschinenbau zu erweitern, die Rohstoffbasis zu entwickeln und eine Handelsflotte zu bauen - das waren die volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben.

Nachdem im Verlauf des Zweijahrplanes die sozialökonomische Struktur in der DDR grundlegend verändert worden war und der sozialistische Sektor der Volkswirtschaft das absolute Übergewicht erreicht hatte, stellte die SED mit dem Fünfjahrplan das Ziel, die ökonomische Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht, das Volkseigentum, zu festigen und zu erweitern. Das sollte nicht durch eine zweite Nationalisierung wie teilweise in anderen sozialistischen Ländern erfolgen, sondern mit der vollen Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten der Privatindustrie und der kleinen Warenproduktion verbunden werden.

Die schnellere Steigerung der Produktion in den volkseigenen Betrieben, der Auf- und Ausbau insbesondere der Grundstoffindustrie und des Schwermaschinenbaus sollten bei einer vorgesehenen absoluten Produktionserhöhung im nichtsozialistischen Sektor die Existenzgrundlage der Privatunternehmer und kleinen Warenproduzenten sichern und ihnen eine Perspektive auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft geben, aber gleichzeitig deren Anteil an der Gesamtproduktion und damit den anarchischen Einfluß ökonomischer Gesetze des Kapitalismus auf die gesamte Volkswirtschaft zurückdrängen und der Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus dienen.

¹³ Geschichte der SED, a. a. O., S. 299.

¹⁴ Vgl. Schultze, Renate, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Entwicklung der Kommandohöhen der Volkswirtschaft und des subjektiven Faktors sowie zur Vorbereitung des ersten Fünfjahrplanes (Oktober 1949 bis Anfang 1951), phil. Diss. Berlin 1978, S. 156 ff.

Diese wirtschafts- und bündnispolitische Konzeption der SED ging von den Grundsätzen aus, die die KPD bereits 1935 und 1939 in Brüssel und Bern ausgearbeitet hatte, und nutzte die Möglichkeiten des Staatskapitalismus unter den konkret-historischen Bedingungen in der DDR. Sie trug auch der Notwendigkeit Rechnung, den Sozialismus bei offener Grenze zum Imperialismus aufbauen zu müssen.

Der Fünfjahrplan sah eine Steigerung der Bruttonproduktion der volkseigenen Betriebe im Vergleich zu 1950 auf 224,8 Prozent, der Privatbetriebe auf 166,7 Prozent und der Handwerksbetriebe auf 166,5 Prozent vor. Er stellte Privatunternehmern und Handwerkern wichtige Aufgaben zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, der Industrie mit Zuliefererzeugnissen sowie für die Beteiligung am Export. Zur planmäßigen Einbeziehung dieser nicht-sozialistischen Sektoren in die Mitarbeit an den Aufgaben des Fünfjahrplanes sollte vor allem das Vertragssystem weiter ausgebaut und verbessert werden.¹⁵

Die Veränderung der sozialökonomischen Struktur der Volkswirtschaft im Verlaufe des Fünfjahrplanes (vergleiche Tabelle 1) beweist die Richtigkeit der Zielstellung der Partei und dokumentiert, wie die bestimmende Rolle des volkseigenen Sektors gestiegen war. Jedoch waren damit, wie im Grundriß zur Geschichte des deutschen Volkes eingeschätzt wird, "die aus der Existenz verschiedener Wirtschaftssektoren erwachsenden Widersprüche und schwierigen Entwicklungsprobleme noch keineswegs gelöst."¹⁶

Welche Vorstellungen entwickelte die SED in dem Fünfjahrplanentwurf zur Gestaltung der ökonomischen Struktur in der DDR? Um die Voraussetzungen für eine planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft zu schaffen, war es notwendig, eine Veränderung der ökonomischen Struktur der Industrie auf der Grundlage der vorrangigen Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln einzuleiten. Deshalb wurde der Aufbau der Schwerindustrie, besonders der metallurgischen Basis und des Schwermaschinenbaus, zur zentralen Aufgabe des Fünfjahrplanes erklärt.

Da bereits 1951 das entscheidende Jahr war, in dem die Grundlagen für die Verwirklichung des Fünfjahrplanes geschaffen werden mußten, sah der Volkswirtschaftsplan 1951 eine Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln um 18,5 Prozent gegenüber 1950 vor. Die Produktion von Konsumtionsmitteln sollte im gleichen Zeitraum um 15,5 Prozent erhöht werden.

Mit dieser Entscheidung, durch die im Planzeitraum bis 1955 tatsächlich ein unterschiedliches Wachstum der Abteilungen A und B erreicht wurde¹⁷, wie aus Tabelle 2 deutlich wird, entsprach die SED dem objektiven ökonomischen Gesetz des vorrangigen Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln, das als ein Strukturgesetz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts daraus resultiert, daß zur

15 Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1951 - 1955, hg. vom Amt für Information der Regierung der DDR, Berlin o. J., S. 19, 30, 33 f., 50 f., 64, 66 f.; Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitag der SED, Bd. 1, Berlin 1950, S. 360 f.

16 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 641.

17 Die Einteilung in die Gruppen "A" und "B" betrifft eine auf die Industrie bezogene Einteilung in Abteilung I und II.

Tabelle 1

Anteil der Wirtschaftsformen in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft der DDR 1950 und 1955⁺
(in Prozent)

	Jahr	Sozialistischer Sektor	Kleine Warenproduktion	Kapitalistischer Sektor
Gesellschaftliches Gesamtprodukt	1950	55,3	21,9	22,8
	1955	68,6	17,6	13,8
Industrielle Bruttoproduktion	1950	76,5	-	23,5
	1955	85,3	-	14,7
Leistungen des allgemeinen Handwerks	1950	-	100	-
	1955	0,3	99,7	-
Bauleistungen	1950	38,9	28,9	32,2
	1955	52,9	30,6	16,5
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1950	5,7	69,9	24,4
	1955	27,3	59,5	13,2
Bruttoproduktionswerte Verkehr	1950	82,4	17,6	
	1955	85,5	14,5	
Einzelhandelsumsatz	1950	47,2	52,8	
	1955	68,0	32,0	
Großhandelsumsatz	1950	71,1	-	28,9
	1955	95,3	-	4,7

+ Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1956, S. 191.

Herstellung der notwendigen Konsumtionsmittel immer mehr, technisch bessere und vollkommenerere Produktionsmittel notwendig sind. (Tabelle 2)

Das Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1951 bis 1955 vom 1. November 1951 legte folgende Produktionssteigerungen in den einzelnen Industriezweigen fest: (siehe Tabelle 3).

Um eine der schwerwiegendsten Disproportionen der Volkswirtschaft der DDR, die zwischen Metallurgie und metallverarbeitender Industrie, zu verringern und das obengenannte Ausmaß der metallurgischen Produktion zu erreichen, sah der Fünfjahrplan die Wiederherstellung von fünf metallurgischen Betrieben, den Neubau des Eisenhütten-Kombinats Ost sowie weiterer Roheisenkapazitäten auf der Grundlage einheimischer Rohstoffe vor.

Im Maschinenbau mußte das Schwergewicht auf die Produktion von großen maschinellen Ausrüstungen für Bergbau, Hüttenindustrie und Chemische Industrie, von Energieausrüstungen, Werkzeugmaschinen, Eisenbahntransportmitteln, Lastkraftwagen, Fischerei- und Handelsschiffen gelegt werden. Der Plan bestimmte demgemäß für 1955 im Vergleich zu 1950 eine Steigerung der Produktion von Ausrüstungen für Metallurgie und Bergbau auf 271 Prozent, von Ausrüstungen für die Brennstoffindustrie auf 206 Prozent, von Hebe- und Transportausrüstungen auf 171 Prozent und von Ausrüstungen für die Bauindustrie auf 229,4 Prozent. Dazu waren umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten in zerstörten Maschinenbaube-

Tabelle 2

Wachstum der Abteilungen A und B und ihr Anteil an der industriellen Bruttoproduktion in der DDR 1951 bis 1955⁺

Jahr	Meßwerte in Mill. DM		Jährliche Steigerung in %		Anteil an der Bruttoproduktion in %	
	A	B	A	B	A	B
1951	16 127, 8	12 486, 2	20, 2	25, 8	56, 4	43, 6
1952	18 957, 7	14 260, 8	17, 5	14, 2	57, 1	42, 9
1953	21 653, 8	15 602, 1	14, 2	9, 4	58, 1	41, 9
1954	23 896, 5	17 173, 3	10, 3	10, 1	58, 2	41, 8
1955	25 967, 0	18 274, 9	8, 7	6, 4	58, 7	41, 3

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 154 f.

Tabelle 3

Umfang der Produktion für das Jahr 1955 im Vergleich zu 1950 in einzelnen Industriezweigen laut Gesetz über den Fünfjahrplan vom 1. November 1951⁺ (in Prozent)

Energie	182, 7	Baumaterialien	209, 8
Bergbau	169, 7	Holzbearbeitung	134, 5
Metallurgie	253, 6	Textilindustrie	183, 7
Maschinenbau	214, 8	Leichtindustrie	199, 6
Elektrotechnik	189, 3	Zellstoff/Papier	157, 3
Feinmechanik, Optik	238, 9	Polygraphische Ind.	139, 0
Chemie	204, 4	Lebensmittelindustrie	186, 9

+ Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1951 - 1955, Berlin o. J., S. 18.

etrieben, der Ausbau der bestehenden sowie der Neubau weiterer Betriebe notwendig.¹⁸

Diese Konzentration starker ökonomischer Kräfte auf den beschleunigten Ausbau der Schwerindustrie war eine notwendige und richtige Entscheidung. Sie wurde von der SED nicht nur getroffen, um den Auf- und Ausbau fehlender bzw. schwach entwickelter Industriezweige nachzuholen, sondern um auch diejenigen Industriezweige in schnellerem Tempo zu entwickeln, in denen die Grundrichtungen des technischen Fortschritts zum Ausdruck kommen. Das bedeutete, eine solide Grundlage für die umfassende technische Rekonstruktion der Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu schaffen, also auch die materiellen Voraussetzungen für ein beschleunigtes Wachstum der Konsumgüterproduktion und damit für den ständigen Anstieg des Lebensstandards der Werktätigen. Ein ähnliches

18 Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 18.

Verhältnis zwischen dem Entwicklungstempo der Schwer- und der Leichtindustrie zugunsten der ersteren bestand in der Periode der Industrialisierung in den meisten sozialistischen Ländern.¹⁹ Dabei entsprach diese Strukturveränderung der industriellen Produktion in der DDR, beispielsweise der vorrangige Auf- und Ausbau des Schwermaschinenbaus, nicht nur einem Bedürfnis bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus im Inneren, sondern berücksichtigte auch gleichzeitig die neuen Bedingungen der sozialistischen Arbeitsteilung, die sich mit der Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems herauszubilden begann.

Die wirtschaftspolitische Konzeption, die dem Fünfjahrplan zugrunde lag, basierte auf der engen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. In der Begründung der Direktive für den Fünfjahrplan auf dem III. Parteitag der SED wies Walter Ulbricht darauf hin, daß die bisherige planmäßige Zusammenarbeit mit den Ländern der Planwirtschaft bereits zur Vorbereitung des Fünfjahrplanes gehörte.²⁰

In der Vertiefung und im Ausbau dieser Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern sahen die SED und die Regierung der DDR einerseits die Realität des Fünfjahrplanes und damit des gesicherten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstiegs der DDR begründet. Andererseits war das ein Beitrag zur Stärkung des Lagers des Friedens und des Sozialismus, an dessen Spitze die Sowjetunion stand und steht.²¹ Diese Orientierung der SED fand ihren Niederschlag auch in der Entscheidung des III. Parteitages, die Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) um Aufnahme der DDR zu ersuchen. Die Mitgliedschaft der DDR im RGW seit September 1950 war eine grundlegende Bedingung dafür, daß sich die sozialistische Volkswirtschaft in unserem Lande herausbilden konnte. Sie half, unsere historisch bedingte Abhängigkeit von der Wirtschaft der BRD abzubauen, imperialistische Anschläge gegen die Volkswirtschaft abzuwehren oder deren Auswirkungen zu mildern. Die DDR unterstützte durch den Export von Ausrüstungen und Maschinen ihrerseits den weiteren Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus in den anderen sozialistischen Ländern.²²

Eine für die wirtschaftspolitische Konzeption der SED wichtige Frage war die nach der Gestaltung des Verhältnisses von extensiv und intensiv erweiterter Reproduktion im Fünfjahrplanzeitraum von 1951 bis 1955. Die Verdoppelung der Industrieproduktion im Vergleich zu 1936 sollte in den folgenden fünf Jahren vorwiegend durch extensiv erweiterte Reproduktion erreicht werden. Die extensiven Wachstumsfaktoren, wie der Aufbau neuer Werke, die Aufnahme neuer Produktionen und die Erhöhung der Beschäftigtenzahl, sollten dabei in den Schwerpunkt-

19 Vgl. Das sozialistische Weltwirtschaftssystem, a. a. O., S. 166 ff.

20 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, a. a. O., S. 354.

21 Vgl. Grotewohl, Otto, Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. 2, Berlin 1959, S. 255 ff., 271, 288, 506 ff.

22 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, a. a. O., S. 354 f. - Zur Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der DDR vgl. Reißig, Karl, Der Weg in die Gemeinschaft freier Völker. Zur Geschichte der internationalen Wirtschaftspolitik der SED (1945 - 1955), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1964, S. 1138 ff.

zweigen der Industrie konzentriert zur Wirkung gebracht werden. So sollten 58 Prozent der Investitionen der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie in der Grundstoffindustrie, 15 Prozent im Maschinenbau und nur 6,4 Prozent in der Leichtindustrie eingesetzt werden.²³ Auch der Einsatz von 890 000 neuen Arbeitskräften sollte vorwiegend auf die Schwerpunktzweige der Industrie und des Bauwesens konzentriert werden.²⁴

Neben den extensiven Faktoren zur Produktionserweiterung lenkte die SED die Aufmerksamkeit gleichzeitig auch auf die intensiven Wachstumsfaktoren, da beide Komponenten für eine erfolgreiche Entwicklung der Volkswirtschaft immer miteinander verbunden sein müssen. So sollten 60 Prozent des Wachstums der industriellen Produktion zwischen 1951 und 1955 durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden.²⁵ Die Senkung der Selbstkosten in der Produktion war im Plan für 1955 mit mindestens 26,8 Prozent gegenüber 1950 festgesetzt, wobei die Schwerpunktbereiche höhere Auflagen zur Selbstkostensenkung erhielten (Metallurgie 40,7 Prozent, Maschinenbau 33,4 Prozent, Chemie 30,3 Prozent).²⁶

Auf dem III. Parteitag wurde hinsichtlich der Qualifizierung der Werktätigen das Ziel gesetzt, insgesamt 122 000 neue qualifizierte Kräfte für die Volkswirtschaft auszubilden. Durch die Verbesserung der Berufsausbildung, den Ausbau der Berufsschulen, Fachschulen, technischen Hochschulen und Lehranstalten sollten 964 200 Lehrlinge und 53 500 Ingenieure und Techniker für Industrie, Bauwesen und Verkehr ausgebildet werden.²⁷

Für die Realisierung der wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sah der Fünfjahrplan 790 Millionen DM aus den Mitteln des Staatshaushaltes vor, die konzentriert im Schwermaschinenbau und in der Grundstoffindustrie, das heißt vordringlich zur Sicherung der Rohstoffbasis und der Energieversorgung sowie zur zweckmäßigen Ausnutzung der Rohstoffe, eingesetzt werden sollten.²⁸ Mit diesen Zielstellungen entsprach die SED nicht nur einem wichtigen Erfordernis zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, sondern trug gleichzeitig darüber hinaus der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus, eine sozialistische Intelligenz zu entwickeln, Rechnung. Für diesen Prozeß, der längere Zeit und den Einsatz großer materieller und finanzieller Mittel erforderte, wurden mit dem Fünfjahrplan die entscheidenden Grundlagen gelegt.²⁹

Durch die Aufgabenstellung des Fünfjahrplanes wurde also sowohl die extensive als auch die intensive erweiterte Reproduktion gesichert. Entsprechend den generellen Anforderungen der sozialistischen Industrialisierung und unter den konkreten Bedingungen, unter denen sich dieser Prozeß in der DDR vollzog, standen jedoch eindeutig extensive Wachstumsfaktoren im Vordergrund. Die Maßnahmen zur Einsparung vergegenständlichter und lebendiger Arbeit waren den zur Ausweitung des Produktionsfeldes ergriffenen untergeordnet. Die wirtschaftspolitische

23 Vgl. DDR - Werden und Wachsen, Berlin 1974, S. 199.

24 Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 53 f.

25 Vgl. Statistische Praxis, Nr. 9/1964, S. 228.

26 Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 57 f.

27 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1950, S. 297.

28 Vgl. ebenda, S. 294.

29 Vgl. Gemeinsam zum Sozialismus, Berlin 1969, S. 144 ff.

Konzeption der SED sah also für den Zeitraum von 1951 bis 1955 das extensive Wachstum als vorherrschende Form der Produktionsentwicklung in der Industrie der DDR vor, was den objektiven Erfordernissen der sozialistischen Industrialisierung entsprach.³⁰

1949/50 war in der Wirtschaft der DDR ein gewisser Umschwung eingetreten. Trotz noch vorhandenen Mangels an vielen Dingen war die Zeit des Hungers und der größten Not der schweren Nachkriegsjahre überwunden. Die spürbare Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung wurde zu einer Triebkraft bei der Entfaltung der Initiative der Werktätigen. Die erreichten Fortschritte verdeutlichten sich 1950 unter anderem in einer Erhöhung der Durchschnittslöhne um 33,3 Prozent gegenüber 1948. Im gleichen Zeitraum waren die Preise für Lebensmittel auf etwa ein Sechstel und für Textilien und Schuhe auf ein Drittel bis ein Viertel gesenkt, das Gesundheits- und Sozialwesen ausgebaut und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verwirklicht worden.

Diese Entwicklung zielstrebig weiterzuführen war ein Grundanliegen des Fünfjahrplanes. In der Zielstellung des Fünfjahrplanes spiegelte sich die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei wider. Das Fünfjahrplandokument des III. Parteitages stellte die Aufgabe, auf der Grundlage des Produktionswachstums und durch die Beseitigung der schweren Kriegsfolgen den Vorkriegslebensstandard der Bevölkerung bis 1955 zu überschreiten, einen bedeutenden Aufschwung des kulturellen Niveaus der Werktätigen zu erreichen und umfangreiche Maßnahmen zur Förderung der Volksgesundheit durchzuführen.³¹ Diese Aufgabenstellung entsprach sowohl dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus als auch dem Sinn des Sozialismus überhaupt, wo die Produktion nicht Selbstzweck oder den Interessen einzelner untergeordnet ist, sondern der ständig besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen dienen muß.

In welchem Umfang aber konnte und mußte dieser wirtschaftspolitische Grundsatz in der Anfangsphase des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus realisiert werden?

Die erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen war nicht nur eine soziale Aufgabe, sondern von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Einerseits mußte sie zurückwirken auf die Leistungsbereitschaft und die Entwicklung der Arbeitseinstellung der Werktätigen, andererseits mußte auch der gezielten Abwerbung von Arbeitskräften durch den Imperialismus der BRD entgegengewirkt und die Anziehungskraft des Sozialismus erhöht werden.

Der Fünfjahrplanentwurf der SED sah vor, im Vergleich zu 1950 das Volkseinkommen um mehr als 60 Prozent, den durchschnittlichen Arbeitslohn der Werktätigen in der gesamten Volkswirtschaft um 16,8 Prozent und in der Industrie um 20 Prozent zu erhöhen, die Preise für Nahrungsmittel und Massengebrauchsartikel um mindestens 28 Prozent sowie die Steuersätze für die Werktätigen zu senken und den Einzelhandelswarenumsatz um 71 Prozent zu steigern. In den Jahren

³⁰ Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in die Industrie der DDR in den Jahren 1945 - 1955, Berlin 1979, S. 94 ff.

³¹ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 2, a. a. O., S. 277; Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 15.

1951 bis 1955 sollten für Volksbildung und Kultur 8650 Millionen DM, für das Gesundheitswesen 2970 Millionen DM aus dem Staatshaushalt verausgabt werden.³² Die nachfolgenden Tabellen verdeutlichen anhand der Lohnentwicklung und des Jahresverbrauchs an Lebensmitteln und industriellen Gebrauchsgütern, wie sich die materielle Lage der Werktätigen kontinuierlich verbesserte und bis 1952 im wesentlichen den Vorkriegsstandard erreichte.

Tabelle 4

Lohnentwicklung 1950 bis 1955⁺

	1950	1952	1955	1950	1952	1955
	Index 1950 = 100			in DM		
Bruttolohn ⁺⁺	100	117,0	138,2	256	300	354
Nettolohn	100	117,0	140,8	218	256	308
Lebenshaltungskostenindex ⁺⁺⁺	100	72,4	62,5			
Reallohnindex	100	161,6	225,3			

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 202.

++ Monatlicher Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten ohne Lehrlinge und Heimarbeiter.

+++ Entsprechend der Verbrauchsstruktur eines 4-Personen-Industriearbeiter-Haushaltes 1955.

Unter strukturpolitischem Aspekt wurde bereits dargelegt, welche umfangreichen Aufgaben zur Entwicklung der materiell-technischen Basis gelöst werden mußten und welche Mittel dazu notwendig waren. Die SED mußte das komplizierte Problem lösen, gleichzeitig die geplante Entwicklung der Industrieproduktion auf 192,3 Prozent des Standes von 1950 bei vorrangigem Wachstum der Schwerindustrie zu sichern und eine rasche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung zu erreichen. Das Ergebnis mußte sich in der Entscheidung über die Verteilung des Nationaleinkommens in Akkumulation und Konsumtion niederschlagen. (Vgl. Tabelle 6.)

Die relativ geringen Akkumulationsmittel wurden wie geplant konzentriert in den Schwerpunktoobjekten des Fünfjahrplanes eingesetzt. Da der Aufbau der Schwerindustrie Grundlage und Voraussetzung für die planmäßige Entwicklung des materiellen Lebensniveaus darstellte, konnten zunächst die Zweige der Leicht- und Lebensmittelindustrie nur in sehr geringem Umfang mit Akkumulationsmitteln versorgt werden. In diesen Bereichen sollte der geplante Produktionszuwachs im wesentlichen ohne Investitionen, durch die volle Auslastung aller vorhandenen Kapazitäten, die Nutzung örtlicher Reserven, die Förderung der Initiativen der Privatunternehmer, die Verbesserung der Arbeitsorganisation usw. erreicht werden. Größere Rekonstruktionsarbeiten, Erweiterungen und Neuausrüstungen in den Betrieben der Leichtindustrie konnten erst für 1954 und 1955, also nach der Durchführung der großen Aufgaben in der Schwerindustrie, in Aussicht gestellt werden.³³

Die Produktionsergebnisse zeigen ebenso wie die erreichte Verbesserung des Lebensstandards, daß diese Konzentration der Investitionsmittel auf die Zweige der

³² Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 2, a. a. O., S. 299 ff.

³³ Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 30 ff.

Tabelle 5

Jahresverbrauch je Kopf der Bevölkerung an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern⁺

Artikel	Maß- einheit	1936	1950	1952 ⁺⁺	1955 ⁺⁺	1955 zu 1950 in %
Fleisch und Fleischwaren	kg	46,8	16	51,0	55,4	346,2
Eier	Stück	117	29	117	121	417,2
Milch	kg	127	32	127	127	396,9
Fett insgesamt	kg	26,4	12	26,4	26,4	220,0
Zucker	kg	22,9	20	25,5	25,5	127,5
Gewebe jeglicher Art	m ²	18,0	8,98	12,0	18,0	200
Schuhe jeglicher Art	Paar	1,0	1,3	1,4	1,8	138
Obertrikotagen	Stück	0,6	0,17	0,4	0,75	441
Untertrikotagen	Stück	5,5	1,46	3,0	6,0	411
Seife	kg	3,82	1,01	2,0	4,0	400
Hausbrand in Brikettwert	kg	600	299	600	600	200

+ Zentrales Staatsarchiv, Bestand E-1, Akte 11769.

++ Geplant.

Tabelle 6

Entwicklung der Akkumulation und Konsumtion 1950 bis 1955⁺

Jahr	Akkumulation		Konsumtion	
	in % des NE ⁺⁺	Index	in % des NE ⁺⁺	Index
1950	8	100	92	100
1951	10	133	90	124
1952	11	168	89	145
1953	12	212	88	159
1954	9	165	91	173
1955	12	247	88	180

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, Berlin 1974, S. 20.

++ Im Inland verfügbares Nationaleinkommen.

Schwerindustrie der einzig mögliche und richtige Weg war, um die Ziele der sozialistischen Industrialisierung und die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung in Übereinstimmung zu bringen. Dieser Weg verlangte jedoch von der Arbeiterklasse beträchtliche Opfer und Anstrengungen, die sich auch in einer langsameren Entwicklung der Konsumgüterproduktion zeigten, und darin, daß die materiellen Lebensbedingungen - trotz des großen Aufschwungs - bis 1955 noch nicht in wünschenswertem Maße verbessert werden konnten. In der "Geschichte der SED" heißt es zu diesem Problem, "daß die vorrangige Entwicklung der Metallurgie, des Maschinenbaus, der Chemie, der Energiewirtschaft und anderer Zweige der Schwerindustrie eine Existenzfrage für die DDR war. Unter den konkre-

ten historischen Bedingungen war es allein dadurch möglich, die Volkswirtschaft planmäßig und proportional zu entwickeln und die materiell-technische Basis des Sozialismus zu errichten. Nur so konnten in längeren Fristen die Bedingungen geschaffen werden, um die Konsumgüterproduktion rascher zu steigern und die materielle Lebenslage der Werktätigen zu verbessern. Allein durch die Konzentration auf die Schwerindustrie konnte die DDR ihre ökonomische und politische Unabhängigkeit sichern, ihre Verpflichtungen gegenüber den anderen Staaten des sozialistischen Weltsystems erfüllen, ihrer Verantwortung für die Sicherung des Friedens und den gesellschaftlichen Fortschritt gerecht werden. Dies war der einzige Weg, um die ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht weiter zu festigen und die Frage 'Wer - wen?' endgültig zugunsten der Arbeiterklasse zu entscheiden.³⁴

Die stabile und leistungsfähige Volkswirtschaft in der DDR, auf deren Grundlagen gegenwärtig die Werktätigen die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestalten, bestätigt die Richtigkeit der Politik der SED. Mit der Verwirklichung des ersten Fünfjahrplanes wurden notwendige Grundlagen und Voraussetzungen für unsere heutigen Erfolge geschaffen.

Zur Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft in Dänemark

von Lembit Ebre

1. Die privatmonopolistische Regulierung
2. Die staatliche Regulierung der Wirtschaft
 2. 1. Die antizyklische Regulierung
 2. 2. Die Strukturregulierung
 2. 3. Der staatliche Sektor

Die wichtigste Rolle bei der Beschleunigung des Strukturwandels in der dänischen Wirtschaft und beim Wachsen von Dänemarks Position auf den internationalen Märkten nach dem zweiten Weltkrieg spielte die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Wenn die Feststellung richtig ist, daß Dänemark ein Land mit hochentwickeltem Kapitalismus ist, dann ist ebenso die These berechtigt, daß es ein Land mit entwickeltem staatsmonopolistischem Kapitalismus ist, weil gerade der letztere das Hauptmerkmal des entwickelten Kapitalismus unserer Epoche ist.

Der gegenwärtige staatsmonopolistische Kapitalismus stellt selbst eine wesentliche Veränderung im System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dar, jedoch eine Veränderung, die gesetzmäßig aus der Natur des Kapitalismus selbst erwächst. Die modernen Produktivkräfte erfordern, daß ihre Leitung von einem einheitlichen Zentrum aus für ein ganzes Land oder ein System von Ländern erfolgt, die durch regionale bzw. internationale Arbeitsteilung verbunden sind. Der hieraus entstehende Widerspruch zwischen dem Prinzip der freien Konkurrenz, das die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft war, und der Notwendigkeit einer Regulierung der Wirtschaft im monopolistischen Stadium findet seine teilweise Lösung in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die staatliche Intervention erfaßt immer neue Sphären der Wirtschaft, und gleichzeitig wird die spontane "freie Konkurrenz" immer mehr den globalen Interessen einer "stabilen Entwicklung der gesamt-nationalen Wirtschaft" untergeordnet, was in Wirklichkeit die Sicherung und Unterstützung vor allem der Interessen der führenden Monopole des Landes bedeutet.

Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird im Programm der KPdSU charakterisiert als die "Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus mit dem Ziel der Bereicherung der Monopole, der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes sowie zur Rettung der kapitalistischen Ordnung."¹

1 Programma KPSS, Moskau 1972, S. 26 f.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus weist in den einzelnen kapitalistischen Ländern Besonderheiten auf in dem Mechanismus, durch den das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in diesem oder jenem Land, zwischen staatlichem und privatem Kapital sowie zwischen einheimischem Monopolkapital und ausländischem Kapital verwirklicht wird.

Folgende Hauptziele sollen durch die staatliche Regulierung der Wirtschaft erreicht werden:

- die Stimulierung der Entwicklung der führenden Industriezweige und Gesellschaften,
- die Festigung von deren Position auf den Weltmärkten,
- die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und der für die Durchführung von Versuchen erforderlichen Objekte,
- die beschleunigte Entwicklung rückständiger Gebiete des Landes,
- die Sicherung der Beschäftigung der einheimischen und die Beschaffung von billigen ausländischen Arbeitskräften,
- eine ausgeglichene Zahlungsbilanz usw.

Hauptobjekt der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft sind der Privatsektor - in erster Linie die führenden Monopole - und der staatliche Sektor. Entsprechend muß auch das System der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft auf zwei Ebenen betrachtet werden: die privatwirtschaftliche Regulierung und die Wirtschaftspolitik des Staates.

Auf der Ebene der Monopole drückt sich der Einfluß des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Entwicklung der Wirtschaft vor allem in der Beschleunigung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion aus und dementsprechend in der Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der führenden Finanzgruppen, der nationalen und multinationalen Monopole. Der Staat ist immer häufiger gezwungen, seine ökonomische Politik und die Interessen der nationalen Wirtschaftsentwicklung den Interessen dieser Monopole unterzuordnen. Der kapitalistische Staat geht immer mehr dazu über, die Funktion eines "Komitees für die Angelegenheiten der Finanzoligarchie" auszuüben. Eine seiner Hauptaufgaben besteht in der Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole.

Obwohl es den dänischen Unternehmen in den wichtigsten Industriezweigen dank der verstärkten Finanzierung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten sowie der für die Durchführung von Versuchen erforderlichen Objekte durch den Staat gelungen ist, eine ziemlich hohe Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten zu erreichen, konnte - besonders nach 1965 - weder ein stabiles Wachstum des Beschäftigungsgrades noch eine ausgeglichene Zahlungsbilanz gesichert werden. Das erklärt sich zum großen Teil sowohl aus dem verstärkten Einfluß, den die Krisentendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft auf Dänemark ausüben, als auch aus dem gewachsenen Widerstand der dänischen Monopole gegen solche Regulierungsmaßnahmen, die auf die Stabilisierung der nationalen Wirtschaft insgesamt gerichtet sind, die Monopolinteressen aber einengen.

1. Die privatmonopolistische Regulierung

Ausgangspunkt bei der Untersuchung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Dänemark war eine Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen dem privatmonopolistischen und dem staatlichen Sektor der Wirtschaft des Landes. Daraus ergaben sich Schlußfolgerungen über den Grad, in dem das System der staatsmono-

politischen Wirtschaftsregulierung in Dänemark auf der privatmonopolistischen Regulierung basiert. Bekanntlich beherrschen 150 dänische Firmen (das sind nur 0,7 Prozent aller Firmen) 50 Prozent des gesamten Exports in Industrieerzeugnissen.² Schon aus einer einfachen Zählung, die die Position der führenden Monopole bei der Versorgung des inneren Marktes unberücksichtigt läßt, geht hervor, daß sie nicht weniger als 25 Prozent der Industrieproduktion des Landes kontrollieren. Der staatliche Sektor umfaßt, wie weiter unten gezeigt wird, nur 3 Prozent; die entscheidende Stellung besitzt also offensichtlich der privatmonopolistische Sektor.

Im entwickelten Kapitalismus vollzieht sich heute mehr als je zuvor ein verstärkter Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals und der Produktion. Hierfür ein charakteristisches Beispiel: In Dänemark gibt es rund 22 000 Aktiengesellschaften; aber 30 führende Vertreter des dänischen Monopolkapitals sind an mehr als 600 großen und einer Vielzahl kleiner Firmen beteiligt.³ Hinter seinen skandinavischen Nachbarn (außer Finnland) bleibt Dänemark hinsichtlich des Grades der Arbeitskräftekonzentration zurück. 1975 gab es in Dänemark zirka 100 Industriebetriebe mit mehr als jeweils 500 Beschäftigten - darunter die "Østasiatisk Kompani" (ØAK), "Danfos", "Superfos", "Burmeister og Wain", "F. L. Smidth og kompanie" und andere -, darin arbeiteten 27 Prozent der dänischen Industriearbeiter. Gleichzeitig hatten aber auch die relativ kleinen Firmen mit 10 bis 50 Beschäftigten nur einen Anteil von 21,8 Prozent an der Gesamtzahl der Arbeiter in Dänemark. Dieser Anteil ist geringer als in den übrigen Ländern Skandinaviens und zeugt von einer größeren Stabilität der mittleren Firmen in der dänischen Wirtschaft. Dänemark nimmt hinsichtlich der Konzentration von Industriearbeitern in Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten (obwohl es sich dabei nur um 25 Prozent aller Industriebetriebe handelt) eine führende Position in Skandinavien ein.⁴

Eine der Besonderheiten kleiner Länder im allgemeinen und auch Dänemarks ist die vertikale Entwicklung der Konzentration. Das heißt, die überwiegende Form der Konzentration ist die Diversifikation des Produktionsprogramms der führenden Gesellschaften, indem sie Firmen anderer Industriezweige aufsaugen.

Eine solche Form der Konzentration ist charakteristisch bei relativ geringem Umsatz der führenden Gesellschaften und einer entsprechend schwächeren Position dieser Firmen im Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten. Bisweilen gehen dabei viele Vorteile der Spezialisierung verloren, aber dafür wird eine größere Flexibilität bei der Führung des Konkurrenzkampfes erreicht, weil eine Firma den Positionsverlust auf dem Markt bei einer speziellen Warengattung in der Regel durch Umstellung auf den Export anderer ihrer Erzeugnisse kompensieren kann. Völlig zu Recht äußerten skandinavische Ökonomen, daß die weitere Vertiefung der vertikalen Konzentration nicht die Herausbildung eines "einheitlichen industriellen Komplexes" im Lande, das heißt die völlige Vereinigung der Interessen der spezialisierten Hauptunternehmen in einem einheitlichen Kartell, bedeutet. Ju. Judanov führt hierzu den Standpunkt des schwedischen Ökonomen I. Svennilsson an, daß die Konzentration des Kapitals, der Monopolisierungsprozeß, in der Regel nur bestimmte exportorientierte Zweige erfasse und sich in ihnen

2 Rinascita, 25. 2. 1972.

3 Børsen, 25. 12. 1972.

4 Yearbook of Nordic Statistics 1977, Stockholm 1978, S. 6 f.

stürmisch entwickelte, während andere für den Binnenmarkt arbeitende Industriezweige meist weitgehend zersplittert bleiben.⁵

Besonders typisch ist eine solche Modifikation der vertikalen Konzentration für Dänemark. Judanov bemerkt völlig zu Recht, daß "in einem kleinen Land die Voraussetzungen für eine horizontale Konzentration (der führenden Gesellschaften - L. E.) außerordentlich begrenzt sind: die Anzahl der Hauptproduzenten ist in der Regel unbedeutend, und darüber hinaus sind sie meist schon in einem einzigen Kartell vereinigt."⁶ Beispiel dafür ist die Fusion der beiden größten dänischen Bierbrauereikonzerne "Carlsberg bryggerierne" und "De forenede bryggerier" im Jahre 1970.

Während jedoch seitens der großen Gesellschaften Fusionen in der Regel vertikal erfolgen, gehen sie bei den kleinen horizontal vor sich. Der sowjetische Ökonom Diskulov schätzt, daß in Dänemark mehr als 90 Prozent aller Fusionen in Form einer horizontalen Konzentration erfolgen.⁷ Welche Form überwiegt, ergibt sich daraus, welche Rolle die großen Konzerne in der Wirtschaft spielen. Offensichtlich übt bei einer so hochentwickelten Wirtschaft, wie sie das heutige Dänemark aufweist, die Fusion weniger großer Gesellschaften in Form der vertikalen Konzentration einen wesentlich größeren Einfluß auf die Wirtschaftsstruktur aus, als es die horizontale Fusion selbst einiger hundert kleiner Firmen könnte.

So wie in der Industrie ist in Dänemark die Kapitalkonzentration auch im Bankwesen schwächer als in anderen kleinen industriell entwickelten Ländern. Das findet seine Erklärung vor allem in der Spezifik der Herausbildung und Entwicklung der dänischen Wirtschaftsstruktur. Solange die eng mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen Wirtschaftszweige den entscheidenden Teil des nationalen Bruttoprodukts lieferten, blieben die Möglichkeiten für die Entwicklung des Banksystems begrenzt, weil die genossenschaftliche Betriebsform im Agrarsektor vorzugsweise auf dem Prinzip der Eigenfinanzierung (durch Kreditgesellschaften auf Gegenseitigkeit usw.) beruhte. Erst die Umwandlung des Landes aus einem Agrar-Industrieland in ein Industrie-Agrarland führte seit dem Ende der fünfziger Jahre zu einer bedeutend beschleunigten Kapital-Konzentration im Bankwesen. In den sechziger Jahren verringerte sich die Zahl der Kommerzbanken in Dänemark um die Hälfte. Ein ebensolcher Rückgang wird bis zum Ende der siebziger Jahre erwartet.

Die verstärkte Konzentration des Bankkapitals und die Verdrängung der kleinen Banken geben der dänischen Finanzoligarchie die Möglichkeit zu größeren Wirtschafts- und Finanzoperationen und erhöhten ihr wirtschaftliches und politisches Potential gegenüber den imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Die drei größten dänischen Banken - "Landmandsbanken" (Landwirtschaftsbank), "Privatbanken" und "Handelsbanken" -, in denen fast alle führenden Monopole des Landes vertreten sind, haben allein von 1960 bis 1965 ihr Kapital mehr als verdoppelt (von 1,4 auf 3 Milliarden Kronen) und kontrollieren gegenwärtig bis zu 60 Prozent der Bankoperationen im Lande.⁸

Um die Landwirtschaftsbank bildete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die mächtigste Finanzgruppierung Dänemarks, in der sich die ØAK, "Burmeister og

5 Malye strany Zapadnoj Evropy, Moskau 1972, S. 53 f.

6 Ebenda, S. 52.

7 Piskulov, Ju. V./Gradobitova, L. D., Sever i integracija, Moskau 1972, S. 13.

8 Die Welt, 18. 10. 1974.

Wain" und andere Großunternehmen zusammenschlossen. An ihrer Spitze standen die Familien Andersen und Glückstadt. Eine zweite Gruppe der Finanzoligarchie unter Kontrolle der Familie Titgen vereinigte mit Hilfe von "Privatbanken" das größte Unternehmen der Lebensmittelindustrie, "Forenede Sukkerfabriken" (Vereinigte Zuckerfabriken), einige Schifffahrtsgesellschaften und andere Betriebe. Eine dritte Gruppe umfaßte die führenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, die sich um die Handelsbank ("Handelsbanken") und die Genossenschaftsbank ("Andelsbanken") vereinigten.

Der weitere Konzentrationsprozeß in Dänemark, bedeutend unterstützt durch das System staatlicher Regulierungen, führte sowohl zum beschleunigten Anwachsen der ökonomischen Macht der genannten monopolistischen Finanzgruppen in der Nachkriegszeit als auch zur Entstehung neuer Gruppierungen. Derartige Finanzgruppen verkörpern heute die höchste Form der kapitalistischen Monopolgebilde. Besondere Bedeutung haben sie in mittleren und kleinen Ländern, wo die großen Industriegesellschaften, selbst wenn sie auf dem nationalen Markt eine beherrschende Stellung erreicht haben, im Vergleich zu den Giganten der kapitalistischen Weltwirtschaft doch meist verhältnismäßig klein bleiben. Unter diesen Bedingungen wird der finanzielle Rückhalt durch die größeren Vereinigungen für die Industriegesellschaften eine ökonomische Notwendigkeit. Er bedeutet jedoch gleichzeitig ihre Unterordnung unter die Finanzgruppen.⁹

Die Autoren der Studie "Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus" sprechen von privatmonopolistischer Regulierung auf drei Ebenen:

1. große Industrie- und Bankmonopole
2. monopolistische Finanzgruppen
3. zweig- und gesamt nationale Unternehmerverbände.

Für die kleinen Länder, also auch für Dänemark, ist wie erwähnt, die privatmonopolistische Regulierung auf der Ebene monopolistischer Finanzgruppen charakteristisch. Die Industrie- und Bankmagnaten bemühen sich, auf diese Weise die Finanzierungsprobleme zu lösen, Veränderungen in der Produktionsstruktur durchzusetzen sowie die Spezialisierung und Kooperation auf dem Wege der Zusammenarbeit zwischen den Firmen zu sichern.¹⁰ In den kleinen Ländern - vor allem auch in dem noch bis vor kurzem agrarischen Dänemark - stehen die ökonomische Macht und der politische Einfluß der Monopole weit hinter denen der großen Industriemächte zurück. In letzter Zeit treten daher in Dänemark Vorschläge zur Verstärkung der privatmonopolistischen Regulierung auf der Ebene der gesamt nationalen und Zweigunternehmerverbände in den Vordergrund. Die Monopolbourgeoisie bemüht sich, vermittels dieser Verbände ihre allgemeinen ökonomischen Konzeptionen zur Entwicklung des Landes zu verwirklichen.

So empfiehlt beispielsweise der dänische sozialdemokratische Ökonom Helge Andersen den dänischen Unternehmern in seinem Buch "Wer beherrscht Dänemark jetzt?"¹¹, sich - um das stürmische Vordringen des ausländischen Kapitals im Lande zu verhindern und die Stellung der unabhängigen nationalen Wirtschaft zu festigen - zusammenzuschließen und Unternehmervereinigungen nach dem Prinzip der Gleichartigkeit von Unternehmen oder sogar Zweigen (auf freiwilliger Ba-

9 Uglublenie obščego krizisa kapitalizma, Moskau 1976, S. 129.

10 Ebenda, S. 126.

11 Andersen, Helge, Hvem ejer Danmark nu? (Wer beherrscht Dänemark jetzt?), Kopenhagen 1970.

sis) zu schaffen, die die Konkurrenzfähigkeit der führenden nationalen Unternehmen des entsprechenden Zweiges kontrollieren, die Kapitalwanderung auf dem inneren Markt regulieren und diesen Betrieben Schutz vor der Gefahr bieten sollen, durch ausländische Firmen verschlungen zu werden.

Jedoch der Beitritt Dänemarks zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Unterordnung seiner Wirtschaft unter das Regime einer vom "Gemeinsamen Markt" vorgeschriebenen Kapitalwanderung haben eine wirklich effektive Realisierung dieser Idee außerordentlich beeinträchtigt

Folglich bleibt die Regulierung der wirtschaftlichen Prozesse durch die monopolistischen Finanzgruppen weiterhin die typische Ebene der privatmonopolistischen Regulierung in Dänemark.

Der oben erwähnte dänische Wissenschaftler Helge Andersen hebt in einem anderen Buch mit dem Titel "Drei multinationale Giganten Dänemarks" hervor, daß die drei größten monopolistischen Vereinigungen unter den führenden Finanzgruppen des Landes völlig den Kriterien moderner multinationaler Monopole entsprechen, und zeigt an ihrem Beispiel, wie die dänischen Firmen im System der internationalen Arbeitsteilung verankert sind und wie eng ihre Verbindung mit dem Staatsapparat ist.¹²

Die stärkste von ihnen ist die relativ alte "ØAK", unter deren Kontrolle 185 Tochterfirmen und 63 Filialen in der Welt mit insgesamt 40 000 Beschäftigten stehen. Das Aktienkapital der "ØAK", das bei ihrer Gründung Ende des vergangenen Jahrhunderts 2 Millionen Kronen betrug, wuchs inzwischen auf mehr als 500 Millionen Kronen an. Der Gesamtumfang des Kapitalumschlags beträgt gegenwärtig mehr als 10 Millionen Kronen. Etwa 90 Prozent seiner Einnahmen erzielt der Konzern aus seinen Auslandsunternehmen.

Ursprünglich führte die "ØAK" ausschließlich Handelsoperationen durch, dehnte jedoch mit der sich entwickelnden vertikalen Konzentration den Betrieb rasch auch auf andere Wirtschaftszweige aus. Gegenwärtig sind ihre Hauptgeschäftsbereiche Schifffahrt, Handel, Industrie und Landwirtschaft. Unter den größten Tochterunternehmen sind zu nennen "Plumros" (Lebensmittelindustrie), die Schiffswerft "Nakskov skibsverft" und "Dumplex" (Herstellung von Medikamenten), Handelsfilialen in Australien, Japan und Thailand, Kautschukplantagen und eine Fabrik für Gummischeue in Malaysia sowie eine Reihe von Fabriken und Plantagen in Südafrika und Lateinamerika.

Gleichzeitig nimmt die "ØAK" die führende Stellung in den zwei größten Investitionsgesellschaften der Welt - "Adela" und "Pika" - ein und ist Hauptmitinhaber der Firma "Skanservice" - einer großen Schifffahrtsgesellschaft, die den Hochseetransport zwischen Europa und Indien kontrolliert.¹³ Die zweitgrößte multinationale monopolistische Gruppierung Dänemarks ist "A. P. Møller S. A.", eine der fünf größten Schifffahrtsgesellschaften der Welt. Sie hat Filialen in elf Ländern und zirka 20 000 Beschäftigte. 90 Prozent ihrer Einnahmen erzielt sie aus dem internationalen Seefrachtverkehr, wobei sie eng mit den führenden Erdölfirmen der Welt zusammenarbeitet. Neben der Schifffahrt gehört zum Tätigkeitsbereich von "Møller" der Lufttransport, die Erkundung und Gewinnung von Erdöl

12 Vgl. derselbe, Danmarks tre multinationale giganter (Drei multinationale Giganten Dänemarks), Kopenhagen 1974.

13 Ebenda, S. 66 - 131.

im Meer, der Häuserbau sowie die Produktion und der Handel mit Lebensmitteln. Die größten Gesellschaften, die "Møller" in Dänemark kontrolliert, sind die Schifffahrtsgesellschaften "Dampskib 1912", AG "Svendborg" und "Mørsk line ltd", die Fluggesellschaft "Mørsk air", die Schiffswerften "Odense stolskibsverft" und "Lindø verftet", die sich auf den Bau großtonnagiger Schiffe spezialisiert haben, sowie das Industriesyndikat "Disa", das Formereimaschinen für Gießereien herstellt. "Møller" hat auch die führende Position im "Dänischen Konsortium zur Erschließung fossiler Rohstoffe".

Unter "Møllers" Tochtergesellschaften im Ausland müssen die Luftfahrtgesellschaft "Oriental Air" in Hongkong, die Zuckerrohrplantage "Tanganjika Planting Company" in Tansania und die texanische Erdölgewinnungsgesellschaft "Atlantic Pacific Marin Corporation" in Newston genannt werden, die "Møller" über die Tochterfirma "Mørsk Drilling" kontrolliert. Seit dem Erwerb der "Atlantic Pacific Marin Corporation" wurde "Møller" nach kurzer Zeit die viertgrößte Gesellschaft zur Erkundung von Erdölvorkommen im Meer. Man muß auch die große Beteiligung des Konzerns an der Gesellschaft "Skandinavian Mineral Syndikat" zur Erkundung nutzbarer Mineralien in Kanada erwähnen. 14

Während diese beiden führenden multinationalen Monopole in Dänemark ursprünglich auf der Verbindung von Schifffahrt und Handel (in erster Linie dem internationalen Handel) basierten, ihr Kapital vorwiegend in ausländischen Unternehmen anlegten (hauptsächlich - und besonders in der Anfangsperiode - in Entwicklungsländern) und rasch zur vertikalen Integration übergingen, unterscheidet sich die dritte multinationale monopolistische Gruppierung in Dänemark, "F. L. Smith og kompanie", von ihnen sowohl durch den Charakter ihres ursprünglichen Tätigkeitsbereiches als auch dadurch, daß ihr Kapital vorzugsweise innerhalb Dänemarks angelegt ist. "Smith" ist die größte finanzielle Gruppierung im Innern des Landes. Ihre Hauptgeschäftsbereiche sind die Produktion von Zement und Ausrüstungen für die Zementindustrie (hier nimmt sie eine Monopolstellung auf dem dänischen Markt ein), der Wohnungsbau und Industriebauten. Sie besitzt nach offiziellen Angaben allein in Dänemark 18 Tochterfirmen mit etwa 10 000 Beschäftigten. Die höchste Beschäftigtenzahl unter ihren Betrieben in Dänemark haben die Aktiengesellschaften "Olborg Portland Cement Fabrik", (die die 6 größten Zementfabriken Dänemarks in sich vereinigt), "Potagua", "Nordisk kabel- og trodfabrikker", das Stahlwalzwerk in Vardø, die Maschinenfabrik "Norden" sowie eine Reihe großer Transportfirmen und Versicherungsgesellschaften. Außerdem besitzt "Smith" Filialen in weiteren 15 Ländern der Welt. 15 Man schätzt, daß die Firma, die immer tiefer in die dänische Wirtschaft eindringt, gegenwärtig bereits an 36 dänischen und 23 ausländischen Firmen beteiligt ist. 16 Im Maße, wie sich die monopolistischen Finanzgruppen festigen, wächst ihr Einfluß auf das Wirtschaftsleben des Landes, zum Beispiel auf die Wirtschaftspolitik des Staates. Die führenden multinationalen Monopole drohten der Regierung beispielsweise 1972, ihre Produktion aus Dänemark in die Länder der EWG zu verlegen, falls das Land nicht dem "Gemeinsamen Markt" angeschlossen würde. Bemühungen des Monopolen, ihre Produktionskapazitäten in solche Länder zu verlegen, die ihnen höhere Profite sichern, sind in der gesamten kapitalistischen Welt besonders unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise zu beobachten.

14 Ebenda, S. 140 - 197.

15 Ebenda, S. 200 - 278.

16 Petrov, V., Mnogonacional' nye Monopolii v Danii, in: Bjulleten' počtovoj informacii, Nr. 168, 29. 8. 1974, S. 14.

Bedeutenden Einfluß üben die Monopole auf die dänische Gesetzgebung aus, auf die staatliche Politik zur Exportstimulierung, die Amortisationspolitik, die Preispolitik, auf die "Regierungshilfe" für Entwicklungsländer usw. sowie auf die Annahme beispielsweise solcher Gesetze, die die Interessen der dänischen Geschäftskreise schützen (Gewährung von Exportsubsidien usw.). Unter den Firmen, denen Exportgarantien und -darlehen gewährt wurden, stehen die größten dänischen Monopole "ØAK" und "Smith" mit an der Spitze. Sie erhalten auch den Löwenanteil an staatlichen Dotationen.

Die dänische Regierung stimuliert und unterstützt den Export vor allem mit Hilfe des Rates für die Garantie von Exportkrediten (Handelsflådens verfarvsråd), der in der Nachkriegsperiode seine Tätigkeit bedeutend erweitert hat. Die Gesamtsumme der für Exportkredite gewährten Garantien erhöhte sich von 0,3 Milliarden Kronen 1954 auf 11 Milliarden Kronen 1974.¹⁷ Die Rolle des Staates bei der Exportstimulierung wuchs besonders in den sechziger Jahren, als der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen an der Exportstruktur rasch stieg und der Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten sich entsprechend verschärfte.

In den letzten Jahren trug die Außenhandelspolitik der dänischen Regierung protektionistischen Charakter mit Importbeschränkungen, Valutabeschränkungen sowie einer Diskriminierung von Drittländern (Nichtmitgliedern der EWG). Hervorgerufen wurde sie in erster Linie durch das Inkrafttreten des Handelsreglements der EWG, aber auch durch die allgemeine kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1973.

Man muß auch die große Aktivität des Staates bei der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und beim Bau der für die Durchführung von Versuchen erforderlichen Objekte, in erster Linie bei der Finanzierung der kapitalintensiven wissenschaftlichen Forschung, hervorheben. Die staatliche Institution für Darlehen zur wissenschaftlichen Forschung in der Wirtschaft (Forskning sekretariatet) vermittelt alle positiven Resultate der von ihr subventionierten Forschungen Privatfirmen zu Eigentum. Im Falle eines Mißerfolgs der Forschungen jedoch werden die Verluste völlig oder größtenteils vom Staat getragen. Das führende staatliche Organ zur Unterstützung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und des Baus der für die Durchführung von Versuchen erforderlichen Objekte ist der Teknologirådet og statens tekniske prøvenavn.

Eine große Rolle bei der Entstehung und Festigung der dänischen multinationalen Monopole spielten die außerordentlich liberalen Bestimmungen für Abschreibungen. In der dänischen Presse wurde zu Beginn der siebziger Jahre viel darüber geschrieben, daß es der Gesellschaft "A. P. Møller" allein durch die Ausnutzung der Gesetze über die Amortisationsabführungen gelungen war, mehr als 3,3 Milliarden Kronen vor den Steuerbehörden zu verschleiern.¹⁸

Um einen möglichst großen Teil des Gewinns steuerfrei zu halten, führen die Unternehmen Abschreibungen in einem Ausmaße durch, das den tatsächlichen Verschleiß bei weitem übersteigt. In Dänemark wie auch in anderen entwickelten Ländern ist der Wert der Maschinen und Ausrüstungen heute innerhalb von fünf Jah-

17 Piskulov, Ju. V./Gradobitova, L. D., a. a. O., S. 51; Lavrov, Ju. I., Gosudarstvennye organy po regulirovaniju vneshej trgovli Danii, in: Bjulleten' inostranoj kommerčeskoj informacii (im folgenden: BIKI), 6. 10. 1977.

18 Petrov, V., a. a. O., S. 14.

ren zu 80 bis 100 Prozent abgeschrieben¹⁹ Außerdem wird bei Maschinen, Schiffen und Ausrüstungen, die bestellt, aber noch nicht geliefert sind, eine sogenannte "vorweggenommene Abschreibung" praktiziert.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre lag in Dänemark die Amortisationsrate niedriger als in anderen entwickelten Ländern. Seit 1955 stieg sie an und hatte in den sechziger Jahren das Niveau der meisten entwickelten Länder eingeholt. Das brachte der dänischen Wirtschaft die Möglichkeit bedeutender zusätzlicher Investitionsquellen, vor allem durch die Erweiterung der Eigenfinanzierung.

Während der dem wirtschaftlichen Boom (1955 bis 1965) unmittelbar vorangegangenen Jahre stieg die Amortisationsrate steil an. Von 25 Prozent im Jahre 1950 wuchs sie auf 38 Prozent im Jahre 1955.²⁰ Ungeachtet dessen wurde für Dänemark seit den sechziger Jahren eine Verringerung der Rolle der Eigenfinanzierung zur charakteristischen Tendenz. Der Anteil eigener Mittel an den Bruttoinvestitionen verringerte sich in der Industrie von 44 Prozent im Jahre 1959 auf 38 Prozent im Jahre 1969.²¹ Das ist in erster Linie durch das rasche Wachsen der Kapitalintensität der modernen Produktion und eine gewisse Verschlechterung der Handelsbedingungen für Dänemark auf dem Weltmarkt zu erklären. Die Situation wurde auch durch die außergewöhnlich aktive staatliche Politik bei der Regulierung der Höhe der Amortisationsrate nicht gemildert, weil die steuerfreien Summen häufig unproduktiv genutzt wurden. Die großen Unternehmen beschuldigten die Regierung einer zu harten Steuerpolitik, sie erklärten die relative Einschränkung der Fonds für die Eigenfinanzierung aus einer im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern niedrigeren Gewinnrate in der dänischen Industrie (7 bis 8 Prozent in den sechziger Jahren).

Das sozialdemokratische "Programm der Wirtschaftsdemokratie", das auf die Erweiterung der Fonds zur Eigenfinanzierung gerichtet ist, schlägt als Ausweg aus dieser Situation die Zuweisung eines Teils des Lohnfonds an die Eigenfinanzierungsfonds vor, das heißt einen Ausweg auf Kosten der Werktätigen.

Durch die Aktivierung der Abschreibungspolitik hatte ein intensiver Faktor des wirtschaftlichen Wachstums, die Verringerung des Kapitalalters - wie eine Analyse des bekannten amerikanischen Ökonomen Denison zeigt -, in Dänemark bedeutend größeren Einfluß auf das Anwachsen des Nationaleinkommens zwischen 1950 und 1962 als im übrigen Westeuropa.²² Als sich die Geschäftstätigkeit in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre abschwächte, diente die Abschreibungspolitik des Staates, die nach den Ausführungen des dänischen Ökonomen Andersen "die liberalste in Europa" war²³, weiterhin als wichtiger Regulator des Investitionsklimas. Die Amortisationsrate blieb nahezu unverändert bei 37 Prozent.²⁴

¹⁹ Piskulov, Ju. V./Gradobitova, L. D., a. a. O., S. 49.

²⁰ Yearbook of National Account Statistics 1960, hg. v. United Nations, New York 1961, S. 282.

²¹ Statistisk Arbog 1961, Kopenhagen 1961, S. 124; ebenda 1971, Kopenhagen 1971, S. 132.

²² Denison, E., Issledovanie različij v tempach ékonomičeskogo rosta, Moskau 1971, S. 14 f., 554 - 557, 562 - 565.

²³ Andersen, Helge, Danmarks tre multinationale giganter, a. a. O., S. 28.

²⁴ Yearbook of Nordic Statistics 1966, Stockholm 1967, S. 130; ebenda 1973, Stockholm 1974, S. 194.

Auch in der Steuer- und der Preispolitik nehmen die dänischen Monopole eine entscheidende Position ein. Im sogenannten "Monopolrat", "Det økonomiske råd", der für Fragen der Preisbildung errichtet wurde, sind Vertreter der Geschäftswelt so stark vertreten, daß von einer effektiven Preiskontrolle keine Rede sein kann.

Eine Form staatlicher Unterstützung der Monopole ist die Politik der "Regierungshilfe" für Entwicklungsländer. Andersens führt das Beispiel des "Smith"-Konzerns an, der einen Auftrag zum Ausbau eines Zementwerkes in Tansania erhalten hatte. Obwohl Konkurrenzfirmen aus anderen Ländern angeboten hatten, die Arbeiten billiger auszuführen, erhielt "Smith" den Auftrag zugesprochen, weil die dänische Regierung eine Anleihe zu seiner Finanzierung gewährte. Im Endergebnis büßte Tansania dadurch eine bedeutende Summe ausländischer Valuta ein.²⁵ Entsprechend dem Gesetz über die "Hilfe" für Entwicklungsländer wurden mehr als 25 Prozent der Garantiekredite, die Dänemark in den letzten fünf Jahren gewährte, an Firmen vergeben, die zur "ØAK" gehörten oder eng mit ihr verbunden waren.²⁶

Welchen Druck die private Bourgeoisie auf die Regierungspolitik im Hinblick auf die "Hilfe für Entwicklungsländer" ausübt, zeigt sich ganz deutlich an einem Beispiel, das der fortschrittliche dänische Wissenschaftler Peter Neersø anführt.²⁷ So wurde im Jahre 1976 die von dem dänischen Konzern "ØAK" abhängige Firma "Briskoe" in Ghana entschädigungslos nationalisiert. Sie wurde offiziell angeklagt, die ghanaischen Restriktionen zur Beschränkung der Profitausfuhr aus dem Lande mißachtet zu haben. "Briskoe" war einer künstlichen Vergrößerung der berechneten Produktionskosten überführt worden. Die Regierung Dänemarks übte direkten Druck auf Ghana aus und zwang es, von seiner ursprünglichen Entscheidung abzugehen. Wahrscheinlich erhält die "ØAK" eine Teilentschädigung.

Von der offensiven Tätigkeit der dänischen Monopole bei der Ausarbeitung der staatsmonopolistischen Regulierungsmethoden zeugt, daß sie im Parlament zwei Entwicklungsschemata für dänische Kapitalanlagen in Entwicklungsländern durchdrückten. Das erste Gesetz gewährt Investitions Garantien gegen Verluste durch Nationalisierungen oder Bürgerkriege; die Firmen müssen jährlich lediglich 0,5 Prozent der garantierten Summe bezahlen. Durch das zweite Gesetz wurde ein Fonds zur Industrialisierung von Entwicklungsländern (Fondet til fremme at teknisk og industriel udvikling) geschaffen. Er soll den dänischen Firmen, die Investitionen in Entwicklungsländern vornehmen, Hilfe in Form von Anleihen zu niedrigen Zinssätzen und Aktienbeteiligungen gewähren. In der Regel akzeptiert der Fonds die Bedingungen der dänischen Firmen, ohne irgendeine effektive Kontrolle ihrer Tätigkeit in der "dritten Welt" auszuüben. Das gibt den Unternehmern freie Hand für Manipulationen mit den Mitteln des Fonds. Die dänischen Firmen ließen wiederholt verlauten, daß sie mit der Unterstützung durch diese offizielle Institution außerordentlich zufrieden sind. Nach ihren Worten stärkte sie ihre Position bei Verhandlungen mit den Regierungen der Entwicklungsländer.

25 Andersen, Helge, Danmarks tre multinationale giganter, a. a. O., S. 51 f.

26 Ebenda, S. 52 - 55.

27 Neersø, P., Mogyt li malen' kie kapitalističeskie strany byt' imperialističeskimi?, in: Meždunarodnaja politika, Belgrad, Nr. 156/157, 5. - 20. 8. 1977, S. 36.

Neersø bemerkt zu Recht, daß die dänische Regierung trotz ihres Appells für eine neue ökonomische Ordnung in den Entwicklungsländern in Wirklichkeit nur die Ausbeutung der "dritten Welt" durch private Firmen unterstützt. 28

In dem Bemühen, die Konkurrenzfähigkeit der führenden dänischen Monopole auf den Weltmärkten nach Dänemarks Beitritt zur EWG zu vergrößern, ging die Regierung in den letzten Jahren zu einer auffallenden Erweiterung der Anleihen an Entwicklungsländer über, und das ungeachtet der krassen Zunahme der Auslandsverschuldung und des Defizits in der dänischen Zahlungsbilanz. Nach Helge Andersen wurde die Wirtschaftspolitik Dänemarks während der letzten zehn Jahre in so bedeutendem Maße durch die Interessen der dänischen multinationalen Monopole bestimmt, daß sie tatsächlich zu einer entscheidenden Kraft der Gesellschaft wurden, deren Einfluß nicht mit dem der Gewerkschaften vergleichbar ist. Um ihre Ziele zu erreichen, wendeten die multinationalen Gesellschaften besondere Sanktionen an, die sie der Regierung direkt vorgeschrieben hatten. Dies illustriert am anschaulichsten die rasche Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Dänemark und die sich verstärkende Verflechtung der Interessen von Staat und Monopolen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Man muß jedoch im Auge behalten, daß der aktiven Rolle der Monopole im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die die Regierung in ein "Komitee für die Angelegenheiten der Finanzoligarchie" verwandeln wollen, in den entwickelten kapitalistischen Ländern auch bestimmte Grenzen gesetzt sind. Schließlich ist die sozialdemokratische Partei die führende politische Partei in Dänemark; sie muß ihr Wirken immerhin vor ihren Wählern rechtfertigen. Die Notwendigkeit, gesamt-nationale Interessen zu berücksichtigen, zeigte sich besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise. So stiegen beispielsweise 1976 die Einnahmen des Schiffbaukonzerns "Burmeister og Wain" auf fast 100 Millionen Kronen. Gleichzeitig entließ die Verwaltung 3 000 Arbeiter und Angestellte unter dem Vorwand der Krisensituation in der Schiffbauindustrie der westlichen Länder und der Notwendigkeit einer Rekonstruktion des Konzerns. Im Zusammenhang damit erklärte der Handelsminister Dänemarks, I. Nergor, der Zeitung "Information" in einem Interview, daß die Regierung ihre Einstellung zur Frage der Hilfeleistung für die Schiffbauindustrie überprüfen müsse. 29

In dem neuen Programm, das 1976 auf dem XXV. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks angenommen wurde, wird ein konkreter Plan von Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der Rolle des Staates bei der Leitung der Wirtschaft aufgestellt: "Die demokratische Wirtschaftspolitik muß auf die Ausnutzung der Erwerbschaften der Wissenschaft und Technik gerichtet sein mit dem Ziel der Entwicklung der Produktion, der Sicherung einer gleichmäßigeren Verteilung und der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung", heißt es im Programm. "Ihre Verwirklichung kann nur dann gesichert werden, wenn die demokratische Regierung genügend Macht für eine entschiedene Intervention in das Wirtschaftsleben erhält. Deshalb muß der Staat die Schlüsselpositionen der Wirtschaft ... auf dem Wege einer demokratischen Nationalisierung in seine Hände nehmen.

Demokratische Nationalisierung bedeutet Vergesellschaftung und demokratische Verwaltung der Wirtschaft.

28 Ebenda.

29 Land og folk, 11. 3. 1977.

Die Vergesellschaftung muß in solchem Umfang verwirklicht werden, daß der nationalisierte Sektor genügend Gewicht in der Ökonomik hat und die Richtung ihrer Entwicklung bestimmen kann. Deshalb muß er umfassen:

- Banken, Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften, was ihm die Möglichkeit gibt, die Politik der Kapitalanlagen und Kredite zu bestimmen und deren Richtung festzulegen;
- den Energiesektor und die Hauptrohstoffquellen, die entscheidende Bedeutung für die energetische Versorgung haben;
- die großen Monopole, die direkt oder indirekt die beherrschenden Positionen in den entscheidenden Sphären der Produktion und des Handels einnehmen, darunter diejenigen in der Industrie von Baumaterial, im Schiffbau, in der Schifffahrt, der pharmazeutischen Industrie und die Großunternehmen in der Lebensmittelindustrie;
- die zu den multinationalen Konzernen gehörenden Großbetriebe, die gegen die Interessen des dänischen Volkes auftreten.

Die demokratische Verwaltung der Wirtschaft muß solche Bedingungen schaffen, daß die Tätigkeit der nationalisierten Betriebe wirklich den Interessen der Gesellschaft entspricht und daß sie nicht in einen Teil des Systems des Staatsmonopolismus verwandelt werden können. Das ist nicht mit Hilfe von Direktiven zentraler Organe zu erreichen, dazu ist die aktive Teilnahme und Kontrolle durch gewählte Arbeiter und Vertreter des Personals der Betriebe notwendig, die nicht nur die Produktion kennen müssen, sondern auch Zugang zu allen Materialien haben, die die Tätigkeit des Betriebes betreffen."30

2. Die staatliche Regulierung der Wirtschaft

Die staatsmonopolistischen Maßnahmen der Regierung, die ökonomische Politik des Staates zur Entwicklung der dänischen Volkswirtschaft zielen nicht ausschließlich auf die Unterstützung der Monopole, sondern sind teilweise auch auf ihre Zügelung im Interesse der Festigung des Monopolkapitalismus als Ganzes gerichtet.

Im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus besitzt der Staat eine relative Selbständigkeit. Auf die kapitalistische Reproduktion wirkt er vor allem ein durch:

1. das staatliche Eigentum und das staatliche Unternehmertum;
2. die Beteiligung des Staates an der Entnahme und der Umverteilung des Nationaleinkommens;
3. die staatliche Regulierung der Wirtschaft, einschließlich der Programmierung auf gesamtstaatlicher Ebene.

Geht es im Punkt 1 um eine Form der direkten Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft, handelt es sich bei Punkt 2 und 3 um Formen der indirekten Einwirkung durch die Ausnutzung des Systems von Hebeln oder Instrumenten der staatlichen Regulierung. Die Hauptrichtungen der ökonomischen Politik, deren Ziel die Regulierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses insgesamt ist, sind die antizyklische und Antiinflationspolitik, die Politik des Wirtschaftswachstums, die

30 XXV S-ezd Kommunističeskoj partii Danii, Moskau 1978, S. 127 f.

Regulierung der Marktbeziehungen, die soziale Regulierung und schließlich die politischen Maßnahmen, die mit der Regulierung der außenwirtschaftlichen Verbindungen zusammenhängen. 31

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Systems der staatsmonopolistischen Regulierung vollzog sich in Dänemark in folgenden Hauptetappen:

- die Jahre der Wirtschaftskrise nach dem ersten Weltkrieg;
- die Krise 1929 bis 1933 (besondere Festigung der Rolle des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter dem Einfluß der Ideen von Keynes);
- die Krisenperiode nach dem zweiten Weltkrieg;
- die Periode Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre im Zusammenhang mit dem Beitritt Dänemarks zur Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA);
- der Beitritt des Landes zur EWG Anfang der siebziger Jahre.

Für Dänemark wie auch für andere nordeuropäische Länder ist charakteristisch, daß eine staatliche Regulierung der Wirtschaft vorwiegend durch kurzfristige Konjunkturmaßnahmen einer antizyklischen Regulierung erfolgt. Derartige finanzielle Hebel sind sowohl die Steuer-, Kredit- und Preispolitik, die Manipulierung der Staatsausgaben, darunter der Rüstungsausgaben, aber auch Maßnahmen zur Stimulierung oder Begrenzung der Nachfrage. Diese Instrumente einer Antikrisenintervention des Staates in der Wirtschaft wurden bereits in den Krisenjahren 1929 bis 1933 ausgearbeitet. Eine charakteristische Besonderheit für Dänemark im Vergleich zu den übrigen nordischen Ländern besteht jedoch darin, daß wirklich effektive und moderne Methoden einer langfristigen Programmierung der Wirtschaftsentwicklung und eine Strukturpolitik im Arsenal der Regulierungsmethoden nur in außerordentlich begrenztem Maße Anwendung finden.

2. 1. Die antizyklische Regulierung

In früheren Etappen wurde die antizyklische oder Konjunkturregulierung vorwiegend durch die Anwendung einer oder mehrerer Einzelmethoden (häufige Veränderung von Zinssätzen, Regulierung der konsumtiven Nachfrage usw.) realisiert. Seit den fünfziger Jahren ging der Staat bei der Regulierung der Wirtschaftskonjunktur immer mehr dazu über, einen breiten Komplex finanzieller Methoden gleichzeitig anzuwenden.

Als völlig berechtigt muß die Feststellung des bekannten dänischen sozialdemokratischen Ökonomen Erik Ib Schmidt betrachtet werden, daß die wichtigste Funktion der staatlichen Finanzpolitik nicht nur die Bestreitung der wachsenden Staatsausgaben ist, sondern die Regulierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten. 32

Was das System der Budgetregulierung - eine der Hauptmethoden der antizyklischen Regulierung - betrifft, so konnten die dänischen Wirtschaftspolitiker, die der Konzeption der amerikanischen Schule anhängen, diese Politik hier nicht er-

31 Diese Probleme werden detailliert in zwei sowjetischen Studien beleuchtet: Leninskaja teorija imperializma i sovremennost', Moskau 1977, S. 219 - 259; Uglublenie obščego krizisa kapitalizma, Moskau 1976, S. 126 - 146.

32 Schmidt, Erik Ib, Dansk økonomisk politik (Dänische Wirtschaftspolitik), Kopenhagen 1967, S. 161 f.

folgreich und flexibel genug verwirklichen. Helge Nørgård schreibt, daß "der Gedanke einer Konjunkturregulierung durch die Budgetpolitik darin besteht, daß der staatliche Sektor des Wirtschaftslebens seine Tätigkeit als Gegenpol zum Privatsektor so entwickeln muß, daß die Gesamtsumme der wirtschaftlichen Tätigkeit ausgeglichen wird. In einer Periode mit niedrigem Stand der Produktion und geringem Beschäftigungsgrad muß der Staat nach einer Passivität seines Budgets streben, das heißt, er muß durch seine Ausgaben der Bevölkerung größere Einnahmen schaffen, als er von ihr auf dem Wege über die Steuern erhält. Umgekehrt kann der Staat in Zeiten hoher wirtschaftlicher Aktivität und Vollbeschäftigung, die häufig von inflationistischen Tendenzen, aber auch von Valutaschwierigkeiten begleitet sind, seine wirtschaftliche Aktivität auf dem Wege der Schaffung von Budgetüberschüssen, die eine Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung hervorrufen, dämpfen. In den Nachkriegsjahren befand sich die dänische Wirtschaft im Grunde gerade in einer solchen Situation, und der Staat erhielt deshalb einen Budgetüberschuß aufrecht, der ziemlich bedeutend war." ³³

Die Theorie der sogenannten "Defizit-Budget-Regulierung" zeigte in den USA, wo diese Konzeption am breitesten Anwendung gefunden hat, daß ein chronischer Passivsaldo des Staatshaushaltes in Wirklichkeit unvermeidlich zum Überschuß an Valutareserven und zur Inflation führt. Die Kompensierung durch eine gewisse Erhöhung der inneren Geschäftstätigkeit erwies sich für die Stabilisierung solcher Prozesse als ungenügend. Obwohl in Dänemark im wesentlichen ein Aktivsaldo im Budget gehalten worden war, verringerten sich die Inflationstendenzen durchaus nicht. Dänemark zählte im Gegenteil mit zu den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen diese Tendenzen im Verlauf der Nachkriegsperiode am stärksten ausgeprägt waren. Die Abwertung der Krone 1967 und Mitte der siebziger Jahre war ja sogar ungeachtet des schroffen Absinkens der Geschäftstätigkeit nach 1965 und Mitte der Siebziger Jahre erfolgt. Gerade die Inflation und der ihr folgende Zusammenbruch des Finanzsystems der kapitalistischen Welt waren doch die Hauptursachen der tiefen Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre und führten ihrerseits unvermeidlich zur Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung.

Die angeführten Schlußfolgerungen und Zusammenhänge zeigen, daß die tatsächliche Wirksamkeit der einzelnen staatsmonopolistischen Regulierungsmethoden ziemlich begrenzt ist und in der Regel von vielen objektiven und subjektiven Faktoren abhängt, die in dieser oder jener Periode die Entwicklung der Wirtschaft beeinflussen.

Um die Ursache der geringen Wirksamkeit der Budgetregulierung in Dänemark aufzuspüren, ist es notwendig, die Besonderheiten einer anderen mit ihr zusammenhängenden wichtigen Methode der staatsmonopolistischen Regulierung zu analysieren: der Steuerpolitik, die die unmittelbare Grundlage für die Verwirklichung der Budgetregulierung bildet.

Der Anteil der Steuern am Bruttonationalprodukt in Dänemark zählt zu den höchsten der Welt. In der Nachkriegsperiode wuchs er ständig und erreichte inzwischen fast 45 Prozent. Dabei spielen die Eingänge aus der Besteuerung die entscheidende Rolle in den Budgetausgaben: Sie erreichten 90 Prozent.

Eine Besonderheit Dänemarks besteht in der außerordentlich niedrigen direkten Besteuerung des Gewinns der Unternehmen. Während der Nachkriegszeit war sie

33 Nørgård, Helge, Danmarks erhvervsforhold (Die Zweigstruktur Dänemarks). Kopenhagen 1966, S. 240.

durchschnittlich nur halb so hoch wie in den anderen skandinavischen Ländern.³⁴ Obendrein hatte der Anteil der Unternehmen am Gesamtumfang der Budgeteinnahmen aus der Einkommenssteuer eine sinkende Tendenz (siehe Tabelle 1). Während dieser Anteil 1950 noch 13 Prozent ausmachte, verringerte er sich bis 1972 bereits auf 5 Prozent der Staatseinnahmen aus Einkommenssteuern. In der gleichen Zeit, in der die Gesamtsumme solcher Einkünfte aus der Bevölkerung in laufenden Preisen auf das Vierundzwanzigfache wuchs, von 1950 bis 1972, vergrößerte sich diese Kennziffer für die Betriebe nur auf das Zehnfache. Die vorläufigen Angaben für 1978 weisen unter Krisenbedingungen eine Tendenz zum Wachsen des Anteils der Gesellschaften in den Budgeteinnahmen auf, während das Realeinkommen der Bevölkerung stagniert oder sinkt.

Tabelle 1

Hauptkennziffern des Besteuerungssystems in Dänemark⁺
(in laufenden Preisen)

	1950	1960	1972	1978 ⁺⁺
Einnahmen des Staates aus indirekten Steuern (in Md. Kronen)	1, 4	4, 2	19, 5	40, 8
Anteil der indirekten Steuer an den Gesamteinnahmen aus der Besteuerung (in %)	57	54	48	57
Einkünfte aus Einkommenssteuer (in Md. Kronen)	0, 8	3, 0	18, 0	29, 3
darunter:				
aus der Bevölkerung	0, 7	2, 6	17, 0	26, 5
von den Unternehmen	0, 1	0, 4	1, 0	2, 8
Anteil der Einkünfte von den Unternehmen (in %)	13	13	5	10
Anteil der Einkommenssteuer an den Gesamteinnahmen aus der Besteuerung (in %)	30	39	50	41

+ Berechnet nach Statistisk Årbog, Kopenhagen 1953, S. 262 - 282; 1963/64, S. 341 - 354; 1973, S. 381 - 383; 1977, S. 366; Yearbook of National Account Statistics 1960, hg. v. United Nations, New York 1961, S. 278.

++ Plan.

Hier muß erwähnt werden, daß den Unternehmern ein großer Teil der Steuerausgaben durch die Vergrößerung der Staatsaufträge, aber auch in Form von Subsidien und anderen Privilegien wieder zurückerstattet wird.

³⁴ Yearbook of Nordic Statistics 1973, a. a. O., S. 216 f.; Yearbook of National Account Statistics 1960, a. a. O., S. 278 - 280; Statistisk Årbog, Kopenhagen, entsprechende Jahre.

Eine weitere Erhöhung der direkten Besteuerung der Werktätigen stieß auf den wachsenden Kampf breiter Schichten der Bevölkerung und auf physische Grenzen, konnte also unter den Bedingungen der sich verändernden Wirtschaftskonjunktur kein genügend effektiver und flexibler Hebel ökonomischer Regulierungen sein. Diese Funktion mußte durch die Erhöhung der indirekten Steuern - eine verschleierte Form der direkten Besteuerung - erfüllt werden, die die besondere Eigenschaft hat, daß sie hauptsächlich die Einkommen der breiten Schichten der Bevölkerung beeinflusst, das heißt der Werktätigen, weil vor allem Massenverbrauchsgegenstände mit indirekten Steuern belegt werden. Eine Erhöhung der indirekten Steuern bedeutet für die Werktätigen eine doppelte Belastung, während die wohlhabenden Schichten und die Unternehmen, die die Hauptmasse ihrer Einnahmen vor allem in Investitionsgütern anlegen, im Endergebnis von indirekten Steuern kaum betroffen werden.

Besonders charakteristisch war das rasche Wachstum der indirekten Besteuerung in Dänemark in der Periode hoher Geschäftstätigkeit (zum Beispiel in der ersten Hälfte der sechziger Jahre), als sich die Regierung bemühte, mit Hilfe dieser Hebel das Anwachsen der inländischen Konsumtion einzuschränken. Während der geringen wirtschaftlichen Konjunktur (seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre) verringerte sich der Anteil der indirekten Steuern jedoch (siehe Tabelle 1). Seit 1975 war ihr Umfang sogar geringer als der der direkten Steuern.

Der relativ niedrige Anteil der indirekten Steuern an den gesamten Steuereinnahmen muß als ein für Dänemark charakteristischer Zug gewertet werden. In den benachbarten nordeuropäischen Ländern überstieg der Umfang der indirekten Steuern den der direkten in den siebziger Jahren durchschnittlich um das Zweifache bis Dreifache.³⁵ Wie jedoch aus der Tabelle 1 hervorgeht, wird in den nächsten Jahren auch in Dänemark eine neue Erhöhung des Anteils der indirekten Steuern erwartet. Der wirtschaftliche Mechanismus zur Realisierung des erwarteten Effekts ist folgender: Die Einschränkung des Wachstums des inländischen Verbrauchs soll die wirtschaftliche Gesamttätigkeit im Lande so entwickeln, daß die wachsende Inflation gestoppt und das riesige Defizit in der Zahlungsbilanz (es bestand fast während der gesamten Nachkriegsperiode, außer 1971 bis 1972) verringert wird. Es wurde vorgeschlagen, den Saldo der Zahlungsbilanz auf dem Wege eines Ausgleichs der Handelsbilanz zu verbessern. Im Ergebnis einer Einschränkung des Inlandsverbrauchs hielt man es für wahrscheinlich, mögliche Exportressourcen freizusetzen und den Umfang der Importe zu verringern.

In dem Bemühen, die Rolle des Staates bei der Regulierung der Krisenwirtschaft zu aktivieren, schlug die dänische Regierung abermals vor, ab 1978 den Anteil der Unternehmen sowohl an den direkten wie auch an den indirekten Steuern in den Budgeteinnahmen bedeutend zu erhöhen. Eine solche Entscheidung bei beginnender Depression erklärt sich aus der Hoffnung, das erwartete Wachstum des Realeinkommens der Bevölkerung ausnutzen zu können, um sie für die Erhöhung der Produktionstätigkeit zu mobilisieren. Das Wachstumstempo der indirekten Steuern, die das Hauptinstrument zur Realisierung dieser Politik waren, überflügelte während des Booms das Anwachsen der direkten Steuern erheblich. Der erwähnte dänische Ökonom Schmidt, der die Wirkung der sich erhöhenden indirekten Besteuerung auf die Verringerung des Inlandsverbrauchs erläuterte, wies richtig darauf hin, daß es im gegebenen Falle nicht einmal um die unmittelbare Einschränkung des Verbrauchs jener Gruppe von Waren gehen könne, die mit Ver-

brauchssteuer belegt sind.³⁶ Der Sinn und Zweck einer solchen Politik bestehe darin, mit den härtesten Steuern fast ausschließlich die lebensnotwendigsten Waren zu belegen, deren Verbrauch außerordentlich stabil ist (die sogenannten "am wenigsten elastischen Waren", wie Lebensmittel, Kleidung, Tabak, Streichhölzer, Salz, Benzin usw.), womit ein doppelter Effekt verbunden wäre: Die Einkünfte des staatlichen Fiskus würden sich unmittelbar vergrößern, und die Verbraucher behielten weniger Geld für andere Waren und Dienstleistungen, die nicht mit Steuern belegt sind.

Jedoch auch die Steuerpolitik erwies sich nicht als effektiv. Während ihrer intensiven Anwendung hemmte sie nicht nur die Nachfrage, sondern führte zur unmittelbaren Verschlechterung der realen zahlungsfähigen Nachfrage der Bevölkerung und zu einem bedeutenden Anwachsen der Lebenshaltungskosten im Lande. Das zeigte sich besonders stark nach Dänemarks Beitritt zur EWG. In der Zeit abnehmender Geschäftstätigkeit jedoch (vor allem im Ergebnis der Verschärfung der Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach 1965) konnte keine Verbesserung des Saldos der Handels- und der Zahlungsbilanz gesichert werden, weil auch das Exportpotential eingeschränkt wurde. Entsprechend wurde der Inflationsdruck keineswegs abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch verstärkt.

Im Juli 1977 hat die dänische Sozialdemokratie ein Planprojekt ausgearbeitet, mit dem die ökonomischen Schwierigkeiten des Landes überwunden werden sollen. Auf der Grundlage einer Erhöhung der Steuern und Abgaben soll die Industrie weitere Zuwendungen erhalten, damit der Beschäftigungsgrad der Bevölkerung zunimmt. Solche Maßnahmen widerspiegeln sich auch in den veränderten Tendenzen des Besteuerungssystems für 1978 (vergleiche Tabelle 1).

Die großen dänischen Zeitungen "Jyllands-Posten" und "Kristeligt Dagbladet" halten den Versuch, die Probleme durch Erhöhung der Steuern und Abgaben zu lösen, für ein untaugliches Mittel. Der Plan sei gefährlich, ungenügend und pessimistisch.³⁷

Das Programm der KP Dänemarks fordert dagegen eine demokratische Steuerreform, durch die "die Steuerlast auf jene verlagert (wird), die imstande sind, sie zu tragen."³⁸

Die Ursache der erfolglosen Konjunkturpolitik der dänischen Regierung in der Nachkriegszeit liegt darin, daß hier innerhalb des Systems staatsmonopolistischer Regulierungen im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern das Bestreben besonders stark hervortritt, auf dem Wege eines einseitigen Drucks auf den Lebensstandard der Werktätigen aus den Schwierigkeiten herauszukommen, während den Monopolen immer günstigere Bedingungen zur Vermehrung ihrer Profite und zur beschleunigten Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten geschaffen werden. Durch eine solche Politik bemüht sich die Regierung zu kompensieren, daß die dänischen Monopole relativ jung und schwach sind, bzw. versucht, sie immer mehr unter staatliche Vormundschaft zu zwingen. Die dänischen Kommunisten mißbilligen scharf diese Regierungspolitik, die die Lebensbedingungen der Werktätigen verschlechtert.

36 Schmidt, Erik Ib, a. a. O., S. 144 f.

37 Vgl. Jyllands-Posten, 29. 7. 1977.

38 XXV S-ezd ..., a. a. O., S. 130.

Zur Lösung des Problems schlagen sie im Programm der KP Dänemarks die Einführung einer demokratischen Kontrolle über die Wirtschaft, darunter auch über die Staatsausgaben, sowie die Beseitigung der Rüstungsausgaben vor.³⁹

Schon seit der Mitte der sechziger Jahre herrscht unter den dänischen Ökonomen die Meinung, daß die klassischen Methoden der Finanzpolitik nicht mehr gerechtfertigt sind, weil sie offensichtlich nicht imstande sind, das vor der ökonomischen Politik des Staates stehende Grundproblem zu lösen - die Ausgleichung der Zahlungsbilanz. Neben der weiteren Ausnutzung des Steuersystems suchte man neue wirksamere Hebel zur staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung. Besondere Bedeutung wurde dem Übergang von kurzfristigen Konjunkturmaßnahmen zur langfristigen Regulierung, zur Politik des ökonomischen Wachstums beigemessen, die eine qualitativ neue Stufe der staatsmonopolistischen Regulierung darstellt.

In den europäischen kapitalistischen Ländern erhielt die Wachstumspolitik ihre Formulierung in der Ausarbeitung von Entwicklungsplänen und -programmen und in zusätzlichen Systemen von Finanz- und Kreditstimulierungen, die notwendig sind für deren Verwirklichung (die sogenannte indikative Planung). Eine solche Programmierung soll die einzelnen Regulierungsmaßnahmen (Kredit- und finanzielle Maßnahmen, Beschleunigungen der Abschreibungen, unentgeltliche Subsidien, Vorzugskredite usw.) koordinieren. Die langfristige Regulierung ist das wichtigste Instrument zur Realisierung der Strukturpolitik.

Während in Schweden, Norwegen, Holland, Frankreich und anderen Ländern besonders in den sechziger Jahren in immer größerem Umfang diese modernen Methoden der langfristigen Wirtschaftsprogrammierung angewandt wurden und der Staat nicht selten die Gesetzgebung im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer für alle Unternehmer verbindlichen perspektivischen Regulierung der Wirtschaft ("Dirigismus") ausgenutzt hat, blieb für Dänemark im wesentlichen eine kurz- und mittelfristige Wirtschaftsprogrammierung auf der Basis der Finanz- und Kreditregulierung charakteristisch.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte sie das Ziel, alle Ressourcen auf den Wiederaufbau der Wirtschaft zu konzentrieren und die notwendigen Valutareerven zu mobilisieren. Seit den sechziger Jahren setzten sich die gewöhnlich für fünf bis sechs Jahre berechneten Wirtschaftsprogramme fast ausnahmslos das Ziel, die Inflation zu stoppen (antiinflationistische oder deflationistische Politik) und die Zahlungsbilanz auszugleichen (Regulierung der außenwirtschaftlichen Verbindungen). Auf diese Weise gehörte die in Dänemark hauptsächlich als Finanzprogramm ausgearbeitete Wirtschaftsprogrammierung zu den antizyklischen Maßnahmen des Staates und wurde nur in geringerem Maße zur langfristigen Strukturregulierung ausgenutzt. Es handelte sich um einzelne formal nicht miteinander zusammenhängende Programme, die gewöhnlich als Folketing-Gesetze bestätigt wurden. Zwei davon sollen hier genannt werden. Das eine war im Jahre 1971 aufgestellt worden und sah den Ausgleich der Zahlungsbilanz bis zum Jahre 1977 vor. Es mußte wegen des steilen Anwachsendes des Defizits in der Zahlungsbilanz nach dem Beitritt Dänemarks zur EWG bereits Mitte 1973 als unrealisierbar angesehen werden. Gegen Ende des Jahres 1973 begann man ein neues langfristigeres Programm zur Entwicklung der Wirtschaft auszuarbeiten. Es sollte zehn bis fünfzehn Jahre wirksam sein und das Defizit der Zahlungsbilanz bis zum Jahre 1980

39 Ebenda, S. 6, 28, 131.

beseitigen. Der Bilanzausgleich sollte vornehmlich durch eine Exporterhöhung um 15 Prozent pro Jahr hergestellt werden.⁴⁰ Die Tendenzen im dänischen Außenhandel zeigen jedoch in den Jahren 1973 bis 1977, daß das Wachstumstempo des Exports bedeutend hinter dem des Imports zurückbleibt, was praktisch einem Mißerfolg auch dieses Programms gleichkommt. Das Defizit der Zahlungsbilanz ist keineswegs geringer geworden, sondern hat im Gegenteil eine Rekordhöhe erreicht.

In den letzten Jahren unternahm der Staat einige ziemlich zaghafte Schritte zur Errichtung einer direkten Kontrolle über die Monopolbetriebe mit dem Ziel, die Akkumulation zu erhöhen. Die sozialdemokratische Regierung verkündete Anfang der siebziger Jahre ein langfristiges "Programm der Wirtschaftsdemokratie". Es sah vor, die Unternehmer zu verpflichten, in allen Betrieben aus den für Löhne vorgesehenen Mitteln einen durch die Arbeiter kontrollierten Fonds zu schaffen. Nach Ablauf einer bestimmten Frist sollte er für neue Investitionen des betreffenden Unternehmens verwendet werden und auf diese Weise - nach Meinung der Sozialdemokraten - die Arbeiter in gleichberechtigte Teilhaber an der Leitung der Firma verwandeln. In Wirklichkeit trägt das genannte "Programm der Wirtschaftsdemokratie" jedoch typisch sozialdemokratisch maskierten arbeiterfeindlichen Charakter und bringt im wesentlichen nichts Neues im Hinblick auf das Wesen der Beziehungen zwischen der dänischen Regierung und den Monopolen.

Da in der Regel auch die Monopole nicht an der Finanzierung dieser Programme interessiert sind - sie können die durch die Regierung errichteten Steuerhindernisse leicht umgehen -, lassen die ersten Schritte der dänischen Regierung zur langfristigen wirtschaftlichen Programmierung als Methode der staatsmonopolistischen Regulierung keine große Effektivität im Vergleich zur Finanz-, Kredit- und Budgetregulierung erkennen. Im Gegenteil. Auch die modernsten Leitungsmethoden erweisen sich als ergebnislos und entbehren jeder realen finanziellen Grundlage, wenn sie von seiten eines kapitalistischen Staates in einer kapitalistischen Wirtschaft angewandt werden. Der Mißerfolg der langfristigen wirtschaftlichen Programmierung in Dänemark hat dieselben Ursachen wie die Erfolglosigkeit der Finanz- und Kreditpolitik sowie der Budgetregulierung: die Halbheit der Maßnahmen und die Suche nach einem Ausweg aus den Schwierigkeiten auf Kosten der Werktätigen, ohne die Interessen der Monopole anzutasten.

Wie in den meisten Ländern hat in Dänemark das Interesse an der Programmierung seit dem Ende der sechziger Jahre in gewisser Weise abgenommen. Die Bedeutung der Programmierung im Gesamtarsenal der staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen nahm beträchtlich ab, und ihre Ziele erfuhren charakteristische Veränderungen. Das moderne Programmierungssystem wurde zur Regulierung im Rahmen der geschlossenen nationalen Wirtschaft verwendet, war auf die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit "ihrer" Monopole auf dem Weltmarkt gerichtet, besaß jedoch keinerlei Instrumente, um auf Prozesse einzuwirken, die sich auf dem Weltmarkt entwickeln.

Die Autoren der Studie "Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus" führen den Bedeutungsrückgang der Programmierung vor allem auf den Internationalisierungsprozeß der kapitalistischen Produktion zurück. Er vergrößert die Abhängigkeit der einzelnen nationalen Wirtschaften von der Weltmarktkonjunktur; die Macht der internationalen Monopole wächst; sie üben immer stärkeren Ein-

⁴⁰ BIKI, 1. 9. 1973.

fluß auf die inneren wirtschaftlichen Prozesse der einzelnen Länder aus und entgleiten den "regulierenden Händen" der Regierungen.⁴¹ Gleichzeitig werden die Möglichkeiten der staatlichen Administration, Maßnahmen gegen den Willen "ihrer" sich festigenden Monopole durchzusetzen, immer geringer.

Um eine wirklich effektive Planung durchsetzen zu können, müßte - wie die dänischen Kommunisten vorschlagen - das Großkapital nationalisiert werden und dadurch der staatliche Sektor eine größere Kontrolle über die Wirtschaft erhalten.⁴²

2. 2. Die Strukturregulierung

Die derzeitige Hauptmethode der langfristigen staatlichen Regulierung des Wirtschaftswachstums zur optimaleren Ausnutzung des inneren Potentials an Arbeitskräften und Materialressourcen ist die Strukturpolitik und die relativ junge Regionalpolitik der dänischen Regierung.

In der grundlegenden Studie sowjetischer Autoren "Die leninsche Theorie des Imperialismus in der Gegenwart" wird der Begriff "Strukturregulierung" charakterisiert als "unmittelbare Einmischung in die Produktionssphäre, wenn der Staat gezwungen ist, Zweige mit niedriger Profitrate zu unterstützen, entweder alte oder neue, deren Entwicklung mit großem Risiko und riesigen Kapitalanlagen verbunden ist. Nicht selten geschieht das durch direkte Verstaatlichung, durch die Nationalisierung von Industriezweigen, die Schaffung gemischter Unternehmen oder den Aufbau neuer Betriebe mit staatlichen Mitteln usw. Diese Richtung der Wirtschaftspolitik nimmt oft die Form der Struktur- oder Regional-Planung an, wenn die Entwicklung von Wirtschaftszweigen oder ökonomischen Regionen forciert wird."⁴³

Zu Beginn der sechziger Jahre wurde das "Finansieringsinstitutet for Industri og Håndverk A/S" geschaffen. Es hatte die Aufgabe, Darlehen für industrielle Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der Struktur- und regionalen Wirtschaftspolitik des Staates zu verteilen. Bei der Vergabe der Darlehen wurde in erster Linie die Entwicklung einer Industrie in Jütland stimuliert, wo 68 Prozent der landwirtschaftlichen Gebiete Dänemarks liegen. Die Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion im Lande hatte in Jütland eine ziemlich breite Abwanderung von Arbeitskräften in andere Gebiete hervorgerufen. Die Arbeitslosigkeit war hier dreimal so hoch wie im Durchschnitt in Dänemark, die Einkommen lagen jedoch um 30 Prozent niedriger.⁴⁴ Deshalb bezogen sich etwa 60 Prozent der Abmachungen mit der Korporation über Darlehen auf Jütland, und ihr Umfang wuchs in viel rascherem Tempo als vergleichsweise der Umfang derjenigen Darlehen, die in das Gebiet von Kopenhagen und auf andere Inseln gingen.

Im Jahre 1969 wurde die Gesetzgebung über die regionale Politik verabschiedet. Danach sollten drei Formen staatlicher Hilfe für die Entwicklungsgebiete gewährt werden, die 56 Prozent des dänischen Territoriums ausmachen und wo 31 Prozent der dänischen Bevölkerung ansässig waren⁴⁵:

41 Uglublenie obščego krizisa kapitalizma, a. a. O., S. 138.

42 XXV S-ezd..., a. a. O., S. 128.

43 Leninskaja teorija imperializma i sovremennost', a. a. O., S. 238.

44 Europe, Juli 1972. 45 Ebenda.

- a) Garantien für Investitionsdarlehen, Darlehen an das "tätige" Kapital und für die wissenschaftlich-technische Forschung;
- b) Gewährung von Darlehen für die Errichtung von Industriebetrieben und ihre Ausrüstung;
- c) Investitionssubsidien für Firmen, die sich in Schwierigkeiten befinden, zur Regulierung und Unterstützung der Erhöhung des Beschäftigungsgrades.

Die Regionalpolitik des Staates sollte großen Einfluß sowohl auf die allgemeinen Strukturveränderungen in der Wirtschaft als auch auf die optimale Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung ausüben. Ausgehend von der Annahme dänischer Ökonomen, daß zur Schaffung jedes Arbeitsplatzes durchschnittlich Investitionen in Höhe von 100 000 Kronen erforderlich sind, berechnete das die Regionalpolitik Dänemarks lenkende Handelsministerium, daß im Ergebnis der Verwirklichung dieser Politik bis Mitte 1972 zusätzlich etwa 11 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Allerdings zeigt das allgemein rasche Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Dänemark in den letzten Jahren, daß die tatsächliche Wirkung der Strukturpolitik der Regierung vorläufig ebenfalls recht gering geblieben ist.

Wie die angeführten Beispiele zeigen, ist die Wirksamkeit der unterschiedlichen Methoden staatsmonopolistischer Regulierungen nicht absolut, sondern trägt immer relativen Charakter. Die Stimulierung der Entwicklung bei einigen wirtschaftlichen Kennziffern führt unvermeidlich zur Verzögerung der Entwicklung bei anderen. Mit anderen Worten, der Wirkungsmechanismus der staatsmonopolistischen Regulierung hat nur begrenzte Möglichkeiten und ihm sind im Hinblick auf die Stimulierung oder Hemmung bestimmter Prozesse im Circulus vitiosus der spontanen ökonomischen Erscheinungen unter den Produktionsverhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise Schranken gesetzt.

2.3. Der staatliche Sektor

Einen besonderen Platz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus nimmt der staatliche Sektor der Wirtschaft ein. Er stellt den unmittelbaren Eingriff des Staates in die Wirtschaft durch die Schaffung eines besonderen Sektors von Unternehmertum dar. Der Prozeß der Verstaatlichung der Wirtschaft vollzieht sich in Dänemark einerseits vermittels staatlicher Unternehmen, andererseits auf dem Wege der Beteiligung des Staates am Aktienkapital privater Gesellschaften (die Schaffung sogenannten "gemischten Eigentums"). Die Nationalisierung von Privateigentum ist für Dänemark nicht charakteristisch. Sie fehlt hier wie auch in anderen skandinavischen Ländern selbst nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, als in den meisten Ländern Westeuropas und in Japan unter dem Druck der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, aber auch teilweise im Interesse der Verstärkung der Konkurrenzfähigkeit dieser Länder eine ziemlich umfangreiche Nationalisierung vor sich ging.

Die Entwicklung des staatlichen Sektors und das Wachsen seines ökonomischen Einflusses hat in kleinen Ländern außerordentlich große Bedeutung für die Verbesserung der Struktur, der Spezialisierung und der Wirtschaft insgesamt. Die günstigen Möglichkeiten, die in diesem Sektor für die Programmierung der wirtschaftlichen Tätigkeit bestehen, erlauben ihm, hin und wieder beim Auftreten von Krisenerscheinungen in der Wirtschaft als eine Art "Ventil" zu wirken.

In Dänemark ist der staatliche Sektor relativ schwach entwickelt. Im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ihm lediglich die Rolle übertragen, Bedingungen für das effektivere Funktionieren des privaten Sektors zu schaffen,

Die dänische Statistik erlaubt keine genaue Berechnung des Anteils, den das Staatseigentum an der gesamten Wirtschaft ausmacht, Schätzungen basieren auf seinem Anteil an der Beschäftigtenzahl, den Einnahmen und der Anzahl der Firmen. Danach beträgt der Anteil des staatlichen Eigentums an der Wirtschaft in Dänemark etwa 7 bis 9 Prozent. Das ist etwas weniger als in den benachbarten skandinavischen Ländern. Mehr noch, wenn man berücksichtigt, daß in ganz Skandinavien der Anteil des staatlichen Eigentums in der Wirtschaft bedeutend hinter dem der meisten entwickelten kapitalistischen Länder zurückbleibt, dann wird die relativ schwache Position des staatlichen Unternehmertums in Dänemark offensichtlich. So liegt dieser Anteil beispielsweise in denjenigen Ländern, die nach dem zweiten Weltkrieg eine breitere Nationalisierung vorgenommen haben, viel höher: In Japan 35 Prozent, in Frankreich ungefähr 40 Prozent usw.⁴⁶ Nichtsdestoweniger ist der staatliche Sektor in der Nachkriegszeit - sowohl insgesamt gesehen wie auch im Jahresdurchschnitt - im Vergleich zum privaten durch ein rascheres Wachstumstempo charakterisiert. Das betrifft den Produktionsumfang wie auch die Höhe der Kapitalanlagen. Der Anteil des staatlichen Sektors an den Neuinvestitionen stieg von 17 Prozent im Jahre 1948 auf 25 Prozent im Jahre 1975.⁴⁷ Dennoch blieb Dänemark in dieser Hinsicht hinter den anderen skandinavischen Ländern zurück.

In der Regel war die Investitionstätigkeit des staatlichen Sektors in Dänemark unmittelbar mit der Aktivität des privaten Sektors verknüpft (und vielfach von ihm abhängig). Als die Geschäftstätigkeit des privaten Sektors zurückzugehen begann, setzte sich der Staat das Ziel, die Gesamtgeschäftstätigkeit im Lande zu unterstützen, und tat das vor allem auf dem Wege einer starken Erhöhung der Investitionen in der Infrastruktur.⁴⁸ Solche Erscheinungen sind auch in den Jahren der letzten Krise 1973 bis 1975 zu beobachten. Die Betriebe des staatlichen Sektors sind in der gegenwärtigen Wirtschaft Dänemarks ebenfalls vor allem in der Infrastruktur angesiedelt - im Transportwesen, im Post- und Fernmeldewesen und in der Energieerzeugung (Siehe Tabelle 2 auf der nächsten Seite).

Die wirtschaftliche Tätigkeit des staatlichen Sektors in der Infrastruktur ist durch eine bemerkenswerte Unrentabilität gekennzeichnet. Fast der einzige Zweig, der in der Nachkriegszeit Einnahmen erzielte, war (mit gewissen Ausnahmen in einzelnen Jahren) das Post- und Nachrichtenwesen. In den siebziger Jahren wurden auch die staatlichen Flughäfen, vor allem der Kopenhagener, rentabel.

Die staatlichen Investitionen im Bereich der Infrastruktur erfuhren gegenüber den gesamten staatlichen Kapitalanlagen bis zur zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine relative Verringerung, begannen jedoch seit dem Rückgang der Wirtschaftskonjunktur nach 1965 (als die Positionen des staatlichen Sektors in der Industrie und im Bauwesen schwächer wurden) von neuem zu überwiegen.⁴⁹

Im führenden Zweig des staatlichen und städtischen Sektors der Infrastruktur - der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung - waren in den Nachkriegsjahren

46 Vgl. Leninskaja teorija imperalizma i sovremennost', a. a. O.

47 Yearbook of National Account Statistics 1960, a. a. O., S. 72; Statistisk Årbog 1977, Kopenhagen 1977, S. 434.

48 Perspektivplanlægning 1970 - 1985 (Perspektivplan 1970 - 1985), Kopenhagen 1971.

49 Ebenda.

Tabelle 2

Einige Kennziffern, die die Effektivität des staatlichen Sektors in der Wirtschaft Dänemarks charakterisieren⁺ (in Mill. Kronen in laufenden Preisen)

	1950	1960	1965	1972	1978
Einnahmen des staatlichen Sektors der Wirtschaft	- 38,9	- 89,6	- 250,2	- 1016,1	- 1 771,7
darunter					
Staatseisenbahnen	- 46,3	- 125,7	- 338,8	- 803,1	- 1 285,0
Post- und Nachrichtenwesen	14,8	42,5	125,7	- 31,5	- 144,5
staatliche Häfen	- 5,3	- 4,7	- 7,1	- 31,4	- 71,1
staatliche Flugplätze	- 2,9	- 3,4	- 10,2	19,0	47,3
königlicher grönländischer Handel	- 0,8	- 14,3	- 36,9	- 134,6	- 153,8
Anteil der Einnahmen des staatlichen Sektors der Wirtschaft am Budget (in %)	- 1,6	- 1,1	- 1,3	- 2,6	- 2,3

+ Berechnet nach Statistisk Arbog, Kopenhagen 1953, S. 262 - 282; 1963/64, S. 341 - 354; 1968, S. 352 - 364; 1974, S. 397 - 413; 1977, S. 366, 380.

mehr als 30 Prozent der Betriebe staatliche und städtische Unternehmen, die 60 Prozent aller in diesem Zweig Beschäftigten umfaßten.⁵⁰

In der Industrie und im Bauwesen stößt das Vordringen des staatlichen Sektors im Vergleich zu anderen Ländern Westeuropas auf besonders erbitterten Widerstand, weil die Konzentration der Produktion in Dänemark auf diesem Gebiet gering entwickelt ist. Ein bedeutender Teil wird in mittleren und kleinen Betrieben erzeugt, denen ein Konkurrenzkampf mit staatlichen Unternehmen fühlbare Profitverluste bringen würde. Und die Großbourgeoisie spürt, daß das vergleichsweise fortgeschrittene staatliche Eigentum mehr als andere Formen des kapitalistischen Eigentums deutlich werden läßt, daß es durchaus möglich ist, ohne Kapitalisten auszukommen. Eine weitere Ursache der ablehnenden Haltung des Finanzkapitals gegenüber einer allzu breiten Verstaatlichung ist seine Furcht, daß die herrschenden Kreise des bürgerlichen Staates im Ergebnis dieser Maßnahme allzuviel Unabhängigkeit gegenüber dem Finanzkapital erreichen würden. Deshalb ist der Anteil der industriellen an den Gesamtinvestitionen des staatlichen Sektors allein während der Jahre 1960 bis 1970 um 52 Prozent zurückgegangen (in Norwegen um 7 Prozent, in Schweden um 2 Prozent, in England um 7 Prozent).⁵¹ Die dänischen Unternehmer räumten dem staatlichen Kapital nur in solchen Produktionszweigen die Möglichkeit ein, vorzudringen, wo die niedrige Gewinnrate und der langsame Kapitalumschlag ein ungünstiges Klima für Investitio-

⁵⁰ Statistisk Arbog 1953, Kopenhagen 1953, S. 96. - Neuere Angaben über die Positionen des staatlichen Sektors enthält die dänische Statistik nicht.

⁵¹ The Financial Times, 19. 9. 1972.

nen hervorhefen, aber auch in solchen Zweigen, in denen große Anfangsinvestitionen erforderlich waren. Wenn derartige Betriebe dann eingeführt waren, ihre Gewinnrate stieg und das Risiko sich verringert hatte, beteiligten sich auch die privaten Unternehmen an diesen Zweigen. Ein solches Vorgehen war besonders charakteristisch für den Schiffbau, die Landwirtschaft und neue moderne Industriezweige. Dabei schreitet der Staat gern zur Schaffung "gemischten Eigentums" mit privaten Firmen.

Dementsprechend waren die staatlichen und die städtischen Unternehmen am größten und am stärksten im Schiffbau, wo der Kapitalumschlag besonders langsam vor sich ging. Von den zirka 7 000 dort Beschäftigten arbeiteten Anfang der fünfziger Jahre (neuere Zahlen liefert die dänische Statistik nicht) über 13 Prozent allein in acht staatlichen Betrieben. Die staatlichen und städtischen Betriebe umfaßten 0,1 Prozent aller dänischen Industriebetriebe, jedoch mehr als 2 Prozent aller Beschäftigten.⁵² Das zeugt von einer hohen Konzentration der Arbeitskräfte im staatlichen Sektor der Industrie, die ebenso wie die Arbeitsproduktivität während der Nachkriegszeit hier gewachsen ist.⁵³ Der Produktionsumfang des staatlichen Sektors beträgt gegenwärtig annähernd 3 bis 3,5 Prozent des Gesamtumfangs der Industrieproduktion im Lande. Zum Vergleich sei Schweden angeführt, wo dieser Anteil mehr als 6 Prozent ausmacht.⁵⁴ In Japan sind es 20 Prozent, in Frankreich 25 Prozent.⁵⁵ In den übrigen Zweigen war die Position der staatlichen und städtischen Unternehmen äußerst schwach. In der gesamten Wirtschaft betrug ihre Anzahl in den fünfziger Jahren 0,25 Prozent aller Unternehmen, und die Beschäftigten machten 0,28 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl in der Wirtschaft aus.⁵⁶ Hier sei daran erinnert, daß es derzeit ungefähr 7 bis 9 Prozent sind. Das unterstreicht nochmals die unbedeutende Rolle des staatlichen Sektors in der dänischen Wirtschaft, zeigt jedoch andererseits, daß im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft die Ausmaße der staatlichen und städtischen Unternehmen und dementsprechend die Produktionsbedingungen und die Effektivität der Produktion annähernd gleich denen des privaten Sektors sind.

Zusammenfassend kann man feststellen; daß die staatsmonopolistische Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung Dänemarks im Vergleich zu den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern ziemlich langsam voranschreitet. Die traditionellen Kredit- und finanziellen Maßnahmen der antizyklischen Regulierung überwiegen, während Methoden der langfristigen Strukturregulierung relativ schwach entwickelt und im wesentlichen auf die regionale Regulierung gerichtet sind. Die langfristige Wirtschaftsprogrammierung ist über erste Schritte nicht hinausgekommen.

Dänemark liegt im Vergleich mit den übrigen entwickelten Ländern auch im Hinblick auf die Stellung des staatlichen Sektors der Wirtschaft - vor allem in der In-

52 Statistisk Årbog 1953, a. a. O., S. 96.

53 Berechnet nach ebenda 1953 und 1977.

54 Nach den bekannten Berechnungen von Hermansson, S. N., Konzentration och storeföretag (Konzentration und Großbetriebe), Stockholm 1959; derselbe, Monopol och storefinans de 15 familjerna (Monopol und Finanzoligarchie. Die 15 Familien), Stockholm 1971.

55 Leninskaja teorija imperializma i sovremennost', a. a. O., S. 229.

56 Statistisk Årbog 1953, a. a. O., S. 96.

industrie -, dessen Aktivität sich in erster Linie in den Zweigen der Infrastruktur abspielt, weit zurück.

Die geringere Verschmelzung des Staates mit den Monopolen in Dänemark erklärt sich vor allem aus der Stabilität der mittleren Firmen, wodurch der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion aufgehalten wird. Diese Stabilität ist gleichzeitig die Ursache dafür, daß die dänische Industrie relativ jung ist und sich eine ganz eigentümliche Struktur herausgebildet hat. Entstanden zur Befriedigung der Bedürfnisse des inneren Marktes, führten die meisten Firmen bisher den Konkurrenzkampf hauptsächlich auf dem inneren Markt, wo er in gewissem Maße friedlicher vor sich geht als auf dem Weltmarkt.

Ein besonderes Objekt der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft sind die drei großen dänischen Monopole, die auf dem Weltmarkt vordringen, "international" werden und deren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Staates sehr groß ist. Die Regierung bemüht sich, ihnen durch Exportstimulierung, die Amortisations- und Preisbildungspolitik, durch Regierungshilfe für Entwicklungsländer und anderes möglichst günstige Bedingungen im Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten zu schaffen. Dennoch wäre das System der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft in Dänemark als völlige Unterstützung der Interessen der Monopole durch den Staat nicht richtig eingeschätzt: Nicht selten sind Maßnahmen der Regierung auf die Zügelung der Monopole gerichtet, die sowohl im Innern des Landes wie auch über seine Grenzen hinaus wirken.

Entwicklung dieser Beziehung zum Staat, 228 die Auswirkungen der ...
Mandats um die ...
Wahrung ihrer eigenen Wirtschaft ...
Wirtschaft als kleine ...
Grund für die ...
ist somit die ...
größeren ...
der ...

1. In Historienbibliothek, 242. Band, 1. Abt., 1. Teil, 1. Band.
La Révolution industrielle, technique et politique 1825 - 1845.
Paris 1955. Histoire générale des civilisations, T. 4, L'Asie, l'Occident, et
le monde colonial à l'époque de la révolution industrielle et française.
Paris 1954. Marshall, Alfred, L'Inde française, Bd. 1 - 4, Paris 1878 - 1885; Wohler, Karl, La Compagnie Française des Indes
(1804 - 1874), Paris 1904; Hanout, Jubille, La fin d'un empire français au
Indes sous Louis XV, Laffly-Dollendorff, d'après des documents inédits, Paris
1897; Martin, Georges, Histoire économique et financière, Paris 1887; Le
Grosjean, Le grand, Histoire des Indes sous le règne de Louis XV, Paris 1884; Albert
Albert, La Révolution française dans l'Inde et le monde géographique, Étude
comparative, in: Revue de la révolution, 1878, 1. et 2. série, 1. et 2. fasc.
2. Aufl. Berlin 1878; Brolet, Jean, M. Robespierre und die Kolonialpolitik
in: M. Robespierre 1754 - 1794, hg. v. Walter Martin, Berlin 1901, S. 87 -
112, bes. 87 ff.; de Kolben, in den Augen der Aufklärung, Strobel, Franz/
Séboul, Albert, 1789, die große Revolution der Franzosen, 2. Aufl., Leipzig
1877, bes. Kap. 1, 2, siehe auch Georgy, Adrien, Revue de la révolution und
Bild der französischen Aufklärung, in: Revue de la révolution, 1878, 1. et 2. série,
11/1867, S. 201 - 207.

Aussagen der ökonomischen Aufklärung in Frankreich
über die Toiles peintes

Eine Teiluntersuchung zu Vorgeschichte und Motivationen der
Aufhebung des Privilegs der französischen Indienkompanie
im Jahre 1769

von Achim Gotthberg

Im vorliegenden Aufsatz soll gezeigt werden, daß zwischen der Aufhebung des Privilegs der französischen Ostindienkompanie im Jahre 1769 und der Diskussion um die bedruckten Kattune (Toiles peintes) gewisse Zusammenhänge bestehen, in denen sich Verbindungslinien zwischen den Bemühungen der ökonomischen Aufklärer um die Überwindung der korporativen Organisation der französischen Wirtschaft und dem Kampf gegen Sklaverei und Sklavenhandel widerspiegeln. Die Entwicklung dieser Beziehungen zeigt, daß die Auseinandersetzung des 18. Jahrhunderts um die bedruckten Kattune ein Symptom für Vorstoß (und versuchte Abweisung) bürgerlichen Wirtschaftsdenkens war, in dem sich das Erstarken der Bourgeoisie als Klasse (allerdings immer noch zaghaft) manifestiert. Als Hintergrund für die Aufhebung des Privilegs der Compagnie des Indes im Jahre 1769 gibt somit die Frage der bedruckten Kattune diesem Datum das Vorzeichen einer größeren historischen Bedeutung im Rahmen der klassenmäßigen Beziehungen der französischen Geschichte. ¹

1 An historischer Literatur vgl. dazu Labrousse, Ernest/Mousnier, Roland, *Le 18^e siècle. Révolution intellectuelle, technique et politique (1715 - 1815)*, Paris 1955 = *Histoire générale des civilisations*, Bd. 5; Markov, Walter, *Sistemi coloniali e movimenti di liberazione (Kolonialsysteme und Freiheitsbewegungen)*, Rom 1961; Martineau, Alfred, *Dupleix et l'Inde française*, Bd. 1 - 4, Paris 1920 - 1928; Weber, Henri, *La Compagnie Française des Indes (1604 - 1875)*, Paris 1904; Hamont, Tibullo, *La Fin d'un empire français aux Indes sous Louis XV*, Lally-Tollendale, d'après des documents inédits, Paris 1887; Martin, Germain, *Histoire économique et financière*, Paris 1927; derselbe, *La grande industrie sous le règne de Louis XIV*, Paris 1899; Soboul, Albert, *La Révolution française dans l'histoire du monde contemporain. Étude comparative*, in: *Studien über die Revolution*, hg. v. Manfred Kossok, 2. Aufl. Berlin 1971; Bruhat, Jean, M., *Robespierre und die Kolonialprobleme*, in: *M. Robespierre 1758 - 1794*, hg. v. Walter Markov, Berlin 1961, S. 67 - 112, bes. 67 ff.: *Die Kolonien in den Augen der Aufklärung*; Markov, Walter/Soboul, Albert, 1789, die große Revolution der Franzosen, 3. Aufl. Berlin 1977, bes. Kap. 1 u. 2; siehe auch Gotthberg, Achim, *Bemerkungen zum Afrikabild der französischen Aufklärung*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, Nr. 11/1962, S. 803 - 807.

In Abbé Dubos' bekannter Propagandaschrift "Les intérêts de L'Angleterre mal-entendus dans la guerre présente"², mit der er, unter dem Schleier der Anonymität verborgen, dem Leser die feste Meinung eines unabwendbaren und endgültigen Erfolges gegen England, der sich aus dem Spanischen Erbfolgekrieg für Frankreich ergeben werde, beizubringen sucht, kann es sich dieser dennoch nicht verweigern, die Art und Weise zu schildern, in der Englands Handel mit bedruckten Kattunen Frankreich schädige. Unter der Überschrift "Sechster Zweig. Der Handel der Ostindien" heißt es dort: "Wenn der Handel England nützt, dann deshalb, weil es den Ausländern einen Teil der Waren weiterverkauft (revend), die es von dorthier bezieht; von sich aus ist er verderblich (ruineux). Die Engländer schicken nach Surate und in die anderen Häfen Indiens bares Geld, und sie erhalten dafür Seidenstoffe, Musseline und andere Manufakturwaren. Die Verwendung dieser Manufakturwaren schadet denen Englands, und es würde bald sein gesamtes Geld erschöpfen, wenn die Waren Indiens, die man den Ausländern verkauft, nicht ebensoviel und mehr Geld in das Königreich (nach England - A. G.) zurückbrächten, als wir nach Indien schicken. Unter dieser Voraussetzung ist der Indienhandel für England nützlich. Es ernährt auf Kosten der Ausländer die Matrosen und die Handlungsdiener, die es beschäftigt, um ihn zu treiben (. . .)".³

Wie es scheint, haben sich vorsichtige Vertreter der Aufklärung lange Zeit, wenn nicht dieser Begründung, so doch der Notwendigkeit des Einfuhrverbotes indischer Stoffe angeschlossen. So erklärt Deslandes: "Die Stoffe Indiens sind den unsrigen sehr überlegen. Ihre Farben sind lebhafter und abwechslungsreicher als die Farben der Stoffe, die man in Frankreich herstellt . . . Aber da es ratsam ist, unsere Manufakturen zu stützen, ist nichts weiser, als die Einfuhr der fremden Stoffe zu verbieten, um den Absatz der unsrigen zu fördern und ihren Verbrauch zu sichern."⁴

Gerade dieses Verbot hatte zu einer beträchtlichen Komplizierung der französischen Manufaktur- und Kolonialpolitik beigetragen. Die Geschichte dieses Verbotes zeigt, daß das französische Manufakturinteresse sich wenigstens ursprünglich nur mit Hilfe von Kreisen hervorwagen konnte, die in der Finanz zu suchen waren. Denn es waren die Generalstetierpächter (fermiers généraux), die gemeinsam mit den Marchands und Manufacturiers laut Guyon mit ihren Klagen dieses Verbot Ludwigs XIV. vom 27. Januar 1684 erwirkt hatten, wonach selbst "das Tragen bedruckter Tücher gleich welcher Art" in Frankreich zudem verboten war. Die Einfuhr unbedruckter Stoffe (sogenannter Toiles blanches) war mit gewissen sortenmäßigen Einschränkungen erlaubt, wie auch die Einfuhr aller anderen indischen Waren, abgesehen von bedruckten Kattunen. Bedingung für diese

2 Die Broschüre gibt raffiniertes vor, eine Übersetzung aus dem Englischen, das Werk eines für die Zukunft Englands angesichts der französischen Erfolge fürchtenden Engländers zu sein, wie schon ihr Titel andeutet: Les intérêts de L'Angleterre mal entendus dans la guerre présente. Traduits du Livre Anglois intitulé, Englands interest mestaken (sic!) en (sic!) the present vvar (sic!), Amsterdam 1703.

3 /Dubos, Jean-Baptiste/, Les intérêts de L'Angleterre mal entendus, a. a. O., S. 97.

4 Boureau-Deslandes, André-François, Lettre sur le luxe, in: derselbe, Recueil de différentes traités de physique et d'histoire naturelles propres à perfectionner ces deux sciences, Bd. 3, 2. Aufl. Paris 1753, S. 162.

Teilerlaubnis war, daß die Kompanie jährlich für 500 000 Livres Manufakturwaren aus Frankreich nach Indien ausführte. 5

Schwierigkeiten brachte diese Regelung jedoch nicht nur für die Kompanie mit sich - so wurde am 17. August 1730 ihr Gesuch, in Frankreich Schnupftücher indischer und chinesischer Herkunft zu verkaufen, vom Conseil de Commerce kurzerhand abgewiesen⁶ -, sondern auch für die französische Manufakturbourgeoisie selbst. Der Export indischer gefärbter Kattune nach Amerika über französische Häfen wird von den "Juges et Consuls" von Nantes bereits 1736 zu einer allgemeinen Erscheinung abgestempelt. Damit schließen sie sich aber nur halbherzig den Klagen La Rochelles über Marseille und Dünkirchen an: La Rochelle warf diesen zwei Städten vor, durch Export indischer bedruckter Kattune in die französischen Kolonien der Karibik dort den Absatz französischer Stoffe zu verhindern. 7 Bereits Véron de Forbonnais konstatiert jedoch einen faktischen Verfall des Verbots der Verwendung von Toiles peintes in Frankreich selbst, indem er sogar vermutet, daß die offizielle Zurücknahme des Verwendungsverbotes derselben "vielleicht den einfachen (petites) leichten Seiden- und Baumwollstoffen einen schweren Schlag versetzen hieße, falls nicht für Möbel und Kleider ebenso viele Toiles peintes verbraucht würden wie unter ihrem Verbot". 8 Er interessiert sich sehr für diese Frage und stellt fest: "Es ist gewiß, daß das Verbot vergessen zu sein scheint, daß man für diese Art Luxus immense Summen an das Ausland bezahlt, daß allein der Guinea-Handel notwendigerweise für 3 bis 4 Millionen alljährlich davon verbraucht, daß diese Manufaktur sehr gewinnreich ist, da ein 12 bis 20 Sous teures Tuch, das aus dem Verkaufshandel unserer Kompanie erworben ist, gefärbt für 50 Sous und 60 Sous wieder verkauft werden kann. Allein die Ware für Guinea (Westafrika) würde einen privilegierten Betrieb (établissement favorisé) in Dünkirchen rechtfertigen, um diesen Import aus Holland einzusparen. Es scheint, daß der binnenländische Verbrauch, sowohl zu Möbeln wie zu Kleidern, nicht streng genug verboten werden kann und daß jedes Mitglied der Gesellschaft sich das Verbot als Gesetz auferlegen mußte. Man könnte die persischen und indischen Stoffe durch Batiste ersetzen, die man bedrucken (wörtlich: bemalen⁹) würde und die im Laufe der Zeit sicher vollkommener ausfallen würden." 10

5 Guyon, Claude-Marie, Histoire des Indes orientales anciennes et modernes, Bd. 3, Paris 1744, S. 164 - 167.

6 Siehe Bonmassicux, Pierre/Lclong, Eugène, Conseil de Commerce et Bureau du Commerce 1700 - 1751, Inventaire analytique des Procès-Verbaux, Paris 1900, S. 182.

7 Siehe Garnault, Emilio, Le Commerce Rochelais au XVIIIe siècle d'après les documents composant les anciennes archives de la Chambre de Commerce de la Rochelle, Bd. 3: Marine et Colonies de 1718 à la Paix d'Aix-la-Chapelle, La Rochelle 1891, S. 35 f.

8 /Véron de Forbonnais, François/, Le négociant (sic!) anglois, ou traduction libre du livre intitulé: The British Merchant, Bd. 1, Dresden/Paris 1753, S. 45.

9 Über den technischen Vorgang bei der Herstellung bedruckter Kattune, der die Verwendung des Wortes "bemalen" an dieser Stelle durch Véron de Forbonnais erklärt, vgl. den Reisebericht seines Zeitgenossen Sonnerat, Pierre, Reise nach Ostindien und Ssina (sic!), Frankfurt/Leipzig 1784, S. 49.

10 /Véron de Forbonnais, François/, Le négociant (sic!) anglois ..., a. a. O., S. 45 f. - Allerdings wird aus den zitierten Angaben Véron de Forbonnais'

Der Herstellung von Nachahmungen indischer Stoffe durch französische Manufakturisten wird damit von Forbonnais praktisch das Wort geredet. Die Verwendung ausländischer Rohstoffe versteht sich dabei für Forbonnais von selbst. So gibt er folgende Zustandsschilderung des französischen Textilexportes: "Wir schicken dem Ausland die Tücher, Serschen und Flore von Reims", "jene von Châlons, die Barchente von Troyes und Lyon, die Seiden- und Wollstrümpfe, die gestrickten Wollstrümpfe, Garn-, Baumwoll- und Kamelhaarstrümpfe, die in den Landschaften Beauce (sic! für Beauce) und Pikardie, in Paris, Dourdan und Beauvais hergestellt werden; alle Arten von Waren, die von der Strumpfwirkerei abhängen, die in Spanien, Italien und bis nach Indien (jusqu'aux Indes) vertrieben werden." 11

Der andere Seite der Medaille war zweifellos der Versuch, den Absatz französischer Manufakturwaren in Indien im größeren Maßstab zu gewährleisten. So wird in der Prozeßschrift des abgesetzten Dupleix ein Belobigungsschreiben der Indienkompanie vom 22. Oktober 1735 an denselben zitiert, das es ihm als Verdienst anrechnet, daß er es ermöglicht habe, französische "Tuche, Korallen und andere Waren (draps, coraux, et autres marchandises) der Manufakturen (manufactures) des Königreichs" abzusetzen. Die absatzfördernde Maßnahme aber war die Ausweitung des französischen Handels durch Gründung der Niederlassung Patna. 12 Hier scheint übrigens auch der Kern einer Klage Deslandes' betreffs "eines zu ausgedehnten Handels" der Indienkompanie Frankreichs zu liegen. Zugrunde

nicht klar, ob er Ellenpreise damit meint. Eindeutig ist, daß dieser Autor einen bedeutenden Preisgewinn belegt, der sich aus dem in Frankreich vorgenommenen Bedrucken von der Compagnie des Indes nach Frankreich importierter unbedruckter Kattune ergab. Zu unterscheiden sind diese erst in Frankreich bedruckten Kattune von den bereits bedruckt eingeführten Kattunen. Für letztere liegt uns durch Schelle eine Preisangabe (3 Livres 10 Sols) pro Elle vor, von der jedoch nicht bekannt ist, für welchen zeitlichen Abschnitt sie gilt (vgl. Schelle, Gustave, Vincent de Gournay, Paris 1897, S. 161).

- 11 /Véron de Forbonnais, François/, Recherches et considérations sur les finances de France, Bd. 2, Liège 1758, S. 134 f.
- 12 "Nous sommes très satisfaits (...) de cet Etablissement, qui nous procurera annuellement le débouchement d'une partie considérable de draps, coraux, et autres marchandises des Manufactures du Royaume" (Mémoire pour le sieur Dupleix, Paris 1759, S. 13). Interessant erscheinen im Zusammenhang damit folgende Tatsachen: Anandarangappoullé berichtet Einfuhr durch französische Schiffe von "caisses de corail", "étoffes de laine" und "barriques de vin" neben der üblichen Edelmetalleinfuhr. (Vgl. Extraits du Journal d'Anandarangappoullé, Courtier de la Compagnie française des Indes /1736 - 1748/, Paris 1894, S. 31.) Schon im August 1688 erhielt ein Meister einer Korallenschleiferzunft mit 100 Handwerkern und ihren Familien von den Franzosen die Erlaubnis zur Niederlassung in Pondichéry. (Siehe Mémoires de François Martin, fondateur de Pondichéry, hg. v. Alfred Martineau, Bd. 2, Paris 1932, S. 556.) Vgl. auch ebenda, S. 552, wo den indischen Kaufleuten als Kompensation für zu billig gewordene Kattunpreise eine Preisermäßigung auf ihnen gelieferte Korallen von den Franzosen versprochen wird. Nach Henri Castonnet des Fosses importierten die Franzosen im 18. Jh. Tuche aus Reims und Porzellan aus Chantilly nach Patna. (Castonnet des Fosses, Henri, L'Inde Française au XVIII^e siècle, Paris o. J., S. 159.) Ein unse-

lag ihr also ein Bedenken gegenüber der damaligen französischen Politik, einen Absatz französischer Manufakturwaren in Indien zu erzwingen.¹³ Ein Teil dieses Absatzes mag aus jenen finanzschwachen Kreisen gekommen sein, die als handwerkliche Produzenten von dem Contrôle Général dazu als Zielgruppe produktionsfördernder Maßnahmen ausersehen worden waren. Zu ihnen darf man zum Beispiel jene verarmten Bandwirkermeister des Beauvais rechnen, die nach Indien exportiert hatten und deren Existenz das Contrôle Général aufrechterhalten wollte.¹⁴ In diese Richtung weist auch die Bemerkung in der Gerichtsschrift Dupleix', der besondere Wert der Niederlassungen in Bengalen liege darin, daß man dort Tuche und Wollwaren (lainages) Frankreichs absetzen könne.¹⁵

Die Bemühungen des Contrôle Général und die Forderungshaltung ökonomistischer Kreise bewegen sich zwar im wesentlichen um die gleiche Zielgruppe herum, bringen aber ganz unterschiedliche Maßnahmemöglichkeiten in Anschlag. Das Contrôle Général geht bei all seinen Maßnahmen davon aus, daß die Vorrechte einzelner für den Kolonialhandel privilegierter Häfen gegenüber den Provinzen und kleineren Hafenorten unbedingt zu erhalten sind, kam also um vertikale Förderungsmaßnahmen nicht herum. Die ökonomistischen Kreise, die ihre Illusionen haben, verrennen sich fast in eine Bekämpfung des Privilegs durch die Erweiterung des Privilegs: zum Beispiel durch Ausdehnung auf kleinere Orte. Sie kommen also ohne provinziell ausgerichtete Vorschläge nicht aus, wenn sie sich eine Chance ausrechnen wollen.

Zusätzliche Bewegtheit bringt in diese sozialökonomische Landschaft die Entwicklung einer kolonialen Rohstoffbasis der französischen Textilindustrie in Anbindung an die privilegierten Ausrüstungsorte großer Reeder. So entstanden in Nantes "gegen 1750" neue Industrien, die "indische Stoffe" (Indiennes), Stoffe mit Baumwollanteil wie Siamoisés (Mischgewebe aus Baumwolle und Wolle) und Basins (geköperte Baumwollenzeuge¹⁶, Bombasine¹⁷) herstellen.¹⁸

- rem Zusammenhang anzugehöriger Fall scheinen die Strickwaren aus der bretonischen Stadt Vitré zu sein, von Frauen- und Mädchen angefertigt, bestehend aus "Strümpfen, Socken und Handschuhen", die 1733 einen Wert von "etwa 50 000 Livres" erreichten und "nach Spanien und Indien (aux Indes) exportiert wurden". (Vgl. Durtelle de Saint-Sauveur, Edmond, Histoire de Bretagne des origines à nos jours, Bd. 2, 3. Aufl. Rennes/Paris 1946, S. 272.)
- 13 /Boureau-Deslandes, André-François/, Essay sur la marine et sur le commerce, o. O. 1743, S. 162.
- 14 Vgl. Bourde, André I., Deux registres (H. 1520; H. 1521) du Contrôle Général des finances aux Archives Nationales (1730 - 1736), Gap 1965, S. 125 u. passim.
- 15 Mémoire pour le sieur Dupleix, a. a. O., S. 225.
- 16 Bei der Übersetzung älterer Termini stütze ich mich vor allem auf Thibaut, M. A., Vollständiges Wörterbuch der französischen und deutschen Sprache, 33. Aufl. Braunschweig 1859.
- 17 Bombasine. Für den Hinweis auf diese Bedeutung von Basins sowie für andere fördernde Hinweise danke ich Frau Marguerite Kuczynski. Zugleich möchte ich an dieser Stelle auch Herrn Prof. Walter Markov für zahlreiche fördernde Hinweise danken.
- 18 Siehe Herubel, Marcel, A., Les origines des Ports de la Loire Maritime, Paris 1932, S. 105.

Die Folgen mußten doppelter Art sein. Zum einen erhielten die in Anbindung an die Administratur wirkenden ökonomischen Aufklärer Aufschwung, die für die Verwendung vermischter Rohstoffe bei der Herstellung von Textilien eintraten. Ein Beispiel hierfür ist die 1758 in Amsterdam erschienene und vom Katalog der Deutschen Staatsbibliothek Berlin Simon Clicquot de Blervache und Vincent de Gournay zugeschriebene Schrift "Considérations sur le Commerce et en particulier sur les compagnies, sociétés et maîtrises"¹⁹, die den Gedanken vertritt, daß im Zweifel nicht die Reglemente entscheidend sein müßten, sondern der Geschmack des Verbrauchers, wenn dieser die Reglemente überholt hat, indem er an Stoffen Gefallen findet, die laut Reglementen nicht produziert werden dürfen, zum Beispiel gewisse Mischgewebe, woraus sich die Berechtigung zur Verarbeitung unterschiedlicher Rohstoffe zu einem Fabrikat ergebe, selbst wenn ihre Verwendung reglementswidrig sei.²⁰

Die gleiche Schrift macht übrigens folgende Angabe über den Umfang der jährlichen französischen Textilproduktion: "Man kann auf vier Millionen Stück wenigstens veranschlagen, was Frankreich jährlich an (Produkten aus - A. G.) Wolle, Hanf, Baumwolle, Haar, Seide, Leinen usw. erzeugt."²¹ Die Abwertung der Reglemente klingt auch in der Argumentation Morellets an.²² Er lehnt es ab, "die

- 19 Der Catalogue Général des livres imprimés de la Bibliothèque Nationale. Auteurs, Bd. 30, S. 5, schreibt ebenfalls Clicquot de Blervache und Vincent de Gournay die folgende Ausgabe derselben Schrift zu: "Considérations sur les compagnies, sociétés et maîtrises, Londres, le présente année /s. d./". Schelle, Gustave, a. a. O., S. 272, erwähnt folgende zwei Ausgabenvarianten dieser Schrift: "Mémoire sur les corps de métiers, qui a remporté le prix, au jugement de l'Académie d'Amiens, en l'année 1757, par M. De l'Isle, La Haye 1758" u. : "Considérations sur le commerce et en particulier sur les Compagnies, Sociétés et Maîtrises, Amsterdam 1758". Beide Varianten haben nach ihm den gleichen Text und sind nach seiner Zuschreibung von "Clicquot-Bervache" (sic!) und "Gournay".
- 20 /Clicquot de Blervache und Vincent de Gournay/, Considérations sur le Commerce et en particulier sur les compagnies, sociétés et maîtrises, Amsterdam 1758, S. 70 f. - Jacques-Claude-Marie Vincent, genannt M. de Gournay, geb. 1712, gest. 1759, entstammte nach Schelle, Gustave, a. a. O., übrigens der Familie eines angesehenen Kaufmanns (négociant) in Saint-Malo und war seit 1751 als "Intendant du Commerce" arbeitsmäßig mit dem "Bureau du Commerce" verbunden (ebenda, S. 3 f., 27). Die umfangreiche Dokumentation von Denkschriften, die Gournay in dieser Funktion über Fragen des Außenhandels und der französischen Gewerbe- und Industriepolitik anfertigte, die Schelle (ebenda, S. 273 - 284) gibt, läßt erkennen, wie tiefen Einblick Gournay aus vielen kleinen Einzelfragen heraus in das Räderwerk der Wirtschaftspolitik des "Ancien régime" gewonnen hatte.
- 21 /Clicquot de Blervache und Vincent de Gournay/, Considérations, a. a. O., S. 132.
- 22 Zu Abbé André Morellet (1727 - 1819), der eine Art Bindeglied zwischen den Enzyklopädisten und der ökonomischen Aufklärung (insbesondere durch seine Bekanntschaft mit Gournay) darstellte, vgl. Klemperer, Victor, Geschichte der französischen Literatur im 18. Jahrhundert, Bd. 1, Berlin 1954, S. 277, 292, u. Schelle, Gustave, a. a. O., S. 253 ff. u. passim. - Als ökonomischer Aufklärer folgte Morellet vor allem Gournay und unterschied sich von den Physiokraten (vgl. Schelle, Gustave, a. a. O., S. 264 f.).

Seide und Wolle verarbeitenden Fabrikanten" zu befragen, "um zu erfahren, ob man in Rouen (Betriebe zur Herstellung von) Cotonnades und Siamoises gründen lassen dürfe".²³

Wäre man in der Vergangenheit so verfahren, so wäre "sehr klar", daß "wir heute weder Seidenstoffe noch Baumwollstoffe usw. haben würden; unsere Manufakturen und unser Handel lägen noch am Boden".²⁴ Sehr interessant ist sein Gesichtspunkt: "Und wenn selbst alle Gewerbekaufleute (marchands) des Königreichs ihr Interesse daran hätten, die Einrichtung von Manufakturen des bedruckten Kattuns zu verhindern, könnte es sehr wohl geschehen, daß diese Einrichtung im Interesse des Handels im allgemeinen liegt."²⁵

Zunftorganisationen bzw. Gilden - er nennt die "Six Corps des Marchands de Paris" und die "Merciers-Drapiers unis de la ville de Rouen" - und den "Fabrikanten von Paris, Lyon, Tours usw." bestreitet er ein legitimes Mitspracherecht in dieser Frage: "Jene (marchands - A. G.) von Tours gehen soweit, jährlich von 1754 bis 1758 die ununterbrochene Verminderung der Zahl der Seidenmühlen, der Webstühle und der hergestellten Stücke anzugeben. Die Fabrikanten von Lyon geben uns ein ebenso trauriges Bild vom Zustand ihrer Fabriken."²⁶ Morellet ist jedoch nicht um Erklärungen verlegen, mit denen er die Vorwürfe der Konkurrenz gegen die Toiles peintes zu entkräften bemüht ist. Die Gründe, die er anführt und von denen er in Anspruch nimmt, daß sie die wirklichen Gründe für die elende Geschäftslage gewisser französischer Manufakturen der Textilbranche sein müßten, zerfallen in zwei Gruppen: Einmal äußere Gründe (erstens der Einfluß des Siebenjährigen Krieges: Störung des Absatzes in Deutschland bzw. eingeschränkter Verbrauch in Frankreich; zweitens der Einfluß eines Wachstums der spanischen Manufakturen und der spanischen Schifffahrt sowie drittens die Gründung neuer Manufakturen in den Erblanden und dortige Ausschließung entsprechender französischer Produkte), zum anderen innerfranzösische Gründe: exklusive Zunftprivilegien, Behinderung durch Privilegien, Kostspieligkeit der Meisterschaften usw.²⁷

Obwohl die bedruckten Kattune in Frankreich seit zwanzig Jahren ein sehr häufiger Gebrauchsartikel seien, habe sich innerhalb desselben Zeitraumes die Seidenindustrie doch im ganzen gesehen in einem guten Zustand befunden.²⁸ Auch seien die bedruckten Kattune nicht überall anwendbar: "Man stellt keine Strümpfe, Bänder, Hemden aus bedrucktem Kattun her; indessen ist der Handel mit Stoffen (draps), Strümpfen, Bändern, Tuchen usw. in einer ebenso ungünstigen Lage."²⁹

Die Zahl der Gesetze gegen die Einfuhr der bedruckten Kattune beweise ihre Zwecklosigkeit³⁰ Es sei aber auch nicht möglich, ihre Verwendung zu verhin-

23 /Morellet, André/, *Réflexions sur les avantages de la libre fabrication et de l'usage des toiles peintes en France, pour servir de réponse aux divers Mémoires des Fabriquans de Paris, Lyon, Tours, Rouen, etc. sur cette matiere* (sic!), Genève/Paris 1758, S. 12.

24 Ebenda, S. 12.

25 Ebenda.

26 Ebenda, S. 13 - 20.

27 Ebenda, S. 24 f.

28 Ebenda, S. 26 f.

29 Ebenda, S. 29.

30 Ebenda, S. 31.

dern, denn die Durchführung der Gesetze würde vor den "gens riches et qualifiés" halmachen. 31

Morellet trägt den Gesichtspunkt vor, daß sich zwar Gebrauch und illegale Einfuhr der bedruckten Kattune nicht verhindern ließen, daß sich jedoch künftig ein Teil dieses Schadens beheben ließe, wenn man "diese Kattune" (toiles) in Frankreich selbst verfertige. Man würde dann wenigstens dasjenige sparen, was man den Ausländern bisher für das Bedrucken der indischen Kattune zu zahlen habe. "Man kann schwerlich leugnen, daß es besser ist, bedruckte Kattune in Frankreich herzustellen, als sie weiterhin von den Fremden zu beziehen", erklärt Morellet. Wenn Morellet schließlich auch noch bestreitet, daß die französischen bedruckten Kattune schlechter sein müßten als die indischen Erzeugnisse, dann argumentiert er konform mit Véron de Forbonnais. Morellet steuert dazu aber noch einen eigenen Gesichtspunkt bei, indem er erklärt, daß auch dies nicht der Kern der Frage sei. Zweck sei vielmehr die billige Bekleidung des Volkes und der Erfolg auf der Kostenseite, also die Rentabilität des Verfahrens 32

Hierin deutet sich schon an, daß an andere Verwendungszwecke gedacht war als an die des Sklavenhandels, in dem die bedruckten Kattune aber eine große Rolle spielten, denn die über das Entrepôt Lorient bezogenen indischen Stoffe spielten eine wachsende Rolle im Sklavenhandel französischer Schiffe an der Guinea-Küste: Während es sich anfangs um nachbearbeitete "unbedruckte Kattune" (Toiles blanches) handelte, wurden diese schließlich Ende des Jahrhunderts in Rouen, Nantes und Montpellier aus Baumwollgarn hergestellt. 33 In Nantes betrieben Reeder solche Manufakturen, die ihre Abhängigkeit von den holländischen Fabrikanten, ihren Herstellern, einschränken wollten. 34 Die Hauptmasse der Tauschmittel für den Sklavenhandel wurde nach Rinchon aus Indien importiert, "besonders bedruckte Kattune (Toiles peintes), Baumwollgewebe." 35 Morellets Standpunkt schloß die Bearbeitung unbedruckter indischer Kattune in Frankreich ein. Godeheu, Gegenspieler von Duplex, hatte diesen wegen zu geringen Anteils der unbedruckten Kattune an den Ladungen kritisiert. 36 Daraus ergeben sich beachtliche Korrekturen an einem Bild der Kompanietätigkeit, für das Duplex als Beispiel steht. Wesentliche Komponente dieser indischen Geschäftstätigkeit der Kompanie war die Belieferung des atlantischen Sklavenhandels mit indischen textilen Fertigprodukten, bedruckten Kattunen, als Tauschwaren für diesen Handel. In den Kritiken inner- und außerhalb der Kompanie liegt der Standpunkt eingeschlossen, daß die Geschäftstätigkeit der Kompanie auf eine stärkere Belieferung der Häfen der französischen Küsten mit Halbfabrikaten zur Weiterbearbeitung hinauslaufen sollte. Vermehrte Sprengkraft gegen das Monopol der Kompanie hatte sich so in den Ritzen ihres privilegierten Handels angesammelt. Die rigorose Reglementierung der Produkte und Lieferungen der französischen Niederlassungen in Indien und auf den Maskarenen trug dazu bei, einem nichtmonopolistischen

31 On ne saisira point une Duchesse dans son carosse, ni l' Epouse d' un Fermier général (ebenda, S. 39).

32 Ebenda, S. 56 - 62.

33 Vgl. Berbain, Simone, Etudes sur la traite des Noirs au golfe de Guinée, Paris 1942, S. 85.

34 Ebenda.

35 Vgl. Rinchon, Dieudonné, Les armements négriers au XVIII^e siècle, Brüssel 1956, S. 16.

36 Vgl. Réfutation des faits imputés au sieur Godeheu, par le sieur Duplex, Paris 1764, S. 189.

Teil der Handelsbourgeoisie Appetit auf die Suspendierung des Kompanieprivilegs zu machen.

Das Anwachsen dieser Opposition, die zunehmend auch Gegner des Sklavenhandels und der Sklaverei einschloß, war ein langsamer Prozeß. Einen wesentlichen Teil zu dem Erstarken dieser Opposition trugen die Physiokraten bei. Sie kritisieren die Kompanie hauptsächlich von außen her, das heißt, sie vertreten keine willkürlich durch Privilegien aus der Gesellschaft herausgehobene Schicht von Aktionären einer Handelskompanie, wie es die Compagnie des Indes war. Das hindert sie nicht, im vertikalen Aufriß der Gesellschaft dennoch mittelständische Privilegierte zu vertreten, die das Mittel des Steuerabonnements als Kampfschild in der Auseinandersetzung mit den Generalsteuerpächtern vor sich hertragen³⁷, Schichten, auf die Mirabeau der Ältere im "Ami des hommes" und in der "Théorie de l'impôt" Bezug nimmt. Sie fassen die - nach ihrer Angabe 20 000 - Aktionäre der Indienkompanie als eine Schicht von Rentiers auf, die die Handelsgewinne der Kompanie auf Kosten einer breiteren mittelständischen Schicht jahrzehntelang verzehrt habe. Insoweit sich die in Kapitalverlegenheit befindliche Kompanie nun auf ihrerseits früher dem Staat geleistete Zahlungen beruft, sprechen ihr die Physiokraten das Recht dazu glatt ab, aber keinesfalls um deswillen, weil sie der Meinung wären, daß Leistungen an den Staat, die dem damaligen Mittel der Steuerabonnierung entsprechen, keine Rechte auf Steuererleichterungen oder vergleichbare Leistungsver Schonungen verschaffen, sondern weil die Kompanie die Rechte breiter mittelständischer Schichten nach der

37 So tritt Mirabeau im "Ami des hommes" für die Steuerverwaltung der Pays d'Etats und die tragende Rolle der Städte dabei ein (Mirabeau, Victor Riqueti, Ami des hommes, T. 4, Avignon 1759, S. 21, 40 ff.), d. h., er entwickelt Pläne, die erstlich auf eine Schädigung der Finanzbourgeoisie angelegt waren, wie besonders plastisch ein Vergleich mit dem Zeitgenossen Plumard de Dangeul zeigt, der als Wurzel des gesellschaftlichen Erfolges (z. B. Nobilitierungen) der Finanziers neiderfüllt ihre Rolle im System der Steuererhebung herausporträtiert. Vgl. Plumard de Dangeul, Remarques sur les avantages et les desavantages de la France et de la Gr. Bretagne, par rapport au Commerce, et autres Sources de la puissance des Etats, 2. Aufl. Leiden 1754, S. 35 f., wo die "Receveurs des droits" als "Chefs de Finance" bezeichnet werden und ihr Erfolg als sehr groß angedeutet wird: Selbst die "Commis et Employés, jusqu'au plus bas degré, portent l'épée". Als Ursache dieser von ihm geschilderten Verhältnisse bezeichnet Plumard de Dangeul die wachsende Zahl der Gebühren in Frankreich und damit der Gebühreneinnehmer (ebenda, S. 35). - Ein Mittel, mit dem die Stände (Etats) dem Fiskus und den Finanziers bei ihrem Geschäft entgegenwirkten, war das Steuerabonnement. Die kontroverse Situation beleuchtet eine Kette abwertender Äußerungen Linguets zu Bemühungen innerhalb der Stände der Bretagne, mittels einer weitherzigen Auslegung des Steuerabonnements die Rechte der Generalsteuerpacht auf die Erhebung gewisser Gebühren zu beschneiden (Linguet, Simon-Nicolas-Henri, Mémoire pour M. le duc d'Aiguillon, Paris 1770, S. 84. - Das von mir benutzte Exemplar in der Universitätsbibliothek Leipzig, Signatur Hist. Gall. 100^{rs}, weist kein Titelblatt auf.) Für das Tauziehen zwischen Fiskus und "Pays d'Etat" in der Frage der Vingtièmes (z. B. die Etats de Languedoc) vgl. Babeau, Albert, La Province sous l'Ancien régime, T. 1/2, Paris 1894. Siehe auch Esmein, Adhémar, Cours élémentaire d'histoire du droit français, Paris 1925, S. 581 f., der geradezu von "Abonnementsverträgen" spricht, um die Situation zwischen Fiskus und Ständen in den "Pays d'Etat" zu beleuchten.

Meinung der Physiokraten offenbar verletzt hat. Hauptelement der Aktionäre seien Pariser gewesen, und das habe der Kompanie einen Rentiercharakter gegeben. Nun habe man alljährlich 5 Millionen (Livres - A. G.) aus dem Handel gewonnen. Statt diese wieder im Handel anzulegen, habe man sie alljährlich an die Aktionäre verteilt. Auf diese Weise hätten die Aktionäre "von 1725 bis 1736" "mehr als 50 Millionen auf Kosten der Nation" unter sich verteilt. 38

Nicht untypisch für den Standpunkt der Physiokraten gegenüber der Auseinandersetzung Morellets mit Anhängern der in Zahlungsschwierigkeiten steckenden Indienkompanie ist ihre Feststellung, der einzige Vorwurf, den man Morellet machen könne, sei der, daß er sich etwas zu sehr dazu habe hinreißen lassen, die Kompanie als eine Körperschaft zu betrachten, die sich selbst geleitet habe, während man den Verteidigern der Kompanie den Vorwurf machen müsse, daß sie den Umstand, daß die Kompanie nicht persönlich verantwortlich im Sinne einer sich selbst leitenden Körperschaft sei, zu sehr ins Feld geführt hätten. 39

Aus der gesamten Behandlung der Frage durch die Physiokraten wird gleichfalls deutlich, daß sie zwar - ebenso wie Morellet - die Auffassung vertreten, die "bankrotte" Kompanie habe vom französischen Staat nichts zu verlangen, daß sie aber andererseits bei all ihrer Kritik an der Kompanie den Absolutismus von dem unterschwelligem Vorwurf der Vertragsuntreue gegenüber erkaufter Verschonung von Sonderbesteuerungen nicht entlasten. Ebensovienig entlasten sie in ihrer Kritik den Absolutismus von dem Vorwurf des auf gleicher Ebene liegenden willkürlichen Umgangs mit dem Kapital von Handelsgesellschaften. Im Endergebnis läuft ihre Kritik an den Aktionären darauf hinaus, daß diese aus der gemeinsamen Front des sich gegen ungerechte Privilegien zur Wehr setzenden Mittelstandes ausgebrochen sind und nach Verlust dieser Verbindung ihr Selbstbehauptungsvermögen im Rahmen der bestehenden Ordnung eingebüßt hätten. 40

Wenn man die Physiokraten in den "Ephémérides du Citoyen" für Morellet journalistisch die Klinge ziehen sieht, so könnte man nur allzuleicht der Versuchung erliegen, ihre Ansichten denjenigen Morellets restlos gleichzusetzen.

Daß dem in der Hintergrundüberzeugung doch nicht ganz so gewesen sein kann, zeigen immer wieder gewisse Einzelheiten. So erzeugen die Physiokraten immerhin einen regelrechten Schuldkomplex aus der Einfuhr von Baumwolle. Ein solcher Standort läßt sich aber nicht in unmittelbarer Nähe desjenigen Morellets ansiedeln. 41

38 Ephémérides du Citoyen, Bd. 8, 1769, S. 261 ff.

39 Ebenda, S. 174 f.

40 Der Hintergrund dieses Kampfes, bezogen auf die Zollpolitik, wird z. B. in verschiedenen Bemühungen der Steuerpächter sichtbar, vom absolutistischen Régime bereits für gewisse Kolonialwaren zugebilligte Zollfreiheiten zu hintertreiben, die Chailley-Bert, Joseph, Les Compagnies de Colonisation sous l' Ancien Régime, Paris 1898, S. 122 ff., schildert.

41 Die Physiokraten neigten in dieser Frage zu der Auffassung, daß die Verwendung ausländischer Rohstoffe durch französische Manufakturen überhaupt eine Schädigung des französischen Landbaus und derjenigen französischen Manufakturen bedeute, die ihre Erzeugnisse aus Rohstoffen der französischen Landwirtschaft herstellten, denn: "Die Menschen und das Geld wurden vom Landbau abgelenkt und in den Manufakturen von Seide, Baumwolle und fremden Wollen beschäftigt, zum Schaden der Wollmanufakturen des Landes und der Vermehrung der Herden." (Quesnay, François, Maximes générales du gou-

Die Auffassung Morellets stand den Physiokraten allerdings näher als diejenige Dupleix', die als Beispiel für die bis zur Mitte der fünfziger Jahre des 18. Jahrhunderts im großen und ganzen offiziell von der Indienkompanie verfolgte Politik stehen darf. ⁴² Dabei sollte der indische Kattunproduzent für den afrikanischen Sklavenhandel Kattune als Tauschmittel produzieren und gleichzeitig dem Absatz französischer Produkte in Indien möglichst wenig im Wege sein. Die Lösung lag für Dupleix darin, daß sich dieser Produzent rigoroser Freiheitsbescheidung ausgesetzt sehen mußte. ⁴³

Auf diesem Weg steht Dupleix nicht ohne Nacheiferer da. Er wird auch von dem Verfasser der Schrift "Examen des décisions de M. l' Abbé Morelet (sic!) sur

vernement, in: Daire, Eugène, Physiocrates, Bd. 1, Paris 1846, S. 89 Anm. 1.) Dankenswerterweise sind all diese Zitate jetzt auch in der hervorragenden, vorzüglich greifbaren Ausgabe Marguerite Kuczynskis Quesnay, François, Ökonomische Schriften, Bd. 1, Berlin 1971, nachzulesen. - Der Standpunkt der Physiokraten erscheint um so rigoroser, als nach /Plumard de Dan-geul/, Remarques ..., a. a. O., S. 8, die französischen Woll- und Seidenmanufakturen angeblich nicht einmal 25 % der von ihnen benötigten Wolle und Seide aus dem Inland bezogen.

⁴² Joseph-François Marquis Dupleix war der Gouverneur der französischen Niederlassungen in Indien, der seit dem Österreichischen Erbfolgekrieg (1741 - 1748) den Engländern das Gespenst eines französischen Indiens heraufbeschworen hatte. Weite Kreise des französischen Bürgertums sahen sich von Dupleix zweifellos beeindruckt, weil es ihm als militärischem Laien gelungen war, die Engländer zur Aufhebung der Belagerung von Pondichéry zu zwingen. Vgl. dazu z. B. Journal historique, ou Fastes du règne de Louis XV, Bd. 2, Paris.1766, S. 57, Eintragung v. 17. 10. 1748: "(...) aber die gute (belle) Verteidigung von M. Dupleix, Gouverneur dieser Stadt, hat sie (Pondichéry - A. G.) gerettet." Der Katalog der Universitätsbibliothek Leipzig schreibt diese Publikation unter Berufung auf Quérard, Joseph-Marie, La France littéraire, Paris 1827 ff., "Lévy, président" zu. Vgl. über Dupleix: Martineau, Alfred, Dupleix, sa vie et son oeuvre, Paris 1931; Cultru, Prosper, Dupleix. Ses plans politiques, sa disgrâce, Paris 1901. - Über Dupleix besonders mit der Steuerpacht verbundene Familie vgl. Martineau, Albert, Dupleix, Paris 1931, S. 57 - 68 (Anhang zu Kap. 1 a). - Wichtiges Material zur Biographie von Dupleix enthält das Werk derselbe, Les dernières années de Dupleix, Paris 1929. - Siehe wegen des bedeutenden Quellenmaterials auch derselbe, Dupleix et l' Inde Française, Bd. 1 - 4, Paris 1923 - 1928.

⁴³ Martineau, Albert, Dupleix et l' Inde Française, Bd. 4, 1749 - 1754, Paris 1928, S. 237 f., verweist darauf, daß die französischen Eroberungspolitiker, so Dupleix, sich bei ihren Erwerbungen in Indien u. a. auf Kattunmanufakturen in von ihnen kontrollierten Gebieten propagandistisch beriefen: In verschiedenen Dörfern bei Pondichéry könnten unter der Kontrolle der Franzosen "des toiles peintes" (bedruckte Kattune) hergestellt werden. In einem Schreiben an Mahfuzkhan, Sohn des Nabob Anaverdikhan von Arcate, droht Dupleix, laut Vinsons Veröffentlichung der zeitgenössischen Aufzeichnungen Anandarangappoullés, Repressalien gegen Tausende von Mohammedanern der Koro-mandelküste an, um jenen davon abzuhalten, vor Madras gegen die Franzosen einzugreifen (Les Français dans l' Inde, Dupleix et Labourdonnais. Extraits du Journal d' Anandarangappoullé, Courtier de la Compagnie française des Indes 1736 - 1748, Paris 1894, S. 136 f.).

les trois Questions importantes qui font le sujet de son Mémoire"⁴⁴ vertreten. Dieser ist nicht damit einverstanden, daß die "Maures ou d'autres Nations" in den "Comptoirs Français de l'Inde . . ." nur beschützt und nicht vom Gesetz ver- sklavt sind"⁴⁵, wie er es formuliert. Alles andere als zustimmend, malt er die- sen Umstand so aus: "Sie (Maures ou d'autres Nations - A. G.) betrachten die indischen Kontore als Asyle, wo sie mit größerem Erfolg an ihrem Vermögen arbeiten können. Das gleiche Interesse, das sie hinzieht, hält sie dort fest, wo- bei sie ständig bereit sind, sich unter den Schutz einer anderen Flagge zu bege- ben. Sie verbrauchen weder für ihren Lebensunterhalt noch für ihre Bekleidung irgendeine unserer Waren des grundlegenden Bedarfs, oder, wenn sie solche be- nötigen, so kaufen sie von den Engländern, Dänen und Holländern, was wir ihnen zu teuer verkaufen möchten."⁴⁶

Derselbe Verfasser ist für die Maskarenen ein fanatischer Anhänger der Sklave- rei in Großpflanzungen nach dem Vorbild der Plantagenkolonien der Karibik. Er gibt seiner Befürchtung Ausdruck, es würde in der Ile de France keine echte Sklavenhalterkolonie entstehen: "Ich habe immer behauptet (. . .)", erklärt er, "daß viele Schwarze notwendig sind, um den Boden zu bearbeiten, und daß 50 Weiße mit je 10 Schwarzen durch Anbau weniger erzeugen, als 10 Weiße mit je 50 Schwarzen. Aber ich behaupte darüber hinaus, daß, solange nicht die wahren Colons die Anzahl ihrer Schwarzen zum mäßigen Preis, zu dem sie sie von der Kompanie kaufen, erhöht haben werden, die große Anzahl der Weißen mehr von Schaden als von Nutzen sein wird."⁴⁷ Dagegen bildete sich bei den Physiokraten nahestehenden ökonomischen Aufklärern aus Verwaltungskreisen - trotz einer ge- wissen Grundtendenz, die Sklavereifrage vor sich herzuschieben - eine Gesamt- haltung aus, die von einer Vertretung der Interessen der Petits Blancs bis zu Stellungnahmen gegen die Institutionen der Sklaverei reichte.⁴⁸

44 Mit eigener Paginierung und ohne eigenes Titelblatt angebunden an: "Doutes d'un actionnaire, sur le Mémoire de M. l'abbé Morellet, contre la Compa- gnie des Indes". Diese von mir benutzte Quelle befindet sich in der Sächsi- schen Landesbibliothek Dresden. Barbier, Antoine, Dictionnaire des ouvrages anonymes, und Quérad, Joseph-Marie, Les supercheries littéraires dévoil- es, führen sie nicht auf. Die erste Seite derselben, die den Titel "Doutes d'un actionnaire, sur le Mémoire de M. l'abbé Morellet, contre la Compa- gnie des Indes" trägt, läßt sich nur schwer als Titelblatt auffassen, so daß ich nicht klären kann, ob diese Schrift ursprünglich mit einem Titelblatt er- schienen ist oder ob man - was nicht auszuschließen ist - von vornherein dar- auf verzichtet hat.

45 Examen des décisions de M. l'Abbé Morelet (sic!) sur les trois Questions importantes qui font le sujet de son Mémoire, a. a. O., S. 37: "ne sont que protégés (sic!) et non asservis par la Loi".

46 Ebenda, S. 37. - Wie nahe dieser Verfasser der Politik Duplex' kommt, zei- gen die Beschwerden Anaverdikhans, Nabobs von Bengalen, über Duplex, Klagen, die Anandarangappoullé wie folgt zitiert: "Unter den Kaufleuten von Mazulipatam sind Gudjaraten, Patanen und Leute anderer ähnlicher Sekten: Es ist nicht gerecht, sie Bedrückungen auszusetzen." (Les Français dans l'Inde . . ., a. a. O., S. 83, Eintragung v. 19. 9. 1746.)

47 Examen des décisions . . ., a. a. O., S. 36.

48 Als ein Beispiel dafür ist Pierre Poivre zu betrachten. Er sieht als eigentli- chen Gründer der Ile de France La Bourdonnais an. Gegenüber Spekulationen, aus denen nichts geworden sei - "Kaffee, Baumwolle, Indigo, Zuckerrohr,

Eine weitere Eigentümlichkeit der mit Dupleix identifizierten Kompaniepolitik scheint eine gewisse Umgehung des indischen Kaufmanns gewesen zu sein. Diese Bestrebungen bringt zum Beispiel der sich nachträglich zu Dupleix bekennende unbekannte Verfasser der "Doutes d'un actionnaire" zum Ausdruck.⁴⁹ Er tritt für die Herstellung der Baumwollstoffe von der Verspinnung der Baumwolle bis zum verkaufsfertigen Stoff durch ein und denselben indischen Produzenten ein, der für alle erforderlichen Arbeitsgänge einzeln von getrennten Vorschüssen der Kompanie abhängig ist.⁵⁰ Dieselbe Schrift nimmt gegen das historische Beispiel des Handelsprivater Reeder aus St-Malo und gegen die von Morellet geforderte Führung des Indienhandels durch Gesellschaften von Einzelkaufleuten Stellung. Dieser Verfasser führt aus, wie der Handel nach Ile de France und Bourbon für seine Auffassung spräche. Die zwei Inseln bezögen jährlich in einem Gesamtwert von 3 bis 4 Millionen (Livres - A. G.) Erzeugnisse des französischen Bodens und der französischen Manufakturen, hätten als Gegenleistung aber nur Kaffee anzubieten. Assoziationen einzelner Privatkaufleute seien außerstande, diesen Handel mit den Einwohnern der zwei Inseln, die sich nur mit Hilfe von Krediten der Kompanie und des Fiskus über Wasser hielten, durchzuführen.⁵¹

Durch ein relativ rigoroses Argument gegen die St-Maloer Freihändler zeichnet sich der Verfasser der Schrift "Eclaircissements sur le Mémoire de M. l'Abbé Morellet (...)" aus.⁵² Durch ihre Schuld hätte der französische Staat ein Kapi-

alles hat man darauf anzubauen versucht, aber alles mit der ungeduldigen brausenden Hastigkeit, die keinen entscheidenden Fortgang abwarten kann" -, war "der simple und natürliche Plan des Stifters, (...) sich vor allem die nötigsten Lebensmitteln (sic!) sicher zu verschaffen", und: "hätte man diesem (Plan - A. G.) gefolgt, so würde die Insel jetzt blühend seyn" (sic!). (Poyvre (sic!), Pierre, Reisen eines Philosophen, Salzburg 1783, S. 29.) Ebenda, S. 30, schreibt Poyvre La Bourdonnais die Einführung der Maniokkultur auf der Ile de France zu: "heut zu Tage (sic!) aber wächst soviel davon, daß die Kolonisten ihre meisten Sklaven damit nähren". Ebenda, S. 94 f., spricht Pierre Poyvre sich gegen die Plantagensklaverei aus. Dabei nennt er zwar die "Plantagen von Amerika", aber nicht die der Ile de France als ausdrückliches Beispiel. Was Morellet betrifft, so kommt er in bezug auf die Maskarenen über die Ablehnung des Kompaniemonopols in dieser Frage offenbar nicht hinaus (vgl. Morellet, André, Mémoire sur la situation actuelle de la Compagnie des Indes. Juin 1769, Paris 1769, S. 243 f.). Er dürfte damit sehr hinter den Physiokraten zurückbleiben.

49 Der Verfasser der "Doutes d'un actionnaire, sur le Mémoire de M. l'abbé Morellet ..." , a. a. O., S. 19, fordert den Abbé Morellet indirekt auf, zu erklären, "durch welche Befehle M. Dupleix nach Frankreich zurückberufen und M. Lally nach Indien entsandt wurde". Er verbindet so künstlich zwei Ereignisse, die gar nicht unmittelbar aufeinanderfolgten. Desgleichen verbindet später Linguet diese beiden Ereignisse miteinander: Er geht davon aus, daß Lally ein Opfer von Verwandten Dupleix' geworden sei. (Siehe Linguet, Simon-Nicolas-Henri, Annales politiques, civiles, et littéraires du dix-huitième siècle, Lausanne, März 1780, S. 169, 174, 176.)

50 Doutes d'un actionnaire, sur le Mémoire de M. l'abbé Morellet ..., a. a. O., S. 36.

51 Ebenda, S. 40.

52 Eclaircissements, sur le Mémoire de M. l'Abbé Morellet, concernant la partie historique de la Compagnie des Indes, et l'origine du bien des Actionnai-

tal von etwa 300 Millionen (Livres - A. G.) an England und Holland für indische Waren eingebüßt. 53

Aber nicht nur der Gegensatz zu den Einzelkaufleuten, sondern, wie schon gezeigt, die völlige Unterwerfung des indischen Produzenten unter die Kompanie und andererseits auch die Verflechtung in den Sklavenhandel der karibischen Plantagenkolonien war das Credo der Anhänger der Kompanie. So legt der selbstverständlich auf der anderen Seite stehende und auf die Durchführung der Absetzung Dupleix' zurückblickende Gegenspieler desselben, Godeheu, diesem die Übersendung einer zu hohen Zahl sogenannter Gingangs (Guingans) zur Last, wobei er klarmacht, daß diese Gingangs zu Zwecken des Sklavenhandels dienen: Es seien "einfache gestreifte, farbige Kattune (toiles), die nur für den Afrika- oder Amerikahandel geeignet sind". 54

Die Politik der sich auf Dupleix als Vorbild orientierenden Gegner Morellets beinhaltete also Antriebskräfte für den atlantischen Sklavenhandel. Diese Politik war auch dadurch gekennzeichnet, daß sie in der indischen Gesellschaft einen Strukturwandel durch stärkere Unterordnung des indischen Kattunproduzenten unter die Kompanie einbegriff und den Privathandel von Reedern aus Frankreich einschränken oder beseitigen wollte. Überschaubar wird diese Eigenheit der Bestrebungen Dupleix' durch die Gegenkräfte, die sie hervorriefen. So lassen sich die von Godeheu gegen Dupleix erhobenen Vorwürfe auf den Nenner bringen: durch Dupleix' Wirken Rückgang der Verbindungen mit den indischen Kattunkaufleuten und Schrumpfen der Übersendung indischer Kattune und "echter" Schnupftücher aus Paliacate nach Frankreich. Dagegen habe Dupleix minderwertige, von Handwerkern in Masulipatam hergestellte Schnupftücher (qualité très médiocre) gesandt. Seine Herrschaft habe insgesamt eine Unterdrückung der einheimischen Kaufleute und einen Ruin der guten indischen Manufakturen bedeutet. 55 Die Darstellung durch Dupleix wirkt zusätzlich beleuchtend. Die Tatsache der Reederfeindlichkeit steuert Duplex selbst bei, indem er den aus St-Malo stammenden Privatkauflenten den Vorwurf macht, von der Kapitalseite her den Anforderungen des Indiëhandels nicht gewachsen gewesen zu sein. Den Umstand, daß die Kapitalverlegenheit der Kompanie diese bewogen hatte, den Kaufleuten von St-Malo die Teilnahme am Handel zeitweilig zu gestatten, läßt er in der Versenkung verschwinden 56 und behandelt so diese Geschichte auffällig kurz. 57

res. Ebenfalls mit eigener Paginierung und ohne eigenes Titelblatt angebunden an: Doutes d'un actionnaire, sur le Mémoire de M. l'abbé Morellet, contre la Compagnie des Indes.

53 Eclaircissement . . . , a. a. O., S. 5.

54 Réfutation des faits imputés au sieur Godeheu, par le sieur Dupleix, Paris 1764, S. 187

55 Ebenda, S. 189.

56 Mémoire pour le sieur Dupleix contre la Compagnie des Indes. Avec les Pièces justificatives, Paris 1759

57 Zur umfangreichen Einschaltung der St.-Maloer Privatkauflente hinter der offiziell aufrechterhaltenen Fassade der finanziell ins Wanken geratenen Indienkompanie 1706 - 1719 vgl. Sottas, Jules, Une escadre française aux Indes en 1690. Histoire de la Compagnie Royale des Indes Orientales 1664 - 1719, Paris 1905, S. 462 ff. - Siehe auch Arnould, Ambroise-Marie, De la balance du commerce et des relations commerciales extérieures de la France dans toute, les parties du globe. Particulièrement à la fin du règne de Louis

Die Kapitalschwäche, die Pariser Kapitalisten als Kreditoren herausforderte, im Risiko aber auch schreckte, war zweifellos auch ein Argument Neckers gegen den Freihandel und für die Aufrechterhaltung der Kompanie in seiner Schrift gegen Morellet gewesen, während Morellet diese Position in seiner Gegenbroschüre bekämpft. 58 Das Argument einer gewissen Angewiesenheit der Großhändler (Négociants) der französischen Häfen auf Kreditoren setzten dieselben Kreise der Großhändler, vertreten durch ihre Hafenstädte, aber auch gegeneinander ein, wenn sie in ihren Schnorrereien um Privilegienprojekte bei der Administration sich gegenseitig als Konkurrenten gegenübertraten. Hierbei nahm St-Malo offenbar eine weniger auf Kreditoren⁵⁹ und anscheinend auch weniger auf die traditionellen französischen Industrien bedachte Haltung ein als zum Beispiel Rouen. 60

Während Rouen und Necker sich sozusagen gemeinsam in die traditionelle französische Industrieverflechtung mit Indien einkategorisieren lassen, stehen Morellet, die Reeder St-Malos, Nantes' und in ihrem Sog befindliche Kreditoren auf der anderen Seite, wobei auch die gewachsene eigene Kapitalkraft der westfranzösischen Reeder überhaupt und die davon im allgemeinen ausgehende Schubkraft, die gegen das Monopol der französischen Indienkompanie wirkte, nicht zu

XIV et au moment de la Révolution, Bd. 1/2, Paris 1791, S. 273 - Danach knüpfte die französische Indienkompanie im Jahre 1707 die Zulassung von Privatleuten zum Indienhandel an die Bedingung, daß sie am Gewinn mit 15 % beteiligt wurde.

58 Vgl. /Morellet, André/, Examen de la Réponse de M. N. xx /Necker/ au Mémoire de M. l'Abbé Morellet, sur la Compagnie des Indes, Paris 1769, S. 26, mit folgendem Vorhalt Morellets an die Adresse Neckers: "(...) vous opposez les Négociants des Ports du Royaume aux Capitalistes Citoyens de Paris."

59 Als ausgesprochene Konkurrenten prallten beide Städte aus Anlaß eines 1730 zur Debatte stehenden Verkaufs des Senegalmonopols der Compagnie des Indes aufeinander. Nach Rouens Vorschlägen sollte die "Compagnie des Indes" 30 % der Aktien erhalten. Außerdem wurde ihr ein Rückkaufsrecht, das sie 10 bis 20 Jahre später haben sollte, zugesichert. Saint-Malo konterte mit dem Vorschlag eines langfristigen Vertrages und mit Zweifeln an der finanziellen Leistungsfähigkeit Rouens und seiner Reeder. (Vgl. Delcourt, André, La France et les Etablissements français au Sénégal entre 1713 et 1763, /Dakar/ 1952, S. 70 f. = Mémoires de l'Institut Français d'Afrique Noire, Nr. 17.)

60 Gegen Ende des Spanischen Erbfolgekrieges ist vielleicht eine ähnliche Diskrepanz zu verbuchen. In den Friedensverhandlungen mit England meldete die französische Delegation, zu der ein Vertreter Rouens (Sieur Mesnager, nach Scelle ein Fachmann im "Commerce des Indes") gehörte, Bedenken gegen gewisse englische Vorschläge an, von denen sie eine Schmälerung des französischen Seidenstoff- und Tuchabsatzes befürchtete. Die Engländer seien zwar nicht Hersteller dieser Stoffe, aber sie könnten sich solche Waren leicht in China oder im Orient verschaffen. Die Normandie, Bretagne und Pikardie könnten dann ihre Tuche nicht mehr absetzen, seien also ruiniert und kämen als Einkommensquelle für den Fiskus nicht mehr in Frage. Zur selben Zeit unterbreiteten die Reeder St-Malos Vorschläge für Unternehmungen in Südamerika und im Pazifik, deren Verwirklichung eine Fortsetzung des Krieges bedeutet hätte. (Vgl. Scelle, Georges, Histoire Politique de la Traite Négrière aux Indes de Castille. Contrats et traités d'Assiento, Bd. 2, Paris 1906, S. 494 - 496.)

übersehen ist. 61 Diese Schubkraft wirkte nicht nur gegen das Monopol, sondern auch gegen regionale Ausprägungen als vorherrschende Form des Spiels der die Kompanie tragenden oder bekämpfenden Kräfte. Necker, der 1769 für die Kompanie noch eine Lanze bricht, wird dem Indienhandel überhaupt später wesentlich abgekühlter gegenüberstehen. 62 Aber auch zur Polarisierung der Stellungnahmen in den Mittelschichten leistet das Jahr 1769 mit dem Streit um die Indienkompanie einen Beitrag. In dem Bündel der Stellungnahmen zu der Kritik Morellets an der Kompanie bringt der schon betrachtete Verfasser des "Examen des décisions de l'Abbé Morelet (sic!)" diese Polarisierung innerhalb der Mittelschichten auf seine Weise zum Ausdruck; Seine Feindschaft gegen die indischen Kaufleute zeigt ihn als Antipoden der Stellungnahme des Physiokraten Roubaud. Einen weiteren Gegensatz zu den Physiokraten bringt der gleiche Verfasser (der Autor des "Examen des décisions de l'Abbé Morelet") mit seiner Parteinahme für die Sklaverei zum Ausdruck. Schließlich bindet ihn seine Ablehnung einer "trop grande affluence" von Privatleuten (particuliers)⁶³ an den Standort, auf dem - Jahrzehnte zuvor allerdings - Deslandes seine Befürchtung geäußert hatte, daß die Indienkompanie "durch die wahllose Verwendung von Menschen am Ende dasselbe Schicksal erleidet wie die älteren Kompanien". 64 Das Beispiel des Verfassers des "Examen des décisions" zeigt so, daß in der Bündelung der Interessengegensätze auch mittelständische Interessenvertreter Morellet und den Physiokraten entgeganstanden. 65 Alles in allem gewinnt das Jahr 1769 mit der Auf-

61 Wie auch das Beispiel des Reeders Gradis zeigt: Die Wiederherstellung der französischen Position nach dem Siebenjährigen Krieg im Senegal finanzierte nach Delcourt dieser Reeder aus Bordeaux allein, "der mit einem einflußreichen Commis des Bureau de la Marine, Accaron, sehr verbunden war", und das war nach Delcourt auch der entscheidende Grund, daß die Indienkompanie nach dem Frieden von 1763 ihr Senegalprivileg verlor. (Vgl. Delcourt, André, a. a. O., S. 53; zu Gradis vgl. auch Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, Bd. 2, Berlin 1969, S. 217.) Daß dieses Beispiel einer direkten Zusammenarbeit zwischen Reedern und Administratur, die die alten Strukturen von Handelskompanien überspielte, kein Einzelfall war, zeigt eben der Zusammenbruch der Indienkompanie, als der von der Administratur beschützte Morellet die Bombe seiner Kritik zündete und damit ein Beben auslöste.

62 Necker, Jacques de, Eloge de Jean Baptiste Colbert, Dresden, 1780, S. 131, ist hier der Auffassung, daß der Handel mit indischen Kattunen aus Preisgründen gegenüber der Zeit Colberts wesentlich unvorteilhafter für Frankreich geworden sei.

63 Examen des décisions . . . , a. a. O., S. 38.

64 /Boureau-Deslandes, André-François/, Essay sur la marine et sur le commerce, o. O. 1743, S. 161 f.

65 Die Tatsache, daß es in den 50er und 60er Jahren des 18. Jh. weder den ökonomischen Aufklärern der Administratur, also Männern wie Gournay und Clicquot-Blervache, noch den Physiokraten noch Enzyklopädisten wie Morellet gelang, die restriktive Organisation des französischen Industrie-Außenhandels und der französischen Industrie auf Dauer entscheidend zu durchbrechen, wirkte sich verzerrend auf die eigentlich von einer Wachstumsentfaltung der Industrie zu erwartenden Chancen der Beseitigung des Sklavenhandels aus. Zum Beispiel war die Behinderung des Exports der Hersteller von Stoffen (draps) der Normandie und des Languedoc nach der Levante durch die zählbeige Monopolstellung Marseilles in diesem Handel, die Dermigny in ihren Ausmaßen untersucht (vgl. Dermigny, Louis, A propos du port franc de

hebung des Privilegs der Indienkompanie so an allgemeiner Bedeutung, da über die für die Indienkompanie enthaltene Bedeutung hinaus eine durchgängigere Aufklüftung der Bourgeoisie in dieser Frage einschließlich der Mittelschichten sichtbar wird.

Das harte Eingreifen der Kompaniebehörden in Indien in die Produktions- und Lebensbedingungen des indischen Kattunhandwerkers rief vor und nach der Aufhebung des Privilegs der Indienkompanie mannigfache Kritik wach. Es ist auffällig, wenn der Physiokrat Roubaud den Begründer der französischen Niederlassung Pondichéry als ein wahres Wunder der Menschenliebe und einen Beschützer der indischen Kaufleute herausporträtiert.⁶⁶ Auch was Morellet an Lob für den um 1727 eine Politik mehr des Handels als der Eroberungen verfolgenden Gouverneur Le Noir aufwendet, erscheint als eine versteckte Kritik der nachfolgenden Kompaniepolitik.⁶⁷

Die Schrift Morellets⁶⁸ gegen die Indienkompanie stellt einen zweifellosen Höhepunkt in dieser Kritik dar: Sie nimmt sowohl gegen den Privilegiengedanken der französischen Manufakturen als auch gegen die Kompanie Stellung.⁶⁹ Die von Morellet in dieser seiner Schrift zustimmend abgedruckten "Observations sur le rapport fait à M. le Contrôleur-Général, par M. de Sxxx le 26 Juin 1755, sur

Marseille, Armement Languedocien et trafic du Levant et de Barberie /1681 - 1795/, T. 2, in: Provence historique, Revue trimestrielle Organe de la Fédération historique de Provence, Bd. 6, Januar - März 1956, S. 57), geeignet, das Streben der französischen Produzenten bedruckter Kattune nach den bisherigen Absatzmärkten des Sklavenhandels in Westafrika bzw. den auf Sklavenarbeit beruhenden Plantagenkolonien der Karibik zu verstärken.

66 Roubaud, /Pierre-Joseph-André/, Histoire générale de l'Asie, de l'Afrique et de l'Amérique, Bd. 3, Paris 1770, S. 498.

67 Morellet, André, Mémoire sur la situation actuelle de la Compagnie des Indes, 2. Aufl. Paris 1769, S. 40.

68 Ebenda.

69 Morellet zieht einen Vergleich zwischen der Arbeitsorganisation privilegierter Manufakturen in Frankreich und dem, was er "Denkschriften, die man uns mitgeteilt hat", über die von der Kompanie bei ihren Bestellungen in Indien ausgeübte Gütekontrolle gegenüber den Kattunlieferungen der indischen Kaufleute entnimmt. Er fällt folgendes vernichtende Urteil: "Dieses schöne Gemälde der Verwaltung Indiens ähnelt vollständig dem, was ich mehr als einmal über die Verwaltung gewisser privilegierter Manufakturen, gewisser exklusiver Handelsunternehmen (commerces) gehört und gelesen habe, für die die Exklusivität und das Privileg dennoch klarerweise unnütz und dem Allgemeinwohl zuwiderlaufend sind." Dasselbe gelte von den Privilegien der bekannten Manufaktur "von Abbeville der Sieurs Vanrobais", denn: "(...) es ist erwiesen /seit ca. einem Jahr/, daß es möglich ist, ohne Privileg gute Tuche (draps) in Abbeville herzustellen. Man weiß, daß die Engländer und die Holländer deren ebenso gute herstellen, man weiß sogar, daß die Tuche von Louviers, jene von Sedan, jene von Carcassonne usw. es mit den Tuchen von Abbeville aufnehmen. Wird man nicht eines Tages auch entdecken, daß man ohne "Conseil" in Pondichéry und Chandernagor, ohne Kontrollen (visites) mit so großem Apparat, ohne Lohnbleicher und ohne Lohnpacker (sans blanchisseurs et sans emballeurs à gages) die gleichen Kattune aus Indien beziehen kann, die uns die Kompanie heute liefert." (Morellet, André, Mémoire sur la situation actuelle ..., a. a. O., S. 224, 227.)

l'État de la Compagnie des Indes; par feu M. de Gournay, Intendant du Commerce"⁷⁰ verleihen Morellets Schrift einen erhöhten grundsätzlichen Charakter, da damit gewissermaßen ein Kreis geschlossen wird. Der von ihm solchermaßen wiedergegebene Vincent de Gournay zitiert Dupleix, der zugegeben habe, daß die Kompanie vom Handel allein nicht leben könne. Den damit verbundenen Gedanken Dupleix' von Territorialerwerbungen lehnt Gournay ab und plädiert für einen freien Handel mit Indien.⁷¹ Dieser Handel soll sich unter der Regie der Kompanie vollziehen⁷², aber nach Gournays Vorschlag im übrigen völlig frei sein.

Der Beschluß des Conseil d'Etat vom 13. August 1769 über den Indienhandel⁷³ zeigt, daß die Anhänger des Monopols viel von den Rechten der Kompanie getretet hatten. Deren Exklusivprivileg wird durch diesen Beschluß des Conseil zwar aufgehoben, aber es bleibt noch viel davon übrig. In Indien bleibt die Verwaltung der Kompanie erhalten (Artikel II). Die Kompanie darf nach wie vor Pässe für den Indienhandel erteilen (Artikel IV). Rückkehrende Indienfahrer müssen den Hafen der Kompanie (Lorient) anlaufen; wo es doch anders geschieht, darf in den Häfen nicht entfrachtet werden (Artikel V). Es bleibt die Eigenverwaltung der Kompanie bestehen. Das "Arrest du Conseil d'Etat du Roi portant Règlement pour le Commerce de l'Inde. Du 6 Sept. 1769"⁷⁴ will Nachteilen des Artikels IV des vorangehenden Conseilbeschlusses abhelfen. Lorient erhält ein Stapelrecht von einem halben Jahr (Artikel V). Verbotene Waren werden von der Kompanie plombiert und nur über See in das Ausland exportiert. Es handelt sich um "toiles de coton blanches, mousselines, mouchoirs et basins" (Artikel VI). Von Lorient können die Waren nach Nantes geschickt werden, wo sie wieder einem halbjährigen Stapelrecht unterliegen (Artikel VII).

Die Waren können aus den zwei Stapelorten nur heraus, wenn sie deklariert worden sind; die Aufseher des Käufers der Pachten (Adjudicataire des Fermes) dürfen im Laufe der sechs Monate nochmalige Besichtigungen und Untersuchungen in den Stapelorten vornehmen (Artikel VIII). Sämtliche Waren dieses Indienhandels unterliegen einem Einfuhrzoll von 5 Prozent ihres Wertes in Frankreich, die von der Ile de France und Bourbon einem Zoll von 3 Prozent (Artikel IX).⁷⁵

Diese Bestimmungen zeigen schon, wer der eigentliche Gewinner der Aufhebung des Privilegs war: Steuerpächter und Großreeder der westfranzösischen Küste. Das Monopol der Kompanie aber war nicht in voller Konsequenz abgeschafft worden. Ins Hintertreffen geraten waren die von den Physiokraten vertretenen klein-

70 Innerhalb der Schrift Morellets, mit Paginierung in römischen Ziffern.

71 Morellet, André, *Mémoire sur la situation actuelle ...*, a. a. O., S. XVIII.

72 Ebenda, S. XIX f.

73 Arrest du Conseil d'Etat du Roi, *Concernant le Commerce de l'Inde*. Du 13. Août 1769. *Extrait des Registres du Conseil d'Etat*, angebunden an die (von Barbier, Antoine, *Dictionnaire des ouvrages anonymes*, Bd. 4, Paris 1879, S. 300, und vom *Catalogue Général des livres imprimés de la Bibliothèque nationale*. Auteurs, Bd. 123, Paris 1933, S. 274) Jacques Necker zugeschriebene Schrift "Réponse au Mémoire de M. l'abbé Morellet, sur la Compagnie des Indes, Imprimée en exécution de la Délibération de M^{rs} les Actionnaires, prise dans l'Assemblée générale du 8 Août 1769, Paris 1769.

74 Ebenfalls angebunden an Neckers "Réponse au Mémoire ...", a. a. O.

75 Ebenda (Arrest ... Du 6 Sept. 1769, angebunden an: Réponse au Mémoire ..., a. a. O.).

und mittelbürgerlichen Schichten und mit ihnen ihre Bestrebungen zur Abschaffung des Sklavenhandels und der Sklaverei. Damit stellt das Datum 13. August 1769 einen bedeutsamen Schnittpunkt in der historischen Entwicklung Frankreichs am Vorabend der Großen Französischen Revolution von 1789 bis 1794 dar.

DISKUSSIONEN

Jahrbuch-Forum:

"Weg zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas"

Die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte äußerte über Entstehung und Entwicklung von Jan Peters am 19. Oktober 1978 eine wissenschaftliche Diskussion zu Fragen der Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern durch "Gründungs- und Gegenstände dieser Prozesse" an den Konferenzen und Wirtschaftshistorikern verschiedener Institutionen. Berlin beteiligt waren: war der von Waldtraut mit Schmidt, "Hochschule für Gegenwart" "Bruno Leuschner", Berlin) vorgelegte Beitrag, der die Entstehung kapitalistischer Lohnarbeit in Ländern Asiens und Afrikas, vor allem in Südostasien, Indien und China, sowie Südafrika, Süd- und Zentralamerika, Algerien, Indonesien, Argentinien und Mexiko vorstellte.

Dabei lag es nicht in erster Linie bei der Darstellung detaillierter historischer Entwicklungsweg in den einzelnen Ländern und Regionen. Es ging vielmehr um den Herausbildungsprozess von kapitalistischer Lohnarbeit und der Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in diesen Entwicklungsländern im Zusammenhang mit deren kolonialer Eroberung durch das westeuropäische Kapital.

Es drückte sich dann im Vorwort der Diskussion, daß gerade bei der Verknüpfung der typischerweise der verschiedensten Entwicklungs- und Produktionsformen der Lohnarbeit unter dem Einfluß des Kapitalismus als wesentliche Voraussetzung der vorliegenden Diskussion Weg von Waldtraut behauptet zu werden, vor der Eröffnung der Diskussion hätte die Antwort selbst kollegial, Professionsethik und die erweiterten eigenen Ergebnisse miteinander und suchte auf noch zu klärende offene Fragen aufmerksam.

Es zeigte, daß die Erzeugung der Lage der Wirtschaft in den Entwicklungsländern besonders hoch Maßstab von Bedeutung war, weil gerade es der Höhe der Bedingungen die sozialen Probleme in den Entwicklungsländern höherer Bedeutung. Man könne direkt von einer Anbahnung sozialer Zustände in diesen Ländern sprechen. Letzteres hat bewirkt, daß die imperialistischen Überlegenheiten von Teil intensiv dazu übergegangen seien, reformistische Tendenzen für die Entwicklungsländer zu erörtern, wie zum Beispiel die sogenannte "sozialistische Strategie" oder ähnliche Reformbestrebungen, die auf den Absatz starker Einflüsse der imperialistischen Überlegenheiten beruhen. In diesem Zusammenhang sind die Gedanken zu einer Reform der internationalen Wirtschaftsverhältnisse zu revidieren, wie sie unter anderem Thurgott in dem "Club of Rome" vertreten.

Schmidt, Waldtraut, Weg zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 1, S. 27-31.

DISKUSSIONEN

Jahrbuch-Forum:

"Wege zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas"

Die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte führte unter Leitung ihres Chefredakteurs Jan Peters am 12. Oktober 1978 eine wissenschaftliche Diskussion zu Fragen der Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern durch. Grundlage und Gegenstand dieses Forums - an dem Ökonomen und Wirtschaftshistoriker verschiedener Institutionen Berlins beteiligt waren - war der von Waldtraut Schmidt (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) vorgelegte Beitrag¹, der die Entstehung kapitalistischer Lohnarbeit in Ländern Asiens und Afrikas, vor allem am Beispiel Indiens und Chinas, sowie Südafrikas, Südrhodesiens (Simbabwes), Algeriens, Tunesiens, Angolas und Mocambiques vorstellte.

Dabei ging es nicht in erster Linie um die Darstellung detaillierter historischer Entwicklungsverläufe in den einzelnen Ländern und Regionen. Es ging vielmehr um das Herauskrystallisieren wesentlicher Grundtypen der Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in diesen Entwicklungsländern im Zusammenhang mit deren kolonialer Eroberung durch das westeuropäische Kapital.

Es erwies sich dann im Verlaufe der Diskussion, daß gerade in dem Versuch der Typisierung der verschiedensten Entstehungs- und Entwicklungsformen der Lohnarbeit unter dem Einfluß des Kapitalexports ein wesentliches Verdienst der vorliegenden Untersuchung von Waldtraut Schmidt zu sehen ist. Vor der Eröffnung der Diskussion faßte die Autorin selbst Anliegen, Problemstellung und die erarbeiteten eigenen Ergebnisse zusammen und machte auf noch zu erforschende offene Fragen aufmerksam.

Sie betonte, daß die Erforschung der Lage der Werktätigen in den Entwicklungsländern besonders auch deshalb von Bedeutung sei, weil gerade unter heutigen Bedingungen die sozialen Probleme in den Entwicklungsländern äußerst brisant sind. Man könne direkt von einer Anhäufung sozialen Zündstoffs in diesen Ländern sprechen. Letzteres habe bewirkt, daß die imperialistischen Führungskräfte zum Teil intensiv dazu übergegangen seien, reformistische Konzeptionen für die Entwicklungsländer zu erarbeiten, wie zum Beispiel die sogenannte "Grundbedarfs-Strategie" oder ähnliche Reformbestrebungen, die auf den Abbau starker Einkommensdisparitäten ausgerichtet seien. Zu diesen Bemühungen seien auch die Gedanken zu einer Reform der internationalen Wirtschaftsordnung zu rechnen, wie sie unter anderen Tinbergen im Bericht an den "Club of Rome" vertrete

1 Schmidt, Waldtraut, Wege zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 4, S. 57 - 71.

Besonders wichtige Forschungsprobleme auf diesem Gebiet sind für die marxistischen Wissenschaftler nach Auffassung Schmidts folgende:

Erstens sei zu untersuchen, wie sich die Reproduktion der Lohnarbeiterschaft in den Entwicklungsländern vollziehe, wobei man sowohl die gegebene Lohnarbeiterbevölkerung als auch die ständige "Neuproduktion" von Lohnarbeitern aus sozialen Gruppierungen vorkapitalistischer Produktionsbeziehungen betrachten müsse. Bei der Analyse dieser Problematik sei die Verknüpfung innerer und äußerer Faktoren in diesem Prozeß zu berücksichtigen, zum Beispiel die äußere Einwirkung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf diesen Prozeß oder solche sozialökonomisch bedingten Faktoren wie die Gastarbeiterproblematik und Produktionsverlagerungen von seiten imperialistischer Hauptländer in die Entwicklungsländer.

Zweitens gehöre hier hinein die Frage nach der Entwicklung der Löhne und sonstigen Reproduktionsbedingungen dieser Lohnarbeiterschaft im Verhältnis zu denen der übrigen Werktätigen, unter anderem der ländlichen Bevölkerung sowie der Handwerker und Mittelschichten. Hierbei seien besonders auch die veränderten Methoden zur Sicherung und Steigerung der Ausbeutung der Lohnarbeiter der Entwicklungsländer, die das Kapital der entwickelten kapitalistischen Länder heute anwende, zu untersuchen.

Drittens müsse dem theoretischen Kernproblem, dem Wert der Ware Arbeitskraft mit seinen gegenwärtigen Entwicklungstendenzen, einschließlich deren Widerspiegelung, die nötige Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zu dieser Problematik gebe es unter den marxistischen Theoretikern unterschiedliche Ansichten. Sie selbst stimme mit dem Standpunkt überein, daß der Wert der Ware Arbeitskraft in den Entwicklungsländern in der Tendenz steige, daß dies aber nur für die Bereiche der modernen Industrie gelte. Es sei aber bei dieser Aussage zugleich zu bedenken, daß der Entstehungs- und Formierungsprozeß einer Lohnarbeiterklasse hier noch nicht abgeschlossen sei und deshalb auch die Ausprägung des Wertes der Lohnarbeitskraft, vor allem im Hinblick auf das historisch-moralische Element, stark im Fluß sei.

Als Ausgangspunkte für die Diskussion faßte Schmidt dann Ziele und Ergebnisse ihrer Arbeit zusammen:

- a) Es gehe ihr zunächst darum, einige wichtige Typen der Einpflanzung des Kapitalverhältnisses in Entwicklungsländer auf der Grundlage einer relativ breiten Materialanalyse aufzudecken; es konnte jedoch keine Vollständigkeit angestrebt werden.
- b) Zu den Ausgangspunkten der Betrachtung gehöre die Entwicklung des Kolonialsystems, des Kapitalismus als imperialistischer Kapitalismus. Diese Sicht sei notwendig, um die Situation der Mutterländer des Kapitals bei diesen Prozessen zu berücksichtigen, einschließlich der Rolle und Wirkung ihrer Kolonialpolitik in den einzelnen Ländern.
- c) Durch das Einpflanzen des Kapitalverhältnisses von außen unter den Bedingungen des Kolonialsystems sei die interne kapitalistische Entwicklung in bestimmte Bahnen gepreßt worden. Dabei habe sich ein kräftiges und spontanes Wachsen innerer kapitalistischer Verhältnisse in diesen Ländern als unmöglich erwiesen.

W. Schmidt nannte abschließend einige offene Fragen, die in die Diskussion mit einbezogen werden sollten:

1. Welche weiteren Typen der Entstehung und Entwicklung von Lohnarbeit in den Entwicklungsländern gibt es noch? Welche der dargestellten Typen oder welche anderen treffen für Lateinamerika oder auch für solche Länder wie Thailand zu, das formell nie Kolonie war? Welche Besonderheiten lassen sich für Länder wie die Türkei, die recht früh Züge der staatskapitalistischen Entwicklung trug, feststellen?
2. Wie hat sich die Lage der Lohnarbeiter in Ländern entwickelt, die heute nicht zu den Entwicklungsländern zu zählen sind, aber ebenfalls recht spät eine kapitalistische Entwicklung einschlugen, zum Beispiel Japan, Neuseeland, Australien.
3. Wie wirken sich die objektiv in der Wirtschaft der Entwicklungsländer sich vollziehenden Veränderungen auf die Organisierung und Formierung des Proletariats aus? Wichtig sind hier besonders die qualitativen Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die das Wachsen eines organisierten Proletariats von der materiellen Seite her bedingen. Diese neuen Prozesse sind zum Beispiel von völlig anderer Art gegenüber den bisher existierenden kolonialen Wirtschaftsstrukturen. Letztere waren eben nicht durch eine volkswirtschaftlich notwendige, in sich verflochtene Industriezweigstruktur geprägt, sondern sie waren lediglich über die extraktive Industrie, über die Landwirtschaft und das Transport- und Bauwesen mit dem "Mutterland" verklammert. Unter heutigen Bedingungen ergeben sich in dieser Hinsicht völlig neue qualitative Gesichtspunkte - unter anderem auch im Zusammenhang mit dem Ausbau der notwendigen Infrastruktur.
4. Welche Rolle spielten bei diesen Vorgängen die politischen, ideologischen und kulturellen Hintergründe in den Entwicklungsländern?
5. Wie wirkt die Spezifik des Einpflanzens der kapitalistischen Lohnarbeit in die heutige Gegenwart hinein? Wie sind zum Beispiel die Wanderarbeiterströme aus den Commonwealth-Ländern nach England in diesen Zusammenhang einzuordnen?

Abschließend hob Schmidt einen weiteren wesentlichen Komplex hervor: die vergleichende Analyse früherer und gegenwärtiger Ausbeutungsmethoden in den Entwicklungsländern.

Es sei notwendig, daß Politökonomien und Wirtschaftshistoriker in enger gemeinsamer Arbeit Formen, Ursachen und Unterschiede der kapitalistischen Ausbeutung unter kolonialen Bedingungen im Vergleich zu heutigen erforschen.

Die Diskussion wurde von Ralf Jung (Humboldt-Universität, Berlin) eingeleitet. Er würdigte die produktive Fragestellung von Schmidt und kam, davon ausgehend, zu ergänzenden, überlegenswerten Schlußfolgerungen in zweierlei Hinsicht: erstens, unter dem Aspekt der faktischen, realen Wirtschaftsentwicklung, zur Frage der historischen Periodisierung des Kolonialismus, um die vorgestellten Typen der Entwicklung kapitalistischer Lohnarbeit hierin einzuordnen, sozusagen als das Logische innerhalb des Historischen; zweitens zur theoriegeschichtlichen Entwicklung der Problematik.

Besonders der erstgenannte Problemkreis wurde dann zu einem Schwerpunkt der gesamten Diskussion.

Jung führte dazu aus:

Aus der Sicht der Forschungen im Bereich Asienwissenschaften ergebe sich eine

exakte Periodisierung des Kolonialismus in Form von zwei zu unterscheidenden Etappen:

- a) eine Etappe, die die Entwicklung des Kapitalismus in Kolonialgebieten unter den Bedingungen des Handelskapitals umschließt (bis etwa 1813/1820);
- b) eine spätere Etappe, die die Entwicklung des Kolonialismus unter den Verhältnissen des Industriekapitals beinhaltet.

Es sei jedoch zu beachten, daß in diesen beiden Perioden nicht in allen heute zu ehemaligen Kolonialgebieten zählenden Ländern sofort Entstehungsprozesse eines Proletariats infolge der Kolonialisierung ausgelöst wurden, sondern daß sich diese Entwicklung nur langsam und schrittweise vollzog.

Betrachte man die aufgedeckten Typen kapitalistischer Lohnarbeit in Verbindung mit dieser Periodisierung für die Gebiete Südasien bzw. Indien sowie China und Afrika, dann seien diese Typen tatsächlich in der chronologischen Abfolge der historischen Entwicklung des Kolonialismus so aufgetreten. Die älteste Form des Kolonialismus sei ja in der Tat unter den Bedingungen des Handelskapitals zuerst in Südasien aufgetreten, während die zweite Etappe der Kolonialisierung sich dann im Zusammenhang mit der Entwicklung des Industriekapitals nach 1813/1820 vornehmlich auf Ostasien erstreckte und erst sehr viel später die Kolonialisierung in den afrikanischen Gebieten erfolgt sei.

Jung bezog sich dann ganz besonders auf das Gebiet Südasien und wies nach, daß die von Schmidt erarbeiteten Grundtypen kapitalistischer Lohnarbeit in seine vorgeschlagene Periodisierung des Kolonialismus paßfähig einzuordnen sind. Er stellte dar, daß zum Beispiel in der frühen Periode des Kolonialismus bis 1813/1820 in den damaligen Präsidentschaften Madras, Bombay und Bengalen eine originäre südasiatische kapitalistische Entwicklung vor sich gegangen ist. Besonders in der Präsidentschaft Bengalen habe sich zu dieser Zeit aus den feudalistischen Manufakturen eine Art Verlagssystem herausgebildet, aus dem etwa so, wie von Marx in Band 1 des "Kapitals" dargestellt, ein kapitalistisches Manufakturwesen hervorgegangen sei. Diese Entwicklung sei durch Bedingungen eines gewissen äußeren Marktes begünstigt worden und die Produktion (zum Beispiel von Textilwaren oder Erzeugnissen aus Edelmetallen) besonders auf den Bedarf der außerhalb Bengalens liegenden Zentren des südasiatischen Feudalismus ausgerichtet gewesen. Es sei dann eine Auflösung dieses Feudalismus - der für die Präsidentschaft Bengalen einen entscheidenden Absatzmarkt gebildet habe - praktisch von außen bewirkt worden, indem Dänen und später Amerikaner als Käufer in Erscheinung getreten seien. Damit sei es zu einer Bindung der frühkapitalistischen Entwicklung Südasiens an Europa gekommen. Mit der Entwicklung des Industriekapitals in England habe dann ab etwa 1830 der endgültige Zerstörungsprozeß der südasiatischen kapitalistischen Entwicklung in diesem Raum eingesetzt. Innerhalb der darauf folgenden späteren Entwicklung Südasiens lassen sich nach Meinung Jungs mindestens drei der vorgestellten Grundtypen kapitalistischer Lohnarbeit feststellen:

erstens der Typ, der durch die Umwandlung des ursprünglich einheimischen Kapitals und dessen Lohnarbeiter in Abhängige gegenüber dem Kolonialkapital entstand;²

zweitens der in Schmidts Beitrag³ für China nachgewiesene Typ, der direkt auch

2 Ebenda, S. 59 ff.

3 Ebenda, S. 63 f.

für Madras, Bengalen und Bombay zutrifft, das heißt: Innerhalb Südasiens traten ebenfalls Wanderungsbewegungen auf.

Drittens der mit Feudalisierungprozessen verbundene und für Afrika beschriebene⁴ Typ, der ebenfalls für Südasien, mit den gleichen Konsequenzen, anzutreffen ist.

Jung wandte sich dann näher der späteren Entwicklungsperiode Südasiens zu und betonte besonders den Aspekt der notwendigen qualitativen Bestimmung des Kolonialismus als imperialistischen Kolonialismus, der der Herausbildung des Proletariats qualitativ neue Züge aufgeprägt habe. Im Gegensatz zu vorher, wo es das bengalische Proletariat oder jenes in Madras gegeben habe, sei nun ein gesamtindisches Proletariat entstanden, und zwar auch unter dem Einfluß der Vereinigung der einzelnen Landesteile zur Kolonie "Britisch-Indien", die erst ab etwa 1860 unter die vollständige Herrschaft des britischen Kapitals gelangte. Die Herausbildung des indischen Proletariats habe sich soweit in Abhängigkeit von der Expansion des britischen imperialistischen Kolonialismus in Südasien vollzogen. Dies erkläre die erheblichen Unterschiede zu den Bedingungen der Herausbildung des Proletariats in der vorhergehenden Periode sowie zugleich auch bestimmte Ähnlichkeiten mit der europäischen Entwicklung in dieser Frage. In diesem Zusammenhang machte Jung auf einen interessanten Beitrag zur Methodologie für Untersuchungen über die Herausbildung des Proletariats in Entwicklungsländern aufmerksam.⁵

Jürgen Hell (Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin) sprach ebenfalls zum Problemkreis "Periodisierung", und zwar aus der Sicht der Geschichte Lateinamerikas, womit er gleichzeitig einen Beitrag zur Klärung der von Schmidt am Beginn der Diskussion genannten offenen Fragen leistete.

Hell bezog sich auf die von Jung vorgeschlagene Periodisierung des Kapitalismus in den Kolonialgebieten und schlug seinerseits eine Untergliederung in folgende drei Stadien vor:

1. das Stadium des Handels- und Manufaktur-Kapitalismus, wobei das Hauptgewicht dem Manufakturwesen zukommt;
2. das Stadium des Fabrikkapitalismus der freien Konkurrenz;
3. das Stadium des Monopolkapitalismus.

Diese Dreiteilung bietet - nach Hell - die Möglichkeit, die besonderen und vielfältigen Entwicklungslinien Lateinamerikas in den Griff zu bekommen. Es gebe dabei sowohl Übereinstimmung mit den aufgeworfenen Wegen des Proletarisierungsprozesses in heutigen Entwicklungsländern als auch spezifische Formen für Lateinamerika.

Wege seien zum Beispiel:

- a) die Expropriation der autochthonen Landbevölkerung durch das einheimische und ausländische Industrie- und Agrarkapital;

4 Ebenda, S. 65 ff.

5 Gudymenko, A. W., Zur marxistisch-leninistischen Methodologie der Untersuchung des Proletariats in den Entwicklungsländern, in: Sozialstruktur und Arbeiterklasse in Asien und Afrika, T. 1, Berlin 1976 = Veröffentlichungen des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, H. 7.

b) die subventionierte Einwanderung europäischer Lohnarbeiter unter dem besonderen Aspekt der Möglichkeit ihres sozialen Aufstiegs in Nicht-Lohnarbeiter-Schichten;

c) der Kontraktarbeiter- oder Kuli-Handel, der in gewisser Weise den Sklavenhandel in Lateinamerika nach 1850 ablöste, weil notwendigerweise neue Formen der Arbeitskräftezufuhr gefunden werden mußten.

Dieser Kontraktarbeiter-Handel habe eine besonders große Rolle in Peru, Chile und auch Kuba gespielt. Interessant sei dabei, daß diese Kulis als Lohnarbeiter an Maschinen eingesetzt worden seien, da die Negersklaven für Maschinenarbeit als ungeeignet gegolten hätten.

Eine weitere, für Brasilien und die Karibik spezifische Form sei die Herausbildung des Proletariats aufgrund der Sklavenemanzipation gewesen. Dieser besondere Weg lasse sich daraus erklären, daß sich der Manufaktur-Kapitalismus in unterschiedlichen Formen entwickelt habe, und zwar auf der Grundlage der freien Lohnarbeit in Westeuropa, der Leibeigenschaft in Osteuropa sowie der Sklaverei in Brasilien, Surinam, Guyana, den Antillen und den Südstaaten der USA. Die Plantagen hätten hier als große Sklaven-Manufakturen massenhaft Ackerbau und Handwerk kombiniert, um im tropischen und subtropischen Milieu massenweise Waren (agrarische Rohstoffe und Genußmittel) herzustellen, die sich über den Welthandel beliebig gegen europäische, asiatische und afrikanische Gebrauchsgüter austauschen ließen. Es habe hier also tatsächlich Kapitalismus, bezogen auf zwar wenige, aber massenhaft hergestellte Produkte, entstehen und sich entwickeln können.

Nach Meinung J. Hells kann davon ausgegangen werden, daß beispielsweise in Brasilien und Kuba das erste Stadium des Kapitalismus die kapitalistische Sklaven-Manufaktur war, bis diese vom Fabrikkapitalismus im 19. Jahrhundert negiert wurde, indem an ihre Stelle zum Beispiel der Plantagenbetrieb oder die Mine mit freier Lohnarbeit traten.

Die Formen der Sklavenemanzipation seien ihrerseits auch wieder unterschiedlich gewesen. Zum Beispiel sei die einzige siegreiche Negersklavenrevolution 1790 bis 1804 in Haiti unter Wirkung der Französischen Revolution vor sich gegangen. Weitere Sklavenemanzipationen hätten dann in den britischen Kolonien (1833 bis 1838), in den französischen Kolonien im karibischen Raum (1848), aber auch im Verlaufe des Bürgerkrieges (1861 bis 1865) in den USA sowie 1863 in Surinam und 1873 auf Puerto Rico stattgefunden. Sie Sklavenemanzipation 1880 bis 1886 auf Kuba und 1888 in Brasilien hätten ihrer Form nach teils revolutionären, teils Reformcharakter.

Hell wies nachdrücklich darauf hin, daß diese Sklavenemanzipation in Lateinamerika eine Form der Entstehung des Proletariats gewesen sei. Sie müßte qualitativ von dem Formierungsprozeß des freien Lohnarbeiters in Europa unterschieden werden, weil es hier nicht, wie etwa in England, um einen evolutionsnahen Formwechsel von freier Manufakturarbeit zu freier Fabrikarbeit gegangen sei (wobei sich im Grunde nur die äußeren Arbeitsbedingungen verändert hätten), sondern (zum Beispiel in Kuba und Brasilien) um die Ablösung verklavter Manufakturarbeit durch freie Fabrikarbeit innerhalb derselben Formation, was einer sozialen Umwälzung im bürgerlichen Revolutionszyklus entsprechen habe.

Heidemarie Ruppel (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) bezog sich auf die vorgegebenen Anregungen zur Periodisierung und kam aus

politökonomischer Sicht zu ähnlichen Überlegungen und Fragen, wobei sie vor allem auf die Frage einer grundlegenden theoretischen, historisch-logischen Einordnung oben genannter Prozesse in den Entstehungs- und Entwicklungsverlauf des Kapitalismus einging. Es sei ihrer Meinung nach wichtig zu unterscheiden, ob die Kolonialisierung und damit die Entstehung von Lohnarbeit in den betrachteten Ländern durch den Kapitalismus der freien Konkurrenz, also einen Kapitalismus in seiner progressiven Phase, bewirkt worden sei oder ob es sich - nach der Jahrhundertwende - dabei um Vorgänge des imperialistischen bzw. staatsmonopolistischen Kapitalismus, des Niedergangsstadiums der kapitalistischen Produktionsweise, gehandelt habe. Im letztgenannten Fall müsse der Kapitalexport und damit der Export des Kapitalverhältnisses in die Entwicklungsländer nach 1900, gebunden an das imperialistische Monopol als Produktionsverhältnis der Niedergangsphase des kapitalistischen Systems und realisiert durch die Monopole (Trusts, Konzerne und andere Organisationsformen) der Mutterländer, entsprechende qualitative Merkmale aufweisen, die sich von denen der vorangegangenen Etappe unterschieden.

Es sei sicherlich eine lohnenswerte gemeinsame Aufgabe für Historiker und Politökonomen, ausgehend von dieser generellen historischen Untergliederung des Kapitalismus, zu qualitativen Wertungen und Konsequenzen hinsichtlich der Entstehungs- und Entwicklungsprozesse kapitalistischer Lohnarbeit in den heutigen Entwicklungsländern (mit kapitalistischer Orientierung) zu gelangen. Das habe Bedeutung für die marxistisch-leninistische Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, seines Niedergangsprozesses einerseits und seiner noch vorhandenen Potenzen andererseits. Das sei auch wichtig für einen weiteren Erkenntnisgewinn über Lage sowie Strategie und Taktik des Klassenkampfes der Werktätigen in diesen Ländern. In diesem Zusammenhang sei deshalb zum Beispiel zu überlegen, ob man nicht von vornherein die Daten der analysierten historischen Zeiträume im Sinne dieser qualitativen Charakterisierung wählen sollte.

Die Realisierbarkeit dieses Vorschlages wurde von Helga Nussbaum (Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin) bezweifelt. Eine solche Einteilung und Zuordnung nach welthistorischen Epochenkriterien stoße auf erhebliche Schwierigkeiten, wenn man an die starken regionalen Unterschiede und regional bedingten zeitlichen Phasenverschiebungen bei der Herausbildung der kapitalistischen Lohnarbeit denke.

Natürlich verdiene der Versuch, Grundtypen der Entwicklung kapitalistischer Lohnarbeit in den Entwicklungsländern herauszuarbeiten, nachhaltige Unterstützung, und auch der zu diesem Zwecke eingeschlagene methodische Weg sei zu begrüßen. Unbedingt sollte zunächst jedoch die Forschungsbasis erweitert werden. So sei es fast unerlässlich, hier auch den deutschen Kolonialismus mit zu betrachten, zumal dazu umfangreiche Detailforschungen existieren, die für die vorliegende Problematik auswertbar seien. Darüber hinaus gebe es mit ihr verbundene Sonderfragen, die es genauer zu erforschen gelte, etwa: Welche Ursachen führten dazu, daß Japan trotz seiner mit der anderer Entwicklungsländer, zum Beispiel Indiens, vergleichbaren Anfangsentwicklung zu einer imperialistischen Weltmacht mit eigenen Kolonialgebieten hat werden können?

Judit Balázs (Humboldt-Universität, Berlin) stellte dann die Entwicklung der Lohnarbeit in der Türkei dar. Sie betonte ausdrücklich die Besonderheiten hierbei, die eine Zuordnung zu den vorgenannten Grundtypen zumindest kompliziert erscheinen lassen. Es ergebe sich die Aufgabe, zu überprüfen, ob sich der Formierungsprozeß der Lohnarbeiterklasse in der Türkei in diese Grundtypen ein-

füge oder eine Erweiterung der vorgegebenen Typisierung erfordere. Das Besondere in der Türkei bestehe darin, daß der Kapitalismus sich bereits in seiner Etablierungsphase als Staatskapitalismus herausgebildet habe. Die Entwicklung eines breiten staatlichen Sektors in der Wirtschaft habe dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Infolgedessen sei das Proletariat bereits sehr früh und gleich als hochkonzentriertes Industrieproletariat aufgetreten. Parallel dazu habe sich der private Sektor und mit ihm die einheimische nationale Bourgeoisie und Arbeiterklasse entwickelt. So sei, als später Fremdkapital einfloß, die nationale Arbeiterklasse schon weitgehend formiert gewesen. Das Fremdkapital habe also nicht direkt zur Herausbildung der Lohnarbeiterklasse in der Türkei geführt, sondern sei lediglich beschleunigender Faktor in deren Formierungsprozeß gewesen, indem es den Übergang zum Großkapital, die Entstehung von Monopolen, eingeleitet habe.

In der Diskussion zum Problem der "Periodisierung" war von den Diskussionspartnern auch die Frage nach der Gültigkeit des Marxschen "klassischen Modells" der Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit am Beispiel Englands für die dargestellten, sozusagen "abgeleiteten Modelle" in den heutigen Entwicklungsländern und den sich aus den kolonialen Bedingungen ergebenden Unterschieden angesprochen worden. Es bestand Übereinstimmung darin, daß

- a) das Marxsche "Modell" als theoretisch-methodologische Ausgangsbasis für die Erforschung der Probleme prinzipielle Bedeutung hat und daß
- b) insbesondere das 25. Kapitel von Band 1 des "Kapitals" für die Charakterisierung von Wegen, Typen, Merkmalen und Besonderheiten des Formierungsprozesses der kapitalistischen Lohnarbeiterklasse in den verschiedenen Regionen und Ländern der Welt beachtet werden muß.

In der Diskussion führte dann Horst Grienic (Humboldt-Universität, Berlin) die Diskussion zu einem zweiten Problemkomplex weiter, in dessen Mittelpunkt unter anderem das Verhältnis zwischen Proletarisierung einerseits und Pauperisierung bzw. Deklassierung in den Entwicklungsländern andererseits stand. Er diskutierte diese Problematik unter Beachtung der Marxschen Aussagen im "Kapital". Gegenüber dem Marxschen "Modell" wiesen diese Prozesse in den Entwicklungsländern Besonderheiten auf, die sich unter anderem durch den Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Imperialismus ergäben. Der Schlüssel für das Verständnis der sozialen Prozesse in diesen Staaten liege in der Verwandlung der in sozialer, ökonomischer und materiell-technischer Hinsicht rückständigen Länder in abhängige und ausgebeutete Glieder der kapitalistischen Weltwirtschaft. Daher ließen sich die Formierungsprozesse der Klasse der Lohnarbeiter und des Kapitalverhältnisses nur bei Beachtung dieses Wechselverhältnisses richtig analysieren. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, sich von "neomarxistischen" Positionen abzugrenzen, die aus der Tatsache, daß die werktätigen Massen der Entwicklungsländer vom Monopolkapital ausgebeutet werden, die Schlußfolgerung ziehen, daß damit die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gerückt sei. Durch die Unterordnung der Entwicklungsländer unter das internationale kapitalistische Produktionsverhältnis seien, nach dieser Auffassung, auch die "peripheren" Glieder dieses Systems kapitalistisch. Damit funktionierten die "Neomarxisten" unter Nichtbeachtung der konkreten Bedingungen in den Entwicklungsländern die gesamte werktätige Bevölkerung in proletarische Schichten um. Eine derartige Auffassung führe zur Herabminderung bzw. Leugnung der Bedeutung des Kampfes um demokratische, anti-imperialistische Umgestaltungen für den sozialen Fortschritt.

Grienig setzte sich damit auseinander und betonte, daß die traditionellen Strukturen in den Entwicklungsländern im wesentlichen beseitigt worden seien. Das Monopolkapital habe sich diese Sektoren und Strukturen in der Regel nur indirekt untergeordnet. Zum Beispiel sei die Verwandlung der natural- bzw. halbnaturalwirtschaftlich orientierten bäuerlichen Wirtschaften in elementäre Produktionszellen der kapitalistischen Weltwirtschaft - entgegen den Behauptungen der "Neomarxisten" - nicht mit der Verwandlung der unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter verbunden gewesen. Das Monopolkapital habe sich die Arbeit der unmittelbaren Produzenten dieser Wirtschaftssektoren nicht direkt untergeordnet. Es habe im Gegenteil sein Ausbeutungsfeld auf diese Sektoren in der Regel ohne generelle Änderung der Bedingungen in der Produktion über die Sphäre der Distribution und Zirkulation ausgedehnt, wobei Pacht, Handelsprofit, Wucherzins, Steuer usw. sich in einen kolonialen Tribut verwandelten. Die Ausbeutung der Produzenten vor- und frühkapitalistischer Wirtschaftssektoren durch das Finanzkapital der imperialistischen Staaten und die mit ihm verbundenen Oligarchien der Entwicklungsländer hätten die Prozesse der Verelendung, Zerrüttung und Aushöhlung dieser Sektoren stimuliert. Enorme Ausmaße habe unter diesen Bedingungen auch die Expropriation der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln erreicht. Es sei so ein riesiges Potential doppelt freier Lohnarbeiter entstanden. Allerdings habe die rückständige, durch imperialistische Abhängigkeit und Ausbeutung geprägte Wirtschaft der Entwicklungsländer die Bedingung für die Verwandlung dieser potentiellen Lohnarbeiter in Proletarier nicht bzw., gemessen an den Ausmaßen der Pauperisierung und Deklassierung, nur in unbedeutendem Maße geschaffen. Der Prozeß der Pauperisierung und Deklassierung verlaufe in den Entwicklungsländern schneller als der der Proletarisierung. Hieraus resultiere die qualitativ und quantitativ neue Dimension der Pauperisierung in den Entwicklungsländern gegenüber ähnlichen Prozessen, wie sie Marx für die Periode des frühen Kapitalismus im "Kapital" analysiert habe. Da sich der Kapitalismus in diesen Ländern weniger von innen heraus entwickle als unter Einwirkung von außen, durch die Stellung dieser Länder in der kapitalistischen Weltwirtschaft, entstünden die inneren Bedingungen für die Überwindung dieses Mißverhältnisses zwischen Proletarisierung und Pauperisierung bzw. Deklassierung nicht oder nur in geringem Maße. Folglich, so führte Grienig aus, präge die Pauperisierung und Deklassierung des überwiegenden Teils der Bevölkerung der Entwicklungsländer die soziale Struktur in den Entwicklungsländern nachhaltig und dauerhaft.

Grienig wandte sich dagegen, die pauperisierten Schichten in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas als "Reservearmee" des Kapitals zu bezeichnen. Selbst in Zeiten der Konjunktur nähmen diese Schichten in der Regel nicht ab, sondern zu. Für die neuen Dimensionen der Pauperisierung und Deklassierung in diesen Ländern nannte Grienig unter anderem drei wesentliche Ursachen:

- a) Die kapitalistische Entwicklung in diesen Staaten werde generell durch den ständigen Kapitalabfluß in die imperialistischen Metropolen einerseits gehemmt. Andererseits begünstige die Ausbeutung der Entwicklungsländer die Entfaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses und damit auch den Abbau des Heeres der "Pauper" in letztgenannten Staaten.
- b) Aufgrund ihrer Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft als deren rückständige, ausgebeutete und abhängige Glieder sei für viele Entwicklungsländer eine "deformierte" Bevölkerungsentwicklung charakteristisch, die nicht zuletzt in Form der "Bevölkerungsexplosion" in Erscheinung trete. Das Arbeits-

kräftepotential wachse im allgemeinen schneller als die Möglichkeiten der Beschäftigung.

- c) Hierzu kämen die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Prozesse. Die Einführung wissenschaftlich-technischer Neuerungen führe dazu, daß die lebendige Arbeit gegenüber der vergegenständlichten tendenziell zurückgehe.

Grienig machte abschließend darauf aufmerksam, daß die Prozesse der Formierung der Lohnarbeiterschaft in den Entwicklungsländern auch im Lichte der wachsenden Rolle des Staates betrachtet werden müsse. Er ging in diesem Zusammenhang auf die unter anderem in der Landwirtschaft sich verstärkende regulierende Einflußnahme des Staates ein.

H. Nussbaum brachte in die Diskussion die Überlegung hinein, daß Pauperisierung und Bevölkerungsdruck auch im Europa des 19. Jahrhunderts eine erhebliche Rolle gespielt hätten, besonders auch in den Ländern der europäischen "Peripherie". Durch die ungeheuren Auswanderungsströme nach Übersee habe sich die Situation dann etwas entspannt. Auch sei die Sterberate damals insgesamt höher gewesen als heute in den Entwicklungsländern.

Helmut Fessen (Humboldt-Universität, Berlin) verwies in seinem Beitrag auf den sozialen Differenzierungsprozeß, der auch unter den aus China bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges in Südostasien eingewanderten Lohnarbeitern stattgefunden habe. Ein geringer Teil dieser Kulis und ihrer Nachkommen sei in den Prozeß der sich aus unterschiedlichen sozialen und nationalen Elementen formierenden Ausbeuterklassen dieser Länder eingegangen und Grundeigentümer oder Bourgeois geworden. Nach Schätzungen betrage der Anteil der Kapitalisten unter den Auslandschinesen in Südostasien etwa 10 Prozent. Allein in den Wirtschaften der fünf ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen und Singapur beliefen sich deren Investitionen auf rund 16 Milliarden US-Dollar. Für die Kapitalkraft der kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer Südasiens hätten sie somit spürbare Bedeutung. Fessen warf außerdem die Frage auf, ob die Pauperisierung bei der Entstehung des Kapitalismus in Europa nicht mehr gemeinsame Züge mit den entsprechenden gegenwärtigen Prozessen in Entwicklungsländern aufweise, als gemeinhin angenommen werde, und ob die Unterschiede nicht vorwiegend quantitativer Natur seien.

Schmidt griff den von Fessen erörterten Gesichtspunkt auf und unterstrich, daß ein solcher Differenzierungsprozeß, wie er sich unter den Auslandschinesen vollzogen habe, generell für die Auswanderer und Siedler in Kolonien zutrefte. Es zeige sich zum Beispiel, daß ein sozialer Aufstieg bei ausgewanderten Indern, also außerhalb der heimatlichen, enggebundenen Sozialstruktur, oft viel leichter und schneller verlaufen sei, als dies in Indien selbst möglich gewesen wäre. Gegenwärtig seien diese Fragen besonders akut, da sie die bürgerliche Seite zielstrebig für eigene Zwecke auszunutzen trachte. Es sei in diesem Zusammenhang interessant, daß die einheimische Bourgeoisie, zum Beispiel in Afrika, begonnen habe, die fremde Nationalität mit dem Typ des fremdstämmigen Ausbeuters zu identifizieren und daraus einen aufgebauchten Nationalismus zu züchten. Als Konsequenz ergebe sich eine Auswanderungsbewegung dieser fremdstämmigen Bourgeoisie-Teile in die europäischen "Mutterländer", wo sie wiederum auf nationalistische Barrieren stießen.

Diese Probleme verdeutlichten die unmittelbaren Ein- und Auswirkungen der kolonialen Entwicklung, die sich bis in die Gegenwart verfolgen und nur begreifen

ließen, wenn das soziale Geflecht als Untergrund dieser Prozesse untersucht und bekannt sei.

Weitere während der Diskussion aufgeworfene Fragestellungen mußten teils als Anregung für spätere Gesprächsrunden offenbleiben oder wurden von W. Schmidt in ihrem Schlußwort kurz behandelt.

So stellte Fessen die Frage zur Diskussion, ob das dargestellte Verhältnis von Proletarisierung und Pauperisierung generell zutreffe, also auch im klassischen Modell vorhanden sei, oder nur spezifisch für die Entwicklungsländer gelte.

Zugleich unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Grienic vertrat Schmidt hierzu die Meinung, daß es in bestimmter Weise Parallelitäten zwischen klassischem und abgeleitetem Entwicklungsweg gebe, daß jedoch die Erscheinungsbilder sehr verschieden seien. So ließen sich zum Beispiel die Zwangssterilisierungen heute, die zum Abbau der Pauperschicht beitragen sollen, früheren Epidemien gegenüberstellen. Insgesamt werde deutlich, daß das kapitalistische System mit wie ohne Staatseinmischung nicht in der Lage sei, die sozialen Probleme der Menschheit zu lösen.

Peters machte auf das Problem der Einordnung der vorkapitalistischen Lohnarbeit im Bergwerk aufmerksam und knüpfte daran die Frage, welchen Stellenwert man überhaupt der Lohnarbeit vor den großen Umwälzungen im 20. Jahrhundert beimessen dürfe, da doch zuvor bis ins 19. Jahrhundert hinein noch stark reglementierte, feudalsgebundene Lohnarbeit existiert habe.

Von Ruppel wurde - angeregt durch die Darstellungen Schmidts - das Verhältnis zwischen der Entstehung privatkapitalistischen Eigentums und außerökonomischer Gewalt angesprochen.

Schmidt bestätigte hierzu aus der Sicht ihrer Forschungen die Auffassung, daß die Gewalt immer nur beschleunigend auf die Herausbildung des Kapitalismus gewirkt, das heißt in bestimmten historischen Zeiträumen die Rolle eines Vollzugsmittels ökonomisch fälliger Prozesse übernommen habe. Gewaltanwendung im Sinne umfangreicher physischer Vernichtung sei für die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse nicht typisch gewesen - auch nicht in den heutigen Entwicklungsländern -, denn dies hätte die Zerstörung der Ausbeutungsgrundlage bedeutet.

Darüber hinaus hob Schmidt in ihren abschließenden Bemerkungen die unbedingte Notwendigkeit einer weiteren offensiven Auseinandersetzung mit neomarxistischen Positionen hervor, besonders hinsichtlich der - vor allem in Lateinamerika verbreiteten - These von der Ausschließlichkeit der absoluten Ausbeutung in den Entwicklungsländern.

Schmidt betonte nochmals ihr Bemühen, in dem vorgelegten Beitrag gerade das Logische aus dem historischen Detailmaterial herauszukristallisieren, wobei eine Verbreiterung der historischen Grundlagen für diese Verallgemeinerungen weiterhin angestrebt werde. Generalisierungen seien bei den historischen Verläufen der Entwicklungsländer allerdings äußerst schwierig.

Ferner hob Schmidt hervor, daß sie eine qualitative Charakterisierung der behandelten Prozesse unter dem Aspekt des jeweiligen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus (als Kapitalismus der freien Konkurrenz oder Imperialismus bzw. staatsmonopolistischer Kapitalismus) für notwendig halte. Ihrer Meinung nach lasse sich dazu feststellen, daß die progressive Rolle des Kapitalismus in den Kolonien von vornherein starken Einschränkungen unterlegen habe, weil Ort der

Ausbeutung und Ort der Akkumulation nicht übereinstimmt hätten. Heute, unter den Bedingungen des Kapitalexports imperialistischer Industrieländer, seien neue Einflußfaktoren für die kapitalistische Entwicklung dieser Länder, speziell ihrer Industrialisierung, wirksam geworden, allerdings unter den Vorzeichen des Kapitalismus und Neokolonialismus.

Peters schloß die Diskussionsrunde mit dem Dank an alle Teilnehmer und betonte die zentrale Bedeutung der Thematik, besonders in bezug auf die Notwendigkeit einer künftig noch engeren Zusammenarbeit von Historikern und Ökonomen.

Heidemarie Ruppel

LITERATURKRITIK

Zur Geschichte der sozialistischen Vergesellschaftung
der industriellen Produktion und der Arbeit

Notizen zu Jörg Roesler,

Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR.
Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der
zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangs-
periode vom Kapitalismus zum Sozialismus = Forschungen zur
Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Jürgen Kuczynski u. Hans Mottek,
Bd. 11

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 355 Seiten, Preis: 25,- M

von Wolfgang Mühlfriedel

Zur Geschichte der sozialistischen Industrie der DDR sind bisher Arbeiten entstanden, die verschiedene Seiten und einzelne Zeiträume der industriellen Entwicklung unseres Landes erfaßt haben. Ein geschlossenes Bild von der Geschichte der sozialistischen Industrie muß noch gezeichnet werden. Dazu leistete Jörg Roesler mit seiner Monographie eine wesentliche Vorarbeit. Ihr besonderer Wert für die Industriegeschichtsschreibung besteht im behandelten Gegenstand, im untersuchten Zeitraum und in der Untersuchungsmethode.

Roesler stellt die Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Sein Herangehen an die Geschichte der Wirtschaftsplanung regt dazu an, weiterführende Überlegungen zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der sozialistischen Industrie anzustellen.

Die gesamte Analyse, die Roesler unternommen hat, führt zu dem Grundproblem der historischen Entwicklung der sozialistischen Industrie, das unseres Erachtens in der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit besteht.

Unter sozialistischer Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit ist der Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Industrie in der Übergangsperiode und die ständige Vervollkommnung ihres sozialistischen Wesens in der Periode des Entstehens und Entwickelns der reifen sozialistischen Gesellschaft zu verstehen.¹

¹ Eine eingehende Diskussion über die in der marxistisch-leninistischen Literatur verwendete unterschiedliche Bestimmung des Begriffes sozialistische Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit ist an dieser Stelle nicht möglich.

In seinen Arbeiten über die Bedingungen und den Verlauf des sozialistischen Aufbaus gibt Lenin die theoretische Begründung für das Wesen der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit.

In der Schrift "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" hebt er den Rang der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion, die er die tatsächliche Vergesellschaftung nennt, hervor: "Mit der Schaffung eines neuen, des sowjetischen Staatstypus, der den werktätigen und unterjochten Massen die Möglichkeit erschließt, an dem selbständigen Aufbau der neuen Gesellschaft tätigen Anteil zu nehmen, haben wir erst einen kleinen Teil der schwierigen Aufgabe gelöst. Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiet: überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte durchzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Produktion tatsächlich zu vergesellschaften."²

Gleichzeitig bestimmt Lenin, was er unter der tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion versteht. Er nennt die hauptsächlichsten Momente des sozialistischen Vergesellschaftungsprozesses. Wenig später präzisiert Lenin in einer Polemik gegen die linken Kommunisten seine Ansicht von der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion. Den linken Kommunisten, die eine "entschlossene Vergesellschaftung" forderten, antwortet Lenin: "Man kann in der Frage der Nationalisierung, der Konfiskation entschlossen oder unentschlossen sein. Aber das ist es ja gerade, daß selbst die allergrößte 'Entschlossenheit' nicht hinreicht, um den Übergang von der Nationalisierung und der Konfiskation zur Vergesellschaftung zu vollziehen."³

Nach dem Hinweis, daß unter den Bedingungen der harten Klassenauseinandersetzung in der Zeit des Kriegskommunismus "mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen" wurde, "als wir zu erfassen vermochten", stellt Lenin fest: "Die Vergesellschaftung aber unterscheidet sich gerade dadurch von einfacher Konfiskation, daß zum Konfiszieren bloße 'Entschlossenheit', ohne die Fähigkeit, richtig zu registrieren und richtig zu verteilen, genügt, während man ohne eine solche Fähigkeit nicht vergesellschaften kann."⁴

Lenin macht also zuerst einmal einen Unterschied zwischen der Veränderung am Eigentum an den Produktionsmitteln und dem Gesamtprozeß der sozialistischen Vergesellschaftung. Die Betonung ergibt sich aus der Polemik mit den linken Kommunisten, die den Vergesellschaftungsprozeß auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einengen wollten. Lenin faßt den Vergesellschaftungsprozeß weiter. Aus der Definition, die er dem Prozeß gibt, geht dessen Wesen hervor. Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und über die richtige Verteilung des Produzierten durch die Gesellschaft bilden für Lenin das Wesen der sozialistischen Vergesellschaftung. An anderen Stellen seines Werkes gibt Lenin einen Begriff davon, was er darunter im einzelnen versteht. Wenn man die vielen Hinweise Lenins dazu unter dem Gesichtspunkt der sozialistischen Vergesellschaftung ordnet, dann ergeben sich die verschiedensten Momente, die diesen Vergesellschaftungsprozeß bewirken.

Da es hier um die Geschichte der sozialistischen Industrie geht, sind diese Momente nicht in ihrer Allgemeinheit zu betrachten, sondern mit dem Blick auf die sozialistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit.

² Lenin, W. I., Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 231.

³ Ebenda, S. 325.

⁴ Ebenda, S. 326.

Ausgehend von Leninschen Werk, sind unseres Erachtens als Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit zu betrachten:

- das gesamtgesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln;
- das sozialistische System der Leitung der industriellen Produktion und der Arbeit;
- das sozialistische System der Planung der industriellen Produktion und der Arbeit und die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende wirtschaftliche Rechnungsführung in der staatlichen Industrie;
- das dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und dem daraus entspringenden Charakter der Arbeit gemäße System der Arbeits- und Lebensbedingungen in der staatlichen Industrie;
- das neue Verhältnis der Arbeiter und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit;
- die neuen Beziehungen zwischen den industriellen Produzenten im Produktionsprozeß;
- die sich verändernde materiell-technische Basis der industriellen Produktion;
- die unmittelbare Verbindung von wissenschaftlich-technischer Arbeit und industrieller Produktion.

Aufgrund der historischen Gegebenheit ist im Leninschen Werk über den sozialistischen Aufbau ein Moment der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit noch nicht besonders betont worden, das aber für die DDR in der Übergangsperiode bereits ein beträchtliches Gewicht erhielt und seit dem Beginn der sechziger Jahre immer stärker den Vergesellschaftungsprozeß beeinflusst: Das Moment der sozialistischen internationalen ökonomischen Zusammenarbeit und Integration.

Um zu einem allseitigen und geschlossenen Bild von der Geschichte der sozialistischen Industrie zu kommen, ist es notwendig, diese Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit sowohl in ihrer Entwicklung als auch in ihren dialektischen Beziehungen zueinander zu untersuchen.

Dazu hat Roesler in seiner Monographie über die Entstehung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR einen wichtigen Beitrag geleistet, der in erster Linie in der systematischen Analyse wichtiger Momente der Vergesellschaftung und ihrer Korrespondenz zueinander besteht.

Roesler beginnt seine Untersuchungen mit dem Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution (S. 1 ff., 24 ff.)⁵ Das gesamtgesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln war bereits im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der Großindustrie geschaffen worden. Die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern hatte sich zur Diktatur des Proletariats gewandelt. Die Arbeiterklasse und ihre Partei standen in ihrer Wirtschaftspolitik vor der Aufgabe, die tatsächliche Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit planmäßig und vor allem systematisch zu betreiben.

Die Arbeit von Roesler läßt die Notwendigkeit, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre für den Übergang zur planmäßigen und systematischen

5 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit in der DDR gegeben war, erkennen (S. 1 ff.).⁶

Ganz zu Recht steht in der Darstellung der Leitungs- und Planungsgeschichte von Versler die Organisationsentwicklung der volkseigenen Industrie am Anfang, weil von der Beschaffenheit der Organisationsstruktur, in der sich vor allem die Leitungsstruktur spiegelt, die Wirksamkeit der gesamten Leitungstätigkeit abhängt (S. 30 ff., 145 ff., 335 ff.).

Das Leitungssystem ist in seiner Gesamtheit ein Moment der Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit von besonderem Rang. Er ergibt sich aus der Tatsache, daß das Leitungssystem einerseits das Ergebnis des Vergesellschaftungsprozesses selbst ist und andererseits das wichtigste Instrument zur sozialistischen Vergesellschaftung darstellt. Von seiner Beschaffenheit hängen das Tempo und die Tiefe des Vergesellschaftungsprozesses ab. Das Leitungssystem, das aus dem Leitungsobjekt, dessen Kern die staatlichen Organe bilden, aus dem Leitungsprozeß, den Leitungsmethoden, dem Informationssystem, der Informationstechnik und den Leitungsinstrumenten besteht, hat in der Übergangsperiode einen Entwicklungsweg durchlaufen, der es zu dem für die sozialistische Vergesellschaftung unumgänglichen Instrument machte.

Die Entstehung dieses Systems war untrennbar mit der Ausbildung des Wesens der sozialistischen Leitung in der Industrie verbunden, das durch dreierlei charakterisiert ist:

- Die sozialistische Leitung der Industrie ist immanenter Bestandteil des von der Partei der Arbeiterklasse geführten Prozesses der wissenschaftlichen Leitung der gesamten Gesellschaft.
- Die sozialistische Leitung der Industrie trägt einen planmäßigen, gesamtgesellschaftlichen Charakter.
- Die Werktätigen nehmen an der Leitung der Industrie teil.⁷

Das sozialistische Leitungssystem der Industrie konnte dieses Wesen aber nur ausprägen, weil es selbst das Ergebnis des Vergesellschaftungsprozesses war, und es konnte zugleich nur in dem Maße Instrument dieses Prozesses werden, in dem es sozialistische Wesensmerkmale trug. Diese dialektische Beziehung erwächst aus der Stellung, die die Leitung der Industrie, wie die der Wirtschaft überhaupt,

6 Wenn wir die Feststellung treffen, daß mit dem Übergang zur sozialistischen Etappe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die planmäßige und vor allem systematische sozialistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit in Angriff genommen werden mußte, dann wollen wir andeuten, daß bereits in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung die sozialistische Vergesellschaftung ihren Anfang nahm. Dieser Anfang trug keimhafte Züge. Es wirkten erst einzelne Momente der Vergesellschaftung, und ihre Beziehungen zueinander waren wegen ihrer mangelnden Reife wenig ausgebildet. An anderer Stelle werden wir dieses Problem ausführlich darlegen. Dabei soll dem Zusammenhang zwischen dem Wesen des Staatsapparates und dem Prozeß der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit, das ja bei diesem Problem von prinzipieller Bedeutung ist, eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

7 Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Einführung, hg. v. Gerd Friedrich, Horst Stein, Gerhard Wittich, Berlin 1976, S. 29.

im Reproduktionsprozeß einnimmt. "Die Leitung - mit ihren allgemeinen Funktionen der Zielbestimmung, Planung, Entscheidung, Organisation und Kontrolle - ist notwendige Produktionsbedingung und relativ verselbständigte Funktion arbeitsteilig gegliederter und kombinierter Produktionsprozesse. Aufgabe der Leitung ist die rationelle Gestaltung und Ökonomisierung gesellschaftlich betriebener Produktionsprozesse. Leitung ist stets Funktion des Eigentums, Ausübung der damit verbundenen ökonomischen und sozialen Macht. Das bestimmt Ziel und Wesen, Formen und Methoden der Leitung. Die Leitung der sozialistischen Wirtschaft ist somit Einheit ihrer organisatorisch-technischen Seite, die sich aus der Natur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses ergibt, und ihrer sozial-ökonomischen Seite, die sich aus den jeweils herrschenden Eigentumsverhältnissen ergibt und den Klassencharakter der Leitung prägt."⁸

Das Leitungssystem als Moment der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit zu analysieren verlangt vom Historiker zweierlei. Er muß erstens die Entwicklung des Leitungssystems als das Ergebnis des Vergesellschaftungsprozesses untersuchen. Das bedeutet, daß er zu prüfen hat, ob und in welchem Grade das industrielle Leitungssystem insgesamt und in seinen einzelnen Elementen dem erreichten Niveau der sozialistischen Vergesellschaftung entspricht. Zweitens erfordert die Untersuchung des sozialistischen Leitungssystems vom Historiker, die Rolle des Systems als Instrument der Vergesellschaftung herauszuarbeiten. Im letzteren liegt der Schwerpunkt in der analytischen Arbeit des Historikers.

Ein jedes andere Moment der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit kann nur zur Wirkung gelangen, wenn dazu durch das Leitungssystem die objektiven und subjektiven Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Es versteht sich, daß der Historiker die Korrespondenz, zwischen den beiden Aspekten, die das Leitungssystem als Vergesellschaftungsmoment kennzeichnen, nicht aus dem Auge verlieren darf. Jeder Fortschritt, den das Leitungssystem als Instrument der Vergesellschaftung macht, setzt ein entsprechendes Niveau der Vergesellschaftung des Leitungssystems selbst voraus. Jedes Ergebnis, das das Leistungssystem bei der Vergesellschaftung erzielt, wirkt sich auf das Niveau der Vergesellschaftung des Leitungssystems aus.

Für die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus muß das Verhältnis von Leitungssystem und sozialistischer Vergesellschaftung noch unter einem spezifischen Gesichtspunkt betrachtet werden. In dieser Periode existierten ein Leitungssystem der Industrie und zwei durch ihre Eigentumsverhältnisse unterschiedene Sektoren in der Industrie. In die Zuständigkeit des Leitungssystems fiel die gesamte Industrie. Das Hauptfeld der Leitung war aber der sozialistische Sektor. Gegenüber dem privatkapitalistischen Sektor mußte das industrielle Leitungssystem die gesamtgesellschaftlichen Interessen wahren. Zu gegebener Zeit stand dann das Leitungssystem vor der Aufgabe, Bedingungen dafür zu schaffen, daß die sozialistische Umgestaltung des privatkapitalistischen Sektors vollzogen werden konnte. Die wichtigste ökonomische Tätigkeit des sozialistischen Staates besteht in der Planung der wirtschaftlichen Prozesse. Um sie wirkungsvoll ausüben zu können, entwickelt der sozialistische Staat ein ganzes Planungssystem, das die speziellen Planungsorgane auf den verschiedenen Ebenen und in den ver-

schiedenen Bereichen der Wirtschaft, die Planungsmethodologie (Planungsprinzipien und -methoden) umfaßt und im System der Wirtschaftspläne einen äußeren Ausdruck findet.

Ebenso wie das Leitungssystem stellt auch das Planungssystem eine Widerspiegelung des erreichten Vergesellschaftungsgrades und ein entscheidendes Moment der sozialistischen Vergesellschaftung dar. Mit der Ausbildung und stetigen Vervollkommnung des Planungssystems wurde der Notwendigkeit entsprochen, die sich für die Planung aus dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und dem damit im Zusammenhang stehenden Niveau der materiell-technischen Basis der Produktion ergab.

Das Planungssystem ist die Hauptmethode zur Gestaltung des sozialistischen Vergesellschaftungsprozesses der Produktion und der Arbeit. Batschurin urteilt dazu so: "Durch die planmäßige Steuerung erreichen die ökonomischen Beziehungen zwischen den Betrieben, die Kooperation und die gesellschaftliche Arbeitsteilung ein solches Niveau, bei dem der gesamte Prozeß der gesellschaftlichen Produktion als wechselseitig verbundener, kontinuierlicher Arbeitsprozeß in Erscheinung tritt, der von einem einheitlichen Zentrum geleitet werden muß.

Folglich ist die Planung eine ökonomische Tätigkeit des Staates zur Leitung und Steuerung der gesellschaftlichen Produktion. Diese Tätigkeit umfaßt die Aufstellung und Durchführung des Systems der Pläne und fußt auf der Realisierung der Prinzipien der planmäßigen Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft auf der Grundlage der objektiv gegebenen Produktionsverhältnisse."⁹

Wie in der DDR das sozialistische Planungssystem geschaffen wurde, hat Roesler mit großer Ausführlichkeit und unter Beachtung aller Probleme, die damit verbunden waren, herausgearbeitet (S. 41 ff., 150 ff., 255 ff.).

Aus dem von Roesler angeführten Material wird deutlich, welche Richtungen eingeschlagen wurden, um ein Planungssystem zu entwickeln, das der sozialistischen Vergesellschaftung gerecht wurde.

Die erste Richtung zielte darauf ab, alle Momente des Vergesellschaftungsprozesses im Planungssystem zu erfassen, damit die mit diesen Momenten verbundenen ökonomischen Prozesse planmäßig gestaltet werden konnten. Dabei standen die planerische Aufnahme der einzelnen Elemente des Produktionsprozesses, die Momente des Arbeitsprozesses, die wissenschaftlich-technische Arbeit und das ihr zugrunde liegende Potential, die Beziehungen der Menschen in der Produktion zueinander usw. im Vordergrund.

Das Erfassen der Beziehungen, die zwischen den einzelnen Momenten des Vergesellschaftungsprozesses gegeben waren, durch das Planungssystem bildete die zweite Richtung, die zur Qualifizierung der Planung eingeschlagen wurde.

Und schließlich kam es darauf an, den Platz, den die einzelnen Momente des Vergesellschaftungsprozesses im Gesamtprozeß einnahmen, sicher zu bestimmen.

Einen konzentrierten Ausdruck fanden die drei Richtungen in der Kennziffernproblematik und in der Planteilkoordinierung.

Die Geschichte der im Planungssystem verwendeten Kennziffern ist von besonderem Interesse für die Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Ar-

⁹ Batschurin, A. W., Planung und Wirtschaftsleitung, Berlin 1975, S. 19.

beit, weil die Auswahl, die Qualität und die Handhabung dieser Kennziffern einen Gradmesser für die Beherrschung des Vergesellschaftungsprozesses darstellen.

Die Entwicklung der Planteilkoordinierung verkörpert, wie aus Roeslers Monographie klar hervorgeht, in einem hohen Maße die Geschichte vom Verständnis des gesellschaftlichen Charakters der industriellen Produktion und der Arbeit, das von den mit der Planung befaßten Wirtschaftsfunktionären aufgebracht wurde.

Mit der gründlichen Erarbeitung der einzelnen Planteile und mit deren immer wirkungsvolleren Koordinierung erfaßte das Planungssystem nicht nur einzelne Momente des Vergesellschaftungsprozesses, sondern auch und vor allem die Logik, die diesem Prozeß innewohnt.

Breiten Raum widmet Roesler den Ursachen, die den Weg zu einem ausgereiften Planungssystem erschwerten. Er differenziert sehr sorgfältig zwischen objektiven und subjektiven Ursachen. Unter den objektiven Ursachen sind es drei, die besonders herausgestellt werden.

Die erste Ursache resultierte aus der Mehrsektorenwirtschaft. Der relativ starke privatkapitalistische Sektor in der Industrie begrenzte den Gesamtumfang der Planung und ihren Effekt, weil von diesem Sektor Störungen bei der planerischen Beherrschung des volkseigenen Sektors ausgingen.

Zweitens blieben die Auswirkungen des imperialistischen Krieges sowie der imperialistischen Spaltung Deutschlands und seines ehemals einheitlichen Wirtschaftsorganismus während der gesamten Übergangsperiode, wenn auch später abgeschwächt, als Störfaktor für das Planungssystem erhalten.

Damit im Zusammenhang stand die dritte Ursache für die noch relative Begrenztheit des Planungssystems, der kalte Krieg. Der Wirtschaftsboykott - eine entscheidende Methode in diesem Krieg der imperialistischen Länder gegen den sozialistischen Aufbau - zwang immer wieder zu kurzfristigen Änderungen der Pläne.

Neben objektiven gab es auch subjektive Ursachen, die sich auf die Qualität der Planung auswirkten. Sie standen selbstverständlich zu einem Teil im Zusammenhang mit den objektiven Ursachen.

Die Ausbildung des Planungssystems hing vom Kenntnis- und Erfahrungsschatz der Wirtschaftsfunktionäre ab, der anfänglich bescheiden war und sich im Verlauf der Übergangsperiode allmählich erweiterte. Den beachtlichen Grundstock dazu lieferten die sowjetischen Wirtschaftsplaner. Auf dieser Basis gelang es, sehr rasch den Aufbau des Planungssystems in der DDR zu beginnen. Die sowjetischen Erkenntnisse und Erfahrungen in der Wirtschaftsplanung waren aber unter den spezifischen Bedingungen der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit in der UdSSR gesammelt worden. Das hatte zur Folge, daß wohl die allgemeinen Prinzipien der Wirtschaftsplanung übernommen werden konnten, daß aber andererseits eine Vielfalt von Erkenntnissen und Erfahrungen auf der Grundlage der eigenen Bedingungen gesammelt werden mußten. Sowohl die Anwendung der sowjetischen Erkenntnisse und Erfahrungen in der Planungstätigkeit als auch das Gewinnen eigener Einsichten in die Erfordernisse der Planung waren an den jeweiligen Stand der objektiven Bedingungen für die Planungstätigkeit geknüpft. Die Reife des gesamten Vergesellschaftungsprozesses diktierte in einem starken Maße den Grad der planerischen Erkenntnisse und Erfahrungen.

Ein besonders wichtiger Aspekt in der Geschichte des Planungssystems, der zugleich den Zusammenhang zwischen Planung und sozialistischer Vergesellschaftung

tung widerspiegelt, bestand in der Einbeziehung der unmittelbaren Produzenten in die Planung. Erst durch die ständige und gründliche Mitarbeit der Werktätige der Produktionskollektive, an der Planausarbeitung und an der Kontrolle der Plan-durchführung wurde das Planungssystem als Moment der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit vollkommen wirksam. Durch das Einbringen der Produktionskenntnisse und -erfahrungen der Arbeiter und Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in den Planansatz und durch die kritische Korrektur des Planentwurfs durch das jeweilige Produktionskollektiv kam es zu ausgereiften Plänen. Erst durch die Tatsache, daß die Werktätigen diesen schöpferischen Einfluß auf das Planungssystem haben, ist auch eine bewußte Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion im Sozialismus nicht mehr nur durch einzelne, sondern durch breite Massen von Werktätigen gegeben.

Roeslers Darstellung läßt erkennen, welche Bedeutung gerade dieser Aspekt für die Herausbildung und Vervollkommnung des sozialistischen Planungssystems hatte und welche Probleme im Leitungsapparat und in den Produktionskollektiven zu bewältigen waren, um zu einer unmittelbaren und dauerhaften Beziehung zwischen den Produktionskollektiven und dem Planungssystem zu kommen.

Die sozialistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit verlangt eine richtige Gestaltung der Beziehungen zwischen den Produzentenkollektiven und der Gesellschaft sowie zwischen den unter gleichen sozialökonomischen Verhältnissen produzierenden Arbeitskollektiven und den einzelnen Produzenten. Eine entscheidende Methode dazu bildet die wirtschaftliche Rechnungsführung.

Sie widerspiegelt "jene eigentumsbedingten Verhältnisse, die zwischen den Betrieben und dem Staatshaushalt, zwischen den Betrieben und dem Kreditsystem, zwischen den Liefer- und Anwenderbetrieben dieser oder jener Erzeugnisse bzw. Leistungen sowie zwischen den Betrieben und ihrer Belegschaft entstehen".¹⁰

Durch die wirtschaftliche Rechnungsführung werden die Erfordernisse der in der sozialistischen Gesellschaft wirkenden ökonomischen Gesetze erfaßt und Richtlinien der Leitung und Planung der Wirtschaft entwickelt.¹¹ Die beiden Aspekte der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Erkenntnis der ökonomischen Beziehungen und Methode der Beherrschung dieser Beziehungen, haben außerordentliche Bedeutung für die sozialistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit. Roesler, der die Geschichte der wirtschaftlichen Rechnungsführung gründlich nachgezeichnet hat, macht die beiden Aspekte ebenso wie den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der sozialistischen Vergesellschaftung deutlich (S. 61 ff., 218 ff.).

Roesler überprüft in seiner Monographie die Tiefe der Einsicht, die in den verschiedenen Etappen der Entwicklung der volkseigenen Industrie in die ökonomischen Beziehungen gewonnen wurde, und die Funktionstüchtigkeit der Maßnahmen, die jeweils zur Gestaltung dieser Beziehungen angewendet worden sind. Das geschieht nicht allgemein, sondern an Hand der Produktionsergebnisse.

Das Arbeitsergebnis, das Roesler im Zusammenhang mit der Untersuchung über das Einführen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Indu-

¹⁰ Tatur, S., Wirtschaftliche Rechnungsführung in der Industrie, Berlin 1971, S. 52.

¹¹ Ebenda, S. 306 f.

strie erzielt hat, ist von bemerkenswerter inhaltlicher und methodologischer Bedeutung für die Geschichte der sozialistischen Industrie. Sie ergibt sich in erster Linie daraus, daß Roesler das Geflecht von Beziehungen und Prozessen, das bei der Ausarbeitung und Praktizierung der wirtschaftlichen Rechnungsführung entstand, bloßlegte. Einige wesentliche Aspekte dieses Geflechts sollen hervorgehoben werden.

Es zeigte sich, daß ein sehr kompliziertes Verhältnis zwischen der Herausbildung von Wesen und Methodologie der wirtschaftlichen Rechnungsführung und den Bedingungen, die die wirtschaftliche Rechnungsführung erst ermöglichten, bestand. Diese Bedingungen, dafür geschaffen, daß die wirtschaftliche Rechnungsführung genutzt werden konnte, hatten nicht in jedem Falle sofort die Qualität, die eine wirkungsvolle und allseitige wirtschaftliche Rechnungsführung erfordert. So war die richtig gestaltete Beziehung zwischen Bank und VEB eine dieser Bedingungen. 1949 entstanden derartige Beziehungen. Aber die Bank war in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch nicht imstande, durch eine entsprechende Politik gegenüber den volkseigenen Betrieben die umfassende Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der sozialistischen Industrie zu stimulieren.

Das Verhältnis von theoretischer Einsicht in die Erfordernisse der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Fähigkeit der Wirtschaftsfunktionäre und der Betriebskollektive, diese Einsicht mit Erfolg in der Betriebspraxis zu nutzen, spielte ebenfalls eine beachtliche Rolle bei ihrer Einführung. Viele objektive und subjektive Faktoren bewirkten, daß die gewonnenen Einsichten nicht immer in praktische Ergebnisse auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Rechnungsführung umschlugen. Damit war ihre Wirkung besonders in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eingeschränkt. Ihre Abhängigkeit von der Reife der anderen Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion, vor allem von dem Leitungs- und Planungssystem und von dem Verhältnis, das die Produzenten zu den vergesellschafteten Produktionsbedingungen und zur Arbeit hatten, sowie von den Beziehungen, die sie in der Produktion zueinander ausgebildet hatten, beeinflusste die Funktionstüchtigkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung erheblich.

Das offenbarte sich unter anderem sehr deutlich in ihrer Abhängigkeit von der Reife des gesamten Planungssystems. Erst nachdem die Einheit von Produktions- und Finanzplan im volkswirtschaftlichen Rahmen hergestellt und die Einführung der Finanzpläne in den volkseigenen Betrieben vollzogen worden war, die sich auf eine Kostenrechnung gründete, deren Basis zunehmend technisch begründete Normen und Kennziffern und nicht mehr betriebswirtschaftliche Erfahrungssätze bildeten, konnte die wirtschaftliche Rechnungsführung die ihr zukommenden Aufgaben wirkungsvoller erfüllen.

Ungeachtet der mit ihrer Einführung verbundenen Entwicklungsprobleme hatte die wirtschaftliche Rechnungsführung einen hohen Rang bei der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit.

Durch die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung gelang es, im System der Leitung des sozialistischen Vergesellschaftungsprozesses den ökonomischen Methoden den ihnen gebührenden Platz zu verschaffen.

Die durch die wirtschaftliche Rechnungsführung erzielten ökonomischen Ergebnisse ermöglichten es, die Investitionen ständig zu erweitern. Damit war eine entscheidende Grundlage für die Stärkung des volkseigenen Sektors der Industrie auf dem Wege der Kapazitätserweiterung und der Neuschaffung von Betrieben und Industriezweigen gegeben. Dadurch und durch die Art und Weise der Verwendung

der Investitionsmittel in der Industrie (Konzentration und Spezialisierung der Produktion) kam es zu einer weiteren Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit.

Gleichzeitig muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Investitionsunternehmen den Effekt der Investitionen erhöhte.

Mit fortschreitender sozialistischer Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit spielte die wirtschaftliche Rechnungsführung bei der Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der volkseigenen Industrie eine Rolle. Die materielle Stimulierung der Betriebskollektive zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung erfolgte, übte einen zunehmend stärkeren Einfluß auf diesen Faktor der sozialistischen Vergesellschaftung aus. Die Untersuchungen, die Roesler zu diesem Problem anstellte, veranschaulichen, daß die schrittweise Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf diesem Felde der Produktionstätigkeit auch auf Grenzen stieß. Die ungenügende Nutzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung führte dazu, daß die Potenzen, die zur Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Industrie vorhanden waren, nicht ausgeschöpft werden konnten (S. 235 ff.).

Die wirtschaftliche Rechnungsführung beeinflusste des weiteren die Haltung der Produzenten zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit. Die ökonomische Stimulierung des einzelnen Produzenten und ganzer Produktionskollektive, die in der wirtschaftlichen Rechnungsführung einen außerordentlichen Platz einnimmt und zu ihren Elementen gehört, die sehr früh entwickelt und angewendet worden sind, trug entscheidend dazu bei, daß sich unter den Werktätigen in breitem Maße eine neue Einstellung zu den Produktionsmitteln und zur Arbeit in den fünfziger Jahren ausformte. Gleiches muß über die Wirkung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in bezug auf die Herausbildung von sozialistischen Beziehungen zwischen den Produzenten in der unmittelbaren Produktion gesagt werden. Dadurch trug sie zur Entfaltung anderer Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit bei.

Roesler betrachtet auch den Zusammenhang, der zwischen dem Leitungs- und Planungssystem und dem sozialistischen Wettbewerb in der volkseigenen Industrie besteht. Seine Untersuchungsergebnisse sind für die hier angestellten Überlegungen in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Einmal belegen sie, daß das Entstehen einer neuen Einstellung der Industriearbeiter und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie die Ausprägung eines neuen Verhältnisses zwischen den industriellen Produzenten vom Reifegrad der anderen Momente der sozialistischen Vergesellschaftung abhängen. Das Entstehen und die Ausbreitung von Initiativen auf dem Produktionsfeld sind an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die durch das Ensemble der Vergesellschaftungsmomente geschaffen werden. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, dann kann sich eine derartige Masseninitiative entfalten. Die Dialektik im Ensemble der Vergesellschaftungsmomente besteht aber nicht nur darin, daß die anderen Momente die Voraussetzungen für das Wirken der beiden Momente abgeben, die in der Einstellung der Produzenten zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie im neuen Verhältnis zueinander bestehen, sondern es liegt im Wesen dieser beiden Momente, daß von ihnen ebenfalls starke Impulse für die Gestaltung der anderen Momente ausgehen.

Dafür hat Roesler verschiedene Belege geliefert. Auf einen davon soll hier hingewiesen werden, weil er das Problem deutlich macht (S. 274 ff.). Zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs in und zwischen den Produktionskollektiven wurde es notwendig, die im Plan formulierten Aufgaben so zu erschließen, daß jedes Kollektiv eine sichere Kenntnis vom eigenen Anteil am gesellschaftlichen Gesamtplan hat. Der Plan mußte aufgeschlüsselt werden. Das verlangten fortschrittliche Arbeiter und Arbeitskollektive. Das Durchsetzen dieser Forderung führte zu Änderungen im Planungssystem, die zuerst im Aufschlüsseln des Produktionsplanes auf die Produktionskollektive und Arbeitsplätze zum Ausdruck kamen. Damit gaben sich aber die im sozialistischen Wettbewerb stehenden Werktätigen nicht zufrieden, weil der Produktionsplan allein noch nicht die vollständige Grundlage für das Führen eines sozialistischen Wettbewerbs abgeben konnte. Die Produktionskollektive wollten eine sichere Kenntnis darüber, zu welchen Kosten sie zu produzieren hatten. Derartige Kenntnisse konnten aber die Betriebsleitungen nicht vermitteln, da sie über die dazu erforderlichen Planungsunterlagen noch nicht verfügten. Indem nun die Produktionskollektive darauf bestanden, diese Kenntnisse zu erlangen, trugen sie zur Vervollkommnung eines anderen Momentes der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit bei.

Roesler macht aber in diesem Zusammenhang auf die Tatsache aufmerksam, daß derartige Anregungen und Forderungen aus den Produktionskollektiven auf einen fruchtbaren Boden fallen müssen, das heißt, daß im Planungssystem selbst Bedingungen für die erforderlichen Veränderungen herangereift sein müssen. An einer Reihe von Beispielen zeigt Roesler, daß volkswirtschaftlich wichtige Initiativen der Werktätigen ohne Erfolg geblieben sind, weil das Leitungs- und Planungssystem noch auf die Produktionsmaximierung und nicht, wie erforderlich, auf eine im richtigen Verhältnis von Qualität und Quantität stehende Produktion orientiert war.

Roesler behandelt, wenn auch aus der spezifischen Sicht der Wirtschaftsplanung, die Entwicklung der materiell-technischen Basis der volkseigenen Industrie, die als Moment der sozialistischen Vergesellschaftung im Untersuchungszeitraum eine rasch wachsende Bedeutung erlangte (S. 1 ff., 102 ff., 131 ff., 285 ff.). Mit Hilfe des statistischen Materials skizziert er die Grundzüge der qualitativen und quantitativen Veränderungen in der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion. Aber er beschränkt sich nicht darauf, sondern prüft die verschiedenen Einflüsse, die das Tempo und die Richtung, in die sich die materiell-technische Basis der industriellen Produktion in unserem Lande entwickelte, bestimmten. Dabei schenkt er dem Anteil, den das Leitungs- und Planungssystem daran hatte, seine besondere Aufmerksamkeit.

Auch die Verbindung von wissenschaftlich-technischer Arbeit und industrieller Produktion, einem für die sozialistische Vergesellschaftung so wichtigen Moment, findet in Roeslers Untersuchung unter dem planerischen Gesichtspunkt Beachtung (S. 163 ff., 192 ff.). Die Anregungen, die Roesler mit seiner Monographie zur Geschichte der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit gibt, beschränken sich nicht nur auf die Vergesellschaftungsmomente und ihre Korrespondenz, sondern erstrecken sich auch auf die Periodisierung des Vergesellschaftungsprozesses.

Roesler wählt historische Zäsuren des Entwicklungsprozesses der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR von unterschiedlichem Gewicht. Die beiden Grundzäsuren sind für ihn die Jahre 1949/50 und 1962. Im Zeitfeld, das zwischen beiden Zäsuren liegt, vollzieht sich dieser Prozeß. Wir wissen, es handelt sich um die

Jahre, in denen sich die sozialistische Etappe der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht.

Innerhalb dieser Etappe gliedert Roesler nach den Zeiträumen, deren Dauer durch den ersten Fünfjahrplan und den zweiten Fünfjahrplan bzw. den Siebenjahrplan fixiert ist. Diese zeitliche Gliederung wird von Roesler noch durch die Methode unterstrichen, die Pläne abzurechnen.

Aber man kann sich bei der Periodisierung nicht damit begnügen. In gewissem Sinne sind die beiden Perspektivpläne nur ein Ausdruck für Vorgänge, die objektiv den Verlauf der industriellen Produktion diktiert und qualitative Veränderungen im industriellen Entwicklungsprozeß hervorbringen. Roesler ist bei den Analysen der einzelnen Seiten des Leitungs- und Planungssystems und bei der Untersuchung der Masseninitiative auf Periodisierungskriterien gestoßen, die die objektiven Entwicklungsprozesse widerspiegeln.

Die von Roesler getroffenen Einschätzungen zum Entwicklungsstand einzelner Seiten des Leitungs- und Planungssystems regen zu dem Versuch an, die Entwicklung der einzelnen Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit zu periodisieren, das heißt, die qualitativen Sprünge in ihrem Werdegang herauszuarbeiten. Das Ergebnis der Periodisierung der einzelnen Momente der Vergesellschaftung miteinander zu vergleichen wird ein nächster Schritt sein, weil in diesem Vergleich die Korrespondenz, die zwischen den Vergesellschaftungsmomenten besteht, deutlich wird.

Die Vergesellschaftungsmomente, die einen unterschiedlich schnellen Reifeprozess absolvieren, werden miteinander zu vergleichen sein. Aus dem Vergleich gehen dann Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Entwicklungstempo hervor. Übereinstimmungen, die sich im zeitlichen Reifeprozess der einzelnen Momente zeigen, lassen Zäsuren erkennen, die für die Periodisierung des gesamten Vergesellschaftungsprozesses Gültigkeit haben. Derartige Zäsuren sind dann von Bedeutung für die Periodisierung der DDR-Industriegeschichte.

Die Periodisierung des Vergesellschaftungsprozesses, die auf der Analyse der Entwicklung der einzelnen Momente der Vergesellschaftung beruht, erleichtert es dann, die Beziehung von Objektivem und Subjektivem in der Industriegeschichte klarer zu bestimmen. Wie wichtig das ist, haben unter anderem die Vergleiche gezeigt, die Roesler zwischen den Zielen, die mit dem jeweiligen Wirtschaftsplan anvisiert wurden, und dem realen Ergebnis, das schließlich im Verfolg der Pläne erreicht werden konnte, angestellt hat. Für die Industriegeschichtsschreibung ist die richtige Auswahl der Periodisierungskriterien von größter Wichtigkeit, weil von ihnen das Urteil, das über die Ergebnisse der industriellen Entwicklung getroffen werden kann, abhängt.

Anregungen, die von Roeslers Arbeit für eine Gesamtgeschichte der sozialistischen Industrie ausgehen, entspringen natürlich nicht nur der Übereinstimmung mit dem von Roesler Vorgetragenen, sondern auch dem, was zum Widerspruch reizt.

Widerspruch soll in zwei wesentlichen Punkten angemeldet werden. Punkt eins betrifft die Auffassung, die Roesler von der sozialistischen Industrialisierung hat. Hierzu soll der Standpunkt des Rezensenten in einem der folgenden Teile des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte mit einem Beitrag zu der dort geführten Diskussion um die sozialistische Industrialisierung dargelegt werden.

Punkt zwei bezieht sich auf das Problem der Reproduktionstypen, die in der Geschichte der sozialistischen Industrie der DDR in den jeweiligen Zeitabschnitten

vorherrschten. Roesler zieht nach Analyse des Fünfjahrplandokumentes die Schlußfolgerung, "daß das extensive Wachstum die vorherrschende Form der Produktionsentwicklung in der Industrie werden sollte" (S. 22 f.).

In Roeslers Analyse spielen vor allem der Aufbau neuer Werke, die Aufnahme neuer Produktionen, die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen, die Haupttrichtung der Forschung und Entwicklung eine Rolle. Diese Faktoren wägt er untereinander ab.

Was läßt sich zu diesem Vorgehen sagen? Da ist zunächst als problematisch festzuhalten, daß Roesler sehr unmittelbar die Beziehung zwischen der theoretischen Erkenntnis der politischen Ökonomie und den konkret-historischen Verhältnissen herstellt. Das dürfte eine Vereinfachung sein. Sodann läßt sich Roesler von den Gesichtspunkten des Fünfjahrplanes leiten, die die Veränderungen betreffen, und nicht von den Reproduktionsbedingungen. Um das Problem zu erhellen, wären noch einige andere Fragen angezeigt gewesen, die wie folgt formuliert werden könnten.

Wie erhöhte sich die Produktion des volkseigenen Sektors der Industrie insgesamt, und welchen Anteil hat daran der Teil, dessen Produktionsfeld erweitert wurde? Wie erhöhte sich die Produktion einzelner Zweige, und welchen Anteil haben daran die Betriebe, deren Produktionsfeld erweitert wurde? Welchen Anteil hat bei der Erweiterung des Produktionsfeldes in den einzelnen Betrieben das technische Niveau an der Erhöhung der Produktion?

Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, kann die Schlußfolgerung über den vorherrschenden Reproduktionstyp gezogen werden.

Aber unter den konkret-historischen Bedingungen des ersten Fünfjahrplanes sind noch andere Fragen zu diesem Problem aufzuwerfen. In den ersten Jahren dieses Fünfjahrplanes spielte die vollständige Auslastung der Produktionskapazitäten noch eine bemerkenswerte Rolle. Es waren Arbeitsplätze vorhanden, für deren Besetzung nun die Möglichkeiten gegeben waren. Das hatte die Erhöhung der Beschäftigtenzahl zur Folge. Kann man nun in diesen Fällen von einer echten Erweiterung des Produktionsfeldes im Sinne der Reproduktionstheorie sprechen?

Oder nehmen wir eine andere Erscheinung jener Jahre. Durch Kriegszerstörung und Demontage ging eine mehr oder weniger große Zahl von Arbeitsplätzen in einem Produktionsprozeß verloren. Der Gesamtrahmen des Produktionsprozesses, das heißt bestimmte Teile der Produktionsbedingungen, waren noch existent. Sie brauchten nur durch die Wiederherstellung der zerstörten oder demontierten Betriebsteile usw., die durchaus einen Erneuerungseffekt beinhalten konnten, wieder vervollständigt werden. Handelt es sich in diesen Fällen um eine echte Erweiterung des Produktionsfeldes, oder müssen wir unter diesen Umständen zunächst von einer Wiederherstellung des Produktionsfeldes sprechen und genau prüfen, in welchem Umfang eine Erweiterung vorliegt und welchen Anteil daran wiederum eine mögliche technische Erneuerung hat?

Zweifellos verlangen die Antworten auf die gestellten Fragen eine eingehende Analyse des statistischen Materials über die einzelnen Zweige und Betriebe. Dieses Material ist nicht ohne weiteres verfügbar.

Im Zusammenhang mit dem hier besprochenen Problem hat Roesler nach unserer Meinung auch den Einfluß der Masseninitiative, die unbedingt einen Intensivierungsfaktor darstellt, zu wenig beachtet (S. 84 ff., 265 ff.)

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß das Studium von Roeslers Monographie gewinnbringend war. Es ist nicht übertrieben, sie als ein Lehrbuch der Wirtschaftsgeschichte der DDR zu bezeichnen, aus dem der Historiker lernen kann, wie Wirtschaftsgeschichte getrieben werden sollte, und aus dem der angehende Wirtschaftswissenschaftler ersehen kann, welche Anstrengungen nötig waren, um zu den heutigen Erkenntnissen von der Leitung und Planung der sozialistischen Industrie zu gelangen. Aber das hier rezensierte Buch hat als Lehrbuch auch Bedeutung für alle jene, denen die Verantwortung zufällt, in Ländern, die sich auf den Weg zum Sozialismus begeben, die Wirtschaft auf neue Weise zu organisieren, zu leiten und zu planen.

Zwei Autobiographien und ihr Aussagewert für die Erforschung
des deutschen Faschismus

Unter besonderer Berücksichtigung staatsmonopolistischer Aspekte

Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott. Die Geschichte der
Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben
vom letzten Reichsfinanzminister

Musterschmidt-Verlag, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1974,
409 Seiten, Preis: 48,- M

Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden -
6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Mit kritischen Anmerkungen und einem
Nachwort von Erwin Viefhaus

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1973, 552 Seiten, Preis: 32,- M

von Lotte Zumpe

Zwei Autobiographien sind vorzustellen, deren Verfasser Spitzenpositionen in
Hitler-Deutschland innehatten, entsprechenden Einfluß auf das Geschehen dieser
Jahre ausgeübt haben und deshalb auch als Mitverantwortliche, als Kriegsver-
brecher, in Nürnberg abgeurteilt wurden. Lutz Graf Schwerin von Krosigk, ho-
her Staatsbeamter im Reichsfinanzministerium seit 1920, ab Mitte 1932 bis Mai
1945 Reichsfinanzminister, legt mit diesem Buch seine Memoiren vor, ebenso
Hans Kehrl, Textilfabrikant aus Cottbus, Gauwirtschaftsberater der NSDAP und
Präsident der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz seit 1933, ab
Ende 1934 in zentralen Funktionen tätig. Zunächst insbesondere verantwortlich
für die Entwicklung der Zellstoff- und Zellwollindustrie, wurde er aber auch mit
"Sonderaufgaben" beauftragt, wie 1938/39 mit der "Gleichschaltung" der öster-
reichischen und der tschechischen Wirtschaft mit den deutschen Wirtschafts- und
Währungsbedingungen, daneben war er maßgebend in vielen Aufsichtsräten von
Unternehmen der Rohstoffindustrie tätig und schließlich im Krieg ab 1943 engster
Mitarbeiter Speers im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und
verantwortlich für die gesamte Rohstoffwirtschaft sowie Leiter des Planungsam-
tes der Zentralen Planung, wo sowohl Rohstoffe wie auch Arbeitskräfte auf die
Rüstungsindustrie verteilt wurden. Beide Nazifunktionäre wurden nach dem Krieg
in Nürnberg, im sogenannten "Wilhelmstraßen-Prozeß" (Fall XI)¹ verurteilt;
Schwerin-Krosigk zu 10 Jahren, Kehrl zu 15 Jahren Haft; beide wurden 1951 von

1 Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die Nürnberger Nachfolgeprozesse
als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
1966, T. 3, S. 219 ff.

den amerikanischen Behörden "begnadigt" und vorzeitig aus der Haft entlassen. Der kalte Krieg hatte all den Kräften in den USA Auftrieb gegeben, die schon 1946 Kriegsverbrecherprozesse für "höchst unerwünscht" hielten² und in den folgenden Jahren zunehmend darauf hinwirkten, daß die Urteile immer milder ausfielen - so auch im Fall XI. Die 1950 in den USA und in Großbritannien hervortretenden Bemühungen, die BRD als NATO-Mitglied aufzunehmen, die zunächst auf den Widerstand Frankreichs stießen, das seinerseits aber eine wirtschaftliche Integration mit der BRD auf dem Gebiet der Montanindustrie anstrebte, gaben der eifrig betriebenen "Ehrenrettung" für die inhaftierten Kriegsverbrecher den geeigneten Nachdruck.³ Die Legende vom "Befehlsnotstand", von der "Unterdrückung der Industrie", von der "Alleinschuld Hitlers" wurde für die bürgerliche Historiographie nicht nur in der BRD zu einer Grundkonzeption für die Darstellung der Ereignisse und der Entwicklung in den Jahren 1933 bis 1945. Auch in den hier zu besprechenden Büchern ist diese Konzeption unübersehbar.

Memoiren haben immer einen besonderen Wert für den Geschichtsforscher. Sie vermitteln nicht die dokumentarische Exaktheit des Geschehens, wie es die Akten tun, sie können jedoch das vermitteln, was in den Akten nicht oder nur selten zu finden ist: persönliches Erleben, Darstellung von Personen und Schilderung von Abläufen, Situationsbedingungen, Sympathien, Antipathien - Imponderabilien, die kein Dokument enthält, eben Informationen aller Art, die das längst vergangene Geschehen lebendig, verständlicher, transparenter machen. Aus solchen Aussagen, aus der Kompetenz der Autoren und nicht zuletzt aus ihrer Wahrhaftigkeit bestimmt sich der Wert von Memoiren, ihre Brauchbarkeit für den Historiker. Was allgemein gilt, gilt für die Zeit des deutschen Faschismus im besonderen Maße, allein schon deshalb, weil so viel dokumentarisches Material zerstört wurde.

Hier sind nun zwei Autobiographien zu besprechen, deren Verfasser Spitzenfunktionen im "Dritten Reich" bekleidet haben. Ihre Kompetenz, "auszusagen", zu berichten, Vorgänge und Zusammenhänge aufzuhellen, ist groß; ob das Ergebnis dem entspricht, das wird zu untersuchen sein.

Krosigk schildert seinen Werdegang: Musterschüler in der Ausbildung, die zum Teil in England erfolgte, Offizier im ersten Weltkrieg, schnell aufsteigender Beamter im Reichsfinanzministerium, Reichsfinanzminister unter Papen, Schleicher und Hitler, schließlich "leitender Minister der Regierung Dönitz" im Mai 1945. Das Buch ist von Walter Görlitz mit einem Nachwort versehen, in dem die Ehrenrettung, die Krosigk als Finanzminister Hitlers für sich anstrebt, nach-

- 2 Aus einer Erklärung des USA-Außenministers Patterson v. 24. 4. 1946, der im Oktober 1946 eine entsprechende Erklärung des amerikanischen Hauptanklägers in Nürnberg folgte. Vgl. dazu Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die "Arisierungen" des Flick-Konzerns, hg. v. Autor der Studie Karl-Heinz Thieleke, eingel. v. Klaus Drobisch, Berlin 1965, S. 10.
- 3 Lochner, Louis P., Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1955. - Der Autor, amerikanischer Journalist, erklärte "die Ehrenrettung der deutschen Industrie" als das eigentliche Anliegen seines Buches. - Zur internationalen Situation Anfang der 50er Jahre Dankert, Jochen/Ersil, Wilhelm/Werner, Karl-Heinz, Politik in Westeuropa. Integrationsprozesse vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart, Berlin 1976.

drücklich abgesegnet und seine Darstellung "zu einem Ehrenbuch für die Leistungen der Finanzbeamtenschaft in schwerer Zeit" deklariert wird (S. 374)⁴. Damit werden die Memoiren Krosigks in die seit Mitte der sechziger Jahre betont hervortretenden Bemühungen der BRD-Historiker eingeordnet, "positive Kontinuitätslinien" in der Darstellung der Jahre 1933 bis 1945 herauszuarbeiten. Über die generelle Zielsetzung wurde in der DDR-Geschichtsschreibung schon 1968 geschrieben: Es "sollen entscheidende Strukturelemente des faschistisch-imperialistischen deutschen Staates, insbesondere der Staatsapparat, derart neu gedeutet werden, daß eine positive Wertung dieses Staates als Ganzes und eine darauf aufbauende, im wesentlichen gleichfalls positive Gesamtschau der Periode 1933 bis 1945 im Sinne der angestrebten Kontinuitätsdarstellung entstehen kann". Weiter heißt es dort: "Das oben charakterisierte Ziel wird vor allem damit zu erreichen versucht, daß zwischen Faschismus und Staat ein prinzipieller Unterschied, ja sogar Gegensatz gesetzt wird, bei willkürlich konstruierter Entgegenstellung von 'staatszerstörenden' und 'staatserkhaltenden' Kräften. Werden die Nazipartei und ihre Führer in die erstgenannte Kategorie eingeordnet, so die staatliche Bürokratie und der Staatsapparat in die andere."⁵ Genau auf dieser Linie bewegt sich Görlitz in seinem Nachwort: "Das Reichsfinanzministerium mit dem breit verächtelten Apparat der Steuereinzahlung, der Verwaltung der öffentlichen Mittel und des Zolldienstes blieb gewissermaßen ein erratischer Block im Instanzengewirr des offiziell straff gelenkten Führerstaates - dank dem Beharrungsvermögen des obersten Dienstherrn, Graf Schwerin-Krosigk. ... Allen totalitären Führungsansprüchen zum Trotz hielt er eines der Nervenzentren normaler Staatsverwaltung, das Finanzressort, intakt und gab damit als Dienstherr, im Zuge seiner Sorgepflichten, auch der auf ihn blickenden Beamtenschaft jenen Halt, dessen sie bedurfte, um unter immer schwierigeren Bedingungen ihre Pflicht zu tun. Im Grunde hielt er sein Ressort über die Zeiten hinaus intakt, obwohl Hitler wünschte, daß das deutsche Volk mit ihm unterging, wenn ihm der Sieg versagt blieb" (S. 374 ff.). Zutreffender kann die Tendenz des Buches gar nicht formuliert werden, das leider nur in dieser Hinsicht aussagekräftig ist.

Das Schwergewicht des Buches liegt auf der Darstellung der Arbeit von Krosigk im Reichsfinanzministerium. Nahezu die Hälfte des Umfangs entfällt auf die Jahre 1920 bis 1932, etwas mehr auf die Jahre 1933 bis 1945. Insgesamt wird "positive Kontinuität" demonstriert. Der Leser soll erfahren, daß Krosigk ein langgedienter, verdienstvoller Beamter des Reichsfinanzministeriums war, bevor er Hitlers Finanzminister wurde. Infolgedessen stellt Krosigk sein Licht auch nicht unter den Scheffel. Seine Verdienste, sein Engagement als preußisch-deutscher Staatsbeamter sind Schwerpunkte derjenigen Kapitel, die den Zeitraum bis 1933 umfassen. Das wird besonders deutlich in der Schilderung der Verhandlungen in Paris, London, Basel und Lausanne (1931/32), wo die Regelung der deutschen Auslandsverschuldung und die Beseitigung der Reparationsverpflichtungen zur Debatte standen. Krosigk versäumt es nicht, das Faksimile eines Dankschreibens

4 Alle Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

5 Lozek, Gerhard/Walter, Georg, Vom "Dritten Reich" zur Bundesrepublik. Zur positiven Umwertung des faschistischen Staates in der westdeutschen Historiographie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Nr. 10/1968, S. 1256 f. - Besonders typisch für diese Richtung, insbesondere hinsichtlich ihrer Artikulierung, Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

von Brüning beizufügen (S. 80 f.), in dem ihm ein "besonderes Verdienst" am Ergebnis der Verhandlungen zugeschrieben und bestätigt wird, daß er sich um "die deutsche Sache" verdient gemacht habe. Erheblichen Platz nehmen die Schilderungen von Personen ein, insbesondere von hohen Staatsbeamten im Reichsfinanzministerium und auch im Auswärtigen Amt, mit denen er zusammengearbeitet hatte. Es ist die Lobpreisung des preußisch-deutschen Beamtenethos, denn alle sind nur "prächtige" und "tüchtige" Staatsdiener. Das Ganze liest sich nicht selten wie ein freundlich-wohlwollender Gesellschaftsbericht. Die "positiven Kontinuitäten" im Bereich des Staatsapparates werden personell demonstriert. Außerdem kann Krosigk damit seine Ehrenrettung, um die es ihm ja eigentlich geht, so gleich in die wohlwollende Beurteilung einer Vielzahl seiner Spezies einordnen.

Der Titel des Buches, "Staatsbankrott", besagt schon, daß der eigentliche Schwerpunkt der Darstellung, das innere Anliegen, im Zeitabschnitt 1933 bis 1945 liegt. Steht über den Jahren bis 1933 "Verdienste", so über denen ab 1933 "Rechtfertigung". Entsprechend vorsichtig umschiffet Krosigk auch alle Klippen, die ihm gefährlich werden könnten. Immerhin, vom "Kabinett Hitler", das am 30. Januar 1933 gebildet worden war (S. 179 ff.), blieb Schwerin-Krosigk als einziger der Minister bis "fünf Minuten nach zwölf" im Amt. Er überdauerte Altnazis wie Darré und Frick, aber auch Goebbels und Göring.

Seinen Eintritt in das Kabinett motiviert er folgendermaßen: "Ich gehörte seit 1920 dem Reichsfinanzministerium an und fühlte mich der Reichsfinanzverwaltung verbunden und ihr verpflichtet. Es wäre in den Augen der Angehörigen dieser Verwaltung - und auch in meinen Augen - Fahnenflucht gewesen, wenn ich sie im Stiche gelassen hätte, preisgegeben einem fanatischen Parteimann. Immer wieder flehten mich Vertreter der Beamtenschaft an, sie nicht zu verlassen. Vielleicht war es falsch, diesem Gesichtspunkt eine entscheidende Bedeutung einzuräumen, aber er war gerade für mich als alten Beamten mit ausschlaggebend" (S. 178). An anderer Stelle schreibt er: "Meine Bekannten unter den Kirchenfürsten baten mich dringend, dieses 'Opfer zu bringen'" (S. 174). Mit diesen Motivationen sind auch die Weichen für die Darstellung seiner Arbeit unter Hitler gestellt. Im Grunde lohnt es nicht, auch nur etwas davon hervorzuheben, da weiterführende Erkenntnisse darin nicht enthalten sind. Der Finanzminister des faschistischen deutschen Staates weiß nichts über Zusammenhänge, Hintergründe, Interna zu berichten, die der Erforschung dieses schrecklichsten Kapitels deutscher Geschichte weiterhelfen könnten.

Wird der Gegenstand heikel, hört die zuweilen geradezu breite Ausführlichkeit auf. So weiß Krosigk über die Entwicklung des Terrorsystems, die ja doch mit staatlichen Mitteln finanziert wurde, nichts zu sagen. "Aus dem Etat des Innenministeriums", so schreibt er, "wurden Mittel für die SS-Verfügungstruppe und die Totenkopfverbände zur Verfügung gestellt, während die Partei die allgemeine SS finanzierte" (S. 260). Das ist alles. Wußte er nicht, wie diese Haushaltsmittel verwendet wurden? Am 11. Mai 1942 meldet Pohl, der allmächtige Verwaltungschef der gesamten SS, dem auch die Konzentrationslager unterstanden, erfolgreich abgeschlossene Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über den Haushalt der Waffen-SS an Himmler.⁶ Unter den verschiedenen Positionen, die - wie er schreibt - vom Reichsfinanzminister "grundsätzlich anerkannt" worden waren, befanden sich

⁶ Dok. NO-504, Fall IV. - Zum Findort der Dokumente siehe Anmerkung 1.

- " 11 (Vorjahr 7) Konzentrationslager
- 1 (" 1) Frauenkonzentrationslager
- 2 (" 0) Jugendschutzlager" 7

Von 50 für 1942 geforderten "Generalplanstellen" (Vorjahr: 23) hatte der Reichsfinanzminister 48 genehmigt, was Pohl "bemerkenswert" fand. 8 Pohls Vertreter, Frank, der ab 1935 den Haushalt der SS-Verfügungstruppen und SS-Totenkopfverbände aufgestellt hatte, sagte in Nürnberg aus, daß er direkt mit dem Reichsfinanzminister verhandelt habe. 9 "Der Zweck der Totenkopfverbände war die Bewachung der Konzentrationslager." 10 Das Reichsfinanzministerium mußte relativ umfangreiche Informationen über diese SS-Verbände und ihre spezielle Tätigkeit gehabt haben, denn von dort wurden sie finanziert.

Wußte der Reichsfinanzminister auch nichts davon, daß die Reichskasse seit 1942/43 Monat für Monat zunehmend Millionenbeträge für die "Vermietung" der KZ-Häftlinge an die Rüstungsindustrie vereinnahmte und die Häftlinge selbst von diesem sogenannten "Entgelt" nicht einen Pfennig bekamen? Der für die Abrechnung und Abführung dieser "Häftlingsentgelte" verantwortliche SS-Verwaltungs-offizier schätzte diese Einnahmen des Reiches aus dem "gesamten Häftlingseinsatz" für Ende 1944 auf 50 Millionen Reichsmark monatlich. 11

Erfuhr der Reichsfinanzminister auch nie etwas über die "Aktion Reinhard", ein Deckname, unter dem im Rahmen der "Endlösung" im Bezirk Lublin (Polen) alles Hab und Gut der ermordeten jüdischen Bevölkerung gesammelt und an das Reich abgeliefert wurde? Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus wurden in den Tresoren der Reichsbank Entsetzen erregende Mengen an Wertsachen dieser Herkunft gefunden. 12

Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichsfinanzminister so gar nichts von diesen Verbrechen gewußt hat. Jedoch der Leser erfährt davon nichts. Statt dessen erfährt er, daß sich Krosigk in einem Streitfall mit Himmler, wegen eines Etatsreferenten, im Interesse seines Beamten bei Hitler gegen diesen durchgesetzt habe (S. .260).

Sowenig Krosigk über seine Zusammenarbeit mit der SS zu berichten weiß, noch weniger erfährt der Leser über die Finanzbeziehungen zwischen Staat und Industrie. In die Kassen der Rüstungskonzerne sind ganz erhebliche Anteile des Nationaleinkommens geflossen, nicht nur als Bezahlung für die Rüstungslieferungen, auch in Form von Subventionen, Garantieleistungen, Krediten, Steuervergünstigungen usw. 13 Auf der einen Seite Staatsbankrott, auf der anderen Seite Gewinn-

7 Ebenda, S. 2.

8 Ebenda, S. 3,

9 Dok. NO-1576, S. 3 (Affidavit Frank v. 17. 1. 1947), Fall IV.

10 Ebenda.

11 Dok. NO-1578, S. 5 (Affidavit Sommer v. 22. 1. 1947), Fall IV,

12 Dok- NO-1567, (Affidavit Vogt v. 16. 1. 1947), Fall IV. - Vogt war Leiter des Prüfungsamtes A IV im SS-Verwaltungs-Hauptamt und prüfte im Juni 1943 diesen "Reinhard-Fonds", bevor insbesondere Geld und Wertsachen an das Reich abgeliefert wurden. Der "Totalwert" wurde auf über 100 Mill. RM geschätzt. (Siehe S. 5 des Dok.)

13 Einen kleinen Einblick in diese Seite der Tätigkeit des Reichsfinanzministers gibt Kehrl in seinen Erinnerungen, wenn er von den Reichsbürgschaften und Reichsgarantien berichtet, mit denen den Banken und auch den Unternehmern das Risiko abgenommen und die Profite gesichert wurden.

explosion. Die nach Görlitz so rühmenswert intakt gehaltene Reichsfinanzverwaltung hatte genaue Überblicke, hier fiel die letzte Entscheidung über Umfang und Vergabe der Mittel. Der inzwischen zum "Industrieschriftsteller"¹⁴ avancierte Krosigk schweigt sich darüber aus. Es ist einfach kläglich, was der ehemalige Finanzminister über seine Amtszeit von 1933 bis 1945 zu sagen weiß. Das Streben nach "historischer Wahrheitsfindung", das Görlitz hervorhebt (S. 372), sucht man vergebens.

Historische Wahrheitsfindung ist gewiß auch nicht das Anliegen Kehrls. Er beabsichtigt, "einen Einblick in die damalige Zeit zu geben und Menschen und Dinge zu schildern, so, wie ... (er) sie damals erlebt und gesehen" habe (S. 12). Auf diese Weise schenkt er sich jede Distanzierung von seiner damaligen Tätigkeit bzw. ihre Einordnung in das ganze Bild des deutschen Faschismus. Kehrl gibt einen "Tätigkeitsbericht", und es ist ein wahrer Gespensterzug von Ereignissen und Akteuren, von Ansichten und "Selbstverständlichkeiten" dieser Zeit, den man nur noch mit Beklemmung zur Kenntnis nehmen kann. Dabei erhebt sich sogleich auch die Frage, was beklemmender ist, das, was vorgeführt wird oder wie es vorgeführt wird.

So wird dem Leser das berüchtigte "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit"¹⁵, das die Arbeiter rechtlos und zur "Gefolgschaft" des "Betriebsführers", das heißt des Unternehmers, machte, als "eine der Ideen" offeriert, "die die Welt bewegten" (S. 43). Als Spiritus rector des Gesetzes bezeichnet Kehrl Keppler, dessen "Erfahrungen als sozialer Unternehmer" die Gestaltung wesentlich beeinflusst hätten.¹⁶

Nun wird dieses Gesetz nicht nur von der marxistischen Geschichtsforschung als das bezeichnet, was es wirklich war, nämlich ein Unterdrückungsinstrument zur verstärkten Ausbeutung der Arbeitskräfte. Mason nennt es "eines der umfassendsten und konsequentesten Texte nationalsozialistischer Gesetzgebung, ein Gesetz jedoch, das von der Ideologie und den Organisationen der Bewegung kaum direkt beeinflusst wurde". Und er stellt weiter fest, daß hinter allen ideologischen Verbrämungen "der hartnäckige Anspruch der deutschen Industrie (stand), endlich wieder 'Herr im eigenen Hause' zu sein".¹⁷

14 Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf, Die große Zeit des Feuers. Der Weg der deutschen Industrie, 3 Bde., Tübingen 1957 - 1959; derselbe, Alles auf Wagnis. Der Kaufmann gestern, heute und morgen, 1963. - "Hofbiograph der deutschen Schwerindustrie" nennt ihn Ogger, Günter, Friedrich Flick der Große, Bern/München/Wien 1971, S. 55.

15 Reichsgesetzblatt I, 1934, S. 45 - 51. - Paterna Erich /u. a. /, Deutschland 1933 bis 1939, Berlin 1969, S. 98 f.

16 Keppler, Wirtschaftsbeauftragter Hitlers, hatte in dessen Auftrag 1932 einen Kreis von Industriellen, Bankiers und Überseekauleuten gebildet (später "Keppler-Kreis" genannt, Vorläufer des "Freundeskreises Himmeler"), in dem Wirtschaftsfragen beraten und diskutiert wurden. Übereinstimmend wird er als ein Mann mit geringem Durchsetzungsvermögen bezeichnet, woraus zu erklären sein dürfte, weshalb er in der Wirtschaftspolitik nach 1933 keine profilierte Rolle gespielt hat. Als Unternehmer (Filmbranche) hatte er Hitler schon in den frühen zwanziger Jahren deshalb beeindruckt, weil er die Gewerkschaften ablehnte und in seinem Betrieb verboten hatte.

17 Mason, Timothy W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 - 1939, Opladen 1975, S. 41 f.

Einer der maßgeblichsten Leute, die dieses Gesetz, dessen Konzeption Goerdeler zugeschrieben wird, im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet hatten, war der Ministerialrat Mansfeld. Er war auf Wunsch der Industrie schon vor 1933 in das Ministerium eingetreten und gehörte dort bald zu den einflußreichsten Beamten.¹⁸ Gemäß den Versprechungen, die ihm seine industriellen Hintermänner gemacht hatten, wurde er nach seinem Ausscheiden 1942 wieder in einer "angemessenen Position in der Industrie" untergebracht: Er wurde "Direktor mit Generalvollmacht" im Salzdetfurth-Konzern.¹⁹

Ähnlich falsch und verdreht ist auch Kehrls Darstellung von der Organisation der Wirtschaftsverbände in Reichsgruppen, die er ursächlich Hitler zuschreibt (S. 46),²⁰ sowie der Marktordnung des Reichsnährstandes, die er auf das Konto von Darré und dessen Staatssekretär Backe setzt (S. 56).²¹

Geradezu unglaublich jedoch sind seine Ausführungen über den Antisemitismus, die "Arisierung" und die Ereignisse im Zusammenhang mit der "Reichskristallnacht" im November 1938.

Zu den "Nürnberger Gesetzen" von 1935 schreibt er: "Uns wurde vorgemacht, daß damit einer Forderung des Parteiprogramms der NSDAP genüge getan war, und das Problem des Antisemitismus erledigt war" (S. 139). Diese Biedermannshaltung markiert er auch für die "Arisierungs-"Welle in Österreich, wo er im März 1938 im Auftrag des Reichswirtschaftsministers eintraf, um die dortige

18 Vgl. Radandt, Hans, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld. Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1957, S. 192 f.; Mason, Timothy W., a. a. O., S. 97; Mansfeld, Werner, Die Ordnung der nationalen Arbeit. Handausgabe mit Erläuterungen, Berlin 1941 (offizieller Kommentar.)

19 Eichholtz, Dietrich, Die Vorgeschichte des "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973, S. 361 ff. - Eichholtz weist nach, daß Mansfeld ein Vorläufer Sauckels bei der "Beschaffung" von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten war.

20 Krupp hatte schon 1931, als er den Vorsitz im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie übernahm, "Wünsche und Pläne" für die Umgestaltung des industriellen Verbandswesens geäußert, die dann unter seiner Leitung mit Hilfe des faschistischen Regimes realisiert werden konnten. Vgl. Die Industrie im neuen Reich. Tätigkeitsbericht des Reichsstandes der Deutschen Industrie (wirtschaftspolitische Abteilung) für die Zeit von Mitte Juni bis Mitte Oktober 1933, hg. v. der Wirtschaftspolitischen Abteilung, o. O. 1933, S. 9.

21 Mit der "Marktordnung" erfolgte 1933/34 die Zwangskartellierung der gesamten Nahrungsgüterwirtschaft zum Zwecke der Preis- und Produktionsregulierung. Wesentliche Vorarbeiten wurden schon vor 1933 geleistet, wobei der Junker v. Rohr/Demmin, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium bis September 1933, wesentlichen Anteil hatte. Der Junker Freiherr von Kanne war dann als "Reichskommissar" für die Milchwirtschaft und andere Zweige ab September 1933 der Hauptakteur im Zwangskartellierungsprozeß. Vgl. dazu Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland unter dem Faschismus, Kap. 4 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Bd. 3 (im Druck).

Wirtschaft mit der deutschen "gleichzuschalten". Da viele jüdische Unternehmer und Besitzer von "wichtigen Großbetrieben ... außer Landes gegangen" waren - so Kehrl - und ihre Unternehmen zum Teil "nicht handlungsfähig" oder aber "einfach herrenlos zurückgelassen" hatten, habe er als Platzhalter der deutschen Wirtschaftsinteressen pflichtgemäß etwas gegen die sich "beinahe chaotisch gestaltenden Eigentumsverhältnisse" unternehmen müssen (S. 127 f.).

Tausende und aber Tausende waren nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich in die Konzentrationslager verschleppt worden, hatten Selbstmord verübt in ihrer rasenden Angst, waren ermordet worden oder hatten noch flüchten können. Kehrl bezeichnet sie noch heute als "außer Landes gegangen".

Ähnlich verharmlost er die entsprechende Entwicklung, als er nach der gewaltsamen Abtrennung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei dort die gleichen Aufgaben wie schon in Österreich übernahm (S. 136). Darauf hatte er sich aufgrund der bisher gesammelten Erfahrungen schon systematisch vorbereitet (S. 132). Als Teilnehmer an den Sitzungen, die im Anschluß an die Pogrome vom 9. November 1938 bei Göring stattfanden, beschreibt er diesen als von dem Geschehen "überrascht", voller "Widerwillen" und Empörung dagegen und "besorgt" darum, daß die Versicherungsgesellschaften auch ja allen Schaden ersetzen und sich nicht auf "einen Aufruhrparagrafen oder ähnliches" berufen sollten (S. 142 ff.). Von einem Göring, der erklärte, man hätte lieber "200 Juden erschlagen" sollen, statt so viele materielle Werte zu zerstören, die dann den Versicherungsgesellschaften des Ausmaßes wie des Ansehens wegen große Schwierigkeiten bereiteten²² - und das ist nur ein Beispiel von vielen dieser Art -, weiß er nichts zu berichten.

Zynismus und verfälschende Darstellung von Ereignissen usw. sind typisch für das vorliegende Buch. Die Rolle des Biedermanns, die Kehrl immer wieder markiert, hat er nie gespielt. Er gehörte mit Sicherheit zu den informiertesten Personen des Regimes. Das ergibt sich aus seinen Funktionen, aus seinen Verbindungen und Kontakten, die bis in die obersten Ränge der Partei- und Ministerialbürokratië reichten und systematisch von ihm gepflegt wurden, sowie aus seinem Arbeitsstil, den er ausführlich beschreibt und immer wieder etwa in der Weise hervorhebt: Er ließ sich nichts "vormachen", er wollte "alles genau wissen" und war deshalb auch geradezu "gefürchtet" dafür, er sammelte systematisch Informationen; wo immer er eine neue Aufgabe übernahm (ohne die alte abzugeben!), machte er erst "Inventur", um einen "genauen Überblick" zu erhalten; er machte viele Reisen, um die "Verhältnisse vor Ort" kennenzulernen usw. usf. 1939, als er nach der endgültigen Zerschlagung der Tschechoslowakei neben seinen "Beraterfunktionen" in Österreich und in den okkupierten Sudetengebieten auch noch die für das "Protectorat" übernahm, daneben aber seine Funktion als Leiter der Abteilung Textilien, Zellstoff, Papier im Reichswirtschaftsministerium weiter ausübte, wurde ihm ein Flugzeug zur Verfügung gestellt, und er betont, daß er auch noch während des Krieges das Recht besaß, Flugzeuge für seine Reisen abberufen zu können (S. 162).

Dies sind nur einige Details zu Kehrls Arbeitsstil, die Liste ließe sich beliebig verlängern. Sie charakterisieren nicht nur seine Person, sondern auch die Unglaubwürdigkeit seiner Aussagen, wenn er mit Harmlosigkeit, Desinformiertheit oder gar Idealismus operiert. Während eines USA-Aufenthaltes in den frühen

²² Reitlinger, Gerald, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 - 1945, 3. bearb. Aufl. Berlin (West) 1960, S. 18 f.

zwanziger Jahren hatte er sich intensiv für das neue "Scientific management" interessiert und einen entsprechenden Kursus absolviert (S. 18 f.). Er besaß, wie allgemein bestätigt wird, ein "ungewöhnlich gutes Gedächtnis"; er wußte sehr genau, was geschah und was er tat.

In Anlehnung an die neuen bürgerlichen Wirtschaftstheorien bezeichnet Kehrl sich als "Technokrat" und plädiert damit für die sogenannte "Wertfreiheit" seiner Tätigkeit.²³ Die ständige Betonung seiner Fähigkeiten und Leistungen, die schon in der Bezeichnung "Krisenmanager" zum Ausdruck kommt, paßt sich hier ebenso ein wie das ständige Hervorheben der "fachlichen Tüchtigkeit" seiner Mitarbeiter, in denen er sich im übrigen genauso widerspiegelt, wie sich Krosigk in den seinen abbildet. Diese "Bemühungen" führen aber gleichzeitig dazu, daß der Leser sehr viel mehr über die Tätigkeit Kehrls und über einige Hintergründe und Zusammenhänge erfährt, als dies in Krosigks Buch der Fall ist. Im folgenden soll deshalb anhand dieses Buches auf einige Aspekte und Überlegungen zur staatsmonopolistischen Entwicklung dieser Jahre eingegangen werden.

Viefhaus stellt in seinem Nachwort (S. 531 - 546) die Frage, nachdem er von der "Allianz" zwischen Privatwirtschaft, insbesondere Großindustrie, und Staat gesprochen hat, "ob im Hinblick auf dieses Kooperationsystem, eine 'Arbeitsteilung', bei der die 'Politik' zunehmend die Ziele und das Programm festlegte und die 'Wirtschaft' ihr kurzfristiges Interesse an Profitmaximierung befriedigen konnte, 'von staatsmonopolistischem Kapitalismus' gesprochen werden kann" (S. 541).

Es ist hier nicht der Platz, ausführlich auf den theoretischen Inhalt des Begriffes "staatsmonopolistischer Kapitalismus" einzugehen, das ist ausführlich an anderer Stelle geschehen.²⁴ Von da ausgehend, kann jedoch festgestellt werden, Staatsmonopolismus - als ein Grundzug des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus - ist eine spezifische Form der Arbeitsteilung, in der sich monopolistische und staatliche Regulierung ergänzen, mit dem Ziel, sowohl die gesamtgesellschaftlichen wie die speziellen (materiellen) Reproduktionsbedingungen des Kapitals grundsätzlich sowie im vorrangigen Interesse des Monopolkapitals zu sichern, zu stabilisieren und zu erweitern. Es ist ein außerordentlich komplizierter, widerspruchsvoller, ein dialektischer Prozeß, in dem sich Gesamtinter-

23 Die gleiche Linie hatte Speer in seiner Denkschrift an Hitler v. 20. 9. 1944 artikuliert, mit dem Anspruch, eine "unpolitische Aufgabe" zu erfüllen. Abgedruckt bei Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Frankfurt (Main)/Berlin (West) 1968, S. 172. - Zu einer solchen Über- bzw. Alleinbetonung der Technik, wie sie in Speers Denkschrift zum Ausdruck kommt, die heute gleichermaßen auch zur Ableitung der Konvergenztheorie führt, schreibt Meißner unter anderem: "Die neuen Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsleitung und -regulierung werden unmittelbar aus den Produktivkräften abgeleitet, d. h. gewissermaßen direkt mit ihnen kurzgeschlossen, ohne das dazwischen liegende systembestimmende Moment der Produktionsverhältnisse zu beachten." (Meißner, Herbert, Konvergenztheorie und Realität, Berlin 1971, S. 67.)

24 Zur theoretischen Auffassung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, die vom Rezensenten vertreten wird, vgl. Baudis, Dieter/ Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 20 ff. = Wirtschaft und Staat in Deutschland, a. a. O., Bd. 1.

essen durchsetzen müssen und Einzelinteressen (hinter denen große ökonomische Potenzen stehen) durchsetzen wollen; es ist ein Prozeß, der sich zudem seit dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland unter dem revolutionären Druck der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht.

Das sind gewissermaßen nur die wesentlichen "Eckwerte" einer Entwicklung, die falsch oder unhistorisch interpretiert wird, wenn man sie auf die platte These reduziert hie Politik - hie Ökonomik bzw. Profit. Genauso ist es falsch oder unhistorisch, wenn man diese Arbeitsteilung, dieses Zusammenwirken von Monopolkapital und Staat, in dem dieser im Gesamtinteresse, im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung, keineswegs nur "Handlanger oder Erfüllungsgehilfen" (S. 539) ist und auch nicht sein darf, als einen harmonischen oder widerspruchsfreien Prozeß verstehen will. Insofern ist es auch kein Beweis gegen das Vorhandensein von staatsmonopolistischen Formen, wie Viefhaus meint, wenn Kehrl als staatlicher Beauftragter im "Protektorat" Konzernvertreter am "Raubzug" hinderte (S. 539), selbst wenn es wirklich so war.

Unter dem deutschen Faschismus erreichte die staatsmonopolistische Entwicklung einen bis dahin nicht dagewesenen Höhepunkt, begünstigt durch das "Führerprinzip" der faschistischen Diktatur. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in allen Ländern die staatsmonopolistische Entwicklung enorm förderten. In Deutschland verband sich die Bekämpfung der Krisenauswirkungen mit der Vorbereitung eines neuen Krieges. Hitler, der aus seinem Kriegsfanatismus nie ein Hehl gemacht hatte, bot sich - nicht unabhängig von bestimmten politischen Konstellationen 1932 - als die dafür geeignete Person an. Deshalb wurde er mit ausschlaggebender Hilfe der Großindustrie an die Macht geschoben. Das Ziel war insofern schon bestimmt. Daß Hitler genügend "Phantasie und Durchschlagsvermögen" oder besser Skrupellosigkeit besaß, um es durchzusetzen, bewies er sehr schnell mit der Inszenierung des Reichstagsbrandes, dem Spektakel von Potsdam und schließlich mit den Vorgängen um den sogenannten "Röhmputsch". Auch hier würde es bedeuten, an der historischen Wirklichkeit vorbeizuinterpretieren, wenn man seine Rolle als die eines "Handlangers", einer Marionette, qualifizieren wollte. Andererseits kann man nicht sagen, wie oben zitiert, daß Hitler zunehmend die Programme festgelegt habe, wobei insbesondere das Vierjahresplanprogramm gemeint wird. Dieses Programm und die Möglichkeiten seiner Realisierung und Terminierung wurden von der einschlägigen Industrie unter Leitung des IG-Farben-Managers Krauch ausgearbeitet; das ist weitgehend bekannt. Hitler identifizierte sich damit, nicht nur aus Gründen der unentwegten Devisenschwierigkeiten, sondern auch und vor allem im Interesse der Kriegsvorbereitung.

Es kann hier nicht um die Aufgabe gehen, diese Zusammenhänge noch weiter zu erörtern; das ist längst geschehen. An diesem Punkt sollen die Darlegungen Kehrls wieder in den Blickpunkt gerückt werden. Viefhaus hatte die Entwicklung der Vorkriegsjahre darauf reduziert hie Politik, Festlegung von Ziel und Programm - hie "Wirtschaft" und kurzfristiges Interesse an Profitmaximierung. Daß eine derartige "Arbeitsteilung" nicht möglich ist, wurde erörtert. War es aber tatsächlich nur kurzfristiges Interesse an Profitmaximierung, das hinter dem Vierjahresplanprogramm stand? Im Grunde wird diese Frage schon durch die politische Zielsetzung und die damit verbundenen Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus verneint, hinter denen langfristige Profitinteressen steckten. Hier soll jedoch noch ein anderer Aspekt beleuchtet werden, nämlich, ob sich mit diesem Programm, mit der Entwicklung neuer Produkte, nicht auch langfristige ökonomische Interessen verbunden haben, die ungeachtet dessen, ob

die politischen Ziele erreicht würden oder nicht, profitorientiert werden, vielleicht sogar weltmarktbeherrschende Positionen auf lange Frist einbringen konnten. Die Darlegungen Kehrls zur Entwicklung der Zellwollproduktion lassen einige weiterführende Schlüsse zu.

In diesem Zusammenhang ist es zunächst nicht uninteressant, ob Kehrl als "typischer Vertreter des staatsmonopolistischen Machtapparates" zu beurteilen ist.²⁵ Viefhaus bezweifelt das, weil Kehrl kein "Großindustrieller" oder "Monopolist" gewesen sei (S. 539). Hier zeigt sich am Detail seine enge mechanistische Auffassung des Begriffes. Staatsmonopolistischer Kapitalismus, letztendlich ein Produkt der enormen Entfaltung der Produktivkräfte, die wiederum die Konzentration des Kapitals, die Monopolisierung vorantreibt, erzeugt notwendigerweise - aufgrund der hochgradigen Arbeitsteilung (oder Vergesellschaftung) in der gesamten Produktion - "die Tendenz zur Regulierung aller Sphären der Gesellschaft mit Hilfe von außerökonomischem Zwang und Manipulation".²⁶ Die staatsmonopolistische Regulierung der Produktion bzw. der Reproduktionsbedingungen beschränkt sich deshalb nicht nur auf die monopolisierten Zweige der Industrie, sie erfaßt auch nichtmonopolisierte Zweige, wenn es im Interesse des herrschenden Monopolkapitals erforderlich ist (wobei "herrschend" auch vom volkswirtschaftlichen Gewicht her zu verstehen ist).²⁷ Am Ausgang der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 war es erforderlich, die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems wiederherzustellen, was nur mit umfangreicher staatlicher Regulierung möglich war, eben weil die Krisenauswirkungen den Spielraum monopolistischer Regulierung ganz erheblich eingeschränkt hatten. Dabei gehörte die Textilindustrie, ein Industriezweig mit relativ niedrigem Konzentrationsgrad, zu den am stärksten regulierten Zweigen.²⁸ Es war eine Regulierung, die in Anbetracht der deutschen Außenwirtschaftsbedingungen und der weltwirtschaftlichen Depression der dreißiger Jahre auf Deviseneinsparung im Interesse der Großindustrie, genauer der Rüstungsindustrie, abzielte. Mit einem Anteil von durchschnittlich 14,3 Prozent (1933 bis 1938) am Gesamtimport nahmen die Textilrohstoffe ständig den ersten Platz in der Importwertskala ein. Auf den Rohstoffimport allein bezogen, betrug ihr Anteil 1933 bis 1935 durchschnittlich sogar 45,5 Prozent, also fast die Hälfte des gesamten Devisenbedarfs für Auslandsrohstoffe. Zur Drosselung dieser Einfuhren begrenzten gesetzliche Bestimmungen schon 1934 die Arbeitszeit in der Textilindustrie allgemein auf 36 Wochenstunden und verboten Doppelschichten, Kapazitätserweiterungen, ja sogar die Inbetriebnahme stillgelegter Maschinen.²⁹ Dieser Zustand dauerte bis 1938 an; dann hatte insbesondere die ständig vergrößerte deutsche Zellwollproduktion einen Umfang erreicht, daß sie den Rohstoffbedarf der Textilindustrie deckte und diese wieder zu normaler Arbeitszeit übergehen konnte. Die deutsche Zellwollproduktion wuchs von 32 800 t (einschließlich

25 Viefhaus polemisiert gegen Bleyer, Wolfgang, Totaler Krieg und totale Monopolmacht. Der staatsmonopolistische Verschmelzungsprozeß zwischen Monopolorganen und faschistischem Staat im zweiten Weltkrieg, in: ZfG, Nr. 6/1966, S. 896 ff.

26 Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, a. a. O., S. 21.

27 Ebenda, S. 177 ff.

28 Im Jahre 1926 betrug das Aktienkapital der Textilindustrie 37 % des Gesamtkapitals dieses Zweiges. Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 11.

29 Siehe dazu ausführlich Zumpe, Lotte, a. a. O., Kap. 8, Abschn. 3.

Kunstseide) im Jahre 1933 auf 220 100 t im Jahre 1938. (Ohne Kunstseide waren es 154 500 t im Jahre 1938. 30) Diese Steigerung um nahezu das Siebenfache ging zu einem wesentlichen Teil auf Kehrls Tätigkeit als Verantwortlicher für die Textilfaserproduktion zurück. Als er Ende 1934 im "Büro Keppler" diese Funktion übernahm, 31 die er 1936 im Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe (Vierjahresplan) und ab 1938 im Reichswirtschaftsministerium, mit sehr viel umfangreicheren Vollmachten versehen, weiterhin innehatte, war er Textilfabrikant in Cottbus. Sein Unternehmen beschäftigte nach eigenen Angaben 1930 bis 1943 zwischen 250 und 400 Arbeitskräfte (S. 539). Das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte von 1935 verzeichnet Kehrl nicht. Er war kein Monopolist, kein Großindustrieller, als er sich 1934 der Zellwollproduktion (damals noch Stapelfaser genannt) zuwandte. Das hinderte ihn nicht - wie es sich zeigte -, staatsmonopolistische Regulierungsfunktionen zu übernehmen, die er, in welcher staatlichen Funktion immer, nie als Staatsbeamter, sondern als "ehrenamtlich" tätiger Unternehmer ausübte, gegen eine Aufwandsentschädigung sowie eine Steuerermäßigung für seinen Betrieb, die er mit Schwerin-Krosigk ausgehandelt hatte (S. 116 f.). Die Konstellation ist ohne Zweifel interessant für die Erforschung des Phänomens staatsmonopolistischer Kapitalismus. War es staatsmonopolistische Regulierung, die Kehrl ausübte? Für wen regulierte er? Nach seiner Darstellung übte er sie für die Textilindustrie aus, die aufgrund eben staatsmonopolistischer Maßnahmen unter Rohstoffmangel litt. Aber regulierte er deshalb tatsächlich nur für die Textilindustrie? Lagen seine Maßnahmen, mit denen er einem ganzen Industriezweig, der im Interesse der Rüstungsindustrie in seiner konjunkturellen Entwicklung eingeschränkt wurde, dennoch einen gewissen Anteil an der Konjunktur ermöglichte, nicht auch im Interesse des Monopolkapitals? Hätte der faktische Ausschluß einer zahlenmäßig großen Gruppe der Bourgeoisie, die der Textilindustriellen, aus der sich schnell entwickelnden Profitmacherei nicht sehr bald zu erheblicher Unzufriedenheit in den eigenen Reihen geführt? Waren deshalb die Maßnahmen zur besseren Rohstoffversorgung der Textilindustrie nicht auch Maßnahmen zur Erhaltung des inneren Gleichgewichts der Bourgeoisie, zur Stabilisierung des herrschenden Einflusses, den das Monopolkapital innerhalb der eigenen Klasse für die Sicherung seiner Interessen, seiner Ziele objektiv behalten muß? Die Frage, für wen Kehrl die Rohstoffversorgung der Textilindustrie regulierte bzw. ob dies staatsmonopolistische Regulierung war, ist aus seinem sozialökonomischen Status allein nicht zu beantworten, hier sind auch viele andere Zusammenhänge mit in die Betrachtung einzubeziehen. Aber es sind nicht nur allgemeine Zusammenhänge, es sind auch sehr konkrete Bezüge für die Beantwortung zu untersuchen.

Wollte man diese Frage von Kehrls Tätigkeit im Kriege her aufrollen, so brauchte man sie im Grunde gar nicht erst zu stellen. Er erwies sich sehr schnell als ein

30 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, S. 169; ebenda 1941/42, S. 202.

31 Als die deutsche Wirtschaft im Herbst 1934 in ganz erheblichen Devisenschwierigkeiten steckte, beauftragte Hitler Keppler, wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um ausländische Rohstoffe durch solche aus eigener Produktion ersetzen zu können. (Kehrl, Hans, S. 60.) Diese Dienststelle wurde bald "Büro Keppler" genannt. Sie war, der Stellung Keplers entsprechend, eine Parteidienststelle, hing aber hinsichtlich der Finanzierung ihrer Maßnahmen völlig von der Zustimmung des Reichswirtschaftsministers (Schacht) ab, der damit diese Tätigkeit weitestgehend steuern konnte.

erfolgreicher Organisator in der Realisierung monopolistischer Gesamtinteressen. Das bezeugen seine ausführlichen Darstellungen, in denen er sich unter anderem als eigentlichen Initiator oder zumindest Organisator bei der Verschmelzung von Unternehmerverbänden (insbesondere der Reichsgruppe Industrie und ihrer Gliederungen) mit staatlichen Lenkungsorganen der Wirtschaft schildert.³² Es handelt sich dabei um die immer stärkere Zentralisierung in der Lenkung der Rüstungsproduktion und schließlich der gesamten Kriegswirtschaft. Sie war verbunden mit einer zunehmenden Verlagerung staatlicher Vollmachten in die Hände führender Konzern- und Unternehmensvertreter und fand ihren Höhepunkt im sogenannten "Bandwurmerlaß", als dessen Autor sich Kehrl präsentiert (S. 312).³³ Bezeugt wird diese Tätigkeit aber auch durch eine Fülle von Dokumenten, die in Nürnberg von der Anklagebehörde vorgelegt wurden. Als sich die totale Niederlage immer unausweichlicher abzeichnete, wurde Kehrl, Verfechter eines totalen Krieges, zu einem Organisator für die Sicherung der Nachkriegsinteressen des deutschen Monopolkapitals.³⁴ Aber Kehrl war inzwischen auch selbst Monopolist geworden! Als Initiator, Gründer und Hauptmanager der 1941 errichteten Ost-Faser GmbH - "Europas größtem Textilkonzern", wie Kehrl noch heute hervorhebt (S. 227 ff.) -, deren Verwaltungsratsvorsitzender er war, nahm er zudem direkt an der Ausraubung der besetzten Gebiete der UdSSR teil.³⁵ Die "Ostfaser" okkupierte sämtliche Betriebe der Textil- und Papierindustrie in diesen Gebieten (S. 228). 1941 war Kehrl außerdem in den Aufsichtsräten (in einigen als Vorsitzender) von 19 Aktiengesellschaften, insbesondere der Rohstoffindustrie, vertreten.³⁶ 1936 verzeichnete ihn mit vier Aufsichtsratsposten erstmals das Adreß-

32 Kehrl schildert seinen Anteil an der Bildung der Reichsvereinigung Kohle (1941), der Reichsvereinigung Eisen (1942), der Reichsvereinigung chemische Fasern (1942) und der Reichsvereinigung Textilveredlung (1942) sowie die "Neuordnung und Vereinfachung der Bewirtschaftung" (1942), für die er verantwortlich zeichnete. Im Zuge dieser "Neuordnung" wurden die Reichsstellen (für die Überwachung der Rohstoffimporte, -erzeugung und -bewirtschaftung seitens des Staates) mit den entsprechenden Wirtschafts- und Fachgruppen der Reichsgruppen Industrie und Handel zu "Lenkungsbereichen" zusammengefaßt, deren Leitung in vielen Fällen von einschlägigen Konzern- oder Unternehmervertretern ausgeübt wurde. (Kehrl, Hans, S. 265 f.)

33 Mit dem "Bandwurmerlaß" (Erlaß über die Aufgabenverteilung der Kriegswirtschaft v. 29. 10. 1943), von Kehrl "Magna charta" genannt, wurden die einschlägigen Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppen Industrie und Handel, die Lenkungsbereiche der Rohstoffwirtschaft sowie die "Ausschüsse" und "Ringe" des Ministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion zu einem Organisationsmechanismus verschmolzen, der im wesentlichen nach dem Prinzip der "Selbstverantwortung der Wirtschaft" arbeitete und die Spitze des staatsmonopolistischen Zentralisierungsprozesses in der deutschen Kriegswirtschaft darstellte.

34 Vgl. Schumann, Wolfgang, Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944. Eine Dokumentation, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3, S. 261 ff.

35 Vgl. Czollek, Roswitha, Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1974, S. 137 ff.

36 Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1941/42, S. 466 f.

buch der Direktoren und Aufsichtsräte. Sein Gebiet, auf dem er sich zum Monopolisten entwickelte, war und blieb, unabhängig von allen sonstigen Funktionen, die chemische Textilfaser, die Zellwolle. Hier nun sind weitere Aspekte - oder konkrete Bezüge - hervorzuheben, deren Erörterung am Beispiel der Zellwollproduktion insbesondere in der Vorkriegszeit erfolgen soll.

Auf die enorme Entwicklung dieser Produktion in den Jahren 1933 bis 1938 wurde schon hingewiesen. Waren dabei nur kurz- oder auch langfristige Interessen im Spiel? Sind für die staatsmonopolistische Regulierung dieser Produktion nur allgemeine oder auch spezielle Bezüge erkennbar? Zwei Fragen, die nicht identisch, aber doch sehr eng miteinander verklammert sind. Die kurzfristigen Profitinteressen liegen auf der Hand. Eine Einschränkung der Textilfaserimporte lenkte das Interesse schon nach den Gesetzen der Kapitalverwertung notwendigerweise auf die stärkere Produktion einheimischer Rohstoffe. Deshalb gehörte zu Kehrls Aufgaben ab Ende 1934 auch die Erzeugungssteigerung von natürlichen Textilfasern (S. 64 f.). Die Steigerung der einheimischen Rohstoffproduktion, wie zum Beispiel die Produktion von Textilfasern, war aber auch ein Erfordernis der allgemeinen Vorbereitung der Wirtschaft auf einen neuen Krieg. Die von Kehrl (nicht in seinen "Erinnerungen", aber in seinen damaligen Aufsätzen und Reden) geforderte "Rohstofffreiheit" war eine staatsmonopolistische Forderung. Ihre Realisierung war weder den Monopolen noch dem Staat allein möglich, sie konnte nur das Ergebnis einer sehr vielschichtigen und ineinandergreifenden Arbeitsteilung zwischen beiden sein. Kehrl beschreibt dies für die Entwicklung der Zellwollproduktion, der Zellwollfaser und ihrer Verwendung für die Textilproduktion sehr eingehend. Er organisierte diese Arbeitsteilung als Textilunternehmer und bald schon vielfacher Aufsichtsratsvorsitzer usw. usw. einerseits und als staatlich Beauftragter für die Förderung der Textilfaserproduktion andererseits.

War nun die deutsche Entwicklung der Zellwollproduktion ein Spezialfall? Wie sah es mit der internationalen Entwicklung auf diesem Gebiet aus?

Die internationale Produktion von Zellwolle 1932 bis 1939⁺
(in t)

Jahr	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien	Japan	USA	Welt
1932	1 348	750	1 000	4 250	250	500	9 830
1933	3 978	1 000	1 250	4 990	437	950	12 800
1934	7 169	1 995	1 110	9 804	2 140	998	23 900
1935	17 199	2 268	4 230	30 700	6 180	2 086	64 880
1936	42 903	2 995	11 865	50 219	20 800	5 579	138 100
1937	99 434	5 125	14 845	72 549	83 785	9 182	287 300
1938	154 468	4 900	14 359	77 367	170 645	13 545	441 300
1939	191 507	7 030	27 215	88 568	140 389	24 040	486 700

+ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, S. 92⁺; ebenda 1941/42, S. 92⁺

Deutschland lag zusammen mit Japan lediglich an der Spitze einer Entwicklung, die sich überall in enormem Tempo vollzog. Selbst die besonders starke Steigerung von 1935 bis 1936, in der sich Kehrls Tätigkeit schon ausgewirkt haben dürfte, findet ihre Parallele in den anderen Ländern. Auch die USA, größter Baumwollproduzent der Welt, bildeten keine Ausnahme. (In der Kunstseidenproduktion, die ebenfalls überall, wenn auch nicht so explosiv wie die der Zellwolle, stetig

anstieg, nahmen die USA den ersten Platz vor Japan ein.³⁷ Generell erfolgte der Durchbruch der "festen Verteidigungslinie von Baumwolle und Wolle" durch die Zellwolle zwischen 1934 und 1936.³⁸ Nach dem chemisch erzeugten Faden (Kunstseide) eroberte sich nun auch die chemisch erzeugte Faser ihren festen Platz in der textilen Verarbeitung. Zwar lag die Entwicklung der chemischen Faser schon einige Jahre zurück; in den frühen dreißiger Jahren hatte die Sammlung von Erfahrungen sowie wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnissen für ihre Be- und Verarbeitung offenbar den Stand erreicht, der sie für die Mode, für die Textilindustrie, aber auch für die Investitions- und Rüstungsindustrie interessant machte. Das wiederum beschleunigte den Prozeß zur Weiterentwicklung der Verarbeitungsmöglichkeiten. Es war der Weg zur synthetisch erzeugten Faser, die nach dem zweiten Weltkrieg ihren "Durchbruch" erzielte.

Mit diesem Aspekt zeichnen sich insbesondere langfristige Profitinteressen ab, nämlich die internationale Entwicklung der chemischen und der synthetischen Textilfaser, sowie der damit verbundene Konkurrenzkampf um Weltmarktpositionen. Die deutschen Chemiekonzerne wie auch die deutsche exportorientierte Textilindustrie mußten alles Interesse haben, in diesem Wettlauf mitzuhaltten. Insgesamt ergibt sich somit, daß die nachdrückliche und gezielte Forcierung der quantitativen und qualitativen Entwicklung chemischer Textilfasern im faschistischen Deutschland sowohl kurz- wie auch langfristigen Profitinteressen entsprach, daß damit kriegsökonomische wie auch weitgesteckte Ziele im internationalen Konkurrenzkampf verfolgt werden konnten und auch verfolgt wurden.

Kehrl war ein Hauptmanager dieser Entwicklung, wofür er neben seinen persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten den Vorzug mitbrachte, selbst Textilfachmann zu sein. So konnte er die weitere Verbesserung der Verarbeitungseigenschaften der Faser, worauf es nun ankam, entsprechend steuern. Seine Erinnerungen sind in dieser Hinsicht recht aufschlußreich. Er hatte bereits 1933/34, in seiner Eigenschaft als Präsident der Industrie- und Handelskammer für den Textilbezirk Niederlausitz, Testversuche für die Verwendungseigenschaften der chemischen Faser anlaufen lassen. Wegen dieser Arbeiten, die er dort zentral weiterführen sollte, hatte ihn Keppler nach Berlin geholt (S. 61).

Neben der Steigerung der Zellwollproduktion, nicht zuletzt durch den Bau einer ganzen Reihe neuer Betriebe, wurde auch die Entwicklung der Fasereigenschaften vorangetrieben. Um die aufwendigen Kosten zu verteilen, wurden die Produktionsbetriebe in zwei Unternehmen zusammengefaßt, in den "Zellwolle- und Kunstseidenring" und in die "Phrix AG", deren Aufgabe in der gemeinsamen Forschung und Entwicklung bestand. "Die Vielzahl der Chemiker und Techniker, die an den Problemen arbeiteten, führten zu einer Entwicklungsexplosion", schreibt Kehrl (S. 94). 1938/39 befanden sich bereits 200 verschiedene Zellwolltypen auf dem Markt (S. 87).

Es erübrigt sich zu sagen, daß das ganze System der Rohstoffbewirtschaftung im faschistischen Deutschland diese Entwicklung zusätzlich begünstigte. Das gilt auch für die Preisgestaltung der neuen Produkte, die sowohl durch die hermeti-

37 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, S. 92⁺; ebenda 1941/42, S. 92⁺.

38 Vgl. de Vooy, /Präsident des holländischen Wirtschaftsrates/, Der Durchbruch neuer Spinnstoffe in der Textilindustrie, in: Der Vierjahresplan, 1. Jg. 1937, S. 143.

sche Abschließung des Binnenmarktes vom Weltmarkt (System des Neuen Plans) wie auch durch die staatlichen Kredit- und Preisgarantien, die Kehrl in seiner Funktion beschaffen konnte, trotz der sicher hohen Entwicklungskosten entsprechende Profite garantierte.

Die Entwicklung der Zellwolle war nur ein Baustein im großen Prozeß der Chemisierung der Produktion, der im 19. Jahrhundert seinen Ausgang nahm, sich in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts enorm verstärkte und nach dem zweiten Weltkrieg die industrielle Entwicklung, die technisch-wissenschaftliche Revolution mitbestimmte. Dieser Prozeß wurde im faschistischen Deutschland in hohem Maße für die Kriegsvorbereitung und Kriegführung genutzt und vorangetrieben.

Es ist hier nicht die Aufgabe zu untersuchen, wie sich die Programme des Vierjahresplans, die unbestritten von der IG Farben initiiert, bestimmt und gelenkt wurden, neben ihrer erklärten Zielsetzung, Deutschland kriegsbereit zu machen, in diese weitgespannte internationale Entwicklung der Chemisierung der Produktion einordnen. Diese Zusammenhänge müssen erst noch untersucht werden. Eines steht fest, die Entwicklungskosten chemischer Produkte sind hoch, ebenso die Kosten ihrer technologischen Erprobung, und Kriege und Kriegsvorbereitungen öffnen die Staatskassen sehr viel weiter, als dies in gewöhnlichen Zeiten der Fall sein kann. Das faschistische Regime zeigte sich in dieser Hinsicht besonders hemmungslos.

Deutschlands Chemiegigant, der IG-Farben-Konzern, wollte seine alte Weltstellung mit dem Mittel des Krieges zurückgewinnen. Er mußte für dieses Ziel aber auch mit allen Mitteln an dem Forschungs- und Entwicklungsprozeß teilnehmen, der in den Chemiezentren der Welt unter Hochdruck vorangetrieben wurde. In der Entwicklung neuer Produkte lag die eigentliche Sicherheit seiner künftigen Weltposition, seiner künftigen Monopolstellung auf dem Weltmarkt; mit neuen Produkten blieb der Konzern sogar weitgehend unabhängig davon, ob der Krieg schließlich gewonnen oder verloren wurde.

Noch bevor der Vierjahresplan verkündet wurde, hatte IG-Direktor Krauch, Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung im Rohstoff- und Devisenstab Görings, die einschlägige Industrieforschung und -entwicklung zwecks Koordination usw. zusammengefaßt - unter seiner Leitung, versteht sich. "Als Sonderaufgabe", so berichtete er im August 1936 an Göring, "hat sich die Abteilung 'Forschung und Entwicklung' eine besondere Zusammenfassung aller staatlichen Forschungs- und Untersuchungsinstitute sowie der entsprechenden Forschungsstellen privater Natur, wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, gestellt, um so einen steten Überblick über die führenden Wissenschaftler auf allen Gebieten zu erhalten und die vorhandenen Möglichkeiten für die Bearbeitung bestimmter Probleme in der normalen Zeit und im Mob.-Fall heranzuziehen und einzusetzen . . ."39 Mit Hilfe der Staatskasse, mit Hilfe des faschistischen Regimes, mit Kriegsvorbereitung und Krieg konnte die IG Farben ihre Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erheblich über die Möglichkeiten des Konzerns hinaus ausdehnen. In diesen Zusammenhängen wird die verbrecherische Konsequenz deutlich, die Abenteuer-

39 Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, Dok. 46, S. 139 - 142.

lichkeit, mit der das deutsche Monopolkapital den Krieg vorbereitete und die Völker schließlich in ihn hineinstieß.

Kehrl war ein Rädchen in diesem Prozeß. Sein Gebiet war die Entwicklung der Zellwollproduktion, die Steigerung der Gebrauchseigenschaften dieser Faser, die bis dahin von der IG Farben unter der Bezeichnung "Vistra" weiterentwickelt worden war.⁴⁰ Kehrl stellt heute die Dinge so dar, als ob er den Ausbau der Zellwollindustrie geradezu gegen den Willen der IG Farben vorangetrieben habe. Dagegen spricht die Tatsache, daß er dafür "zwei sehr bedeutende Fachleute" dieses Konzerns gewinnen konnte, von denen einer dort sogar "unter lebenslanglichem, bezahltem Konkurrenzverbot stand" (S. 89). Es ging wohl vielmehr um eine Risiko- und Kostenverteilung auf die Masse der Textilindustriellen, die allerdings durch Staatsgarantien erleichtert wurde. Auf diese Weise aber wurde die gesamte Textilindustrie zu einem riesigen Experimentierfeld für die praktische Erprobung und Verbesserung der Zellwollfaser und ihrer Eigenschaften. Das Herstellungsverfahren für Zellwolle lag bei der IG Farben und der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG. Kehrl war, obwohl zunächst nur kleiner oder mittlerer Textilfabrikant, ein staatsmonopolistischer Manager bei der Vorbereitung des Krieges und bei der Totalisierung des Krieges, er war ein Rädchen auch im Prozeß der staatsmonopolistischen Förderung der Chemisierung der Produktion, wie sie spezifisch unter dem Faschismus in Deutschland erfolgte.

Zwei Autobiographien waren vorzustellen, deren Verfasser aufgrund ihrer hohen Funktionen in Hitler-Deutschland viel zur Aufhellung der Ereignisse und Zusammenhänge, vor allem der Beziehungen zwischen Ökonomik und Politik, insbesondere derjenigen zwischen dem großen Industrie- und Bankkapital und dem faschistischen Staat, hätten beitragen können. Beide Autoren saßen an Schaltstellen, wo solche Beziehungen realisiert worden sind. Das Ergebnis ihrer "Erinnerungen" ist jedoch in jeder Hinsicht mehr als mager. Ihr Bestreben, sich zu rechtfertigen, sich selbst freizusprechen von der Mitverantwortung an den furchtbaren Ergebnissen des faschistischen Regimes, steht jeder historischen Wahrheitsfindung im Wege. Damit ist auch ihr Aussagewert für die Erforschung des deutschen Faschismus gering einzuschätzen.

⁴⁰ In einem Artikel aus dem Jahre 1937 z. B. hebt Kehrl dies sehr hervor. (Kehrl, Hans, Die Zellwolle - ein Baustein zur deutschen Rohstofffreiheit, in: Der Vierjahresplan, 1. Jg. 1937, S. 140.)

Großartige Pflege eines marxistischen Erbes

Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte
1922 - 1939, hg. v. Jörg Goldberg, 5 Bände

das europäische buch, Berlin (West) 1977

von Jürgen Kuczynski

Die Bände geben in photomechanischem Abdruck die regelmäßigen Konjunkturberichte Vargas in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen wieder. Diese Berichte waren in aller Welt bekannt, wurden zu der entsprechenden Information der Mitglieder und insbesondere der Funktionäre der kommunistischen und Arbeiterparteien zahlreicher Länder und gehörten auch zum Pflichtstudium in den bürgerlichen Konjunkturinstituten. Sie stellen die größte Leistung auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie des Kapitalismus nach dem Tode Lenins dar.

Doch bei aller stolzer Bewunderung für diese ganz große Leistung des Marxismus-Leninismus muß man auch folgendes beachten: Man kann nicht leugnen, daß die Konjunkturforschung, daß die Analyse des Krisenzyklus in der jüngeren Vergangenheit, das heißt seit 1945, nicht den Anforderungen entsprochen hat, die die Führungen der kommunistischen Parteien an die marxistisch-leninistischen Politökonomien des Kapitalismus stellen und stellen müssen. Darum darf diese Ausgabe der Konjunkturanalysen Vargas nicht nur stolze Erinnerungen wecken. Sie ist zugleich eine Mahnung an uns, ein Lehrbuch für die Politökonomie des Kapitalismus der Gegenwart.

Alle Marxisten-Leninisten, insbesondere aber die Politökonomien des Kapitalismus sind dem Herausgeber Jörg Goldberg und dem Verlag zu ganz großem Dank verpflichtet, daß sie dieses Werk - zum ersten Mal so zusammengefaßt - uns zugänglich gemacht haben.

Ich habe schon öfter Gelegenheit gehabt, ausführlicher auf die Bedeutung des Gesamtwerks von Varga einzugehen.¹ Im folgenden möchte ich mich daher nur mit dem ersten Band dieser Ausgabe beschäftigen, also mit der Einschätzung von Person und Werk Vargas durch drei Wissenschaftler, die dieses Werk eingeleitet haben - nicht also mit dem Werk selbst, das die folgenden vier Bände enthalten, soweit es sich um die laufenden Analysen Vargas handelt: Band 2 die Analysen für die Jahre 1922 bis 1924, Band 3 für die Jahre 1925 bis 1928, Band 4 für die

1 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Eugen Varga, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3, S. 93 - 114; derselbe, Ausgewählte Werke von E. S. Varga, Rez., in: IPW-Berichte, Nr. 10/1975, S. 62 - 65; derselbe, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 7, Berlin 1977, S. 13 - 53.

Jahre 1929 bis 1932, Band 5 für die Jahre 1933 bis 1939. Band 2 bis 4 sind Abdrucke aus der "Internationalen Presse=Korrespondenz", Band 5 aus der "Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung".

Der erste Band enthält drei Vorworte:

Georg Göncöl, Lebensweg und Lebenswerk von Eugen Varga
Jörg Goldberg, Methodische und theoretische Probleme in Vargas Vierteljahresberichten
Josef Schleiſstein, Zum historischen Hintergrund der "Sozialfaschismus"-These

Göncöl, ein Neffe Vargas, beschreibt kurz den Lebensweg Vargas und widmet den Hauptteil seiner Aufmerksamkeit dessen Büchern. Was die Darstellung des Lebensweges Vargas betrifft, so ist sie recht ungenügend, die Beziehungen zwischen Varga und Lenin, zwischen Varga und Stalin sind kaum berührt, die schlimmen Jahre nach 1946, in denen nicht, wie man nach Göncöls Ausführungen meinen könnte, irgendwelche Dogmatiker, sondern führende Funktionäre mit den übelsten Verleumdungen und Beschimpfungen gegen Varga auftraten, sein Institut zerstört und sein Schülerkreis auseinandergetrieben wurde, sind praktisch nicht behandelt. Gern hätte man auf Göncöls eigene politökonomische Äußerungen zugunsten einer ausführlichen Behandlung des Lebensweges Vargas verzichtet.

Wie eindrucksvoll - zu eindrucksvoll meiner Meinung nach - sind dagegen die Ausführungen Schleiſsteins "Zum historischen Hintergrund der 'Sozialfaschismus'-These". Diese These, die die Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten" charakterisierte, war wohl der entscheidende Fehler in der Politik der KPD in den Jahren der Krise. Schleiſstein schreibt: "Der Hauptfehler in der strategisch-taktischen Orientierung der KPD in den letzten Jahren vor der Aufrichtung der faschistischen Diktatur war, so Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz, die unrichtige Einschätzung der Lage und der Klassenkräfte sowie die fehlerhafte Bestimmung des Hauptstoßes im Klassenkampf. 'So notwendig es war', sagte er, 'daß wir den schärfsten Kampf führten gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft, gegen den Terror, den die Sozialdemokratie als Regierungsmacht gegen die revolutionären Arbeiter zur Unterdrückung ihrer Bewegung anwandte, also den Hauptstoß gegen diese Politik richteten, so hätten wir doch bei einer richtigen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat. Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie. . . Eine Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen". (S. 132)². Schleiſstein sucht diesen so ernststen Fehler in der Politik zu erklären durch das

2 Alle Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf den ersten Band des besprochenen Werkes.

Verhalten der Parteiführung der SPD, und er macht das so ausgezeichnet, daß ich, der ich diesen Fehler mit meiner Partei aus vollem Herzen, mit wütendem Zorn über die Haltung der SPD mitgemacht hatte, ihn wieder völlig verständlich fand. Und das darf nicht sein. Einen so fundamentalen strategischen Fehler, wie den Hauptgegner nicht zu erkennen, darf man niemals nachträglich durchaus erklärlich finden und verstehen - zumindest in unserer Zeit nicht. Dazu ist der Weltklassenkampf zu hart, und jeder solch fundamentale strategische Fehler kann unerhörte Opfer kosten. Mögen spätere Generationen nach dem Sturz des Kapitalismus Verständnis für uns aufbringen, wir dürfen es nicht und dürfen auch andere nicht dazu bewegen.

Was die Fakten betrifft, so hat Schleifstein wohl nur in einem Punkt Unrecht, nämlich im letzten Satz seiner Arbeit, wenn er schreibt: "Dieser Fehler wurde in der Praxis der KPD bereits seit der Proklamierung der 'Antifaschistischen Aktion' im Frühjahr 1932 überwunden und gehörte seit der Zeit der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1934 endgültig der Vergangenheit an" (S. 145). Nichts konnte uns damals ferner liegen, als diesen Fehler zu überwinden. Man lese etwa folgende Ausführungen von Walter Ulbricht in unserem theoretischen Organ "Die Internationale" vom September/Oktober 1932, Heft 9/10, S. 397: "Die Taktik unseres Zentralkomitees am 20. Juli, das Einheitsfrontangebot an die Gewerkschaftsmitglieder und sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter, die öffentliche Erklärung der Bereitschaft zur Durchführung des Generalstreiks gegenüber den Organisationen, diente der unmittelbaren Kampfmobilisierung, aber verhinderte in dieser Form die Erzeugung von Auffassungen, als ob die SPD- und ADGB-Führung etwa zum Kampf aufrufen werde. Besonders angesichts der 'linken' Manöver der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie dient jede Schwankung in der revolutionären Anwendung der Einheitsfrontpolitik der Verhinderung der Einheitsfront. Die trotzkistischen Konterrevolutionäre und brandleristischen Renegaten mit ihren Forderungen auf Spitzenkombination spekulieren auf rückständige Stimmungen und Illusionen, daß die SPD auch eine Arbeiterpartei sei und deshalb mit ihr zusammen der Klassenkampf des Proletariats geführt werden könne."

Das ist genau die Linie, die Dimitroff bei der Vorbereitung des VII. Weltkongresses so verdammt: Einheitsfrontangebote nicht um der Einheit willen, sondern um "den Gegner zu entlarven", zur, wie es Walter Ulbricht formulierte, Verhinderung "von Auffassungen, als ob die SPD- und ADGB-Führung etwa zum Kampf aufrufen werde".

Der Hauptteil dieses Bandes ist die Analyse Jörg Goldbergs der Vierteljahresberichte Vargas unter methodologischem und theoretischem Gesichtspunkt. Die erste gründliche Analyse dieser Art, die wir besitzen, eine meisterliche Pionierarbeit. Sie gliedert sich so (S. 35):

- I. Vorbemerkung
- II. Zur Arbeitsweise Vargas
 1. Die Funktion der Berichte
 2. Die Bedeutung der Statistik
- III. Der Charakter der Epoche
 1. Die "Niedergangsperiode" des Kapitalismus
 2. Die Periode der "relativen Stabilisierung"
 3. Die Erschütterung der "Stabilisierung" in der "großen Krise"
 4. Die "Depression besonderer Art"
 5. Rüstung und Krise

IV. Aspekte der Krisentheorie bei Varga

1. Das Verständnis der Marxschen Krisentheorie
2. Die Modifikation des Zyklus durch das Monopol
3. Die Rolle der Landwirtschaft im Zyklus

V. Der Stellenwert staatlicher Wirtschaftspolitik

1. Wirtschaftspolitik als Folge struktureller Veränderungen des Kapitalismus
2. Krisenregulierung und Klassenkampf
3. Zwei Beispiele antizyklischer Konjunkturpolitik
 - a) Der "New Deal" Roosevelts
 - b) Das Programm der französischen Volksfront

VI. Zur Aktualität der Vierteljahresberichte

Gleich im ersten Sachabschnitt zitiert Goldberg Varga: "Es gibt nur 'richtige' oder 'unrichtige' Analysen; eine richtige oder eine unrichtige Perspektive ... eine erfolgreiche revolutionäre Politik läßt sich nur auf Grundlage einer richtigen, den Tatsachen entsprechenden, Analyse und einer sich darauf gründenden Perspektive erreichen. (1. Vj. 1925, S. 1017)" (S. 38). Schlagen wir dort nach, dann finden wir das ganze Zitat, das so lautet: "Es gibt keine 'linke' oder 'rechte' Analyse; es gibt keine 'opportunistische' oder 'revolutionäre' Perspektive. Es gibt nur 'richtige' oder 'unrichtige' Analysen; eine richtige oder eine unrichtige Perspektive. Und mag sich jemand für einen noch so guten Revolutionär halten, weil er die Perspektive des Sieges des Proletariats ständig in kürzester Zeit vor sich sieht: eine erfolgreiche revolutionäre Politik läßt sich nur auf Grundlage einer richtigen, den Tatsachen entsprechenden Analyse und einer darauf sich gründenden Perspektive erreichen. 'Revolutionäre Ungeduld' ist keine Garantie, daß jemand wirklich ein linker Revolutionär im guten Sinne des Wortes ist, wie es die Rechtsentwicklung mancher Genossen, die am III. Kongreß mit allem Nachdruck für die 'Verkürzung der Perspektive' eintraten, beweist. Einer der damaligen Wortführer, Ernst Friesland, zeichnet heute unter seinem richtigen Namen E. Reuter als verantwortlicher Redakteur des 'Vorwärts'!"

Ich gebe das Zitat vollständig wieder, weil es einen mir wichtig scheinenden Punkt bringt, den Goldberg, der in der BRD gegen das Monopolkapital kämpft, nicht herauszuarbeiten brauchte, der aber zeigt, daß gar manche Äußerungen Vargas dieser Art auch ihre Bedeutung für die Analyse des Sozialismus haben. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es auch manche Überschätzungen des Grades der Entwicklung des Sozialismus gab und gibt, die zu einer Verkürzung der Perspektive führen.

Ebenso aktuell und allgemeingültig ist die von Goldberg zitierte Bemerkung Vargas: "Ich sehe eben die Aufgabe eines wirklichen Marxisten nicht darin, die Marxschen Grundlehren immer von neuem fehlerlos herzusagen, sondern diese Lehren, auf die - seit deren Niederschrift so stark modifizierte - gegenwärtige Wirklichkeit selbständig sinngemäß anzuwenden. Bei diesen Versuchen macht man oft Fehler ... Ich wurde eben deshalb manchmal ein 'Revisionist' genannt." (4. Vj. 1924, S. 278)" (S. 39).

Am Ende des Abschnitts über die Funktion der Berichte bemerkt Goldberg:

"Sein methodischer und theoretischer Ansatzpunkt, die Marxsche Theorie, wird daher explizit nur an einigen Stellen dargestellt und interpretiert. Vargas theoretische Positionen entfalten sich vor allem in ihrer konkreten Anwendung auf die aktuellen ökonomischen und politischen Ereignisse.

Wenn er es auch als seine Hauptaufgabe betrachtet, empirisches Material zu sammeln und zu ordnen, so schälen sich doch im Laufe der Zeit einige spezifische theoretische Positionen deutlich heraus.

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die oft unvermittelt formulierten theoretischen Verallgemeinerungen bestimmter Erscheinungen von Varga immer nur vorläufig gemeint sind. In vielen Fällen werden theoretische Positionen in späteren Berichten modifiziert, korrigiert oder ganz fallengelassen. So haben sie meist nur hypothetischen Charakter, es soll so die Beobachtung und Einordnung der Fakten erleichtert werden" (S. 39).

Ich glaube, Goldberg unterschätzt die Bedeutung des theoretischen Strebens von Varga. Natürlich sollten die Wirtschaftsberichte vor allem empirisches Material für die Analyse des Kapitalismus zur Zeit ihrer Veröffentlichung geben. Aber sie sollten und mußten auch das empirische Material in einen größeren Rahmen stellen, eben in einen theoretischen Rahmen. Ganz richtig stellt Goldberg fest, daß sich in den Berichten die theoretischen Positionen nur in ihrer konkreten Anwendung auf die aktuellen ökonomischen und politischen Ereignisse entfalten. Aber man darf nicht vergessen, daß Varga gleichzeitig Bücher schrieb, in denen seine Theorien breit und gründlich dargelegt werden.

Es ist darum auch nicht richtig, daß seine theoretischen Verallgemeinerungen in den Berichten "immer nur vorläufig gemeint sind". Theoretische Verallgemeinerungen sind keine Hypothesen, es sei denn, sie würden ausdrücklich als solche vorgetragen, und das hat Varga nicht getan. Und wenn er solche Verallgemeinerungen in späteren Berichten modifizierte, dann ist das das Schicksal der meisten gesellschaftswissenschaftlichen Verallgemeinerungen; wenn er sie aber ganz fallenließ, dann, weil sie falsch waren.

Auf eine andere Seite der theoretischen Verallgemeinerungen Vargas geht Goldberg etwas später ein (S. 63). Er stellt mit Recht fest, daß sie für eine bestimmte Phase Gültigkeit haben, aber nicht zum Beispiel für die gesamte Zeit der allgemeinen Krise, wie Varga (und mit ihm Stalin) öfter vermutete. Das ist aber ein "Fehler", den wir auch bei den Klassikern beobachten, und den sie, wenn sie noch den Wandel der Verhältnisse erlebten, sofort korrigierten. Man denke etwa an die ersten Verallgemeinerungen von Marx und Engels über die Wirtschaftszyklen, denen sie eine Dauer von zirka fünf Jahren zuschrieben, eine Verallgemeinerung, die sie nach den bitteren Erfahrungen seit 1853 aufgaben. Ein solcher "Fehler" ist unvermeidlich. Man braucht nur an so viele (für damals zutreffende) Verallgemeinerungen von uns über den wirtschaftlichen Verlauf der allgemeinen Krise vor dem zweiten Weltkrieg und ihren faktischen Verlauf im ersten Vierteljahrhundert nach dem Kriege zu denken. Oder auch an so manche Verallgemeinerungen über die zyklischen Krisen in diesem Vierteljahrhundert (1945 bis 1970) und ihren Verlauf dann in den siebziger Jahren.

Die Lehre, die wir ziehen müssen, ist, daß es grundlegende Verallgemeinerungen gibt, die wir den Klassikern verdanken, und Verallgemeinerungen, die nur für bestimmte Perioden oder Phasen ihre Bedeutung haben, und daß es gefährlich ist, sie zu verwechseln, das heißt, für bestimmte Perioden oder Phasen richtige Verallgemeinerungen auf eine längere Zeit oder gar etwa prinzipiell auf die ganze Dauer etwa der allgemeinen Krise des Kapitalismus ausdehnen zu wollen.

Ich kann daher nicht ganz mit Goldberg übereinstimmen, wenn er sagt: "Wenn auf der einen Seite herausgestellt werden muß, daß Vargas Analyse in der konkreten Situation der Weltwirtschaftskrise tauglich und - das zeigt der Verlauf -

allen anderen Versuchen von Prognosen überlegen war, so darf doch nicht übersehen werden, daß in einigen Fällen besondere Erscheinungen dieser Periode voreilig verallgemeinert worden sind. So betrachtet Varga z. B. die Einengung der äußeren Märkte durch die Tendenz zur internationalen Absperrung als notwendige Konsequenz der imperialistischen Gegensätze in der Periode der allgemeinen Krise. . .

Der theoretische Mangel blieb für die von Varga untersuchten Probleme ohne schwerwiegende negative Auswirkungen für die Richtigkeit seiner Prognosen, weil in der historischen Konstellation der Zwischenkriegszeit eine Beseitigung der Handelshemmnisse ohnehin nicht möglich war. Varga kann aus der Kenntnis dieser Verhältnisse das Scheitern aller Versuche prognostizieren, durch internationale Konferenzen und Abkommen die Einschränkung des Welthandels zu beenden.

Eine Übertragung von Vargas theoretischen Aussagen auf die gegenwärtige Situation - und es sind zweifellos bestimmte Parallelen zwischen der Weltwirtschaftskrise und der Krise 1973/76 feststellbar - würde aber zu schweren Fehleinschätzungen führen. Denn die veränderte internationale Konstellation - die Existenz des sozialistischen Lagers, die internationale Verflechtung der Produktionsbeziehungen im Rahmen der internationalen Konzerne seien genannt - verhindert weitgehend die Auflösung der internationalen Handelsbeziehungen im Ergebnis der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz und der Absatzprobleme. Das ist aber - entgegen Vargas Annahmen - durchaus ein Moment, das der krisenhaften Verengung der Märkte insgesamt entgegenwirkt.

Die oft erstaunliche Treffsicherheit, mit der Varga ökonomische und politische Prozesse beurteilt und Entwicklungstendenzen herausarbeitet, darf den Leser nicht vergessen machen, daß manche der von Varga entwickelten und angewendeten theoretischen Prämissen nur in der besonderen historischen Situation der Zwischenkriegsperiode Gültigkeit hatten, ihre unvermittelte Verallgemeinerung und Anwendung auf andere historische Perioden deshalb zu falschen Ergebnissen führen würde.

Vargas besondere Stärke liegt in der Erfassung von konkreten Situationen und den in diesen liegenden Perspektiven, nicht in der theoretischen Verallgemeinerung. Das gilt auch für seine Untersuchungen im Verlauf der Weltwirtschaftskrise" (S. 63 f.).

Nein, seine Stärke lag gerade in theoretischen Verallgemeinerungen, denn sonst hätten seine empirischen Untersuchungen nicht ein Zehntel ihres faktischen Wertes gehabt, und "die erstaunliche Treffsicherheit" Vargas in der Beurteilung der Entwicklung ökonomischer und politischer Tendenzen hätte nichts mehr mit Wissenschaft zu tun gehabt, sich nicht von dem "Riecher" eines intelligenten Börsianers unterschieden.

Auch ist es nicht richtig, daß man sich vor der "Übertragung von Vargas theoretischen Aussagen auf die gegenwärtige Situation" hüten muß. Wovor wir uns hüten müssen, sind mechanische Übertragungen, Intelligente Übertragungen aber sind durchaus möglich, wenn gewisse Hauptumstände ähnlich sind.

Richtig ist Goldbergs Bemerkung: "Vor allem über den Zeitpunkt von erwarteten Ereignissen irrte sich Varga mehrfach - er neigte dazu, das Entwicklungstempo festgestellter Prozesse zu überschätzen" (S. 43 f.). Das ist ein Fehler, den er mit den Klassikern und den besten Politökonomien des Kapitalismus in der Gegenwart teilt.

Von großer Bedeutung für alle die, die uns Politökonomien des Kapitalismus so oft im letzten Halbjahrhundert gefragt haben: "Wann bricht denn nun die nächste (zyklische) Krise aus?", sind die folgenden Ausführungen Goldbergs:

"Vargas eigentliche Überlegenheit in der Prognose und Beurteilung aktueller wirtschaftlicher Situationen liegt so nicht etwa in der Fähigkeit, unmittelbar bevorstehende Entwicklungen mit Sicherheit voraussagen zu können. Das dürfte selbst auf Basis der marxistischen Krisentheorie immer mit erheblichen Risiken verbunden sein.

Der kapitalistische Reproduktionsprozeß wird in seinem Verlauf durch Gesetzmäßigkeiten bestimmt, die zu zyklischen Bewegungen der Akkumulation des Kapitals führen. Die Widersprüche, die zu einer vorübergehenden Lösung in der Krise drängen, nehmen jedoch verschiedene Formen an. Ihr Ausbruch wird von unterschiedlichen unmittelbaren Anlässen zeitlich bestimmt.

'Wann die Überproduktion zur akuten Krise übergeht, hängt von zufälligen Umständen ab; oft löst ein relativ geringfügiger Vorfall, Bankrott einer Bank, eine außenpolitische Schwierigkeit, Preisfall einer einzelnen Ware, die Krise aus, verwandelt die potentiell bereits längere Zeit vorhandene Krise in eine akute.' (3. Vj. 1927, S. 2398)

Das Schwergewicht einer Prognose kann nun nicht darauf gelegt werden, diesen die konkrete Krise auslösenden Faktor vorauszusehen. Es gilt vielmehr, die Zuspitzung der Widersprüche und die spezifischen Spannungen zu sehen, die zu einer Krise treiben, die durch sie gelöst werden müssen. In seinen Untersuchungen vor Ausbruch der akuten Krise stellt Varga die Anzeichen für die Zuspitzung der Konflikte fest. Sie zeigen, wie die Momente, die die Grundlage der Phase der 'relativen Stabilisierung' gewesen sind, zunehmend fortfallen, während die inneren Gesetzmäßigkeiten des Reproduktionsprozesses, beschrieben als Überproduktion vor allem von Bestandteilen des fixen Kapitals, zu einer zyklischen Krise treiben" (S. 58).

Genau so ist es. Wir können feststellen, daß eine Krise fällig wird, wann sie aber ausgelöst wird, ob nächste Woche, im nächsten Monat oder gar erst in einem halben Jahr, das können wir nicht voraussehen, insbesondere weil so oft außerökonomische Ereignisse, etwa ein lokaler Krieg mit größerem Waffenverbrauch, die Situation erheblich verändern,

Nicht ganz richtig sieht Goldberg den Mangel in den Mehrwertberechnungen Vargas. Er schreibt: "Ein Versuch Vargas im 1. Vierteljahr 1927, die Mehrwert- und Profitrate der amerikanischen Industrie zu berechnen, überzeugt ihn wohl selbst nicht ganz. Als Hauptmangel wird von ihm das Fehlen des kommerziellen Profits angesehen. Aber auch die Gleichsetzung des fixen Kapitals mit einer geschätzten Abschreibungssumme ist problematisch. Im Ergebnis schwankt die errechnete Mehrwertrate zwischen 134 und 106 Prozent mit einer von 1899 bis 1923 leicht sinkenden Tendenz. Die Profitrate liegt zwischen 22 und 28 Prozent" (S. 79). Der Mangel liegt nicht darin, daß er den kommerziellen Profit nicht berücksichtigt, sondern daß er den (im Gegensatz zur Zeit von Marx) größten Teil des Mehrwerts nicht erfaßt, der nämlich an den tertiären Sektor einschließlich des Handels geht. Als ich nach dem zweiten Weltkrieg eine Methode fand, die den gesamten Mehrwert erfaßt, also nicht nur den beim Industriekapitalisten verbleibenden, war Varga ebenso einverstanden wie zufrieden, daß wir wenigstens einen von sicher mehreren Wegen zur Berechnung der gesamten Mehrwertrate gefunden haben.

Abschließend stellt Goldberg über die aktuelle Bedeutung der Vargaschen Vierteljahresberichte fest:

"1. Varga hat dort über 17 Jahre hinweg Erfahrungen in der praktischen Konjunkturbeobachtung und -prognose mit dem Instrumentarium der marxistischen Theorie niedergelegt. Bis heute dürfte noch keine in Umfang, Kontinuität und Regelmäßigkeit vergleichbare Arbeit marxistischer Ökonomen vorliegen. . .

Gerade in der gegenwärtigen Situation wieder zunehmender Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft ist die Beschäftigung mit den Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung auch für die Diskussion der politischen Strategien der Arbeiterbewegung unerlässlich.

Das gilt um so mehr, als in der bürgerlichen Ökonomie die Konjunkturbeobachtung und -prognose einen technisch hohen Stand erreicht hat und ihre theoretische Unzulänglichkeit hinter entwickelten Prognosemodellen verstecken kann. Konjunkturprognosen sind heute zu einer wichtigen ideologischen Waffe in den Klassenauseinandersetzungen geworden. Statistische Daten und Ergebnisse empirischer Untersuchungen spielen eine unmittelbar politische Rolle.

Eine eigenständige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der bürgerlichen Konjunkturforschung und -prognose vom Standpunkt der Arbeiterklasse und die Erarbeitung selbständiger, empirisch begründeter Positionen - wie es Varga in den Vierteljahresberichten für seine Zeit leistete - ist heute von einer unmittelbar praktisch-politischen Bedeutung.

Die (erneute - J. K.) Veröffentlichung der Vierteljahresberichte versteht sich so als ein Beitrag für die Belebung und Bereicherung der aktuellen Diskussion über die Theorie der zyklischen Krise und als ein Hinweis, daß diese Diskussion nur vor dem Hintergrund verstärkter empirischer Arbeiten fruchtbar sein kann.

2. Varga beobachtet und analysiert eine Periode in der Entwicklung des Kapitalismus, in der sich die Merkmale entwickelten bzw. voll herausbildeten, die heute als charakteristische Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus diskutiert werden.

So sind die Arbeiten Vargas für die historische Herausbildung der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' von großer Bedeutung. Es finden sich in den Vierteljahresberichten viele Probleme angesprochen, die in der gegenwärtigen Diskussion eine große Rolle spielen.

Die Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Rolle der Monopole im Krisenzyklus, die Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik und die Haltung der Arbeiterklasse zu ihr - alle diese Fragen werden von Varga auf der Grundlage eines reichen Faktenmaterials behandelt. Will man wichtige Veränderungen in der Struktur des Kapitalismus nicht nur 'rein theoretisch' auf der Ableitungsebene diskutieren, dann muß der historische Prozeß der Entstehung dieser Strukturveränderungen auch empirisch verfolgt werden. Dafür liefert Varga in den Vierteljahresberichten wichtige Ansätze.

Eine Vielzahl von auch heute noch bestimmenden Momenten des gegenwärtigen Kapitalismus wurden von Varga in Verarbeitung der empirischen Erscheinungen beschrieben und ansatzweise theoretisch eingeordnet.

Aber auch eine ganze Reihe wichtiger theoretischer Fragen, die heute wieder im Zusammenhang mit der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' diskutiert werden, spricht Varga in den Berichten an. Dazu gehört die Bedeutung

von Entwicklungsetappen des Kapitalismus für die Modifikation der bestimmenden Gesetzmäßigkeiten, dazu gehört der Zusammenhang zwischen den Erscheinungen der 'allgemeinen Krise' und dem zyklischen Ablauf des Akkumulationsprozesses.

Vargas Arbeiten gehören so empirisch und theoretisch in die Entstehungsgeschichte der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus'. Die Kategorie der 'allgemeinen Krise', die heute wieder intensiv diskutiert wird, geht auf ihn zurück. Vor allem in den Vierteljahresberichten läßt sich die Herausbildung dieser theoretischen Positionen im Ansatz verfolgen, ohne daß Varga zu einer zusammenfassenden Theorie kommt.

Eine Aufnahme von Vargas Ergebnissen in die aktuelle Diskussion ist daher notwendig. Denn die kritische Reflexion der eigenen Entstehungsgeschichte ist für jede theoretische Position ein Beitrag zur Überprüfung und Weiterentwicklung ihrer Aussagen.

In diesem Sinne sollen die Vierteljahresberichte nicht nur als ein sowohl für die Geschichte der Arbeiterbewegung als auch für die Geschichte der Politischen Ökonomie interessantes historisches Dokument verstanden werden. Ihre Wiederveröffentlichung soll darüber hinaus auch ein Beitrag zur Lösung aktuell stehender Probleme der marxistischen Ökonomie sein" (S. 104 ff.).

Wenn ich einige kritische Bemerkungen zu Kommentaren von Goldberg gemacht habe, dann darf man sie keineswegs als Kritik an der Gesamtheit seiner Ausführungen auffassen. Sicher hätte Varga Goldbergs Einführung mit größtem Vergnügen, mit wirklicher Genugtuung darüber, wie er von ihm verstanden worden ist, gelesen.

Und auch ich möchte Goldberg danken für seine tieferschürfenden Bemerkungen zu dem großen Werk Vargas, 'das diese Vierteljahresberichte darstellen, dem großen Werk, das so dringend einer würdigen Fortsetzung bedarf im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse aller fortschrittlichen Menschen, die die Welt des Kapitals studieren und entsprechend handeln wollen.

Bürgerliche Elemente im Denken deutscher Ökonomen
des 17. und 18. Jahrhunderts

Voraussetzungen, Grenzen, Resultate

Bemerkungen zu einigen Thesen¹ des Buches

Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland.
Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Akademie-Verlag, Berlin 1977, XXII u. 526 Seiten, Preis: 34,- M

von Peter Thal

Der Entwicklungsweg der politischen Ökonomie wird, soweit er sich auf die Hauptstraße der Geschichte dieser Wissenschaft bezieht, in unserer Literatur auf sehr solide Weise analysiert. Für Beginn, Höhepunkte und Verfall der klassischen politischen Ökonomie in Großbritannien und Frankreich verfügen wir mit den "Theorien über den Mehrwert" sogar über ein klassisches Werk des Marxismus-Leninismus. Aber jene peripheren Prozesse der Theorieentwicklung, die für andere Regionen durchaus von gravierender Bedeutung gewesen sein können, sind vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus bisher noch nicht mit gleicher Gründlichkeit untersucht worden. In der DDR gab es gegenüber anderen sozialistischen Ländern in dieser Hinsicht sogar einen Rückstand, denn über die nationale Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen liegen unseres Wissens zumindest für Rußland, Polen, Ungarn und Jugoslawien bereits seit längerem größere Arbeiten vor.

Das Schließen dieser Lücke mit dem Buch "Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland" in Angriff genommen zu haben, ist das Verdienst eines Forschungskollektivs des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, dem neben Hermann Lehmann als Leiter Werner Krause, Günther Rudolph und Erich Sommerfeld angehörten. Die Autoren versuchen, die widerspruchsvolle Entwicklung der in Deutschland verbreiteten und/oder ausgearbeiteten ökonomischen Auffassungen vor dem Hintergrund und als Teil der internationalen Wissenschaftsgeschichte der politischen Ökonomie nachzuzeichnen. Dabei betreten sie, sowohl was den Umfang der analysierten Zeitspanne anbetrifft als auch in bezug auf die Komplexität ihrer Vorgehensweise, wissenschaftliches Neuland. Tatsächlich "gab es bislang noch keine mar-

1 Der hier verwendete Terminus "Bemerkungen zu ..." ist keine untertreibende Umschreibung für den Begriff "Rezension". Anstelle einer umfassenden, ausgewogenen Würdigung des Buches geht es mir vielmehr darum, in den Punkten meine Einwände vorzutragen, wo ich eine von den Autoren abweichende Auffassung vertrete.

xistischen Unternehmungen", die versucht hätten, ein ähnliches Anliegen zu verfolgen, nämlich "eine historische Gesamtbetrachtung ökonomisch-theoretischer Grundlinien für Deutschland bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu bieten" (S. XXII)². Dem Leser über weite Strecken des Buches diese "Gesamtbetrachtung" zu vermitteln macht einen beträchtlichen Teil seines wissenschaftlichen Wertes aus.

Andererseits erlegen sich die Autoren eine Selbstbeschränkung auf, die einer Einengung dessen gleichkommt, was man gemeinhin unter dem Titel "Grundlinien" verstehen dürfte. So heißt es im Vorwort: "Dieses Bestreben (der vorbürgerlichen und vormarx'schen bürgerlichen Ökonomie - P. T.), die Gesetze der Warenwirtschaft zu finden, steht im Mittelpunkt der folgenden theoriegeschichtlichen Darstellung" (S. XV). Dies bedeutet, daß für die naturalwirtschaftlich geprägten vorkapitalistischen Produktionsweisen faktisch nicht die Grundlinien, sondern eigentlich Nebenlinien des ökonomischen Denkens zum Gegenstand der Analyse gemacht werden.

Während der Herausbildung und Blütezeit des Feudalismus beispielsweise bleibt das "warenwirtschaftliche Denken" bestenfalls eine Randerscheinung in den damaligen zeitgenössischen ökonomischen Vorstellungen, wie die Autoren natürlich wissen (vgl. S. XIV, 26 f.). Indem sie im ersten und zweiten Kapitel trotzdem an dieser einengenden Sichtweise festhalten, entsteht der Anschein, als ob das herrschende Produktionsverhältnis Feudalherr - Leibeigener innerhalb der während des Feudalismus entstandenen ökonomischen Ansichten überhaupt nicht reflektiert worden wäre.

Statt dessen wird der Beitrag einer Vielzahl von Denkern zur Formung des jeweiligen ökonomischen Selbstverständnisses daran gemessen, was sie zur Klärung der Gesetze der Warenproduktion und des -austausches geleistet haben. Es wird ausführlich referiert, wie sich allmählich Fortschritte im Verständnis des Tauschwertes einstellen. Hier dürfte es dem Leser schwerfallen, den recht deduktiven, aber wenig belegten Interpretationen zu folgen, worin sich der theoretische Fortschritt eigentlich gezeigt haben soll.

Aber auch abgesehen hiervon, allein die quantitativen Relationen des Textes müssen den Eindruck hervorrufen, als ob in der Tauschwertanalyse schon zu vorkapitalistischen Zeiten das Problem des ökonomischen Denkens bestanden hätte. Diesem verwirrenden Schein hätte durch eine Darlegung und Erörterung der wirklichen Grundlinien feudaler ökonomischer Vorstellungen besser begegnet werden können als mit verbalen Themenabgrenzungen (S. 27, 40).

Wenn die Autoren ihre einseitige Orientierung auf das "warenwirtschaftliche Denken" damit begründen, sie wollten nur jene "relevanten Grundlinien" untersuchen, "die zur Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie führen" (S. XIV), so leuchtet dies kaum ein. Die geringe zeitbezogene und wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung der Ansichten mittelalterlicher Autoren über Ware, Wert, Preis kann durch einen derartigen Verweis nicht aufgehoben werden. Marx' Auffassungen sind vielmehr - wie später auch völlig richtig dargestellt wird - in erster Linie als kritische Konsequenz der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie zu erfassen, und zwar insbesondere als Kritik der klassischen bürgerlichen Wert- und Mehrwerttheorie. Wenn von Grundlinien der Wissenschaftsgeschichte der

² Alle in Klammern gesetzten Seitenangaben innerhalb des Textes beziehen sich auf das genannte Buch.

politischen Ökonomie, die zu Marx und Engels führen, gesprochen wird, dann ist vor allem jener historische Erkenntnisprozess zu verfolgen, in dessen Verlauf "das Geheimnis der Plusmacherei" entschleiert wird und weniger das "waren-wirtschaftliche Denken" schlechthin.

Wie schon einleitend betont, halten sich die Autoren glücklicherweise nicht konsequent an die hier kritisierte Themeneinengung.³ Sie bieten vielmehr in der Mehrzahl der erörterten wissenschaftsgeschichtlichen Prozesse eine Interpretation, die - beruhend auf dem Fundament der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie - den methodologischen Erfordernissen des dialektischen und historischen Materialismus entspricht. Die internationale und deutsche Theoriegeschichte wird nicht nur beschrieben, sondern in ihrer sozialökonomischen, klassenmäßigen Bedingtheit und ihren ideologischen Wirkungen, aber auch theoretischen Wechselbeziehungen oder "Eigenbewegungen" analysiert.

Es soll hier ausdrücklich lobend hervorgehoben werden, daß das Autorenkollektiv viele bisher in der marxistisch-leninistischen Literatur nicht behandelte oder überhaupt der Vergessenheit anheimgefallene Prozesse des ökonomischen Denkens in Deutschland auf anregende Weise erörtert und Bekanntes oft unter einem neuartigen theoriehistorischen Blickwinkel beleuchtet. Nicht alle auf offene Fragen angebotenen Lösungen werden auf Zustimmung stoßen. Das dürfte bei einer Publikation derartigen Zuschnitts nicht nur nicht vermeidbar, sondern in gewissem Grade sogar erwünscht sein.

Schwerer wiegt jedoch, daß nicht immer erfolgreich der Gefahr begegnet wurde, bisherige Einschätzungen beiseite zu schieben, ohne sie mit einer entsprechenden Argumentation zu entkräften. Während die Arbeit mit den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus in aller Regel von Gründlichkeit zeugt, läßt sich gleiches von der Auswertung der anderen marxistischen Literatur nicht sagen. Hier entsteht der Eindruck einer gewissen Willkür oder des Zufalls.

Im Vorwort wird unter anderem festgestellt: "Die Verfasser fußen weiterhin auf den Erkenntnissen der marxistischen Theoriehistoriker der politischen Ökonomie, deren Schriften, soweit sie benutzt wurden, im Text angegeben sind" (S. XXII). Im Grad dessen, inwieweit vorliegende ältere und neuere Literatur "benutzt" wurde, liegt nach meinem Dafürhalten ein gravierendes Problem.

Vieles wird einfach übergangen, als ob es nicht existierte: Bei der Behandlung frühchristlicher ökonomischer Vorstellungen sowie der an der Schwelle zur Neuzeit entstandenen Sozialutopien fehlt jeder Verweis auf gleichfalls diesen Themen gewidmete Schriften Kautskys. Im Abschnitt über Luther wird Fabiunkes verdienstvolle Studie "Martin Luther als Nationalökonom" nicht einmal erwähnt, geschweige denn ausgewertet.⁴ Behrens' Arbeiten über die Geschichte der politischen Ökonomie spielen nur eine untergeordnete Rolle. Die einleitenden theoriehistorischen Analysen zur Neuedition von Werken bürgerlicher Klassiker in der Reihe "Ökonomische Studentexte" des Akademie-Verlages bleiben völlig unbe-

3 Sonst wäre auch völlig unverständlich, warum in das zweite, sechste und neunte Kapitel sozialutopische (ökonomische) Vorstellungen, die die Sehnsüchte der Ausgebeuteten in der feudalen bzw. kapitalistischen Klassengesellschaft reflektiert haben, in das Buch aufgenommen worden sind.

4 Ferner erscheint Fabiunkes Neuausgabe von Luthers wichtigster ökonomischer Schrift "An die Pfarrherrn, wider den Wucher zu predigen" lediglich in einer Fußnote mit der völlig falschen Bezeichnung "Wiederabdruck" (S. 85).

rücksichtigt. Franz Mehring, für die Einschätzung von Politik, Wirtschaft und Ideologie in der preußisch-deutschen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts geradezu unentbehrlich, wird ganze dreimal als Quelle herangezogen. Aber auch die wirtschaftshistorische Literatur erfährt keine bessere Behandlung; den Namen Mottek sucht man vergebens im Personenregister.

Auf die mangelnde Berücksichtigung anderer Auffassungen bei der Beurteilung des deutschen Kameralismus und der Smith-Rezeption wird später eingegangen. An dieser Stelle ist eine allgemeine kritische Bemerkung nicht zu vermeiden. Wer neue Akzente setzt, sollte sich nicht der Pflicht entziehen, früher geäußerte Auffassungen ernst zu nehmen. Mehr kritische Beachtung der Überlegungen anderer Autoren - wohlgemerkt nicht unkritisches Übernehmen vorgeprägter Ansichten - hätte dem Buch gut zu Gesicht gestanden.

Diese meines Erachtens notwendigen Einwände sollen keineswegs die Tatsache verdecken, daß die "Grundlinien" alles in allem eine anregende Lektüre bieten. Dem Bemühen, eine außerordentliche Fülle von allgemeinen theoriehistorischen Problemen der politischen Ökonomie als Wissenschaft wie auch der spezifischen deutschen Entwicklung zu verarbeiten und darzustellen, wird Beachtung und Anerkennung nicht versagt bleiben. Dies dürfte sich nicht zuletzt am Ausmaß des von den Autoren erhofften und induzierten wissenschaftlichen Meinungsstreits erweisen. Im folgenden soll hierzu in zwei Fragen der Anfang gemacht werden.

Gab es im 17. Jahrhundert eine politische Ökonomie der deutschen Manufakturbourgeoisie?

Die Antwort erfordert einen Blick auf die internationale Theorieentwicklung jener Zeit. Bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts lassen sich für Europa alles in allem nur geringfügig nach Ländern differenzierte Anfänge des Monetarismus konstatieren, wozu auch von Deutschen ein nicht unwichtiger Beitrag geleistet wurde ("Sächsische Münzschriften"). Grundlage der Lehren dieser "ersten Dolmetscher der modernen Welt", die gerade ihre "Kindheitsperiode" auf der "Vorstufe der bürgerlichen Produktion" antrat,⁵ waren überall die Krise des Feudalsystems, die Zunahme der Ware-Geld-Beziehungen (noch im Rahmen feudaler Produktionsverhältnisse bzw. der einfachen Warenproduktion) und die sich zunächst vor allem über Wucher, Piraterie, "Raubhandel" und ähnliches durchsetzende ursprüngliche Akkumulation des Kapitals.⁶

Nach der Niederlage der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland kommt es hier zur feudalen Restauration und damit auch zu einer Veränderung in den Bedingungen für die Entwicklung und Verbreitung wirtschaftlicher Ansichten. Während die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts in England und Frankreich bedeutende Monetaristen hervorbringt (Hales, Bodin), fällt es schwer, für diese Zeit überhaupt Denker deutscher Zunge zu nennen, die sich mit ökonomischen Fragen befaßt haben.

Aus dem Monetarismus wächst mit dem 17. Jahrhundert in England infolge des Erstarkens der kapitalistischen Elemente vor allem im Handel der Merkantilismus hervor. Sein theoretisches Verdienst ist es, erstmals die Frage nach dem

⁵ Vgl. Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 133 f.

⁶ In den "Grundlinien" wird das Entstehen kapitalistischer Manufakturen als ökonomische Basis des Monetarsystems stark betont, wenngleich inhaltlich kaum nachgewiesen - was für das 16. Jh. auch schwerfallen würde (vgl. Kapitel 3)

Ursprung des Mehrwertes aufgeworfen zu haben, und vor allem dies - weniger die der Zirkulationssphäre verhaftet bleibende Antwort - macht den von Mun, Child und Davenant in der Geschichte der politischen Ökonomie bewirkten Fortschritt aus. Sie partiell vom kommerziellen Vorurteil der Merkantilisten lösend, gelangt dann Petty um die Mitte des 17. Jahrhunderts - gestützt auf die kapitalistisch betriebene agrarische und manufaktuelle Produktion - zu einer grundsätzlich richtigen Wert- und Mehrwerttheorie; womit er den Beginn der klassischen englischen bürgerlichen politischen Ökonomie markiert.

Was passiert in dieser Zeit theoriegeschichtlich in Deutschland? Hier herrscht die kameralistische Doktrin, die voll auf den partikularistischen Zwergabsolutismus eingestellt ist, von diesem politisch wie sozialökonomisch abhängig und ihn "theoretisch" untermauert. Die Ausarbeitung "klüglicher Maßregeln" für das Florieren der Wirtschaft mit dem Hauptziel, die "fürstliche Kammer" des jeweiligen Landesherrn zu füllen, darin bestand im Prinzip der Gegenstand der in Deutschland betriebenen "politischen Ökonomie". So war der Kameralismus nicht nur daran "gehindert, das Wirken des Wertgesetzes tiefer zu erforschen" (S. 163), sondern vor allem lag die Frage nach dem Mehrwert jenseits des Blickfeldes seiner Vertreter. Hierin dürfte ein wichtiges Kriterium für die theoretische Beurteilung der in Deutschland wirkenden Ökonomen des 17. und auch noch des 18. Jahrhunderts sowie ihre Zuordnung zum Kameralismus zu suchen sein.

Mit seinem oft aufgelegten Werk "Teutscher Fuersten-Stat" (1655) war Veit Ludwig von Seckendorf, der vorrangig im Dienste sächsischer Fürstenhäuser gestanden hatte, der wichtigste Repräsentant des Kameralismus um die Mitte des 17. Jahrhunderts. Im allgemeinen werden Johann Joachim Becher ("Politischer Discurs", 1668), Philipp Wilhelm von Hoernigk ("Oesterreich über alles", 1684) und Wilhelm von Schroeder ("Fuerstliche Schatz- und Rent-Cammer", 1686) gleichfalls als Kameralisten bezeichnet.⁷ Alle drei waren die größte Zeit ihres Wirkens vom Wiener Hof abhängig und gelten daher auch als "österreichische Richtung", der die führende Rolle innerhalb des damaligen deutschen Kameralismus zugeschrieben wird.⁸

Anders entscheiden sich die Verfasser der "Grundlinien". Für sie sind diese drei "bürgerliche Gegner des Kameralismus" und "Sprecher der Manufakturbourgeoisie" (S. 172). Becher gilt ihnen als "der erste bedeutendere deutsche Theoretiker der Manufakturbourgeoisie" (S. 173); Schroeders wirtschaftspolitische Vorstellungen werden als "vor allem dem manufakturkapitalistischen Aufschwung" dienend interpretiert (S. 178); und auch Hoernigk erscheint als Propagandist der wirtschaftspolitischen Forderungen der Manufakturbourgeoisie (S. 181).

Die Belege, die für die Stützung dieser Thesen aus den Schriften Bechers, Hoernigks und Schroeders beigebracht werden (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 1 - 3), deken die weitreichende Neubestimmung ihrer Position nicht ab. Die wichtigsten der von ihnen angeführten programmatischen Ansichten sind folgende: Reglementierung der Produktion, der Preise und Löhne; Förderung des Bauernstandes zur

⁷ Vgl. zur Einschätzung dieser Autoren in der marxistischen Literatur vor allem Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 10: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960, S. 14 f.; Behrens, Fritz, Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1962, S. 120; Ökonomisches Lexikon, 2. Aufl. Berlin 1970, Stichwörter: Becher, Hornigk, Kameralismus.

⁸ Vgl. Mombert, Paul, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1927, S. 161 f.

Sicherung der Volksnahrung; Arbeitsbeschaffung in Werkhäusern; Bekämpfung ruinöser Steuern und Abgaben; Befürwortung einer formal dem Merkantilismus ähnelnden Außenhandelspolitik; Begünstigung der einheimischen Manufakturproduktion (bis hin zur Verwendung von Sklavenarbeit); Ablehnung schädlicher Monopole usw. Das alles weist die Urheber dieser wirtschaftspolitischen Ideen als ihrer Zeit verhaftete, aber durchaus klügere Ratgeber des Absolutismus aus, als man es von vielen nur ihrem Geldhunger gehorchenden Zwergfürsten sagen kann. Doch mehr geben die in den "Grundlinien" zitierten Textstellen nicht her. Hinzuzufügen ist, daß die Literatur über den Kameralismus die enge theoretische Verwandtschaft zwischen den Autoren des 17. und 18. Jahrhunderts zweifellos nachweist.⁹ Die deutschen Ökonomen des 18. Jahrhunderts werden aber auch in den "Grundlinien" als Kameralisten bezeichnet. Wo die wesentlichen Unterschiede zwischen Becher, Hoernigk und Schroeder auf der einen und Gasser, Dithmar, Zincke und Sonnenfels auf der anderen Seite liegen sollen; warum letztere, wo sie doch auf ihren Vorläufern aufbauen konnten und auch die praktische Entwicklung weitergegangen war, wieder dem kameralistischen Lager zuzurechnen sind, wird nicht begründet, sondern lediglich behauptet (vgl. S. 186 f.).¹⁰

Um die Polemik nicht ausufern zu lassen, zurück zur theoriehistorischen Kernfrage: Waren Becher, Schroeder und Hoernigk wirklich antikameralistische "Vertreter einer sich herausbildenden Manufakturbourgeoisie" (S. 185) im Deutschland der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts? Das muß ernsthaft bezweifelt werden!

Alle einschlägigen wirtschaftshistorischen Untersuchungen zu jener Zeit weisen übereinstimmend nach, daß nach dem Dreißigjährigen Krieg der wirtschaftliche Verfall und die Schwächung des städtischen Bürgertums einerseits so gravierend und die Machtstellung der zwergabsolutistischen Fürsten sowie des Adels andererseits so relativ stark waren, daß sich bürgerlich-kapitalistische Keime in der Produktion kaum entwickeln konnten. Bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts bleiben Manufakturgründungen selbst unter feudalen Vorzeichen eine Ausnahmeerscheinung; von kapitalistischen Manufakturen läßt sich für diese Zeit in Deutschland eigentlich nirgends sprechen.¹¹ Die Standardwerke Forbergers und Krügers für die Manufakturentwicklung in Sachsen und Preußen, also zwei in dieser Hinsicht durchaus typische Regionen Deutschlands, belegen einwandfrei, daß ungeachtet gewisser Unterschiede - 1653 wurde in Preußen die "zweite Leibeigenschaft" gesetzlich sanktioniert, während in Sachsen diese Erscheinung nur der Tendenz nach existierte - in beiden Fällen das Entstehen von Manufakturen erst nach der Wende zum 18. Jahrhundert einen nennenswerten Umfang einnimmt. Auch für

9 Vgl. Zielenziger, Kurt, Die alten deutschen Kameralisten, Jena 1914; Sommer, Ludwig, Die österreichischen Kameralisten, T. 1 u. 2, Wien 1920, und 1925; Roscher, Wilhelm, Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland, München 1874; Mombert, Paul, a. a. O.

10 Zincke wird überdies im Text und im Anhang unterschiedlich charakterisiert. Einmal erscheint er als kameralistischer Ignorant, der den Zustand der Wirtschaftstheorie seiner Zeit wenig einzuschätzen vermochte (S. 187 f.), und das andere Mal als Epigone der antikameralistischen Richtung Bechers (S. 520).

11 Vgl. Mehring, Franz, Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters, in: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Berlin 1964, S. 55 f.; Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 20 f.; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1959, S. 292.

Schleswig-Holstein, Schwaben, Franken und Bayern liegen Studien vor,¹² die zu ähnlichen Resultaten gelangen.¹³ Eine einigermaßen ins Gewicht fallende Manufakturproduktion läßt sich sogar erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts registrieren.

Für das 17. Jahrhundert muß man davon ausgehen, daß das Handwerk für die gewerbliche Produktion in allen deutschen Ländern typisch und bestimmend war. Forberger schreibt: "Ohne Zweifel kam der Manufaktur in Sachsen nur ein geringer Teil am Verdienst zu, daß die Folgen des Dreißigjährigen Krieges, soweit sie die gewerbliche Produktion betrafen, ziemlich rasch überwunden wurden. . . Ihr Anteil an der gewerblichen Gesamterzeugung wurde erst beträchtlich, als bis gegen Ende der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in schnellerer Folge als vordem Manufakturen in Sachsen emporwuchsen."¹⁴ Zu ähnlichen Erwägungen gelangt Krüger, der für Preußen im konkreten zeigt, wie die Entstehung kapitalistischer Manufakturen in mehrfacher Hinsicht gehemmt wurde, so unter anderem durch die fehlende Freizügigkeit der Bauern, das fiskalisch bedingte Verbot ländlicher Manufakturgründungen, die Verschärfung der Zunftbestimmungen usw.¹⁵ Noch für das 18. Jahrhundert stellt Krüger fest, daß "die sozialökonomischen und politischen Voraussetzungen für die Entwicklung kapitalistischer Manufakturen in Brandenburg-Preußen . . . überwiegend ungünstig" waren, obgleich sie andererseits das allmähliche Anwachsen "kapitalistischer Produktionsformen" nicht verhindern konnten.¹⁶

Nun sollte ein historischer Prozeß sicher nicht nur von seinen quantitativen Dimensionen her beurteilt werden, obwohl diese nicht unwichtig sind. Aber auch die qualitativ-sozialökonomische Charakteristik der wenigen Manufakturen des 17. Jahrhunderts in Deutschland berechtigt uns nicht, darin gewissermaßen kapitalistische Inseln von irgendwelcher Bedeutung im feudalen Meer zu sehen. Dazu waren sie viel zu stark von den dominierenden feudalen Produktionsverhältnissen geprägt: Die Arbeitskräfte unterlagen in der Regel einem außerökonomischen Zwang, der bis zur feudalen Hörigkeit reichen konnte; viele damalige Manufakturen existierten nur im Zusammenhang mit Zucht-, Armen-, Waisen- und Irrenhäusern. Die Eigentumsverhältnisse waren "normalerweise" alles andere als bürgerlich-kapitalistisch; entweder befanden sich die Manufakturen unmittelbar in landesherrlichem Eigentum oder hingen von Subsidien aus der Staatskasse ab.¹⁷

12 Vgl. Haase, Nicolai, Das Aufkommen des gewerblichen Großbetriebes in Schleswig-Holstein, Kiel 1925; Zorn, Wolfgang, Handels- und Industriegeschichte Bayrisch-Schwabens 1648 - 1870, Augsburg 1961; Reuter, Ortulf, Die Manufaktur im fränkischen Raum, Stuttgart 1961; Slawinger, Gerhard, Die Manufaktur im Kurbayern, Stuttgart 1966.

13 Vgl. dazu Blumberg, Horst, Manufaktur, Staat und beginnende Industrialisierung in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 409 ff.

14 Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958, S. 299.

15 Vgl. Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958, S. 29 f.

16 Vgl. ebenda, S. 39.

17 Klaveren, Jacob v., Die Manufakturen des Ancien Régime, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 41, 1964, S. 181, spricht für Österreich direkt von einer "idealen Kombination Höfling oder Würden-träger und Manufakturier", die "fast die Regel" gewesen sei. Wie er weiter

Von besonderer Bedeutung für den Charakter der Manufakturen im 17. Jahrhundert in Deutschland ist jedoch hauptsächlich, daß das Mehrprodukt in aller Regel nicht kapitalistischen Akkumulationszwecken diente, sondern feudal konsumiert wurde.

Wenn es aber in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, das heißt in der Zeit, in der Becher, Hoernigk und Schroeder wirkten, de facto keine kapitalistischen Manufakturen gab, dann ist man wohl auch nicht berechtigt, von einer "deutschen Manufakturbourgeoisie" auszugehen, die in der ökonomischen Theorie ihre Interessen ideologisch repräsentiert hätte. Im Grundriß zur Geschichte des deutschen Volkes wird nach der Feststellung vom "verzögerten, eingeengten, deformierten" Gang der Manufakturentwicklung daher auch von einem Manufakturbürgertum in den einzelnen deutschen Fürstentümern gesprochen; der zwischen seinen Vertretern existierende wirtschaftliche Interessengegensatz "hemmte die Herausbildung einer im nationalen Rahmen auftretenden Manufakturbourgeoisie"¹⁸. Der Begriff "deutsche Manufakturbourgeoisie" ist noch bis weit in das 18. Jahrhundert hinein nur mit Zurückhaltung zu verwenden, unterstellt er doch das Vorhandensein einer nicht auf Einzelpersonen beschränkten sozialökonomischen Schicht (Klasse), die auf einem (damals nicht vorhandenen) deutschen Wirtschaftsterritorium ansässig war und sich an gemeinsamen ökonomischen Interessen und Zielen - Ausbeutung von doppelt freien Lohnarbeitern und Aneignung des Mehrwertes - orientiert hätte.¹⁹

Es ist in diesem Zusammenhang durchaus angebracht, sich der Marxschen Bemerkung über den "verkrüppelten Entwicklungsgang der deutschen Bürgerklasse" zu erinnern, dessen "Rätsel" sich "in der Geschichte des Handels und der Industrie" löse; und diese Geschichte schildert Marx so: "Der Untergang der spießbürgerlichen deutschen freien Städte, die Vernichtung des Ritterstandes, die Niederlage der Bauern - die daraus hervorgehende Landeshoheit der Fürsten - der Verfall der deutschen Industrie und des deutschen Handels, die ganz auf mittelalterlichen Zuständen beruhten, in demselben Augenblick, wo der moderne Weltmarkt sich eröffnet und die große Manufaktur aufkömmt - die Entvölkerung und der barbarische Zustand, den der 30jährige Krieg zurückgelassen hatte - der Charakter der wieder sich erhebenden nationalen Industriezweige, wie der kleinen Leinenindustrie, welchen patriarchalische Zustände und Verhältnisse entsprechen -, der Charakter der Ausfuhrartikel, die größtenteil der Agrikultur angehörten, und darum fast nur die materiellen Lebensquellen des Landadels und

feststellt, war die Gründung von Manufakturen durch höfische Beamte oft kaum mehr als eine dürftige Kaschierung des Diebstahls öffentlicher Gelder.

18 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, Berlin 1974, S. 181.

19 Noch bis in die zweite Hälfte des 18. Jh. hinein hemmte die partikularistisch orientierte Wirtschaftspolitik in Deutschland "den Formierungsprozeß der bürgerlichen Klasse" und die Herausbildung eines nationalen Marktes, eines nationalen Bewußtseins usw., worauf Mittenzwei in einer gründlichen Analyse erneut aufmerksam gemacht hat. Vgl. Mittenzwei, Ingrid, Wirtschaftspolitik - Territorialstaat - Nation. Die Haltung des preußischen Bürgertums zu den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Sachsen (1740 bis 1786), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 3, S. 135, 142.

darum seine relative Macht den Bürgern gegenüber vermehrt -, die gedrückte Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt im allgemeinen, wodurch die den Fürsten von Fremden gezahlten Subsidien eine Hauptquelle des Nationaleinkommens wurden, die daher erfolgende Abhängigkeit der Bürger vom Hof - usw., usw." - in diesen Verhältnissen bildete "sich die Gestalt der deutschen Gesellschaft und eine ihr entsprechende politische Organisation aus. . ."20 Auch Engels verweist auf den gleichen Sachverhalt, wenn er im Anschluß an den Dreißigjährigen Krieg von einer "tödlichen Ermattung und Impotenz des deutschen Spießbürgers" spricht, die sich unter anderem in "kriecherischer Fürsten- und Adelsknechtschaft" geäußert und als "Hindernis des Wiederaufschwungs" erwiesen haben.21 Wie sich zeigt, gehen weder Marx und Engels noch neuere Forschungen zu dieser Zeit und Problematik von der Existenz einer "deutschen Manufakturbourgeoisie" im 17. Jahrhundert aus.

Was nun die Autoren der "Grundlinien" zur Stützung ihrer andersartigen Meinung vorbringen (vgl. S. 164 f.), kann nicht überzeugen. Sie übertragen schematisch die Marxsche Feststellung über den Absolutismus als Klassenkompromiß zwischen den "alten Feudalständen" und der sich aus dem "mittelalterlichen Bürgerstand" herausbildenden "modernen Bourgeoisieklasse"22 auf das Deutschland des 17. Jahrhunderts (S. 166) und knüpfen daran die Schlußfolgerung, daß der Kameralismus den feudalen Pol, Becher usw. hingegen die bürgerliche Seite in den wirtschaftlichen Vorstellungen der damaligen Zeit verkörpert hätten. Doch die Schlußfolgerung hängt in der Luft, wenn die Prämisse nicht stimmt. Im Gegensatz zu England und Frankreich entwickelte sich "der moderne Absolutismus" in Deutschland nicht nur langsamer und später, sondern er war vor allem dadurch gekennzeichnet, "daß er hier gar keine nationale, sondern nur eine partikularistische Existenz gewann." So beschreibt es Mehring.23 Und an anderer Stelle sagt er, bezogen auf das 17. und 18. Jahrhundert: "Es gab keine Klasse in Deutschland, die dieser fürstlichen Winkeltyrannei einen wirksamen Widerstand hätte entgegenzusetzen können oder wollen."24 Weder die Junker noch die Bauern, noch Handwerk, Handel und Industrie waren dazu imstande.

In Übereinstimmung mit diesem Tatbestand wird in den "Grundlinien" die Feststellung von Engels zitiert, daß unter anderem wegen der "allgemeinen Wiedereinführung der Leibeigenschaft" in Deutschland "keine Industrie im 17. und 18. Jahrhundert aufkommen konnte"25 (S. 165). Doch andererseits gehen die Autoren von einer langsamen Entwicklung kapitalistischer Manufakturen mit "Unterstützung durch den absoluten Monarchen" (S. 167) - den es in dieser Zeit in Deutschland nur in Gestalt von mehr oder weniger kleinen Landesfürsten26

20 Marx, Karl, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 346.

21 Engels, Friedrich, Brief an W. Borgius vom 25. 1. 1894, in: ebenda, Bd. 39, Berlin 1968, S. 206.

22 Vgl. Marx, Karl, die moralisierende Kritik ..., a. a. O., S. 346.

23 Mehring, Franz, Über den Absolutismus, in: Gesammelte Schriften, a. a. O., S. 441.

24 Derselbe, Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters, a. a. O., S. 56.

25 Engels, Friedrich, Brief an Karl Marx vom 15. 12. 1882, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 128.

26 Hierzu schreibt Mehring, Franz, Die Lessing-Legende, in: Gesammelte Schriften, Bd. 9, Berlin 1963, S. 88 f.: "Die deutschen Teilfürsten waren

gab - aus. Es wird sogar eine "gewisse Stärke der kleinen Manufakturgruppe gegenüber der kleinen kaufmännischen Gruppe" (S. 167) konstruiert und daraus der unhaltbare Schluß abgeleitet, daß der "absolute Monarch" es sich bei seiner "politisch geschwächten Stellung . . . gefallen lassen muß, daß die Manufakturbourgeoisie ihre Forderungen nachdrücklich vorträgt und theoretisch begründet" (ebenda). Hier sehen die "Grundlinien" eine wichtige Ursache dafür, daß Becher usw. in ihrer Theorie eigenständig über den Monetarismus hinausgelangen, bestimmte merkantilistische Ideen aus England aufgreifen und den Kameralismus überwinden konnten. Aber so war es doch nicht in Wirklichkeit!

Für Frankreich behaupten die Autoren, daß es nach Montchrétien (1615) "keine nennenswerte ökonomische Theorie der Manufakturbourgeoisie" gegeben habe (S. 170). Aber für die - wie sie selbst feststellen - noch schlechteren Bedingungen für die Manufakturentwicklung in dem "schwachen, zersplitterten Deutschland", da soll sich etwas Derartiges herausgebildet haben? Eigenartigerweise wird bei dem Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland Colbert vergessen (!?). Dieser wird mit seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik als Minister Ludwigs XIV. von 1662 bis 1683 oft als der führende Repräsentant des kontinental-europäischen im Unterschied zum britischen Merkantilismus bezeichnet, wobei noch darüber zu streiten wäre, ob in diesem Zusammenhang der Begriff Merkantilismus nicht schon seines klassenmäßig-bürgerlichen Inhalts beraubt wird.²⁷

Auf jeden Fall hat Colbert unter den Bedingungen des zentralstaatlichen und damit der nationalen Entwicklung Frankreichs dienenden Absolutismus etwas getan, was den ökonomischen Gedanken von Becher usw. theoretisch und wirtschaftspolitisch eher vergleichbar ist als irgendeine andere Auffassung. Bis weit in das 18. Jahrhundert hinein dürfte diese Feststellung Gültigkeit beanspruchen. Darauf ist in der Literatur immer wieder mit Recht verwiesen worden. "Die österreichische Politik des 17. und 18. Jahrhunderts wandelt völlig in den Bahnen Colberts . . . die Regierung (suchte) nach Colbertschem Brauch auf das Gewerbe erzieherisch einzuwirken", heißt es in einer älteren bürgerlichen Untersuchung.²⁸ Und auch Mottek konstatiert den praktischen Einfluß Colberts auf die Politik der deutschen Fürsten.²⁹ Mittenzwei weist noch für Preußen unter Friedrich II. nach, daß hier von Colbert "im absolutistischen Frankreich vorexerzierte und schon dort den feudalen Bedingungen angepaßte . . . Maßnahmen" übernommen worden sind.³⁰ Die "Grundlinien" ignorieren bedauerlicherweise diese Problematik absolut.

Den Klassencharakter des Colbertismus schätzt J. Kuczynski sehr abgewogen wie folgt ein: ". . . wir sehen einmal, daß Colbert, soweit er die Förderung von Industrie und Handel betrieb, diese in die feudalen Produktionsverhältnisse einpaßte, also nicht eine kapitalistische Industrie aufbaute, nicht den Kapitalismus gegen

mehr große Grundbesitzer der feudalen als absolute Monarchen der kapitalistischen Zeit."

²⁷ Vgl. Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 26: Zur politökonomischen Ideologie in England und andere Studien, Berlin 1965, S. 13.

²⁸ Srbik, v., Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia. Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte Österreichs im Zeitalter des Merkantilismus (1907), zit. bei: Sombart, Werner, Der moderne Kapitalismus, Bd. I/1, 4. Aufl. München/Leipzig 1921, S. 389 f.

²⁹ Vgl. Mottek, Hans, a. a. O., S. 259.

³⁰ Vgl. Mittenzwei, Ingrid, a. a. O., S. 153.

den Feudalismus stützte - was selbstverständlich nicht bedeutet, daß die Förderung von Industrie und Binnenhandel nicht objektiv die kapitalistischen Tendenzen der Gesellschaft verstärkt, auch wenn sie feudal betrieben werden, indem sie die Vorbedingungen für die kapitalistische Entwicklung wesentlich erweitern. Wir sehen weiter, daß Colbert mit seinen Maßnahmen vielfach auch praktisch infolge des Widerstands der lokalen Feudalherren scheitert. . ."31

Mit einer gewissen Berechtigung läßt sich dieses Urteil auch auf die besten Vertreter des von Deutschen entwickelten Kameralismus übertragen. Allerdings fehlte hier die Zentralgewalt, und auch nur von ersten Anfängen eines geschlossenen Binnenmarktes konnte keinerlei Rede sein. Insofern sind Colbertismus und Kameralismus nicht deckungsgleich.

Daß nicht alle Kameralisten bornierte Fürstenknechte waren, daß die schlimmsten Auswirkungen feudaler Mißwirtschaft auch kritisiert worden sind, daß ihre Lehren den mehr als bescheidenen Keimen bürgerlicher Gewerbetätigkeit entsprechend auch bestimmte zukunftsweisende Aspekte - in der untertänigen Sprache der Zeit ausgedrückt - enthalten, auf dies alles verwiesen zu haben, ist als ein legitimes Anliegen der "Grundlinien" zu betrachten. Doch "Vertreter der deutschen Manufakturbourgeoisie" können auch die aufgeklärtesten Köpfe des Kameralismus schwerlich genannt werden. 32

Französischer Colbertismus und deutscher Kameralismus suchten merkantilistische Ideen, die in England einer neuen zur Herrschaft drängenden Klasse unter fortgeschrittenen gesellschaftlichen Verhältnissen dienten, auf ihre zurückgebliebenen Bedingungen zu übertragen. Mit anderen Worten: Die den sozialökonomischen Verhältnissen des britischen Kapitalismus entspringenden wirtschaftspolitischen Methoden wurden unter rein formalen, instrumentalen und pragmatischen Gesichtspunkten der überlebten Gesellschaftsordnung aufgepfropft, ein historischer Tatbestand, der keineswegs einmalig ist. Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Bemühens mußten objektiv die von Kuczynski so treffend charakterisierte Janusköpfigkeit annehmen.

Um diesen Punkt zusammenzufassen, soll also das während des 17. und bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein in den deutschen Fürstentümern verbreitete ökonomische Denken ausdrücklich als kameralistisch gekennzeichnet werden. Der vorsichtigen Feststellung von Mittenzwei zum Charakter des Kameralismus kann man durchaus zustimmen. Sie schreibt: "Es scheint daher auch für die unter den marxistischen Historikern angestellten Überlegungen über das Wesen des Kameralismus beachtenswert zu überprüfen, ob es sich beim Kameralismus nicht um einen . . . umfunktionierten, den rückständigen feudalen Ver-

31 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 34: Zur politökonomischen Ideologie in Frankreich und andere Studien, Berlin 1968, S. 18.

32 Der wichtigste ideologische Reflex des bürgerlichen Strebens nach Befreiung vom Feudalismus bildet sich in der fraglichen Zeit erst ganz am Ende des 17. Jahrhunderts in Gestalt der Frühaufklärung heraus. Aber auch hier sind es mehr geistige Einflüsse aus dem Ausland als ein irgendwie ausgeprägter sozialer Druck, die zu dieser Strömung geführt haben. Wenn es daher im Grundriß zur Geschichte des deutschen Volkes heißt, die "noch unausgereiften manufakturkapitalistischen Verhältnisse setzten den Erkenntnismöglichkeiten der Aufklärer Grenzen", so gilt dies natürlich in noch viel höherem Grade für die unmittelbar mit der Basis verhafteten ökonomischen Lehrmeinungen jener Zeit. (Vgl. dazu Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 183.)

hältnissen in Deutschland und den Bedürfnissen der feudalabsolutistischen Territorialstaaten angepaßten Merkantilismus handelt.³³ Was den Kameralismus vom britischen Merkantilismus unterscheidet, ist auf jeden Fall die fehlende bürgerliche Klassenbasis und die daraus resultierende Verkürzung der theoretischen Sicht in der Frage des Mehrwertes. Hinzu kommt das Ersetzen des nationalen Aspekts durch die partikularistische Orientierung, die den Kameralismus außerdem vom französischen Colbertismus abhebt.

In dem Verzicht, den Colbertismus im hier angedeuteten Sinn als Vergleichsmaßstab für die deutsche Situation und das ökonomische Denken zur selben Zeit heranzuziehen, muß ein gewichtiges konzeptionelles Versäumnis der "Grundlinien" gesehen werden. Die Neubewertung von Becher, Hoernigk und Schroeder fußt in diesem Punkt nicht auf einer soliden wissenschaftlichen Abwägung aller Tatsachen und Argumente.

Insofern hängen die Vorwürfe in der Luft, "manche Lehrbücher zur Geschichte der politischen Ökonomie" deuteten "Antikameralisten zu Kameralisten" um (S. 184). Wo die "fatalistischen, der Realität nicht entsprechenden Konstruktionen", die zu einer falschen Einschätzung der Situation des ökonomischen Denkens "in Deutschland und Österreich"³⁴ in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts geführt hätten (vgl. S. 171), angewendet worden wären, wird nirgends erörtert.

Während das Autorenkollektiv sonst zur wissenschaftshistorischen Beurteilung einzelner Ökonomen sehr kritisch deren Tauschwertkonzeption heranzieht - dies zum Teil sogar, wie bereits bemerkt, übertreibt -, werden jene Kameralisten, die als "bürgerliche Wortführer" der "Förderung der kapitalistischen Produktion" figurieren (S. 171), vor dem Vorwurf mangelnder theoretischer Tiefe bei der Werterklärung in Schutz genommen. Einerseits wird zwar festgestellt, daß diese es nicht vermochten, die Arbeitswerttheorie (ähnlich wie in England oder auch Frankreich) "für die Diskussion der ökonomischen Probleme in Deutschland nutzbar zu machen", andererseits unterstellt man aber ohne weiteren Beleg, sie hätten "vor allem die Manufakturarbeit als Quelle des Reichtums" angenommen, die "Wertbestimmung durch die Arbeit" erwähnt und "den Austausch von Waren als den Austausch von Werten" betrachtet. Daß es Becher, Schroeder und Hoernigk nicht gelang, "aus ihrem Manufaktursystem heraus noch keine klassische Arbeitswerttheorie" zu schaffen, wird damit begründet, daß es "in der Landwirtschaft kaum kapitalistische Produktionsverhältnisse" gab und die "meisten unmittelbaren Produzenten noch feudal gebunden oder kleine Eigentümer an Produktionsmitteln" waren (S. 185). Eben! Dieser Umstand prägte direkt die Abstinenz des Kameralismus in der Mehrwertfrage.

Von "manufakturkapitalistischen Wortführer(n) des 17. Jahrhunderts" in der damaligen Wirtschaftstheorie zu sprechen (S. 184), die in dieser Zeit in Deutschland "vor allem auf die Entfaltung der kapitalistischen Manufakturproduktion" orientiert hätten, ist genau aus diesem Grunde fragwürdig.

33 Mittenzwei, Ingrid, a. a. O., S. 153. - Ähnlich urteilt übrigens auch schon Mehring, Franz, Die Lessing-Legende, a. a. O., S. 129 f.

34 Diese für das 17. Jh. fragwürdige Unterscheidung unterläuft den Autoren mehrmals. Sie ist genaugenommen falsch. Entweder spricht man für die damalige Zeit von Deutschland im Sinne des "Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation", also unter Einschluß Österreichs, oder man stellt Österreich richtigerweise neben Brandenburg, Sachsen, Bayern, Greiz-Schleiz-Lobenstein usw.

Welchen Beitrag leisteten die deutschen Epigonen der klassischen politischen Ökonomie Englands zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt?

Die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts bringt auch in den deutschen Fürstentümern eine gewisse Entwicklung der Produktivkräfte in Landwirtschaft und Gewerbe mit sich, aber doch beträchtlich gehemmt durch die dominierenden feudalen Produktionsverhältnisse und zergabsolutistischen politischen Herrschaftsformen. Der Nährboden für eine politische Ökonomie, die die theoretische Qualität der Briten Petty, North, Locke, Mandeville, Vanderlint, Decker usw. erreicht hätte, war nicht gegeben. Justi³⁵, ein sehr widersprüchlicher Denker, der in den Diensten vieler deutscher Höfe gestanden hatte, reflektiert zwar den Widerspruch zwischen den alten Produktionsverhältnissen, die mit ihren Privilegien und der Leibeigenschaft den gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt behinderten, und den britisch-merkantilistischen oder colbertistischen wirtschaftspolitischen Lehren, aber "ein bürgerliches Gegenkonzept" zum Kameeralismus hat er wohl nicht entworfen; das zeigen auch die inhaltlichen Darlegungen in den "Grundlinien" trotz entgegengesetzter verbaler Feststellungen (vgl. S. 189 f.).³⁶

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts, als in Frankreich die physiokratische Schule wirkt, und etwas später, als Adam Smith als "zusammenfassender Ökonom der Manufakturperiode" sein klassisches Werk über den "Reichtum der Nationen" (1776) schreibt, herrschen in Deutschland immer noch Verhältnisse, die - alles in allem - als feudal bezeichnet werden müssen. Wir können hier nicht näher auf die Nuancierung eingehen, die auch unter marxistisch-leninistischen Forschern in der Einschätzung des Reifegrades des Kapitalismus in Deutschland nach 1750 besteht.³⁷ Selbst wenn man mit Kuczynski nicht einverstanden sein sollte, daß die "Keime des Kapitalismus" in dieser Zeit "noch winzig klein" waren,³⁸ so

35 Hauptwerk: Justi, Johann Heinrich Gottlob, Staatswirthschaft oder systematische Abhandlung aller oeconomischen und Cameral-Wissenschaften ..., Leipzig 1755.

36 Die Autoren heben aus der ersten Hälfte des 18. Jh. unter den deutschen Ökonomen Carl hervor, der unter französischem Einfluß im Auftrag der Markgrafen von Bayreuth und Anspach ein Buch geschrieben hat (Carl, Ernst Ludwig, Traité de la richesse des princes et de leurs états ..., 2 Bde., Paris 1722/23). Sie bezeichnen dieses Werk als "die erste bekannte Aufnahme klassischer Ideen in Deutschland" (S. 275) - eine stark zu bezweifelnde Einschätzung. Besser wäre es, von einem damals und später nahezu unbekanntem Manuskript zu sprechen, in dem unter anderem auch Ideen von Boisguillebert und Vauban auftauchen oder wiedergegeben werden. Es hat zu keinem Zeitpunkt auf die Entwicklung des ökonomischen Denkens irgendeinen Einfluß ausgeübt. Das Original hat übrigens auch den Autoren der "Grundlinien" nicht vorgelegen. Sie zitieren aus zweiter Hand, und zwar aus einer Schrift von Tautscher (1939), die mit dem ausdrücklichen Zweck geschrieben wurde, die "deutsche Leistung für das Entstehen der Volkswirtschaftslehre" emporzulooben und Adam Smith des Plagiats an Carl zu bezichtigen. (Vgl. hierzu Thal, Peter, Zur Stellung des klassischen bürgerlichen Ökonomen Adam Smith in der Geschichte der politischen Ökonomie, Habil-Schr. Halle 1965, S. 155 ff.)

37 Vgl. Krüger, Horst, a. a. O., S. 189 ff., 257.

38 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 1, S. 21.

gibt es doch niemanden, der das erreichte Niveau in irgendeine vergleichbare Nähe mit dem britischen rücken würde.

Nach Blumberg kann man in Auswertung der neueren Literatur aus der DDR und der BRD für das letzte Drittel des 18. Jahrhunderts durchaus eine "Ausdehnung der Entwicklung der kapitalistisch gesteuerten und kapitalistisch beherrschten gewerblichen Produktion" feststellen.³⁹ Das wirtschaftliche Niveau Frankreichs wird allerdings nicht erreicht, wengleich die "Entwicklungsdifferenz . . . für die Zeit des 'Ancien régime' nicht so groß gewesen sein (dürfte), wie das bislang zu- meist angenommen wurde."⁴⁰

Doch vor allem - und dies besonders im Vergleich zu England - bleibt festzuhalten, daß die Qualität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den deutschen Territorialstaaten eine Reihe von Besonderheiten aufweist. Immer noch arbeiten viele gewerbliche Produktionsstätten mit außerökonomischem Zwang gegenüber den Lohnarbeitern. Manufakturen außerhalb der Textilbranche im Berg- und Hüttenwesen oder in der Porzellan-, Glas- und Waffenherstellung befinden sich oft unter feudaler Vormundschaft oder sogar noch in feudalistischem Eigentum. Dem kapitalistischen Massenabsatz für gewerbliche Produkte fehlt ein größerer geschlossener Binnenmarkt. Die feudalabsolutistische Reglementierung der Produktion nach den Grundsätzen eines mehr oder weniger aufgeklärten Kameralismus beherrscht nahezu uneingeschränkt das Feld. Was ganz besonders ins Gewicht fällt, ist das völlige Fehlen einer kapitalistischen Landwirtschaft.

In der gleichen Zeit, für die man also in Deutschland von einer Manufakturperiode mit spezifischen Besonderheiten sprechen kann, vollzieht sich in England bereits der Übergang zur industriellen Revolution.

An diese Sachverhalte muß hier erinnert werden, nicht um damit undifferenziert dem deutschen ökonomischen Denken dieser Zeit ein "generelles theoretisches Unverständnis für die englische klassische politische Ökonomie" vorzuwerfen (S. XXI), sondern um die Bedingungen für die Möglichkeiten, Schwerpunkte und Grenzen der Rezeption von im Ausland unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen entwickelten Ideen klar und deutlich aufzuzeigen. Natürlich haben die Autoren recht, wenn sie vor einer "pauschalen Beschreibung der deutschen Zurückgebliebenheit", die die "theoriegeschichtliche Analyse" nicht fördere, warnen (S. 171). Aber diese Zurückgebliebenheit hat existiert und den tatsächlichen Verlauf der Theoriegeschichte nicht gefördert. So muß die "theoriegeschichtliche Analyse" diesem gewichtigen historischen Faktum doch ein erhebliches Maß konkreter Aufmerksamkeit widmen. Viele Entwicklungstendenzen in den Ansichten deutscher Ökonomen, seien sie nun vorrangig theoretischer oder wirtschaftspolitischer Natur, lassen sich sonst nicht verstehen.

Bei dem Versuch der "Grundlinien", Christian Jacob Kraus, Georg Sartorius, August Ferdinand Lueder und Ludwig Heinrich Jakob, also jene Ökonomen, die man als die wichtigsten deutschen Smithianer einstufen kann, differenziert zu beurteilen, wird manche interessante Überlegung vorgetragen. Doch der Leser kann sich eines Eindrucks nur schwer erwehren: Die beträchtlichen Unterschiede zwischen dem Stand des deutschen (das heißt preußischen, sächsischen, österreichischen, anhaltinischen . . .) Manufakturkapitalismus am Ende des 18. Jahr-

³⁹ Blumberg, Horst, a. a. O., S. 416. - Vgl. hierzu auch Forberger, Rudolf, a. a. O., S. 301; Krüger, Horst, a. a. O., S. 270; Hoffmann, Hildegard, Handwerk und Manufaktur in Preußen 1769, Berlin 1969, S. 59.

⁴⁰ Blumberg, Horst, a. a. O., S. 425.

hundreds und des von Smith reflektierten Niveaus am Ende der Manufakturperiode im Vereinigten Königreich werden zwar verbal nicht negiert, aber in ihren Auswirkungen auf die Theoriebildung de facto unterschätzt. Eine resümierende Feststellung zu dieser Problematik lautet, "daß sowohl Smith als auch die deutschen Ökonomen den prinzipiell gleichen Prozeß, die Herausbildung eines kapitalistischen Proletariats unter den Bedingungen der Manufakturperiode zu analysieren hatten" (S. 307). Cum grano salis, ist man versucht zu sagen. Aber wo bleiben die gravierenden sozialökonomischen und schon rein zeitlich in die Augen springenden Verschiedenheiten?

Viel Raum verwenden die Autoren der "Grundlinien" darauf, um die in Deutschland vorhandene Verständnismöglichkeit für die Theorie von Adam Smith nachzuweisen (S. 300 ff.; 244 f., 263, 271, 273). Doch darin besteht wohl nicht das eigentliche Problem. Vielmehr geht es darum, was die deutschen Ökonomen an Smith am meisten interessierte (oder störte). Was wollten sie aus ihrer sozialen Situation heraus von den Lehren des britischen Klassikers besonders propagieren (oder bekämpfen)? Welche seiner Ideen stießen in Deutschland auf ein gesellschaftliches, auf ein ideologisches Verständnis? Primär diese Fragen gilt es anhand der Quellen zu beantworten.

Daraus ergäbe sich eine andere Akzentsetzung, als sie in den "Grundlinien" vorliegt. Dort gewinnt man den Eindruck, als ob Kraus, Sartorius usw. vor allem im Sinn gehabt hätten, die Smithsche Werttheorie aufzugreifen und zu verteidigen (S. 314 f., 323 f.). Doch entspricht das der umfassenderen Zielsetzung, "in erster Linie . . . die grundsätzlichen sozialökonomischen, klassenmäßigen und erkenntnismäßigen Voraussetzungen für den Einfluß der politischen Ökonomie von Adam Smith in Deutschland" aufzudecken (S. 244)? Vor diesem Hintergrund müssen sich die Autoren die Frage stellen lassen, warum sie die hierfür essentielle Problematik des Smithschen wirtschaftspolitischen Liberalismus, mit anderen Worten, sein Eintreten für die freie Konkurrenz als Regulator der Produktion auf der Basis des Wert-Preis-Profit-Mechanismus, in ihrer Auswirkung auf Deutschland ausdrücklich ausklammern (S. 244, 311). Verwunderlich ist das auf jeden Fall,⁴¹ denn die antif feudale Auswertung des ökonomischen Liberalismus Smithscher (und physiokratischer) Prägung war das Problem der deutschen Rezeption der klassischen politischen Ökonomie überhaupt.⁴² An dieser Frage schieden sich die Geister. Sie enthielt den größten politischen Zündstoff. Darüber vor allem entbrannte der Streit zwischen progressiven und reaktionären deutschen Ökonomen.

Ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit nach standen jene von Smith verfolgten subtilen theoretischen Überlegungen zum Wert der Ware, zum "Wert der Arbeit" beim Austausch mit dem Kapital, zur "natürlichen Rate" von Profit, Rente und Zins weit im Schatten der Diskussionen um den ökonomischen Liberalismus. Sicher haben Kraus, Sartorius, Lueder, Jakob und andere in ihren Vorlesungen und Schriften diese Theorien von Adam Smith mehr oder weniger gut wiedergege-

41 Für wie wichtig die Autoren die hier angeschnittene Fragestellung im Prinzip selbst halten, zeigt die Aufnahme eines eigenen Abschnittes "Zur Literatur des ökonomischen Liberalismus" (S. 452 ff.) für die Zeit nach 1830. Um so unverständlicher bleibt die Zurückhaltung gegenüber diesem Thema für die Jahrhundertwende davor.

42 Vgl. hierzu Adam Smith gestern und heute. 200 Jahre "Reichtum der Nationen", hg. v. Peter Thal, Berlin 1976, S. 79 ff.

ben, teils auch mit "deutscher Gründlichkeit" zu systematisieren gesucht. Aber dies war keine eigenständige wissenschaftliche Leistung. Ihre gesellschaftliche Wirksamkeit und Bedeutung kann nicht daran gemessen werden, inwieweit sie Smith' Theorie der politischen Ökonomie insgesamt und im Detail richtig verstanden haben.

Das ist kein Vorwurf, vor dem die "Grundlinien" jene Männer in Schutz nehmen zu müssen glauben (S. 245). Es geht vielmehr um die nüchterne Feststellung, daß sie in der politischen Ökonomie als Wissenschaft Epigonen waren, die die Doktrin ihres Lehrmeisters gemäßigt-reformerisch - und das war eine unbestrittene Leistung - propagierten. Ob der von den Autoren kritisierte Begriff der "dogmatischen Nachbeterei" diesen Sachverhalt treffend umschreibt, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, daß Kraus' und Sartorius' Schriften über weite Strecken nichts anderes als leicht bearbeitete Übersetzungen des Smithschen Werkes waren. Das hätte auch klar ausgesprochen werden müssen, wenn die Reife einiger der zitierten Textstellen gelobt wird.

Trotzdem ist es natürlich richtig zu sagen, daß schon allein die "Propagierung des 'Wealth of Nations'" für Deutschland eine zu würdigende Leistung gewesen ist. Tatsächlich wäre "die gesamte weitere Entwicklung der politischen Ökonomie in Deutschland nicht denkbar" (S. 301) ohne dieses Verdienst der deutschen Smith-Epigonen. Mit dieser Beurteilung der Situation befinden sich die Autoren der "Grundlinien" in Übereinstimmung mit der bisherigen marxistisch-leninistischen Literatur, angefangen bei Rosa Luxemburg und Franz Mehring bis hin zu Jürgen Kuczynski und anderen. Sie erwecken allerdings mit ihren Formulierungen den Eindruck, als ob sie diese "Ehrenrettung" der deutschen Smithianer im Gegensatz zu anderen Autoren vollziehen würden (S. 273, 302). So wird beispielsweise behauptet: "Die marxistischen Untersuchungen über die Geschichte der politischen Ökonomie konzentrieren sich selbstverständlich auf die in England und Frankreich entwickelte klassische Theorie. Soweit sie die ökonomischen Auffassungen in Deutschland erwähnen, übergehen sie indes meist die Verdienste, die sich die deutschen Anhänger der klassischen politischen Ökonomie um die Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft in ihrem Land erworben haben" (S. 196). In dieser globalen Form ist der Vorwurf ungerechtfertigt. Die Spezialliteratur - und nur die steht hier zur Debatte - hat jedenfalls die Ausstrahlung von Adam Smith auf Deutschland und den Anteil, den deutsche Ökonomen daran besaßen, ebenso wie im Fall der Physiokraten (wo die "Grundlinien" mit unserer Theoriegeschichtsschreibung etwas milder ins Gericht gehen) stets in mehr oder weniger abgewogenem Maße zu würdigen gewußt.

Im Hinblick auf den erkenntnistheoretischen Beitrag der deutschen Smithianer zur Geschichte der politischen Ökonomie dürfte allerdings nach wie vor eine größere Skepsis angebracht sein, als sie die "Grundlinien" verspüren lassen. Legt man den strengen Sinn des Wortes "Wissenschaftsgeschichte" zugrunde, dann kann die deutsche Smith-Rezeption darin nur einen untergeordneten Platz einnehmen, wengleich ihren Vertretern für die Verbreitung der bürgerlichen Ideologie auf dem Feld der Wirtschaftstheorie, insbesondere im Hinblick auf die preußischen Reformen, eine nationale Bedeutung zukommt.

Doch auch hierbei kann nicht übersehen werden, daß sich die Resonanz auf Smith' "Reichtum der Nationen" trotz einer schnellen Übersetzung ins Deutsche (1776/78) zunächst in mehr als bescheidenen Grenzen hielt. Im Grunde wurde dem Buch mit Stillschweigen, noch nicht einmal so sehr mit Ablehnung begegnet, was unzweifelhaft eine Folge der realen sozialökonomischen Situation war. Der

schärfste Druck zur Anerkennung der Smithschen Lehren ging bemerkenswerterweise von Göttingen aus.⁴³ Zum Kurfürstentum Hannover gehörig, das durch Personalunion mit dem englischen Königshaus direkt verbunden war, wirkte sich hier der liberale britische Einfluß am stärksten aus und befruchtete die freiheitlich-humanistischen Ideale der klassischen deutschen Philosophie, die wiederum auf die klügsten Vertreter der Ökonomie zurückwirkte.

Aber erst nach der Französischen Revolution kann wirklich von einer Smith-Rezeption in Deutschland gesprochen werden.⁴⁴ Die Reformpolitik gar setzte erst im Gefolge des Zusammenbruchs des "Ancien régime" nach dem Sieg der napoleonischen Armee über Preußen bei Jena und Auerstedt ein. Wie man sieht, waren es gravierende Faktoren der internationalen und nationalen sozialen, ökonomischen, ideologischen und politischen Entwicklung, die die Anerkennung, Propagierung und auf die Wirtschaftspolitik zurückwirkende Auswertung von Adam Smith durch seine deutschen Schüler mit einem doch beträchtlichen Zeitverzug von rund einem Vierteljahrhundert verursachten.

Der Grund für diesen Zeitverzug, den die Autoren der "Grundlinien" in seiner Tragweite kaum erfassen, liegt letztlich in der eingangs zu diesem Abschnitt erwähnten Spezifik der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland. Der englische Manufakturkapitalismus, den Adam Smith verallgemeinert hatte, unterschied sich vom deutschen ganz wesentlich. Dieser Umstand muß bei der konkreten Beurteilung der Einflußmöglichkeiten der klassischen englischen politischen Ökonomie des Manufakturkapitalismus auf Deutschland unbedingt in seinem vollen Gewicht beachtet werden, wie hier noch einmal zusammenfassend zu unterstreichen ist. Er bewirkt

1. die zeitliche Verzögerung der Smith-Rezeption um zwanzig bis dreißig Jahre gegenüber dem Erscheinen des Originals,
2. die vorrangige Konzentration der Aufnahme Smithscher Ideen auf die um den ökonomischen Liberalismus kreisenden Probleme,
3. die nur begrenzte ("kompromißlerische") Ausnutzung der Smithschen Lehren in den Empfehlungen für die wirtschaftspolitische Praxis,
4. die relative Stärke einer bornierten feudalen Opposition gegen die "neuen Lehren", die die Smith-Anhänger schnell in die Defensive manövrierte.

⁴³ Sartorius war Professor in Göttingen; Lueder hatte hier studiert und nach seinem Wirken in Braunschweig und Jena an der Göttinger Universität gelehrt; Kraus war nach seiner Promotion in Halle gleichfalls mehrere Jahre in Göttingen als Hauslehrer tätig, ehe er der Berufung nach Königsberg folgte. Vgl. zum positiven Einfluß Göttingens auf das ökonomische Denken in Deutschland auch Müller, Hans-Heinrich, Akademie und Wirtschaft im 18. Jahrhundert. Agrarökonomische Preisaufgaben und Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Versuch, Tendenzen und Überblick, Berlin 1975, S. 71 ff.

⁴⁴ Sartorius, Georg Friedrich Christoph, Frhr. v. Waltershausen, Handbuch der Staatswirtschaft, zum Gebrauche bey akademischen Vorlesungen nach Adam Smith's Grundsätzen ausgearbeitet, Berlin 1796; Lueder, August Ferdinand, Über National-Industrie und Staatswirtschaft. Nach Adam Smith bearbeitet, 3 Bde. Berlin 1800 - 1804; Jakob, Ludwig Heinrich v., Grundsätze der National-Ökonomie oder National-Wirtschaftslehre, Halle 1805; Kraus, Christian Jacob, Staatswirtschaft, 5 Bde., Königsberg 1808 - 1811 (posthum veröffentlichtes Vorlesungsmanuskript).

Diese vier wesentlichen Aspekte der erörterten Problematik, wenn auch nicht übersehen, so doch in ihrer Bedeutung nicht richtig eingeschätzt und verarbeitet zu haben, halte ich für einen Mangel der "Grundlinien". Hier liegt die Wurzel für manche vorschnelle "Neubesinnung" oder Umwertung bisheriger, eigentlich recht gut begründeter Auffassungen zur deutschen ökonomischen Theoriegeschichte in der zweiten Hälfte des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts.

Auf die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bezogen, wird in den "Grundlinien" festgestellt: "Da sich die Industrialisierung im Vergleich zu England und Frankreich relativ spät durchsetzte, brauchten die deutschen Ökonomen im allgemeinen keine eigenen theoretischen Vorstöße zur Analyse dieser Probleme vorzunehmen; sie hatten nur die englische und französische ökonomische Literatur zu sichten und die sie interessierenden Ausführungen zu übernehmen" (S. 420). Warum das, was hier richtigerweise unterstrichen wird, nicht im übertragenen Sinne auch auf die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts zutreffen soll, ist selbst nach dem Studium der Argumentation in den "Grundlinien" nicht einzusehen. Die theoretischen und wissenschaftshistorischen Beziehungen zwischen David Ricardo und Karl Heinrich Rau weisen durchaus vergleichbare Parallelen zu denen zwischen Adam Smith und Christian Jacob Kraus auf.

Wenn dem nun aber so ist, dann besitzen die folgenden Aussagen von Marx zur Entwicklung der politischen Ökonomie in Deutschland, die das Autorenkollektiv praktisch auf die Zeit nach 1830 beschränken will (vgl. S. 196 f.), schon für den hier erörterten deutschen Smithianismus an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert volle Gültigkeit. Marx schreibt im Nachwort zur zweiten Auflage des "Kapitals" (1873): "Die politische Ökonomie blieb in Deutschland bis zu dieser Stunde eine ausländische Wissenschaft." Und er fährt dann fort: "Es fehlte also der lebendige Boden der politischen Ökonomie. Sie ward als fertige Ware importiert aus England und Frankreich, ihre deutschen Professoren blieben Schüler ..."⁴⁵ Da sich Marx in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf ein 1830 erschienenes Werk Gülichs bezieht, das die historischen Ursachen für die Hemmung der Entwicklung des deutschen Kapitalismus aufgedeckt hatte, wird deutlich, daß sich seine Überlegungen keineswegs nur auf die Mitte des 19. Jahrhunderts, also auf die Herausbildung des Industriekapitalismus, erstrecken, wie das die Autoren der "Grundlinien" behaupten (vgl. S. XVII, 196).

Was sich tatsächlich auf diese Zeit und Umstände bezieht, ist die oft zitierte Marxsche Bemerkung, daß "sobald eine bürgerliche Wissenschaft der politischen Ökonomie hier möglich zu werden schien, ... sie daher schon wieder unmöglich geworden" war.⁴⁶ Aber hiervon kann nicht generell auf alle Aussagen von Marx in diesem Text über die deutsche Ökonomie geschlossen werden. So stellt er ausdrücklich fest: "Wie zur klassischen Zeit der bürgerlichen Ökonomie blieben die Deutschen auch zur Zeit ihres Verfalls bloße Schüler, Nachbeter und Nachtreter, Kleinhausierer des ausländischen Großgeschäfts."⁴⁷

Dem ist wenig hinzuzufügen. Wenn Lehmann an anderer Stelle zur Stützung der in den "Grundlinien" vertretenen Auffassung, Marx habe mit derartigen Bemerkungen nicht die "deutschen Anhänger der politischen Ökonomie des Manufaktur-

45 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 19.

46 Ebenda, S. 21.

47 Ebenda.

kapitalismus" gemeint, die Tatsache anführt, daß sich ein Kenntnis von Kraus, Sartorius usw. durch Marx nicht nachweisen läßt, 48 so ist dies kein schlüssiger Beweis. Den "romantischen Sykophanten" Adam Müller, der sich ausgiebig mit der "deutschen Nachbeterei des Adam Smith" auseinandersetzt, 49 hat Marx jedenfalls gekannt. 50 Doch auch das soll hier nicht überbewertet werden.

Den wichtigsten Beweis für die Richtigkeit und das Zutreffende dieser Marxschen Bemerkungen - auch und gerade bezogen auf die Smith-Epigonen - liefern die Tatsachen der deutschen Theoriegeschichte selbst. Es gibt kein Quellenmaterial, das dazu berechtigen würde, in den deutschen Theoretikern "zur klassischen Zeit der bürgerlichen Ökonomie" mehr als bestenfalls "Schüler" zu sehen. Ein Beitrag zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt auf dem Gebiet der politischen Ökonomie wurde von ihnen nicht erbracht. Unter schwierigen sozialökonomischen Bedingungen aus dem Ausland neue wirtschaftspolitische und -theoretische Lehren importiert, interpretiert und propagiert zu haben, womit sie zu den geistigen Wegbereitern der (gehemmten) Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland gehören, war ein Verdienst, das nicht geschmälert, aber auch in seiner Begrenztheit gesehen werden sollte.

48 Lehmann, Hermann, Zum Einfluß des "Wealth of Nations" auf die Ökonomen des deutschen Bürgertums. Die ökonomischen Auffassungen des Christian Jacob Kraus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 115.

49 Müller, Adam Heinrich v., Die Elemente der Staatskunst ..., 3 Bde., (Berlin 1808/09), Neuausgabe Jena 1922, Bd. 1, S. 374.

50 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 139; derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 56.

Zur Stellung der Leipziger Messen im überregionalen Warenverkehr zu Beginn des 16. Jahrhunderts

von Manfred Straube

Handelsgeschichtliche Untersuchungen können aufgrund ihrer besonderen Zielstellung und Methode in vielfältiger Weise dazu beitragen, konkrete Kenntnisse über die jeweiligen Perioden historischer Entwicklung zu vermitteln. Dabei wird Handelsgeschichte verstanden als integrierender Bestandteil der Wirtschaftsgeschichte im weitesten Sinne, aber auch der Agrargeschichte, der Verkehrsgeschichte, der Kulturgeschichte, anderer spezieller Bereiche der Geschichtswissenschaft und selbstverständlich auch der politischen Geschichte.¹ Unter diesen Gesichtspunkten kann die Forschung zur Handelsgeschichte vor allem auch einen Beitrag leisten für die nähere Kenntnis des ökonomisch-politischen Reifegrades der gesellschaftlichen Kräfte einer bestimmten Entwicklungsstufe, so - in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus - der sich herausbildenden Bourgeoisie. Gerade für diese Periode sind handelsgeschichtliche Studien notwendig, betonten doch Marx und Engels, die sich in vielfältigen Bemerkungen über Kapital, Kaufmanns- und Wucherkapital und deren revolutionierende Auswirkungen, geäußert haben, daß die "Existenz und Entwicklung (des Kaufmannskapitals - M. S.) zu einer gewissen Höhe ... historische Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise" ist.² So ist natürlich die Untersuchung der Genesis des Kaufmannskapitals und damit des Handels eine bedeutsame Aufgabe für die marxistische Forschung.

Nicht zuletzt wegen der stimulierenden Wirkung der Marxschen Erkenntnisse auf die Historiker konnten in neuerer Zeit verstärkt Ergebnisse handelsgeschichtlicher Forschungen auch von Wissenschaftlern der DDR vorgelegt werden.³ Der

- 1 Vgl. Straube, Manfred, Aufgaben, Möglichkeiten und Probleme einer Handelsgeschichte für die Charakterisierung des Bürgertums beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte im 14. und 15. Jahrhundert, Magdeburg, T. 1, 1974, S. 70 - 78 = 2. Arbeitstagung der Forschungsgruppe Stadtgeschichte der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg am 23. und 24. 10. 1972 in Magdeburg. Referate und Diskussionsbeiträge.
- 2 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, Kap. 20: Geschichtliches über das Kaufmannskapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 339.
- 3 Hier können nicht alle Titel genannt werden, die vor allem von Hanse-Historikern der DDR vorgelegt wurden. Vgl. das Literaturverzeichnis in: Schildhauer, Johannes/Fritze, Konrad/Stark, Walter, Die Hanse, 2. Aufl. Berlin 1975. - Dazu für den thüringischen Raum: Mägdefrau, Werner/Langer, Erika, Thüringisch-hansische Wirtschafts- und Bündnisbeziehungen im Mittelalter. Vom Rheinischen Städtebund (1254) bis zur Bildung des Thüringer Städtebun-

relative Zeitverlust gegenüber anderen Disziplinen erklärt sich einmal wohl daraus, daß bei der Handelsgeschichte in besonderem Maße Neuland beschritten werden mußte, zum anderen auch aus der ungünstigen Quellenlage bzw. der damit verbundenen zeitaufwendigen Archivarbeit. Denn mehr als die meisten anderen Disziplinen der Geschichtswissenschaft bedarf die Handelsgeschichte ja konkreter Zahlen, Nachrichten über gehandelte Quantitäten und Qualitäten, Angaben über Preise und Zölle, Materialien zur statistischen Auswertung usw. über möglichst lange Zeiträume.⁴ Welche Aufgaben zu lösen sind, zeigt unter anderem die Tatsache, daß die Geschichte der Leipziger Messen zuletzt 1885 zusammenfassend dargestellt wurde.⁵ Dabei bietet gerade dieser Gegenstand vielfältige Möglichkeiten zur Behandlung und Beantwortung der eingangs genannten Aufgaben und Fragen, denn die Leipziger Messen können in ihrer einmaligen Kontinuität als Maßstab für die wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und weitesten Teilen Europas gelten. Oder: Wenn der Warenaustausch in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zugleich Ausdruck ist für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, dann kommt der Stellung und Funktion der Leipziger Messen im überregionalen Handel eine Schlüsselposition zu.

des (1304/1306) und zur Kölner Konfoederation (1367), in: Stadt und Bürgertum im Feudalismus = Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1977, S. 309 - 321. - Dort auch weitere Angaben über die Arbeiten der Verfasser. - Für Leipzig und Sachsen sind in jüngerer Zeit erschienen: Reinhold, Josef, Polen/Litauen auf der Leipziger Messe des 18. Jahrhunderts, Weimar 1971 = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hg. v. d. Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Historiker-Gesellschaft, Bd. 10; Meinert, Günther, Handelsbeziehungen zwischen Sachsen und Italien 1740 - 1814. Eine Quellenveröffentlichung, Weimar 1974 = Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden, hg. v. Horst Schlechte, Bd. 9. Vgl. dazu die Besprechung Straube, Manfred, Leipzig und Sachsen im ost- und südeuropäischen Handel des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 1, S. 239 - 244.

4 Vgl. Stieda, Walter, Über die Quellen der Handelsstatistik im Mittelalter, Berlin 1903.

5 Hasse, Ernst, Geschichte der Leipziger Messen, Leipzig 1885, unveränderter Nachdruck der Originalausgabe durch das Zentralantiquariat der DDR, Leipzig 1963. Zugleich mit diesem Nachdruck wird besonders deutlich, wie sehr die bürgerliche Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts wegen ihrer ideologisch begründeten Unterschätzung wirtschaftsgeschichtlicher Zusammenhänge entsprechende Forschungen vernachlässigte. Die einzige inzwischen erschienene größere Arbeit: Fischer, Gerhard, Aus zwei Jahrhunderten Leipziger Handelsgeschichte 1470 - 1650, Leipzig 1929, die nun mittlerweile 50 Jahre alt ist, kann als die bekannte Ausnahme von der Regel gelten. (Auch davon ist ein Reprint durch das Zentralantiquariat vorgesehen.) Die Klage Buchwalds von 1938 (Buchwald, Georg, Auf der Leipziger Buchmesse vor 450 Jahren, in: Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs, Bd. 22, S. 19), wonach "die Geschichte der Leipziger Messe, besonders in ihren ersten Jahrhunderten, noch dringend der Durchforschung bedürfe", hatte also ihre Berechtigung. - Zu den Übersichtsdarstellungen allgemeineren Charakters und kleineren Aufsätzen vgl. insgesamt Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig, Sonderbd. 1: Die Leipziger Messe, Leipzig 1957; ebenda, Hauptbd. 2, Leipzig 1978, hier bes. den Wirtschaft-Teil.

Leipzig, mit etwa 6000 Einwohnern und teilweise noch ländlichem Charakter auch innerhalb seiner Mauern⁶, stand seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zweifellos an der Spitze aller Handelszentren im mitteldeutschen Raum.⁷ Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß daneben auch Erfurt, Naumburg, Halle und Magdeburg keine unbedeutende Rolle spielten.⁸

Das endgültige Übergewicht und letztlich der Sieg über die Konkurrenten, begünstigt durch massive landesherrliche Unterstützung⁹ und vorteilhafte geogra-

6 Steinmüller, Karl, Wirtschaft und Gesellschaft Leipzigs im Zeitalter der Renaissance, in: Leipzig^{er} Bautradition, Leipzig 1955, S. 53: "Die Bevölkerung Leipzigs wird für das Jahr 1471 'nach einer alten Schätzung' mit 6000 Einwohnern angegeben ... Um 1470 ist Mühlhausen um die Hälfte größer als Leipzig. Erfurt hat um diese Zeit eine doppelt bis dreifach so hohe Einwohnerzahl, nur Naumburg liegt wohl unter Leipzig."

Prochonow, Joachim, Beiträge zur Wirtschaftsstatistik Leipzigs 1470 bis 1570, in: Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs, Bd. 16, Leipzig 1933, S. 19 - 44, kommt aufgrund von Berechnungen anhand der Türkensteuerregister auf insgesamt 1466 Haushalte zuzüglich unbekannter Haushalte unter der Gerichtsbarkeit von St. Thomas und des Nonnenklosters (zu St. Georg). Daraus schätzte Prochonow die Einwohnerzahl auf 6575 Personen (ebenda, S. 20). - Über das Stadtbild schreibt Steinmüller, Karl, a. a. O., S. 56: "Wir wissen, daß innerhalb der Mauern noch bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts Vorwerke, d. h. landwirtschaftlich genutzte Gebäude, z. B. Scheunen, standen, insbesondere in der Gegend des heutigen Neumarktes und der Universitätsstraße, früher der Alte Neumarkt. Noch im 15. Jahrhundert war der ursprüngliche Dorfcharakter dieses Stadtteils vollständig gewahrt." Und an anderer Stelle (ebenda, S. 60): Die Ablösung des Holzbaus durch den Steinbau war ein langsamer Prozeß, "der möglicherweise in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts beschleunigt wurde, allerdings zunächst nur im Bereich der Innenstadt ... Holzbau erhielt sich aber auch innerhalb der Stadtmauer. Im Umkreis der Nikolaikirche sah man um 1700 noch viel Fachwerk".

7 Die Formulierung von Beyer, Peter, Leipzig und Frankfurt am Main, Leipzigs Aufstieg zur ersten deutschen Messestadt, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Weimar, Bd. 2, 1967, S. 62 f., daß "die Messestadt um 1500 die Vorherrschaft über die rivalisierenden Märkte von Erfurt, Halle, Magdeburg und Naumburg" gewann und sich, "aus den ökonomischen Auseinandersetzungen mit diesen Städten als Sieger hervorgegangen", "in den zwei großen Privilegien Kaiser Maximilians I. von 1487 und 1507 sowie in der Bulle 'Romanus pontifex' Papst Leos X. von 1514 die rechtliche Grundlage der erworbenen Position und den Schutz des Reichs sicherte", ist jedoch überzogen.

*8 Zumindest die Naumburger Messen und das Handelszentrum Erfurt spielten bis weit in die zweite Hälfte des 16. Jh. hinein eine enorme Rolle.

9 Diese wird verstanden im Sinne von Posern-Klett, Karl Friedrich v., Urkundenbuch der Stadt Leipzig, Bd. 1, Leipzig 1868, Einleitung, S. XXV: "Nur eine durch den Glauben an die Wirkungen absoluter Fürstengewalt befangene Zeit konnte auf den Gedanken kommen, die Begründung des Handels an bestimmter Stelle der Kraft eines fürstlichen Privilegiums zuzuschreiben; im Mittelalter gewährte die fürstliche Huld ihre schützenden Privilegien erst, nachdem der Verkehr, begünstigt durch die Lage eines Ortes und durch äußere, wie innere fördernde Umstände Fuß gefaßt und Ausdehnung und Bedeutung gewonnen hatte." - Diese Auffassung ging Hasse, Ernst, a. a. O., S. 6 Anm.

päische Lage an der Kreuzung zweier europäischer Fernhandelsstraßen¹⁰, hat seine Ursachen zum einen in der Entwicklung frühkapitalistischer Produktionsverhältnisse im Montanbereich¹¹ und im Textilgewerbe¹² im großräumigen sächsisch-thüringischen Umland, zum anderen in dem fortlaufend sich steigernden überregionalen Warenaustausch zwischen den einzelnen Produktionszentren in Europa.¹³ Dabei übernahm Leipzig bereits um 1500 die Funktion eines zentralen Marktes im europäischen Ost-West-Handel¹⁴, zumal seit Anfang des

- 2 "zu weit". - Die Verleihung des Neujahrsmarktes am 1. 11. 1458 durch Kurfürst Friedrich II. ("... uff den heiligen newen iarstag an zugehn, der bestehend bleiben sal biss uff den heiligen dreyer Konige tag nehst darnach folgenden tag gancz uss") und die Bestätigung durch Kaiser Friedrich III. 1466 dürfen als Ausdruck dafür gewertet werden, daß die beiden althergebrachten Märkte zu Ostern und Michaelis nicht mehr ausreichten, um das Warenangebot umzusetzen. In diesem Sinne sind auch die nachfolgenden kaiserlichen Privilegierungen aller drei Messen zu verstehen (vgl. Die Privilegien der Leipziger Reichsmessen, bearb. v. Ernst Müller, Leipzig 1941. - Am Beispiel der Leipziger Messen sollten die Rolle und die Möglichkeiten landesherrlicher Politik unter den gegebenen Bedingungen neu durchdacht werden. Immerhin unterstanden die Leipziger Konkurrenten am Vorabend der Reformation und zur Zeit der großen kaiserlichen Privilegierungen von 1497 und 1507 der geistlichen Feudalität: Erfurt dem Erzbischof von Mainz, Halle und Magdeburg dem Erzbischof von Magdeburg (seit 1514 und bis 1545 in Personalunion Albrecht von Hohenzollern), Naumburg dem Bischof von Naumburg. Nach dem Tode des letzten Naumburger Bischofs 1564 übernahmen die Albertiner das Stadtreglement.
- 10 In Leipzig kreuzten sich die "Hohe Straße", die Straße "aus dem Reich" oder "in das Reich" in Ost-West-Richtung und die Reichsstraße (via imperii) in Nord-Süd-Richtung. Über den Einzugsbereich dieser Straßen vgl. Straube, Manfred, Handel und Verkehr auf sächsischen Straßen zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Sächsische Heimatblätter, Nr. 4/1973, S. 182 - 189.
- 11 Dazu Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546, Berlin 1974; Westermann, Ekkehard, Das Eislebener Garkupfer und seine Bedeutung für den europäischen Kupfermarkt 1460 - 1560, Marburg 1970; Kroker, Ernst, Leipzig und die sächsischen Bergwerke, in: Schriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 9, 1909, S. 25 - 64; Sommerlad, Theodor, Die Faktorei der Fugger in Leipzig, in: ebenda, Bd. 22, 1938, S. 39 - 66.
- 12 Heitz, Gerhard, Ländliche Leinenproduktion in Sachsen 1470 - 1555, Berlin 1961; Kunze, Arno, Der Frühkapitalismus in Chemnitz, Karl-Marx-Stadt 1958 = Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, Nr. 7.
- 13 Dazu bereits Hasse, Ernst, a. a. O., S. 3, im Jahre 1885, der die "hohe Stufe der sächsischen Industrie ... schon im XV. Jahrhundert" und "die Entwicklung der Industrie in den einzelnen Ländern Europas" als entscheidende Ursachen für den Aufstieg und die bedeutende Rolle der Leipziger Messen im europäischen Handel nannte. Vgl. auch Unger, Manfred, Die Leipziger Messe und die Niederlande im 16. und 18. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter, Köln/Graz, 81. Jg. 1963, S. 20 - 38.
- 14 Unger, Manfred, Leipzigs Stellung in der deutschen Geschichte, in: Umschau, Folge 5, 1964: 800 Jahre Leipzig, S. 8, spricht von der "beherrschende(n) Stellung Leipzigs im Ost-West-Handel". Nach Hasse, Ernst, a. a. O., S. 2, sind die Leipziger Messen "schon vom XV. Jahrhundert an ... eine der Säulen des europäischen Handels gewesen".

15. Jahrhunderts inolge der Hussitenkriege in Böhmen die Fernhandelsstraßen von Nürnberg nach Prag und weiter nach Osten ihre Bedeutung verloren und sich die fränkische Wirtschafts- und Handelsmetropole mehr und mehr nach Leipzig orientiert hatte.¹⁵ Damit zog die Stadt an der Pleiße auch verstärkt den Süd-Ost- bzw. Süd-Nordost-Handel zwischen Italien und Oberdeutschland auf der einen Seite und Polen, Rußland sowie dem baltischen Hansegebiet auf der anderen in ihre Mauern.¹⁶

Aber auch für den Warenaustausch zwischen Ober- und Niederdeutschland gewann Leipzig zur gleichen Zeit zunehmend an Bedeutung, zumal die Hanse im 15. Jahrhundert ihr Zwischenhandelsmonopol im Nord- und Ostseeraum verlor. "Das Erbe trat zum guten Teil Leipzig an".¹⁷

Mit der zunehmenden Erweiterung der Handelskontakte stellt sich auch die Frage, ob es damals bereits einen auf "internationaler" Arbeitsteilung beruhenden Warenaustausch gegeben hat.¹⁸ Vor einiger Zeit hat Zsigmund Pál Pach zu diesem Thema einen bemerkenswerten Beitrag geliefert.¹⁹ Er ging von dem Tatbestand aus, daß sich im 15. und 16. Jahrhundert "der europäische Handel immer mehr von den teuren, levantinischen Luxusartikeln auf voluminöse Massenbedarfsgüter" verlagerte und damit "der 'moderne' internationale Handel (entstand), angeregt durch den Eigenbedarf der europäischen Wirtschaft und auf einen breiteren Abnehmermarkt eingestellt".²⁰ Der "moderne" Handel basierte nach Pach "auf der Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion ... auf einer weite Gebiete umfassenden Arbeitsteilung", der seinerseits diese wiederum stimulierte. Der "mittelalterliche" Handel dagegen war nicht mit Warenproduktion und Arbeitsteilung verbunden. Dabei kommt Pach zu der beachtenswerten Feststellung, daß diese Veränderungen nicht erst mit den überseeischen Entdeckungen anfangen, sondern ihre Ursachen in der "inneren Entwicklung der europäischen Wirtschaft" hatten.²¹ Im engen Zusammenhang damit, und letztlich

- 15 Vgl. Simsch, Adelheid, Die Handelsbeziehungen zwischen Nürnberg und Posen im europäischen Handelsverkehr des 15. und 16. Jahrhunderts, Wiesbaden 1970 = Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Bd. 50.
- 16 Ammann, Hektor, Zur Geschichte der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberdeutschland und dem deutschen Nordosten im Mittelalter, in: Schlesische Geschichtsblätter, Bd. 3, 1927, S. 49 - 57.
- 17 Unger, Manfred, Leipzigs Stellung ..., a. a. O., S. 8.
- 18 Vgl. über diese Problematik Handel und Produktion im thüringisch-sächsischen Raum, vornehmlich im 16. Jahrhundert. Thesen zu einem am 25. 5. 1977 von der Forschungsgruppe "Handels- und Sozialgeschichte" an der Sektion Geschichte der Pädagogischen Hochschule "Clara Zetkin" Leipzig durchgeführten Kolloquium, abgedr. in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Leipzig, Nr. 3/1977, S. 5 - 9. Zu diesem Kolloquium vgl. Oehmig, Stefan, Tagungsbericht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 8/1978, S. 734 f.
- 19 Pach, Zsigmund Pál, Zur Geschichte der internationalen Handelswege und des Handelskapitals vom 15. bis 17. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 179 - 189.
- 20 Ebenda, S. 179.
- 21 Ebenda.

durch diese Umstrukturierung des Handels bedingt, veränderterten sich - nach Pach - auch die Handelswege: An die Stelle des Süd-Nord-Handels "mittelalterlicher" Prägung trat jetzt der "moderne" Ost-West-Warenaustausch mit Massenprodukten.²² Mit anderen Worten; Aus den Veränderungen des Charakters des Handels vom Handel mit Luxusgütern geringer Quantität zum Massenhandel mit Massengütern lassen sich wesentliche Schlußfolgerungen ziehen über die "Wandlung im inneren Wachstum der europäischen Wirtschaft".

Unter diesem Gesichtspunkt führt Pach zahlreiche Beispiele an, so, daß Agrar-erzeugnisse als Massenbedarfsgüter aus Osteuropa "über große Entfernungen nach Westen, Südwesten und in die atlantischen Küstenländer exportiert und dort vor allem gegen westeuropäische gewerbliche Erzeugnisse (vor allen Dingen flämisches Tuch) getauscht" wurden.²³

Dabei unterschied sich der Tuchhandel des 15./16. Jahrhunderts grundsätzlich von dem des 13. und 14. Jahrhunderts durch Quantität und Qualität - entsprechend der veränderten wirtschaftlichen Situation - ganz erheblich.²⁴ Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auch für andere Massengüter, wie Fisch, Metall und Metallwaren, auch Wein und Waid usw., nachweisen.

Eine wichtige Ergänzung dieser Überlegungen ist Henryk Samsonowicz zu verdanken. In einer außerordentlich anregenden Studie²⁵ gelangte er zu aufschlußreichen, weiterführenden theoretisch-methodologischen Erkenntnissen über die Wechselwirkungen zwischen "Markt" bzw. "Messe" und den ökonomischen Verhältnissen. Wesentlich ist für Samsonowicz, daß der Handel mit Massengütern (seit dem 14. Jahrhundert) "Einfluß auf die Formierung von ökonomischen Bedingungen in verschiedenen Gebieten" ausübte und sich damit "ökonomische Zonen" herausbildeten, "die sich mehr oder weniger für die Produktion bestimmter Waren spezialisierten". Diese ökonomischen Zentren bedingten zugleich die sozialen Verhältnisse, unter denen eine Massenproduktion möglich war.²⁶ Für Samsonowicz sind die Messen des Mittelalters (bis zum 13. Jahrhundert - M. S.) jeweils Zentren bestimmter ökonomischer Zonen; Die "Handelstransaktionen wurden durchgeführt zwischen der Stadt, die die Zone ... darstellte, und den Kaufleuten ... Es ist offensichtlich, daß der Handel zwischen den Zonen auf einem verzweigten Einkaufssystem und lokalem Handel basieren mußte" und der Massenaustausch von Waren "den Beginn einer Spezialisierung der Produktion

22 Ebenda, S. 181.

23 Ebenda, S. 180.

24 Ebenda, S. 182.

25 Samsonowicz, Henryk, Die Messen in Polen im 15. und 16. Jahrhundert unter Berücksichtigung der ökonomischen Situation in Europa, in: Der Außenhandel Ostmitteleuropas 1450 - 1650, Die ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften in ihren Beziehungen zu Mitteleuropa, hg. v. Ingomar Bog, Köln/Wien 1971, S. 246 - 259.

26 Ebenda, S. 247.

im gesamteuropäischen Maßstab ... bewirkte".²⁷ Samsonowicz kann auch für jeden der zahlreichen regionalen Märkte in Polen besondere Aufgaben nennen, die eine massenhafte Warenproduktion zur Folge hatten; über die aufeinander abgestimmten Termine der Jahrmärkte in Polen (und bis nach Leipzig) waren "umfassende Verbindungen in schon internationalem Maßstab" möglich.²⁸ "Die Herausbildung des europäischen Marktes" aber war "ein wesentlicher Faktor, der die Formen des Handelskapitals gestaltete".²⁹

Überzeugend sind auch die weiteren Überlegungen Samsonowicz zum Aufstieg bestimmter Messen: Der Warenaustausch mit höheren Qualitäten und Quantitäten war "in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts", der "Epoche der Formierung der europäischen Märkte", nur möglich, wenn "der Staat befriedigende Bedingungen" garantieren konnte!³⁰

Insgesamt wird mit den Überlegungen von Pach und Samsonowicz die Frage aufgeworfen nach der Wechselwirkung zwischen Fernhandel, Produktions- und Konsumtionsgebieten und - daraus abgeleitet - auch die nach den Begriffen "innerer Markt", "Binnenmarkt", "Weltmarkt" bzw. "regionaler" und "überregionaler Handel" und schließlich "ökonomische Region" oder "ökonomische Zone". Die Klärung dieser Problematik bzw. die Definition der Begriffe führt nicht nur zum besseren Verständnis handelsgeschichtlicher Fakten, sondern ermöglicht auch Erkenntnisse für die allgemeine Charakterisierung der politisch-ökonomischen Verhältnisse jener Zeit.

Der "moderne", massenhafte Handel mit Massengütern, der durch die bisherige Forschung für den Seeweg bereits dargestellt und für den Landweg wenigstens skizziert worden ist, basierte auf der Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Warenproduktion, auf einer weite Gebiete umfassenden Arbeitsteilung. Der Entwicklungsgrad dieser gesellschaftlichen Arbeitsteilung war aber

27 Ebenda, S. 250. Vgl. außerdem derselbe, Formen der Wirkung des Handelskapitals in Polen und Preußen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, in: Hansische Studien, T. 3: Bürgertum - Handelskapital - Städtebünde, hg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, Weimar 1975, S. 35 - 45 = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 15.

28 Derselbe, Messen in Polen ..., a. a. O., S. 250. - Dieser Gedanke weitergeführt, läßt den Schluß zu, daß damit - wenn auch nur für bestimmte Produktionsbereiche, eben für die jeweilig exportierten Massengüter - auch frühkapitalistische Produktionsverhältnisse "importiert" oder zumindest entscheidend gefördert wurden. Ob damit aber gleichzeitig der nationale Markt formiert wurde, wie Samsonowicz meint, steht wohl noch dahin.

29 Derselbe, Formen der Wirkung ..., a. a. O., S. 35.

30 Derselbe, Messen in Polen ..., a. a. O., S. 258. - Mit anderen Worten heißt das, daß es, um den Handel mit - oftmals außerhalb feudaler Produktionsverhältnisse erzeugten - Massengütern zu sichern und zu fördern, des Ausbaus des (feudalen) Staates bedurfte, etwa durch Sicherung der Straßen. Daraus erklärt sich auch nach Samsonowicz, daß sich die Landesherren um die Erhaltung der Straßen und Brücken bemühten, daß sie fremde Kaufleute privilegierten usw., zumal dadurch ihre feudalen Machtpositionen nicht in Frage gestellt, wohl aber ihre Einkünfte erhöht wurden. Auch unter diesen Gesichtspunkten sollten die Leipziger Messeprivilegien und die Förderung von Messen durch die Landesherren untersucht werden.

abhängig vom Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Nun ist hinreichend bekannt, daß sich diese neuen Elemente sowohl in Europa als auch innerhalb Deutschlands aufgrund der naturgegebenen Voraussetzungen (Bodenschätze, Standortbedingungen) regional sehr ungleichmäßig entwickelt haben, das heißt, ökonomisch fortgeschrittene Gebiete waren umgeben von ökonomisch zurückgebliebenen Gebieten.³¹ Da die Bewohner der von feudalen Produktionsverhältnissen geprägten Gebiete in der Regel weder in der Lage waren, die unter frühen kapitalistischen Produktionsverhältnissen erzeugten Waren zu konsumieren noch die erforderlichen Rohstoffe und Lebensmittel als Äquivalente zu produzieren, waren weiträumige Marktbeziehungen erforderlich.³² Neben dem lokalen Handel mittelalterlicher Prägung mit geringem, auf wenige Waren begrenztem Volumen war für den "modernen", massenhaften Handel mit Massengütern ein regionaler und überregionaler Warenaustausch notwendig.

Obwohl die Begriffe "regional" und "überregional" schon häufig verwendet wurden, fehlt doch noch eine eindeutige Inhaltsbestimmung unter unserem spezifischen historischen Blickwinkel. Adolf Laube versteht zum Beispiel unter "Region" jene Gebiete, in denen sich die kapitalistische Entwicklung am ehesten vollzog, das heißt "Oberdeutschland, die mitteldeutschen Gebiete und der rheinische Raum".³³ Wenn aber für den Begriff "Region" ökonomische Kriterien ausschlaggebend sind, dann spielen politische Gesichtspunkte und staatliche Grenzen eine untergeordnete Rolle! Das beste Beispiel dafür bieten "die mitteldeutschen Gebiete", die zweifellos gleichzusetzen sind mit dem thüringisch-sächsischen Wirtschaftsraum; dieser wurde von seiner Montanproduktion, seiner Textilerzeugung, dem Waid- und Getreideanbau, dem Salz- und Holzhandel usw. beherrscht, unabhängig davon, ob es ernestinische, albertinische, Mansfelder oder reußische, hennebergische oder geistliche Besitzungen waren, von denen die Produktion ausging. Hier sind bereits die einzelnen Wirtschaftszweige integriert und haben sich gegenseitig stimuliert (Bergbau - Landwirtschaft; Textilproduktion - Wollproduktion, Waidanbau; Bergbau - Holzproduktion). Aller Handel innerhalb dieser "ökonomischen Region" wird als "regionaler Handel" verstanden, jeder weiträumige Export aus dieser Region und jeder entsprechende Import und der Transit sind danach "überregionaler Handel". Im Inneren überschneiden sich selbstverständlich "lokaler", "regionaler" und "überregionaler" Handel.

31 Vgl. Laube, Adolf, Die Herausbildung von Elementen einer Handels- und Manufakturbourgeoisie und deren Rolle in der deutschen frühbürgerlichen Revolution, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, Berlin 1977, S. 273 - 304. "Die kapitalistische Entwicklung war regional sehr ungleichmäßig. Schwerpunkte waren Oberdeutschland, die mitteldeutschen Gebiete und der rheinische Raum, während der Norden und Osten weitgehend ausgeklammert blieben" (ebenda, S. 280).

32 Es kann hier nicht auf die Zersetzung der feudalen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft eingegangen werden, wie sie sich z. B. durch den Anbau von Sonderkulturen wie Waid ergaben. Dazu sind noch umfassende Studien notwendig. Vgl. Maier, W. E., Soziale und ökonomische Wandlungen im Bereich der Waidproduktion und des Waidhandels in Deutschland während des 14. bis 17. Jahrhunderts, in: Magdeburger Beiträge zur Stadtgeschichte, Magdeburg, Nr. 1/1977, S. 43 - 60; Rach, Alfred, Die zweite Blütezeit des Erfurter Waidhandels, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 17, 1959, S. 25 - 88.

33 Laube, Alfred, Herausbildung von Elementen ..., a. a. O., S. 280.

Der Nachweis für die Feststellungen und Überlegungen Pachs und Samsonowicz wie für die Rolle und Funktion der Leipziger Messen im überregionalen Handel bzw. im Rahmen der thüringisch-sächsischen "ökonomischen Region" ist bisher im einzelnen noch nicht erbracht worden³⁴, obwohl sich dafür in Leipzig selbst hinreichend Belege finden. Aus den umfangreichen Beständen des Stadtarchivs sind vor allem die Hauptrechnungen des Stadtrates zu nennen, die von 1471 an fast lückenlos bis in das 19. Jahrhundert überliefert sind, mit den Eintragungen über die Einnahmen aus der Ratswaage, aus den Mietgeldern für die Markt- und Kaufhaus-Buden, danach - neben Urkunden - die umfangreichen Rats-, Kontrakt- und Schöffebücher, die zahlreichen Einzelakten usw. und schließlich - aus dem Staatsarchiv Weimar - die Rechnungen jener Geleitsorte, die auf dem Wege von oder nach Leipzig von den Warentransporten passiert werden mußten.³⁵ Dabei eignen sich für die gestellte Aufgabe besonders die Rechnungen, lassen sich aus ihnen doch besonders deutlich die Tendenzen im überregionalen Warenaustausch und die Stellung der Leipziger Messen erkennen.³⁶

Die Einnahmen der Leipziger Waage geben mit ziemlicher Sicherheit darüber Aufschluß, ob und wie stark die einzelnen Märkte besucht wurden, welche Unterschiede zwischen ihnen bestanden, ob in der Quantität des Warenaustausches Veränderungen eintraten (etwa durch politische Ereignisse) usw., denn alle nach Leipzig gebrachten Waren mußten zuerst zur Waage, um hier nach Art, Maß und Gewicht geprüft, geschätzt und nach einer Taxordnung versteuert zu werden.³⁷

Über das Wie und die Voraussetzungen der Kontrolle der Kaufmannsgüter geben mehrere, bisher noch nicht oder nicht genügend bekannte Waageordnungen, Eidvorschriften und Gutachten (über Gebrechen) hinreichend Auskunft.³⁸ Danach wurde unter anderem festgelegt: "Es sol . . . ein wagemeister mit seinen schreibern und helfern in den merckten sonderlich guten vleis haben, der wagen und der leute vleissig zu warten, die wage zu rechter zeit zu- und aufzuschließen, dardurch der kaufman und frembde man nicht lange dorffe ufgehalten oder verzogen, sondern gefordert werden muge, des rats schaden und nachrede zuvermeyden . . . Der wagemeister und seine schreiber sollen keinen helfer oder diener in der wage gestatten, den furleuthen oder sonst jemants, ainicherlei zeichen, wie die genant seint, ohne iren sonderlichen befehil, wissen und willen auszugeben,

34 Ein Beitrag zum regionalen und überregionalen Warenverkehr im thüringisch-sächsischen Raum, vornehmlich in der ersten Hälfte des 16. Jh., wird von mir z. Zt. abgeschlossen.

35 Schon vor 40 Jahren hat Buchwald - bisher ohne Erfolg - die Forderung erhoben, "dieses Material zu sammeln, wäre es auch nur in Regestenform, und für die Bearbeitung bereit zustellen" (Buchwald, Georg, a. a. O., S. 19). Unbeachtet blieb auch sein Hinweis auf die Geleitsrechnungen aus dem Staatsarchiv Weimar und andere Quellen.

36 Welche Qualitäten und Quantitäten an Rechnungen für den thüringisch-sächsischen Raum vorliegen zeigt mein Beitrag: Straube, Manfred, Zum Warenaustausch im Ost-West-Handel auf dem Landwege in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Leipzig, Nr. 3/1977, S. 22 - 36.

37 Vgl. dazu Kroker, Ernst, Handelsgeschichte der Stadt Leipzig, Leipzig 1925, S. 35 ff.

38 Eine Edition dieser Quellen ist mit der Zusammenstellung der Waageeinnahmen vorgesehen.

bei iren pflichten. Würde es aber darübe ainich helfer oder diener thun, des der rath innen wurde, denselbigen wil der rath zu haut und hare strafen lassen. . . "39

"Die wagemeister sollen ein vleissig aufsehen haben uf die wage und die gewichte, auch die diener und helfer, die do wegen, das niemant verkurtzt und einem itzlichem recht gewogen werde und das die wageschreiber was sie wegen vleissig anschreiben. Sollen auch mit vleis auf die hendler und kaufleut acht haben, sie seint frembde oder eingesessene burger, wo mit ein itzlicher handelt, mit weme er gesellschaft habe und das ein itzlicher welchen es geburet und verpflichtet ist, das seine, was er ahier verhandelt, nach zimlichen dingen in der wage verrechte . . .

Die wagmeister und schreiber solen alle tage das jhar uber, so nit feyertag ist, von stunt nach der fruemessen die wage aufschliessen und im sommer des abents nach acht hora, im winter nach vieren widder zuschliessen, und sollen ausserhalb den merckten an dem sonntag und andern hohen fest nicht wegen . . .

Und nach deme die wagmeister mannichfeltig antragens gehabt, und umb unterricht gebeten, weß sie sich, wan sie mit den kaufleuten rechnen, mit dem nachlassen halten sollen . . . Dieweil dan die rethe betracht, das die kaufleute ire guter nicht gleich ansagen noch dem rathe recht under augen gehen, derwegen sie keine gewisse mas des stückes wol finden, haben die rethe solchs den wagemeistern in ire gewissen gestellt. Also wan die wagemeister ire pflicht thun, das inen in iren aidt sol gestalt werden, das sie in solchem nachlassen nicht gunst, freuntschaft, veintschaft oder liebving oder kain ander sache ansehen wollen, sondern darnoch sie die leuthe finden, die ire guter redlich ansagen, ine auch redlich under augen gehen, das sie alsdan macht haben sollen, denselbigen nach gelegenheit irer aufrichtigen oder betruglichen handlungen nachzulassen" 40

In welcher Höhe die einzelnen Waren durch die Waagegebühren belastet wurden, wurde in Taxordnungen ausführlich festgelegt, die den Kaufleuten bekanntgemacht werden mußten.⁴¹ So mußten zum Beispiel gezahlt werden: vom Zentner Baumwolle 2 Groschen, vom Zentner Draht "ungeverlich" 2 Groschen, vom "Fieschtungut als hering, hecht, feigen (!), honig (!) der landtsasse 4 n d, der frembd 8 n d, von einer thun nach der last 4 oder 8 gr", von "gewant - lange tuch der außlender 2 gr, der landseß 1 gr, kurtze tuch - der außlender 8 d, der landseß 4 d", für "ungeseigerte kupfer nach deme sie vil gelten vom fl 1 a d"; bei Pfeffer war die Steuerhöhe besonders gründlich beschrieben, zweifellos wegen des besonderen Wertes dieses Gewürzes: "vom sack ungeverlich von 1 1/2 Ztr. 1 ort (= 1/4 Gulden - M. S.) und sovil die grosse nach antzal mehr, wan auch der piper in preis steigt, mocht man auch deste mehr nemen; aber das ist der

39 Stadtarchiv Leipzig, Gelbes Buch, Von der Wage und dem Wagmeister. Ist gar aus eim alten Zettel geschrieben, stehet kain Jarzall drauf, in libro mit eim weissen pergament eingebunden, darin allerlei ordnungen liegen, S. 27 f.

40 Ebenda, Ordnung der Wage durch alle drey Rethe (gegenüber mit Namen vortzeichnet) gemacht und beschlossen freitags nach vincula Petri (6. 8.) Anno 1518, S. 34 ff.

41 Ebenda, Taxordnung in der Wage, S. 47 ff.

grunt; so vil der sack am gelde macht, von jedem gulden 1 a d zu nemen und also auch von einer jedern andern war. "42 Bei Blei waren drei Steuersätze angegeben - offensichtlich ein Ausdruck territorial-städtischer Wirtschaftspolitik: "der verkeuffer 3 a d, der keuffer 2 a d, der bürger 1 a h. Die es aber uf unsers gn(ädigen) herrn bergkweg furen, geben von 3 a ß 1 a d, were vom Ztr. 1 n d. "43

Trotz aller Vorschriften und Kontrollen scheint man sich aber in Leipzig doch nicht recht sicher gewesen zu sein, ob auch wirklich alle Möglichkeiten der Besteuerung ausgeschöpft wurden. Deshalb wurde der Taxordnung noch ein "Beschluss" hinzugefügt: "Nach obgeschriebnem tax kan man sich in allen stücken nicht richten, sonder ist hierbei zu mercken, wan die wagmeister mit eim kaufman rechnen und der kaufman sein verhandelt kaufmanschatz uf 100 fl anschlage, sollen die wagmeister allewege iren tax uf 200 fl ansehen und anschlagen und also in grosserer und weniger zall thun, domit ab sich der kaufman, in dem er mehr dan er selbst ansagt, verhandelt und vergessen hette, es also dem rath wider einkeme und sollen allewege vom fl 1 alt d wie vor alters genomen werden. darinnen die wagmeister wol werden sich gegen eins jeden gelegenhait mit freundlichkait und erbarkait zuerzeigen wissen und nicht so gantz nach hertigkait mit den leuten handeln, damit solchs die kaufleute nicht abschei... und der niderlage zu schmelerung geraiche. "44

Dieser "Beschluss" und die Anlage der ganzen Taxordnung werden aber nur verständlich, wenn das Wesen der Waagetaxen voll erkannt wird. ⁴⁵ Es handelt sich

- 42 Ebenda, S. 50^b. - In Leipzig hatte ein Zentner 110 Pfund und wog 51,402 Kilogramm (Angabe nach: Taschenbuch Archivwesen der DDR, Berlin 1971, S. 273). Daneben wurden aber alle "Spezereien" (meist Metallwaren, Lederwaren u. ä.) nach Nürnberger Gewicht gewogen, weil sie meist aus Nürnberg kamen (nach Müller, Karl Otto, Welthandelsbräuche, Stuttgart/Berlin 1934, S. 90). Bei "Fiesch-Tungut" handelt es sich um in Tonnen gepackten Fisch. Dem geringen logischen Empfinden der Zeit entspricht ohne weiteres, daß ohne besondere Unterscheidung anschließend von Feigen und Honig gesprochen wird, die auch in Tonnen transportiert wurden. - Die Münzberechnung erfolgte nach folgenden Relationen: 1 fl (Gulden) zu 21 Groschen (gr), 1 gr zu 12 neuen (n) Pfennig (d = denar) oder 9 alten (a) d, 1 d zu 2 Heller (h). - Unter "landsasse" sind offensichtlich die sächsischen Untertanen zu verstehen. "Lange" und "kurtze" Tuch lassen sich z. Z. noch nicht präzise unterscheiden.
- 43 Stadtarchiv Leipzig, Gelbes Buch, Taxordnung in der Wage, S. 50^b. - Als Rechnungseinheit - nicht als Münze - wurde noch das Schock (ß) verwendet: 1 altes Schock (a ß) galt 20 Groschen, ein neues Schock (n ß oder einfach ß) galt 60 Groschen.
- 44 Ebenda.
- 45 Bei Moltke, Siegfried, Die Leipziger Kramerinnung im 15. und 16. Jahrhundert, Leipzig 1901, finden sich zahlreiche Ungereimtheiten zu dieser Frage. Taxgebühren interpretiert er als "Wiegesehen" (S. 67) bzw. damit, daß "die Abwiegung ... zu bezahlen" war (S. 68). Weiter heißt es u. a., "das Wiegegeld selbst betrug für den Bürger und Gast vom Zentner einen Denar; vom Stein (1/5 Zentner - M. S.) einen Heller, für den Gast aber einen Denar und für diesen außerdem noch den Schlägeschatz". Schlägeschatz wird von Moltke definiert als "entweder ein Gewichtszoll oder ein Wertzoll" (S. 69), dann als "eigentlicher Zoll" (S. 70). Zu welchen gewagten Erläuterungen

nämlich nicht um eine allgemeine, willkürlich⁴⁶ festgelegte Gebühr für die Arbeit an der Waage und um eine günstige Finanzquelle der Stadt schlechthin. Vielmehr drücken die Abgabensätze der Taxordnung einen Waren-Wert-Zoll aus, dem der allgemeine durchschnittliche Kaufpreis der Warenarten⁴⁷ zugrunde lag. Die Abgabe betrug durchgängig 1 alter Pfennig von 1 Gulden Warenwert. Diese Festlegung findet sich nicht nur in dem "Beschluss" formuliert, sondern auch bei der Berechnung von Pfeffer (siehe oben) und Safran; "überschleht man wie vil er gelten magk und nimpt vom gulden 1 alt d." Vergleiche zwischen der Höhe der Taxgebühren, dem angenommenen Mittelwert der Waren und dem tatsächlichen Kaufpreis bestätigen diese Berechnungsgrundlage der Taxordnung.⁴⁸

An Taxgebühr für eine Tonne Hering zahlte zu Beginn des 16. Jahrhunderts der "Landseß" 4 Pfennig, der Fremde 8 Pfennig; danach bewegte sich der Wert einer Tonne Hering zwischen 4 Gulden und 8 Gulden. Tatsächlich kaufte der Amtmann von Henneberg zwischen 1528 und 1530 für 6 Gulden 5 Groschen eine Tonne Hering. Achtzig Jahre früher (1458) zahlte man in Freiberg dagegen nur 3 Gulden 12 Groschen für die Tonne.⁴⁹

Bei Honig betrug die Taxgebühr 4 Pfennig für den "Landseß" und 8 Pfennig für Fremde je Tonne, das heißt, der Warenwert betrug 8 Gulden. In Liebenwerda kostete 1505 eine Tonne Honig 6 Gulden und auf dem Ostermarkt 1525 in Leipzig 7 Gulden.⁵⁰

Für 100 Schaffelle waren 18 Pfennig Taxgebühren zu entrichten, das heißt, ein Fell hatte einen Wert von etwa 4 Groschen. Im Jahre 1552 verkaufte der Amtmann von Weimar (?) Hammelfelle zu 5 bzw. 4 Groschen.⁵¹

100 Kälberfelle brachten der Leipziger Waage 1 Groschen, das heißt, der Wert wurde mit 9 Gulden eingeschätzt; 1 Fell kostete danach etwa 2 Groschen. 2 Groschen 6 Pfennig bzw. 2 Groschen je Stück erzielte der Amtmann von Weimar (?) 1552 beim Verkauf von Kalbfellen.⁵²

Moltke auch sonst kam, zeigt sich bei "Salczwayne" und "waitwaine" (S. 68). Zu "Salczwayne" schreibt er: "vielleicht ein Wein aus Salces in Frankreich" und zu "waitwaine": "wohl Weißwein". In Wirklichkeit handelt es sich um Salzwagen und Waidwagen.

- 46 Eine bestimmte Ausnahme bildeten höchstens die Festlegungen über Kupfer, Zinn und Blei, wo "willkürliche", d. h. handelspolitische oder stadtwirtschaftliche Gründe auf die Taxgebühren möglicherweise eingewirkt haben.
- 47 Besonders berücksichtigt werden mußten neben den unterschiedlichen Qualitäten auch die vielfältigen Ausführungen, z. B. bei Tuch, Leinwand, auch bei Leder usw.
- 48 Für diesen Vergleich sprechen zahlreiche Hinweise in der Waageordnung auf schwankende Preise und Streitigkeiten mit Kaufleuten.
- 49 Staatsarchiv (im folgenden: StA) Magdeburg, Reg. A 33, S I, Nr. 3 II; ebenda, Nr. 4; StA Weimar, Reg. Bb 1263.
- 50 StA Weimar, Reg. Bb 128; ebenda, Bb 4336, Ausgabe f. d. kf. Küche.
- 51 StA Weimar, Reg. Bb 5761.
- 52 Ebenda.

Rosinen sind in der Taxordnung mit 6 Pfennig Gebühren ausgewiesen, der Zentner kostete danach im Schnitt also 6 Gulden; die kurfürstlichen Köche mußten 1525 für einen Zentner 6 Gulden 10 Groschen zahlen.⁵³

Bei Zucker waren für einen Zentner zwischen 3 und 4 Groschen Gebühren vorgesehen, das heißt, 1 Zentner kostete danach 27 bis 36 Gulden. 1525 zahlte man aber nur 15 Gulden 10 Groschen.⁵⁴

Bei Pfeffer war der Unterschied zwischen Taxgebühren bzw. angenommenen Preisen und den tatsächlichen Preisen noch gravierender: In der Taxordnung waren für 1 1/2 Zentner 5 Groschen 3 Pfennig Gebühren ausgewiesen. Daraus ergibt sich ein Preis von 48 Gulden. 1565 zahlte man in einem Fall 39 Gulden für den Zentner, auf der Leipziger Ostermesse dagegen 70 Gulden 8 Groschen.⁵⁵

Dagegen stimmen bei Hanf Taxgebühren, angenommener und tatsächlicher Preis überein: An der Waage zahlte man für den Zentner 5 Pfennig, das heißt, er hatte einen Wert von 5 Gulden. In Schmalkalden rechnete der Rentmeister auch den Verkaufserlös von 5 Gulden für einen Zentner ab.⁵⁶

Ähnlich sind die Verhältnisse bei Wachs gewesen. Die Taxgebühr betrug für den Zentner 1 Groschen für den "Landseß" bzw. 2 Groschen für den "Ausländer", das heißt, 9 Gulden kostete den Einheimischen 1 Zentner Wachs. Um 1500 betrug der Preis für 1 Zentner 13 Gulden.⁵⁷

Bei Wolle zahlte der "Landseß" für einen Zentner 5 Pfennig an der Waage, der Bürger 2 Pfennig, der "Ausländer" dagegen 10 Pfennig. Als Grundpreis können hier wohl 5 Gulden angenommen werden. Tatsächlich wurden 1508/09 in Coburg bzw. Heldburg 6 Gulden 10 Groschen bzw. 7 Gulden für einen Zentner Wolle gezahlt. Im Jahre 1529 dagegen verkaufte der Rentmeister von Henneberg einen Zentner Wolle für 8, 9 und 10 Gulden, je nach Qualität.⁵⁸

In der Taxordnung von 1518 wurde bestimmt, daß der "Ausländer" für 1 langes Tuch 2 Groschen und der "Landseß" 1 Groschen Waagegebühr zu zahlen hatte. Der Preis betrug also zwischen 12 und 24 Gulden. Aus Amtsrechnungen ließen sich für "rot lundisch" Tuch Preise zwischen 22 und 28 Gulden feststellen. Ein "leberfarb" Tuch war für 22 Gulden gekauft worden.⁵⁹

Diese Beispiele erheben natürlich noch keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit, sie zeigen aber doch, in welchen Grenzen sich die Waage-Einschätzungen und die tatsächlichen Preise bewegten. Hier werden noch umfangreiche Untersuchungen notwendig und Preisübersichten über längere Zeiträume erforderlich sein, um zu Verallgemeinerungen zu kommen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch, daß die Taxordnung die Verkaufspreise als Maßstab nahm, die Beispiele aber oftmals die Erzeugerpreise angeben.

53 Ebenda, Reg. Bb 4336, Ausgabe f. d. kf. Küche.

54 Ebenda, Reg. Bb 4336.

55 Ebenda; ebenda, Bb 1236.

56 StA Magdeburg, Rep. A 33, S I, Nr. 2.

57 StA Weimar, Reg. Cc 727.

58 Ebenda, Reg. Aa 2880; StA Magdeburg, Rep. A 33, S I, Nr. 3 I; ebenda, Nr. 4.

59 StA Magdeburg, Rep. A 33, S I, Nr. 2; ebenda, Nr. 4; StA Weimar, Reg. Cc 727. Vgl. außerdem Buchwald, Georg, a. a. O., S. 21.

Die Berechnung der Gebühren nach dem Schema 1 alter Pfennig bei 1 Gulden Warenwert war in dem Sinne konstant, daß das Verhältnis stets gleich blieb. Veränderungen mußten sich aber in dem Augenblick ergeben, wenn die Preise stiegen, die Quantitätsgrundlagen (Zentner, Ballen, Sack, Last, Tonne usw.) aber beibehalten wurden. Bei der in diesem Fall einsetzenden Gebührenerhöhung blieb die alte Taxordnung jedoch als Rahmen durchaus erhalten.⁶⁰ Geradezu beispielhaft ist in diesem Sinne ein undatiertes "Taxbüchlein" aus dem Stadtarchiv Leipzig⁶¹ mit den alten Waagezollsätzen, in das später die neuen erhöhten Gebühren eingetragen wurden. Im Vorsatz des "Taxbüchleins" heißt es dazu: "dieses Taxbüchlein ist izo das ältiste so zu befinden ist, man etwan umb Ao 1500 geschrieben worden sein. Der Grundt dieses ist ein alter Pfenning oder 1 1/2 neuer Pfenning vom Gulden, wie under worth Safran zu befinden . . . daß aber weniger als izo gegeben wirth, mag die Ursache sein, weil alles wohlfeyley gewesen." Die Gebührenerhöhung war durchaus nicht gleichmäßig und auch nicht durchgängig, so daß sich hier noch vielfältige Möglichkeiten für weitere Untersuchungen zur Preisgeschichte ergeben.⁶² Ob der Inhalt einer Notiz am Schluß der Taxordnung zutraf, konnte nicht festgestellt werden: "Zu zeiten, so die wharfelt, tregt es (nehmen die Gebühren - M. S.) zu, so die aber steigt, tregt es ab. Im mittel mocht es ungeferlich geleich zu treffen."⁶³

Durch die Taxordnungen werden die Waageabrechnungen zusätzlich interessant: Auch wenn aus diesen Rechnungen nur die Höhe der Gesamteinnahmen hervorgeht und nicht die Art und Quantität der einzelnen Güter, so ermöglicht eine vergleichende Übersicht über die Einnahmen eine außerordentlich aufschlußreiche Charakterisierung der Leipziger Messen. Immerhin läßt sich, ausgehend von dem Verhältnis der Waagegebühr zum Warenwert, der Gesamtwert der importierten Waren einschätzen. Bereits auf den ersten Blick ergibt sich, daß die Messen und damit der überregionale Warenaustausch großen Stils nicht nur das wirtschaftliche Leben entscheidend bestimmten, sondern daß Leipzig sich tatsächlich auch zu einem zentralen Markt entwickelt hatte.

Einige Beispiele können den Beweis dafür erbringen:

Während der Ostermesse 1471 (vom 6. bis 11. Mai) wurden an der Waage 177 Schock 27 Groschen 4 Pfennig 1 Heller (= 507 Gulden 4 Pfennig 1 Heller)⁶⁴ eingenommen, bis zum Beginn der Michaelismesse am 7. Oktober (für 21 Wochen) aber nur 44 Schock 10 Groschen (= 126 Gulden 4 Groschen). Die Michaelismesse brachte dem Rat 171 Schock 31 Groschen ein (= 490 Gulden 1 Groschen), die Zeit bis zur Neujahrsmesse, das waren 13 Wochen, aber nur 31 Schock (= 88 Gulden 12 Groschen). Daß es sich dabei nicht etwa um eine jahreszeitlich bedingte Ver-

60 Bereits die Taxordnung aus dem "Gelben Buch" hatte Spielraum für Preisschwankungen; bei Hecht heißt es z. B. "von der 'thun . . . 4 d, darnach er teuer ist", bei Mandeln "vom Ztr. 3 gr, auch 4 - 5 gr, nach dem sie gelten".

61 Stadtarchiv Leipzig, Tit. XVIII, Nr. 115.

62 Ein Beispiel für einen Preisrückgang findet sich bei "Preussische(m) Leder", bei dem für 100 Stück zunächst 4 Groschen, dann nur 2 Groschen zu zahlen waren (ebenda, S. 12).

63 Stadtarchiv Leipzig, Gelbes Buch, Taxordnung in der Wage.

64 Zur Umrechnung vgl. Anm. 42 u. 43 dieses Beitrags.

minderung des Warentransportes handelte, zeigen die Einnahmen zur Neujahrsmesse 1472, die immerhin 148 Schock 36 Gulden 3 Pfennig (= 424 Gulden 12 Groschen 3 Pfennig) betragen,

Die Jahreseinnahmen an der Waage vom Februar 1471 bis zum Februar 1472 - Anfang und Ende eines Rechnungsjahres war jeweils der Ratswechsel - beliefen sich auf 667 Schock 10 Groschen 7 Pfennig 1 Heller (= 1906 Gulden 4 Groschen 7 Pfennig 1 Heller), davon 497 Schock 34 Groschen 7 Pfennig 1 Heller (= 1421 Gulden 13 Groschen 7 Pfennig 1 Heller) allein während der Messen.

Dieses Bild wiederholt sich laufend. Nachdem der Rat 1480 die Waage hatte "erweyten lassen", nahm er 1481 von 817 Schock 46 Groschen (= 2336 Gulden 10 Groschen) Jahreseinnahmen zum Ostermarkt 195 Schock 40 Groschen (= 559 Gulden 1 Groschen) ein, zum Michaelismarkt 171 Schock 48 Groschen (= 490 Gulden 18 Groschen) und zum Neujahrsmarkt 1482 gar 204 Schock 56 Groschen (= 590 Gulden 6 Groschen). 1491 ist die gleiche Tendenz festzustellen: Die Messe bestimmt den Wareneingang. 634 Schock 40 Groschen 6 Pfennig (= 1813 Gulden 7 Groschen 6 Pfennig) waren die Jahreseinnahme, davon gingen zur Ostermesse 171 Schock 15 Groschen (= 489 Gulden 6 Groschen) ein, zur Michaelismesse 143 Schock 8 Groschen 6 Pfennig 1 Heller (= 408 Gulden 12 Groschen 6 Pfennig 1 Heller) und zur Neujahrsmesse 200 Schock 10 Groschen 3 Pfennig (= 571 Gulden 19 Groschen 3 Pfennig). Auch 1501 bewegten sich die Einnahmen an der Waage in ähnlicher Höhe wie in den vorangegangenen Jahren und betragen 732 Schock 1 Groschen 7 Pfennig (= 2091 Gulden 10 Groschen 7 Pfennig), mit dem Schwerpunkt auf der Neujahrsmesse 1502. Hier wurden 220 Schock 45 Groschen (= 630 Gulden 15 Groschen) kassiert.

Nach kontinuierlichen Steigerungen in den ersten Jahren des 16. Jahrhunderts erfolgte dann der entscheidende Durchbruch⁶⁵: Verzeichnen die Hauptrechnungen für 1505 bereits 925 Schock 46 Groschen 3 Pfennig (= 2645 Gulden 1 Groschen 3 Pfennig) an Jahreseinnahmen an der Waage, so sind es 1507 erstmals über tausend, nämlich 1043 Schock 1 Groschen 2 Pfennig 1 Heller (= 2980 Gulden 1 Groschen 2 Pfennig 1 Heller), wobei abermals die Neujahrsmesse mit 272 Schock 56 Groschen 2 Pfennig 1 Heller (= 779 Gulden 17 Groschen 2 Pfennig 1 Heller) den Hauptteil trug. Mit geringen Schwankungen bewegen sich die jährlichen Waageeinnahmen in der folgenden Zeit um 1000 Schock. 1511 waren es 1007 Schock 36 Groschen 7 Pfennig 1 Heller (= 2878 Gulden 16 Groschen 7 Pfennig 1 Heller). Im Verlaufe des zweiten Jahrzehnts des 16. Jahrhunderts stiegen die Einnahmen immer mehr, so daß sie 1521 bereits 1284 Schock 43 Groschen (= 3670 Gulden 13 Groschen) und 1526 sogar 1404 Schock 5 Groschen (= 4011 Gulden 14 Groschen) betragen. Dazwischen hatten sich die Einnahmen - offensichtlich unter dem Einfluß des Bauernkrieges - etwas verringert: 1525 wurden nur 1196 Schock 31 Groschen (= 3418 Gulden 13 Groschen) kassiert.⁶⁶

65 Es erscheint dennoch zweifelhaft, ob sich hier ein Zusammenhang mit den Privilegien von 1497 und 1507 ergibt: Der Widerstand der anderen mittel-deutschen Handelszentren war noch lange nicht gebrochen und die neuen Rechtsgrundlagen brachten allein keine Handelssteigerung. Auf jeden Fall sind auch hier weitere Untersuchungen notwendig.

66 Ein Vergleich mit den Geleitsrechnungen 1524/25 und dem sich darin widerspiegelnden Warenverkehr läßt diese Vermutung zu. Der Warenverkehr auf den östlichen Straßen war davon allerdings nicht betroffen.

Werden nun diese Summen - mit allem gebotenen Vorbehalt⁶⁷ - in das Verhältnis gesetzt zum Warenwert entsprechend der Taxordnung 1 alter Pfennig für 1 Gulden, dann ergeben sich noch eindrucksvollere Zahlen.⁶⁸ Danach wurden zu den einzelnen Messen folgende Warenwerte an der Waage registriert:

1471	Ostermesse	507 fl				≈	95 827 fl
	Michaelismesse	490 fl	1 gr			≈	92 619 fl
1472	Neujahrsmesse	424 fl	12 gr	3 d		≈	80 246 fl
1481	Ostermesse	559 fl	1 gr			≈	105 660 fl
	Michaelismesse	490 fl	18 gr			≈	92 772 fl
1482	Neujahrsmesse	590 fl	6 gr			≈	111 564 fl
1491	Ostermesse	489 fl	6 gr			≈	92 475 fl
	Michaelismesse	408 fl	12 gr	6 d		≈	77 224 fl
1492	Neujahrsmesse	571 fl	19 gr	3 d		≈	107 903 fl
1501	Ostermesse	480 fl	1 gr			≈	90 729 fl
	Michaelismesse	426 fl	5 gr			≈	80 559 fl
1502	Neujahrsmesse	630 fl	15 gr			≈	119 205 fl
1511	Ostermesse	797 fl	15 gr			≈	150 768 fl
	Michaelismesse	657 fl	5 gr			≈	124 218 fl
1512	Neujahrsmesse	719 fl	16 gr			≈	136 035 fl
1521	Ostermesse	918 fl	12 gr			≈	173 610 fl
	Michaelismesse	778 fl	14 gr			≈	147 168 fl
1522	Neujahrsmesse	952 fl	10 gr			≈	179 829 fl
	Ostermesse	954 fl	11 gr			≈	180 405 fl
	Michaelismesse	695 fl	15 gr			≈	131 490 fl
1523	Neujahrsmesse	794 fl	3 gr			≈	150 066 fl
	Ostermesse	984 fl	5 gr			≈	185 976 fl
	Michaelismesse	776 fl	3 gr			≈	146 691 fl

67 Aus den Hauptrechnungen geht z. B. nicht hervor, ob zu den Waageeinnahmen auch der Schlägeschatz und der Zoll zu rechnen sind. (Vgl. dazu Rachel, Walter, Verwaltungsorganisation und Ämterwesen der Stadt Leipzig bis 1627, Leipzig 1902, S. 90: "Außer dem Wagegelde erhob der Wagemeister auch Zoll und den Schlägeschatz von allen in Leipzig ge- und verkauften Waren".) Zoll und Schlägeschatz sind in den Waageordnungen jedenfalls nicht erwähnt, auch nicht bei den Pflichten der Waagemeister und der Waagebeisitzer. - Zu berücksichtigen sind auch Vergünstigungen für einheimische Kaufleute, die - oft in "gesellschaft" mit auswärtigen Kaufleuten - Bestimmungen der Waageordnungen umgingen und weniger Waagegeld zahlten oder zahlen wollten. Hier werden erste weitere Untersuchungen Klarheit schaffen können. - Neben der Hauptwaage gab es aber noch die Woll- und die Flachswaage, deren Einnahmen offensichtlich nicht in diesen ausgewerteten Waagerechnungen erfaßt sind. Außerdem mußte auch Transitgut in der Waage versteuert werden, die Beträge sind also mit bei der Hauptwaage abgerechnet worden. Vgl. dazu die Taxordnung (Stadtarchiv Leipzig, Tit. XVIII, Nr. 115, S. 5): "Durchfahrt. Alle gueter die herkommen, nidergelegt und nicht verkauft, wider aufgeladen und weckgeuert werden, gibt man von yedem Stück, sei es groß oder klein, 4 d."

68 Die Umrechnung erfolgte auf der Grundlage der alten Währungsrelationen (1 gr = 9 d; 1 fl = 189 d).

1524	Neujahrsmesse	688 fl	7 gr	≙	130 095 fl
	Ostermesse	1 053 fl	8 gr	≙	199 089 fl
	Michaelismesse	760 fl	5 gr	≙	143 685 fl
1525	Neujahrsmesse	877 fl	8 gr	≙	165 825 fl
	Ostermesse	731 fl	7 gr	≙	138 222 fl
	Michaelismesse	865 fl	3 gr	≙	163 512 fl
1526	Neujahrsmesse	740 fl	13 gr	≙	139 977 fl
	Ostermesse	909 fl	12 gr	≙	171 909 fl
	Michaelismesse	788 fl	11 gr	≙	149 031 fl
1527	Neujahrsmesse	761 fl	20 gr	≙	144 009 fl
	Ostermesse	952 fl	10 gr	≙	180 018 fl
	Michaelismesse	935 fl	2 gr	≙	176 733 fl
1528	Neujahrsmesse	1 072 fl	5 gr	≙	202 648 fl
	Ostermesse	1 153 fl	18 gr	≙	218 079 fl
	Michaelismesse	872 fl	17 gr	≙	165 961 fl
1529	Neujahrsmesse	963 fl	17 gr	≙	182 164 fl

Diese Warenwerte beziehen sich nur auf die Waageeinnahmen während der Messezeiten, das heißt auf insgesamt etwa drei Wochen, denn der Waagemeister mußte zwischen den Messen gesondert abrechnen.⁶⁹ "Die Ostermesse währte vom Sonntag Jubilate bis zum Sonntag Cantate, die Michaelismesse vom Sonntag nach Michaelis bis zum Sonntag darnach und die Neujahrsmesse vom Neujahrstag bis zum vollendeten siebenten Tag darnach."⁷⁰ Während der Sonntage durfte nicht gehandelt werden. "Das sog. Aufbuden, d. h. der Beginn des Meßhandels, wurde erst an den Montagen nach dem Einläuten der Frühjahrs- und der Herbstmesse und am 2. Januar gestattet. . . Eingeläutet aber wurde die Messe stets am Sonntag Jubilate, am Sonntag nach Michaelis und am Neujahrstage durch die Glocke auf dem Rathause des Mittags um 12 Uhr, eine Viertel Stunde lang, und ebenso wurde die Messe am siebenten Tage darnach des Mittags wieder ausgeläutet. Infolge des starken Verkehrs wurde die Messe schon im 16. Jahrhundert allmählich von einer Woche auf drei Wochen verlängert."⁷¹

Aufgrund der Waageeinnahmen lassen sich über lange Jahrzehnte hinweg der Umfang und die Tendenzen im überregionalen Warenaustausch auf den einzelnen Leipziger Messen erfassen. Gleichzeitig ist es möglich, äußere Einflüsse auf

69 1471 rechnete der Waagemeister am 4. 5. die Einnahmen für die Zeit vor der Jubilatemesse ab, die am 6. 5. begann und am 11. 5. endete; noch am 11. 5. wurden die Messeeinnahmen in die Hauptrechnungen eingetragen. Die nächsten Eintragungen erfolgten am 5. 10. für die Zwischenzeit bis zur Michaelismesse, am 19. 10. für die Michaelismesse (vom 7. 10. bis 12. 10.), am 28. 12. für die Zwischenzeit bis zur Neujahrsmesse und für die Neujahrsmesse am 11. 1. 1472.

70 Vgl. dazu Kroker, Ernst, Handelsgeschichte . . ., a. a. O., S. 82.

71 Möglicherweise zeichnet sich diese Entwicklung bereits in den 20er Jahren des 16. Jh. ab: Der Waagemeister rechnete 1528 die am 3. 5. eingeläutete Ostermesse erst am 15. 5., d. h. nach zwei Wochen, ab; die Michaelismesse, eröffnet am (Mo.) 6. 10., wurde am 26. 10. abgerechnet, und die Neujahrsmesse 1529 wurde gar erst am 1. 2. in den Hauptrechnungen abgeschlossen.

die Messeschäfte festzustellen, etwa auch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges. ⁷²

Neben diesen allgemeinen Erkenntnissen läßt sich aber mit Hilfe anderer Recheneintragungen auch der Charakter der Leipziger Messen bestimmen: Er war geprägt vom Tuchhandel. In den Hauptrechnungen finden sich außer den Angaben über die Waageeinnahmen auch die über das zu zahlende Standgeld für die Verkaufsbuden zu den Messen. Es wurde dabei unterschieden zwischen großen und kleinen Buden und genau vermerkt, was pro Messe für welche Buden eingenommen wurde. Während zunächst - ab 1471 - nur die Summen eingetragen wurden, finden sich ab 1482 unter der Rubrik "große Buden" fortlaufend Bemerkungen wie "von allen stenden im gewanthouse", "ermant und im Gewanthouse inbracht", "von den großen Buden im Gewandhouse". (Unter der Rubrik "kleine Buden" wurden die Verkaufsstände "uff dem margkte" verstanden, in denen die anderen Güter gehandelt wurden.) Ab 1483 wird erwähnt, um wieviel Buden es sich jeweils gehandelt hat und daß pro Bude 20 Groschen Standgeld zu zahlen waren; 1492 und später wird der Mietsatz je Bude mit 22 Groschen angegeben. Wenn also auch nur die Summe des Standgeldes genannt ist, läßt sich nach dem Mietsatz die Anzahl der Buden errechnen. ⁷³

Da nun die Eintragungen über das Budengeld parallel zu denen des Waagegeldes vorgenommen wurden, lassen sich vielfältige Beziehungen herstellen. 1481 fielen auf der Ostermesse 91 Schock 10 Groschen (= 260 Gulden 10 Groschen), zur Michaelismesse 82 Schock 47 Groschen (= 236 Gulden 11 Groschen) und 1482 zum Neujahrsmarkt 60 Schock 54 Groschen (= 174 Gulden), das heißt, insgesamt 234 Schock 51 Groschen (= 671 Gulden) an Einnahmen für die großen Buden an. ⁷⁴ Dem stehen nur 195 Schock 38 Groschen 7 Pfennig (= 558 Gulden 20 Groschen 7 Pfennig) an Standgeld für die kleinen Buden gegenüber. Umgerechnet auf die jeweiligen Messen ergibt sich folgendes Bild: Zur Ostermesse wurden etwa 273 große Buden aufgestellt, ⁷⁵ zum Michaelismarkt 241 und zum Neujahrsmarkt 180. 1491 ist das Verhältnis der Einnahmen aus den kleinen Buden zu denen aus den großen Buden 192 Schock 19 Groschen 3 Pfennig 1 Heller (= 549 Gulden 10 Groschen 3 Pfennig 1 Heller) zu 233 Schock 52 Groschen 1 Pfennig 1 Heller (= 668 Gulden 4 Groschen 1 Pfennig 1 Heller). Auf Buden umgerechnet bedeutet das, daß 1491 zur Ostermesse 276, zur Michaelismesse 230 und 1492 zur Neujahrsmesse 187 große Buden aufgestellt bzw. vermietet wurden. ⁷⁶

⁷² Eine entsprechende Studie ist nach den Quellen bereits vorbereitet.

⁷³ Der Mietsatz von 22 Groschen war konstant bis 1629! In der Hauptrechnung zum Michaelismarkt 1629 heißt es: "Hierbey ist zu erinnern, daß dieß Marckts das Städtegeld auf dem Gewandhaus mit großer Mühe und vieler Beschwerung der frembden Tuchmacher, jeder stand, derer sich dieß Markts 217 1/2 befunden, umb 2 gr erhöht worden und also hiefuro 24 gr bezahlt werden müssen".

⁷⁴ Vergleiche zu 1471/72 wurden nicht angestellt, weil in diesem Jahr teilweise nach silbernen Schock abgerechnet wurde (1 silb. β = 1 β voriger Münze + 10 gr). Rachel, Walter, a. a. O., S. VII, gibt erst 1475 als Jahr der Münzumstellung an.

⁷⁵ Für die Höhe des Standgeldes der kleinen Buden fanden sich noch keine Angaben.

⁷⁶ Die Einnahmen an der Waage waren in diesem Jahr am höchsten zur Neujahrsmesse.

Ähnlich wie bei den Waageeinnahmen gal es auch bei dem Budengeld zwischen 1491 und 1501 keine wesentlichen Veränderungen; Im Rechnungsjahr 1501 betrug die Gesamtgebühren 352 Schock 10 Groschen 6 Pfennig (= 1006 Gulden 4 Groschen 6 Pfennig), und zu den Messen wurden 206 bzw. 164 bzw. 142 große Buden im Gewandhaus aufgestellt. In gleicher Höhe etwa bewegten sich auch die Budenzahlen in den nächsten Jahren. Dennoch macht ein Vergleich zwischen den Einnahmen an der Waage und dem Budengeld für jede einzelne Messe deutlich, daß Schwankungen in der Höhe der Einnahmen an der Waage ihre Ursache in der geringeren oder höheren Anzahl der großen Buden im Gewandhaus hatten. Das bedeutet: Vor allem der Tuchhandel bestimmte die Messegeschäfte.

Da nun Tuch ein echtes, eigentlich das Fernhandelsgut hoher Qualität und Wertigkeit war, ergibt sich auch aus der Vielzahl der Buden - an denen sicher nicht nur jeweils ein paar Ballen oder Stück Tuch verkauft wurden⁷⁷ -, daß der überregionale Warenaustausch bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts auf einer sehr hohen Stufe stand. Deshalb ist auch hier der Definition von Pach durchaus zuzustimmen, daß wir einen "modernen" Handel vor uns haben mit all seinen Voraussetzungen und Folgeerscheinungen.

Mit der Entwicklung der Leipziger Messen von Zentren mittelalterlichen und regionalen Handels zu Zentren des "modernen" Handels entwickelte sich auch die führende Schicht des Leipziger Bürgertums zum "modernen", mit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals verbundenen Bürgertum, zur frühen Bourgeoisie.

In seltener Offenheit findet sich diese Wandlung ausgedrückt in einer Notiz in den Hauptrechnungen von 1472: Der Rat der Stadt Leipzig investierte als Korporation direkt in der frühkapitalistischen Produktion. "Von geheißt wegen aller dreyer rete" kaufte Bürgermeister Scheibe 8 Kuxe in Schneeberg "am hohen forst im tiefen stollen zu der heiligen dreifaltigkeit" für 9 Schock 33 Groschen (= 29 Gulden 6 Groschen) "dem rate und gemeyner stat zuegut, nutz und frommen". Noch im gleichen Rechnungsjahr wurden vom Rat noch 4 Kuxe auf dem Wolfsberg zu St. Elisabeth, 12 Kuxe auf dem Wolfsberge Gegendrum, 2 Kuxe in der Alten Fundgrube (alle um Schneeberg), 2 Kuxe im Totteler bei Wolkenstein und schließlich 16 Kuxe "uff der gruben und zeechen uff dem Mockenberge, die Hasen genannt" für 411 Schock (= 1174 Gulden 6 Groschen) erworben.⁷⁸

⁷⁷ Vgl. z. B. Buchwald, Georg, a. a. O., S. 20, der ein Tuchgeldregister von Michaelis 1483 ausgewertet hat. Danach haben 345 Tuchmacher ihre Ware angeboten. "Sehr verschieden war die Menge an Tuchen, die die Einzelnen zur Messe brachten". Einer hatte 190 Stück Harras (ein ursprünglich in Arras hergestellter leichter Wollstoff, der oft als Futterstoff benutzt wurde), ein anderer 101 kurze (etwa 30 Ellen lange) und 21, 5 lange (etwa 44 Ellen lange) Tuche, ein dritter 171, 5 kurze Tuche. "Andere freilich hatten weit weniger Ware - bis zu einem einzigen Tuch".

⁷⁸ Es handelt sich um Anteile an der Zinngrube am Mückenberge bei Graupen. Wie sich aus den Rechnungen ergibt, waren es eigentlich zwei Gruben, an denen sich der Rat beteiligte: die "Hoffnung" und "Zu den Hasen". Vgl. auch Steinmüller, Karl, a. a. O., S. 62: "Die Neuzeit beginnt in Leipzig ... zwischen dem 29. Juli 1472 und dem 19. Mai 1477. Am erstgenannten Datum kaufte der Rat zwei Kuxe in der alten Fundgrube zu Schneeberg ('nachdem uff diese Zeit großer Trost und gute hoffnung darczu ist, das sie angehen sollte') für den Preis von 270 Gulden zuzüglich ein Gulden Zubeuß". Am zweiten Datum erfolgte die erste Ausschüttung.

Derartige Einträge und die Verrechnungen für die Zubeußen finden sich fortlaufend in den Hauptrechnungen, bezeichnenderweise unter dem Titel "Zufällige schlechte Ausgabe", während die Einnahmen aus dem Bergbau unter dem Titel "Zufällige Einnahme" notiert wurden.⁷⁹

Interessant ist nun, wie sich der Rat immer mehr in den verschiedenen Gruben, aber auch an Hütten engagierte und wie einzelne Ratsmitglieder aus der korporativen Beteiligung unmittelbaren Gewinn zogen. So gibt es immer wieder Vermerke, daß das aus den ratseigenen Bergwerksanteilen gewonnene Zinn an Ort und Stelle an den Ratsherrn Blasebalg oder an den Ratsherrn Hans Leimbach verkauft wurde. Beide waren aber nicht nur über den Metallhandel mit dem Bergbau verbunden, "Neben dem Bürgermeister Ludwig Scheibe, der die Seele dieser Unternehmungen (Kauf von Kuxen - M. S.) gewesen zu sein scheint, werden schon in den achtziger Jahren der spätere kurfürstliche Landrentmeister Hans von Leimbach, der höchste Finanzbeamte Friedrichs des Weisen, und der herzogliche Zehendner Jakob Blasbalg auf Lößnig ... als die Unterhändler und Berater des Rats oft genannt."⁸⁰

Somit schließt sich der Kreis. Über den umfangreichen Handel mit Massengütern und spezialisierten Massenbedarfsgütern führte der Weg zur Wandlung des Kaufmannskapitals, das zu einer Triebkraft für die kapitalistische Umwandlung der Wirtschaft wurde. "Nur durch das Erscheinen dieser 'modernen' Art Kaufmannskapital war es möglich, daß sich das Kaufmannskapital im allgemeinen - das zusammen mit dem Leihkapital die uralte 'vorsintflutliche Form des Kapitals' darstellte (Marx) - in ein industrielles (produktives) Kapital umzuwandeln begann".⁸¹

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

- Die Leipziger Messen sind bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts gekennzeichnet durch einen qualitativ und quantitativ hohen "modernen" Warenaustausch, der sich auf eine überregionale, weite Teile Europas erfassende Arbeitsteilung gründete.
- Der ständig und schnell steigende überregionale Warenaustausch ist ein wesentlicher Ausdruck für die verstärkt anwachsenden Elemente frühkapitalistischer Produktionsverhältnisse innerhalb und außerhalb Deutschlands, verbunden mit einer gezielten Marktproduktion, vor allem in den Bereichen der Montan- und Textilerzeugnisse.

⁷⁹ Ein dadurch über Jahrzehnte hin möglicher Vergleich zwischen den vom Rat für neu erworbene Bergwerksanteile ausgegebenen Kapitalien und den durch die Ausschüttung eingenommenen Summen läßt genau die Produktivität der einzelnen Gruben erkennen. Auch das Risiko einer Investition in damaliger Zeit hebt sich deutlich ab, ebenso der Marktwert der verschiedenen Kuxe. Die Quellen wurden über die Angaben bei Kroker, Ernst, Leipzig und die sächsischen Bergwerke, a. a. O., hinaus bereits exzerpiert.

⁸⁰ Ebenda, S. 39.

⁸¹ Pach, Zsigmond Pál, a. a. O., S. 189. - Zum Ost-West-Handel wird natürlich auch der Südwest-Nordost-Handel gerechnet, d. h. jener Warenverkehr, der von Nürnberg ausging und Leipzig passierte.

- Die Leipziger Messen stellten bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts an führender Position aller Handelszentren im mitteldeutschen Raum und vermittelten vor allem den Warenaustausch im West-Ost-Verkehr. Sie sind auch in dieser Hinsicht ein Ergebnis des mit der Warenproduktion verbundenen "modernen" Handels.

Никольская, Т. В. /Николюева, Е. В./Павловская, А. Л., Работы в области
истории географии VIII - XV ввв. на территории юго-западной части
Восточной Европы, юго-западной Азии, Юго-Восточной Европы, Юго-Восточной
Азии (на территории)

Verlag Nauka, Moskau 1988, 221 Seiten

Дипломатическая история
Никольская, Т. В. /Николюева, Е. В./Павловская, А. Л., Die Diplomatie in
mittelalterlichen Staaten um 8 - 15. Jh. v. Chr. - Über den Stand der diplomatischen
Arbeit der ersten Sklaverei in Zusammenhang mit der Entwicklung der
Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg.
v. Herbert Kober u. Joseph Vogl, Bd. 3 (im Folgenden: 3)

Frankfurt am Main Verlag Gießen, Wiesbaden 1972, 274 und 288 Seiten,
Preis: 18,- DM

Karl-Wilhelm Wehler, Beiträge zur mittelalterlichen Kriegsgeschichte, Teil 2: Armenien und
Sparta - Voraussetzungen zur mittelalterlichen Sklaverei. Im Auftrag der Kommission für
Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur,
hg. v. Joseph Vogl u. Hans Ulrich Seeismayr, Bd. 2 (im Folgenden: 2)

Frankfurt am Main Verlag Gießen, Wiesbaden 1974, 274 und 288 Seiten,
Preis: 18,- DM

Die Diplomatie der mittelalterlichen Staaten um 8 - 15. Jh. v. Chr. - Über den Stand der diplomatischen
Arbeit der ersten Sklaverei. In Verbindung mit der Kommission für
Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur,
hg. v. Joseph Vogl, redigiert von Herbert Kober u. Joseph Vogl (im
Folgenden: 3)

Frankfurt am Main, Bochum 1971, XIX und 167 Seiten

Elisabeth Charlotte Wehler, Probleme der Sklaverei als Privatwirtschaftsverhältnis
in der Antike - Abhandlungen der Kommission für Geschichte des Altertums der
Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. 1977, Nr. 6/7 (im Folgenden: 6)

Alademik-Verlag, Berlin 1977, 36 Seiten, Preis: 4,- DM

von Hagen Finkler

Die vorliegenden Bücher sind Eigentum der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der
Wissenschaften und der Literatur, stehen aber demnach für den persönlichen Gebrauch der Mitglieder
zur Verfügung.

Sklaven und Sklavereigesellschaft im Altertum

Probleme und Gedanken zu Veröffentlichungen über die Sklaverei

Blavatskaja, T. V. /Golubcova, E. S. /Pavlovskaja, A. I., Rabstvo v éllinističeskich gosudarstvach vIII - Ivv. do n. é. Issledovanija po istorii rabstva v antičnom mire, unter der Redaktion v. K. K. Zel' in, S. L. Utčenko, E. M. Štaerman (im folgenden: I)

Verlag Nauka, Moskau 1969, 321 Seiten

Deutschsprachige Ausgabe:

Blavatskaja, T. V. /Golubcova, E. S. /Pavlovskaja, A. I., Die Sklaverei in hellenistischen Staaten im 3. - 1. Jh. v. Chr. = Übersetzungen ausländischer Arbeiten zur antiken Sklaverei in Zusammenarbeit mit der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Herbert Bräuer u. Joseph Vogt, Bd. 3 (im folgenden: II)

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1972, III und 289 Seiten,
Preis: 46,- DM

Karl-Wilhelm Welwei, Unfreie im antiken Kriegsdienst, Teil 1: Athen und Sparta = Forschungen zur antiken Sklaverei. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Joseph Vogt u. Hans Ulrich Instinsky, Bd. 5 (im folgenden: III)

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1974, VII und 210 Seiten,
Preis: 68,- DM

Bibliographie zur antiken Sklaverei. In Verbindung mit der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Joseph Vogt, redaktionelle Bearbeitung Norbert Brockmeyer (im folgenden: IV)

Brockmeyer, Bochum 1971, XIX und 181 Seiten

Elisabeth Charlotte Welskopf, Probleme der Sklaverei als Privateigentumsverhältnis in der Antike = Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften, Jg. 1977, Nr. 6/G (im folgenden: V)

Akademie-Verlag, Berlin 1977, 50 Seiten, Preis: 4,- M

von Hagen Fischer

Die vorliegenden Bücher behandeln unterschiedliche geographische und zeitliche Räume, stehen aber dennoch in enger thematischer Verbindung. Die Bibliographie

stellt sich zur Aufgabe, die wesentlichsten seit dem 18. Jahrhundert erschiene-
nen Arbeiten über Sklaverei im Altertum zusammenzustellen. Welskopf befaßt
sich mit Problemen zur Definition der Sklaverei in der gesamten Antike. Da-
gegen behandeln die beiden anderen Werke einzelne Territorien und ihre cha-
rakteristischen Probleme zu diesem Thema: Für Nordwestgriechenland, Klein-
asien und Ägypten zur Zeit des Hellenismus untersuchen Blavatskaja, Golubcova
und Pavlovskaja Formen der Sklaverei.¹ Welwei hingegen macht auf ein Problem
aus dem antiken "klassischen" Griechenland aufmerksam, das viel diskutiert,
doch ebenso umstritten ist. Er zeigt, wieviel auch hier noch an Forschungsar-
beit zu leisten ist. Das Quellenmaterial, das herangezogen werden kann, ist
außerordentlich dürftig. Welwei war sich dieser Schwierigkeit bei der Bewälti-
gung seines Themas offensichtlich bewußt. Das zeigt die vorsichtige Formulie-
rung vieler seiner Thesen (III, zum Beispiel S. 18, 28, 33).²

Steht man schon bei einem Teilkomplex der antiken Sklavereiverhältnisse auf
schwankendem Boden, um so schwieriger ist es, Einzelbeobachtungen aus bis-
her weniger beachteten Gebieten, denen sich die drei sowjetischen Autorinnen
zugewandt haben, zu tragfähigen Verallgemeinerungen zusammenzufassen. Ent-
sprechend groß ist die Zahl der Thesen, die eine Erörterung verdient hätten,
deren Bedeutung und Problematik zu würdigen wäre. Doch nur wenige Aspekte
können hier herausgegriffen werden.

Begonnen sei mit einer Feststellung: Drei der hier vorliegenden Bände haben
das Wort "Sklaverei" in ihre Titel aufgenommen, ein weiterer ist innerhalb
einer Reihe "Forschungen zur antiken Sklaverei" erschienen, berücksichtigt
laut Deckblatt jedoch allgemeiner "Unfreie". So liegt die Frage einerseits nach
Unterschieden, andererseits nach Gemeinsamkeiten zwischen "Sklaven" und
"Unfreien" nahe, zumal sich bei den zu besprechenden Bänden der Inhalt auf
unterschiedliche Gebiete und Zeiten erstreckt, wo die antike Sklaverei nicht
typisch war, andere Formen der Unfreiheit vorherrschten. So schreiben die
drei sowjetischen Althistorikerinnen - wie oben schon erwähnt - über Territo-
rien in der Periode des Hellenismus, also einer Zeit, in der selbst in Griechen-
land die Blütezeit der auf antiker Sklaverei beruhenden Polisdemokratie über-
schritten war.

Man wäre interessiert zu erfahren, welche Unterschiede Welwei zwischen Skla-
ven etwa in Handwerksstätten Attikas und der wichtigsten ausgebeuteten Klasse
in Sparta, den Heloten, sieht. Aus dem verschiedenartigen Verhältnis von Helo-
ten (oder Periöken, die der Autor ebenfalls berücksichtigt) und athenischen Skla-
ven zu den Produktionsmitteln ergeben sich zwangsläufig Spezifika in der Mög-
lichkeit ihrer Heranziehung zum Heeresdienst.

Bei der Bibliographie wiederum wird anhand der ausgewählten Werke, die aufge-
nommen wurden, deutlich zu machen sein, was Herausgeber und Bearbeiter unter
Sklaverei (wie aus dem Titel zu ersehen, eingegrenzt auf "antike Sklaverei") ver-
stehen.

1 Blavatskaja, T. V., Zur Geschichte der Sklavenhaltung in den nordwestlichen
Gebieten Griechenlands (II, S. 3 - 105); Golubcova, E. S., Sklaverei und Ab-
hängigkeit im hellenistischen Kleinasien (II, S. 107 - 170); Pavlovskaja, A. I.,
Die Sklaverei im hellenistischen Ägypten (II, S. 171 - 275).

2 Die in Klammern gesetzten Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier
besprochenen Bücher, die mit I - V gekennzeichnet sind.

Es wäre also zunächst die Frage zu stellen: Wie grenzen die Autoren die in den von ihnen untersuchten Räumen vorhandene Sklaverei als Ausbeutungsform von anderen ab, und wie definieren sie den vielschichtigen Begriff "Sklave"? Bei Welwei fällt zunächst auf, daß er "Unfreier" und "Sklave" recht häufig unterschiedlos auffaßt: "Die Verwendung von Unfreien im Kriegsdienst ist eines der merkwürdigsten Phänomene der Antike. . . Schutz und Verteidigung des Staates oblagen in Griechenland und Rom grundsätzlich den Freien, d. h. die Wehrverfassung entsprach der Dichotomie der Gesellschaft in Freie und Unfreie. Dieses Prinzip war in Frage gestellt, wenn Sklaven zum Kriegsdienst und Waffendienst aufgeboten wurden" (II, S. 1; Hervorhebungen - H. F.). So heißt es schon im Vorwort. - Völlig berechtigt wendet sich Welwei in einem späteren Absatz den Heloten zu und bemerkt, daß ihre Behandlung in seiner Arbeit keiner Rechtfertigung bedürfe. Doch ist seine Begründung sehr formal: "Die an die Scholle gebundenen Klaros-Bauern Spartas, die einerseits ihren individuellen Herrendiensten, andererseits aber als Angehörige einer unterworfenen Bevölkerungsschicht unter der Verfügungsgewalt der *κοινωνία* der Spartiaten standen . . . galten nach antiken Rechtsvorstellungen allgemein als *δοῦλοι*. Diese Bezeichnung entsprach auch dem amtlichen Sprachgebrauch der Spartaner" (III, S. 108).

Diese bereits bei Lotze nachlesbare Feststellung ist indessen nicht vorbehaltlos zu unterstreichen. Ebenfalls bei Lotze befindet sich der Hinweis, Herodot, der "Vater der Geschichtsschreibung", wende weder den Begriff *dulos* noch davon abgeleitete Verben auf die Helotie an.³ Bei Aristoteles heißt es in bezug auf Sparta: *τοὺς δὲ γεωργήσοντας μάλιστα . . . δούλους εἶναι*⁴ das heißt, diejenigen, die Ackerbau betrieben, seien im allgemeinen - also nicht durchweg - *duloi*. Plutarch verwendet zwar häufig die Bezeichnung *duloi* an Stelle von Heloten,⁵ dort jedoch, wo er letztgenannten Begriff benutzt, unterscheidet er zwischen *duloi* und Heloten.⁶ Die klarste Abgrenzung jedoch nennt Welwei selbst, indem er Pollux 3, 83 zitiert, der die Heloten zwischen Freien und *duloi μεταξὺ ἐλευθέρων καὶ δούλων* einstuft. Doch tut Welwei diesen Hinweis des antiken Autors mit dem Hinweis ab, Pollux habe die Heloten hier offenbar "primär unter dem Aspekt ihrer wirtschaftlichen Stellung" betrachtet (III, S. 108). Mit anderen Worten, der Autor erkennt zwar, daß sich antike Sklaven von Heloten unterscheiden, betrachtet es aber für sein Thema als irrelevant. Gerade dadurch, daß er ausdrücklich ökonomische, also im wahrsten Sinne des Wortes grundlegende Aspekte beiseite schiebt, bleibt seine Darstellung dort, wo er diese Enge nicht zu sprengen vermag, auf eine bloße - wenn auch sehr nützliche - Auswertung von Quellen beschränkt. Das muß sich - wie noch zu zeigen sein wird - dort nachteilig auswirken, wo Welwei versucht, zu verallgemeinern und größere Zusammenhänge darzustellen.

Daß Welwei darauf verzichtet, ökonomische Kriterien für die Bestimmung von Klassen und Schichten heranzuziehen, führt mindestens potentiell zu Fehlschlüs-

3 Lotze, Detlef, Studien zur Rechtsstellung unfreier Landbevölkerungen in Griechenland bis zum 4. Jahrhundert v. Chr., Berlin 1959, S. 27 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Altertumswissenschaft, Bd. 17.

4 Aristoteles, *Politica* 7, 9, 9.

5 Vgl. z. B. Plutarch, *Lykurg* 2.

6 Derselbe, *Comparatio Lycurgi et Numae* 2.

sen. Doch es muß außerdem auch die Frage gestellt werden, ob es berechtigt ist, allein aus der Bezeichnung dulos in griechischen Quellen auf das Vorhandensein von Sklaven zu schließen. Gerade angesichts der Vieldeutigkeit dieses Begriffs erweist sich das als unmöglich. Deshalb besagt der Hinweis bei Welwei (III, S. 108), die spartanischen Heloten hätten allgemein als duloi gegolten, wenig, so vom Autor auch an anderer Stelle überzeugend begründet (III, S. 28). Verzichtet man auf eine minutiöse Analyse des Kontextes einer Quellenstelle, unterbleibt eine genaue Datierung, so ist es kaum möglich, den sozialen Stand eines Unfreien aus einem antiken Text exakt zu bestimmen. Die Bedeutung verschiedener Termini war im Laufe der Zeit erheblichen Veränderungen unterworfen; nicht immer waren sie klar voneinander abgegrenzt. Lencman hat anhand verschiedener von ihm ausgewerteter Belegstellen den dulos als zwar "einen unfreien Menschen, aber immerhin einen Menschen" zu charakterisieren versucht. Er stünde in gewissem Gegensatz zum "andrapodon", das er mit "instrumentum vocale" gleichsetzt.⁷

Den vielleicht wichtigsten Fingerzeig zur Einordnung des dulos gibt Welskopf mit dem Hinweis, daß dieser Terminus generell "auf das Dienen in Abhängigkeit überhaupt im Gegensatz zur freien Tätigkeit" (Hervorhebung - H. F.) bezogen ist. Folglich konnte dulos als ein Begriff, in dem die weitestgehende Verallgemeinerung und der Gegensatz zum eleutheros impliziert gewesen sei, "wiederum sowohl den Sklaven als auch den formell freien 'Knecht' bedeuten" (V, S. 5).

Ähnlich äußert sich Gschnitzer für die klassische griechische Antike. An einem Beispiel definiert er, dulos sei der Unfreie, "nicht der 'Sklave'". Allerdings verenge sich die Bedeutung des Wortes dulos in hellenistischer Zeit, doch bringt er hierfür keine Belege, im Gegenteil sei letztere Überlegung nur "ein erster Versuch" und "eine erste tastende Deutung".⁸

Eine wichtige soziale Schicht der duloi im hellenistischen Ägypten nennt Pavlovskaja, die hieroduloi, "die von Tempeln abhängig sind, deren Status man aber nicht mit dem der Sklaven gleichsetzen darf" (II, S. 275). Doch wird diese Einschränkung dort aufgegeben, wo der Begriff dulos ohne Zusätze erscheint. Direkt ausgesprochen wird das von Golubcova, die glaubt, daß "'duloi' in der Stadt eine verallgemeinernde Bezeichnung für verschiedene Arten von Sklaven war". Dabei sieht sie im dulos ausdrücklich kein instrumentum vocale. Doch gerade diese Bezeichnung gilt als Synonym für den Sklaven in der "entwickelten Sklavenhaltung", die, nach Golubcova, in den Städten des hellenistischen Kleinasien vorherrschend war (II, S. 114 f.).⁹

7 Lencman, Ja. A., O drevnegrečeskich terminach, oboznačajuščich rabov, in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 2/1951, S. 59.

8 Gschnitzer, Friedrich, Studien zur griechischen Terminologie der Sklaverei, Heft 1: Grundzüge des vorhellenistischen Sprachgebrauchs, Wiesbaden 1964, S. 1283 ff. = Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Akademie Mainz 1963, Nr. 13.

9 Vgl. schon Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 210 Anm. 17: In der auf Sklaverei gegründeten Produktion sollte der Arbeiter sich "nach dem treffenden Ausdruck der Alten nur als instrumentum vocale von dem Tier ... unterscheiden". Aus dem Zusammenhang ist klar ersichtlich, daß Marx hier unter "Arbeiter" den Sklaven versteht.

Nun ist - was sich beim Begriff des dulos schon in anderer Weise zeigte - die Entwicklung der Sklavereiverhältnisse sehr unterschiedlich, sie durchläuft eine Stufenleiter von wenig entwickelter autarker Wirtschaftsform "bis zu dem, für den Weltmarkt arbeitenden, eigentlichen Plantagensystem".¹⁰ Entsprechend unterschied sich die Lage des Sklaven. Man sollte aber davon ausgehen, daß doch einige gemeinsame Kriterien zutreffen müßten: "Der Sklave ist ein für allemal verkauft", ist "Eigentum eines Herrn" und "gilt für eine Sache, nicht für ein Mitglied der... Gesellschaft"¹¹ und ist inofgedessen völlig rechtlos. Er arbeitet mit "fremden Produktionsbedingungen ... und nicht selbständig".¹²

Für die Antike schlägt Welskopf in ihrer Analyse der antiken Sklaverei den speziellen Begriff "Sklaverei als Privateigentumsverhältnis", kurz "Privatsklaverei", vor, um diese "von patriarchalisch-kultisch geprägten ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen" unter altorientalischen Bedingungen klarer abzugrenzen (V, S. 6 f.). Man wird abwarten müssen, ob sich diese Bezeichnung durchsetzen wird - prinzipiell darf man in diesem Vorschlag eine Anregung sehen, zu weiterer Differenzierung des breiten Feldes sozialer Abhängigkeitsformen zu gelangen. Gerade wo sie, wie bei Welwei, vernachlässigt wird, wird eine fruchtbare Diskussion außerordentlich erschwert. Das trifft auch dann zu, wenn der Autor es versäumt, den Leser darauf hinzuweisen, wo auf der Suche nach sozialen Kategorien die Quellen höchstens eine mehrdeutige Aussage zulassen, und das wird häufig der Fall sein. Das zum Beispiel zeigt in ihrem Beitrag Pavlovs-kaja, wenn sie feststellt: "Der Sklave war Besitz, aber man kann auf Grund der Mitteilungen der Papyri schwerlich folgern, daß der Sklave in der ägyptischen Gesellschaft als Ding angesehen wurde. Sogar in den gesetzgebenden Akten der Ptolemäer ist die Tendenz spürbar, die Sklaven als niederste Kategorie der Untertanen zu betrachten... In den gesellschaftlichen Beziehungen drückte sich das in der Undeutlichkeit der Grenzen zwischen Sklaverei und Freiheit aus, in der Differenzierung der Stellung der Sklaven, in ein und derselben Bezeichnung für die Flucht des Sklaven und für das Verlassen des Wohnortes und der Arbeit durch die örtliche Bevölkerung und in dem gleichen Asylrecht in Tempeln für Freie und Sklaven." Dagegen gebe es "scharfe Unterschiede in der Stellung der Sklaven, die 'Vertreter' (ihres Herrn bei bestimmten Aufträgen usw. - H. F.) waren, und der gewöhnlichen Sklaven... die für einfache physische Arbeit Verwendung fanden", so etwa in der Wirtschaft des Apollonios (I, S. 303).¹³ Auch in anderer Hinsicht lasse sich die Grenze zwischen Sklaven und Freien nicht deutlich ziehen, so etwa bei der Androhung körperlicher Züchtigung als Strafen, Registrierungen, Personenbeschreibungen usw.

10 Ebenda, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 812.

11 Engels, Friedrich, Grundsätze des Kommunismus, in: ebenda, Bd. 4, Berlin 1959, S. 366.

12 Marx, Karl, a. a. O., Bd. 3, S. 799.

13 In der deutschsprachigen Ausgabe wird S. 269 mit "ländlicher" Bevölkerung und "Agenten"-Sklaven übersetzt, doch dürften beide Begriffe nach deutschem Sprachgebrauch Assoziationen erwecken, die irreführend, auch ungenau wiedergegeben sind. Leider ist auch der Stil der Übersetzung dem deutschen Sprachempfinden nur wenig angepaßt worden. Die Zahl der aneinandergereihten Schemata sprengt mitunter ebenso die Grenze der Lesbarkeit wie die frei von allen Regeln gewählte Folge der Satzglieder. (Vgl. die Rezension zu diesem Buch von Diesner, Hans-Joachim, in: Theologische Literaturzeitung, 99. Jg. 1974, S. 767 ff.)

Wie bereits betont, verhalten die Quellen bei der Suche nach sozialen Aussagen höchstens dann zu relativ sicheren Schlüssen, wenn sie nicht nur unvoreingenommen, sondern außerordentlich minutiös interpretiert werden. Andernfalls werden die antiken Texte häufig überfordert, was zu meist unsicheren Ergebnissen führt, so etwa bei Blavatskaja. Gerade weil es sehr anregend für die Forschung ist, Relationen herzustellen zwischen Kaufpreis für einen Sklaven und den Mitteln, die dieser aufbringen muß, um von seinem Herrn nach gewisser Dienstzeit wieder die Freiheit zu erlangen, sollte man nicht Zusammenhänge, die nachgewiesen werden müßten, voraussetzen, ohne Gegengründe für Ausnahmen zu erwägen. Die Autorin hingegen geht in ihrem Abschnitt "Preise für Sklaven" (II, S. 18 ff.) davon aus, daß die Kluft zwischen Freilassungs- und Marktpreisen nicht sehr groß gewesen sein könne. Obwohl sich für diese These kaum Belege finden lassen, schließt sie daraus: "Deshalb sollte man die Freilassungspreise genauer betrachten in der Annahme, daß diese mehr oder weniger den Preisen auf den Sklavenmärkten entsprechen" (II, S. 20). Die dieser Prämisse folgende Quellenübersicht zeigt jedoch, wie zu erwarten war, daß die Aufwendungen, die der Unfreie machen muß, um seinen Status zu ändern, sehr unterschiedlich sind. Dabei untersucht die Verfasserin leider nicht, ob nicht eventuell ein Sklave, der die Möglichkeit hatte, relativ leicht zu größeren Ersparnissen zu gelangen, auch einen höheren Betrag an seinen Herrn zu leisten hatte gegenüber anderen, denen das überhaupt nicht möglich war. Auch folgender Gesichtspunkt muß hier eingeflochten werden:

Ob der Herr seinem Sklaven ein gewisses "Eigentum" einräumen wollte, hing allein von ersterem ab. Auch konnte er seinem Sklaven, selbst nachdem er ihn freigelassen hatte, den Grad der Freiheit durch bestimmte weiterlaufende Verpflichtungen beschränken. Das belegt die Verfasserin auch für ihr Gebiet an mehreren Beispielen. In solchen Fällen konnte der ehemalige Herr aus seinem früheren Sklaven weiterhin Gewinn schlagen; damit war es auch möglich, daß der Herr die Festlegung der Freikaufsumme nicht nur in (sofort zu zahlendem) Geld bemaß, "sondern auch in der darauffolgenden Arbeitsleistung als Freigelassener" (II, S. 21). Daraus folgt jedoch, daß die Freilassungskosten, die ein Sklave aufzubringen hatte, nicht in jedem Fall unmittelbar mit dem Kaufpreis für Sklaven korrespondieren mußten. Unberücksichtigt soll bleiben, ob nicht ein enges Verhältnis zwischen Sklave und Herrn ebenfalls Einfluß auf Form und Preis des Freiheitserwerbs hatte (II, S. 24).¹⁴

Die sozialen Wirren, die Kleinasien in der ersten Zeit nach der römischen Okkupation erlebte und die mit den Namen Aristonikos, illegitimer Sohn des letzten Königs von Pergamon, sowie Mithridates VI., König von Pontos, verknüpft sind, zwangen die römerfreundliche Oberschicht in einigen Städten zu einer teilweisen Aufwertung des Status ihrer Bewohner. Hier wurden auch die (freien) laoi basilikoi einbezogen ebenso die (unfreien) demosioi. Dabei wurden letztere zu Paröken. Nach Plutarch, Sulla 18, kämpften bei Mithridates im Jahre 86 v. u. Z. 15 000 ehemalige Sklaven, die vom König vorher freigelassen worden waren, wobei hier nicht untersucht werden soll, wie unfrei diese "Sklaven" vorher waren. Wir kommen noch darauf zurück, daß Athen in seiner Ausweglosigkeit am Ende des Peloponnesischen Krieges vorher freigelassene Sklaven in sein Heer einreihete.

14 Die Preise für Freilassungen von im Hause aufgewachsenen Sklaven waren nach den von der Autorin ausgewerteten Quellen nicht sonderlich hoch.

Diese Beispiele sind nicht nur deshalb interessant, weil weder eine Polis noch ein Königreich "sogar diese, eine der niedrigsten Kategorien, nicht zwingen konnte, Waffen zur Hand zu nehmen und zu kämpfen. . . Es mußte vielmehr eine Belohnung in Aussicht gestellt werden, nämlich die Freiheit für die Slaven" (II, S. 125). Dabei scheint es durchaus der Diskussion wert, ob etwa Pergamon, Athen oder gar Pontos, das noch keineswegs geschlagen war, keine Machtmittel zur Verfügung gehabt hätten, eine Bevölkerungsgruppe zum Heeresdienst zu zwingen. Im Falle von Pergamon oder Ephesos, das die Verfasserin als Beispiel wählte, ist nämlich erstens zu berücksichtigen, daß es sich hier um Präventivmaßnahmen der Städte gegen innere soziale Unruhen handelte. Zweitens war es in der klassischen Periode der antiken Sklaverei nicht ohne weiteres denkbar, "stimmbegabte Werkzeuge" neben freien Männern zur Verteidigung des Landes auf das Schlachtfeld zu schicken.

Gerade hier liegt der thematische Schwerpunkt der Arbeit von Welwei. Er versucht, alle greifbaren Quellen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, zusammenzufassen, auszuwerten und - ebenso notwendig - die Ausnahmen darzustellen und zu begründen. Allerdings muß er einräumen, daß man keineswegs voraussetzen kann, "daß die Rekrutierung von Unfreien bei den griechischen Historikern in jedem Fall erwähnt wird" (III, S. 93). Von diesem Unsicherheitsfaktor abgesehen, waren nach den Texten die Grenzen zwischen Freien und Unfreien im Militärdienst relativ klar. Welweis Ausführungen zeigen, daß Sklaven, wenn sie Seite an Seite mit Freien im Heer kämpften, im allgemeinen freigelassen wurden, so auch im erwähnten Fall von Pergamon. Das brauchte nicht ihre Einstufung als Vollbürger zu bedeuten, wohl aber eine "Emanzipation" (III, S. 27; II, S. 125), so auch geschehen bei Marathon oder Plataia durch die Athener. Die Beispiele lassen sich bis in römische Zeit fortführen.¹⁵

Etwas anderes war es, wenn es sich um "unfreie Waffenburschen, die in erster Linie für Hilfsdienste vorgesehen waren", handelte. Diesen "wurde - soweit wir wissen - in Griechenland niemals en bloc die Freiheit gewährt" (III, S. 29).¹⁶ Mit anderen Worten: Eine Verwischung der Termini in den Quellen geht nicht einher mit einer Vermischung der Institutionen im gesellschaftlichen Leben. So kann nur wiederholt werden, daß erst der Kontext zeigt, wie eine Bevölkerungsgruppe bzw. ein einzelner tatsächlich einzustufen ist. Wo die antiken Texte jedoch Personen erwähnen, die beispielsweise zu öffentlichen Diensten, sogenannten Liturgien, herangezogen werden, sollte sehr ernsthaft geprüft werden, ob die jeweilige Person nicht einen Status hat, der - wenn auch mit eventuell sehr starken Einschränkungen - einem Freien näherkommt als einem Sklaven. Dies sei namentlich mit Blickrichtung auf die hellenistischen Territorien betont, die nicht vorbehaltlos der antiken Produktionsweise zuzurechnen sind. Für Ägypten etwa kommt Pavlovskaja zu dem Schluß, daß die Sklavenarbeit in der Produktionssphäre gegenüber der Arbeit von Freien relativ unbedeutend blieb, während sie unter den Bediensteten viel mehr an Verbreitung gewann (I, S. 308).¹⁷

15 Vgl. u. a. Appian, *Mithridatica* 88 (zur Zeit des Lucullus); Caesar, *Bell. civ.* 1, 14; 3, 22.

16 Zu der etwas anderen Situation im Flottendienst vgl. III, S. 91 ff.

17 Die deutschsprachige Ausgabe spricht von der modernistisch anmutenden "Sphäre des Dienstleistungsbetriebs" (II, S. 273). Übrigens macht auch diese Aussage der Autorin ihre an anderer Stelle geäußerte Annahme unwahrscheinlich, die "Verwendung der Lohnarbeit freier Menschen, der Tagelöhner . . . und . . . Handwerker" sei bedeutend weniger gewinnbringend gewesen als die Verwendung von Sklavenarbeit. (Vgl. II, S. 273.)

Für Kleinasien ist die Quellenlage besonders schwierig, weshalb Golubcova für die dortige ländliche, meist im Innern der Halbinsel wohnende Bevölkerung eine allgemeingültige soziale Einstufung ablehnen muß. (II, S. 158). Doch glaubt sie, für die Städte einige Kriterien herausarbeiten zu können: "Somit verfügen wir nur über ganz summarische und lückenhafte Kenntnisse über die sozialen Beziehungen in den Städten sowie über die spezifischen Eigenheiten und den Charakter der Produktion, und nur der Aufstand des Aristonikos, seine Ausmaße und sein Elan verhelfen uns zur Erkenntnis, wie groß die Zahl der Sklaven in den Städten Kleinasiens in der Epoche des Hellenismus war" (II, S. 134). Gerade das stützt die Aussage nur scheinbar. Als einzige Quelle, die etwas über die sozialen Hintergründe dieser Rebellion aussagt, steht Strabons Angabe zur Verfügung. Danach (14, p. 646) sammelte Aristonikos "eine Menge Armer, sowohl anthropoi als auch duloi".¹⁸ Er versprach ihnen die Freiheit - welchen Grades bleibt in der Quelle unerwähnt. Wie immer jedoch man die anthropoi und duloi übersetzen mag, es ist wahrscheinlich, daß sie eine Definition der "Menge von Armen" sein sollen, es sich demnach jedenfalls nicht nur um Sklaven handeln kann. Die Möglichkeit also, aus dieser Formulierung auf den Anteil der Unfreien im Leben der hellenistischen Stadt in Kleinasien zu schließen, ist denkbar vage. Analog dem, was oben im Zusammenhang mit der Vieldeutigkeit des Wortes duloi gesagt wurde, möchte man auch hier annehmen, daß die Zahl der Sklaven verhältnismäßig niedrig anzusetzen ist.¹⁹ Andernfalls wäre zu vermuten, daß - ähnlich den zeitlich nicht weit auseinanderliegenden großen Sklavenaufständen etwa in Sizilien oder Italien - die antiken Autoren über die soziale Komponente des Aristonikos-Aufstandes klarer berichtet hätten. Es fällt doch auf, daß sie eher den Machtanspruch eines Königssohnes als das Aufbegehren von Unterdrückten hervorheben. Eine hervorragende Rolle von Sklaven sucht man ganz vergeblich.

Diese Bemerkung soll kein Versuch sein, die ökonomischen Hintergründe der Bewegung abzuschwächen. Sie kann aber verdeutlichen, daß die Quellen den Forscher beim Versuch, den Anteil der Unfreien auszumachen, im Stich lassen. Erkennt er jedoch das Schweigen der Quellen nicht als beweiskräftig und setzt Unfreie in relativ großem Ausmaß bei der Bewegung voraus, müßte ihre Herkunft, Einordnung und ihr Anteil am Produktionsprozeß auszumachen sein. Allein mit der Annahme einer Teilnahme von Sklaven ist ohne Quellenbeleg noch relativ wenig ausgesagt. Auch hier lassen sich bei den Fragestellungen um soziale Gruppen oder Klassen nur aufgrund gesicherter Quellenaussagen eindeutige Kennzeichnungen geben. Diese herauszuarbeiten ist sowohl unerläßlich, wenn gültige Aussagen zu allgemeinen Problemen der Sklaverei getroffen werden sollen, als auch wenn man speziellere Aspekte beleuchten will.

Diese oben schon gestellte Forderung muß man jedoch auch an eine Bibliographie richten, die ausdrücklich eine Literatursammlung "zur antiken Sklaverei" sein will - also zu einer Ausbeutungsform, auf deren Basis sich die Warenproduktion zu ihrer unter den Produktionsverhältnissen des Altertums höchstmöglichen Form

18 Die Interpretation als "bednota i raby" von Golubcova (I, S. 192), nach der die deutschsprachige Ausgabe "Arme und Sklaven" übersetzt (II, S. 164), stellt eine dem griechischen Text nicht ganz entsprechende Vereinfachung dar.

19 Vgl. dazu zuletzt Briant, Pierre, Remarques sur "laoi" et esclaves ruraux en Asie Mineure hellénistique, in: Actes du Colloque 1971 sur l'esclavage, Paris 1972, S. 110.

entwickeln konnte. Es mag dahingestellt bleiben, ob man unter "Forschungen des 17. und 18. Jahrhunderts zur Sklaverei" zwei Arbeiten von 1553 bzw. 1590 eingliedern kann (IV, S. 2 bzw. 3); und wenn man frühere Abhandlungen berücksichtigt, warum nur diese beiden? Es ist jedoch keine "Grenzfrage" mehr, wenn Abschnitt II "Chronologische Übersicht über die Sklaverei in der Antike" (IV, S. 8 ff.) die Unterteilungen "Sklaverei in der Antike", "Sklaverei in Indien und China", "Sklaverei im Vorderen Orient", "Sklaverei in Hellas", "Sklaverei im römischen Reich", "Sklaverei in den Randkulturen der Antike" sowie "Sklaverei in Byzanz" umfaßt. Der Benutzer wird es zwar dankbar begrüßen, daß der Bogen der ausgewerteten Literatur sehr weit gespannt wurde: Artikel zu europäischen und asiatischen Problemen wurden berücksichtigt, die gesellschaftliche Entwicklungen von der Auflösung der Gentilgesellschaft bis weit hinein in den Feudalismus behandeln. Dort - es ist eigentlich fast überflüssig, das zu betonen - war keineswegs überall - weder was die Territorien noch was die Zeit betrifft - die antike Sklaverei typisch. Vielmehr bringen die Herausgeber Begriffe aus antiker Sicht in orientalische Gebiete hinein, die dort keine reale Entsprechung haben. Das gilt auch für die antiken "Randkulturen", worunter das vorrömische Spanien, das nördliche Schwarzmeergebiet und das eurasische Steppengebiet zur Zeit der Skythen ebenso eingliedert werden wie östliche "Rand"gebiete des Hellenismus, die doch besser zum Orient gehört hätten. Dagegen wurden die nicht-römischen keltisch-germanischen Regionen keines eigenen Abschnittes für würdig erachtet, sondern - sofern überhaupt berücksichtigt - in die zeitlich bzw. sachlich entsprechenden römischen aufgenommen. Nun ist aber die germanische Sklaverei nicht der antiken gleichzusetzen, worauf schon Karl Marx hingewiesen hat.²⁰ Auch in der bürgerlichen Publizistik ist diese Tatsache, wie leicht an Beispielen nachweisbar, kaum bestritten.

Ein weiterer Einwand gilt dem Abschnitt "Von der Sklaverei zur Leibeigenschaft" (IV, S. 45 ff.), unterteilt in "A. Kolonat", "B. Verfall der Sklavenhaltergesellschaft", "C. Entstehung des Feudalismus", "D. Leibeigenschaft". Daneben gibt es zu Kapitel VII "Der Sklavenstand" (IV, S. 140 ff.) den Abschnitt "Sklaverei oder Hörigkeit?". Man gewinnt den Eindruck, daß diese Trennung völlig schematisch erfolgt. Auch einige Titel im Abschnitt IV: "Rechtsfragen", Teil "Freilassungen" (IV, S. 104 ff.), dürften eher zu den Problemen des evolutionären Übergangs "von der Sklaverei zur Leibeigenschaft" (IV, S. 45 ff.) gehören. Zwar sind die sich dahinter verbergenden Fragen teilweise noch umstritten. Doch sollte man sich ihrer bewußt sein und sie nicht dadurch zu umgehen versuchen, daß man soziale Zusammenhänge innerhalb der Wirtschaftsgeschichte des Altertums zugunsten einer formalen Ordnung in der vorliegenden Bibliographie zerreißt. Die Frage, welche Kriterien nach Auffassung von Herausgeber bzw. Verfasser eine Wirtschaftsweise haben muß, um sie als "antike Sklaverei" zu definieren, wird leider auch anhand des bisher abzusehenden Editionsprogrammes jener Reihen nicht klar, innerhalb derer die beiden anderen hier besprochenen Bücher erschienen sind und deren Betreuung unter anderem in den Händen von Vogt liegt, selbst Verfasser zahlreicher Aufsätze und größerer Arbeiten zu Problemen der Sklaverei in der Antike.

Sowohl die "Übersetzungen ausländischer Arbeiten..." als auch die "Forschungen zur antiken Sklaverei" entsprangen der Initiative der Kommission für Ge-

20 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, in: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 380.

schichte des Altertums an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz. Allerdings wurde der Titel der erstgenannten Reihe etwas unglücklich gewählt; vorgesehen sind nicht Werke in fremden Sprachen schlechthin, sondern "vor allem Übersetzungen der von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenen Monographien zur antiken Sklaverei" (II, S. I). Die ersten hier erschienenen Abhandlungen stammten von Ja. A. Lencman "Die Sklaverei im mykenischen und homerischen Griechenland" (1966), und E. M. Štaerman, "Die Blütezeit der Sklavenwirtschaft in der römischen Republik" (1969).

Die vorliegenden Arbeiten wie auch die Darstellungen bürgerlicher Wissenschaftler zur Sklavereiproblematik zeigen insgesamt, daß auch in der BRD der Forderung nach einer solchen Geschichtsbetrachtung nicht mehr ausgewichen werden kann, welche die sozialökonomischen Grundlagen miteinbezieht. Sie muß sich für "die neue Orientierung" (II, S. I) Themenkreisen zuwenden, die zwar nicht Neuland, aber doch vernachlässigt worden sind. Das erfordert auch eine Abkehr von einer allzu offensichtlichen Betrachtungsweise allein vom Standpunkt der jeweils herrschenden Klasse. Das Bild einer konfliktlosen Vergangenheit, in der allein die machtausübende Schicht existierte, Leistungen und Errungenschaften der Volksmassen jedoch nicht darstellenswert gewesen sein sollen, wirkt unglaubwürdig - nicht zuletzt seit dem Erscheinen der Arbeiterklasse auf der Bildfläche der Geschichte. Insofern ist die bei Welwei mehr als Exkurs eingeflochtene Diskussion um den Grad und die Möglichkeiten einer aktiven Teilnahme von Unfreien am politisch-sozialen Kampf zur Zeit des Kleisthenes oder der "Drei-Tyrrannen" in Athen (III, S. 104 ff.) außerordentlich aktuell.

Prinzipiell wird man allerdings fragen müssen, ob die Einstufung einer Abhandlung über die Sklaverei im mykenischen Griechenland neben einem Buch über die Blütezeit der Sklavenwirtschaft in der römischen Republik und dem hier vorliegenden Band über Nordwestgriechenland, Ägypten und Kleinasien zur Zeit des Hellenismus mehr als nur eine Frage eines unglücklich gewählten Reihentitels ist. Daß im mykenischen Griechenland keine antiken Sklavereiverhältnisse vorherrschend sein konnten, wird auch in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft kaum bestritten, von Kleinasien oder Ägypten ganz zu schweigen. Aus den Abhandlungen von Lencman, Golubcova oder Pavlovskaja ergibt sich - völlig zutreffend - keine Berechtigung zu dieser im übrigen auch vom Originaltitel nicht ableitbaren Einordnung. Dagegen - das sei ausdrücklich vermerkt - liegt der Wert des Aufsatzes von Blavatskaja darin, anhand zahlreicher Quellen eine sonst nur en passant in der Literatur ausgesprochene Vermutung untermauert zu haben: Es geht um das merkwürdige Phänomen, daß die antike Polis im Hellenismus ihre Blüte in Gebieten Nordwestgriechenlands erreicht, die noch im 5./4. Jahrhundert relativ bedeutungslos waren, und zu einer Zeit, da sie in den ökonomisch bestimmenden Gebieten Mittelgriechenlands (Athen, Korinth usw.) bereits ihren Niedergang fand. Doch sind diese Gebiete räumlich begrenzt und eher Ausnahmeerscheinungen geblieben. So bleibt die Frage an die Kommission für Alte Geschichte in Mainz zu stellen, ob nicht - einerseits durch vielleicht unzureichend tiefgründige Analysen wirtschaftshistorischer Faktoren oder auch dadurch, daß man alles, was in der Alten Geschichte irgendwie behandelenswert erschien, zur Antike zählte - das Altertum zu einer letztlich europäischen (oder wenigstens davon ausgehenden) Erscheinung gemacht wurde. Damit wäre durch die "Hintertür" eben doch wieder eine europazentristische Sicht durchgesetzt worden, obwohl das Gegenteil angekündigt wurde. Hier liegt eine Gefahr, der die Herausgeber durch klarere Terminologie oder aber entsprechende Hinweise in den Vorworten begegnen sollten.

Unter diesem Aspekt wäre auch das schon verschiedentlich gestreifte Problem, inwieweit die Helotie Kennzeichen der antiken Sklaverei trägt, zu behandeln, wobei "antike Sklaverei" - auch das sollte kaum Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten geben - als Sklaverei unter antiken Produktionsverhältnissen gefaßt werden müßte. Wir brauchten hierauf nicht einzugehen, wenn es sich nicht lohnte, ganz kurz einen bei Welwei wesentlichen Gedankengang zu rekapitulieren, über den oft diskutiert worden ist und bei dessen Erörterung am Altertum, speziell der Antike, interessierte Laien immer wieder die Frage stellen: Warum konnte man nicht auf die Ausbeutung von Sklaven verzichten? Meines Erachtens hätte diese Fragestellung nur Sinn, wenn man zu den ökonomischen Grundproblemen vordringen will, die sich dahinter verbergen. Doch gelangt Welwei auch hier, wie schon bei der Diskussion um die Stellung der Heloten in Sparta, nicht zum Kern des Problems: Er erwähnt zwar die Gefahr der Vernachlässigung der sozialen Komponente, beschränkt jedoch die Diskussion um die Alternative einer Sklavenausbeutung weitgehend auf die Heeresverfassung.

Einige Zitate mögen das verdeutlichen. Der Autor betont allgemein: Trotz Freilassung oder gar Bürgerrechtsverleihung an Sklaven als Belohnung für ihren Heereinsatz würde "das Prinzip der Sklaverei zwar jeweils durchbrochen, doch blieb die Institution als solche bestehen." Auf Ursachen wird nicht eingegangen. Statt dessen fährt der Autor mit einer zwar teilweise zu akzeptierenden, aber die vorherigen Ausführungen nicht erklärenden Feststellung fort: "Die unfreien oder freigelassenen Kombattanten kämpften nicht für eine neue Gesellschaftsordnung ohne Sklaverei, sondern für die Erhaltung des Gemeinwesens ihrer Herren" (III, S. 2).

Auch hier wird die Frage nach den Ursachen mangelnden bewußten sozialen Kampfes nicht gestellt, sondern vielmehr heruntergespielt. Lediglich wird erwogen, daß bei der Beurteilung dieses Aspektes der Sklaventreue freilich zu beachten sei, "daß desertierte Unfreie damit rechnen mußten, unter Umständen von der Gegenseite ähnlich wie die in Kriegsgefangenschaft geratenen Sklaven behandelt zu werden, so daß ein Anreiz zur Flucht im allgemeinen wohl nur dann bestand, wenn die Sklaven hoffen konnten, irgendwie unterzutauchen" (III, S. 177). Wieder wird nicht nach ökonomischen Ursachen gefragt und statt dessen das subjektive Moment überbetont. So bleibt es bei der zwar für die späte Polis richtigen, aber eben formalen Einschätzung: "Die Sklaverei blieb ein integrierender, generell wie in Frage gestellter Bestandteil der Standes- und Gesellschaftsordnung, wenn man sich auch in der philosophischen Diskussion der Problematik der Knechtschaftsverhältnisse bewußt wurde" (III, S. 176).²¹

Das gleiche trifft nach Welwei für die Helotenfreilassungen zu: "Die Lage derjenigen Klaros-Bauern, die für den Wehrdienst nicht in Frage kamen, dürfte sich kaum geändert haben. Insofern kann die partielle Helotenbefreiung (um die Wende des 3./2. Jahrhunderts - H. F.) ... nur in eingeschränktem Sinne als Bestandteil eines sozialen Reformprogramms bezeichnet werden ... Aber auch in diesem Fall wurde keine völlige Abschaffung der Sklaverei ... durchgeführt" (III, S. 174).

Um mit dem letzteren zu beginnen: Der Versuch, die Zahl der durch gesellschaftliche Differenzierung dahingeschmolzenen spartanischen Vollbürger durch Einbeziehung selbst von Heloten wesentlich zu erhöhen, war zwar objektiv restaurativ,

²¹ Die Einführung des Begriffes "Knechtschaft" als Synonym für Sklaverei wirkt eher noch zusätzlich verwirrend.

aber zweifellos eine soziale Reform. Ihre stufenweise Radikalisierung von den Herrschern Agis IV. über Kleomenes III. zu Nabis ist gut zu verfolgen. Offenbar bezeichnet Welwei nur eine völlige gesellschaftliche Umstrukturierung, die dann tatsächlich die Aufhebung der Sklaverei bedeuten mußte, als echtes "soziales Reformprogramm". Diese Frage aufzuwerfen, hätte aber bedeutet, die Ursachen aufzudecken, daß es angesichts des Standes der damaligen Produktivkräfte nicht erforderlich, aber (demzufolge) auch nicht möglich war, eine neue Klassengesellschaft zu errichten - und selbst diese wäre wiederum eine Ausbeutergesellschaft gewesen. Allerdings rühren diese Fragen offensichtlich an die Grenzen der Darstellungsmöglichkeiten aus bürgerlicher Sicht.

Die instruktiven Quellenanalysen der hier besprochenen Artikel von Golubcova, Pavlovskaja, Blavatskaja oder Welskopf führen dem Leser den jeweiligen wirtschaftlichen Hintergrund sehr anschaulich vor Augen, so daß sich die Rezension auf die Beteiligung an der Diskussion zu einigen noch umstrittenen Interpretationen sozialer Termini beschränken konnte, über die in der Wissenschaft noch keine einheitliche Meinung herrscht.

Wer sich mit der Problematik von Quellen zu Sozialstrukturen des Hellenismus befassen mußte, weiß, wie entsagungsvoll die Aufgabe ist, ihnen Aussagen abzurufen. Mit um so größerer Freude wird er die Aufsätze auf diesem Gebiet führender Althistorikerinnen zur Hand nehmen. Gegen Welweis bewußten Verzicht auf eine Vertiefung seiner Darstellung durch die Anwendung sozialökonomischer Kriterien waren dagegen erhebliche Vorbehalte anzumelden, schon deshalb, weil auf diese Weise - wie am Beispiel der "Sklaventreue" im Kriegsfall gezeigt - Probleme ungelöst blieben. Andererseits soll nochmals betont werden, daß Welwei vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe stand: In einem sonst so "bekannten" Raum, wie ihn das antike Sparta und Athen darstellen, wendete er sich einem Thema zu, zu dem er selbst einleitend sagte, daß keine "zusammenfassende, dem heutigen Forschungsstand entsprechende Gesamtdarstellung" vorliegt (III, S. 2). Das weist gleichzeitig auf den Nutzen dieser Arbeit hin, auf deren positiv zu würdigende Passagen bedauerlicherweise aus Raumgründen wohl nicht genügend eingegangen werden konnte. Abschließend sei wenigstens auf den Abschnitt hingewiesen, in dem Welwei das traditionelle Bild von der Krypteia relativiert, das heißt den allgemein bekannten nächtlichen Aktionen der "von Zeit zu Zeit" ausgeschickten $\kappa\omicron\lambda\upsilon\alpha\nu\tau\acute{\iota}\alpha$, die bei ihren Polizeiaktionen "jeden Heloten, den sie auf den Wegen antrafen, töteten", und die Erzählung, daß dabei "prinzipiell jeder kräftige Helot von stattdlicher Erscheinung getötet worden sei", als "grotesk" bezeichnet (III, S. 115 f.).

Was die Bibliographie betrifft, so braucht wohl für Fachleute kaum ausgeführt zu werden, von welchem Nutzen eine solche Literaturzusammenstellung zur Sklaverei im Altertum ist. Man wird sie häufig benutzen müssen, ungeachtet der oben geäußerten Bedenken gegen eine teilweise historische Zusammenhänge zerreißende Katalogisierung der aufgenommenen Arbeiten.

Schließlich seien noch einige Hinweise zur Bibliographie angemerkt, zunächst die Bitte, daß eine Neuauflage möglichst versuchen sollte, fremdsprachige Termini korrekt zu übersetzen. So ist russisch "obščestvo" nicht einfach mit "Staat" wiederzugeben (zum Beispiel Nr. 316, 478, 561 und andere), und russisch "otnošenie" entspricht nicht vorbehaltlos dem deutschen Begriff "Wirtschaft".²²

²² In Nr. 870: "K voprosu ob agrarnych otnošenijach v rannij period Rima"

Es ist anzuerkennen, daß auch sehr engagierte herangezogen wurden.²³ Leider blieben aber andere, wesentlich neuere Aufsätze, die dem Herausgeber zugänglich gewesen sein müßten, unberücksichtigt. Der Rezensent kann hier auf seine Bibliographie zur Wirtschaftsgeschichte des Altertums für die Veröffentlichungen in der DDR verweisen.²⁴ Besonders erwähnt werden sollte aber doch, daß alle Stichproben über Arbeiten zur Sklaverei im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte und in der Ethnographisch-Archäologischen Zeitschrift negativ verliefen. Beide Organe sollten in den Nachträgen berücksichtigt werden. Befremdlich wirkt, daß man im Abschnitt VI "Theorie der Sklaverei" die gesamte Diskussion um die orientalische Produktionsweise sowie die sich hieraus ergebenden Periodisierungsfragen, die in verschiedenen sozialistischen Ländern im Zusammenhang mit entsprechenden Stellen in den Werken besonders von Marx, Engels und Lenin geführt wurde, nicht berücksichtigt hat. Die wichtigen Darlegungen von E. Ch. Welskopf "Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike" (Berlin 1957) scheinen hier die einzige Ausnahme zu bilden, befinden sich aber im Abschnitt III: "Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Antike" (Nr. 620).²⁵

Der Rezensent möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß selbst diese - zwangsläufig nur einige wenige Fragen herausgreifende - Besprechung zeigen konnte, wie viele Anregungen, Auseinandersetzungen, Diskussionen die vorgestellten Arbeiten provozieren - was stets von Vorteil für das wissenschaftliche Leben ist.

geht es nicht schlechthin um "Fragen nach der Landwirtschaft in der Frühzeit Roms".

Sicher ist es nicht zweckdienlich, auf den Originaltitel völlig zu verzichten und dem übersetzten Titel in Klammern "russ." hinzuzufügen (so Nr. 1136). Doch ist diese Methode nur sehr selten angewendet worden. Hin und wieder wurde auch bei polnischen und rumänischen Titeln so verfahren, ohne daß ein Prinzip erkennbar wäre. Deutlich sichtbar ist jedoch, daß die Umschrift im Siglenverzeichnis nach anderen Gesichtspunkten angefertigt wurde als in der eigentlichen Bibliographie.

Daß im Quellenverzeichnis (S. 164) im Anhang zur Bibliographie als Erscheinungsort der "Bibliotheca Classica Orientalis" die Hauptstadt der DDR, Berlin, als "Berlin (Ost)" bezeichnet worden ist, dürfte wohl generell nicht mehr als politisch zeitgemäßer Sprachgebrauch angesehen werden und bleibt auch in der Bibliographie Ausnahme.

- 23 So z. B. Schmidt, J., Der Sklave bei Euripides, im 10. Artikel der Einladungsschrift von Grimma 1891 (Nr. 1285), oder Der Apostel Paulus über die Sklaverei, in: Sächsisches Kirchenblatt und Schulblatt, Leipzig, 12 (1862) (Nr. 1434).
- 24 Fischer, Hagen, Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums (1945 bis 1966), T. 1: Autoren aus der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 1, S. 409 - 429; T. 2: Veröffentlichungen ausländischer und westdeutscher Autoren in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ebenda 1968, T. 2, S. 425 - 434; Nachtrag für beide Teile für die Jahre 1967 - 1972 in: ebenda 1975, T. 4, S. 283 - 309.
- 25 Weitere Korrekturzusätze und Hinweise auf in der Sowjetunion erschienene Monographien gibt V. M. Smirin in seiner Rezension in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 2/1974, S. 221 ff.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Inhaltliche und methodologische Probleme
einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus

(20. bis 24. November 1978 in Frankfurt/Oder)

Die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus ist eine noch relativ junge Wissenschaft. Über ihren Gegenstand, ihre Stellung im System der Gesellschaftswissenschaften (ob sie zum Beispiel die empirische Ebene der politischen Ökonomie ausmacht oder mehr?) und die sie voranbringenden Forschungsmethoden gibt es jedoch weniger Diskussionen als notwendig wären, um ihre Erkenntnismöglichkeiten für die Weiterentwicklung von Planung und Leitung, Forschung und Lehre der sozialistischen Gesellschaften wirklich zu erschließen.

Die Antworten, die die politische Ökonomie des Sozialismus derzeit in der Lage ist zu geben, der Stand der Geschichtswissenschaft und die Probleme, die beim weiteren Aufbau des Sozialismus im internationalen Maßstab vor uns stehen, verlangen mit aller Dringlichkeit eine tiefgreifende historische Analyse der volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesse der sozialistischen Länder in ihrer bisherigen Ausprägung. Wenn wir dabei zu wesentlichen Aussagen gerade auch für die künftige Entwicklung gelangen wollen, muß die Beachtung der Dialektik vom Allgemeinen, Besonderen, Einzelnen im Vordergrund unserer Untersuchungen stehen. Erst dann können wir die Möglichkeiten der vergleichenden Methode in der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus voll ausschöpfen.

Auf der vom Bereich Wirtschaftsgeschichte an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin unter Mitarbeit der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" (Bereich Wirtschaftsgeschichte), des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und der Akademie der Wissenschaften der DDR (Institut für Wirtschaftsgeschichte) veranstalteten internationalen Konferenz sprach Waltraud Falk (Berlin) in ihrem einleitenden Referat zum Thema "Allgemeines und Besonderes beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Ausgangspunkt einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus". Sie betonte, daß neben dem allgemeingeschichtlichen Aspekt der Notwendigkeit der generellen Durchsetzung der vergleichenden Wirtschaftsgeschichtsschreibung (vergleichende Wirtschaftsgeschichte im weiteren Sinne), zur Ausprägung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes und Aufbereitung der Vergangenheit für das Handeln in Gegenwart und Zukunft besonders die vergleichende wirtschaftshistorische Methode im engeren Sinne zu entwickeln sei, bei der der Vergleich nicht nur Methode, sondern ähnliche oder abweichende Prozesse und Erscheinungen in verschiedenen Ländern und Regionen Gegenstand der Forschung bzw. das vergleichende Moment generell Inhalt der Darstellung längerer Geschichtsperioden sei. Falk wies vor allem auf eine Problematik hin, deren bisherige Vernachlässigung ein Vorankommen in der theoretischen Durchdringung der sozialistischen Reproduktionsprozesse erschwerte, nämlich auf die Notwendigkeit, eine wesentliche Ganzheit der im Konkreten noch so verschiedenen Prozesse, Perioden, Erscheinungen zu erfassen, die sich auf der Basis der zu-

nächstkapitalistischen, dann der sozialistischen Eigentumsverhältnisse ausprägen. Eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus sei weder nur als Summe der nationalen Wirtschaftsgeschichtsschreibung zu betrachten, noch dürfe sie sich damit begnügen, die hauptsächlichen Wege und Typen der wirtschaftlichen Entwicklung darzustellen. Sie sollte vielmehr bestrebt sein, durch Unterscheidung und Vergleichung der verschiedenen Wege und Typen (Typisierung) sowie der gegenseitigen Beeinflussung eine totale Universalität zu erfassen. Erst wenn man diese Totalität zu erfassen sucht, hilft man, den Prozeß der Annäherung, Integration und künftigen Verschmelzung der sozialistischen Länder und ihrer Volkswirtschaften im Sinne der Verschmelzung zu einer einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan vom Proletariat aller Nationen zu regelnden kommunistischen Weltwirtschaft wirklich zu befördern. Mit dieser Zielfunktion vor Augen wird die Erarbeitung einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus-Kommunismus zu einer ideologisch wichtigen und praxiswirksamen Aufgabe.

Bei der Realisierung dieser Aufgabe unter dem Blickwinkel und mit dem Ziel, das Allgemeine, Besondere und Einzelne herauszukristallisieren, wäre nach Falk eine vergleichende Wirtschaftsgeschichtsschreibung anzustreben, die erst dann universell sein könne, wenn sie alle Länder und Gebiete im einzelnen und in ihrer Gesamtheit sowie ihre Stellung in der Welt behandelt; wenn sie die wirtschaftlichen Prozesse in ihrer Gesamtheit sowie im Detail und somit die mögliche Charakterisierung von Stadien der ökonomischen Entwicklung und ihre Bestandteile erfaßt; wenn sie den "klassischen" Weg zu erkennen sucht und die Abweichungen bei der Realisierung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der Entstehung und Entwicklung des Sozialismus und deren Ursachen untersucht; wenn sie das Aufeinanderwirken der verschiedenen Länder und Gebiete, die Wechselwirkung und den Zusammenhang ihrer wirtschaftlichen Prozesse ins Kalkül zieht, und nicht zuletzt, wenn sie die Einwirkungen der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Staaten, der wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Arbeiterparteien und der Aktivitäten der Werktätigen auf die wirtschaftliche Entwicklung eingehend analysiert.

Horst Barthel (Berlin) ergänzte das Einleitungsreferat dahingehend, daß nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung und die Genesis der Diktatur des Proletariats Gegenstand der vergleichenden Analyse sein sollten, sondern daß es ebenfalls gelte, die Entwicklung der Sozialpolitik, der Dialektik von sozialer und ökonomischer Effektivität, damit auch die zunehmend an Bedeutung gewinnende Umweltproblematik wesentlich in den Vergleich mit einzuschließen. In diesem Zusammenhang führte er weiterhin aus, daß gerade die Wirtschaftshistoriker nicht zuletzt dank der vergleichenden Analyse der Reproduktionsprozesse im allgemeinen, besonderen und einzelnen dazu prädestiniert seien, eine sozialistische Theorie des Wachstums zu erarbeiten, die unbedingt in den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte gehöre.

Die inhaltliche Bewältigung dieser komplexen Aufgabenstellung nahm Falk unter anderem in Angriff, als sie in vergleichender Weise allgemeingültige Spezifika des bisherigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus herausarbeitete, wie die Dialektik von Enteignung und Verwertung des Eigentums neuen Charakters, und zwar nicht als Ad-hoc-Veränderung in den Produktions- und Reproduktionsbedingungen, sondern als eine nunmehr allmähliche Herausbildung und Entfaltung der Planmäßigkeit, wie auch die Arbeitsteilung, die bei der materiell-technischen Basis des sich entwickelnden Sozialismus zunächst keine spezifisch sozialistischen Züge tragen könne. Diese Spezifika des bisher

einzig realen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus lägen vor allem darin begründet, daß bis heute ausschließlich unterentwickelte Agrarländer, Agrar-Industrieländer bzw. Industrie-Agrarländer oder aber durch den zweiten Weltkrieg geschädigte Industrieländer den Übergang in Angriff genommen haben. Hierin, so hob Falk hervor, besteht also auch die außerordentliche Bedeutung der Erkenntnisse aus der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte für die im Umbruch befindlichen Länder der "dritten Welt".

Auf die Nationalisierung der Industrie als ein längst allgemeingültiges "Postulat" der Programmatik des sozialistischen Aufbaus ging Jerzy Tomaszewski (Warschau) ein unter dem Thema "Die Nationalisierungen in den europäischen sozialistischen Ländern: Voraussetzungen und Realisierung". Er widmete sich eingehend der Fragestellung der Konferenz und insbesondere dem Einleitungsreferat von Falk, indem er die unterschiedlichen Formen sowohl des Vorgangs der formalen Enteignung, dem eigentlichen Nationalisierungsprozeß, als auch die daraus hervorgehenden verschiedenen und doch vergleichbaren Formen der Entwicklung des Eigentums auf dem Weg zur realen Vergesellschaftung analysierte und auf diese Weise die Vor- und Nachteile der schnellen bzw. langsamen Übernahme der ökonomischen Macht skizzierte. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er die, besonders für die Länder Mittel- und Südosteuropas, paradigmatischen Erfahrungen der ersten mit Erfolg gekrönten Realisierungsprobe sozialistischer Reformen, die sowjetische Nationalisierungsform.

Ernstgert Kalbe (Leipzig) verwies auf die Besonderheit der Oktoberrevolution, daß im Gegensatz zu den volksdemokratischen Revolutionen die Machtfrage in aller Grundsätzlichkeit vor den sozialökonomischen Umwälzungen geklärt worden war und nicht in einem allmählichen, widerspruchsvollen Prozeß im Laufe der Nationalisierungen erst der Einfluß der bürgerlichen Kräfte auf das Gesamtsystem zurückgedrängt wurde. Damit forderte er auf, stärker als bisher zwischen den sozialökonomischen und politischen Umwälzungen während der gesamten Übergangsperiode zu differenzieren.

Einen Schritt im Sinne der Erfassung der Ganzheit des sozialistischen Reproduktionsprozesses tat Václav Průcha (Prag) mit seinem Referat "Erfahrungen und Probleme einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder im Lichte entsprechender Forschungsarbeiten in der ČSSR", wobei er sich auf die Konzeption des in Prag erschienenen Buches "Wirtschaftsgeschichte der europäischen sozialistischen Länder" stützte, das als Gesamtdarstellung bei relativer Vernachlässigung der Spezifika der RGW-Länder erarbeitet wurde. Er führte anhand der Darstellung von makroökonomischen Kennziffern im Strukturvergleich 1950 bis 1976 allgemeine Entwicklungstendenzen des sozialistischen Lagers vor, deren Ähnlichkeit besonders interessant ist, wenn man die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen berücksichtigt. Die Ergebnisse der Entwicklungstendenzen könnten nicht zuletzt nützlich sein für die optimale Ausnutzung ökonomischer Gesetze und die bewußte Gestaltung der Entwicklungstempi in einzelnen sozialistischen Ländern und im Rahmen des RGW.

Wolfgang Mühlfriedel (Jena) ging wie Tomaszewski von dem Gegensatz zwischen Enteignung (formaler Vergesellschaftung) und wirklicher Vergesellschaftung aus und spannte dabei den Bogen historisch-logischer Hauptentwicklungsmomente vom Eigentum über Leitung, Planung (einschließlich wirtschaftlicher Rechnungsführung), Produzentenbeziehungen bis hin zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Integration. Fußend auf diesen Ausgangsüberlegungen, umfaßte sein Periodisierungsvorschlag der sozialistisch-kommunistischen Forma-

tion für die erste Etappe a) die Wiederherstellungsphase (1917 bis 1925 in Sowjetrußland/UdSSR, 1944/45 bis 1948/49 in den Volksdemokratien) und b) die planmäßige sozialistische Umgestaltung der Industrie (1925 bis 1937 in der UdSSR, 1949 bis Ende der fünfziger Jahre in den Volksdemokratien). Die zweite Etappe unterteilt Mühlfriedel in a) Herausbildung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (UdSSR 1937 bis 1959), auf deren Niveau wir uns gerade befinden, und b) den reifen Sozialismus. Die dritte Etappe würde dann den allmählichen Übergang zum Kommunismus umreißen.

In seinem Referat zur Herausbildung der Theorie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ging Willi Peter (Berlin) auf die von Mühlfriedel genannte zweite Etappe ein und legte dar, wann und in welcher Form sich aufgrund des noch unterschiedlichen sozialökonomischen Niveaus zu Beginn der sechziger Jahre die Suche nach einer wissenschaftlichen Strategie in den Parteidokumenten der KPdSU bzw. der SED niederschlug. Das Schwergewicht legte er dabei auf die Rolle des subjektiven Faktors und den Erkenntnisprozeß hinsichtlich des Wesens der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Hierbei wurde betont, daß der Sieg des Sozialismus noch nicht den Abschluß der sozialistischen Phase darstellt, sondern daß sein Reifeprozess von entschieden längerer Dauer ist als die Herausbildung der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Die zwingende Notwendigkeit, die Erfahrungen der Sowjetunion im Vergleich zu den ihr folgenden volksdemokratischen Revolutionen zu analysieren, hob Vladimir Borodin (Moskau) hervor. In seinem Vortrag "Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten in der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in der Übergangsperiode (1917 bis 1937)" betonte er, daß Rußland im Gegensatz zu den Prognosen der Klassiker zunächst allein und isoliert den Weg des Übergangs in Angriff nahm und daß diese historische Besonderheit eben weitere zur Folge haben mußte! In diesem Kontext ging er auf die, im Sinne des Ziels der kommunistischen Formation, defensive Neue Ökonomische Politik (NÖP) ein, die Lenin, wie Lothar Baar einwarf, schon langfristig konzipiert hatte (1918). Borodin charakterisierte sie einerseits als eine Politik, die primär aus der Notwendigkeit der Verhinderung der Katastrophe geboren wurde, um die Wirtschaftsleitung zu vervollkommen, die ökonomischen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der heterogenen Klasse der Bauern, die Situation in der Landwirtschaft zu verbessern (wobei die Spezifika der quantitativ dominanten Bauernklasse ungenügend berücksichtigt wurden), und stellte andererseits fest, daß gerade und in erster Linie die NÖP unter den sich konstituierenden, neuen ökonomischen Verhältnissen paradigmatisch dem Erkenntnisprozeß der sich gleichfalls erst herausbildenden objektiven Gesetze des Sozialismus entsprach, dessen langwierige Natur in der politischen Ökonomie besonders evident war. Im Verlauf der Substitution der kapitalistischen Wirtschaftsformen, also im Ausklang der NÖP, sei unter anderem erstmalig in der Geschichte offenkundig geworden, daß die Ware-Geld-Beziehungen durchaus keine Besonderheit dieser sowjetischen staatskapitalistischen Entwicklungsetappe darstellen, und das wiederum impliziere die Notwendigkeit der weiteren Erforschung der Funktionsweise des Wertgesetzes innerhalb der Planwirtschaft zum Zwecke der bewußten Beherrschung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im internationalen Maßstab. Kalbe hob dazu hervor, daß die Oktoberrevolution und die volksdemokratischen Revolutionen mehr und mehr vom internationalen Standpunkt aus, als geschichtliche Entwicklungen eines ganzheitlichen Organismus, gefaßt, ihre konkreten Widersprüche, auch in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Sozialismuskonzeptionen, exakter im Sinne des Allgemeinen, Besonderen, Einzelnen verglichen

und daraus allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten, besonders für die Übergangsphase, nachgewiesen werden müssen.

Einen weiteren Beitrag zur Erfassung der Ganzheit des sozialistischen Reproduktionsprozesses leistete Jörg Roesler (Berlin) mit der Behandlung von "Inhalt und Methodologie des Vergleichs der Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft in allen sozialistischen Ländern". Er wies darauf hin, daß ungeachtet des Aufschwungs der Planungsgeschichtsschreibung seit dem Beginn der Wirtschaftsreformen nationale Gesamtdarstellungen zur Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus in Form von Spezialmonographien - mit Ausnahme der Sowjetunion - noch nicht vorliegen, und betonte, daß die zu stark auf Europa konzentrierte Darstellung überwunden werden müsse, da es erst dann möglich ist, den Beitrag der sozialistischen Länder Asiens ebenso wie die eigenen Entwicklungsaspekte Albaniens, Jugoslawiens und Kubas in die ganzheitliche vergleichende Analyse einfließen zu lassen. Im Folgenden unterstrich der Referent unter anderem, daß es zur Erfassung der Totalität der stadialen Struktur der Wirtschaftsplanung im sozialistischen Gesamtsystem unumgänglich ist, von der Dialektik zwischen Basis und Überbau auszugehen, daß mithin die Entwicklungsstadien der Planung nicht in erster Linie aus der autonomen "inneren" Entwicklung des Planungssystems abzuleiten sind, sondern einerseits aus dem erreichten Reifegrad der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sowie andererseits aus der subjektiven Verarbeitung der praktischen Erfahrungen, dem Erkenntnisstand der Gesellschaftswissenschaften bei Berücksichtigung des Systemcharakters des Wirtschaftsmechanismus und der unmittelbaren Beeinflussung der nationalen Planungsmethoden durch den RGW. Er unterschied drei Stadien der bisherigen Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft: das Planungssystem der Wiederherstellungsperiode (Sowjetunion - zwanziger Jahre, europäische Volksdemokratien - zweite Hälfte der vierziger Jahre, außereuropäische Volksdemokratien - unterschiedlich von der ersten Hälfte der fünfziger Jahre /China/ bis zur ersten Hälfte der siebziger Jahre /Vietnam, Kuba/); das Planungssystem der sozialistischen Industrialisierung (Sowjetunion - dreißiger bis fünfziger Jahre, sozialistische Länder Europas - fünfziger Jahre, außereuropäische sozialistische Länder - unterschiedlich, beginnend mit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre); das Planungssystem der sozialistischen Intensivierung (Sowjetunion und europäische RGW-Länder, beginnend mit den sechziger Jahren). Die Bestimmung historischer Entwicklungsstadien bezeichnete Roesler als Voraussetzung für einen sinnvollen Vergleich nationaler Planungen. Als nützlichste Vergleichsmethoden schlug er für die Planungsgeschichte erstens Vergleiche des Entwicklungsniveaus (zeitlich-horizontale Vergleiche), zweitens Vergleiche des Entwicklungstempos (zeitlich-vertikale Vergleiche) und drittens Vergleiche innerhalb eines bestimmten Entwicklungsstadiums (stadiale Vergleiche) vor.

Die von Roesler geforderte Komplexität in der wirtschaftshistorischen Forschung sah Peter Schmidt (Berlin) auch für vergleichende historische Untersuchungen auf dem Gebiet der sozialistischen Finanzen als notwendig an. In seinen Ausführungen zu Problemen des Finanzwesens in der Übergangsperiode hob er hervor, daß eine wesentliche, die finanzielle Seite des Reproduktionsprozesses, die zentrale Rolle, die die Finanzen als eine Kategorie der politischen Ökonomie aufgrund der Existenz von Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen spielen, und die Bedeutung ihrer Ausnutzung für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in den letzten Jahren nur ungenügend Gegenstand der wirtschaftshistorischen Forschung waren. Neben möglichen Vergleichskriterien für die Herausbildung des Finanzwesens der sozialisti-

schen Länder verwies er darauf, und das gilt für den Reproduktionsprozeß in seiner Totalität, daß bei Untersuchungen zur Wirksamkeit finanzökonomischer Maßnahmen in der Übergangsperiode die mehr oder weniger starke Einschränkung der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus durch das Weiterbestehen anderer Eigentumsverhältnisse zu beachten ist.

Um die anzustrebende Komplexität und Tiefgründigkeit in der vergleichenden wirtschaftshistorischen Forschung zu erreichen, bedarf es natürlich auch ganz konkreter und aussagekräftiger Vergleichskriterien, erläuterte Lothar Baar (Berlin) in seinem Referat "Zur Industrialisierung und Elektrifizierung in den sozialistischen Ländern Europas" und charakterisierte die Kennziffer "Verbrauch an Elektroenergie" als eben solch ein aussagekräftiges Kriterium im Vergleich des ökonomischen Entwicklungsniveaus verschiedener Länder, denn es gibt zu keinem historischen Zeitpunkt eine Alternative zur Energetisierung. Barthel warf ein, daß vom heutigen Entwicklungsstand aus gesehen, die Kennziffer "Elektroenergieverbrauch pro Kopf" im Gegensatz zu früheren Jahren, wo wir mittels Stahl- und Zementproduktion vergleichende Analysen anstellten, das aussagekräftigste der verfügbaren Vergleichskriterien im internationalen Maßstab darstellt, weil es sowohl konkret und leicht meßbar ist als auch in seiner Aussagefähigkeit umfassend, da es das Niveau des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses insgesamt widerspiegelt.

Weitere Diskussionsredner griffen die Thematik der Konferenz auf, indem sie zu detaillierteren, das Thema nur bedingt tangierenden, aber wichtigen Fragen Stellung nahmen und so die Qualität der Diskussion mitbestimmten.

Falk schätzte im Schlußwort ein, Einmütigkeit sei darüber erzielt worden, daß die Vergleichsmethode ein wesentlicher Weg zur Qualifizierung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus, der nationalen Geschichte wie der des sozialistischen Weltsystems ist. Einmütigkeit sei auch darüber erzielt worden, daß die vergleichende Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus als Universalität erstrebenswertes Ziel ist. Sie hob nochmals die Bedeutung des Vergleichs unter dem Aspekt des Allgemeinen, Besonderen, Einzelnen hervor und verwies auf die Prämisse, daß es wichtig sei, richtige Kriterien in Übereinstimmung mit dem Ziel des Vergleichs zu bestimmen und danach festzulegen, was verglichen werden soll, um auch stichhaltige und notwendige Aussagen machen zu können. Das erfordere große Sorgfalt.

Michael Elle

Philosophische und historische Fragen
der technischen Wissenschaften

(10. bis 13. Oktober 1978 in Dresden)

Die im Rahmen der Festwoche zur 150-Jahr-Feier der Technischen Universität Dresden stattfindenden internationalen wissenschaftlichen Konferenzen "Industrielle Fertigung" und "Philosophische und historische Fragen der technischen Wissenschaften" wurden mit einer Plenartagung des wissenschaftlichen Rates der Technischen Universität Dresden eröffnet.

H. Weiz, Minister für Wissenschaft und Technik, betonte in seinem Vortrag "Wissenschaft und Technik für den gesellschaftlichen Fortschritt" die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Gesellschafts-, Natur- und Technikwissenschaften, wofür gerade die Technische Universität Dresden ein breites Wirkungsfeld biete. Dieses für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der sozialistischen Gesellschaft so entscheidende Postulat gilt gleichermaßen für die Erforschung der Geschichte der Technik wie der technischen Wissenschaften. So war der Verlauf der Konferenz "Philosophische und historische Fragen der technischen Wissenschaften", der Plenartagungen und insbesondere der Diskussion in der Fachsektion 3 "Die historische Entwicklung der technischen Wissenschaften" insgesamt nicht nur ein Beispiel fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen Philosophen, Ökonomen, Historikern, Natur- und Technikwissenschaftlern, sondern er unterstrich auch die Notwendigkeit eines weiteren interdisziplinären Vorgehens auf diesem Gebiet.

In seinem Plenarvortrag "Die technischen Wissenschaften im Spiegel der Geschichte der TU Dresden" unterstrich R. Sonnemann (Dresden), ausgehend vom gesellschaftlichen Auftrag der TU Dresden, die Bedeutung der Geschichte der Produktivkräfte für die Beantwortung der Frage nach Ziel und Zweck gegenwärtigen und zukünftigen technischen Schaffens. An der Geschichte der TU Dresden erläuterte er die gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Aufkommen empirisch-beschreibender technischer Wissenschaften, die Umwandlung der Wissenschaft in eine Produktivkraft im Dienste der Bourgeoisie im Verlaufe der industriellen Revolution, den Aufstieg der technischen Wissenschaften und die Veränderungen in der Ausbildung in der Übergangsphase zum Imperialismus, die Anpassung der Dresdner Lehranstalt an die Produktionsbedingungen im imperialistischen Deutschland und den Mißbrauch der Wissenschaften während der faschistischen Diktatur. Er zeigte am Beispiel der Technischen Universität Dresden, in welchem Maße gerade die Entwicklung der technischen Wissenschaften von den herrschenden Produktions-, Klassen- und Machtverhältnissen abhängig ist. Diese ermöglichten schließlich die Umgestaltung der Technischen Hochschule Dresden in eine sozialistische Lehr- und Forschungsstätte von gegenwärtig entscheidender Bedeutung bei der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Wiesen Aspekt machte auch der Vortrag von W. Schatt (Dresden) "Der Beitrag der TU Dresden zur Entwicklung der technischen Wissenschaften am Beispiel des Maschinenbaus" deutlich.

Auf der Plenartagung behandelte E. Herlitzius (Dresden) in seinem Vortrag "Der Platz und die Funktionen der technischen Wissenschaften im Reproduktionsprozeß der sozialistischen Gesellschaft" die Grundfunktionen von Natur- und technischen Wissenschaften, den Gegenstand des technischen Wissens und die ingenieurmäßigen Arbeitsweisen. Er ging besonders auf die zentrale Rolle der Technologie als Kriterium der Effektivität der Produktion und die mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen gegebenen Möglichkeiten der Verwandlung des Produktionsprozesses in einen wissenschaftlichen Prozeß ein.

L. Striebing (Dresden) befaßte sich mit "Erkenntnistheoretisch-methodologischen Besonderheiten der technischen Wissenschaften", besonders mit der in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gegebenen Möglichkeit, die Errungenschaften der Wissenschaften durch die richtigen Proportionen zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung mit maximalem ökonomischem und sozialem Effekt zu nutzen. Er betonte die durch die wissenschaftlich-technische Revolution wachsende Bedeutung erkenntnistheoretisch-methodologischer Einsichten für den Ingenieurwissenschaftler und charakterisierte den technikkundlichen Erkenntnis- und Schaffensprozeß als typische Form eines komplexen schöpferischen Prozesses, der insbesondere durch das Anwachsen des Theorieanteils und die zielgerichtete, systematische Suche nach wissenschaftlich-technischen Ideen und Lösungen unter Anwendung von Forschungsstrategien gekennzeichnet ist.

Der erkrankte S. V. Suchardin (Moskau), dessen Vortrag "Die Stellung der technischen Wissenschaften im System der Wissenschaften" verlesen wurde, ging davon aus, daß zur Bestimmung der Stellung der technischen Wissenschaften in der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution die Untersuchung ihrer historischen Entwicklung nötig ist. Dieser Grundgedanke bestimmte dann auch die Diskussion in der Fachsektion 3.

Mit philosophischen Problemen befaßten sich die Diskussionsbeiträge von K. - F. Wessel (Berlin) und J. Rathmann (Budapest). Wessel untersuchte den Begriff der Naturphilosophie sowie die Wechselbeziehungen von Geschichte der Technik, der Naturwissenschaften und der Technikwissenschaften mit der universalen Geschichte; Rathmann sprach über die historische Bewertung der Begriffe Kultur und Zivilisation in marxistischer Sicht und die Technik-Auffassung der deutschen bürgerlichen Philosophie.

Die Entwicklung einzelner technischer Wissenschaften und Gebiete der Technik war Gegenstand einer größeren Anzahl von Diskussionsbeiträgen. H. G. Schöpf (Dresden) demonstrierte an der Entwicklung der klassischen Thermodynamik sowohl die Wirkung der Gesetzmäßigkeiten der Physik und der Anforderungen der Praxis als auch die zufälliger Besonderheiten im Denkstil ihrer hervorragenden Vertreter und die Macht der Tradition. R. Scroczynski (Wrocław) gab einen Abriß der Entwicklung des Magnetismus seit dem Altertum, wobei er besonders die Einwirkung von Traditionen auf die Entwicklung der Wissenschaft deutlich machte. E. J. Gießmann (Berlin) stellte am Beispiel der Stoffkunde dar, wie das Vorhandensein eines besonderen gesellschaftlichen Interesses zur Herausbildung einer neuen Einzelwissenschaft führt, deren erste geordnete Darlegung die Vorlesung ist und die wiederum zur Bereicherung der Grundlagenwissenschaften beiträgt. E. Rehbein (Dresden) untersuchte die

Bedingungen für den Bau und Betrieb der neuen dampfgetriebenen Verkehrsmittel des 19. Jahrhunderts, deren ökonomische Bedeutung und stimulierende Wirkung auf die Konzentration des Kapitals und die Herausbildung der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft sowie deren außerordentliche militärische und politische Wichtigkeit. B. Sorms (Dresden) verwies auf den Einfluß chemischer Wissenschaft auf die Entwicklung chemisch-technischer Verfahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts, insbesondere auf die wissenschaftliche Fundierung des Haber-Bosch-Verfahrens, bei dem erste Keime der wissenschaftlich-technischen Revolution vorhanden seien. Das Wechselverhältnis zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften demonstrierte H. - H. Kasper (Freiberg) am Beispiel der Erdölgewinnung Deutschlands in der Zeit des Faschismus, bei der das Primat gesellschaftlicher Bedingungen bei der Verflechtung gesellschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Prozesse besonders deutlich wird. S. Richter (Halle) erörterte einige neue Erkenntnisse aus der historischen Untersuchung der Automatisierung. Anliegen seines Beitrages war insbesondere die Aufdeckung der inhaltlichen und begrifflichen Veränderungen der Automatisierung von der Antike bis zum Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution. Er umriß die sogenannte Vergnügungsphase der Automaten, in der sie für nichtproduktive Zwecke eingesetzt wurden, und die Entwicklung der mechanischen Automaten des 17. und 18. Jahrhunderts als technische Vorbereitung der industriellen Revolution jeweils in Verbindung mit Wandlungen des Automatenbegriffs. Er hob als wesentlich hervor, daß die Automaten bis in das 20. Jahrhundert hinein, soweit sie im Bereich der gesellschaftlichen Produktion wirksam wurden, zu keiner prinzipiellen Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsmethoden geführt haben, insbesondere keine Veränderung in der Stellung des Produzenten hervorriefen. Dies ist erst ein wesentliches Kennzeichen der sich keineswegs in der bloßen Entwicklung der Steuer- und Regelungstechnik erschöpfenden modernen Automatisierung. Grundlegende Bemerkungen zum Zyklus Wissenschaft - Technik - Produktion machte H. Kant (Berlin), Am Beispiel der Entwicklung des Lasers verfolgte er Theoriebildung, technische Realisierung, Produktionsrealisierung und industrielle Ausdehnung einer Erfindung und zeigte die Bedingungen auf, die zu einer fast gleichzeitigen Konstruktion verschiedener Lasertypen in den führenden Forschungslaboratorien führten.

Eng verbunden mit der Entwicklung der Ingenieurwissenschaften war das Entstehen polytechnischer und technischer Zeitschriften. U. Sieberth (Dresden) machte die Entwicklung polytechnischer und technischer Zeitschriften als Produkt und Stimulans der industriellen Revolution deutlich, wobei letztere insbesondere in der abschließenden Phase der industriellen Revolution entstanden sind. Mit der Rolle einer speziellen Zeitschrift, der "Annales de Chimie", zwischen 1790 und 1815 bei der Verbreitung wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse befaßte sich J. Hronszky (Budapest).

Eine andere größere Gruppe von Diskussionsbeiträgen hatte die Darstellung des Wirkens hervorragender Vertreter der Natur- und Technikwissenschaften und ihrer Bedeutung für die Wissenschaftsentwicklung zum Inhalt. Lohmann (Karl-Marx-Stadt) hob die Bedeutung von Releaux für die Herausbildung des wissenschaftlichen Maschinenbaus hervor, A. Rutscher (Greifswald) zeichnete den Lebensweg W. Gaedes in der Zeit der Herausbildung der modernen Physik und der Vakuumtechnik auf, wobei die stimulierende Wirkung einer eng mit der Industrie verbundenen überragenden Persönlichkeit auf die Grundlagenwissenschaft besonders hervorgehoben wurde. P. Lewandowsky (Cottbus) würdigte das politische, weltanschauliche und kulturelle Wirken W. Ostwalds, das

viele progressive, über den bürgerlichen Standpunkt hinausgehende Züge aufwies. Von besonderem Interesse waren seine Darlegungen über die Leistungen Ostwalds auf dem Gebiete der Wissenschaftsorganisation, die es rechtfertigen, ihn als Vorläufer der modernen Wissenschaftsorganisation zu sehen.

W. Schlicker (Berlin) verdeutlichte am Beispiel Werner Heisenbergs die Auswirkungen der faschistischen Wissenschaftspolitik auf die Entwicklung der physikalischen Forschung und Lehre sowie auf die Situation des Forschers und Hochschullehrers.

Mit der Bedeutung technischer Denkmale und Geräte aus der Geschichte der Technik befaßten sich die Beiträge von O. Wagenbreth (Dresden) und H. Rohr (Leipzig). Wagenbreth demonstrierte die Aussage technischer Denkmale über die Nutzung von natürlichen Gegebenheiten und Naturgesetzen für die in der Produktion gestellten Aufgaben und die Bewältigung der aus den natürlichen Grundlagen resultierenden Schwierigkeiten durch den Menschen im Verlaufe der Geschichte. Rohr berichtete von der Gerätesammlung zur Geschichte der Automatisierungs- und Elektroanlagentechnik, die durch eine Arbeitsgruppe der Kammer der Technik an der Technischen Hochschule Leipzig betreut wird, und wies auf die Bedeutung derartiger Exponate für das Erkennen historischer Etappen in der Entwicklung bis zur heutigen Form eines Wissenschaftsgebietes hin, die entscheidend für gegenwärtige und prognostische Vorhaben sind. Beide Beiträge betonten die mit technischen Denkmalen und Museen gegebenen Möglichkeiten, Schüler für ein technisches Studium zu interessieren.

Dieser für die Erforschung und Popularisierung der Geschichte der Technik und der technischen Wissenschaften allgemein geltende Gesichtspunkt war einer der Grundgedanken der gesamten Diskussion. Insbesondere R. Nitsch (Zittau) betonte die Rolle und Bedeutung technikgeschichtlicher Untersuchungen für die kommunistische Ausbildung und Erziehung von Studenten der Ingenieurwissenschaften. Als Hochschullehrer einer Ingenieurhochschule bekannte er sich als "Konsument" der Technikgeschichte und unterstrich, daß ein Hochschullehrer nur erfolgreich in Ausbildung und Erziehung sei, wenn er zur Ableitung möglicher und nötiger Veränderungen die historische Entwicklung seines Fachgebietes berücksichtigt.

Wenn auch in allen Beiträgen bereits die Bedeutung technikhistorischer Untersuchungen für die Bestimmung der gegenwärtigen Position und zukünftiger Entwicklungen in der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Ausdruck kam, so wurde dieser Gesichtspunkt nochmals besonders deutlich bei den Beiträgen, die sich mit aktuellen Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts befaßten. W. Schüller (Dresden) skizzierte die den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechende Ausarbeitung der strategischen Linie zur Durchsetzung des engen Zusammenschlusses von Wissenschaft und Produktion durch die SED in den sechziger Jahren. H. Stützner (Karl-Marx-Stadt) befaßte sich mit Problemen der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Werkzeugmaschinenbau der DDR in den Jahren 1959 bis 1963. Den Bogen zur Zukunft schlug O. Wołzek (Warschau) mit einigen Aspekten zukünftiger Entwicklungsrichtungen der Astronautik und ihres Einflusses auf die Technik und die Zivilisation der Menschheit.

Erfreuliches Kennzeichen der Diskussion in der Fachsektion 3 war die Tatsache, daß sich nicht nur Produktivkrafthistoriker mit der Geschichte der Technik und der technischen Wissenschaften befassen, sondern auch Natur- und Technikwissenschaftler und Lehrer, die ihre Bereitschaft zu weiterer Mitarbeit betonten,

was sich auch in dem Wunsch nach einer regelmäßigen Möglichkeit zur Diskussion - so wie in der Fachsektion 3 - ausdrückte. Das in den nächsten Jahren an der Technischen Universität Dresden beginnende postgraduale Studium für Ingenieurwissenschaftler auf dem Gebiet der Geschichte der Technik und der technischen Wissenschaften wird in der Zukunft, wie R. Sonnemann abschließend unterstrich, die Voraussetzungen schaffen, daß dieses Fach zu einer selbstverständlichen Disziplin für alle Studenten an den technischen Hochschulen der DDR werden wird.

Konferenz vom September 1978 in Seiffen

Heike Reishaus

Das bilateral-kollektive Verhältnis von Wissenschaftler DDR und der UdSSR zu Problemen der Fernstudien wird im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Zentralinstitut für Geschichte der Lw der UdSSR und dem Institut für Allgemeine Geschichte der Lw der DDR diskutiert, die das Ziel hat, die Forschungen zu den geschichtswissenschaftlichen Grundlagen der Fernstudien und des Fernstudienwesens zu vertiefen und die Zusammenarbeit zu intensivieren und die gemeinsamen wissenschaftlichen Möglichkeiten auf diesem Bereich möglichst umfassend zu berücksichtigen. Angesichts der breiten Entwicklung sowohl unter den Wissenschaftler beider Länder wie denen der UdSSR über das gesamte Wissen des Fernstudienwesens und seine Stellung in der Wissenschaft (insgesamt erörtert dieses Thema - wie im ganzen in seiner Begründung - besonders geeignet, die Zielstellung der Kooperation zu realisieren) schließt es sich eine große Reihe von zentralen und regionalen wissenschaftlichen Tagungen für Geschichtswissenschaftler in sich ein, die die zur Frage nach dem Fernstudienwesen beider Länder betreffen.

Von Seiten der Lw der UdSSR wurde eine Delegation zur Beratung von zentralen und regionalen Tagungen der UdSSR sowie außer Mitarbeiter des Zentralinstituts für Geschichte der Lw der UdSSR Fachwissenschaftler in verschiedenen Fachwissenschaften und -gruppen wissenschaftlichen Einrichtungen vertreten.

In Mittelpunkt standen Probleme, die unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsentwicklung stehen:

- die Frage, ob der mittlere Volkseinkommen nicht nur in die Produktion einfließt, sondern auch in den Konsum einfließt;
- die Bedeutung der Konsumausweitung des 12./13. Jahrhunderts als ein wichtiger Wendepunkt und Fortschritt;
- die Frage nach dem Charakter des Übergangs zu den Produktionsmitteln und nach dem Status der Privilegien in der mittelalterlichen Stadt;
- die Finanzverhältnisse des Stadtbürgertums als hervorstechender oder Schicht in der Wirtschaft, Handel und die damit verbundenen Privilegien der bürgerlichen Klassen des Bürgertums, nach dem Verhältnis von bürgerlicher Wirtschaft und Handwerker.

zusätzlich wurden Fragen von Rechts und Wirtschaft der DDR-Historiker angesprochen.

Die Aussprache wurde eröffnet von A. M. Glinkowa, (Moskau). Sie stellte seinen Ausführungen über den "Sozialen Charakter des mittelalterlichen Bürgertums" (12.-13. Jahrhundert) in chronologischer Überleitung vor. Er wurde durch die Zahl der Teilnehmer und die Ergebnisse, denen nur der zentrale Punkt der Frage nach dem Charakter der Produktion und der wirtschaftlichen Entwicklung der bürgerlichen Klassen des Bürgertums angesprochen wird über die weitere Entwicklung der Frage.

Das soziale Wesen des Städtebürgertums im Feudalismus

(28. bis 30. September 1978 in Sellin)

Das bilaterale Kolloquium von Historikern der DDR und der UdSSR zu Problemen des Feudalismus fand im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR und dem Institut für Allgemeine Geschichte der AdW der UdSSR statt, die das Ziel hat, die Forschungen zu ausgewählten Problemen der Geschichte des Feudalismus und des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zu koordinieren und die marxistisch-leninistische Methodologie auf diesem Forschungsgebiet schöpferisch zu bereichern. Angesichts der breiten Diskussion sowohl unter den Historikern der UdSSR wie denen der DDR über das soziale Wesen des Bürgertums und seine Stellung in der Feudalgesellschaft erschien dieses Thema - wie A. Laube in seiner Begrüßung erklärte - besonders geeignet, die Zielstellung der Kooperation zu realisieren, schließt es doch eine ganze Reihe zentraler theoretisch-methodologischer Fragen der Feudalgeschichte in sich ein, die bis zur Frage nach dem Feudalismusbegriff selbst reichen.

Von seiten der AdW der UdSSR nahm eine Delegation unter Leitung von A. N. Čistozvonov teil, von seiten der DDR waren außer Mitarbeitern des Zentralinstituts für Geschichte der AdW weitere Fachvertreter von Universitäten, Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen vertreten.

Im Mittelpunkt standen Probleme, die unter den marxistischen Historikern kontrovers sind:

- die Frage, ob das mittelalterliche Bürgertum nicht nur in die Feudalgesellschaft integriert war, sondern selbst feudalen Charakter trug;
- die Bewertung der Kommunebewegung des 11./12. Jahrhunderts als partiell antifeudal und revolutionär;
- die Frage nach dem Charakter des Eigentums an den Produktionsmitteln und nach der Rolle der Privilegien in der mittelalterlichen Stadt;
- die Charakterisierung des Städtebürgertums als Nebenklasse oder Schicht in der Feudalgesellschaft und die damit verbundene Frage nach der inneren Struktur des Bürgertums, nach dem Verhältnis von einfacher Warenproduktion und Handelskapital.

Ausführliche Referate von sechs sowjetischen und acht DDR-Historikern lagen der Diskussion zugrunde.

Die Aussprache wurde eröffnet von A. N. Čistozvonov (Moskau). Er stellte seinen Ausführungen über den "Sozialen Charakter des niederländischen Bürgertums (14. - 17. Jahrhundert)" methodologische Überlegungen voran: Er warnte davor, die Zahl der Formationen zu erweitern, indem man der feudalen Produktionsweise eine gesonderte warenwirtschaftliche Formation gegenüberstellt. Solche Konsequenzen ergeben sich aber aus der Kennzeichnung des mittel-

alterlichen Städtebürgertums als einer besonderen, nichtfeudalen Nebenklasse im Feudalismus. Die Warenwirtschaft war Bestandteil der feudalen Produktionsweise, mit der Naturalwirtschaft eng verflochten. Ihr feudaler Charakter zeigte sich in der Vorherrschaft des korporativen Eigentums, in der feudalen Organisation der Zünfte und Gilden. Die Sonderstellung des Bürgertums in der Feudalgesellschaft gründete sich auf Privilegierungen durch die Feudalgewalten, sie war nicht aus einer besonderen, dem Feudalismus entgegengesetzten sozialökonomischen Stellung hergeleitet. Čistozvonov plädierte für die Kennzeichnung des mittelalterlichen Städtebürgertums als feudale Ständegruppe.

W. Küttler (Berlin) wies darauf hin, daß bei der gegenwärtigen Diskussion zwischen begrifflichen und theoretischen Mißverständnissen und substantiellen Meinungsverschiedenheiten unterschieden werden müsse, die zum Teil aus offenen Forschungsproblemen herrühren. Ein Mißverständnis ist vor allem, daß aus der Kennzeichnung des Bürgertums als Nebenklasse auf eine gesonderte warenwirtschaftliche Formation geschlossen werde; einen solchen Schluß zieht niemand. Vielmehr müsse unterschieden werden zwischen der Zuordnung des Bürgertums zum feudalen Produktionsverhältnis als dem grundherrlich-bauerlichen Verhältnis und seiner Zuordnung zur Feudalgesellschaft als Ganzes. Nur in ersterer Beziehung trägt das Bürgertum keinen feudalen Charakter. Einigkeit besteht darüber, daß das Bürgertum zum vollentfalteten Feudalismus gehört. Die soziale Qualität des Städtebürgertums ist nicht Ergebnis feudaler Privilegierung, sondern Resultat der ökonomischen Entwicklung der Städte und der kommunalen Bewegung gegen die feudalen Stadtherren, die zu dieser Zeit und in dieser Hinsicht revolutionär und antifeudal waren, ohne die Feudalordnung als Ganzes in Frage zu stellen. Das soziale Wesen des mittelalterlichen Bürgertums ist mit dem sozialrechtlichen Begriff des Standes nicht zu fassen, die Kennzeichnung als Nebenklasse wäre möglich.

A. A. Svanidze (Moskau) wandte dagegen ein, daß es unzulässig sei, feudale Verhältnisse im engeren Sinne der mittelalterlichen Stadt gegenüberzustellen und den Feudalismus so als wesentlich naturalwirtschaftlich zu begreifen. Die Warenwirtschaft im Feudalismus unterschied sich von der einfachen Warenproduktion in anderen vorkapitalistischen Formationen und ist als "feudal" zu bezeichnen, denn:

Erstens war die Warenwirtschaft überall mit der Naturalwirtschaft kombiniert, auch die städtische Produktion war nicht vorwiegend Warenproduktion (Ackerbürgerstädte). Die Warenproduktion trug während des Feudalzeitalters nur sporadischen Charakter.

Zweitens war die Warenproduktion nicht frei, sie existierte durch Privilegien. Es gab keine freie Preisbildung, keine freie Konkurrenz auf dem Markt.

Das Bürgertum war daher ein organischer Bestandteil der Feudalgesellschaft, "feudales Bürgertum".

Anhand der Rolle des Kredits, des Rentenkaufs und des Wuchers im mittelalterlichen Schweden untersuchte Svanidze die widersprüchliche Rolle des Bürgertums in der Feudalgesellschaft. Das wohlhabende Bürgertum und die Geistlichkeit traten in erster Linie als Kreditgeber auf, während die Aristokratie, der niedere Adel und die Bauern und Handwerker Kreditnehmer waren. Die Eigentumsverhältnisse kamen auf diese Weise ins Fließen, und zwar von unten nach oben, im Sinne einer Festigung der bestehenden Machtverhältnisse. Andererseits brachte die Ausdehnung des Kreditwesens aber auch das soziale Gefüge in Bewegung. Die

ehemals in adeligem Besitz befindlichen Pfänder blieben meistens in den Händen des Bürgertums, das feudale Bodenmonopol wurde durchbrochen, die traditionelle Unbeweglichkeit des Erbguts zerstört.

In der Diskussion wies H. Böker (Magdeburg) darauf hin, daß der Vergleich von Ackerbürgerstädten und Dörfern helfen könne, die Rolle der Stadt in der Feudalgesellschaft zu klären. Die Unterschiede seien ihres Erachtens wesentlich.

B. Berthold (Berlin) führte aus, daß die städtischen Privilegien nicht schlechthin feudalen Ursprungs waren, sondern zu einem beträchtlichen Teil durch die Kommunebewegung erkämpft wurden. Sie lehnte es ab, das Eigentum zu kennzeichnen. Gemeinsames Eigentum der Zünfte (Zunft Häuser, Walkmühlen und ähnliches) sei immer Ausnahme gewesen, das individuelle, freie Eigentum an Produktionsmitteln dominierte. Sie stellte in Frage, daß man genossenschaftliche Zusammenschlüsse von Handwerkern oder Kaufleuten im Mittelalter schlechthin als feudal bezeichnen könne.

Auch B. Töpfer (Berlin) bezweifelte den spezifisch feudalen Charakter der mittelalterlichen Warenproduktion. Er wies auf die Gemeinsamkeiten der einfachen Warenproduktion in allen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen hin, zu denen unbedingt das Bedürfnis der unmittelbaren Produzenten rechnet, sich durch Zusammenschluß zu sichern, wie auch das Bedürfnis der Herrschenden, die Produzenten über diese Zusammenschlüsse zu kontrollieren.

K. P. Matschke (Leipzig) entgegnete, daß die kleine Warenproduktion in den vorkapitalistischen Klassengesellschaften keineswegs so indifferent gewesen sei, sondern deutlich auf die jeweilige Formation bezogen. Sie habe im historischen Prozeß an Bedeutung gewonnen, wie ein Vergleich der entwickelten Warenproduktion in den mittelalterlichen Städten mit der Antike zeige, in der der Gebrauchswert noch eine viel größere Rolle gespielt habe. Er hob die deutlichen Unterschiede zwischen der byzantinischen und der westeuropäischen Stadt hervor. Es sei eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten, im Gegensatz zu Westeuropa verstärkten sich in Byzanz die feudalen Züge.

K. Fritze (Greifswald) betonte zwar auch den freien, selbständigen Status der Handwerker, kennzeichnete die Zunftfesseln jedoch als feudale Beschränkung dieses freien Eigentums. Er stellte fest, daß der Fernhandel sich als besondere Komponente des städtischen Lebens abhob, daß er nicht ausschließlich und überhaupt nicht maßgeblich mit der städtischen einfachen Warenproduktion verbunden gewesen sei, sondern gleichermaßen mit der feudalen Agrarsphäre. Der Kaufmann als Vertreter der Zirkulationssphäre könne überhaupt keinem konkreten Produktionsverhältnis zugeordnet werden, keinesfalls sei er mit den städtischen einfachen Warenproduzenten zu einer Nebenklasse begrifflich zusammenzufassen. Aus gleichem Grund schlug Töpfer vor, die Anwendung des Klassenbegriffs im Hinblick auf das mittelalterliche Städtebürgertum auf die einfachen Warenproduzenten zu beschränken.

J. Schildhauer (Greifswald) wies dagegen nachdrücklich auf die Gemeinsamkeit aller Städtebürger hin, die vor allem in den politischen Kämpfen des 13./14. Jahrhunderts gegen die Feudalmächte zum Ausdruck kam. Er räumte ein, daß im Verlaufe des 14./15. Jahrhunderts aufgrund starken Anwachsens der Unterschichten die sozialen Divergenzen zunahmen und die innerstädtischen Auseinandersetzungen in den Vordergrund traten, sprach sich jedoch dessenungeachtet für die gemeinsame Klassenzugehörigkeit aller Städtebürger aus. Svanidze trat

entschieden dafür ein, die Einheit und nicht die Heterogenität des mittelalterlichen Städtebürgertums in den Vordergrund zu rücken, da die Einheit während der Blütezeit des Feudalismus bestimmend gewesen sei. Sie verwies auf die zahlreichen Kleinhändler als Bindeglied zwischen einfacher Warenproduktion und Fernhandel. T. S. Ossipova (Moskau) schilderte die besonderen Schwierigkeiten der Entwicklung des Städtebürgertums in Irland. Die englische Eroberung band die irischen Städte eng an die englische Krone, die privilegierte Oberschicht war fast ausschließlich englischer Herkunft, die Unterschichten überwiegend irisch. Ethnische, politische und soziale Gegensätze überlagerten sich.

Dem Verhältnis von Bürgertum und Feudalstaat wandte sich J. V. Gutnova (Moskau) zu. Sie hob die Instabilität aller Bündnisse zwischen Bürgertum und Feudalstaat hervor, denn die Interessen des Königtums waren letztendlich immer durch die Ausbeuterpositionen der Feudalklasse bestimmt, die der Städtebürger partikularistisch geprägt. Im Unterschied zu den beiden folgenden Rednern sah Gutnova im städtischen Partikularismus den Ausdruck feudaler Wesenszüge des Bürgertums. Am festesten war das Bündnis zwischen Bürgertum und Zentralgewalt in der Periode des Kampfes um die städtische Autonomie, nach deren Erringung gingen die Städte vielfach in die Reihen der Ständeopposition über. Dieser Grundzug im Verhältnis von Königtum und Städten dominierte über die regionalen Unterschiede, die bislang zu Unrecht die Aufmerksamkeit der Forschung fesselten. Solche regionalen Unterschiede arbeitete sie am Beispiel von Frankreich, England und Kastilien einerseits und Deutschland andererseits heraus. Sie stellte fest, je schwächer die städtische Autonomie entwickelt war, desto leichter wurde es dem Bürgertum, sich im Rahmen der gesamtstaatlichen Stände zu organisieren und damit das Werden der nationalen Monarchien zu fördern (Frankreich, England, Kastilien). Je privilegierter, autonomer die Städte waren, desto weniger lehnten sie sich an das Königtum an (Deutschland).

Töpfer hob dagegen die aktive Rolle des Staates in diesem Verhältnis hervor, eine starke Zentralgewalt könne den gesamtstaatlichen Zusammenschluß der Städte erheblich motivieren oder erzwingen. Keineswegs solle man die Wirkungen schwacher Städte auf die staatliche Entwicklung nur positiv, die starker Städte negativ werten. E. Engel (Berlin) stimmte Gutnova in der Einschätzung zu, das Bündnis zwischen Königtum und Städten sei letztlich von der Zentralgewalt immer wieder zugunsten der herrschenden Klasse aufgegeben worden. In den Aktionen des Bürgertums, ob sie die Unterstützung oder die Bekämpfung der Zentralgewalt zum Inhalt gehabt hätten, seien keine Ziele oder Möglichkeiten zum Ausdruck gekommen, die über den feudalen Staat hinauswiesen. Aber das Bürgertum hatte Anteil an der Wandlung zum feudalen Ständestaat, die als progressiver Formenwechsel zu bewerten ist. Andererseits war das Bürgertum bestrebt, im Rahmen dieses Staates für sich einen ausreichenden ökonomischen und politischen Spielraum zu erkämpfen. Anknüpfend an eine Bemerkung von Schildhauer, betonte Engel, daß Städtebünde nicht zur Unterstützung des Königtums oder zum Ersatz der Zentralgewalt geschlossen wurden, sondern um Angriffe auf städtische Privilegien und ökonomische Interessen abzuwehren. Sie trat für eine klare Unterscheidung der zwei Bedeutungen des Begriffes "Stand" ein, der einmal eine soziale Gruppe innerhalb der Feudalgesellschaft bezeichnet, zum anderen politische Organisationen von Klassen und Schichten, die auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des Feudalstaates entstehen. Der Standesbegriff in der ersteren, weiteren Bedeutung sei ungeeignet, das Wesen des Bürgertums zu kennzeichnen, die Bestimmung seines Klassenwesens notwendig. - Als Antwort auf die Frage von Čistozvonov, aufgrund welcher Kriterien

die DDR-Historiker die kommunale Bewegung als revolutionär betrachteten, da sie doch nicht gegen den Feudalismus oder die Feudalität, sondern nur gegen einzelne Stadtherren gerichtet gewesen sei, führte Engel aus: Die kommunale Bewegung werde nicht als "antifeudal" und "revolutionär" in dem Sinne bezeichnet, daß sie etwa auf die Überwindung der Feudalordnung gerichtet gewesen sei. Kriterium sei auch nicht die Form, der mehr oder weniger gewaltsame Verlauf, sondern die Ziele und Ergebnisse. Das waren vor allem die Erringung der städtischen Autonomie, die Konstituierung des Bürgertums als neue soziale Kraft und dessen tiefgreifende Wirkungen auf alle Bereiche der Feudalgesellschaft, auf den bäuerlichen Klassenkampf, auf die Form des feudalen Produktionsverhältnisses und des Feudalstaates. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben zwar keine geschlossene Konzeption des diskutierten Problems hinterlassen. Marx und Engels ging es um die bürgerliche Welt und die bürgerliche Produktionsweise des 19. Jahrhunderts, um die Bourgeoisie und ihre Vorgeschichte. Aber klar erkennbar sei der methodologische Ansatz: Die Dialektik von Zugehörigkeit des Bürgertums zum Feudalismus einerseits und Gegensatz gegen die Feudalität andererseits.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch E. Uitz (Magdeburg) zur Kommunebewegung. Sie betonte deren revolutionäre Züge, räumte dabei aber ein, daß der Begriff "antifeudal" auch in diesem Zusammenhang nicht präzise genug sei. Sie hob die neuen sozialen und kulturellen Elemente in der städtischen Gesellschaft hervor und demonstrierte dies an den Veränderungen in der Stellung der Frau. Sie wies nach, daß die Stadt der gesellschaftlichen Stellung der Frau einen weiteren und freieren Spielraum ließ, als dies in der Feudalsphäre möglich war. Auch Uitz hielt den Begriff "Stand" für ungeeignet, das soziale Wesen des Städtebürgertums zu charakterisieren.

Am zweiten Tag des Kolloquiums standen Fragen der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus zur Debatte, die vor allem das Problem der Kontinuität und Diskontinuität von mittelalterlichem Städtebürgertum und Bourgeoisie betrafen. Čistozvonov hatte zum sozialen Charakter des niederländischen Bürgertums in der Übergangsepoche ausgeführt, daß das Zunft- und Handelsbürgertum mittelalterlicher Prägung bis in die Zeit nach der frühbürgerlichen Revolution des 16./17. Jahrhunderts als feudale Ständegruppe existierte und über das neue Manufakturbürgertum dominierte. Entgegen Darlegungen von K. Spading (Greifswald) über die große Rolle kapitalistischer Elemente im niederländischen Schiffbau, in der Schifffahrt und im Tuchgewerbe des 15./16. Jahrhunderts hielt er daran fest, daß diese Elemente nur sporadischen Charakter getragen hätten. Besonders Schiffbau und Schifffahrt entwickelten sich nicht in kapitalistischer Richtung, sondern blieben in der Hand des Handelskapitals. Er wandte sich entschieden dagegen, im Verlagssystem schon ein kapitalistisches Produktionsverhältnis zu sehen, wie das in den Beiträgen von Fritze und Schildhauer anklang. Eine deutliche Unterscheidung von der zerstreuten Manufaktur, in der schon ein wirkliches Lohnarbeitsverhältnis existierte, sei notwendig. Čistozvonov stellte fest, daß es keine Kontinuität zwischen mittelalterlichem Städtebürgertum und kapitalistischer Bourgeoisie gab. Es sei eine unbewiesene These, daß sich in Deutschland der Kapitalismus aus den Städten heraus entwickelt hätte. - A. Laube (Berlin) verwies darauf, daß in den Arbeiten der DDR-Historiker keine direkte Linie vom mittelalterlichen Städtebürgertum zur Bourgeoisie gezogen werde. An der Entstehung der Bourgeoisie seien neben Teilen des Städtebürgertums auch der Adel, die sich entwickelnde Intelligenz und andere soziale Kräfte beteiligt gewesen. Der Kapitalismus habe sich in Deutsch-

land nicht allein aus den Städten heraus entwickelt, sondern habe das feudale Umland und die Bergbauggebiete einbezogen. Doch sei zu beachten, daß er zunächst und vor allem das Gewerbe (einschließlich des ländlichen) und den Bergbau erfaßt habe, während in der Landwirtschaft die feudalen Fesseln noch lange hielten. K. Czok (Leipzig) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Vorstädte, in denen sich seit dem 15. Jahrhundert vor allem das Gewerbe ausdehnte und frühe kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickelten. Ihre Bewohner waren zu einem besonders großen Teil minderberechtigt und hatten erheblichen Anteil an den sozialen Auseinandersetzungen des späten Mittelalters und der frühbürgerlichen Revolution. Dies bestätigte für England G. Schilfert (Berlin). Er belegte mit zahlreichen Beispielen die Bedeutung der Vorstädte für die Entstehung des frühen Proletariats und die Rolle der Vorstadtbewohner während der englischen bürgerlichen Revolution. - G. Mothes (Leipzig) arbeitete am englischen Beispiel den klassischen Weg des Übergangs zum Kapitalismus heraus, der vom Lande seinen Ausgang nahm.

L. A. Kotelnikova (Moskau) führte die Refeudalisierungsproblematik am Beispiel der Toskana vom 14. bis 16. Jahrhundert vor. Während in den Städten kapitalistische Verhältnisse entstanden, konsolidierten sich auf dem Lande nicht etwa die Halbpacht und andere zum Kapitalismus tendierende Ausbeutungsformen, sondern feudale Abhängigkeitsverhältnisse bis hin zum Kolonat drangen erneut vor. Schließlich schwanden im 16. Jahrhundert auch in den Städten die frühen kapitalistischen Elemente. Nicht die "nobili" verbürgerlichten, sondern die "populani" nahmen Lebensstil und ökonomische Orientierung des Adels an. Küttler wies aber auf den stadialen Unterschied hin, der die Refeudalisierungsvorgänge im spätmittelalterlichen Italien von ähnlichen Erscheinungen in Deutschland nach der frühbürgerlichen Revolution trennte. Dazwischen lag der Beginn der eigentlichen Übergangsepoche, die großräumige Verbreitung des frühen Kapitalismus. Die Entwicklung im Reich ist danach nicht nur als Refeudalisierung aufzufassen. In dem gesamten europäischen Raum war in der Folge das Feudalsystem auch dort, wo es sich wieder stabilisierte, zu einer Anpassungsreaktion gezwungen, die das spezifisch "Spätfeudale" ausmachte.

Den letzten Diskussionskomplex bildete die widersprüchliche Rolle des Bürgertums während der frühbürgerlichen Revolution. M. Meyer (Berlin) untersuchte die Haltung der Städtevertreter auf den Reichstagen dieser Zeit, die vor allem von den patrizischen Kräften der großen oberdeutschen Reichsstädte bestimmt wurde. Diese Haltung war einerseits durch Konservativismus und Kaiser-treue geprägt, zielte aber andererseits durch das Festhalten an der Reformation und die Opposition gegen die großen Handelsgesellschaften objektiv auf die Sicherung der frühkapitalistischen Verhältnisse. N. V. Savina (Moskau) beleuchtete "Die Handelsgesellschaften und die gesellschaftliche Bewegung in Deutschland während des ersten Drittels des 16. Jahrhunderts". Die großen Gesellschaften gingen eine Symbiose mit allen Bereichen der feudalen Produktion ein. Ihre Monopoltätigkeit beförderte einerseits die Akkumulation von Geldkapital und den Ruin der kleinen Warenproduzenten, konservierte andererseits auch feudale Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in den von ihnen ausgebeuteten Gebieten. Es sei vereinfacht, progressive Wirtschaftstätigkeit und konservative Politik dieser großen Handelsgesellschaften einander gegenüberzustellen. G. Vogler (Berlin) unterstützte die differenzierte Wertung der Antimonopolbewegung durch Savina. Gerade während der Bauernkriegszeit seien die Anklagen gegen die Gesellschaften aus der Sicht der Konsumenten lauter geworden, die die Züge des Handels- und Wucherkapitals angriffen. In geringerem Maße sei die frühkapi-

talistische Unternemenstätigkeit der Gesellschaften von Produzenten unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz attackiert worden. S. Hoyer (Leipzig) hob die Rolle des landesstädtischen Bürgertums für die frühkapitalistische Entwicklung hervor, und H. Bräuer (Karl-Marx-Stadt) arbeitete Beweggründe für die antireformatorische Haltung des frühkapitalistischen Bürgertums in Chemnitz heraus.

In seinem Schlußwort konnte Laube als Ertrag des Kolloquiums feststellen, daß es auf der Basis der marxistisch-leninistischen Methodologie gelungen sei, strittige und schwierige Probleme einer gemeinsamen Lösung näher zu bringen. So seien Charakter und Funktion der einfachen Warenproduktion im Feudalismus deutlicher geworden. Die Tagungsteilnehmer seien sich darin einig, daß der marxistisch-leninistische Klassenbegriff auf die feudale Gesellschaftsformation uneingeschränkt anwendbar ist. Auch hinsichtlich der Kontinuität und Diskontinuität von mittelalterlichem Bürgertum und kapitalistischer Bourgeoisie konnten Mißverständnisse ausgeräumt und eine Annäherung der Standpunkte erreicht werden. Man habe Gemeinsamkeit darüber erzielt, daß das mittelalterliche Städtebürgertum in die Feudalgesellschaft voll integriert gewesen sei, dabei gebe es nach wie vor unterschiedliche Meinungen darüber, ob hieraus notwendig das feudale Wesen des Bürgertums folge. Das Bürgertum habe bis zum 13./14. Jahrhundert die volle Ausbildung des Feudalsystems gefördert, danach habe es zunehmend zur Zersetzung des west- und mitteleuropäischen Feudalismus und zu dessen besonderer Dynamik beigetragen, so daß sich hier zuerst kapitalistische Verhältnisse herausbilden konnten.

Das Kolloquium wurde von den anwesenden Historikern der UdSSR und der DDR als eine nützliche, fruchtbare wissenschaftliche Veranstaltung eingeschätzt.

Helga Schultz

Die Abwertungen
im Rom der republikanischen und kaiserzeitlichen Epoche
(19. bis 21. Oktober 1978 in Gdańsk)

Vom 19. bis 21. Oktober 1978 fand in Gdańsk (VR Polen) das zweite internationale Kolloquium zu dem Thema "Les dévaluations à Rome époque républicaine et impériale" statt. Das erste Kolloquium zu diesem Thema hatte im November 1975 in Rom stattgefunden; die dort gehaltenen Vorträge und Diskussionsbeiträge liegen inzwischen gedruckt vor: Les dévaluations à Rome époque républicaine et impériale (Rome, 13 - 15 novembre 1975), Collection de l'École Française de Rome, Rom 1978.

Gastgeber des Gdańsker Kolloquiums waren das Instytut Historii der Uniwersytet Gdański und die École Française de Rome. Beide Institutionen hatten zusammen 30 Wissenschaftler geladen, von denen 27 dieser Einladung nachgekommen waren. Die stärkste Delegation bildete die VR Polen mit elf Teilnehmern, gefolgt von der französischen mit zehn Teilnehmern. Die restlichen sechs Teilnehmer kamen aus der DDR (1), der Ungarischen VR (1), der BRD (3) und aus Italien (1). Es wurden insgesamt 15 Vorträge gehalten, ergänzt durch rund 100 Diskussionsbeiträge, deren Drucklegung wiederum die École Française de Rome besorgen wird.

Die auf dem Kolloquium behandelte Thematik - wobei das Thema "Die Abwertungen in Rom" bei weitem zu eng gefaßt war; dem Gebotenen besser entsprochen hätte der Titel "Geld, Preise und Löhne in der republikanischen und kaiserzeitlichen Epoche" - ließ drei Schwerpunkte erkennen.

1. Gewichtsreduzierungen und Entwertungen des römischen Geldes. Zu diesem Thema sprachen P. Lévêque (Abwertungen in Rom und in Italien bis zum 3. Jahrhundert v. u. Z.) und M. A. Levi (Die Münzreform Neros und ihre ökonomische und politische Bedeutung). Während Lévêque einen Überblick über die ständigen Gewichtsreduzierungen beim römischen Geld von den Anfängen des Aes grave bis hin zur Einführung des Denars gab - wobei angemerkt sei, daß Gewichtsreduktion beim antiken Geld nicht immer mit Geldentwertung gleichgesetzt zu werden braucht -, behandelte Levi Fragen der Münzreform Neros und die mit der Abwertung des Denars zusammenhängenden wirtschaftlichen Folgen.
2. Preisentwicklungen in und außerhalb Roms. Dieser Thematik sind die Vorträge einzuordnen von H. Zehnacker (Recheneinheit und Preis in Rom im 2. Jahrhundert v. u. Z.), J. Schwartz (Untersuchungen über die Entwicklung des Preises im römischen Ägypten), J. - P. Callu (Die Preise in der römischen Tradition des Bas-Empire), A. Chastagnol (Bemerkungen über die Löhne und Entgelter im 4. Jahrhundert), S. Mrozek (Der Preis des Purpur in der römischen Geschichte), J. Irmischer (Einiges über Löhne und Preise im Justinianischen Reich) und J. - M. Carrié (Eine Hypothese über das Verhältnis zwischen Gold- und Bronzeprägung im 6. Jahrhundert /anhand eines Kairoer Papyrus, P. C. Masp. 67145/). Unabhängig davon, ob sich die Vorträge mit einer einzelnen Provinz (Schwartz), mit einem speziellen Produkt (Mrozek) oder

mit einem größeren Komplex genereller Natur befaßten, Fazit all dieser Vorträge war die übereinstimmende Erkenntnis, daß ständige Preissteigerungen und laufende Geldentwertungen nicht erst die Zeit der Wirtschaftskrise, sondern die gesamte römische Wirtschaft bis zum Ende des 3. Jahrhunderts u. Z. gekennzeichnet haben. Eine entscheidende Änderung trat erst mit der Überwindung der Krise und der Stabilisierung der römischen Wirtschaft ein. Ihren juristischen Ausdruck fand diese Entwicklung im Preisedikt Diokletians, das uns außerdem eine Fülle konkreter Angaben über Preise und Löhne aus dieser Zeit vermittelt. So stabilisierten sich von da an zum Beispiel die Preise für Purpur (Mrozek). Darüber hinaus erfuhr das Gold eine allmähliche Aufwertung, bis es - seit der Konstantinischen Münzreform - zur dominierenden Währung wurde. Gleichzeitig zeichnete sich aber immer deutlicher die Tendenz ab, Leistungen und Gegenleistungen zwar auch weiterhin in Geld zu verrechnen, aber in Naturalien zu bezahlen (Chastagnol), das heißt der Rückgang der Geldwirtschaft zugunsten des Naturalaustausches.

Diesem Themenkomplex zuzurechnen ist auch der Vortrag von R. Étienne (Das Rechnungswesen von Columella - eine Entgegnung auf die Arbeit von R. Duncan-Jones "The Economy of the Roman Empire - Quantitative Studies", Cambridge 1974, Seite 33 - 59), der die Glaubwürdigkeit der von Columella vorgelegten Kalkulationen über die aus dem Weinanbau zu erzielenden Gewinne anzweifelte. Selbst wenn die bei Columella angegebenen Preise mit gewisser Vorsicht zu behandeln seien, so hätten sie zumindest für Latium eine nicht zu unterschätzende Beweiskraft. Étienne betonte, daß Columella ein Modell vorgelegt habe, das vor allem dazu dienen sollte, die durch die Konkurrenz der auswärtigen Weine bedrohte italische Weinkultur erneut zu beleben, indem er den italischen Winzern vorrechnete, welchen Gewinn man aus einem rationell geführten Weinberg erzielen könne.

3. Geldwirtschaft und Geldzirkulation. Zu diesem Thema sprachen unter den unterschiedlichsten Aspekten M. Corbier (Löhne und Entlohnung in den ersten beiden Jahrhunderten des Reiches), T. Pekáry (Die Grenzen der Geldwirtschaft in der Römerzeit), A. Kunisz (Die Notwendigkeit der Münzprägung in den Rhein- und Donauprovinzen des Reiches im Verlauf der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts) und J. Wielowiejski (Der Einfluß der Devaluation des Denars auf die Annahme des römischen Geldes jenseits der Donau). Letzterer behandelte Umfang und Ursachen des Zustroms römischen Geldes in die Gebiete, die heute zu Österreich, der ČSSR und der VR Polen gehören. Er gelangte zu dem Ergebnis, daß - im Vergleich zum 1. Jahrhundert u. Z. - der Zufluß römischer Denare in das Gebiet der heutigen VR Polen im 2. Jahrhundert u. Z. rapide zunahm, was seiner Meinung nach mit dem Ausbau der Bernsteinstraße in dieser Zeit zusammengehangen habe - doch sei erlaubt, hinzuzufügen, daß auch die allgemeine politische Lage nach der Beendigung der Dakerkriege, das heißt die weitgehende Sicherung der Nordgrenze des römischen Imperiums, hierfür eine gewisse Rolle mitgespielt haben dürfte.

Mireille Corbier beschäftigte sich mit Problemen der Ware-Geld-Beziehung und trat sowohl der allgemeinen Ansicht, diese habe in der römischen Wirtschaft in den ersten beiden Jahrhunderten u. Z. die dominierende Rolle gespielt, als auch der neuerdings - vor allem von M. Crawford - geäußerten Meinung, die Geldwirtschaft habe nur die Armee und die Stadt, niemals aber die landwirtschaftliche Produktion erfaßt, entschieden entgegen. Sie glaubte dagegen, daß das Geld zwar die römische Wirtschaft und Gesellschaft niemals total beherrscht habe, aber auch nicht nur auf die Armee und auf die städtische Produktion beschränkt

geblieben sei. Als Beweis für diese These legte sie eine ausführliche Studie über die verschiedenen, aus den literarischen Quellen bekannten Formen der Entlohnung und Bezahlung in Geld (*salarium, merces, commoda, stipendium, honorarium*) vor und zeigte, daß die unterschiedlichsten sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft in den verschiedensten Bereichen der römischen Wirtschaft durchaus in Geld entlohnt worden sind.

Auch Pekáry vertrat die Ansicht, daß sich die Ware-Geld-Beziehung im Römischen Reich niemals voll durchgesetzt habe, da die vorhandene Geldmenge im Verhältnis zur Bevölkerung viel zu niedrig war. Schließlich war in Rom in den ersten rund zweieinhalb Jahrhunderten u. Z. die einzige Münzstätte, die das gesamte Imperium mit der erforderlichen Geldmenge versorgen mußte, dazu aber wohl kaum über die entsprechenden Kapazitäten verfügte. Die lokalen Prägungen, die vielerorts gestattet waren, dienten zwar als notwendige Ergänzung, hatten aber keine reichsweite Gültigkeit. Darüber hinaus waren einer absoluten Geldwirtschaft auch insofern Grenzen gesetzt, als Rom kaum in der Lage gewesen sein dürfte, das Geld - Pekáry dachte hier vor allem an die Soldzahlungen - an die betreffenden Orte zu schaffen, da die Transportkosten viel zu hoch gewesen sein dürften. Er sah deshalb den Grund für die spätere Dezentralisierung des römischen Münzwesens um die Mitte des 3. Jahrhunderts u. Z. auch in der Einsparung derartiger Transportkosten.

Dem Mangel an Geld war schließlich auch der Vortrag von Kunisz gewidmet. Er ging dem Phänomen der sogenannten *limes falsa*, das heißt Nachprägungen römischer Denare und Antoniniane, nach, die in den Rhein- und Donauprovinzen in großen Mengen anzutreffen sind. Dieses in uns unbekanntenen Münzstätten nachgeprägte Geld diente in der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts u. Z. dazu, den Mangel an Kleingeld auf dem lokalen Markt zu beheben.

In die drei Themenkomplexe nicht einzuordnen ist der Vortrag von G. Urögdi (Cäsar und Antonius und die im Tempel der Ops aufbewahrten Gelder), der dennoch nicht unerwähnt bleiben soll. Urögdi ging dem Vorwurf Ciceros gegen Antonius nach, letzterer habe in der Nacht nach Cäsars Ermordung sowohl dessen häuslichen Nachlaß (unter anderem 100 Millionen Sesterzen) wie auch den im Tempel der Ops deponierten Staatsschatz von 700 Millionen Sesterzen heimlich beiseite geschafft. Urögdi entkräftete diese Anschuldigung, indem er knapp und präzise vorrechnete, daß für den Transport dieser Geldmengen allein rund dreißig Wagenladungen mit entsprechender Bewachung notwendig und daher ein heimlicher Abtransport wohl kaum durchführbar gewesen wäre.

Hervorzuheben an diesem Kolloquium ist die Tatsache, daß die behandelte Thematik nicht nur von einer einzigen Spezialdisziplin, sondern von all den Disziplinen der Altertumswissenschaft getragen wurde, die wichtige Aspekte zur Geld- und Finanzgeschichte Roms beizusteuern in der Lage sind, das heißt die Numismatik, Philologie, Epigraphik, Papyrologie und Wirtschaftsgeschichte. Einzig und allein auf der Zusammenarbeit der genannten Fachgebiete beruhte der Erfolg dieses Kolloquiums. Wenn auf ihm neue Detailkenntnisse über die Finanz-, Lohn- und Preispolitik Roms vorgelegt und offenstehende Probleme für die zukünftige Forschungsarbeit exakt formuliert werden konnten, so war das nur durch die Vereinigung dieser verschiedenen Fachdisziplinen möglich; denn damit war eine einseitige Behandlung der Problematik ausgeschlossen. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn diese Art von Kolloquien fortgesetzt würde.

QUELLEN UND MATERIALIEN

Bevölkerungszahlen und Sozialstruktur der Sowjetunion bis 1974

Unter besonderer Berücksichtigung der baltischen Sowjetrepubliken,
der sechziger Jahre und der Urbanisierung

von Raimo Pullat

1. Vorbemerkung
2. Literaturbericht
3. Geschichtlicher Rückblick
4. Entwicklung der Bevölkerungszahlen
 4. 1. Natürlicher Zuwachs
 4. 2. Migration
5. Urbanisierung
6. Veränderungen der Sozialstruktur
 6. 1. Arbeiterklasse
 6. 2. Kolchosbauerntum
 6. 3. Angestellte und Intelligenz
7. Erhöhung des Bildungsniveaus
8. Abschließende Betrachtung
9. Tabellenanhang

1. Vorbemerkung

Zu den wesentlichen Aufgaben der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus gehört die Vervollkommnung ihrer Sozialstruktur. In diesem Zusammenhang betonte L. I. Breshnew im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem XXV. Parteitag der KPdSU: "Als außerordentlich wichtig wird die gründlichere Untersuchung von Fragen angesehen, die die Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft und ihrer Produktivkräfte betreffen. Hierzu gehören beispielsweise Charakter und Inhalt der Arbeit unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus und die Veränderungen der sozialen Struktur . . . Die sowjetischen Wissenschaftler dürfen die Probleme des Umweltschutzes und der Demographie, die sich in der letzten Zeit zugespitzt haben, nicht aus ihrem Blickfeld verlieren."¹

Entsprechend der Bedeutung, die diesem Untersuchungsgebiet zukommt, stehen Probleme der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft im Mittelpunkt der Arbeit vieler wissenschaftlicher Institutionen der Sowjetunion.

1 XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L. I. Breshnew, Berlin 1967, S. 89 f.

Methodologische Grundlage ist dabei der historische Materialismus, die marxistisch-leninistische Lehre von der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Wahrheitsgetreue Untersuchungen über die Entwicklung der sozialen Gleichheit in der Sowjetunion sind in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus auch deshalb so bedeutsam, weil sie antikommunistische und revisionistische Auffassungen von den Klassen, vom Klassenkampf, von der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft widerlegen.

2. Literaturbericht

Verstärkt seit den sechziger Jahren erschienen in der UdSSR in großer Fülle Arbeiten zur Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft. Sie haben einen solchen Umfang angenommen und sind so zahlreich, daß die folgende Literaturübersicht nicht mehr als eine ganz bescheidene Auswahl daraus sein kann. So wurden allein von 1966 bis Anfang 1972, wie aus bibliographischen Verzeichnissen hervorgeht, mehr als 1700 Arbeiten zu diesem Thema veröffentlicht.² Besonders bemerkenswert sind die zunehmenden Aktivitäten, die auf regionaler Ebene dabei entfaltet wurden, und gerade die Untersuchungen über einzelne Landesteile tragen wesentlich dazu bei, ein markantes und detailliertes Bild der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften zu vermitteln, die alle Völker der UdSSR und jede Nationalität im einzelnen in so reichem Maße verzeichnen können.

Wertvolle Untersuchungen zur Sozialstruktur wurden beispielsweise von Wissenschaftlern der Moldauischen SSR, der Ukraine, Sibiriens und Mittelasiens durchgeführt.³

In entsprechenden Arbeiten von Wissenschaftlern der baltischen Sowjetrepubliken wurden bis Mitte der siebziger Jahre nur einige Aspekte der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft beleuchtet: die Entwicklung der Arbeiterklasse, des Kolchosbauerntums und der Intelligenz. So analysiert Truska die Dynamik der Klassenstruktur der Gesellschaft Litauens in der Periode des Aufbaus des Sozialismus 1940 bis 1951. Eine verallgemeinernde Arbeit über die Formierung der Arbeiterklasse in den Republiken des Sowjetbaltikums schrieb Schadshius. Das Thema der Sozialstruktur wird in der Dissertation von Tolischjute behandelt.⁴

- Sociologičeskie issledovanija processov izmenenija social'noj struktury sovjetskogo obščestva, Moskau 1973; Raboty sovetskich istorikov za 1970 - 1974 gg. Bibliograficeskij ukazatel', Moskau 1975, S. 218 - 224.
- Zavtur, A. A., Izmenenija v social'noj strukture naselenija MSSR, Kišinev 1974; Entelis, T. S., Preobrazovanie social'no-klassovoj struktury sel'skogo naselenija, Kišinev 1974; Kovalevskij, B. N., Ukreplenie sojuza rabočego klassa i kolchoznogo krest'janstva v period stroitel'stva kommunizma 1959 - 1970 gg. Na materialach Ukrainskoj SSR, Kiev 1972; Social'naja struktura naselenija Sibiri, Novosibirsk 1970; Dokučaev, T. A., Rabočij klass Sibiri i Dal'nego Vostoka v poslevoennye gody. 1946 - 1950, Novosibirsk 1972; Komogorcev, I. I., Promyšlennost' i rabočij klass Sibiri v period stroitel'stva kommunizma. 1959 - 1965 gg., Novosibirsk 1971; Chalzanov, K. Ch., Formirovanie kadrov nacional'noj intelligencii v avtonomnych respublikach Sibiri, Moskau 1965; Aženov, M., Izmenenija social'no-klassovoj struktury Kazachstana v processe kommunističeskogo stroitel'stva, Alma-Ata 1973; Akmuradov, K., Izmenenija social'noj struktury obščestva v period perechoda ot socializma k kommunizmu, Aščabad 1972; u. a.

Lettsische Wissenschaftler haben ein kleines Sammelwerk veröffentlicht, das der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft gewidmet ist.⁵ In diesem Sammelwerk wird hauptsächlich die Problematik des sowjetischen Bauerntums und der sowjetischen Intelligenz behandelt. Einen allgemeinthoretischen Charakter trägt die Broschüre von Krumin'.⁶

In der Historiographie Sowjetestlands sind bisher nur einige Aspekte der Entwicklung der sowjetischen Arbeiterklasse, des Bauerntums und der Intelligenz behandelt worden (von Gusarova, Leede, Koop, Martinson, Parol, Randmets, Rannik, Ruusmann, S. und E. Schmidt, Jaanvärk).⁷

- 4 Truska, L. S., Izmenenija klassovoj struktury obščestva v Litve v period stroitel' stva socializma. 1940 - 1951 gg. Avtoreferat dissertacii na soiskanie učenoj stepeni kandidata istoričeskich nauk, Vilnius 1966; Schadshius, G. A., Promyšlennost' i rabočij klass Pribaltijskich respublik posle vosstanovlenija Sovetskogo vlasti. 1940 - 1965 gg., in: Istorija SSSR, Nr. 1/1966, S. 35 - 37; Tolščiute, B. -A., Izmenenija sostava naselenija Litvy pod vlijaniem social'no-ėkonomičeskich faktorov. Avtoreferat dissertacii. Moskau 1969.
- 5 Izmenenija social'noj struktury socialističeskogo obščestva. Na primere Latvijskoj SSR. Materialy ko vtoroj Vsesozuznoj naučnoj konferencii. Riga 1971.
- 6 Krumin', M., Social'no-klassovaja struktura socialističeskogo obščestva, Ki-ga 1973.
- 7 Jaanvärk, Epp, Nõukogude eesti tööliklass ja vabariigi tööstuse areng aastail 1945 - 1950 (Die Arbeiterklasse Sowjetestlands und die industrielle Entwicklung dieser Republik 1945 - 1950), Tallinn 1963; Randmets, Lembit, Eesti NSV tööliklassi kasv ja tema täienemise peamised allikad (Das Wachstum der Arbeiterklasse der Estnischen SSR und die Hauptquellen ihrer Entwicklung), Tallinn 1965, S. 213 - 237 = Tööd EKP ajaloo alalt (Beiträge zur Geschichte der KPE), Bd. 1; Parol, V. I., Izmenenija v social'noj strukture proizvodstvenno-go kollektiva promyšlennosti ĖSSR za gody semiletki. 1959 - 1965 gg. Dissertacija na soiskanie učenoj stepeni kandidata istoričeskich nauk, Tallinn 1971 Schmidt, A., O tvorčeskoj aktivnosti rabočego klassa. Na materialach slancehimičeskoj promyšlennosti ĖSSR, in: Na puti ot socializma k kommunizmu. Sbornik statej, Tallinn 1967, S. 91 - 111 = Trudy Tallinskogo politehniceskogo instituta. Reihe B, Nr. 21, 1967; vgl. auch Leede, E., Dejatel'nost' KPSS v oblasti povyšeniya kul' turno-techničeskogo urovnja rabočego klassa v uslovijach stroitel' stva kommunizma. 1962 - 1965 gg. Na materialach Kompartii Ėstonii, in: ebenda, S. 111 - 137; Rabočij klass Ėstonii v uslovijach kommunističeskogo stroitel' stva, Tallinn 1969 = Trudy Tallinskogo politehničeskogo instituta, Reihe B, Nr. 30; Gusarova, B. A., K voprosu rosta kul' turno-techničeskogo urovnja rabočego klassa. Po materialam zavoda "Vol'ta", in: Izvestija AN ĖSSR. Obščestvennye nauki, Nr. 3/1964, S. 213 - 222; Rannik, E., Ob izmenenijach v zanjatosti v social'noj strukture sel'skogo naselenija Ėston-skoi SSR v 1959 - 1970 gg., in Social'naja struktura. Trud. Svodnoe vremja, Tallinn 1975, S. 10 - 28; Ruusmann, Ants, Talurahva klassistruktuurist Eestis 1940. aasta sotsialistiku revolutsiooni eelõhtul (Über die Klassenstruktur des Bauerntums in Estland am Vorabend der sozialistischen Revolution 1940), in: Eesti talurahvas teel sotsialismile (Das estnische Bauerntum auf dem Wege zum Sozialismus), Tallinn 1965, S. 116 - 195; Martinson, Karl, Teadlane ja teaduslik publikatsioon Eesti NSV-s. (Wissenschaftler und wissenschaftliche Publikationen in der Estnischen SSR), Tallinn 1973; Schmidt, Eduard, Kesk- ja kõrgema haridusega kaadri ettevalmistamisest Nõukogude Eestis

In jüngerer Zeit wurde ein Artikel von Hallik veröffentlicht, in dem ein allgemeiner Überblick über die Sozialstruktur der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus gegeben wird.⁸

In der Lettischen und Estnischen SSR sind die ersten Schritte zur komplexen Analyse der Sozialstruktur getan (Zile und Pullat).⁹ Jaanvärk analysierte die Sozialstruktur der baltischen Sowjetrepubliken für die Periode von 1959 bis 1970 unter Berücksichtigung der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung.¹⁰ Im vorliegenden Artikel soll der nationale Aspekt jedoch unberücksichtigt bleiben.

3. Geschichtlicher Rückblick

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war auch in Lettland, Litauen und Estland der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die von Klassengegensätzen weg- und zur sozialen Gleichheit in der Gesellschaft hinführte. Die ersten Schritte zur Neugestaltung der Sozialstruktur erfolgten unter den Bedingungen des schärfsten Klassenkampfes. Und obwohl es der Bourgeoisie zunächst gelang, mit Unterstützung kapitalistischer Staaten die Macht zu ergreifen und den Kapitalismus zu restaurieren, wurde der Kampf des litauischen, lettischen und estnischen Volkes für die Verwirklichung der Ideale der Oktoberrevolution fortgesetzt.

1940 wurde in Estland ebenso wie in Litauen und Lettland die Macht der Bourgeoisie gestürzt und die Sowjetmacht wiederhergestellt. Vor den kommunistischen Parteien dieser jungen Sowjetrepubliken stand als wichtigste Aufgabe, die Reste der Ausbeuterklassen zu liquidieren und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Schon im Laufe der ersten Periode des sozialistischen Aufbaus wurde die Klassenstruktur der Gesellschaft Lettlands, Litauens und Estlands grundlegend umgestaltet. Mit der Verstaatlichung von Handel und Industrie, Transport- und Finanzeinrichtungen wurde die Bourgeoisie entmachtet; das Kulakentum wurde bedeutend geschwächt; es bildete sich eine neue sozialistische Sowjetgesellschaft. Doch der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus wurde durch die Invasion der deutschen Faschisten unterbrochen.

Während der Kriegs- und Okkupationsjahre haben die baltischen Sowjetrepubliken großen materiellen Schaden erlitten und einen beträchtlichen Teil ihrer Bevölkerung eingebüßt. Die Nachkriegswirtschaft Estlands, Lettlands und Litauens ist durch eine schnelle Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft, durch das Wachstum der absoluten Zahl und des Anteils der Arbeiter und Ange-

(Die Heranbildung von Kadern mit Ober- und Hochschulbildung in Sowjetestland), Tallinn 1959; derselbe, Kõrgema hariduse areng Nõukogude Eestis (Die Entwicklung der Hochschulbildung in Sowjetestland), Tallinn 1971; Koop, A., Rol' vyššego obrazovanija v izmenenii social'noj struktury razvitogo sotsialističeskogo obščestva, Tartu 1975.

⁸ Challik, (Hallik), K., Social' naja struktura razvitogo sotsialističeskogo obščestva, in: Kommunist Estonii, Nr. 10/1975, S. 25 - 35.

⁹ Zile, A., Periody i etapy stroitel'stva socializma i izmenenija social'noj struktury obščestva, Riga 1975; Pullat, R., Social' naja struktura Sovetskoj Ėstonii. Sravnitel'no-istoričeskij analiz osnovnyh tendencij razvitija, Tallinn 1976.

¹⁰ Jaanvärk, Epp, Osnovnye izmenenija v social'noj strukture sovetskich respublik Pribaltiki. Po dannym vsesojuznyh perepisej naselenija 1959 i 1970 gg., in: Istorija SSSR, Nr. 5/1976, S. 119 - 137.

stellen an der berufstätigen Bevölkerung gekennzeichnet. Für die Demographie Estlands dieser Periode ist zum Beispiel eine fünfmal so hohe natürliche Zuwachsrates wie im Zeitraum 1935 bis 1939, schnelles Wachstum der Stadtbevölkerung und eine verhältnismäßig langsame Verminderung der Landbevölkerung charakteristisch.¹¹

Unter den Bedingungen der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte stieg die Gesamtzahl der Bevölkerung Estlands bis 1959 auf 1 197 000. In den Jahren 1945 bis 1958 vergrößerte sie sich um 342 000.

4. Entwicklung der Bevölkerungszahlen

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ist eines der wichtigsten Merkmale der demographischen Entwicklung, das einem bestimmten Einfluß seitens der Entwicklung der Produktivkräfte und der Veränderung der Produktionsverhältnisse unterliegt. Dieser Prozeß hängt auch von der geographischen Umwelt, von biologischen Faktoren usw. ab. Wie waren aber die Kennziffern des Bevölkerungszuwachses in den baltischen Sowjetrepubliken im Vergleich zu denen der gesamten Sowjetunion in der Periode von 1959 bis 1975? Den Angaben der Tabelle 1 (Anhang) ist zu entnehmen, daß die Bevölkerung der UdSSR in diesem Zeitraum auf 121 Prozent anstieg. In Litauen war diese Kennziffer ein wenig höher (122 Prozent), in Estland und Lettland aber etwas niedriger (jeweils 119 Prozent). In absoluten Ziffern wuchs die Bevölkerung in Litauen um 589 000, in Lettland um 365 000 und in Estland um 232 000 an.

4.1. Natürlicher Zuwachs

Wie bekannt, bildet sich die Gesamtzahl der Bevölkerungszunahme aus zwei Faktoren - dem natürlichen und dem mechanischen Zuwachs. Der natürliche Zuwachs der Bevölkerung Lettlands, Litauens und Estlands läßt sich anhand von Tabelle 2 (Anhang) verfolgen.

Im Zeitraum 1913 bis 1973 sank im Gebiet der Sowjetunion die Geburtenrate von 4,55 auf 1,76 Prozent. Eine höhere Geburtenziffer weist von den baltischen Republiken Litauen auf, aber auch dort ist diese Kennziffer ab 1950 sinkend, bis sie im Jahre 1970 nahezu dem gesamtsowjetischen Durchschnitt entspricht.

Aus Tabelle 2 ist zu ersehen, daß sowohl in der Sowjetunion im ganzen als auch in den baltischen Sowjetrepubliken die Sterblichkeitsrate wesentlich zurückging. Dies zeugt von der erfolgreichen Politik der KPdSU und der Sowjetregierung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Sozialversorgung. Gleichzeitig spiegeln die in Tabelle 2 angeführten Angaben ein niedriges Niveau des natürlichen Bevölkerungszuwachses in Lettland und Estland im Vergleich zu den Allunionskennziffern wider. Die Zunahme der Bevölkerungszahl Lettlands und Estlands ging somit in erster Linie auf Wanderungsgewinne zurück.

Auf der Grundlage der Volkszählung von 1970 werden die einzelnen Unionsrepubliken nach den Kennziffern des natürlichen Zuwachses in drei Gruppen unterteilt.

¹¹ Eesti Nõukogude Entsüklopeedia (Estnische Sowjetenzyklopädie), Bd. 2, Tallinn 1971, S. 71.

Die Lettische, Estnische und Ukrainische SSR sowie die RSFSR gehören zur Gruppe mit dem niedrigsten natürlichen Zuwachs (zwischen 0,24 und 0,59 Prozent); die Litauische SSR gehört neben der Belorussischen, der Georgischen und der Moldauischen SSR zur zweiten Gruppe (zwischen 0,7 und 1,2 Prozent).

4.2. Migration

Wie man aus Tabelle 3 (Anhang) ersieht, hat von den baltischen Sowjetrepubliken Estland den höchsten Intensitätskoeffizienten der Migration; an zweiter Stelle steht Litauen und an dritter Lettland (die Allunionskennziffer beträgt 5,6 Prozent).

Der Anteil der Migration an der Zunahme der Bevölkerungszahl ist aus Tabelle 4 (Anhang) zu ersehen. Er war in den Jahren 1959 bis 1970 in Estland und Lettland ziemlich hoch und in Litauen niedrig; da jedoch in Litauen der natürliche Bevölkerungszuwachs größer war, wiesen alle drei baltischen Sowjetrepubliken etwa die gleichen Raten des Wachstums der Gesamtbevölkerung auf (vgl. Tabelle 1).

5. Urbanisierung

Anfang der sechziger Jahre bestand in der UdSSR zwischen Stadtbevölkerung und Landbevölkerung ein zahlenmäßiges Gleichgewicht, und 1974 betrug der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung nahezu 60 Prozent.¹²

Die Dynamik der Stadtbevölkerung ist mit zwei Faktoren verbunden: der Erweiterung des Netzes der städtischen Siedlungen und dem Wachstum der existierenden Städte. Zu den städtischen Siedlungen gehören in der UdSSR die eigentlichen Städte und stadtähnliche Siedlungen. Unter den sämtlichen städtischen Siedlungen bilden die Städte ihrer Zahl nach eine sichtliche Minderheit, aber die überwältigende Mehrheit der Stadtbewohner lebt gerade in ihnen.

Tabelle 5 (Anhang) zeigt die Steigerung des Anteils der Stadtbevölkerung, aufgeschlüsselt nach den Unionsrepubliken. Wie man sieht, sind der Anteil der Stadtbevölkerung und seine Steigerungsraten von Unionsrepublik zu Unionsrepublik recht unterschiedlich.

Am höchsten ist der Anteil der Stadtbewohner in Estland, der RSFSR und Lettland. Diese Erscheinung hat bestimmte historische Wurzeln.

Der absolute Zuwachs der Stadtbevölkerung erfolgte in der RSFSR, der Ukrainische, Belorussischen, Litauischen, Lettischen und Estnischen SSR in den Jahren 1939 bis 1969 im wesentlichen auf Kosten der Landbevölkerung, deren Zahl erheblich zurückging. In der Georgischen SSR war das Wachstum der Stadtbevölkerung im Laufe der genannten Jahre auf reichlich das Doppelte vor allem durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bedingt: Die Zahl der Dorfbewohner verminderte sich hier nur um 1 Prozent. In den übrigen Unionsrepubliken wurde die intensive Vergrößerung der Stadtbevölkerung vom Wachstum der Landbevölkerung begleitet. Besonders intensiv war dieses Wachstum in der Usbekischen und Kirgisischen SSR - auf mehr als das Anderthalbfache.¹³

¹² Naselenie SSSR. Spravočnik, Moskau 1974, S. 50.

¹³ Ebenda, S. 57.

Obwohl mit der Erhöhung des Anteils der Stadtbevölkerung im großen und ganzen eine Verminderung der Landbevölkerung einhergeht, kann dieser Anteil auch dann steigen, wenn niemand vom Lande in die Stadt übersiedelt, nämlich durch Zuwanderung aus anderen Gebieten. Der Zuwanderer siedelt sich heutzutage in der Regel in der Stadt an. Nicht zuletzt daraus erklärt sich das überdurchschnittlich schnelle Wachstum des spezifischen Gewichts der Stadtbewohner in einigen Unionsrepubliken und ökonomischen Regionen (Nordkaukasus, Mittelasien, Ukraine, Baltikum) mit positivem Migrationssaldo. Estland und Lettland sind die Unionsrepubliken mit dem höchsten spezifischen Gewicht der Stadtbevölkerung.

Im Jahre 1951 übertraf die Zahl der Stadtbevölkerung in Estland die der Landbevölkerung. Im Laufe der nächsten zwanzig Jahre (1951 bis 1970) hatte die estnische Republik 146 000 Zuwanderer zu verzeichnen.¹⁴ Ohne diese Zuwanderung hätte der Anteil der Stadtbevölkerung zum 1. Januar 1971 statt 65,5 Prozent nur 61,4 Prozent betragen, das heißt, er wäre so groß gewesen wie 1964.

In den Jahren 1959 bis 1970 war die Zuwanderungsrate in Estland in den Stadtregionen dreimal so hoch wie auf dem Lande. Gleichzeitig war 1970 die Zahl der Stadtbevölkerung knapp doppelt so groß wie die der Landbevölkerung.

Bei einer schnellen Urbanisierung übertreffen gewöhnlich die Zuwanderungszahlen die Zahlen des natürlichen Zuwachses. In den Jahren 1926 bis 1970 entfielen 57 Prozent des Zuwachses der Stadtbevölkerung der UdSSR auf die Zuwanderer.¹⁵ Im Zeitraum von 1959 bis 1969 war die Zuwanderung in Estland mit 63,8 Prozent am Zuwachs der Stadtbevölkerungszahl beteiligt.

Natürlich hat die Migration nicht nur eine quantitative Seite. Von Bedeutung sind auch ihre Auswirkungen auf die demographische und Sozialstruktur sowohl der Herkunfts- als auch der Zuzugsgebiete.

Die Hauptursache der Migration in die Großstädte ist natürlich das Arbeitsangebot. Aber auch die städtische Lebensweise übt ihre Anziehungskraft aus.

Wie Tabelle 5 zeigt, war 1939 unter den baltischen Staaten Lettland am stärksten urbanisiert; die Stadtbewohner machten dort 35,2 Prozent der Bevölkerung aus. In der Periode des Sozialismus hatte dagegen in der Estnischen SSR die Stadtbevölkerung ihre höchsten Zuwachsraten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg dort von 56,5 Prozent (1959) auf 67,3 Prozent (1974). In der Litauischen SSR war der Anteil der Stadtbevölkerung bedeutend niedriger (1939: 22,9 Prozent; 1974: 55,1 Prozent).

Die Bevölkerung der Hauptstädte der Republiken des Sowjetbaltikums (Tallinn, Riga, Vilnius) wächst schneller als die Bevölkerung der Republiken im ganzen. So machte 1939 die Bevölkerung Tallinns 15,2 Prozent der Gesamtbevölkerung der Republik aus, 1974 aber 27,6 Prozent (siehe Tabelle 6, Anhang). Im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil der Bevölkerung Rigas an der Bevölkerung der Lettischen SSR von 18,5 Prozent auf 31,6 Prozent und der Anteil der Bevölkerung von Vilnius an der Bevölkerung Litauens von 7,5 Prozent auf 12,9 Prozent.

Aber dennoch blieb das Bevölkerungswachstum der Hauptstädte hinter dem Gesamtwachstum der Stadtbevölkerung allmählich zurück. So lebten im Jahre 1939

14 Narodnoe chozjajstvo Ėstonskoj SSR v 1970 godu. Statističeskij ežegodnik, Tallinn 1971, S. 21.

15 Zavtur, A. A., Vyravnivanie social'no-klassovoj struktury nacij SSSR v processe stroitel'stva kommunizma, in: Edinstvo i sotrudničestvo narodov SSSR, Kišinev 1975, S. 129 - 135.

in Tallinn 45, 0 Prozent der Stadtbevölkerung Estlands, im Jahre 1974 dagegen nur noch 41, 1 Prozent. Im gleichen Zeitraum verminderte sich der Anteil der Einwohnerschaft Rigas an der Stadtbevölkerung Lettlands von 52, 0 Prozent auf 49, 0 Prozent, während der Anteil der Bewohner von Vilnius an der Stadtbevölkerung Litauens von 32, 6 Prozent auf 23, 3 Prozent sank.

Das relative Wachstum der Stadtbevölkerung war in der Periode von 1959 bis 1974 in Litauen am größten; von 100 Prozent (1959) auf 172 Prozent (1974), in Estland auf 141 Prozent und in Lettland auf 135 Prozent (siehe Tabelle 6).

Der quantitative Rückgang der Landbevölkerung und ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung schließt Zuwanderungen in das Dorf nicht aus. Das gilt ebenso für landwirtschaftliche Fachkräfte wie für Arbeiter und Angestellte aus anderen sozialen Gruppen. Stärker ist jedoch die Migration in die Stadt. Viele ehemalige Landbewohner wurden Städter, und dies wirkte sich auf die Sozialstruktur sowohl der Stadt als auch des Dorfes aus.¹⁶

An der Entwicklung der Landbevölkerung fallen folgende Tendenzen auf: Die Grundlagen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von Stadt und Dorf nähern sich einander, städtisches und ländliches Lebensniveau gleichen sich einander an; die Grenze zwischen dem genossenschaftlichen Kolchoseigentum und dem Staatseigentum spielt in der Praxis eine immer geringere Rolle; der Staatssektor innerhalb des Dorfes vergrößert sich; gleichzeitig wird die soziale und berufliche Struktur der Landbevölkerung komplizierter. Die Zahl der Menschen, die mit nichtqualifizierter körperlicher Arbeit beschäftigt sind, vermindert sich und die Schichtung der mit qualifizierter Arbeit Beschäftigten vergrößert sich.

Das Urbanisierungstempo war in der Estnischen SSR zunächst überdurchschnittlich hoch. Schon Anfang der fünfziger Jahre sank der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung auf unter 50 Prozent; im Allunionsmaßstab geschah das erst Anfang der sechziger Jahre. 1939 betrug der Anteil der Landbevölkerung in der ganzen Sowjetunion 67, 09 Prozent (in Estland: 66, 25 Prozent); im Jahre 1959 war der relative Unterschied zwischen diesen Kennziffern größer (Anteil der Landbevölkerung in der Sowjetunion: 52, 12 Prozent, in der Estnischen SSR: 43, 56 Prozent).¹⁷

Wie aus Tabelle 6 (Anhang) zu ersehen ist, verminderte sich der Anteil der Landbevölkerung der Estnischen SSR von 1959 bis 1970 um weitere 8, 5 Prozent und machte im Jahre 1970 nur noch 35 Prozent aus (Lettische SSR: 37, 5 Prozent).¹⁸ In der UdSSR insgesamt ging in diesem Zeitraum der Anteil der Landbevölkerung um 8, 4 Prozent zurück; somit entsprach die Urbanisierung in der Estnischen SSR annähernd dem gesamtsovetischen Durchschnitt. Gleichzeitig ging der Anteil der berufstätigen Bevölkerung auf dem Lande zurück.

6. Veränderungen der Sozialstruktur

Mit der Entwicklung der Bevölkerungszahl und der Urbanisierung¹⁹ gingen wichtige Veränderungen der Sozialstruktur einher. In diesem Zusammenhang ist zu-

16 Vgl. Zojončkovskaja, Ž. A., Novosely v gorodach, Moskau 1972.

17 Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 goda. Svodnyj tom, Moskau 1962, S. 13.

18 Zimle, A., a. a. O., S. 187.

nächst das zwar langsame, aber stetige sowohl absolute als auch relative Wachstum der berufstätigen Bevölkerung zu nennen.²⁰ Diese Tendenz zeugt von der planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte und dem entscheidenden Einfluß dieses Faktors auf die Entwicklung der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg in der Volkswirtschaft der Sowjetunion von 1959 bis 1970 um 16 Millionen; dabei entfiel mit ungefähr 60 Prozent der größte Teil dieses Zuwachses auf Frauen.²¹ Die Jahresdurchschnittszahl der in der Volkswirtschaft der UdSSR Beschäftigten war 1973 auf 113,6 Millionen angestiegen. Die Veränderungen der Sozialstruktur lassen sich an der Entwicklung der Klassen und sozialen Gruppen und ihres Verhältnisses zueinander deutlich verfolgen.²²

Die Hauptklassen der Sowjetgesellschaft sind die Arbeiterklasse (zu der auch die Landarbeiter gehören) und das Kolchosbauerntum. Die Landbevölkerung der UdSSR wird in folgende Hauptgruppen unterteilt: Arbeiter, Angestellte, Kolchosbauern, Einzelbauern und nichtgenossenschaftliche Gewerbetreibende. Die Intelligenz stellt eine besondere Sozialgruppe dar.²³

In den baltischen Sowjetrepubliken hat sich diese Sozialstruktur schon Anfang der fünfziger Jahre herausgebildet. Im Laufe ihrer Weiterentwicklung erfuhr sie jedoch unter dem Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des ständig steigenden kulturellen und Bildungsniveaus des Volkes wesentliche quantitative und qualitative Veränderungen. Wie sich die Sozialstruktur der berufstätigen Bevölkerung des Sowjetbaltikums im Zeitraum 1959 bis 1970 veränderte, zeigt Tabelle 7, während man anhand von Tabelle 8 (Anhang) die Veränderungen in der Sozialstruktur der Landbevölkerung Estlands, Lettlands und Litauens (auch im Vergleich zu entsprechenden Kennziffern für die Sowjetunion im ganzen) für den Zeitraum von 1959 bis 1970 verfolgen kann.

Danach ging der Anteil der Kolchosbauern an der berufstätigen Bevölkerung stark zurück, während Zahl und spezifisches Gewicht der Arbeiter und Angestellten sich erhöhten. Gleichzeitig verringerte sich - nicht zuletzt infolge des technischen Fortschritts - der Anteil der Arbeiter an der Stadtbevölkerung, während der Anteil der Angestellten eine stark steigende Tendenz aufweist. Besonders deutlich ging der Anteil der Arbeiter an der berufstätigen Bevölkerung in den Hauptstädten Riga, Vilnius und Tallinn zurück. Dagegen stieg der Anteil der Arbeiter an der berufstätigen Landbevölkerung in den Jahren 1959 bis 1970 in Verbindung mit der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft ständig an.

19 Wie Poletaev und Senjavskij richtig feststellen, ist sowohl das absolute als auch relative Wachstum der Stadtbevölkerung für die Bevölkerungsentwicklung besonders charakteristisch (Poletaev, V. E. / Senjavskij, S. L., *Izmenenie social'noj struktury sovetskogo obščestva v uslovijach stroitel'stva i funkcionirovanija razvitogo socializma*, in: *Edinstvo i sotrudničestvo narodov SSSR. Tezisy dokladov i soobščeniј naučnoј konferencii*, Kišinev 1975, S. 114).

20 Von 1940 - 1970 nahm die Zahl der Stadtbevölkerung in der UdSSR insgesamt fast um die Hälfte zu, und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg von 36,8 % (1940) bis 1970 auf 44,1 % (Senjavskij, S. L., *Izmenenija v social'noj strukture sovetskogo obščestva 1938 - 1970*, Moskau 1973, S. 190).

21 *Naselenie SSSR*, a. a. O., S. 141.

22 *Rutkevič, M. N.*, *Tendencija razvitija social'noj struktury sovetskogo obščestva*, Moskau 1975, S. 21.

23 *Naselenie SSSR*, a. a. O., S. 133 f.

Im Sowjetbaltikum war die Zuwachsrate der Arbeiterklasse auf dem Lande in Litauen am beträchtlichsten, während Estland den höchsten Anteil der Arbeiterklasse an der berufstätigen Landbevölkerung aufwies.

Der Anteil der Kolchosbauern an der berufstätigen Bevölkerung der baltischen Sowjetrepubliken ist in Litauen am höchsten (21, 2 Prozent). Diese Kennziffer ist bedeutend höher als ihre Entsprechung in Estland und Lettland. Wesentliche Kennzeichen zunehmender sozialer Gleichheit der Sowjetgesellschaft in der Periode des entwickelten Sozialismus sind ferner die Verwischung der Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Sozialstruktur (wenn man davon absieht, daß in den Städten das Kolchosbauerntum fehlt). Zahl und spezifisches Gewicht der Angestellten, darunter der Intelligenz, vergrößerten sich sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande.

Der Prozeß der Beseitigung wesentlicher Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit hat sich in den sechziger und siebziger Jahren beschleunigt. Mit diesem Prozeß war eine intensive Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft sowie die Annäherung der zwei Formen des sozialistischen Eigentums verbunden.

6.1. Arbeiterklasse

Wenn wir nun auf einzelne Klassen und Gruppen näher eingehen, so ist zunächst auf die immer größere Bedeutung hinzuweisen, die der Arbeiterklasse sowohl als Hauptträger der sozialistischen Beziehungen wie auch als Vertreter des neuen Niveaus der Entwicklung der Produktivkräfte, das mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbunden ist, zukommt.

Die zentrale Funktion der Arbeiterklasse und ihre führende Rolle in der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft bestimmen die Wechselbeziehung der Sozialprozesse, die sich sowohl innerhalb der Arbeiterklasse als auch im Gesamtsystem der Gesellschaft vollziehen. "Nur diese Klasse", betonte Lenin, "kann den werktätigen Massen helfen, sich zu vereinigen, sich zusammenzuschließen und die kommunistische Gesellschaft endgültig zu vollenden."²⁴

Das Proletariat ist die einzige Klasse in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft, die die Macht erkämpft, nicht um sie zu verewigen, sondern um jegliche Klassenherrschaft, Klassenunterschiede zu beseitigen und die soziale Gleichheit der Gesellschaft zu verwirklichen.²⁵

In der Etappe des entwickelten Sozialismus findet der Entwicklungsprozeß zur sozialen Gleichheit in der Sowjetgesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse immer deutlicher seinen Ausdruck. Die Annäherung der Arbeiterklasse, des Kolchosbauerntums, der Intelligenz, die allmähliche Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Stadt und Dorf, wo heutzutage zahlreiche soziale Gruppen zur Arbeiterklasse gehören - all das trägt wesentlich zur Veränderung des sozialen Bildes der Arbeiterklasse selbst bei, fördert das Wachstum ihrer potentiellen Möglichkeiten, immer akti-

²⁴ Lenin, W. I., Die Aufgaben der Jugendverbände, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1970, S. 281.

²⁵ Senjavskij, S. L., a. a. O., S. 208 f.

ver auf den Verlauf des sozialen Fortschritts einzuwirken, und verstärkt ihre Rolle als führende Kraft des kommunistischen Aufbaus.

Eine der wichtigsten Tendenzen in der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft ist das rasche Wachstum der Arbeiterklasse. Wenn im Jahre 1937 die Arbeiterklasse der UdSSR 17, 5 Millionen in ihren Reihen zählte, so waren es im Jahre 1970 schon 60, 7 Millionen (dreieinhalbmals soviel). Dementsprechend stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bevölkerung von 10, 6 Prozent im Jahre 1937 auf 25, 0 Prozent im Jahre 1970 und an der berufstätigen Bevölkerung von 27, 4 Prozent im Jahre 1940 auf 56, 7 Prozent im Jahre 1970.²⁶ Im Laufe von 45 Jahren stieg der Anteil der Arbeiterklasse an der Bevölkerung des Landes auf das Fünffache. 1975 entfielen auf die Arbeiterklasse der UdSSR unter Einschluß der nichtberufstätigen Familienmitglieder über 60, 9 Prozent der Bevölkerung des Landes.²⁷ Die Arbeiterklasse der UdSSR übertrifft jetzt ihrer Zahl nach sowohl das Bauerntum als auch die anderen sozialen Gruppen zusammengenommen. Aber mit dem technischen Fortschritt, der Entwicklung der Produktivkräfte und der auf die Intensivierung der Produktion ausgerichteten Politik der KPdSU verlangsamte sich allmählich das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse. Am größten war die Zuwachsrate im Zeitraum des vierten Fünfjahrplanes (44 Prozent); demgegenüber betrug sie für den Zeitraum des achten Fünfjahrplanes 14, 7 Prozent.²⁸

Tabelle 8 (Anhang) zeigt die Entwicklung des Anteils der Arbeiter an der Landbevölkerung des Sowjetbaltikums von 1959 bis 1970.

So stieg hier - Ausdruck schnell voranschreitender Industrialisierung - der Anteil der Arbeiter am meisten in Sowjetlitauen (Zuwachsrate 1959 bis 1970: 32 Prozent; in Lettland: 7 Prozent und in Estland: 6 Prozent). Während der Anteil der Arbeiter an der Stadtbevölkerung in Litauen konstant blieb und sich in Estland und Lettland etwas verminderte, konnte die ländliche Arbeiterklasse, besonders Sowjetlitauens, überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten verzeichnen.

Die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft der UdSSR vergrößerte sich von 1937 bis 1970 von 1, 5 Millionen auf 9, 2 Millionen, das heißt auf mehr als das Sechsfache.²⁹ 26, 4 Prozent der Berufstätigen der Landwirtschaft waren Arbeiter; bis 1970 hatte sich ihr Anteil auf 60, 5 Prozent erhöht, das heißt auf mehr als das Doppelte.³⁰ Diese Tendenz geht auf die zunehmende Einführung und Erweiterung industrieller Methoden in der Landwirtschaft zurück. 1970 waren in der Landwirtschaft Sowjetestlands 46 300 Arbeiter tätig (1950: 11 200).³¹ Die soziale Annäherung des Kolchosbauerntums an die Arbeiterklasse ist ein vielschichtiger und langwieriger Prozeß, der sowohl mit der Veränderung der Eigentumsverhältnisse als auch mit der allmählichen Verwandlung der landwirtschaftlichen in eine Art industrieller Arbeit verbunden ist. Dieser Prozeß vollzieht sich unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.³²

26 Derselbe, *Izmenenija v social'noj strukture sovetskogo obščestva. 1938 - 1970*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 4/1973, S. 8.

27 *Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 godu*, Moskau 1975, S. 38.

28 *Senjavskij, S. L., Izmenenija ...*, in: *Voprosy istorii*, a. a. O., S. 9.

29 Derselbe, *Izmenenija ...*, Moskau 1973, S. 22.

30 Ebenda; vgl. auch *Tonaevskij, K. S., K voprosu o sostave i istočnikach popolenija otrjada rabočich sovchozov v 1959 - 1965 gg. Social'naja struktura naselenija Sibiri, Novosibirsk 1970*, S. 165 ff.

31 *Narodnoe chozjajstvo Ėstonskoj SSR v 1972 godu*, Statističeskij ežegodnik, Tallinn 1973, S. 174.

32 Zur Entwicklung der Sozialstruktur der Mitglieder der Kommunistischen Par-

Das Wachstum der Zahl der Arbeiter betrifft alle ihre Gruppen. Bei der Bestimmung der inneren Struktur der Arbeiterklasse muß noch einmal betont werden, daß die Hauptmasse der Arbeiter in der Industrie, im Bauwesen und im Transportwesen beschäftigt ist. Allmählich wächst der Anteil der Arbeiter in Handel und Versorgung, im Gaststätten- und Kantinenwesen, in der Kommunalwirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Die Zuwachsraten in der Industrie und im Bauwesen halten sich sowohl in den baltischen Republiken als auch in der Sowjetunion im ganzen so ziemlich die Waage. Etwas niedriger sind sie im Transportwesen und am höchsten in der Landwirtschaft.³³ In den letzten Jahren (1965 bis 1975) setzte infolge des technischen Fortschritts eine gewisse Verlangsamung des quantitativen Wachstums der Arbeiterklasse ein.

Indem die Arbeiterklasse ihrer führenden Rolle beim kommunistischen Aufbau gerecht wird, erfährt sie selbst wichtige qualitative Wandlungen. Sie äußern sich vor allem im Wachstum des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiter³⁴, in der Steigerung des Bildungsniveaus und der Qualifikation, in Veränderungen in der beruflichen Zusammensetzung.

So wächst in allen baltischen Sowjetrepubliken die Zahl der Arbeiter bei denjenigen Berufen, die ein höheres Qualifikationsniveau erfordern, überdurchschnittlich schnell, während die Zahl der nichtqualifizierten Arbeiter stetig zurückgeht.

Die qualifizierten Arbeiter stehen ihren kulturellen Interessen und ihrer schöpferischen Aktivität nach der Intelligenz ziemlich nahe und sind demzufolge eine Art soziales Verbindungsglied zwischen Arbeiterklasse und ingenieurtechnischer Intelligenz. In der sowjetischen historischen und soziologischen Literatur nennt man die Vertreter dieses Verbindungsgliedes mitunter Arbeiter-Intellektuelle. Sie sind Arbeiter neuen Typs.

Auch auf dem Lande nimmt die Arbeiterklasse - wie ein Vergleich zwischen 1959 und 1970 ergibt - eine zunehmend stärkere Position ein. Sie besteht aus den sogenannten Agrararbeitern (Arbeitern der Sowchosen und Forstwirtschaften, der Zulieferungs- und sonstigen landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe sowie den Arbeitern, die im dörflichen Bauwesen beschäftigt sind) und den Arbeitern der nichtproduzierenden Bereiche auf dem Lande (Handel, Dienstleistungen usw.).

Estland hat von allen Unionsrepubliken den höchsten Arbeiteranteil auf dem Lande (1970: 52,1 Prozent; der gesamtowjetische Durchschnitt betrug 43,5 Prozent). An der berufstätigen Bevölkerung ist der Arbeiteranteil mit 54,4 Prozent noch höher. Absolut betrug der entsprechende Zuwachs von 1959 bis 1970 rund 25 300 Personen, davon 8 500 Berufstätige.³⁵ Die Zahl der Angehörigen der Ar-

tei Estlands vgl. Pankseev, A., *Na osnove leninskich organizacionnyh principov*, Tallinn 1967, S. 390.

33 Vgl. Kolbanovskij, V. V., *Vlijanie naučno-techničeskogo progressa na strukturu rabočego klasa SSSR*, in: *Problemy razvitija social'noj struktury obščestva v Sovetskom Sojuze i Pol'se*, Moskau/Warschau 1974, S. 82.

34 Vgl. Leede, E., a. a. O., S. 111 - 137; derselbe, *O podgotovke i perepodgotovke rabočich kadrov na proizvodstve*, in: ebenda, Nr. 30, Tallinn 1969, S. 31 - 53; Schmidt, A., *K voprosu večernogo i zaočnogo obučenija rabočego klasa*, in: ebenda, S. 53 - 75; dieselbe, *O tvorčeskoj aktivnosti rabočego klasa. Na materialach slancehimičeskoj promyšlennosti ĖSSR. 1958 - 1963 gg.*, in: ebenda, Nr. 21, 1967, S. 91 - 111.

35 *Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 goda. Ėstonskaja SSR*, Moskau

beiterklasse auf dem Lande unvergrößerte sich in Wechselwirkung mit dem Wachstum der Zahl der Sowchosen, der ländlichen Industriebetriebe, Behörden und Betriebe der nichtproduzierenden Bereiche.

6.2. Kolchosbauerntum

In Verbindung mit der hohen Steigerung des Anteils der Arbeiter an der Landbevölkerung ging die Zahl der Angehörigen der zweiten Hauptklasse - des Kolchosbauerntums - erheblich zurück. Während der Anteil der in anderen Zweigen der materiellen Produktion, zum Beispiel in der Industrie und im Bauwesen, Beschäftigten unter der Landbevölkerung von 1959 bis 1970 stieg, erlitt der Anteil der in der landwirtschaftlichen Produktion Beschäftigten im gleichen Zeitraum Einbußen.

Der Rückgang des Anteils der Kolchosbauern an der Landbevölkerung (siehe Tabelle 8) wie auch an deren berufstätigem Teil war in Estland stärker als im gesamtsowjetischen Durchschnitt. Senjavskij hält diese rückläufige Tendenz für einen der Hauptfaktoren, die auf die Entwicklung der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft einwirken.³⁶ Diese Tendenz resultiert aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte in der sowjetischen Gesellschaft, und eine der Ausdrucksformen dieser Gesetzmäßigkeiten ist die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Arbeit.

6.3. Angestellte und Intelligenz

Neben der Zahl der Angehörigen der Arbeiterklasse stieg auch die Zahl der Angestellten und der Angehörigen der Intelligenz. Die Intelligenz der sozialistischen Gesellschaft stellt, nach der Definition von Rutkevič, eine große Sozialgruppe der Werktätigen dar, die beruflich mit geistiger Arbeit von hoher Qualifikation verbunden ist, deren Erfüllung in der Regel Fach- oder Hochschulbildung erfordert.³⁷

Besonders stieg der Anteil der Angestellten und der Intelligenz an der berufstätigen Bevölkerung auf dem Lande (von 1959 bis 1970 in der Estnischen SSR um 6,6 Prozent auf 17,2 Prozent; siehe Tabelle 8, Anhang). Es sei dabei erwähnt, daß die Zuwachsrate der Angestellten und der Intelligenz auf dem Lande höher war als in der Stadt (Stadt: 5,9 Prozent).³⁸

Die weitere Entwicklung der Sozialstruktur auf dem Lande wird unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution maßgeblich von den sozialen Gruppen der landwirtschaftlich-technischen Fachkräfte bestimmt.

Mit der Veränderung des Charakters und Inhalts der Landarbeit wird die Berufsstruktur der Landbevölkerung allmählich der Berufsstruktur der Stadt angegli-

1962, S. 30 f., 38 f.; Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. 5, Moskau 1973, S. 192.

³⁶ Senjavskij, S. L., Izmenenija ..., Moskau 1973, S. 198.

³⁷ Rutkevič, M. N., a. a. O., S. 48. - Zur Untergliederung der Intelligenz vgl. derselbe, Metodičeskie problemy izučenija social'noj struktury socialističeskogo obščestva, Sverdlovsk 1972, S. 14.

³⁸ Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. 5, a. a. O., S. 32.

chen. Auf dem Lande nehmen die für alle Industriezweige, das Transport- und das Bauwesen typischen Berufe immer mehr zu. Einzelne landwirtschaftliche Berufe, die mit der Spezifik der Produktionstechnologie verbunden sind (Melker, Agronomen, Zootechniker usw.), werden auch in Zukunft existieren. Wie alle Industriezweige wird auch die Landwirtschaft ihre Technologie behalten. 39

Die führende Rolle der Arbeiterklasse schmälert nicht die Bedeutung der Intelligenz, sondern ist umgekehrt eine Voraussetzung dafür, daß die Intelligenz ihre Kräfte und Fähigkeiten im Interesse des sozialen Fortschritts einsetzen kann. Die Intelligenz stellt einen notwendigen und besonderen Bestandteil der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft dar. Die Zahl der Angehörigen der Intelligenz und der Angestellten steigt schneller als die der übrigen Bevölkerungsgruppen; dementsprechend verändert sich das quantitative Verhältnis zwischen der Intelligenz und den Hauptklassen.

7. Erhöhung des Bildungsniveaus

Die Entwicklung der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft steht in direkter Verbindung mit der Erhöhung des Bildungswesens. In der Volkswirtschaft der UdSSR gab es 1973 bereits über 20 Millionen Fachkräfte mit Hoch- und Fachschulbildung (gegenüber 2,4 Millionen 1941) 40 Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen vorwiegend mit körperlicher und vorwiegend mit geistiger Arbeit Beschäftigten betrug nur noch ungefähr 3 zu 1 (1928 hatte es 15 zu 1 betragen). 41

Die Angaben von Tabelle 9 zeigen anschaulich den schnellen Anstieg des Bildungsniveaus der beschäftigten Bevölkerung des Sowjetbaltikums. So verdoppelte sich im Laufe von elf Jahren die Zahl der Hoch- und Fachschulkader. Aus Tabelle 9 geht ferner hervor, daß in der Estnischen und der Lettischen SSR der Anteil der Hoch- und Fachschulkader auf dem Lande größer ist als in der Litauischen SSR. Ähnliches gilt für die Werktätigen mit Oberschulbildung. Unter den Republiken des Sowjetbaltikums weist die Lettische SSR den höchsten Anteil von Hoch- und Fachschulkadern an der Gesamtzahl der beschäftigten Bevölkerung aus. Die entsprechenden Zuwachsraten waren in den Jahren 1959 bis 1970 jedoch in allen drei baltischen Republiken etwa gleich groß.

In der Sowjetunion hatten 1939 von 1000 Berufstätigen 123 eine abgeschlossene oder nichtabgeschlossene Hoch- bzw. Oberschulbildung (1959: 433, 1970: 653). In der Estnischen SSR ist diese Kennziffer etwas höher (1959: 448 und 1970: 660). 42

Von 1959 bis 1970 stieg der Anteil der Menschen, die eine geistige berufliche Tätigkeit ausübten, in der Sowjetunion von 19,5 auf 27,3 Prozent, in Estland von 22,2 auf 31 Prozent. 43 Der Prozeß des Abbaus der Unterschiede zwischen den Klassen und sozialen Gruppen wird insbesondere auch daran deutlich, daß in vie-

39 Izmenenija social'noj struktury socialističeskogo obščestva. Materialy ko vtoroj Vsesojuznoj naučnoj konferencii, Riga 1971, S. 77.

40 SSSR v cifrach v 1973 g., Moskau 1974, S. 172.

41 Zavtur, A. A., Vyravnivanie . . . , a. a. O., S. 129 - 135.

42 Naselenie SSSR, Moskau 1974, S. 161; Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 g., Bd. 5, a. a. O., S. 145.

43 Naselenie SSSR, Moskau 1974, S. 162.

len Bereichen der Volkswirtschaft körperliche Arbeit in immer stärkerem Maße durch geistige Arbeit ersetzt wird. Bis 1940 beruhte in Estland die materielle Produktion fast ausschließlich auf körperlicher Arbeit.

Die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution führte dazu, daß in der UdSSR, darunter in den Republiken des Sowjetbaltikums, sich die Relation zwischen körperlicher und geistiger Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft entscheidend veränderte.

Auch die zahlenmäßige Zunahme der Angehörigen der Intelligenz ist eine der Ausdrucksformen des gestiegenen Bildungsniveaus der Bevölkerung, das als wichtiger Faktor qualitative Veränderungen der Sozialstruktur bewirkte und noch bewirkt. So sind in dieser Hinsicht im Laufe des Untersuchungszeitraumes 1959 bis 1970 positive Wandlungen vor sich gegangen. Die Zahl der Werktätigen mit Elementarschulbildung verminderte sich. Unter den Angestellten verminderte sich die Zahl der Personen mit nichtabgeschlossener Oberschulbildung. Unter den Arbeitern und Kolchosbauern stieg die Zahl der Werktätigen mit Oberschulbildung. Besonders spürbar sind die Wandlungen im Bildungsniveau des Kolchosbauerntums: Hier läßt sich ein bedeutender Zuwachs an Personen mit Hoch- und Fachschulbildung registrieren.

Wenn wir die Angaben über die zahlenmäßige Zunahme der Bevölkerung mit Hoch- und Fachschulbildung für die baltischen Republiken analysieren (Tabelle 10), so stellen wir fest, daß die höchsten Zuwachsraten im Zeitraum 1959 bis 1970 auf die ländliche Bevölkerung Litauens entfallen (Anstieg der Hochschulbildung auf das 3,7fache). Nach der Zahl der Bevölkerung mit Hochschulbildung unter den Landbewohnern steht Sowjetestland an erster Stelle (1970 war die entsprechende Kennziffer in der Estnischen SSR doppelt so hoch wie in der Litauischen SSR); das Bildungsniveau unter der Stadtbevölkerung war in allen baltischen Republiken fast gleich. Nach der Zahl der Bevölkerung mit Fachschulbildung befand sich die Lettische SSR an erster Stelle (außer bei der Landbevölkerung, wo Estland die Spitzenposition einnahm).

Aufschlußreich sind auch die Veränderungen im Bildungsniveau unter dem Aspekt der Art der beruflichen Tätigkeit, das heißt, ob es sich dabei um eine vorwiegend körperliche oder vorwiegend geistige Tätigkeit handelt (Tabelle 11, Anhang). 1959 hatte die Lettische SSR unter den baltischen Republiken im Hinblick auf das Bildungsniveau der Berufstätigen sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den ersten Platz inne; 1970 holte Estland Lettland fast ein, während Litauen nach wie vor (besonders auf dem Lande) mit Abstand zurückliegt. Bei der vorwiegend eine körperliche Tätigkeit ausübenden Bevölkerung in den Städten hat Estland 1970 im Hinblick auf das Bildungsniveau Lettland überholt und auf dem Lande fast eingeholt. Die Lettische SSR nahm jedoch nach wie vor deutlich die erste Stelle bei der vorwiegend eine geistige Tätigkeit ausübenden Bevölkerung ein, besonders auf dem Lande. Sowjetlitauen, das große Fortschritte verzeichnen konnte, hat Estland bei dem Bildungsniveau auf dem Lande überholt und Lettlands Niveau in der Stadt eingeholt.

So lassen sich spürbare Entwicklungen im Bildungsniveau sowohl der vorwiegend körperliche als auch vorwiegend geistige Arbeit verrichtenden Berufstätigen er-

kennen. Besonders deutlich ist die Zunahme von Hochschulbildung, nichtabgeschlossener Hochschulbildung und Fachschulbildung. 44

Zwischen 1959 und 1970 verminderte sich deutlich der Unterschied bei den Kennziffern der Hochschulbildung, nichtabgeschlossenen Hochschul- und Fachschulbildung zwischen den vorwiegend eine körperliche und den vorwiegend eine geistige Arbeit ausübenden Berufstätigen. Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint, waren die Veränderungen tatsächlich ziemlich groß. Entfielen zum Beispiel in Estland 1959 auf einen eine vorwiegend körperliche Arbeit ausübenden Berufstätigen mit Hoch- oder Fachschulbildung noch 16 eine vorwiegend geistige Arbeit ausübende Berufstätige, so betrug die entsprechende Relation 1970 nur noch 1 zu 10.

8. Abschließende Betrachtung

Groß sind die Errungenschaften der Werktätigen des Sowjetbaltikums bei der Entwicklung von Kultur, Bildung und Wissenschaft. Neben anderen Kennziffern bestätigt das auch die Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus. Auch in diesem Bereich haben sich die Arbeiterklasse, das Kolchosbauerntum und die Intelligenz einander merklich angenähert. Ebenso verminderten sich zugleich die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Berufstätigen, die eine vorwiegend geistige, und denen, die eine vorwiegend körperliche Tätigkeit ausüben. Das gilt sowohl für die Stadt als auch für die Landbevölkerung.

Auch wenn die hier angeführten Angaben nur Teilgebiete der Sozialstruktur der drei baltischen Republiken erfassen, ist ihr politischer Aussagewert beträchtlich. In ihnen bestätigen sich einmal mehr Stärke und Lebenskraft der sowjetischen sozialistischen Gesellschaftsordnung, die auf Leninschen Prinzipien des Internationalismus und der Freundschaft zwischen den Völkern beruhen. Mit dem Wachstum der ökonomischen Macht unseres Landes, seiner Kultur, seiner wissenschaftlichen Errungenschaften kommt die Sowjetgesellschaft der sozialen Gleichheit immer näher. All das ist ein fortwährender Prozeß, dessen Grundlagen die sozialistische Revolution schuf und der sich unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit jedem Jahr breiter und vielseitiger entwickelt.

44 Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 g. Estonskaja SSR, a. a. O., S. 88; Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 g., Bd. 6, Moskau 1973, S. 614.

Tabelle 1

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl der UdSSR, der Lettischen SSR, der Litauischen SSR, der Estnischen SSR 1959 bis 1975
(in 1000 Einwohner)

Datum	UdSSR	Lettische SSR	Litauische SSR	Estnische SSR
15. 1. 1959 (Volkszählung)	208 827	2 094	2 713	1 197
1. 1. 1960	212 372	2 093	2 711	1 209
1. 1. 1961	216 286	2 142	2 804	1 222
1. 1. 1962	220 003	2 170	2 852	1 236
1. 1. 1963	223 457	2 187	2 879	1 250
1. 1. 1964	226 669	2 210	2 895	1 267
1. 1. 1965	229 628	2 241	2 949	1 285
1. 1. 1966	232 243	2 263	2 986	1 297
1. 1. 1967	234 823	2 285	3 028	1 309
1. 1. 1968	237 165	2 298	3 064	1 319
1. 1. 1969	239 468	2 323	3 103	1 334
15. 1. 1970 (Volkszählung)	241 720	2 364	3 128	1 356
1. 1. 1971	243 873	2 386	3 166	1 374
1. 1. 1972	246 293	2 412	3 200	1 391
1. 1. 1973	248 625	2 430	3 233	1 405
1. 1. 1974	250 869	2 454	3 262	1 418
1. 1. 1975	253 261	2 478	3 290	1 428

Quellen:

Naselenie SSSR 1973, Moskau 1975, S. 7; Narodnoe chozjajstvo Èstonskoj SSR v 1975 godu. Statističeskij ežegodnik, Tallinn 1976, S. 27; Ežegodnik Bol' šoj Sovetskoj Enciklopedii 1959, Moskau 1959, S. 125, 131; ebenda 1960, Moskau 1960, S. 121, 127; ebenda 1961, Moskau 1961, S. 114, 118; ebenda 1962, Moskau 1962, S. 134, 139; ebenda 1963, Moskau 1963, S. 130, 135; ebenda 1964, Moskau 1964, S. 132, 137; ebenda 1965, Moskau 1965, S. 133, 138; ebenda 1966, Moskau 1966, S. 138, 143; ebenda 1967, Moskau 1967, S. 144, 149; ebenda 1968, Moskau 1968, S. 143, 147; ebenda 1969, Moskau 1969, S. 131, 136; ebenda 1970, Moskau 1970, S. 136, 141; ebenda 1971, Moskau 1971, S. 142, 147; ebenda 1972, Moskau 1972, S. 127, 132; ebenda 1973, Moskau 1973, S. 131, 136; ebenda 1974, Moskau 1974, S. 134, 139; ebenda 1975, Moskau 1975, S. 137, 142.

Tabelle 2

Geburtenrate, Sterblichkeitsrate und natürlicher Zuwachs der Bevölkerung in der UdSSR, der Estnischen SSR, Lettischen SSR und Litauischen SSR (auf 1000 Einwohner)

	1913	1940	1950	1960	1970	1971	1972	1973
<u>Geburtenrate</u>								
UdSSR	45,4	31,2	26,7	24,9	17,4	17,8	17,8	17,6
Estnische SSR	24,7 ⁺	16,1	18,4	16,6	15,8	16,0	15,6	15,0
Lettische SSR	24,2	19,3	17,0	16,7	14,5	14,7	14,5	13,9
Litauische SSR		23,0	23,6	22,5	17,6	17,6	17,0	16,0
<u>Sterblichkeitsrate</u>								
UdSSR	29,1	18,0	9,7	7,1	8,2	8,2	8,5	8,7
Estnische SSR	19,2	17,0	14,4	10,5	11,1	10,9	11,1	11,0
Lettische SSR	16,2	15,7	12,4	10,0	11,2	11,0	11,3	11,5
Litauische SSR		13,0	12,0	7,8	8,9	8,5	9,1	9,0
<u>Natürlicher Zuwachs</u>								
UdSSR	16,4	13,2	17,0	17,8	9,2	9,6	9,3	8,9
Estnische SSR	5,5	0,9	4,0	6,1	4,7	5,1	4,5	4,0
Lettische SSR	8,0	3,6	4,6	6,7	3,3	3,7	3,2	2,4
Litauische SSR		10,0	11,6	14,7	8,7	9,1	7,9	7,0

+ 1914.

Quellen:

Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 godu. Statističeskij ežegodnik, Moskau 1975, S. 44; Narodnoe chozjajstvo Latvijskoj SSR v 1973 godu. Statističeskij ežegodnik, Riga 1974, S. 23; Ėkonomika i kul'tura Litovskoj SSR. Statističeskij ežegodnik, posvjaščennyj 50-letiju obrazovanija Sojuza SSR, Vilnius 1973, S. 94; Narodnoe chozjajstvo Ėstonskoj SSR v 1975 godu. Statističeskij ežegodnik, Tallinn 1976, S. 31.

Tabelle 3

Der Intensitätskoeffizient der Migration⁺ der Bevölkerung der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR im Jahre 1970

	Wanderungsgewinne (in 1000 Einwohner)	Wanderungsverluste (in 1000 Einwohner)	Intensitätskoeffizient der Migration
Estnische SSR	96,9	81,3	6,5
Lettische SSR	138,9	124,7	5,6
Litauische SSR	181,1	178,6	5,8

+ Intensitätskoeffizient der Migration: prozentuales Verhältnis der Summe aus Wanderungsgewinnen und Wanderungsverlusten zur doppelten Einwohnerzahl.

Quelle:

Trudovye resursy: formirovanie i ispol'zovanie, Moskau 1975, S. 57.

Tabelle 4

Der Anteil der Migration am gesamten Bevölkerungszuwachs der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR in den Jahren 1959 bis 1970

	Gesamtzuwachs (in 1000 Einwohner)	Darunter natürlicher Zuwachs (in 1000 Einwohner)	Migration	Anteil der Migration am allgemeinen Bevölkerungszuwachs (in %)
Estnische SSR	13,2	5,6	+ 7,6	58
Lettische SSR	13,0	5,5	+ 7,5	58
Litauische SSR	15,4	13,5	+ 1,9	12

Quelle:

Trudovye resursy: formirovanie i ispol'zovanie, Moskau 1975, S. 59.

Tabelle 5

Anteil der Stadtbevölkerung auf dem Territorium der Sowjetrepubliken
(in % der Gesamtbevölkerung)

Sowjetrepublik	1913	1939	1959	1970	1974
RSFSR	17	33	52	62	66
Ukrainische	19	34	46	55	58
Belorussische	14	21	31	43	49
Usbekische	24	23	34	37	38
Kasachische	10	28	44	50	53
Georgische	26	30	42	48	49
Aserbaidshanische	24	36	48	50	51
Litauische	13	23	39	50	55
Moldauische	13	13	22	32	35
Lettische	38	35	56	62	65
Kirgisische	12	19	34	37	38
Tadshikische	9	17	33	37	38
Armenische	10	29	50	59	62
Turkmenische	11	33	46	48	49
Estnische	19	34	56	65	67
UdSSR im ganzen	18	32	48	56	60

Quelle:

Perevedencev, V. I., Goroda i vremja, Moskau 1975, S. 9.

Tabelle 6

Einwohnerzahlen der baltischen Region in den Jahren 1939 bis 1974

Republiken	1939				1959				1970				1974			
	Ins- ge- samt	Stadt- bevöl- ke- rung (in 1 000 Einwohner)	Land- bevöl- ke- rung	Anteil der Stadt- bevöl- kerung (in %)	Ins- ge- samt	Stadt- bevöl- ke- rung (in 1 000 Einwohner)	Land- bevöl- ke- rung	Anteil der Stadt- bevöl- kerung (in %)	Ins- ge- samt	Stadt- bevöl- ke- rung (in 1 000 Einwohner)	Land- bevöl- ke- rung	Anteil der Stadt- bevöl- kerung (in %)	Ins- ge- samt	Stadt- bevöl- ke- rung (in 1 000 Einwohner)	Land- bevöl- ke- rung	Anteil der Stadt- bevöl- kerung (in %)
Baltische Region insgesamt	5 817	1 677	4 140	28,9	6 612	3 290	3 322	49,8	7 580	4 465	3 115	58,9	7 905	4 917	2 988	62,2
Estni- sche SSR	1 052	355	697	33,7	1 197	676	521	56,5	1 356	881	475	65,0	1 418	954	464	67,3
darunter Tallinn	160	160	-	100	282	282	-	100	363	363	-	100	392	392	-	100
Lettische SSR	1 885	663	1 222	35,2	2 093	1 174	919	56,1	2 364	1 477	887	62,5	2 454	1 584	870	64,5
darunter Riga	348	348	-	100	580	580	-	100	732	732	-	100	776	776	-	100
Litau- ische SSR	2 880	659	2 221	22,9	2 711	1 046	1 665	38,6	3 128	1 571	1 557	50,2	3 262	1 796	1 466	55,1
darunter Vilnius	215	215	-	100	236	236	-	100	372	372	-	100	420	420	-	100
Kaliningra- der Gebiet	-	-	-	-	611	394	217	64,5	732	536	196	73,2	771	583	188	75,6

Quelle: Naselenie SSSR 1973, Moskau 1975, S. 20 f.

Sozialstruktur der berufstätigen Bevölkerung in der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR 1959 und 1970⁺

Regionale Zuordnung	Zahl der berufstätigen	1970 darunter			In % zur Gesamtzahl der Berufstätigen						
		Arbeiter	Ange-stellte	Kolchos-bauern	1959	1970	Ar-bei-ter	Ange-stell-te	Kol-chos-bauern	Ar-bei-ter	Ange-stell-te
Estnische SSR											
Berufstätige insgesamt	722 396	439 399	218 445	63 480	56,9	21,5	21,1	60,8	30,2	8,8	
Stadtbevölkerung	505 064	321 261	181 108	2 367	69,0	29,9	0,9	63,6	35,8	0,5	
Landbevölkerung	217 332	118 138	37 337	61 113	41,4	10,6	47,2	54,4	17,2	28,1	
Bevölkerung Tallinns	215 199	127 455	87 099	601	66,4	32,8	0,6	59,2	40,5	0,3	
Lettische SSR											
Berufstätige insgesamt	1 258 382	729 741	363 868	160 189	52,0	19,8	27,6	58,0	28,9	12,7	
Stadtbevölkerung	850 351	538 134	305 719	4 597	66,0	29,3	4,2	63,3	36,0	0,5	
Landbevölkerung	408 031	191 607	58 149	155 592	35,0	8,3	56,0	47,0	14,2	38,1	
Bevölkerung Rigas	429 829	258 161	170 392	935	67,0	31,7	1,0	60,1	39,6	0,2	
Litauische SSR											
Berufstätige insgesamt	1 531 249	833 930	365 002	324 137	37,8	14,7	46,5	54,5	23,8	21,2	
Stadtbevölkerung	850 719	547 562	298 357	2 392	66,1	31,0	2,2	64,3	35,1	0,3	
Landbevölkerung	680 530	286 368	66 645	321 745	22,2	5,7	71,0	42,1	9,8	47,3	
Bevölkerung Vilnius'	215 756	126 567	88 279	471	62,2	36,1	1,4	58,7	40,9	0,2	

+ 1959: Zum Zeitpunkt der Volkszählung anwesende Personen;

1970: Personen mit ständigem Wohnsitz in der betreffenden baltischen SSR.

Quelle: Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. 5, Moskau 1973, S. 30 - 33, 41 f.

Tabelle 8

Verteilung der Landbevölkerung der UdSSR insgesamt, der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR nach gesellschaftlichen Gruppen 1959 und 1970
(in %)

	Berufstätige und unterhaltsberechtigte Familienmitglieder								Berufstätige							
	1959				1970				1959				1970			
	UdSSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR	UdSSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR	UdSSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR	UdSSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR
Arbeiter	32,5	43,5	38,2	25,6	44,9	52,1	45,2	42,5	29,4	41,4	35,0	22,2	46,1	54,4	47,0	42,1
Intelligenz und Angestellte	9,9	11,0	8,4	5,7	11,2	13,1	11,0	7,0	9,4	10,6	8,3	5,7	14,1	17,2	14,2	9,8
Kolchosbauern	57,3	44,7	52,9	67,8	43,6	34,4	43,4	50,0	60,8	47,2	56,0	71,0	39,3	28,1	38,1	47,3
Nichtgenossenschaftliche Gewerbetreibende u. a.	0,3	0,8	0,5	0,9	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4	0,8	0,7	1,1	0,5	0,3	0,7	0,8

Quelle: Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. 5, Moskau 1973, S. 8 f., 13 - 15, 26 f., 30 - 33.

Bildungsgrad der berufstätigen Bevölkerung der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR

Baltische Sowjetrepubliken	Auf 1 000 Beschäftigte entfallen ... Personen mit							
	Hochschulbildung, nichtabgeschlossener Hochschulbildung, Fachschulbildung		Oberschulbildung		nichtabgeschlos- sener Oberschul- bildung		Elementar- schulbildung	
	1959	1970	1959	1970	1959	1970	1959	1979
Estnische SSR								
Gesamtbevölkerung	125	203	86	153	237	304	470	310
Stadtbevölkerung	169	234	124	187	290	312	370	243
Landbevölkerung	68	129	36	75	170	287	598	465
Lettische SSR								
Gesamtbevölkerung	127	210	78	147	297	304	332	251
Stadtbevölkerung	182	256	116	184	335	297	277	205
Landbevölkerung	61	114	32	69	250	319	399	347
Litauische SSR								
Gesamtbevölkerung	75	160	41	98	134	238	409	371
Stadtbevölkerung	156	227	87	146	229	283	370	271
Landbevölkerung	30	76	15	36	82	182	431	497

Quelle: Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda, Bd. 5, Moskau 1973, S. 75 f., 78 f., 84 f.

Tabelle 10

Wachstum der Zahl der berufstätigen Bevölkerung mit Hoch- und Fachschulbildung in der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR in den Jahren 1959 bis 1970

		Auf je 1000 Werktätige			auf das Wievielfache gestiegen ⁺			Fachschulbildung			auf das Wievielfache gestiegen ⁺		
		Hochschulbildung			Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR
		Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR									
Gesamtbevölkerung	1959	36	35	24				76	77	42			
	1970	70	67	55	1,9	1,9	2,3	118	122	91	1,7	1,6	2,2
Männer	1959	37	32	23				66	73	34			
	1970	69	66	54	1,8	2,1	2,3	106	111	72	1,7	1,5	2,1
Frauen	1959	35	37	24				86	82	52			
	1970	71	68	57	2,0	1,8	2,4	130	133	110	1,7	1,6	2,1
Stadtbevölkerung	1959	55	56	58				97	105	81			
	1970	87	88	87	1,5	1,6	1,5	130	142	120	1,4	1,4	1,5
Männer	1959	55	52	56				85	99	62			
	1970	90	89	88	1,6	1,7	1,6	122	135	99	1,5	1,4	1,6
Frauen	1959	55	60	60				110	111	104			
	1970	85	86	87	1,5	1,4	1,4	138	149	141	1,4	1,3	1,4
Landbevölkerung	1959	11	9	4				49	44	21			
	1970	30	24	15	2,7	2,7	3,7	90	81	54	2,0	1,8	2,6
Männer	1959	12	9	5				42	41	17			
	1970	27	20	13	2,2	2,2	2,6	72	66	38	1,9	1,6	2,2
Frauen	1959	10	10	4				56	47	26			
	1970	35	29	17	3,5	2,9	4,3	110	98	70	2,2	2,1	2,7

+ 1959 = 1.

Quelle: *Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda*, Bd. 3, Moskau 1972, S. 504 - 507.

Bildungsniveau der berufstätigen Bevölkerung der Estnischen SSR, der Lettischen SSR und der Litauischen SSR 1959 und 1970 nach Stadt- und Landbevölkerung, vorwiegend körperlicher und vorwiegend geistiger Arbeit

		Von 1 000 Berufstätigen haben					
		abgeschlossene bzw. nichtabgeschlossene Hoch- bzw. Oberschulbildung					
		Stadtbevölkerung			Landbevölkerung		
		Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR	Estn. SSR	Lett. SSR	Lit. SSR
Sämtliche beschäftigte Bevölkerung							
	1959	583	633	472	274	343	127
	1970	733	737	656	491	502	294
Die vorwiegend mit körperlicher Arbeit beschäftigte Bevölkerung							
	1959	433	490	270	195	277	74
	1970	619	616	496	393	411	208
Die vorwiegend mit geistiger Arbeit beschäftigte Bevölkerung							
	1959	895	937	878	830	924	787
	1970	943	959	958	886	928	905

Quellen:

Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 goda. Estonskaja SSR, Moskau 1962, S. 88; ebenda, Latvijkaja SSR, Moskau 1962, S. 87; ebenda, Litovskaja SSR, Vilnius 1963, S. 148; Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda. Bd. 6, Moskau 1973, S. 612 - 614.

Die Deutsche Bank und die Entstehung der Stahlwerks-Verband AG 1904

Dokumentation zum Verhältnis zwischen Industriemonopolen und
Großbanken im deutschen Finanzkapital

von Willibald Gutsche

Die Gründung der Stahlwerks-Verband AG in Düsseldorf am 3. März 1904 war Ausdruck einer neuen höheren Stufe monopolistischer Konzentration in der deutschen Montanindustrie.¹ Er war die Nachfolgeorganisation des Halbzeugverbandes, des Trägerverbandes, der deutschen Schienengemeinschaft und der deutschen Schwellengemeinschaft, und seine 31 Mitglieder erfaßten fast alle großen Steinkohlen- und Eisenunternehmen des Ruhrgebietes,² die insgesamt über 80 Prozent der gesamten deutschen Stahlerzeugung produzierten.³

Zusammen mit der Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats und des Kalisyndikats, der Bildung des Roheisen-Verbandes, der Erneuerung des Starkstromkabelkartells, der Fusion der Siemens & Halske AG mit der Schuckert AG zur Siemens-Schuckert-Werke GmbH und der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft mit der AEG, der Interessenverbindung zwischen den Farbwerken Meister, Lucius und Brüning und den Unternehmen Leopold Cassella & Co sowie zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und den Farbenfabriken Friedrich Bayer & Co (der sich 1905 die AG für Anilinfabrikation, Berlin-Treptow, anschloß) und der Bildung der Interessengemeinschaft zwischen der Gelsenkirchener Bergwerks AG, dem Aachener Hütten- und Actien-Verein und dem Schalker Gruben- und Hütten-Verein (Thyssen) am 1. Januar 1905 markierte die Bildung des Stahlwerks-Verbandes eine qualitativ neue Stufe im stürmisch voranschreitenden Monopolisierungsprozeß in Deutschland überhaupt, eine Erscheinung, die in den Jahren 1903 bis 1905 besonders deutlich hervortrat. Unternehmungen wie

1 Vgl. Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß*, Bd. 3, 2. Aufl. Berlin 1975, S. 86, 188. - Diese neue Stufe wird hier als Stufe der "Syndikate mit Konzernbasis" charakterisiert. Vgl. auch Kuczynski, Jürgen, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 14: *Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Berlin 1962, S. 102, 106. - Siehe dazu Lenin, W. I., *Hefte zum Imperialismus*, Berlin 1957, S. 173, 203, 324.

2 *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages*, 11. Legislaturperiode, II. Session, erster Sessionsabschnitt 1905/06, erster Anlagenband, S. 287 f., *Denkschrift über das Kartellwesen v. 28. 11. 1905*, 1. Teil.

3 Lenin, W. I., a. a. O., S. 173.

die Rheinischen Stahlwerke, der Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede, die Phönix AG, der Aachener Hütten- und Actien-Verein, die Gutehoffnungshütte, die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten AG und die Friedr. Krupp AG, die bereits selbst monopolistischen Charakter trugen, vereinigten sich im Vergleich zu voraufgegangenen monopolistischen Organisationen zu noch umfassenderen Monopolverbänden und erlangten damit sowohl ökonomisch als auch politisch einen bedeutenden Machtzuwachs. 4 Diese Veränderung, die die Nationalbank für Deutschland in ihrem Geschäftsbericht für 1904 als "Umbildung vorhandener und Schaffung neuer Organisationen" charakterisierte, "die teils in engerer, teils in loserer Form den Zusammenschluß der Kräfte zu einem, dem deutschen Wirtschaftsleben bis dahin fremden Grade bezweckten", 5 vollzog sich zunächst besonders vehement vor allem im Bereich der Montanindustrie, aber auch in der elektrotechnischen und der chemischen Industrie. Sie bewirkte nicht nur ein immer engeres Verwachsen von Industrie- und Bankkapital sowie infolgedessen einen zunehmend stärkeren Einfluß der Monopolbourgeoisie auf die Politik; sie wandelte auch das Verhältnis zwischen Industriemonopolen und Großbanken im Funktionsmechanismus des sich entfaltenden Finanzkapitals. 6

Diesbezügliche, von den grundlegenden Erkenntnissen Lenins ausgehende Aspekte sind seit einiger Zeit Gegenstand der marxistisch-leninistischen Imperialismusforschung. 7 Der Beantwortung der damit verknüpften Fragen kommt besondere Bedeutung zu, bietet sie doch den Schlüssel für die Erklärung einiger spe-

4 Siehe dazu Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 86; vgl. Dokumente zur deutschen Geschichte 1897/98 - 1904, hg. u. bearb. v. Dieter Fricke, Berlin 1976, Dok. 79, 80, 81, S. 103 ff.

5 Vierundzwanzigster Geschäftsbericht der Nationalbank für Deutschland betr. das Geschäftsjahr 1904, Berlin 1905, S. 8 f.

6 Vgl. hierzu die vor einigen Jahren im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte geführte Diskussion zu diesem Problem, an der sich vor allem beteiligten Gossweiler, Kurt, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3, S. 35 - 54; Kuczynski, Jürgen, Überlegungen über die Rolle der Großbanken im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Anlässlich von Henri Claude, Histoire, Réalité et Destin d'un Monopole: La Banque de Paris et des Pays-Bas et son Groupe (1872 - 1968), in: ebenda, S. 267 - 270; Radandt, Hans, Sprach Lenin von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital? Bemerkungen zu: Kurt Gossweiler, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, in: ebenda 1973, T. 1, S. 189 - 195; Nussbaum, Manfred, Unternehmenskonzentration und Investstrategie nach dem ersten Weltkrieg. Zur Entwicklung des deutschen Großkapitals während und nach der großen Inflation unter besonderer Berücksichtigung der Schwerindustrie, in: ebenda 1974, T. 2, S. 51 - 75.

7 Vgl. z. B. Nussbaum, Helga, Unternehmer gegen Monopole, Berlin 1966, bes. S. 32 ff.; Gossweiler, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin 1971, S. 15 ff.; Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 99 ff.; Gutsche, Willibald, Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, hg. v. Fritz Klein, Berlin 1976, S. 33 ff.; derselbe, Zur Erforschung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im deutschen Imperialismus vor 1917, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 6/1977, S. 711 ff.

zifischer Erscheinungen imperialistischer Politik, insbesondere unterschiedlicher bzw. sich wandelnder strategisch-taktischer wirtschaftspolitischer und politischer Positionen innerhalb der Monopolbourgeoisie und des Verhältnisses ihrer Strömungen zum Staatsapparat.

An anderer Stelle ist bereits nachgewiesen worden, daß führende Repräsentanten sowohl von Industriemonopolen als auch von Großbanken diese Veränderung im Verhältnis zwischen Industriemonopolen und Großbanken in der Richtung registrierten, daß - vor allem in der Schwerindustrie - eine aus der Konzentrationsbewegung und Verbandsbildung resultierende größere "Unabhängigkeit" der Industriemonopole von den Großbanken und eine daraus folgende geringere Initiative der Banken bei der Bildung von Industriemonopolen zu verzeichnen sei.⁸ Die bisher nachweisbar früheste derartige Äußerung vom Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Emil Kirdorf, stammt aus dem Jahre 1905, also aus dem der Gründung des Stahlwerks-Verbandes und anderer großer Monopolverbände folgenden Jahr. Es ist daher nicht abwegig, hier Zusammenhänge zu vermuten, zumal der Bruder Emil Kirdorfs, Adolf Kirdorf, zu den Mitbegründern des Stahlwerks-Verbandes gehörte und Emil Kirdorf als Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats an der Spitze eines der Riesenmonopole stand.

Es ist eine wichtige Aufgabe künftiger Forschungen, solche zeitgenössischen Äußerungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und die ihnen zugrunde liegenden objektiven historischen Prozesse zu analysieren.⁹ Dabei kommt neben der Analyse statistischen Materials über die Wandlungen in den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen, insbesondere über den Prozeß der Kapitalverflechtung, der Auswertung entsprechender, relativ spärlicher verbaler Quellen große Bedeutung zu.

Ein in-verschiedener Hinsicht interessanter, bisher unbekannter Schriftwechsel zwischen der Direktion der Deutschen Bank und führenden Repräsentanten der an der Gründung des Stahlwerks-Verbandes beteiligten Montanmonopole zwischen Oktober 1903 und März 1904, aus dem hier einige Dokumente abgedruckt werden, lenkt die Aufmerksamkeit auf diese Problematik. Da er nähere Umstände der Entstehung des Stahlwerks-Verbandes, insbesondere das Verhältnis zwischen Industriemonopolen und Großbanken, erhellt, vermag er dazu beizutragen, tiefere Einsichten in dieses Verhältnis zu gewinnen.

Im Herbst 1903 traten die Verhandlungen über die Bildung des Stahlwerks-Verbandes in ihr entscheidendes Stadium. In dieser Situation, am 3. Oktober 1903, wandte sich der Direktor der Deutschen Bank, Carl Klönne, der innerhalb der Direktion der Bank für deren Beziehungen zur Montanindustrie zuständig war und als Mitglied des Aufsichtsrates zweier Hauptinitiatoren des Stahlwerks-Verbandes, der Gelsenkirchener Bergwerks AG und des Schalker Gruben- und Hüttenvereins, enge Beziehungen zu ihr besaß, an maßgebliche Vertreter der beteiligten Montanmonopole mit der dringenden Bitte, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß der künftige Stahlwerks-Verband seine Bankgeschäfte in erster Linie über die Deutsche Bank abwickeln und ihr so einen möglichst großen Teil der Bankumsätze zusprechen möge.

8 Siehe dazu Gutsche, Willibald, Zur Erforschung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik . . . , a. a. O., S. 722 ff., bes. S. 723 f.

9 Siehe dazu Zumpe, Lotte, Stand und Probleme der wirtschaftshistorischen Imperialismusforschung, in: ZfG, Nr. 5/1975, S. 494 ff., bes. S. 496.

Diese vertraulichen Schreiben waren an den Aufsichtsratsvorsitzenden des Aachener Hütten- und Actien-Vereins zu Rothe Erde, Emil vom Rath,¹⁰ an den Aufsichtsratsvorsitzenden der AG Schalker Gruben- und Hütten-Verein, August Thyssen,¹¹ an das Mitglied der Direktion der Rheinischen Stahlwerke, Meiderich, Emil Goecke,¹² an den Generaldirektor des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Fritz Baare,¹³ an den Vorsitzenden der Direktion der Gutehoffnungshütte und Aufsichtsratsvorsitzenden der Düsseldorfer Röhrenindustrie sowie der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, Carl Lueg, an den Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Aufsichtsratsvorsitzenden der Hannoverschen Bank¹⁴, Gerhard Lucas Meyer, und das Mitglied der Direktion der Friedr. Krupp AG, Adolf Schmidt, gerichtet.¹⁵ Klönne wandte sich außerdem an den Aufsichtsratsvorsitzenden der vom A. Schaaffhausenschen Bankverein abhängigen Mittelrheinischen Bank, Carl Spaeter jr.,¹⁶ mit der Bitte, Spaeter möge seinen Einfluß in dieser Richtung auf die Rombacher Hüttenwerke ausüben, deren Aufsichtsratsvorsitzender er war. Schließlich wurde noch die Duisburg-Ruhrorter Bank eingeschaltet, deren Aktienkapital 1902 völlig von der Deutschen Bank übernommen worden war. Diese suchte ihrerseits die führenden Initiatoren der Verbandsgründung, den Vorsitzenden des Vorstandes des Aachener Hütten- und Actien-Vereins, Adolf Kirdorf, das Mitglied der Direktion der Gutehoffnungshütte, Peter Scheidtweiler, sowie den späteren Geschäftsführer des Stahlwerks-Verbandes, Carl Ohly, für ein entsprechendes Engagement zugunsten der deutschen Bank zu gewinnen.¹⁷ Alle Angesprochenen sicherten ihre Unterstützung zu.¹⁸ Trotz dieses grundlegenden Konsenses gab es im Verhältnis zwischen der Deutschen Bank und den angesprochenen Montanmonopolen Widersprüche.

Der Schriftwechsel zeigt zum einen, daß die Deutsche Bank nicht direkt an den einschlägigen Verhandlungen beteiligt war und daß ihre Beteiligung an den Bankumsätzen des Stahlwerks-Verbandes zunächst nicht sicher erschien. Er deutet ferner darauf hin, daß die Initiative zur Bildung des Stahlwerks-Verbandes nicht von Großbanken, sondern von Montanmonopolen ausging, wenn auch einige Montanmonopole, wie der Bochumer Verein und die Friedr. Krupp AG¹⁹, der Verbandsbildung skeptisch oder gar - wie die Phönix AG²⁰ - ablehnend gegenüberstanden und sich - wie die zuerstgenannten - im Interesse des Profitstrebens, durch die Gesetzmäßigkeiten des Konzentrationsprozesses und die Auswirkungen der zyklischen Krise gedrängt, oder - wie der Außenseiter "Phönix" - erst unter dem massiven Druck der Hauptakteure der Verbandsbildung anschlossen.

10 Vgl. Dok. 1.

11 Vgl. Dok. 2.

12 Vgl. Dok. 3.

13 Vgl. Dok. 5.

14 An der Hannoverschen Bank war die Deutsche Bank maßgeblich beteiligt.

15 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA) Potsdam, Deutsche Bank, Nr. 21026, Bl. 9 ff.

16 Vgl. Dok. 4.

17 Vgl. Dok. 9.

18 Vgl. z. B. Dok. 6 - 9. - Weitere Zusagen in: ZStA Potsdam, Deutsche Bank, Nr. 21026.

19 Vgl. Dok. 8

20 Vgl. Dok. 10.

Die Aktivitäten der Deutschen Bank waren von Erfolg gekrönt. Sie wurde als "erstes Institut" auf die Liste der Banken gesetzt, die in die engere Wahl kamen,²¹ und dann schließlich zusammen mit neunzehn anderen Banken an den Bankumsätzen des Stahlwerks-Verbandes beteiligt.²²

Der Schriftwechsel beweist, daß die Deutsche Bank am Zustandekommen des Stahlwerks-Verbandes stark interessiert war. Sie war an der Stahlindustrie finanziell auf vielfältige Weise direkt (eigene Effekten) und indirekt (Kredite usw.) beteiligt²³ und erhoffte sich - wie andere Großbanken - von der weitergehenden Monopolisierung der Stahlindustrie höhere Profite. Sie fungierte in diesem Falle aber nicht als "Initiator". Ungeachtet des übereinstimmenden Grundinteresses an der Verbandsbildung lag die Führungsrolle bei den Industriemonopolen. Sie entschieden über die Beteiligung der Banken und stellten Bedingungen, von deren Erfüllung sie eine Beteiligung an den Bankumsätzen des Stahlwerks-Verbandes abhängig machten. Das galt sowohl für die Höhe der Provision²⁴ als auch - in noch höherem Grade - für das Wohlverhalten der Banken im Kampf gegen Außen-seiter, insbesondere gegen die Phönix AG. Goecke teilte Klönne am 17. März 1904 - einen Tag vor der entscheidenden Beiratssitzung - mit, daß man solche Banken ausschließen werde, "die nicht bemüht gewesen sind und noch sind, den Phönix zum Beitritt zum Stahlwerks-Verband zu bewegen."²⁵

Der Kampf gegen die Phönix AG wurde schließlich mit Hilfe eines Bankenkon-sortiums unter Führung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, dessen Aufsichts-rat wiederum von Montanmonopolisten beherrscht wurde, durch Aufkauf der Mehr-heit der Phönix-Aktien und eine so erzwungene Entscheidung des Aufsichtsrates zugunsten des Stahlwerks-Verbandes entschieden.²⁶ Damit trugen die Großban-ken zwar aktiv zur Verbandsbildung bei, aber dies geschah doch unter dem mas-siven ökonomischen Druck der Industriemonopole. Von einem "entscheidenden Anstoß" durch das Bankkapital²⁷, wie er sich bei der Entstehung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats und anderer Monopole am Ende des 19. Jahrhun-derts nachweisen läßt,²⁸ kann jedoch im Falle der Bildung des Stahlwerks-Ver-bandes offensichtlich nicht gesprochen werden. Hier spielten mit Kirdorf, Thys-

21 Vgl. Dok. 10.

22 Vgl. Dok. 11.

23 Die Industrieinvestitionen der Großbanken stiegen absolut, ihr Anteil an den gesamten Emissionen der Banken verringerte sich jedoch seit Anfang des 20. Jh. im Vergleich zu festverzinslichen Werten (Staats- und Kommunalanleihen usw.).

24 Vgl. Dok. 9.

25 Vgl. Dok. 10.

26 Siehe dazu Lenin, W. I., a. a. O., S. 20, 137 f.; Mottek, Hans/Becker, Wal-ter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 104.

27 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 104.

28 Siehe ebenda, S. 77 ff., 104. - Im Falle der Gründung des Rheinisch-West-fälischen Kohlensyndikats hatte insbesondere die Disconto-Gesellschaft (A. v. Hansemann) zu den Initiatoren gehört und durch Aufkauf zahlreicher Zechen die Voraussetzung für seine Bildung geschaffen.

sen und Scheidweiler²⁹ Repräsentanten der Montanindustrie die entscheidende Rolle, an die auch die Appelle der Deutschen Bank gerichtet waren. Auch die Mitwirkung von Großbanken, insbesondere in Form der Nötigung der Phönix AG, beweist nicht deren Initiative. ³⁰ Vielmehr läßt der Schriftwechsel erkennen, daß der "entscheidende Anstoß" vom Industriekapital ausging und die Großbanken den Prozeß der Verbandsbildung dann - getrieben von ihrem Profitstreben und unter dem Druck der Industriemonopole - aktiv unterstützten.

Die objektive Ursache dieser im Vergleich zur Jahrhundertwende veränderten Situation darf in dem inzwischen weiter vorangeschrittenen Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß, insbesondere in dem in seinem Verlauf veränderten ökonomischen Kräfteverhältnis innerhalb des Finanzkapitals und in der neuen Stufe monopolistischer Zusammenschlüsse (Vereinigungen bereits vorhandener Monopole zu umfassenderen monopolistischen Einheiten), erblickt werden.

Das Finanzkapital stellte eine neue, höhere Einheit von Industrie- und Bankkapital dar. Es war, wie Lenin schrieb, "das große, zum Monopol fortentwickelte Industriekapital, das sich mit dem Bankkapital verschmolzen hat." ³¹ Die monopolkapitalistischen Aktivitäten waren stets Aktivitäten sowohl von Industrie- als auch von Bankkapital. Aber das bedeutete im konkreten Fall keineswegs die völlige Eliminierung seiner beiden konstitutiven Elemente, eine völlige Identität der Bankmagnaten mit den Großaktionären der Industriekonzerne, ³² die Beseitigung unterschiedlicher ökonomischer und politischer Sonderinteressen.

Die bei wachsender ökonomischer Verflechtung größere Eigenständigkeit der Industriemonopole wie auch der Großbanken in ihrem Verhältnis zueinander und in ihrer Strategie und Taktik bei der Wahrnehmung von ökonomischen und politischen Sonderinteressen wurde nicht zuletzt bedingt durch Wandlungen im ökonomischen Kräfteverhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital insgesamt in Richtung auf eine "ökonomische Gleichberechtigung", die neben anderen Ursachen - wie zum Beispiel der größeren Universalität der Bankeninteressen - zunehmend größeres Gewicht erlangte.

Wie Helga Nussbaum bereits festgestellt hat, war das Gesamtkapital der Banken 1896 größer, als das der Aktiengesellschaften in der Maschinenbau-, Chemie- und Montanindustrie zusammengenommen (2, 757 Milliarden Mark gegenüber 2, 299 Milliarden Mark). 1907 hatte sich das Verhältnis jedoch umgekehrt (3, 559 Milliarden Mark gegenüber 5, 216 Milliarden Mark, davon 2, 673 Milliarden = 51, 2 Prozent: gesamtes Aktienkapital der Aktiengesellschaften der Montanindustrie). ³³

Das war darauf zurückzuführen, daß sich die insgesamt stürmisch weiter fortschreitende Konzentration des Kapitals zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den

29 Vgl. Dok. 9.

30 Vgl. Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 77 ff., 104.

31 Lenin, W. I., Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 39.

32 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 103.

33 Nussbaum, Helga, a. a. O., S. 32. - Bei den hier für die Banken angegebenen Summen ist folgendes zu beachten: 1896: Aktienbanken ohne Hypotheken- und Kommunalbanken, 1907: Aktienbanken ohne Hypotheken-, Immobilien- und Baubanken.

Aktiengesellschaften der genannten Industriezweige relativ vollzogen hatte als in den Großbanken. Das galt - insbesondere in der Montanindustrie - auch für den durchschnittlichen Zuwachs des Kapitals der Aktiengesellschaften. Von 1896 bis 1907 erhöhte es sich zum Beispiel im Bergbau und im Hüttenwesen um 111,9 Prozent, im Bankwesen insgesamt aber nur um 6,7 Prozent, bei den acht Berliner Großbanken um 87,4 Prozent. Allein 17 der 31 Mitglieder des Stahlwerks-Verbandes hatten zum Beispiel ihr Aktienkapital von 1896 bis 1907 insgesamt um 449 Millionen Mark erhöht, das heißt um fast ebensoviel wie die acht Berliner Großbanken mit insgesamt 519,6 Millionen Mark. Das Aktienkapital einiger einzelner bedeutender Montanmonopole erreichte 1907 das Volumen des Aktienkapitals einzelner deutscher Großbanken oder kam ihm sehr nahe (zum Beispiel Krupp AG: 180 Millionen Mark, Phönix AG: 100 Millionen Mark, Gelsenkirchener Bergwerks AG: 130 Millionen Mark - Deutsche Bank: 200 Millionen Mark, Disconto-Gesellschaft: 170 Millionen Mark, Dresdner Bank: 180 Millionen Mark, Berliner Handelsgesellschaft: 100 Millionen Mark, Nationalbank für Deutschland: 80 Millionen Mark). Hinzu kam, daß solche Riesenverbände wie der Stahlwerks-Verband diese für sich schon beträchtliche ökonomische Macht ihrer Mitglieder potenzierten, indem sie deren Kapitalkraft auf höherer Stufe vereinigten bzw. repräsentierten. Die Summe des gesamten Aktienkapitals der 31 Mitglieder des Stahlwerks-Verbandes entsprach 1907 mit über einer Milliarde Mark etwa der Summe des gesamten Aktienkapitals der acht Berliner Großbanken.

Diese Wandlungen im kapitalmäßigen Kräfteverhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital markierte, wie Helga Nussbaum festgestellt hat, rein zahlenmäßig "die Umwandlung der Hochfinanz alten Typs in die dem Monopolkapitalismus adäquate Form des Finanzkapitals", ein gewisses "Gleichgewicht" zwischen Industrie- und Bankkapital als Voraussetzung für die "gleichberechtigte Verschmelzung zum Finanzkapital. 34

Das ökonomische "Gleichgewicht", das am Beginn des 20. Jahrhunderts an die Stelle eines zuvor deutlich zugunsten der Großbanken ausschlagenden "Ungleichgewichts" trat, bewirkte zwei widersprüchliche Tendenzen: Einerseits verstärkte es die Integration, das Verwachsen von Industrie- und Bankkapital und bedeutete damit ein stärkeres Aufeinanderangewiesensein. Andererseits schuf es aber auch Voraussetzungen und Möglichkeiten größerer Eigenständigkeit der "Partner" im Rahmen der von den objektiven Gesetzmäßigkeiten gesteckten Grenzen und der gemeinsamen Grundinteressen der Finanzoligarchie, die von beiden Seiten - insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Montanmonopolen und Großbanken - als größere "Unabhängigkeit" - zum Beispiel als geringeres Erfordernis von Initiativen der Banken bei der Gründung industrieller Unternehmungen und Verbände bzw. als größere Fähigkeit der Industriemonopole zur Eigenfinanzierung - reflektiert³⁵ und - wie der hier veröffentlichte Schriftwechsel zeigt - auch praktisch relevant wurde.

Die hier geäußerten Gedanken sind erste Überlegungen, die dazu anregen wollen, der wichtigen Frage der Wandlung des Funktionsmechanismus innerhalb des Finanzkapitals infolge des voranschreitenden Konzentrationsprozesses sowie den Triebkräften dieses Prozesses und ihren Wechselwirkungen in unserer künftigen Forschung größere Aufmerksamkeit zu schenken.

34 Ebenda.

35 ZStA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 4804, Bl. 69, Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1908, S. 5.

Dokumente 36

Dokument Nr. 1

/Carl Klönne an Emil vom Rath/

3. 10. 1903

Sehr geehrter Herr vom Rath,

Laut ein/iegender/ Notiz hat Herr Geheimrat Kirdorf die Verhandlungen über Bildung des Stahlverbandes geführt, und da nach allgemeiner Ansicht ein Einverständnis über die Quoten bald erzielt sein wird, so werden wir uns um die Bankverbindung jetzt bemühen müssen. Ich erlaube mir daher, Sie zu bitten, Herrn Kirdorf gut/igst/ veranlassen zu wollen, der Deutschen Bank einen möglichst großen Teil der Umsätze - alles werden wir schwerlich bekommen - zuzuweisen; für Ihre Gefälligkeit im voraus besten Dank. -

Die Kapitalerhöhung der Gasmotorenfabrik/ Deutz ist gestern mit Schaaffhausen abgeschlossen; die Sache war wohl schon abgemacht, als Ihr Brief an H/errn/ Gottlieb Langen⁺ eintraf.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr ergebenster

Klönne

(Eigenhändiges Konzept)

Dokument Nr. 2

/Carl Klönne an August Thyssen/

3. 10. 1903

Sehr geehrter Herr Thyssen,

Seit ich Ihnen heute früh schrieb, traf der Bericht über die Verhandlungen über Bildung des Stahlverbandes ein, die ein baldiges Zustandekommen desselben erwarten lassen.

Um nichts zu versäumen, erlaube ich mir schon jetzt, Sie zu bitten, Ihren gewichtigen Einfluß zugunsten der Deutschen Bank geltend zu machen, damit uns ein möglichst großer Teil der Bankverbindungen zugewiesen werde; im voraus danken wir verbindlich für Ihre gut/en/ Bemühungen in unserem Interesse.

Mit freundschaftlichem Gruß verbleibe ich Ihr ganz ergebener

Klönne

(Eigenhändiges Konzept)

36 Alle Dokumente entstammen dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam, Deutsche Bank, Nr. 21 026 (Stahlwerksverband), Bl. 9 ff. - Da die Blätter nur zum Teil eindeutig numeriert sind, wird hier auf die Angabe der jeweiligen Blattnummern verzichtet. - Orthographie und Interpunktion sind der modernen Schreibweise angepaßt.

+ Aufsichtsratsmitglied der Gasmotorenfabrik Deutz, Köln.

/Carl Klönne an Emil Goecke/

3. Oktober 1903

Vertraulich

Sehr geehrter Herr Kollege,

Der Bericht über die gestrigen Verhandlungen über Bildung des Stahlverbandes lassen dessen baldiges Zustandekommen erwarten.

Um nichts zu versäumen, erlaube ich mir, Sie schon heute zu bitten, Ihren Einfluß zugunsten der Deutschen Bank geltend zu machen. Es geht uns natürlich sehr darum, einen möglichst großen Teil der Bankumsätze des geplanten Verbandes zu erlangen, und würden wir Ihnen dankbar sein, wenn Sie unsere Bestrebungen freundlichst unterstützen würden.

Ihrem geneigten Bescheide sehe ich gern entgegen und bin mit freundschaftlicher Begrüßung Ihr ganz ergebener

Klönne

Herrn
Kommerzienrat Goecke
Rheinische Stahlwerke
Ruhrort

(Eigenhändiges Konzept)

/Carl Klönne an Carl Spaeter/

3. Oktober 1903

Vertraulich

Sehr verehrter Herr Geheimrat,

Auf meine ergebenen Zeilen vom 12. Sept. höflichst Bezug nehmend, erlaube ich mir, mich heute in Sachen des geplanten Stahlverbandes an Sie zu wenden, dessen baldiges Zustandekommen nach dem Berichte über die gestrigen Verhandlungen erwartet werden darf. Es geht uns darum, einen möglichst großen Teil der Bankumsätze des Verbandes zu erhalten, weshalb wir Sie bitten, Ihren großen Einfluß auch zugunsten der Deutschen Bank geltend zu machen, dadurch, daß unsere Bestrebungen durch Rombach⁺ freundlichst unterstützt werden. -

Mit bestem Dank im voraus und in Entgegensehung Ihres geneigten Bescheides verbleibe ich mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr ganz ergebener

Klönne

Herrn
Geh. Kommerzienrat Carl Spaeter
Coblenz

(Eigenhändiges Konzept)

+ Rombacher Hüttenwerke, deren Aufsichtsratsvorsitzender Carl Spaeter jr. war.

/Carl Klönne an Fritz Baare/

3. Oktober 1903

Sehr verehrter Freund,

Der Bericht über die gestrigen Verhandlungen über Bildung des Stahlverbandes liest sich sehr günstig und lautet fast so, als ob die vielen Schwierigkeiten fast überwunden und ein baldiges Zustandekommen zu erwarten sei. Es wäre das ja sehr erfreulich, und will ich nur hoffen, daß es Ihnen gelang, Ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen.

Um nichts zu versäumen, erlaube ich mir Sie schon heute zu bitten, Ihren großen Einfluß zugunsten der Deutschen Bank geltend zu machen. Es geht uns natürlich sehr darum, einen möglichst großen Teil der Bankumsätze des geplanten Verbandes zu erlangen, und würden wir Ihnen herzlich dankbar sein, wenn unsere Bestrebungen durch Sie unterstützt würden.

Ihrem freund/ichen/ Bescheide gern entgegengehend verbleibe ich mit bestem Gruß Ihr ergebenster

Klönne

Herrn
Kommerzienrat Fritz Baare
Bochum

(Eigenhändiges Konzept)

/Adolf Schmidt an Carl Klönne/

Essen/Ruhr, den 5. Oktober 1903

Fried-Krupp
Aktiengesellschaft

Vertraulich

Sehr geehrter Herr Klönne!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 3. ds. Mts. sage ich Ihnen besten Dank.

Leider muß ich Ihnen darauf erwidern, daß die Verhandlungen über Bildung des Stahlwerks-Verbandes noch weit entfernt sind, sich mit der inneren Organisation des Verbandes zu befassen. Sobald es aber so weit gediehen ist, daß die Frage der Bankverbindungen beraten wird, werde ich gern mein Möglichstes tun, zu Ihren Gunsten einzutreten.

Inzwischen verbleibe ich mit verbindlichsten Grüßen

Ihr ergebener A. Schmidt

Herrn
Kommerzienrat Carl Klönne
Deutsche Bank
Berlin W.

(Maschinenschriftliches Original)

/Adolf Kirdorf an Emil vom Rath/+

Aachener
Hütten-Actien-Verein

Rote Erde, den 5. Oktober 1903

Sehr geehrter Herr vom Rath!

Ich habe den Vorsitz nur in Vertretung des Herrn Geh/eimrat/sLueg, Oberhausen, geführt, welcher erkrankt war. Da derselbe demnächst von seiner Stellung bei Gutehoffnungshütte zurücktreten wird, so wird dann wohl eine Änderung im Vorsitz vorgenommen werden müssen. Von Ihrem Wunsche betr/effend/ die Deutsche Bank habe ich bestens Vormerkung genommen /und/ werde denselben s/einer/ Z/eit/ an geeigneter Stelle zum Vortrag bringen.

Mit bekannter Verehrung Ihr ganz ergebenster

A. Kirdorf

(Eigenhändiges Original)

/Fritz Baare an Carl Klönne/

Bochum, den 6. Oktober 1903

Sehr verehrter, lieber Freund,

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 3. d. M. Wenn ich nicht umgehend antwortete, so lag das daran, daß ich mich in letzter Woche schwer erkältete und seit Samstag das Bett hüten mußte. Heute geht es mir besser.

Die Zeitungen und die Börse haben allerdings den Verlauf der Verhandlungen sehr günstig aufgenommen. Ich halte es nicht für unmöglich, daß der Verband zustande kommt, andererseits glaube ich, daß noch sehr viele und sehr ernstliche Schwierigkeiten entstehen werden. Es soll eine neue Etablierung der Zahlen stattfinden, welche für die Quotifizierung zugrunde zu legen sind. Dabei müssen wir, wenn das auch dem in der Versammlung im allgemeinen akzeptierten Grundsatz zuwiderläuft, die Bewilligung einer Kompromiß-Ziffer beanspruchen. Für den Bochumer Verein wird nach meiner Überzeugung der Stahlwerksverband ein Unglück⁺⁺ sein. Andererseits verkenne ich nicht, daß ohne einen Verband eine allgemeine Katzbalgerei losgeht, bei der alle und auch wir gründlich verlieren werden. Die Sache wird so kommen, daß wir zwischen zwei Übeln das kleinere wählen müssen. Dr. Schmidt von Krupp sieht der Sache auch mit größter Besorgnis entgegen. Man wird seine Individualität vollständig aufgeben und auf manche Vorteile verzichten müssen, welche Folge von persönlichen Einflüssen, von Qualitätsfragen etc. waren. Der Ursprung der ganzen schlimmen Lage beruht darin, daß im Laufe der letzten Jahre zu viele Werke entstanden sind. Der Kuchen, auf den alle Anspruch erheben, ist zu klein, die einzelnen Happen werden zu knapp, und schließlich wird keiner Nutzen und Freude erleben. - Übrigens wird vor Ende November keinesfalls Klarheit über die Aussichten für das Zustan-

+ Vgl. dazu Dok. 1.

++ Hervorhebungen offenbar vom Empfänger.

kommen eintreten. Bei allen bisherigen Verhandlungen ist die Frage der Bankverbindungen noch gar nicht berührt worden, wie man überhaupt noch gar nicht weiß, wo das Domizil sein soll. Kommen diese Fragen demnächst zur Erörterung, so werde ich selbstverständlich, und zwar in allererster Linie, für die Deutsche Bank eintreten. +

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener Fritz Baare

(Eigenhändiges Original)

Dokument Nr. 9

/Emil Goecke an Carl Klönne/

Düsseldorf, den 19. Februar 1904

Herrn
Kommerzienrat Carl Klönne

Es gelang uns heute Herrn Carl Ohly, Geschäftsführer des Stahlwerksverbandes, zu sprechen, um demselben unsere mündliche Offerte im Sinne der freundlichen Anregung der Deutschen Bank vom 13. Februar zu unterbreiten.

Herr Ohly versprach uns, unser Anerbieten der Kommission vorzulegen, welche seines Erachtens unmittelbar nach Konstituierung des Stahlwerksverbandes zusammentreten wird und in der Hauptsache aus den Herren Geheimrat A. Kirdorf, August Thyssen und Direktor Scheidtweiler bestehen dürfte. Zu Herrn Geh/eim/R/at/ A. Kirdorf haben die Herren Regierungsassessor Dr. Mauritz++ und Otto Keller, früherer Direktor unserer Bank, Beziehungen, und schrieben diese beiden Herren in unserem Interesse an denselben; außerdem hat die Gute-Hoffnungshütte unserer Duisburger Niederlassung einen warm empfehlenden Brief an Herrn Geheimrat Kirdorf zur Verfügung gestellt. Mit Duisburg haben wir uns auch dahin verständigt, daß einer der dortigen Herren nochmals Herrn Scheidtweiler seine Aufwartung macht, da die bisherigen Besprechungen nur mit Direktor Ziegler+++ /geführt wurden/ und Herr Scheidtweiler persönlich speziell nur in der Stahlwerksverband-Angelegenheit tätig ist. Hoffentlich kommen wir so weiter.

Wir verfehlen nicht, Ihnen mitzuteilen, daß Herr Ohly uns bemerkte, er persönlich würde in erster Linie für die Deutsche Bank plädieren, da Ihr werteres Institut sich durch seine Beziehungen in ganz Deutschland so recht den Bedürfnissen des Stahlwerksverbandes anpasse. Weiter machte er uns darauf aufmerksam, daß auch die Provision von 1/2 Promille, so niedrig sie an und für sich sei, doch noch eine erhebliche Belastung des gesamten Stahlwerksverbandes darstellen würde, wenn man berücksichtige, daß - nach seiner Schätzung - der Umschlag für das erste Jahr auf M. 500 000 000 wohl sicher anzunehmen sei. Von diesem Gesichtspunkte aus würde man sich mit den Interessenten vielleicht noch über den Provisionsatz zu unterhalten haben.

(Maschinenschriftlicher Auszug aus dem Original, Abschrift)

+ Hervorhebung offenbar vom Empfänger.

++ Dr. Th. Mauritz war stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Duisburg-Ruhrorter Bank.

+++ G. Ziegler war Mitglied der Direktion der Gutehoffnungshütte.

/Emil Goecke an Carl Klönne/

E. Goecke
Kommerzienrat

Ruhrort, den 17. März 1904

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich erhielt Ihr Telegramm: Bitte dringend Stahlwerksverband heute schriftlich ersuchen Deutsche Bank unter Bankverbindungen aufzunehmen.

Meine Antwort lautete wie folgt: Deutsche Bank steht auf der Liste.

Hierzu bemerke ich Ihnen, daß Ihr Institut als erstes auf die Liste der Banken gesetzt worden ist, + mit denen der Stahlwerksverband in Zukunft seine bankgeschäftlichen Transaktionen machen will. - Auf dem morgigen Programm der Beiratssitzung wird die Frage der zu wählenden Banken verhandelt werden, und werde ich mein Möglichstes tun, in Ihrem Interesse zu wirken. - Ich füge hinzu, daß man sich bemühen wird, diejenigen Banken auszuschließen, die nicht bemüht gewesen sind und noch sind, den Phönix zum Beitritt zum Stahlwerksverband zu bewegen. Solche Banken könnten evtl. nur gewählt werden, wenn sie sich dazu verstehen würden, sich in Zukunft derart vertreten zu lassen, daß ihr Stimmrecht mehr im Sinne des Stahlwerksverbandes ausgeübt würde.

Mit freundschaftlichem Gruße verbleibe ich

Ihr ergebener E. Goecke

(Maschinenschriftliches Original)

Dokument Nr. 11

/Emil Goecke an Carl Klönne/

Eigener Depeschen-Verkehr
Aufgabeort: Düsseldorf

18. März 1904

kloenne deutsche bank

zwanzig banken zugelassen. sie auch. bedingungen werden mitgeteilt = goecke

(Telegramm, Entzifferung, Original)

+ Hervorhebung offenbar vom Empfänger.

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Edeltraud und Manfred Bärschneider

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetriebe in der Demokratischen Volksrepublik Algerien unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsentwicklung, Kostengestaltung und Finanzierungsmethoden in den Selbstverwaltungsbetrieben des Bezirkes Oran

Dissertation A (25. 11. 1976)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Einleitung und Problemstellung
2. Die landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetriebe des Bezirkes Oran (Entstehung, Struktur und sozialökonomischer Charakter) und ihre ökonomischen und natürlichen Produktionsbedingungen
3. Die Finanzierung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetriebe Algeriens, Entwicklungsetappen der Finanzierungsmethodik. Die Grundmittelfinanzierung. Finanzierung der Umlaufmittel, sozialer und kultureller Aktivitäten. Entlohnung und Gewinnverteilung. Marktbeziehungen und Preisgestaltung.
4. Produktionsentwicklung und Kostengestaltung in den landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetrieben des Bezirkes Oran, Zur Untersuchungsmethodik. Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Selbstverwaltungsbetriebe in den Wirtschaftsjahren 1967 - 1971. Die Getreideproduktion. Der Weinbau. Die Produktion von Zitrusfrüchten. Die Olivenproduktion. Die Gemüseproduktion. Zusammenfassende Beurteilung der Produktions- und Rentabilitätsgestaltung in den Selbstverwaltungsbetrieben des Bezirkes Oran

Siegfried Bergström

Zur Konzentration und Zentralisation im kapitalistischen Verkehrswesen und ihre Besonderheiten im Luftverkehr imperialistischer Industriestaaten

Dissertation B (4. 2. 1975)
Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden

1. Ursachen und Erscheinungsformen der Konzentration und Zentralisation im Verkehrswesen
2. Die Entwicklung des internationalen kapitalistischen Luftverkehrs: Entwicklung bis zum zweiten Weltkrieg, Besonderheiten der Weiterentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg

3. Zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Luftverkehrsmarktes; Der kapitalistische Luftverkehrsmarkt als staatsmonopolistisch regulierter Markt. Die Auswirkungen politischer, militärischer, ökonomischer, technischer und demographischer Faktoren auf den kapitalistischen Luftverkehrsmarkt
4. Die Erscheinungsformen und Entwicklungsprozesse der Konzentration und Zentralisation im internationalen kapitalistischen Luftverkehr
5. Die Einwirkungen des Sozialismus auf die Bewegungsformen des Monopolkapitals, ihre Ausdrucksformen im Bereich des internationalen Luftverkehrs

Waltraud Bleiber

Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen zwischen Somme und Lire während des 7. Jahrhunderts

Dissertation B (29. 11. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Münze, Prägeort und Geldumlauf: Die Phase der Goldprägung; Die räumliche Anordnung der Prägeorte; Kontinuierliche und ephemere Prägung; Die wirtschaftliche, soziale und politische Struktur der Prägeorte. Die Umlaufgebiete der Goldtrienten; Fundorte und Funde; Die Aussagen der Funde zu den über weite Distanz reichenden wirtschaftlichen Beziehungen des Untersuchungsgebietes. Die Phase der Silberprägung; Die Behandlung des Übergangs von der Gold- zur Silberwährung in der Literatur; Die Umlaufgebiete der merowingischen Denare, Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Umlauf von Trienten und Denaren; Die Verringerung der Anzahl der Prägeorte; Das Auftreten angelsächsisch-friesischer Silbermünzen im Untersuchungsgebiet
2. Ware, Warenverkehr und Handelsplatz: Grund und Boden als Objekt von Kauf und Verkauf (Die Aussagen der Quellen; Die Rolle des Münzgeldes beim Kauf und Verkauf von Grund und Boden; Münzgeld, Edelmetall in ungemünzter Form und andere Sachwerte als Zahlungsmittel). Der Verkauf und Kauf von Menschen, der sogenannte Sklavenhandel (Die Aussagen der Konzilsakten, der diplomatischen Quellen, der erzählenden Quellen; Die Beziehungen zwischen Feudalisierung und dem Handel mit Menschen). Kauf und Verkauf von Erzeugnissen menschlicher Arbeitskraft - Agrarprodukte, Lebensmittel, Erzeugnissen menschlicher Arbeitskraft - Agrarprodukte, Lebensmittel, Erzeugnisse des Handwerks (Die Beschaffung von Wein, Öl, Salz und Fischen; Das Problem der Handelsbeziehungen zur Provence und zum Mittelmeerraum; Die Aussagen schriftlicher und archäologischer Quellen über Handelsbeziehungen des Untersuchungsgebietes zum südlichen Aquitanien; Die Nutzung des innerfränkischen Wirtschaftsgefälles für den Ausbau feudaler Verhältnisse im Untersuchungsgebiet; Handwerkliche und gewerbliche Erzeugnisse als Handelsgegenstand). Die sozialen Träger der Ware-Geld-Beziehungen (Die Kaufleute; Die Handwerker; Das Verhältnis der bäuerlichen Produzenten zu den Ware-Geld-Beziehungen). Die Zentren der Ware-Geld-Beziehungen und des Handels (Civitas, castrum, portus; Der Markt in den Urkunden der späten Merowingerzeit)
3. Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen im Untersuchungsgebiet während der späten Merowinger- und der frühen Karolingerzeit - Entwicklungsrichtung und Entwicklungstendenzen: Der Markt und das Verhältnis der bäuerlichen Produzenten zu den Ware-Geld-Beziehungen am Ende des 7. und am Ende des 8. Jahrhunderts - ein Vergleich (Die Verdichtung des Netzes von Marktsiedlungen; Der Markt in den Urkunden der frühen Karolingerzeit; Das Auftreten eines neuen Typs der Marktsiedlung; Das veränderte Verhältnis der bäuerlichen Produzenten zum Markt und zu den Ware-Geld-Beziehungen). Die Herausbildung der Grundlagen intensivierter Ware-Geld-Beziehungen während des

7. Jahrhunderts: Die ältere Entwicklungsphase (Das Wechselverhältnis zwischen Feudalisierung und Ware-Geld-Beziehungen; Der zufällige Charakter der äußeren Handelsbeziehungen des Untersuchungsgebietes; Die Wirkungen des innerfränkischen Wirtschaftsgefälles; Das Wechselverhältnis zwischen kirchlich-religiösem Zentrum und räumlicher Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums und des Mehrprodukts). Die jüngere Entwicklungsphase (Die veränderten Voraussetzungen der Ware-Geld-Beziehungen - Die gewachsene ökonomische Leistungsfähigkeit des Untersuchungsgebietes; Die Funktion der Grundherrschaft; Der stabile Markt der Warenproduktion, seine Rückwirkungen auf die Situation der bäuerlichen Produzenten; Die Veränderungen in der Produktion und der Anhäufung des Mehrprodukts)

Anneliese Brüll

Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die Lage und den Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Untersucht an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der BRD bis zum Beginn der 70er Jahre

Dissertation A (1. 10. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Arbeitslosigkeit - ein wesentliches Element der sozialen Unsicherheit der Arbeiter
2. Analyse der Struktur der Arbeitslosigkeit in der BRD; Entwicklungstendenzen im staatsmonopolistischen Kapitalismus, die den Umfang und die Struktur der Arbeitslosigkeit bestimmen. Die Entwicklung der Beschäftigung in einigen Industriezweigen. Die berufliche Struktur der Arbeitslosigkeit. Die territoriale Struktur der Arbeitslosigkeit
3. Die Rolle der industriellen Reservearmee im staatsmonopolistischen Kapitalismus: Ursachen, die das relative Gewicht der industriellen Reservearmee im staatsmonopolistischen Kapitalismus verändern. Methoden zur Manipulierung des Arbeitsmarktes; staatliche Arbeitsmarktpolitik; "Geplante" Lohnentwicklung und konzertierte Aktion; Die Internationalisierung der industriellen Reservearmee
4. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes

Michael Brunn

Kritik wesentlicher politisch-ökonomischer Grundlagen der agrarwissenschaftlichen Auffassungen Georg Blohms unter besonderer Berücksichtigung seiner Stellungnahme zur sozialistischen Landwirtschaft der DDR

Dissertation A (3. 12. 1976)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Die Apologetik des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln: Die Negierung der Eigentumsverhältnisse als Kern der Produktionsverhältnisse (Zum Eigentumsbegriff Blohms, Die Eliminierung der Eigentumsbedeutung bei der Analyse sozialökonomischer Gesellschaftsformationen, Die Leugnung der Existenz der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse in der westdeutschen Landwirtschaft). Die unwissenschaftliche Kritik des gesellschaftlichen Eigentums und die Glorifizierung des bäuerlichen Privateigentums an den Produktionsmitteln (Die Leugnung der ökonomischen Überlegenheit des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums, Die Flucht aus der Ökonomik in die Ethik, Die Diffamierung der sozialistischen Umgestaltung als Enteignung, Durch die Entwicklung erzwungene Zugeständnisse)

3. Die unwissenschaftliche Widerlegung und teilweise Leugnung ökonomischer Gesetze: Seine grundsätzliche Stellung zu den ökonomischen Gesetzen. Die unwissenschaftliche Erklärung des Zieles der kapitalistischen und der sozialistischen Produktionsweise. Die Kritik der Auffassungen Blohms zur Leitung und Planung der sozialistischen Volkswirtschaft. Seine Position zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kapitalismus und im Sozialismus. Blohms Apologetik der Konzentration der kapitalistischen Landwirtschaft und seine Polemik gegen die sozialistische Großproduktion
4. Zur führenden Rolle Blohms innerhalb der westdeutschen Agrarapologetik bei der Polemik gegen die sozialistische Landwirtschaft der DDR

Evelyn Buchführer

Probleme der Entwicklung der Neuererbewegung in der Flotte des VEB Fischkombinats Rostock

Dissertation A (30. 9. 1977)
 Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Die Neuererbewegung - ein Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft: Die Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft - eine Grundfrage der marxistisch-leninistischen Politik und Ideologie. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Anforderungen an die Arbeiterklasse. Der Einfluß der Neuererbewegung auf die weitere Ausprägung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
2. Analyse der Neuererbewegung in der Flotte des Fischkombinats Rostock, insbesondere auf Fang- und Verarbeitungsschiffen, 1971 - 1975: Der Aufbau des Fischkombinats unter dem Aspekt der Herausbildung der Neuererbewegung. Der Platz der Fang- und Verarbeitungsschiffe innerhalb der Flotte - ihre Rolle in der Neuererbewegung. Inhalt und Zielstellung der Neuerertätigkeit der Fischereiflotte 1971 - 1975. Die quantitative und qualitative Entwicklung der Neuerertätigkeit auf Fang- und Verarbeitungsschiffen (Beteiligung, Nutzen, Planmäßigkeit in der Neuererarbeit, insbesondere der geplanten kollektiven, auf der Grundlage von Neuerervereinbarungen, Zum Problem der Bearbeitungszeiten und Ablehnungen von Neuerervorschlägen)
3. Fischereipolitische und ökonomische Bedingungen der Hochseefischerei und die daraus erwachsenden Anforderungen an die Neuerertätigkeit. Die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Länder - Notwendigkeit und Möglichkeit für höhere Effektivität in der Neuererbewegung (Gegenwärtige Formen und Entwicklungstendenzen der internationalen Zusammenarbeit in der Hochseefischerei und die Möglichkeiten für eine höhere Effektivität der Neuerertätigkeit durch die Nutzung internationaler Erfahrungen und Zusammenarbeit)
4. Zum betrieblichen Vorschlagswesen kapitalistischer Länder
5. Schlußfolgerungen für die Leitung und Planung der Neuererbewegung

Horst Ebschbach

Die Entstehung und Entwicklung der Marxschen Akkumulationstheorie in den Jahren 1843 bis 1858

Dissertation A (9. 7. 1976)
 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Zur Herausbildung der Auffassungen über den Antagonismus von Proletariat und Reichtum bei Karl Marx und Friedrich Engels in ihren Schriften bis zur Ausarbeitung der Schrift "Die deutsche Ideologie": Marx' Tätigkeit in der "Rheinischen Zeitung" und seine Erkenntnis der Bedeutung der Ökonomie innerhalb der Gesellschaft. Friedrich Engels' "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie". Die ersten ökonomischen Studien von Marx und die "Ökonomisch-philosophischen Manuskripte". "Die heilige Familie". "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" von Friedrich Engels
2. Die Formierung der Grundzüge der Akkumulationstheorie (1845 - 1848): Die Fortsetzung der ökonomischen Studien in Brüssel und Manchester. Die sogenannten Brüsseler Exzerptheft 1845 - 1847. "Die deutsche Ideologie". "Das Elend der Philosophie". "Lohnarbeit und Kapital". Das Manuskript "Arbeitslohn" von Karl Marx. Das "Manifest der Kommunistischen Partei"
3. Die Wiederaufnahme der ökonomischen Studien in London 1850 - 1855
4. Das Entwicklungsniveau der Akkumulationstheorie in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf)" 1857 - 1858

Rolf Espenhayn

Kritik westdeutscher Auffassungen über die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR und die Planmäßigkeit ihrer Gestaltung unter dem Gesichtspunkt der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und der historischen Defensive der bürgerlichen Ökonomie

Dissertation A (30. 9. 1976)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Aufgaben und Entwicklungstendenzen der imperialistischen "Ostforschung" in der heutigen Systemauseinandersetzung: Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses und die imperialistische Kommunismusforschung. "DDR-Forschung" unter Anpassungszwang
2. Kritik bürgerlicher und revisionsistischer Angriffe gegen die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR: Bürgerliche Verfälschung des Wesens des revolutionären Umgestaltungsprozesses nach dem zweiten Weltkrieg. Bürgerliche und revisionistische Angriffe gegen das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln in der DDR und die Vertiefung der staatsmonopolistischen Eigentumsverhältnisse in der BRD. Bürgerliche Auffassungen über objektive Entwicklungsgesetze der sozialistischen Gesellschaft
3. Kritik bürgerlicher und revisionistischer Angriffe gegen die zentrale staatliche Leitung und Planung im Sozialismus: Der antikommunistische Charakter bürgerlicher und revisionistischer Angriffe gegen die sozialistische Wirtschaftspolitik und das System der zentralen staatlichen Leitung und Planung. Die bürgerliche Ökonomie zum Verhältnis von Plan und Markt im Sozialismus; Die divergenztheoretische "Alternative"; Die konvergenztheoretische "Synthese" von Plan und Markt

Günter Golenia

Zu den Ursachen der modifizierten Außenhandelspolitik des BRD-Imperialismus gegenüber der UdSSR in der Gegenwart

Dissertation A (2. 7. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. W. I. Lenin zur Notwendigkeit und Möglichkeit der Entwicklung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen Sowjetrußlands zu den kapitalistischen Ländern
2. Zur historischen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der BRD von 1949 bis zu den 60er Jahren (wesentliche Zielsetzungen, Außenhandelspolitik, Herstellung diplomatischer Beziehungen 1955 und erstes Handelsabkommen 1958, Das Rohrembarago 1962/63)
3. Das Scheitern der imperialistischen Embargopolitik und seine Bedeutung für den Prozeß der Umorientierung einflußreicher Kräfte des BRD-Imperialismus in seiner Außenhandelspolitik gegenüber der UdSSR
4. Die Rolle des Ost-West-Handels in der imperialistischen Anpassungsstrategie seit Beginn der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus
5. Zu einigen besonderen ökonomischen Faktoren der Umorientierung einflußreicher Monopole in der Außenhandelspolitik der BRD gegenüber der UdSSR; Das ökonomische Interesse von BRD-Monopolen und -Konzernen am sowjetischen Markt. Die Verschärfung der Energie- und Rohstoffkrise der BRD - ein Faktor des gewachsenen Interesses der BRD-Monopole an der Erweiterung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR. Die Verschärfung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes und das wachsende Interesse der BRD-Monopole an der Erweiterung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR

Holle-Birgit Grünert

Zur Konzentration und Monopolisierung im Energiebereich wichtiger imperialistischer Länder

Dissertation A (27. 7. 1978)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Marx, Engels und Lenin über die Rolle der Energie im Prozeß kapitalistischer Industrialisierung: Überlegungen zur prinzipiellen Stellung der Energie in der kapitalistischen Industrialisierung. Zur Rolle der Energie in der historisch progressiven Phase des Kapitalismus; Die Stadien der kapitalistischen einfachen Kooperation und Manufaktur; die Industrielle Revolution - Schaffung der kapitalistischen großen Industrie. Zur Rolle der Energie in der Niedergangsphase des Kapitalismus; Zur Herausbildung des Imperialismus - die neue Qualität der Energieentwicklung und der kapitalistischen großen Industrie; Zur Situation in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Entwicklung der Energiebasis in der Gegenwart und Grenzen der kapitalistischen Industrialisierung
2. Zu einigen Problemen des monopolkapitalistischen Eigentums im Energiebereich wichtiger imperialistischer Länder: Theoretische Ausgangspunkte - Exkurs. Zur Konzentration von Produktion und Kapital im Hinblick auf die Entstehung führender Energie-monopole. Zur Entwicklung von Erscheinungsformen des Monopoleigentums im Energiebereich; Die 200 größten kapitalistischen Industrieunternehmen und die Stellung der Mineralölgesellschaften; Zur Monopolisierung des Energiebereiches durch die führenden Mineralölgesellschaften - Strukturierung des Monopoleigentums unter arbeitsteiligem Aspekt; Zur territorialen Konzentration und Monopolisierung im Energiebereich und zur Entwicklung internationaler Mineralölmonopole
3. Zu den Verwertungsbedingungen des Kapitaleigentums, vor allem des monopolistischen Eigentums, im Energiebereich: Einige Aspekte zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Größe und Wachstum des akkumulierten Kapitals, Zur Zusammensetzung des Kapitals im Energiebereich. Zum staatsmonopolistischen Charakter der Kapitalverwertung im Energiebereich

Zu Problemen der Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Arbeit in der DDR

Dissertation A (17. 12. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Der Gegensatz zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit im Kapitalismus: Die Trennung von industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit im Kapitalismus. Ursachen und Folgen des Zurückbleibens der landwirtschaftlichen Arbeit hinter der industriellen Arbeit im Kapitalismus. Die Auswirkungen der BRD-Agrarpolitik auf die soziale Lage der Bauern
2. Der Prozeß der Beseitigung des Gegensatzes zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit in der DDR: Die Schaffung grundlegender Voraussetzungen für die Beseitigung des Gegensatzes zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit in der DDR. Die demokratische Bodenreform. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR
3. Einige Probleme der Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft: Die Formen des sozialistischen Eigentums (Die Weiterentwicklung des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; Die Entwicklung des sozialistischen Charakters der Arbeit in der Landwirtschaft; Das Wesen der industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft). Die objektive Notwendigkeit zur sozialistischen Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die Kooperation als Weg zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Die Vertiefung der Bündnisbeziehungen und der Annäherungsprozeß der Klasse der Genossenschaftsbauern an die führende Arbeiterklasse

Hartmut Harnisch

Kapitalistische Agrarreformen und Industrielle Revolution - Agrarhistorische Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen den kapitalistischen Agrarreformen und der Herausbildung des inneren Marktes als Voraussetzung für die Industrielle Revolution

Dissertation B (12. 12. 1978)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Problemstellung und Problemgeschichte: Die Herausbildung der Problemstellung des Zusammenhangs zwischen den kapitalistischen Agrarreformen und der Industriellen Revolution in der marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung der DDR, Bemerkungen zum Untersuchungsgebiet und über die spätfеudalen Agrarverhältnisse desselben. Industrielle Revolution bzw. "Industrialisierung" in der bürgerlichen Forschung und die Frage des Verhältnisses zwischen Agrarreformen und Industrieller Revolution als Problemstellung in der modernen bürgerlichen Wirtschaftsgeschichte. Aufgabe und Zielstellung der vorliegenden Arbeit
2. Die Problemstellung: Zur Frage nach dem Verhältnis zwischen kapitalistischer Agrarumwälzung und Industrieller Revolution: Theoretische Vorüberlegungen. Zur Entwicklung der ländlichen Klassen- und Sozialstruktur und das Problem der Expropriation des Landvolkes. Die Entwicklung der Bevölkerungsverteilung nach Stadt und Land und der Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft. Umfang und Bedeutung der ländlichen Heimindustrie in der Industriellen Revolution. Kapitalistische Agrarreformen, Industrielle

3. Die Entwicklung der Landwirtschaft im Verlauf der Durchführung der kapitalistischen Agrarreformen als Voraussetzung der Herausbildung des inneren Marktes für die Industrielle Revolution (1811 - 1840): Der Beginn der Regulierungen bis zum Erlass der Ablösungsordnung im Jahre 1821 und die Haltung des Adels in diesen Jahren, Der Fortgang der Agrarreformen im Spiegel der Statistik (1820 - 1840). Die Auswirkungen der Agrarreformen auf die Entwicklung der ländlichen Kulturlandschaft, Separationen, Gemeinheitsteilungen und die Einführung neuer Anbausysteme, Entwicklungstendenzen der Agrarproduktion, Bevölkerungsentwicklung, Absatz- und Marktverhältnisse, Die Auswirkungen der Agrarreformen auf die ländliche Besitzgrößendifferenzierung, namentlich auf die Entstehung der Kleinbauernwirtschaften sowie die Herausbildung der strukturellen Übervölkerung des Dorfes, Die Lebenslage der Landbevölkerung unter den Bedingungen des preußischen Weges kapitalistischer Agrarentwicklung und das Problem der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Agrarreformen
4. Die Entwicklung des Landhandwerks und des Gewerbesteueraufkommens als Ausdruck der Zunahme der Kaufkraft der Landbevölkerung: Die Entwicklung des Landhandwerks und des Landhandels im Regierungsbezirk Potsdam in der Periode der Durchführung der kapitalistischen Agrarreformen. Das Gewerbesteueraufkommen in den preußischen Ostprovinzen, insbesondere in der Steuerklasse IV (Landgemeinden) als Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenz in der Zeit der kapitalistischen Agrarreformen
5. Ergebnisse. Zum Verhältnis zwischen der kapitalistischen Agrarumwälzung nach dem Typ des preußischen Weges und der Industriellen Revolution

Mohi Eldin Osman Hashim

Die Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen und dem Industrialisierungsprozeß im Sudan seit der Erringung der Unabhängigkeit

Dissertation A (11. 3. 1976)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Zur Entwicklung der Struktur der Außenwirtschaft: Zur Sozialstruktur der Außenwirtschaft, Zur Waren- und Territorialstruktur des Außenhandels Sudans (Export, Import, politisch-territoriale Struktur, Entwicklung der Zahlungsbilanz, Rolle des Außenhandels als Wachstumsfaktor), Die Abhängigkeit von äußeren Finanzmitteln
2. Zu den bisherigen Wechselwirkungen zwischen der Außenwirtschaft und der Industrialisierung: Die Auswirkungen der Außenwirtschaft auf den Reproduktionsprozeß (innere Bedingungen, äußere Faktoren), Auswirkungen auf die industrielle Entwicklung (Entwicklungsstand der Industrie, Politik des Staates gegenüber dem Auslandskapital, Rolle des privaten Auslandskapitals, Einfluß des Auslandskapitals auf die Entwicklung der Industriezweigstruktur, Wirkungen der Außenwirtschaft auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, auf die Beschäftigungsmöglichkeiten, auf das technische Niveau der Industrie), Die Wirkungen der Industrie auf die Entwicklung der Außenwirtschaft
3. Die grundlegenden Aufgaben und die Rolle der zukünftigen Entwicklung der Effektivität der Außenwirtschaft bei der Förderung des Industrialisierungsprozesses: Die Bedeutung der Außenwirtschaft für die Industrialisierung (Möglichkeiten, Methoden, Resultate), Zur allgemeinen Strategie der industriellen Entwicklung

Dieter Heyer

Kritik weltanschaulicher Grundlagen sozialreformistischer Planungsauffassungen. Dargestellt an der Ideologie und Politik der SPD seit Beginn der sechziger Jahre bis zur Gegenwart

Dissertation A (20. 5. 1976)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin-Karlshorst

1. Sozialpolitische Grundlagen und theoretische Ausgangspunkte sozialreformistischer Planungsauffassungen (Neoliberalismus, Theorie vom "regulierten Kapitalismus")
2. Die sozialreformistische Konzeption der "gemischten Wirtschaft": Die "gemischte Wirtschaft" - sozialreformistische Alternative gegenüber "totalitärer Planung" und "freier Marktwirtschaft". Zu sozialreformistischen Auffassungen über "qualifiziertes Eigentum" und "Monopolkontrolle"
3. Zur Verfälschung des Verhältnisses von Planung, Gesetz und Freiheit im Sozialreformismus: Sozialreformistische Auffassungen vom Verhältnis zwischen Eigentum an Produktionsmitteln und Freiheit. Zur sozialreformistischen Auffassung und ihren Konsequenzen für sozialreformistische Freiheits- und Planungsauffassungen. Die metaphysische Trennung von Planung, Gesetz und Freiheit in sozialreformistischen Planungsauffassungen

Lothar Kölm

Die Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945 - 1949

Eine analytische Untersuchung

Dissertation A (11. 5. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Voraussetzungen für die Tätigkeit der SMAD: Die Ziele der deutschen antifaschistischen Kräfte hinsichtlich eines neuen demokratischen Deutschlands. Die Beschlüsse der Antihitlerkoalition zur gemeinsamen Politik gegenüber Nachkriegsdeutschland
2. Die Tätigkeit der sowjetischen Besatzungsorgane bis zur Gründung der SMAD: Die politische Vorbereitung der Übernahme der Besatzungsfunktion. Die ersten Maßnahmen der sowjetischen Frontorgane in den befreiten Gebieten
3. Die Befehle des Obersten Chefs der SMAD: Gründung und Struktur der SMAD. Analyse der Befehle zur Verwirklichung der Beschlüsse der Antihitlerkoalition und zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (Industrie, Landwirtschaft, Kultur)
4. Allgemeine Wertung der Befehle

Günter Krause

Die Verfälschung der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie durch den "linken" Opportunismus der BRD

Ein Beitrag zur Kritik der politökonomischen Theorie des "linken" Opportunismus

Dissertation B (14. 10. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Charakteristik, Funktion und Quellen des "linken" Opportunismus der Gegenwart

(Sozialökonomische Quellen bzw. sozialer Nährboden; Politische sowie politisch-ideologische Quellen; Ideengeschichtliche Quellen und Grundlagen)

2. Die Notwendigkeit und Aktualität der marxistisch-leninistischen Kritik des "linken" Opportunismus
3. Die marxistisch-leninistische Monopoltheorie in der Sicht und Interpretation des "linken" Opportunismus der BRD: Ursachen der "linken" monopolanalytischen und -theoretischen Aktivitäten. Die politisch-ideologische Grundlage der "linken" Politischen Ökonomie des Kapitalismus. Zur "Logik" der "linken" Monopolbehandlung. Das Elend der "linken" Rezeption des Marxschen Systems der Kritik der Politischen Ökonomie oder Kapitalbegriff contra Monopolbegriff. Zur "linken" Kritik an der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie
4. Zu einigen politischen Konsequenzen aus der Monopolbehandlung der Politischen Ökonomie des "linken" Opportunismus der BRD

Dorothea Kroß

Etappen und Charakter der nationalen Befreiungsbewegung in Irland im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und die Bedeutung der irischen Frage für Karl Marx und Friedrich Engels

Dissertation A (25. 5. 1978)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Grundprobleme der sozialökonomischen Verhältnisse in Irland als Ursache für die Entstehung der nationalen Befreiungsbewegung Ende des 18. Jahrhunderts: Die Verwandlung Irlands in eine englische Kolonie. Grundzüge der sozialökonomischen Verhältnisse (Ende des 18. und in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts)
2. Etappen und Charakter der irischen nationalen Befreiungsbewegung im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts: Die "Grattan-Revolution". Gründung und Formierung der "United Irishmen". Der Aufstand von 1789
3. Die Bedeutung der irischen Frage für die Entwicklung und Propagierung der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse durch Karl Marx und Friedrich Engels

Christine Krupke

Die marxistisch-leninistische Klassenbestimmung und ihre Rolle für die Erfassung der inneren Struktur der Arbeiterklasse in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Dissertation A (20. 3. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Das Problem der Struktur der Arbeiterklasse in den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus: Marx und Engels über die allgemeinen Grundlagen der Entwicklung der Struktur der Arbeiterklasse. Der Einfluß konkreter politischer Bedingungen des Klassenkampfes auf das theoretische Herangehen der Klassiker an die strukturelle Entwicklung der Arbeiterklasse. Die Darstellung der Struktur der Arbeiterklasse im Kapitalismus bei Marx, Engels und Lenin nach Kriterien, die sich aus der Stellung in der materiellen Produktion ergeben. Die Darstellung der Struktur nach Kriterien des Bewußtseinsstandes, der politischen Organisiertheit, des Kulturniveaus und der Lebensweise
2. Über die objektiven Kriterien der Analyse der Struktur der Arbeiterklasse: Zur Verwendung der Begriffe. Die Klassendefinition bei Marx und Lenin als theoretischer Ausgangspunkt für die Charakteristik der Struktur der Arbeiterklasse

3. Zu einigen Tendenzen der strukturellen Entwicklung der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft, speziell unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution: Qualitative Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse durch die sozialistische Revolution. Die wissenschaftlich-technische Revolution als Voraussetzung für die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse (Die Komplizierung des Inhalts der Arbeit; Die Veränderungen der beruflichen und Qualifikationsstruktur; Die Erhöhung des Bildungsniveaus und der schöpferischen Aktivität der Arbeiterklasse)

Reinhard Lorenz

Die Rechtsstellung der Manufaktur- und Fabrikarbeiter in Brandenburg-Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Dissertation A (27. 6. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

Die Entwicklung der Manufakturen und Fabriken im absolutistischen preußischen Staat als kapitalistische Wirtschaftsformen

1. Der Stand der industriellen Entwicklung in Preußen im 18. Jahrhundert: Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsformen. Die Entwicklung in den Industriezweigen (Verlag, Manufaktur, Fabrik). Die Industriezweige und ihre Standorte (Textilindustrie, Spinnerei, Leinenindustrie, Wollindustrie, Seidenindustrie, Baumwollindustrie, Bergbau- und Hüttenwesen, metallverarbeitende Industrie, Sonstige). Der Absatz der Produktion
2. Die Herkunft der Lohnarbeiter und ihre Konzentration in den verschiedenen Industriezweigen: Die Lohnarbeiter aus der Landwirtschaft; Die Proletarisierung der städtischen Produzenten; Die Mobilisierung der städtischen Bevölkerung als Lohnarbeiter; Ausländische Facharbeiter; Sonstige Formen. Die Konzentration der Lohnarbeiter in den verschiedenen Industriezweigen. Das quantitative Verhältnis der Lohnarbeiter zu der übrigen Bevölkerung
3. Die Stellung der Manufakturen und Fabriken im absolutistischen preußischen System und seiner Wirtschaftspolitik: Die Formen der staatlichen Einflußnahme auf die industrielle Entwicklung; Die Vergabe von Privilegien; Die Erteilung von Monopolen; Die finanzielle Unterstützung für Manufakturen; Schutzzölle, Ein- und Ausfuhrverbote; Die Anlegung staatlicher Musterunternehmen; Die Reglementierung der Unternehmen und die Zunftpolitik; Die Arbeiterbeschaffungspolitik. Das Interesse des Staates an der Förderung der Manufakturen und Fabriken; Die Sicherung der Staatsfinanzen; Die Sicherung des Bedarfs des Heeres und der Bürokratie, des Hofes und des Adels
4. Die Rechtsstellung der Unternehmer: Die Stellung der Unternehmer im preußischen Ständesystem. Die wirtschaftliche Tätigkeit auf der Grundlage staatlich erteilter Privilegien. Die Ausübung der Fabrikgerichtsbarkeit als Sondergerichtsbarkeit gegenüber den Lohnarbeitern

Die sozialen und politischen Bedingungen der Lohnarbeiter und ihre Rechtsstellung

1. Die soziale Lage der Lohnarbeiter: Der Grad der Ausbeutung. Die Ausbildung und Ausbeutung von Lehrlingen. Die Frauen- und Kinderarbeit. Die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Versorgung mit Arbeit. Formen der Arbeitslosenunterstützung. Die Verlängerung des Arbeitstages. Die Lohnfrage. Die Preise der Nahrungsmittel. Die Verschuldung der Lohnarbeiter. Die Arbeiterwohnungen. Die Schulbildung. Die Formen der Unterstützungskassen der Arbeiter. Die staatliche Armenfürsorge. Die Ausbeutung von Arbeitern in Zwangsarbeitsanstalten

3. Der Außenhandel: Die Rolle des Cabildo von Guatemala. Das Funktionieren des Außenhandels. Der interkoloniale Handel
4. Kolonialgesellschaft und Monokultur: Der Kakao. Die Rolle des Handels in der kolonialen Wirtschaft. Der innere Markt. Die Viehwirtschaft. Der Bergbau (Die Arbeit in den Bergwerken). Die Rolle des Indigo in der kolonialen Wirtschaft (Der Indigo-Anbau durch die Kleinproduzenten; Die Indigo-Großproduktion und der Handel; Die Funktion des spanischen Händlers; Der Indigo und das Problem der Akkumulation; Die Arbeit auf den Indigo-Haciendas)

Christel Siemon

Die Entwicklung der rechtlichen Stellung der landwirtschaftlichen Produzenten in Mecklenburg von der Errichtung der Landesherrschaft bis zum Beginn der bürgerlichen Umgestaltung

Dissertation A (28. 6. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die rechtliche und politische Position der Bauern bei der Entwicklung der mecklenburgischen Landesherrschaft und der Ausbildung des feudalen Ständestaates: Die Entwicklung der kleinbäuerlichen Wirtschaft zur Hauptgrundlage der Produktion im 12. - 14. Jahrhundert; Die historischen politischen und ökonomischen Bedingungen der bäuerlichen Produktionsentwicklung bei der Errichtung der Landesherrschaft; Die rechtliche Stellung der Bauern zum Grund und Boden in der landwirtschaftlichen Produktion; Die allgemeine politisch-rechtliche Stellung der Bauern. Die Städteentwicklung und ihr Einfluß auf die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse; Die Bedeutung der Städtegründungen bei der Errichtung der feudalen Landesherrschaft; Der ökonomische Stand und die Formen der handwerklichen Produktionsentwicklung; Das ökonomische und politische Verhältnis der Städte zur Landesherrschaft und zum Adel; Der Einfluß der Hanse auf die landwirtschaftliche und handwerkliche Produktionsentwicklung in Mecklenburg. Die Bedingungen und Formen der Ausbildung des Ständesystems im mecklenburgischen Territorium im 13. und 14. Jahrhundert
2. Die Entwicklung der rechtlichen Stellung der landwirtschaftlichen Produzenten im mecklenburgischen Ständestaat und die Ausbildung der zweiten Leibeigenschaft (15. - 18. Jahrhundert): Die Ausbildung der spezifischen Form des Ständestaates in Mecklenburg; Die Entwicklung der sozialen Lage, der rechtlichen und politischen Stellung der Bauern bis Ende des 16. Jahrhunderts. Die Ausbildung der zweiten Leibeigenschaft im 17. und 18. Jahrhundert; Die ökonomischen und politischen Voraussetzungen und Bedingungen der Ausbildung der zweiten Leibeigenschaft; Die Auswirkungen der zweiten Leibeigenschaft auf die rechtliche Stellung der landwirtschaftlichen Produzenten
3. Die Stellung der Landarbeiter und Bauern beim Übergang zum Kapitalismus in Mecklenburg: Die Bedingungen des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft. Die sozialen und rechtlichen Folgen der Aufhebung der Leibeigenschaft für die landwirtschaftlichen Produzenten. Die soziale und politische Position der Landarbeiter und Bauern zur bürgerlich-demokratischen Bewegung 1848/49 in Mecklenburg

Der EWG-Agrarmarkt im westeuropäischen Integrationsprozeß

Dissertation A (15. 7. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Bedeutung des Agrarmarktes für die Herausbildung der westeuropäischen Integration; Die Einbeziehung des Agrarbereiches in den Integrationsprozeß - eine notwendige Voraussetzung für die Entstehung der EWG. Das ökonomische Grundgeschäft der EWG (Die Funktion der BRD als agrarischer Absatzmarkt der EWG; Die französischen Interessen im EWG-Grundgeschäft; Die Interessenslage der BRD im EWG-Konkurrenzkampf). Die Notwendigkeit internationaler Regulierungsmechanismen zur Eingliederung des Agrarsektors in den Integrationsprozeß (Die Entwicklung internationaler Formen der staatsmonopolistischen Regulierung der EWG-Landwirtschaft; Der Mechanismus der EWG-Agrarpolitik; Die Grundprinzipien und der Charakter der Agrarmarktregulierung in der EWG)
2. Die Eingliederung der Landwirtschaft in den Verwertungsprozeß des Monopolkapitals unter den Bedingungen des imperialistischen Integrationsprozesses: Entwicklung von Produktion und Produktivität. Der Widerspruch zwischen Produktion und Markt auf dem EWG-Agrarmarkt. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen in der EWG. Zur Entwicklung der materiellen Lage der landwirtschaftlichen Produzenten. Zu Problemen der Neuorientierung der staatsmonopolistischen Agrarpolitik unter den Bedingungen des Integrationsprozesses
3. Der EWG-Agrarmarkt im Brennpunkt imperialistischer Interessenkonflikte: Die finanziellen Lasten der EWG-Agrarpolitik. EWG-Agrarmarkt und imperialistische Währungs-krise. Der EWG-Agrarmarkt als Konfliktherd des kapitalistischen Welthandels; Das EWG-Präferenzsystem; Die Verlagerung der Warenströme im kapitalistischen Agrarhandel; Die Hauptkonfliktfelder (Die Bedeutung des Weltagrarhandels für die Wirtschaft der Entwicklungsländer). Die Bedeutung des EWG-Agrarmarktes für den Agrarexport der USA
4. Integrations- und Desintegrationstendenzen im imperialistischen Integrationsprozeß am Beispiel des EWG-Agrarmarktes

Heinz Wehner

Der Wiederaufbau der Handelsflotte und die Entwicklung der internationalen Seeschiffsverkehrsbeziehungen des imperialistischen Deutschlands in den Jahren der Weimarer Republik - Ein Beitrag zur Erforschung der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Dissertation B (29. 8. 1978)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden

1. Die Stellung der deutschen Handelsflotte im Rahmen der Weltseeschifffahrt vor 1914 - Die Rivalität des englischen und deutschen Imperialismus als entscheidender Gegensatz der Weltpolitik vor 1914
2. Die Auswirkungen des 1. Weltkrieges auf die deutsche Handelsflotte
3. Der endgültige Verlust der deutschen Handelsflotte im imperialistischen Raubfrieden von Versailles
4. Strukturwandlungen der Weltwirtschaft im Ergebnis des offenen Ausbruchs der allgemeinen Krise des Kapitalismus: Die Beendigung der Alleinherrschaft des Imperialismus - die verstärkte Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der imperiali-

stischen Länder. Die Welthandelsflotte bei Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus - die ungleichmäßige Entwicklung der Handelsflotten der imperialistischen Staaten im Ergebnis des 1. Weltkrieges

5. Der Neuaufbau der Handelsflotte des deutschen Imperialismus unter den Bedingungen der Großen Inflation in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise (1919 - 1923): Die Ursachen des starken Interesses der imperialistischen Reichsregierung und der Finanzoligarchie am raschen Neuaufbau einer leistungsfähigen Handelsflotte. Die Zusammenarbeit der deutschen Schifffahrtsmonopole mit Monopolunternehmen anderer Länder. Die Unterstützung der imperialistischen deutschen Reichsregierung für den Wiederaufbau der Handelsflotte - Beispiel staatsmonopolistischer Investitionsregulierung (Der Kampf um das "Beihilfegesetz" vom 11. 10. 1917 und die Übertuerungsabkommen von 1919 und 1920, Der Reederei-Abfindungsvertrag vom März 1921). Der Einsatz privater Mittel für den Bau von Tonnage. Die Ergebnisse des Wiederaufbaus der deutschen Handelsflotte unter den Bedingungen der Großen Inflation in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise 1919 - 1923
6. Die Wiedereingliederung der neugeschaffenen deutschen Handelsflotte in den Weltseeverkehr unter den Bedingungen der offen ausgebrochenen strukturellen Dauerkrise der Welt-schifffahrt (1920 - 1923)
7. Die Wandlungen der kapitalistischen Weltwirtschaft im Zeitraum der relativen Stabilisierung (1924 - 1928/29): Die Grundlagen des zeitweiligen zyklischen Aufschwungs der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Milderung der strukturellen Dauerkrise der Welt-schifffahrt in den Jahren des zyklischen Aufschwungs und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage und technische Weiterentwicklung der Welthandelsflotte
8. Die Fortsetzung des Wiederaufbaues der deutschen Handelsflotte in den Jahren der relativen Stabilisierung (1924 - 1928/29): Die Herkunft der Mittel für den weiteren Ausbau der Handelsflotte. Das Wachstum der Handelsflotte in den Jahren des zyklischen Aufschwungs
9. Der weitere Ausbau der Seeschiffahrtsbeziehungen des wirtschaftlich wieder erstarkten imperialistischen Deutschlands in den Jahren der relativen Stabilisierung (1924 - 1928/29)
10. Der Niedergang der deutschen Handelsflotte unter den Bedingungen der außerordentlichen Verschärfung der strukturellen Dauerkrise der Seeschifffahrt in den Jahren der Weltwirtschaftskrise (1929 - 1932/33)

Gerhard Wenzke

Das Arbeiterbild in der bürgerlichen Soziologie der BRD

Dissertation A (19. 7. 1974)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Zu einigen theoretisch-methodologischen Problemen der bürgerlichen soziologischen Untersuchungen zum Arbeiterbild (Zur "Integration" der Arbeiterklasse in den fünfziger Jahren; Das "Verschwinden" der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Soziologie; Zur Integration" der Arbeiterklasse Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, Der technologische Determinismus. Die Theorie der "neuen" Arbeiterklasse, die "instrumentale Einstellung")
2. Das Arbeiterbild in der bürgerlichen Soziologie der BRD; Die Arbeiterzufriedenheit. Die Stellung des Arbeiters zum technischen Fortschritt. Das "Gesellschaftsbild" des Arbeiters
3. Die politisch-ideologische Funktion des Arbeiterbildes in der bürgerlichen Soziologie der BRD

Die arbeitsrechtliche und strafrechtliche Stellung und Behandlung der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Produktionsstätten in den Städten in Brandenburg-Preußen (1648 - 1800)

Dissertation A (14. 7. 1977)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die arbeitsrechtliche Stellung und Behandlung der Arbeiterschaft; Die Gründung von Manufakturen und Fabriken. Zur Arbeitskräftesituation. Die Rechtsstellung der Arbeiterschaft in bezug auf den Arbeitsprozeß; Die Anfänge eines gesonderten Arbeitsrechts; Der Arbeitsvertrag (Grundlagen und Bedeutung, Abschluß, Inhalt, Arbeitsvertragliche Nebenabreden, Lehrverträge und Kinderarbeit). Die Rechtsstellung und rechtliche Behandlung der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Produktionseinrichtungen; Die Gestaltung der innerbetrieblichen Organisation; Das Aufsichts- und Jurisdictionsrecht des Unternehmers. Die Beendigung von Arbeitsrechtsverhältnissen; Allgemeines; Die Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses durch Zeitablauf; Die fristgemäße Kündigung; Die Kündigung ohne Einhaltung einer Frist; Nebenpflichten aus der Aufhebung des Arbeitsrechtsverhältnisses. Die Arbeitslosigkeit. Die Rechtsprechung in Arbeitssachen; Notwendigkeit und Organisation einer besonderen Arbeitsrechtssprechung; Das Gericht der Porzellan-Manufaktur; Das Fabrikengericht (Gründung und Charakter, Besetzung und Arbeitsteilung; Arbeitsumfang, Arbeitsweise, Mängel in der Arbeit); Die Fabriken-Commission in Potsdam
2. Die strafrechtliche Stellung und Behandlung der Arbeiterschaft; Allgemeine Zustände. Der Einfluß des sich entwickelnden Kapitalismus auf das brandenburgisch-preußische Strafrecht; Der Einfluß auf die feudale Gesetzgebung hinsichtlich der Zwangsarbeit; Die Herausbildung von kapitalistischen Strafrechtsnormen. Zur Kriminalität der Arbeiterschaft der kapitalistischen Produktionsunternehmen; Ursachen und kriminalitätsbegünstigende Faktoren; Der strafrechtliche Gerichtsstand der Arbeiterschaft. Zu einigen Fällen der praktischen Anwendung des Strafrechts; Die Strafsache Ludwig Liebert; Die Strafsache Anna Dorothea Heinicken; Die Strafsache Johann Körner und andere

- Ebre, Lembit, Dr., leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR, Tallinn.
- Elle, Michael, Dipl. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Gottberg, Achim, Dr. Phil., Redakteur, Thieme-Becker-Redaktion, VEB E. A. Seemann Verlag, Leipzig.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Gutsche, Willibald, Prof. Dr. phil. habil., Abteilungsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Möschner, Günter, Dr. phil., Sektorenleiter, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., stellvertretender Direktor für Erziehung und Ausbildung, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Pullat, Raimo, Prof. Dr., Wissenschaftlicher Oberassistent, Institut für Geschichtswissenschaft, Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR, Tallinn.
- Reishaus, Heike, Dr. sc. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Roester, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Ruppel, Heidemarie, Dr. oec., Wissenschaftlicher Assistent, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Sektion Marxismus-Leninismus, Berlin.
- Schultz, Helga, Dr. phil., Bereich Feudalismus, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schultze, Renate, Dr. phil., Wissenschaftliche Aspirantin, Lehrstuhl Geschichte, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.
- Schönert-Geiß, Edith, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Unternehmensleiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Straube, Manfred, Dr. phil., Hochschulprofessor, Sektion Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.

Thal, Peter, Prof. Dr. sc. oec., Lehrgruppe Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

К 30-летию ГДР

- Йерг Рёслер, Государственное регулирование процесса накопления на предприятии в ГДР /с 1956 по 1962 г./
- Гюнтер Мёшнер, Политика СЕПГ в области восстановления и развития социалистической внешней торговли в ГДР /с 1949 по 1955 г./
- Ренате Шультце, Первый пятилетний план. Начало формирования основ социализма в ГДР
- Лембит Эбре, К вопросу развития государственно-монополистического регулирования экономики в Дании
- Ахим Готтберг, Высказывания экономического просвещения во Франции о *Toiles peintes*. Частичное исследование к предистории и мотивациям отмены привелегий французской индийской кампании в 1769 году
- Хайдемари Руппель, Форум ежегодника: "Пути формирования капиталистического наёмного труда в современных развивающихся странах Азии и Африки"
- Вольфганг Мюльфридель, К истории социалистического обобществления промышленного производства и труда
- Лотте Цумпе, Две автобиографии и их значение для исследования германского фашизма. С чётот государственно-монополистического аспекта
- Юрген Кучинский, Замечательная забота о марксистском наследии
- Петер Таль, Буржуазные элементы в мышлении немецких экономистов 17-ого и 18-ого столетия. Предпосылки, границы, результаты
- Манфред Штраубе, Место Лейпцигской Мессы в междурегиональном движении товаров к началу 16-ого столетия
- Хаген Фишер, Рабы и рабовладельческое общество в древности. Проблемы и размышления к публикациям о рабстве
- Михаэль Элле, Проблемы содержания и методологии сравнительной экономической истории социализма/с 20-ого по 24-ое ноября 1978 года во Франкфурте-на-Одере/
- Хайке Райсхаус, Философские и исторические вопросы технических наук /с 10-ого по 13-ое октября в Дрездене/
- Хельга Шултц, Социальная сущность городской бюргерство при феодализме /с 28-ого по 30-ое сентября в Селлине/
- Эдит Шёнерт-Гайс, Девальвация в Риме в период республиканской и императорской эпохи /с 19-ого по 21-ое октября в Гданьске/
- Раймо Пуллат, Численность населения и социальная структура Советского Союза до 1974 года. С учетом балтийских советских республик, шестидесятих годов и урбанизации
- Виллибальд Гутше, Немецкий Банк и возникновение акционерного общества "Stahlwerks-Verband" в 1904 году. Документация к соотношению между промышленными монополиями и крупными банками в немецком финансовом капитале
- Работы высших школ по экономической истории /Ренате Гюнтер/

On occasion of the 30th anniversary of the GDR

Jörg Roesler, The Socialist state's steering of the process of accumulation by enterprises in the GDR (1956 to 1962)

Günter Möschner, The policy of the SED for construction and development of socialist foreign trade of the GDR (1949 to 1955)

Renate Schultze, The first Five-year-plan. Start of construction of the basis of Socialism in the GDR

Lembit Ebre, On the development of state-monopolistic regulation of the Danish economy

Achim Gottberg, Statements of economic enlightenment in France on the Toiles peintes.

A partial investigation on the pre-history and motivation of the abolishment of the privilege of the French Indian Company in 1769

Heidemarie Ruppel, Yearbook-panel discussion: Ways of formation of capitalist wage labour in Asian and African developing countries of today

Wolfgang Mühlfriedel, On the history of socialist socialisation of industrial production and labour

Lotte Zumpe, Two autobiographies and their value of evidence for the research in German fascism. Under special consideration of state-monopolistic aspects

Jürgen Kuczynski, Magnificent care for a marxist heritage

Peter Thal, Bourgeois elements in the thinking of German economists of the 17th and 18th centuries. Suppositions, limits, results

Manfred Straube, On the position of the Leipzig fairs in the surregional traffic of goods at the beginning of the 16th century

Hagen Fischer, Slaves and slave-society during antiquity - problems and ideas on publications on slavery

Michael Elle, Problems concerning the content and methodology of a comparing economic history of Socialism (Nov. 20th to Nov. 24th 1978 at Frankfurt/Oder)

Heike Reishaus, Philosophical and historical problems of the technical sciences (October 10th to 13th 1978 at Dresden)

Helga Schultz, The social nature of towncitizenship during feudalism (Sept. 28th to Sept. 30th at Sellin)

Edith Schönert-Geiss, The devaluations in Rome during the Republican and Imperial epoch (October 19th to 21st at Gdańsk)

Raimo Pullat, Population numbers and social structure of the Soviet-Union until 1974. Under special consideration of the Baltic Soviet-Republics, the nineteenhundredand-sixties and the urbanisation

Willibald Gutsche, The Deutsche Bank and the genesis of the Stahlwerks-Verband AG in 1904. Documents on the relation between industrial monopolies and big banks in the German financial capital

University publications on Economic History (Renate Günther)

A l'occasion du 30^e anniversaire de la R. D. A.

Jörg Roesler, La manière comme l'Etat socialiste en R. D. A. dirigea le procès d'accumulation dans les usines (de 1956 à 1962)

Günter Möschner, La politique du S. E. D. pur la construction et le développement du commerce extérieur socialiste de la R. D. A. (de 1949 à 1955)

Renate Schultze, Le plan quinquennal. Commencement de la formation des bases du socialisme en R. D. A.

Lembit Ebre, Remarques sur le développement de la régulation de l'Economie au Danemark en manière du capitalisme monopoliste d'Etat

Achim Gottberg, Ce que dit l'éclaircissement économique en France sur les troilles peintes. Une enquête partielle sur les antécédents et sur les motivations de l'abrogation du privilège de la Compagnie indienne française en 1769

Heidemarie Ruppel, Annuaire-Forum: Méthodes à la formation graduelle du travail salarié capitaliste dans les pays en voie de développement d'Asie et d'Afrique d'aujourd'hui

Wolfgang Mühlfriedel, Observations sur l'histoire de la socialisation de la production industrielle et du travail

Lotte Zumpe, Deux autobiographies et leur utilité à l'étude approfondie du fascisme allemand. En considération particulière d'aspects du capitalisme monopoliste d'Etat

Jürgen Kuczynski, Soins excellents pour un héritage marxiste

Peter Thal, Eléments bourgeois dans la manière de penser d'économistes allemands des 17^e et 18^e siècles. Conditions, confins, résultats

Manfred Straube, Quant aux Foires de Leipzig dans le trafic superrégional des marchandises au début du 16^e siècle

Hagen Fischer, Esclaves et société d'esclavage dans l'antiquité - problèmes et pensées pour des publications sur l'esclavage

Michael Elle, Problèmes qui concernent le contenu et la méthodologie d'une histoire économique comparée du socialisme (du 20 au 24 novembre 1978 à Francfort sur l'Oder)

Heike Reishaus, Questions philosophiques et historiques des sciences techniques (du 10 au 13 octobre 1978 à Dresde)

Helga Schultz, Le caractère social de la bourgeoisie des villes au féodalisme (du 28 au 30 septembre 1978 à Sellin)

Edith Schönert-Geiß, Les dévaluations à Rome de l'époque républicaine et de l'Empire (du 19 au 21 octobre 1978 à Gdansk)

Raimo Pullat, Démographie et structure sociale de l'U.R.S.S. jusqu' à 1974. Prise en considération particulière des républiques baltiques Soviétiques des soixante, et de l'urbanisation

Willibald Gutsche, La Deutsche Bank et la naissance de la Stahlwerks-Verband A. G. en 1904. Documentation sur les relations entre monopoles industriels et grandes banques au capital financier allemand

Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

Con ocasión del trigésimo aniversario de la R.D.A.

Jörg Roesler, La dirección del proceso de acumulación por el estado socialista en la R.D.A. (desde 1956 hasta 1962)

Günter Möschner, La política del PSUA para la formación y el desarrollo del comercio exterior socialista de la R.D.A. (desde 1949 hasta 1955)

Renate Schultze, El primer plan quinquenal, El comienzo de la formación de los fundamentos del socialismo en la R.D.A.

Lembit Ebre, Acerca del desarrollo de la regulación estatal del capitalismo monopolio en la economía de Dinamarca

Achim Gottberg, Exposiciones económicas de la Epoca de la Luz en Francia sobre los "Toiles peintes". Una investigación parcial acerca de los antecedentes y las motivaciones de la abolición del privilegio de la Compañía francesa de India en el año de 1769

Heidemarie Ruppel, Foro del anuario: "Vías de la formación del trabajo asalariado capitalista en los países de desarrollo contemporáneos de Asia y de África"

Wolfgang Mühlfriedel, Acerca de la nacionalización socialista de la producción industrial y del trabajo

Lotte Zumpe, Dos autobiografías y su importancia para la investigación del fascismo alemán. Considerando especialmente aspectos monopolistaestatales

Jürgen Kuczynski, Cultivo magnífico de un patrimonio marxista

Peter Thal, Elementos burgueses dentro del pensamiento de economistas alemanes de los siglos XVII y XVIII. Condiciones, límites, resultados

Manfred Straube, Acerca de la posición de las ferias de Leipzig dentro del comercio sobrerregional al comienzo del siglo XVI

Hagen Fischer, Esclavos y sociedad de esclavitud en la antigüedad - problemas y pensamientos acerca de publicaciones sobre la esclavitud

Michael Elle, Problemas en cuanto al contenido y a la metodología de una historia económica comparativa del socialismo (desde el 20 hasta el 24 de noviembre de 1978 en Francfort del Oder)

Heike Reishaus, Cuestiones filosóficas e históricas de las ciencias técnicas (desde el 10 hasta el 13 de octubre de 1978 en Dresde)

Helga Schultz, El carácter social de la burguesía urbana en el feudalismo (desde el 28 hasta el 30 de septiembre de 1978 en Sellin)

Edith Schönert-Geiß, Las desvalorizaciones en Roma de la época republicana y cesárea (desde el 19 hasta el 21 de octubre de 1978 en Gdansk)

Raimo Pullat, Datos sobre la población y la estructura social de la Unión Soviética hasta 1974. Considerando especialmente las Repúblicas Soviéticas del Báltico en la década del sesenta y la urbanización

Willibald Gutsche, El "Banco Alemán" y la formación de la "Asociación de Fábricas del Acero", S. A. 1904. Documentación acerca de la relación entre monopolios industriales y bancos grandes en el capital financiero alemán

Tratados universitarios acerca de historia económica (Renate Günther)

Prof. em. Dr. phil. habil. Elisabeth Charlotte Welskopf verstarb am 16. Juni 1979 im Alter von 77 Jahren.

Der Tod entriß sie aus ihrem durch nimmermüden Einsatz geprägten, durch vielseitige Leistungen erfüllten, von erfolgreichem Schaffen gekrönten Leben.

Am 15. September 1901 wurde Elisabeth Charlotte Welskopf in München geboren. Nach dem Studium der Alten Geschichte, der Philosophie und der Nationalökonomie promovierte sie 1925 an der Berliner Universität zum Dr. phil. Nach 1925 war sie zuerst aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, sich als Wissenschaftlerin der Alten Geschichte zu widmen, nach 1933 aus politischen Gründen. Sie arbeitete als Statistikerin. In den Jahren des Faschismus unterstützte sie rassistisch und politisch verfolgte. Seit 1949 als wissenschaftliche Aspirantin, 1951 mit der Wahrnehmung einer Dozentur betraut, nach ihrer Habilitation 1959 als Professor berufen, vertrat sie bis 1966 ihr Fachgebiet Alte Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1964 wurde sie als erstes weibliches Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt.

Dem Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR war sie als Betreuerin der 1965 gegründeten Arbeitsgruppe "Wirtschaftsgeschichte des Altertums" und als Autorin wichtiger Beiträge im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte verbunden.

In ihren Publikationen spiegeln sich ihre besonderen Interessen wider: soziale und ökonomische Probleme der Antike. Mit ihrer grundlegenden Arbeit "Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike", 1957 erschienen, hat Elisabeth Charlotte Welskopf nicht nur die Wirtschaftsgeschichte des Altertums, sondern die gesamten Forschungen zur Alten Geschichte in der DDR auf ein neues Niveau gehoben. International beachtet, wird dieses Werk herangezogen und zitiert, wenn marxistische, aber auch nichtmarxistische Forscher sich mit den Grundstrukturen der Gesellschaften des Altertums befassen. 1962 erschien ihre Monographie "Probleme der Muße im Alten Hellas". Zahlreiche Aufsätze zu Fragen der Sklaverei im Altertum, zu Problemen der Entwicklung der Produktivkräfte erschienen in Fachzeitschriften der DDR und des Auslandes. Ihre internationale Wertschätzung und der thematische Umfang ihrer Arbeiten drückten sich auch darin aus, daß ihre Kollegen aus fast allen altertumswissenschaftlichen Disziplinen an der Festschrift zu Ehren ihres 70. Geburtstages im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Teil II/1971) mitwirkten.

Als Initiatorin, Herausgeberin und Mitautorin legte Elisabeth Charlotte Welskopf im Jahre 1974 ein vierbändiges Werk vor, "Hellenische Poleis, Krise - Wandlung - Wirkung", das in internationaler Kooperation von 60 Wissenschaftlern entstand. Die Vorbereitung der Arbeit, die Leitung des Autorenkollektivs, die Koordinierung und die Redaktion hatte sie selbst übernommen. Die Darstellung behandelt Leistungen und Grenzen der griechischen Poleis, eines der zentralen Probleme der antiken Gesellschaft. Elisabeth Charlotte Welskopf hatte neben anderen Beiträgen in diesem als Standardwerk international anerkannten Werk eine Untersuchung sozialer Gruppen- und Typenbegriffe wie Klasse, Stand, Schicht, Privatmann, Individualität, Polis, Territorialstaat, Hellenen-Barbaren übernommen. Wahrscheinlich wurde dadurch ihr letztes großes Forschungsvorhaben angeregt, die Untersuchung "Soziale

Gruppen- und Typenbegriffe von Homer bis Aristoteles und ihr Weiterleben bis in die modernen Sprachen". Wieder entstand dieses sechsbändige Werk, das zur Zeit gedruckt wird, in großer Kooperation zwischen Wissenschaftlern verschiedenster Fachdisziplinen, als internationale Kooperation und als Kooperation bekannter Forscher und jüngerer Wissenschaftler.

Als Hochschullehrerin, als Betreuerin und Ratgeberin hatte sie immer Zeit für andere und war besonders den jungen Fachkollegen verbunden.

Elisabeth Charlotte Welskopf erhielt den Ehrentitel Hervorragender Wissenschaftler des Volkes, sie wurde mit dem Banner der Arbeit, dem Nationalpreis, dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze und Silber, der Pestalozzimedaille der Humboldt-Universität ausgezeichnet.

Sie wird uns unvergessen sein - als hervorragende Wissenschaftlerin, als große Persönlichkeit, als fordernde Lehrerin, als beliebte Schriftstellerin, als Mensch, als Vorbild.

Wissenschaft und Gesellschaft

Studien und Essays über sechs Jahrtausende

Von JÜRGEN KUCZYNSKI

Verbesserte, im Umfang um über die Hälfte vermehrte und bis in die Gegenwart fortgeführte 2. Auflage von „Wissenschaft und Wirtschaft bis zur industriellen Revolution“

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte)

3., unbearbeitete Auflage

1975. 240 Seiten — 23 Tabellen — gr. 8° — 15,— M

Bestell-Nr. 752 123 3 (2140/2)

Der Autor gibt mit dieser Arbeit einen Überblick über die Wissenschaftsentwicklung durch sechs Jahrtausende und ermöglicht somit ein besseres Verständnis unserer heutigen Aufgaben. Die Fragen, die mit der Wissenschaftsorganisation im Sozialismus verknüpft sind, bedürfen zu ihrer Lösung auch der Grundlagenforschung über Rolle und Geschichte der Wissenschaft.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG

DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50

Von HORST BARTHEL

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte)

1979. 191 Seiten — gr. 8° — 18,— M
Bestell-Nr. 753 194 1 (2140/14)

Mit dieser Monographie wird erstmalig umfassend und zusammenhängend eine historisch-ökonomische Analyse des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in den Jahren 1945 bis 1949/50 auf der Grundlage bisher unveröffentlichter statistischer Quellen vorgelegt. Der Verfasser untersucht unter verschiedenen Aspekten die Auswirkungen der Kriegsfolgen auf den demokratischen Wiederaufbau und den Lebensstandard der Bevölkerung und setzt sich offensiv mit bürgerlicher und revisionistischer Literatur über die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen auseinander.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4